

Politik und Milieu: Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich

Best, Heinrich (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzband / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Best, H. (Hrsg.). (1989). *Politik und Milieu: Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich* (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen : quantitative sozialwissenschaftliche Analysen von historischen und prozeß-produzierten Daten, 22). Sankt Katharinen: Scripta Mercaturae Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-328377>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSF

HISTORISCH - SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNGEN

**Quantitative sozialwissenschaftliche Analysen
von historischen und prozeß-produzierten Daten**

Herausgegeben von

**Heinrich Best, Wolfgang Bick, Paul J. Müller,
Herbert Reinke, Wilhelm H. Schröder**

**Gesellschaft für Historische Sozialforschung e. V.
in Verbindung mit dem
Zentrum für Historische Sozialforschung**

Band 22



HEINRICH BEST (Hrsg.)

POLITIK UND MILIEU
WAHL- UND ELITENFORSCHUNG
IM
HISTORISCHEN UND INTERKULTURELLEN
VERGLEICH

SCRIPTA MERCATURAE VERLAG

Heinrich Best (Hrsg.)

**Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung
im historischen und interkulturellen Vergleich**

St. Katharinen 1989

ISBN 3 - 922661 - 52 - 1

Copyright: Scripta Mercaturae Verlag

D - 6551 St. Katharinen

ISBN 3 - 922661 - 52 - 1

Vorbemerkung

I

Der vorliegende Sammelband gibt eine Zwischenbilanz der historisch-sozialwissenschaftlichen Wahl- und Elitenforschung, die in den vergangenen zehn Jahren mit einem erheblichen Einsatz eine breite Datenbasis und eine Fülle neuer empirischer Befunde für eine Sozialgeschichte der deutschen Politik seit der Reichsgründung erarbeitet hat. So ist es heute zum ersten Mal möglich, das Wahlverhalten von der Gründungsphase des Deutschen Reiches bis in die Gegenwart der Bundesrepublik auf der Basis kleiner territorialer Einheiten zu analysieren. Auch der Strukturwandel der politischen Eliten kann erstmals durch zusammenhängende Zeitreihen erschlossen werden. Zugleich verdichtet sich unsere Kenntnis von Prozessen politischer Mobilisierung, Institutionalisierung und Entscheidungsbildung durch die Synopse von Beobachtungen auf der Ebene lokaler Einheiten und in nationalstaatlichen Zusammenhängen.

Dennoch kann dieser Band nicht mehr als eine Zwischenbilanz bieten: Einige Projekte, die hier über ihre Arbeit berichten, haben erst vor kurzem mit der Datenanalyse begonnen, vor allem aber steht noch die Integration von Daten und Deutungen zu einer umfassenden Neuinterpretation bevor. Dazu werden auch parallele Untersuchungen über andere europäische Länder in systematische Vergleiche mit einem einheitlichen Beobachtungsraster und nicht nur als illustrative Gegenüberstellungen, wie das hier überwiegend geschieht, einbezogen werden müssen. Die Veröffentlichung dieses Sammelbandes verbindet sich auch mit der Absicht, ein solches Forschungsprogramm anzuregen.

Er enthält die überarbeiteten Beiträge und das Transkript der Schlußdiskussion einer Tagung des Zentrums für Historische Sozialforschung, die unter dem Titel "Sozialstruktur und politische Konflikte in Deutschland 1867 - 1987. Perspektiven einer Analyse von Massendaten der historischen Wahl- und Elitenforschung" im Spätherbst des Jahres 1987 im Zentrum für Arbeitnehmerbildung in Königswinter stattfand. Zusätzlich aufgenommen wurde der Aufsatz von Ursula Hoffmann-Lange über die Eliten der Bundesrepublik, durch den der Beobachtungszeitraum auch auf diesem Forschungsfeld bis in die Gegenwart fortgeführt wird.

Die Tagung wurde durch die Stiftung Volkswagenwerk gefördert, der ich an dieser Stelle für die finanzielle Unterstützung danke. Der kürzlich verstorbene Prof. Dr. Wolfgang Wittwer nahm an der Vorbereitung einen Anteil, der weit über eine bloße technisch-administrative Abwicklung hinausging. Seinen Wunsch, selbst an der Tagung teilzunehmen, konnte er zu unserem großen Bedauern nicht mehr verwirklichen. Frau Dagmar Klaff vom Zentrum für Historische Sozialforschung leitete das Tagungssekretariat und besorgte das Transkript der Schlußdiskussion, Frau Doris Katzwinkel hat dann bei der Schlußredaktion des Bandes mitgewirkt und das Manuskript in eine druckreife Fassung gebracht. Beiden Damen danke ich hier für ihre engagierte Mitarbeit.

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Verzeichnis der Teilnehmer	1
<i>Heinrich Best</i>	
Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur: theoretische Aspekte historisch und interkulturell vergleichender Analysen	3
Strukturbedingungen des Wahlverhaltens in Deutschland seit dem Kaiserreich	
<i>Peter Steinbach</i>	
Wahlverhalten im Kaiserreich: Perspektiven und Interpretationsmöglichkeiten	19
<i>Stefan Immerfall</i>	
Wahlverhalten und Parteiensystem im Kaiserreich: einige quantitative Befunde	34
<i>Merith Niehuss</i>	
Strategien zur Machterhaltung bürgerlicher Eliten am Beispiel kommunaler Wahlrechtsänderungen im ausgehenden Kaiserreich	60
<i>Jürgen Falter und Hartmut Bömermann</i>	
Die Entwicklung der Weimarer Parteien in ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP	92
<i>Eike Hennig</i>	
Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke	119
<i>Karl Schmitt</i>	
Konfessionelle Konflikte und politisches Verhalten in Deutschland: vom Kaiserreich zur Bundesrepublik	155
Elitenstruktur und politische Ordnung in Deutschland seit 1867	
<i>Heinrich Best</i>	
Mandat ohne Macht. Strukturprobleme des deutschen Parlamentarismus 1867 - 1933	175
<i>Herbert F. Ziegler</i>	
Elite Recruitment and National Socialism: The SS-Führerkorps, 1925 - 1933	223

Ursula Hoffmann-Lange

Eliten in der Bundesrepublik: Kartell der Angst,
Machtelite oder verantwortliche Repräsentanten? 238

**Sozialstruktur und politische Konflikte:
Perspektiven für den interkulturellen Vergleich**

Dirk Hänisch

Die soziale Wählerbasis der NSDAP und der übrigen Parteien
in der ersten österreichischen Republik im Vergleich
zum Deutschen Reich 263

Soeren Risbjerg Thomsen

Social Structure and Voting Behavior in Denmark since 1920 289

Franco Andreucci

Social Cleavages and the Political System in Late 19th Century Italy. 305

Valerie Cromwell

British M. P.'s, the Electorate and Parliamentary Voting, 1861 - 1926 314

Ineke Secker

The Social Composition of Dutch Political Elites:
Ministers and Deputies, 1848 - 1986 323

Diskussion: 20 Jahre nach "Party Systems and Voter Alignments":
Begriffe, Konzepte und Perspektiven der historisch-sozialwissenschaftlichen
Wahl- und Elitenforschung 338

Kurzviten der Autoren 353

**Verzeichnis der Teilnehmer der Arbeitstagung
 "Sozialstruktur und politische Konflikte in Deutschland 1867 - 1987.
 Perspektiven einer Analyse von Massendaten
 der historischen Eliten- und Wahlforschung"**

Königswinter 30. November bis 2. Dezember 1987

P. D. Dr. Jens Alber	Max-Plank-Institut für Gesellschaftsfor- schung, Köln
Prof. Dr. Franco Andreucci	Universität Pisa
Prof. Dr. Heinrich Best	Universität zu Köln
Dr. Gabriele Brenke	Universität Bonn
Dr. Wilhelm P. Bürklin	Universität Kiel
Prof. Dr. Eddy van Cauwenberghe	Universität Brüssel (zeitweise)
Valerie Cromwell	University of Sussex
Prof. Dr. Jürgen Falter	Freie Universität Berlin
Dirk Hänisch	Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Eike Hennig	Gesamthochschule - Universität Kassel
Stefan Immerfall	Universität Passau
Dr. Gianni Isola	Universität Florenz
Prof. Dr. Konrad Jarausch	University of North Carolina
Manfred Kieserling	Gesamthochschule Universität Kassel
Dagmar Klaff	Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln
Prof. Dr. Jürgen Kocka	Universität Bielefeld (zeitweise)

Thomas Kühne	Universität Tübingen
Dipl.-Volksw. Ekkehard Mochmann	Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln
Dr. Gabriele Müller-List	Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn
Dr. Merith Niehuss	Universität München
Ralph Ponemerec	Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln
Dr. Heinrich Potthoff	Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn
Dr. Ineke Secker	Universität Leiden
Prof. Dr. Erwin K. Scheuch	Universität zu Köln (zeitweise)
Prof. Dr. Reinhard Schiffers	Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn
Prof. Dr. Karl Schmitt	Universität zu Köln
P. D. Dr. Wilhelm H. Schröder	Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln
Prof. Dr. Peter Steinbach	Universität Passau
Prof. Dr. Soeren Risbjerg Thomsen	University of Aarhus
Dr. Udo Wengst	Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn
Prof. Dr. Herbert F. Ziegler	University of Hawaii at Manoa

“Soziale Strukturen, Typen und Verhaltensweisen sind Münzen, die nicht leicht schmelzen. Sind sie einmal geprägt, so überdauern sie möglicherweise Jahrhunderte, und da verschiedene Strukturen und Typen verschiedene Grade dieser Lebensfähigkeit aufweisen, finden wir beinahe immer, daß das tatsächliche Verhalten der Gruppen und Nationen mehr oder weniger von dem abweicht, was wir erwarten müßten, wenn wir versuchten, es von den vorherrschenden Formen des produktiven Prozesses abzuleiten”

Joseph Schumpeter,
Kapitalismus, Sozialismus
und Demokratie

**Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur:
theoretische Aspekte
historisch und interkulturell vergleichender Analysen**

Heinrich Best

I

Die in diesem Band zusammengestellten Beiträge verbindet die Frage nach den Formen, in denen sich der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und politischen Konflikten historisch in verschiedenen europäischen Gesellschaften ausprägte. Mit diesem Thema bewegen wir uns auf einem vielfach bearbeiteten Feld, im Rahmen einer Forschungstradition, die sich gradlinig bis zu den Gründervätern einer historisch-politischen Soziologie zurückverfolgen läßt. Schon vor mehr als zwanzig Jahren bezeichneten Seymour Lipset und Stein Rokkan die Untersuchung der formativen Phasen der heutigen Parteiensysteme als eine vordringliche Aufgabe ¹⁾. Doch erst in den vergangenen Jahren wurde ihr Programm einer intertemporal-interkulturell vergleichbaren Erforschung der Genese und des

1) “To understand the current alignments of voters it is not enough to analyse the contemporary issues and the contemporary social structure; it is even more important to go back to the initial formation of party alternatives and to analyse the interaction between the historically established foci of identification and the subsequent changes in the structural conditions of choice.” Seymour Martin L i p s e t u. Stein R o k k a n, “Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments”, in: dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments (New York 1967), S. 54.

Wandels der politischen Konfliktstrukturen in West- und Mitteleuropa empirisch eingelöst.

So ist es für den "Fall" Deutschland erst heute möglich, von der Reichsgründung bis in die Gegenwart der Bundesrepublik das Wahlverhalten von Großgruppen und die Struktur politischer Eliten auf verschiedenen Systemebenen im zeitlichen Zusammenhang empirisch zu verfolgen. Moderne Verfahren der Datenanalyse ermöglichen es erstmals, die Barrieren des "ökologischen Fehlschusses" zu überwinden und den Anschluß an die Befunde der auf Umfragen beruhenden Wahlsoziologie der Gegenwart zu gewinnen; aus der Synopse der Ergebnisse von Wahl- und Elitenstudien läßt sich nun das Verhältnis zwischen dem Integrationsbedarf der in Parteiensystemen "geronnenen" Konfliktstrukturen und dem Integrationsvermögen der politischen Führungsgruppen neu bestimmen; auf lokale und regionale Räume begrenzte Einzelstudien machten die sozialen und institutionellen Mechanismen transparent, die sozialkulturelle Disparitäten und Konflikte in politische Loyalitäten übersetzten und deren verblüffende Bindekraft über die Zäsuren von Regimewechseln und tiefgreifendem gesellschaftlichen Wandel hinweg bewirken; zugleich eröffnen sich Perspektiven für interkulturelle Vergleiche, denn auch im übrigen Westeuropa bilden Wahlen und politische Eliten Hauptfelder der historischen Sozialforschung; die Ergebnisse nationaler Forschungen wachsen allmählich zu einem umfassenden Bild zusammen, auf dem sich interkulturell verallgemeinerbare Regelmäßigkeiten neben kulturellen Besonderheiten entdecken lassen.

Diese Skizze der Forschungsentwicklung umreißt zugleich das Programm des vorliegenden Sammelbandes, der die Beiträge und die Schlußdiskussion einer Arbeitstagung des Zentrums für Historische Sozialforschung vom November 1987 dokumentiert 2). Er gibt eine Bestandsaufnahme neuer Ergebnisse der quantifizierenden wahl- und elitenhistorischen Forschung auf der Basis von Massendaten. Dabei wird der zeitliche Anschluß an die Arbeiten der gegenwartsorientierten Soziologie und Politikwissenschaft hergestellt. Das ist auch von methodischem Interesse, denn erst seit dem Beginn der Umfrageforschung verfügt die Wahlsoziologie über Individualdaten - wenn man von den wenigen überlieferten Listen öffentlicher Wahlakte absieht 3). Für die Wahlgeschichte wird es so möglich, die Ansätze und Ergebnisse einer Analyse von Aggregatdaten (auf der Ebene regionaler Einheiten) mit der von Individualdaten zu vergleichen. Wichtiger noch ist der theoretische und empirische Zusammenhang: Die Parteineigungen von Wählern werden mit traditionellen Gruppenbindungen erklärt, die in eine tiefe Vergangenheit zurückreichen. Hier wirkt Geschichte in unsere

2) Zum Verlauf der Tagung vgl. Heinrich Best, "Sozialstruktur und politische Konflikte in Deutschland. Perspektiven einer Analyse von Massendaten der historischen Eliten- und Wahlforschung", in: Politische Vierteljahresschrift, 29 (1988), S. 469 - 473.

3) Jürgen Elklit, "Open Voting in Prussia and Denmark, or: The Complexity of Comparison. Some Post-Rokkanian Reflections", in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, 35 (1985), S. 2 - 18.

Gegenwart, die Mechanismen, die dieses Überdauern über die Zäsuren von Regierungswechseln und tiefgreifendem sozialem Wandel bewirken, bedürfen der Aufklärung. Auf einem historischen Hintergrund läßt sich auch die These mit größerer Tiefenschärfe versehen, daß die in den letzten Jahren zunehmende Fluktuation des Wählerverhaltens auf abnehmende Gruppenbindungen an bestimmte politische Parteien und diese wiederum auf eine Pluralisierung von Lebenswelten zurückzuführen seien 4). Den Endpunkt des Berichtszeitraums bildet deshalb die Gegenwart, seinen Anfang markiert die Phase der Reichsgründung, in der der Nationalstaat zum Handlungsfeld deutscher Politik wurde und mit dem allgemeinen Wahlrecht die Formen der Massendemokratie etabliert wurden. Erst nach dieser historischen Zäsur konnten sich jene institutionellen Strukturen und politischen Loyalitäten dauerhaft ausprägen, über die in den folgenden Beiträgen berichtet wird.

Obwohl ein traditioneller Honoratiorenparlamentarismus, der seinen Rückhalt in lokalen Machtstrukturen hatte, eine beachtliche Überlebenskraft besaß, obwohl andererseits die Anfänge der politischen Mobilisierung gesellschaftlicher Großgruppen weit in die Zeit vor der Erweiterung der Partizipationsrechte zurückreichen, bildeten sich erst nach den Ausweitungen des Wahlrechts im 19. Jahrhundert Parteiensysteme, die als ein politischer Ausdruck gesellschaftlicher Spaltungen und Spannungslinien gelten können 5). Dieser Zusammenhang wurde bereits von den zeitgenössischen Beobachtern als eine Herausforderung, ja Bedrohung, für repräsentative Demokratien empfunden - die damaligen Wahlrechtsdebatten zeugen davon. Wie ist in einer in selbstgenügsame oder gar verfeindete Gemeinschaften gespaltenen Gesellschaft eine auf der Beteiligung der Bürger beruhende politische Ordnung möglich, deren Etablierung und gewaltfreies Funktionieren doch Kooperation und einen Fundus gemeinsamer Normen voraussetzen? Diese Frage stellt sich, seit die Berechtigung zur Beteiligung an der Politik nicht mehr auf kleine ständische Gruppen oder die Privilegierten von Bildung und Besitz beschränkt war - in West- und Mitteleuropa zum erstenmal mit der vorübergehenden Einführung des allgemeinen Wahlrechts nach der Revolution von 1848. Karl Marx, der als erster in seinen Schriften über die Zweite Republik in Frankreich einen systematischen Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Interessen und politischen Konflikten hergestellt hatte, gab auf sie eine negative Antwort: Den 18. Brumaire des Louis-Napoléon Bonaparte, der die Restauration des Zweiten Empire einleitete, beschrieb er als die zwangsläufige Folge der Unfähigkeit der verschiedenen Fraktionen der "Bourgeoisie",

4) Vgl. u.a. Jens A l b e r , "Modernisierung, neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen", in: Politische Vierteljahresschrift, 26 (1985), S. 211 - 226.

5) Vgl. u.a. Gerhard R i t t e r , Die deutschen Parteien 1830 - 1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem (Göttingen 1985). Vgl. auch Heinrich B e s t , Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867 - 1918, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, 45 (1988), S. 5 - 74.

ihre Konflikte zu mediatisieren und eine Klassenherrschaft in den politischen Formen einer repräsentativen Demokratie zu errichten 6). Doch hat die weitere historische Entwicklung erwiesen, daß die an diesen Analysen anknüpfenden Verallgemeinerungen unzulässig waren. Selbst in Gesellschaften, die durch tiefe soziokulturelle Spaltungen gekennzeichnet waren, gelang es, parlamentarische Regime mit allgemeinem Wahlrecht auf Dauer zu etablieren. Heute gelten repräsentative Demokratien sogar als besonders stabile politische Ordnungen. Das ist der Fall, obwohl Karl Marx eine weitere Komplikation, die ebenfalls während der Jahre 1848/49 zum erstenmal massenpolitisch bedeutsam wurde, äußerstenfalls als "faden Dunst in der wirklichen Lebensluft der Gesellschaft" 7) wahrgenommen hatte: den Konfessionenkonflikt, der in religiös gespaltenen Gesellschaften den zweiten Kristallisationskern für die Formierung politischer Konfliktgruppen bildet. Berücksichtigt man auch den Gegensatz zwischen säkularen und kirchlichen Orientierungen, wurde Religion, nicht Klasse, die wichtigste soziale Grundlage der Parteienbildungen in den westlichen Demokratien 8).

Die Wahlrechtserweiterungen der Jahre 1848/49 blieben Episode, erst das zweite Drittel des 19. Jahrhunderts ist ein Ansatzpunkt für eine kontinuierliche Längsschnittanalyse, bei der sich zugleich Perspektiven für interkulturelle Vergleiche eröffnen: es vollzogen sich zeitparallel zur Reichsgründung die Vollendung des italienischen Nationalstaats, die Ablösung des plebiszitären Cäsarismus Napoléons III. durch die Dritte Republik und die erste große Erweiterung des Stimmrechtes in Großbritannien. Italien und Großbritannien konnten als verwandte und kontrastierende Kontexte zum Fall Deutschland in diesem Band berücksichtigt werden 9): Italien als zweite "Spätkommer-Nation", in der vor dem Ersten Weltkrieg das Parlament eine weitaus bedeutsamere Rolle spielte als im Deutschen Reich - insofern also ein Fall europäischer "Normalität", der dennoch in eine faschistische Machtergreifung mündete -, Großbritannien als saturierter Großstaat und Beispiel für eine evolutionäre Entwicklung zu Parlamentarismus und Massendemokratie. Darüber hinaus wurden drei kleinere europäische Staaten einbezogen: die Niederlande als Fall der Integration einer von Klassen- und Konfessionsspaltungen geprägten Konfliktstruktur durch die Mechanismen der Kon-

6) (Berlin 1965, zuerst 1852), vgl. auch ders. "Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850", in: Karl M a r x und Friedrich E n g e l s, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. 2 (Frankfurt 1970), S. 8 - 125.

7) "Zur Judenfrage", in: Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke, Bd. 1 (Berlin 1974), S. 372.

8) Richard R o s e u. Derek U r w i n, "Social Cohesion, Political Parties and Strains in Regimes", in: Mattei D o g a n and Richard R o s e (Hrsg.), European Politics: A Reader, (London 1971), S. 220; Gordon S m i t h, Politics in Western Europe (London 1983), S. 18 - 26.

9) Der ebenfalls vorgesehene Beitrag über Frankreich mußte wegen einer kurzfristigen Absage des Autors entfallen.

kordanzdemokratie, Dänemark als Beispiel für eine "unidimensionale" Spaltung entlang sozioökonomischer Konfliktlinien, Österreich in den beginnenden dreißiger Jahren als Beispiel für eine sozialkulturell gesplante Gesellschaft, der es nicht gelang, eine repräsentative Demokratie zu stabilisieren.

II

Dieser Sammelband orientiert sich an einer Theorietradition und dokumentiert eine Forschungsrichtung, deren Schlüsselbegriffe "Spannungslinien" (Cleavages) und "Milieus" sind. Das ist allerdings in einem sehr weiten Sinne zu verstehen, denn es bestand nicht die Absicht, jeden einzelnen Beitrag auf das Prokustesbett eines einheitlichen Theorierahmens zu spannen - das wäre allein wegen ihrer unterschiedlichen disziplinären Herkunft ein unfreundlicher Akt gegenüber den Autoren gewesen. So ist der theoretisch interessierte Leser gelegentlich veranlaßt, Befunde und Deutungen in abstrakte Kategorien zu "übersetzen", andererseits kann er aber auch Entdeckungen machen - etwa was die Wirkung von Wahlrechtsbestimmungen angeht, die in sozialwissenschaftlich inspirierten Untersuchungen typisch unterbelichtet bleiben.

Selten hat ein sozialhistorisches Deutungsmuster ein ähnlich intensives Nachleben in der Forschung gehabt wie das vor rund 20 Jahren (1966) von M. Rainer Lepsius formulierte und zunächst an abgelegener Stelle veröffentlichte Konzept der "sozialmoralischen Milieus" 10). Lepsius faßte unter diese Bezeichnung "soziale Einheiten, die durch die Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen gebildet werden." Mit der Einbeziehung kultureller und regionaler Disparitäten verließ er eingefahrenen Bahnen einer einseitig auf ökonomische Ungleichheit fokussierten Klassenanalyse, vor allem aber - dies war der entscheidende Beitrag - schien das Konzept der sozialmoralischen Milieus den Schlüssel zum Verständnis für eine behauptete Sonderstellung Deutschlands in der Geschichte der Demokratisierung und Industrialisierung zu bieten, die sich in einer ungewöhnlich lange dauernden Verspätung der Demokratisierung gegenüber der Industrialisierung manifestiert habe. Als das strukturprägende und - auch auf der Ebene der politischen Eliten - handlungsbestimmende Charakteristikum des deutschen Parteiensystems bis in die Auflösungsphase der Weimarer Republik erkannte Lepsius die enge Verbindung der Parteien mit geschlossenen Sozialmilieus: "Die Parteien waren die politischen Aktionsausschüsse dieser in sich höchst komplex strukturierten sozialmoralischen Milieus, richteten sich auf ihre Erhaltung und blieben auch in ihrer politischen Aktivität den Interessen ihrer Milieus ver-

10) "Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung in Deutschland", in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918 (Köln 1973), S. 68.

fangen 11).“ Eine solche Konstellation habe mehr der Aufrechterhaltung der Autonomie der Milieus als ihrer Integration in die Gesamtgesellschaft gedient. In einem zirkulären Prozeß habe sich der Aktionsbereich der politischen Eliten auf die reine Milieurepräsentation verengt, während andererseits die nicht oder nicht mehr repräsentierten Bevölkerungsteile politisch heimatlos wurden.

Die Überzeugungskraft des Konzepts der sozialmoralischen Milieus liegt nicht zuletzt darin, daß es eine einheitliche soziologische Erklärung für die beiden Kernprobleme der deutschen Demokratiegeschichte anbietet: zum einen die ausgebliebene Demokratisierung des Kaiserreichs, die der Spaltung des Elektorats und der politischen Eliten in verfeindete und sozial segregierte politische Lager zugeschrieben wird, zum anderen die tödliche Krise der Demokratie der Weimarer Republik, die mit der mangelnden Integrationskraft des aus dem Kaiserreich übernommenen Milieuparlamentarismus und der Absorption der nicht (mehr) milieugebundenen Wähler durch eine radikale Sammlungsbewegung erklärt wird 12).

Lepsius' Modell gewann auch dadurch an Wirkung, daß es sich auf die allgemeineren Formulierungen führender politischer Soziologen der USA, namentlich S. Martin Lipset und Theodore H. Marshall berufen konnte. In deren theoretischen Entwürfen wurde die Entstehung und Entwicklung von Parteiensystemen ebenfalls als Ausdruck vopolitischer sozialer Konstellationen erkannt, als ein Reflex konstitutiver Konflikte innerhalb einer Gesellschaft 13). Historisch bildeten materielle Interessen, kulturelle Identitäten, regionale und ethnische Disparitäten Ansatzpunkte für die Formierung von politischen Konfliktgruppen. Der Schlüsselbegriff ist "Cleavage", ein dauerhafter politischer Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat 14). In einer Situation vor der Formierung organisierter Massenparteien ist wohl Arthur Stinchcombes Fassung dieser Definition angemessener, in der Cleavages als dauerhafte Koalitionen aufgefaßt werden, die Eliten mit Interessengruppen eingehen 15). Stein Rokkan hat dann dieses Konzept zu einem gleichermaßen umfassenden und differenzierten Raster für die Beschreibung

11) Ebd., S. 67. Lepsius' Definition von "Milieu" ähnelt Jean Blondels Begriff des "Sektionalismus", der eine Struktur bezeichnet, in der ein Bündel sozialer und kultureller Eigenschaften mit einer Hauptvariablen korreliert ist - bei Blondel, der die britische Situation beschreibt, ist dies die Klassenlage. Jean Blondel, *Voters Parties and Leaders. The Social Fabric of British Politics* (2. Aufl, London 1979). Milieu im Sinne von "Umwelt" in territorialen Einheiten ist kein konstitutiver Bestandteil von Lepsius' Definition.

12) M. R. Lepsius, *Parteiensystem*, S. 68.

13) Vgl. u.a. Theodore H. Marshall, *Class, Citizenship and Social Development* (New York 1964), S. 76 - 80.

14) Franz Urban Pappi, "Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierung und Wahlabsicht", in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18 (1977), S. 195.

15) Arthur Stinchcombe, "Social Structure and Politics", in: Fred I. Greenstein u. Nelson W. Polsby (Hrsg.), *Handbook of Political Science*, Bd. 3: *Macropolitical Theory* (Reading u.a. 1975), S. 574.

und Erklärung der Unterschiede der Parteiensysteme in West- und Mitteleuropa ausgeweitet. Unter Verwendung von T. Parson's A-G-I-L-Schema ordnete er die grundlegenden Konfliktdimensionen in einem Koordinatensystem von zwei sich kreuzenden "Fronten politischer Aggregation" 16). Es entfaltet sich in einer "territorialen Dimension", auf der zum Beispiel Konflikte zu lokalisieren sind, die sich aus den abwehrenden Reaktionen gegen zentralisierende und nivellierende Tendenzen während der Formierung des Nationalstaates ergeben. Diese "territoriale Dimension" wird gekreuzt durch eine "funktionale Dimension" der Konfliktstruktur, auf der zum Beispiel die Verteilungskonflikte zwischen ökonomischen Interessengruppen zu lokalisieren sind. Beide Dimensionen nationaler Konfliktstrukturen sind Kontinua: historische Konflikte sind nur selten auf den Endpunkten der beiden Achsen zu lokalisieren.

Die funktionale Achse liegt quer zu der territorialen Achse, so daß "funktionale" Konflikte Allianzen zwischen Gruppen und Individuen in ähnlichen Positionen oder mit ähnlichen Ideologien schaffen, die lokal begründete Solidaritäten untergraben, während umgekehrt territoriale Spaltungen koordiniertes Handeln auf der Basis von Klasseninteressen oder die Bildung von Gesinnungsgemeinschaften behindern. Die Wahrscheinlichkeit der Kreuzung von Spannungslinien wird jedoch dadurch gemindert, daß sie sequentiell aktualisiert wurden. So ordnet Rokkan den Zentrum-Peripheriekonflikt historisch der Reformation und Gegenreformation zu, Konflikte zwischen Kirche und Staat der "nationalen Revolution" in der Phase der Formierung und Konsolidierung von Nationalstaaten, Konflikte zwischen dem primären und sekundären Sektor sowie zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern der "industriellen Revolution". Da aber Spannungslinien über lange Zeiträume hinweg überdauern oder nach Latenz wieder aktualisiert werden können - wie etwa im Fall der territorialen Sezessionsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts oder der Reemanation des Konfessionenkonflikts im Kulturkampf - ist es nicht auszuschließen, daß sich Spaltungen überlagern und kreuzen können, die gleichen oder unterschiedlichen Fronten politischer Aggregation zugeordnet sind.

Die sich dabei ergebenden Konstellationen sind nun von entscheidender Bedeutung für die Stabilität sozialer Systeme und speziell politischer Ordnungen 17). So kann die Kombination mehrerer Cleavages ein System sich kreuzender oder sich gegenseitig verstärkender Konflikte erzeugen. Im ersten Fall sind die Zugehörigkeiten zu verschiedenen Konfliktgruppen - etwa Klassen

16) Citizens, Elections Parties (Oslo 1970); "Dimensions of State Formation and Nation Building: A Possible Paradigm for Research within Europe", in: Charles Tilly (Hrsg.), The Formation of National States in Western Europe (Princeton/N. J. 1975), S. 562 - 600; Peter F l o r a, Stein Rokkans Makro-Modell der politischen Entwicklung Europas: ein Rekonstruktionsversuch", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 33 (1981), S. 397 - 436.

17) Vgl. u. a. Lewis C o s e r, The Functions of Social Conflict (New York 1956); Ralf D a h r e n d o r f, Class and Class Conflict in Industrial Society (Stanford 1956).

und Ethnien - nicht, im zweiten Fall sind sie hoch korreliert. Pluralismustheorien behaupten nun, daß sich kreuzende Cleavages zu einer abnehmenden Intensität der einzelnen politischen Konflikte und - in der Konsequenz - zu einer erhöhten Integration des politischen Systems führen. Je mehr Spannungslinien und folglich Arenen potentiellen Konflikts in einer Gesellschaft existieren, desto geringer sei die Intensität des einzelnen Konflikts. Die Überschneidung von Konfliktlinien kann dann zu durchaus stabilen Gesamtstrukturen führen 18). Eine Bedingung hierfür ist aber, daß ein konstantes Konfliktmaximum in einer Gesellschaft existiert, in das sich die verschiedenen überschneidenden Cleavages gewissermaßen teilen. Dieses Maximum wird individualsoziologisch mit der Annahme begründet, daß ein Individuum mit sich überlappenden Mitgliedschaften keiner Gruppe gegenüber ungeteilt loyal sein kann. In einer Situation, in der eine Person Mitglied religiöser, ethnischer oder anderer Gruppen und gleichzeitig Angehöriger einer Klasse ist, ohne daß die übrigen Mitgliedschaften durch seine Klassenzugehörigkeit determiniert sind, werde seine Identifikation mit seiner Rolle als Klassenmitglied geringer sein: "Crosscutting cleavages reduce the intensity of societal cleavage at the cost of increasing the inner conflicts of cross-pressured individuals" 19). Umgekehrt werde sich in einer Situation der Rollenkongruenz, wenn etwa eine Klassenlage typisch mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe verknüpft ist, eine Verstärkung gesellschaftlicher Konflikte bei abnehmenden Inter-Rollenkonflikten des Individuums ergeben. Unter diesen Bedingungen wird die Befriedigung gesellschaftlicher Konflikte in einer partizipatorischen politischen Ordnung eher unwahrscheinlich sein.

III

Obwohl auch in West- und Mitteleuropa solche "ungünstigen" Strukturen vielfach beobachtet werden können, deutet aber die Ausprägung von Spannungslinien in stabilen Parteiensystemen darauf hin, daß sich hier bei fortbestehenden Cleavages die Austragung von Konflikten zwischen Interessengruppen, Kultur- und Gesinnungsgemeinschaften in institutionellen, befriedeten Formen vollzieht. Das ist, wenn man die durch Bürgerkriege, Revolutionen und Staatsstriche gekennzeichnete Geschichte der europäischen Politien in der Phase der Entstehung und Verfestigung der Parteiensysteme zwischen der Mitte des 19. und des 20. Jahrhunderts verfolgt, das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses.

Der Übergang von gewaltsamen zu friedlichen Formen der Konfliktaustragung hatte auch auf der Ebene der Eliten eine Entsprechung; eine wichtige Theorie-tradition behauptet, daß er von ihr seinen Ausgang genommen hat. Die Befrie-

18) Franz Urban P a p p i, Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung (unveröffentlichte Habilitationsschrift, Köln o.J.), S. 356.

19) David R. S e g a l, Society and Politics. Uniformity and Diversity in Modern Democracy (Glenview u. Brighton 1974), S. 117.

derung der "politisierten Sozialstruktur" in den europäischen Staaten ist Gegenstand der Theorie von der Konkordanz- oder Proporzdemokratie, der "Conso-ciational Democracy" 20). Sie wurde in ihrer allgemeinen Fassung für Gesellschaften formuliert, in denen die Bevölkerung in sozial selbstgenügsame religiöse, ethnische und ideologische Milieus oder Subkulturen segmentiert ist; eine Konfliktstruktur, die neben anderen alle jene Staaten charakterisiert, die auf dem ehemaligen Territorium des Heiligen Römischen Reiches entstanden sind. Der Autonomie der Subkulturen entspricht ihre innere Kohäsion. Jede steht unter der Führung einer spezifischen Elite, deren Verhalten dann den Ausschlag gibt, ob es zu gewaltsamen Konflikten kommt, die den Bestand repräsentativer Institutionen und die territoriale Integrität der Staaten gefährden können 21). Es besteht also eine doppelte Abhängigkeit der Stabilität politischer und speziell repräsentativer Institutionen sowohl von der Ausprägung der gesellschaftlichen Konfliktstruktur wie auch von den Formen des Konfliktverhaltens der Eliten.

Eine wichtige Voraussetzung für den Übergang von gewaltsam-irregulären Formen der Konfliktaustragung zu institutionalisierten und friedlichen Abstimmungsprozessen ist die Autonomie und Handlungsfähigkeit der Teileliten der verschiedenen Milieus: Die Führungsgruppen müssen in "ihren" Gemeinschaften genügend Autorität besitzen, um Kompromisse durchsetzen zu können 22). Eine weitere strukturelle Voraussetzung für die Etablierung einer Konkordanzdemokratie ist ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Subkulturen, das es verhindert, daß eine Konfliktgruppe risikolos eine hegemoniale Stellung anstreben kann. Schließlich mindern klare Grenzen zwischen Subkulturen die Zahl der Konfliktursachen und erleichtern den Eliten ihr Geschäft der Kompromißfindung. Diese Voraussetzung macht deutlich, daß eine Kreuzung von Cleavages, die auf unterschiedliche Fronten politischer Aggregation lokalisiert sind, nicht eo ipso die Stabilität politischer Institutionen fördert, wie das von den Pluralismustheorien behauptet wird. Eine solche Konstellation kann vielmehr auch zu schwerwiegenden Abgrenzungsproblemen führen und auf der Elitenebene Konfliktlagen in einem Maß komplizieren, daß sie die Kompromißfähigkeit der Führungsgruppen überfordern. Man muß hier also zwischen

20) Gerhard L e h m b r u c h, Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich (Tübingen 1967); Eric S. N o r d l i n g e r, Conflict Regulation in Divided Societies (Cambridge/Mass. 1972); Val R. L o r w i n, "Segmented Pluralism", in: Comparative Politics, 3 (1971), S. 141 - 175; Arend L i j p h a r t, Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration (New Haven and London 1977).

21) Ders., "Typologies of Democratic Systems", in: Comparative Political Studies, 1 (1968), S. 12 - 24.

22) Mattei D o g a n u. Dominique P e l a s s y, How to Compare Nations. Strategies in Comparative Politics (Chatham/N.J. 1984), S. 88f; A. L i j p h a r t, Democracy, S. 53 - 104; Giovanni S a r t o r i, "Anti-Elitism Revisited", in: Government and Opposition, 13 (1978), S. 58 - 80.

den Eliten und der übrigen Bevölkerung unterscheiden: Eine Struktur, die in der Bevölkerung sozialkulturelle Konfliktlagen abfedert, fördert nicht zwangsläufig auch die Kooperationsbereitschaft konkurrierender Führungsgruppen und umgekehrt.

Das Konzept der Konkordanzdemokratie bildet einen Übergang zu neolitistischen Theorien, wie sie jüngst von Lowell D. Field und John Higley formuliert wurden 23). Danach hängt es ausschließlich von der Elitenstruktur ab, ob sich stabile repräsentative Institutionen ausbilden und ob sie überdauern können. Nach diesem Konzept wird die Elitenstruktur an den Anfang eines Kausalzusammenhangs gestellt, der über die Stabilität der politischen Institutionen auch die Ausprägungen der Konfliktstrukturen beeinflusst - was eine Umkehrung der sonst in der historisch-politischen Soziologie konstruierten Beziehungskette bedeutet 24).

IV

Mit dem Hinweis auf Pluralismustheorien und der Skizze des Argumentationsgangs der Konkordanzdemokratie wurden bereits zwei Ansatzpunkte der Kritik an den Konzepten der sozialmoralischen Milieus und der Cleavages angedeutet, die sich nach einer Phase gleichsamer Kanonisierung heute dem Vorwurf ausgesetzt sehen, sie seien "künstlich, irreführend und der Vielfalt lokaler Verhältnisse nicht gerecht werdend 25)." So läßt sich gegen das Milieukonzept der Einwand vorbringen, daß die allgemeine Formulierung von einer "Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen" den sozialwissenschaftlich bedeutsamen Sachverhalt verdeckt, daß in komplexen Gesellschaften Personen gewöhnlich mehreren intermediären Gruppen angehören, die unterschiedliche, ja gegensätzliche Erwartungen an ihre Mitglieder richten. Über Konfigurationen von Gruppenzugehörigkeiten mit unterschiedlich starken und durchsetzbaren Loyalitätsansprüchen wird die Verbindung zwischen Politik und Sozialstruktur hergestellt. Die Rekonstruktion solcher Konstellationen ist empirisch aufwendig und analytisch

23) G. Lowell Field u. John Higley, Eliten und Liberalismus. Ein neues Modell zur geschichtlichen Entwicklung der Abhängigkeit von Eliten und Nicht-Eliten (Opladen 1983); dies., "National Elites and Political Stability", in: Gwen Moore (Hrsg.), *Studies of the Structure of National Elites* (Greenwich u. London 1985), S. 1 - 44.

24) Vgl. Heinrich Best, *Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich* (Düsseldorf 1989), Kap. 1.

25) So referierend G. A. Ritter, *Parteien*, S. 49. Ritter selbst plädiert für die Beibehaltung eines weiterentwickelten und modifizierten Konzepts des Sozialmilieus (ebd. S. 50, vgl. auch Anm. 67). Zur Kritik am Milieukonzept vgl. u.a. James J. Sheehan, "Klasse und Partei im Kaiserreich. Einige Gedanken zur Sozialgeschichte der deutschen Politik", in: Otto Pflanze unter Mitarb. v. Elisabeth Müller-Luckner (Hrsg.), *Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches* (München u. Wien 1983), S. 21; David Blackburn u. Geoff Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848* (Frankfurt a. M. 1980), S. 20f.

anspruchsvoll. Erst heute stehen die Daten und Methoden zur Verfügung, mit denen auch in Gesellschaften der Vergangenheit Kombinationen von Gruppeneinflüssen analysiert und in ihren politischen Folgen bestimmt werden können.

Zu klären bleibt dann jedoch, welchen Bestand nach solchen Differenzierungen das in seiner ursprünglichen Form doch sehr hermetische Konzept der sozialmoralischen Milieus hat. Selbst für das Deutsche Reich gelingt die Ableitung politischer Konfliktgruppen aus soziokulturellen Spaltungen für verschiedene Parteien ja in unterschiedlich überzeugender Weise: im Fall des Kaiserreichs recht gut für das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Konservativen und die ethnischen Minoritäten, während es schwer fällt, den Liberalen ein spezifisches Milieu zuzuordnen. Doch auch den "Milieuparteien" gelang es nie, ihre Klientel auch nur annähernd vollständig zu mobilisieren. Die verbleibenden Unschärfen - soziokulturelle Konfliktgruppen ohne politische Vertretung, politische Bewegungen ohne soziokulturell klar bestimmbar Anhang - können im Rahmen eines Milieukonzepts nicht erklärt werden. Sie sind jedoch zu groß um vernachlässigt zu werden.

Entsprechende Beobachtungen hat James Sheehan zu einem Argument zugespitzt, das auf den Kern des Konzepts der soziokulturellen Milieus zielt: Während Lepsius die "bemerkenswerte Stabilität und gradlinige Entwicklung des deutschen Parteiensystems bis 1928" zu seinem zentralen Erklärungsgegenstand erhebt, betont Sheehan für das Kaiserreich "die extreme Kurzatmigkeit und Instabilität, an der die auf Massen-Teilhabe ausgerichteten politischen Institutionen aller Art litten 26)." Das ist ein eklatanter Widerspruch, der die Frage provoziert, ob die historische Partizipationsforschung seit zwanzig Jahren etwas zu erklären versucht, das nicht existiert. Doch auch auf diese Frage kann die quantitative historische Sozialforschung Antworten geben, die eine größere Gültigkeit und Reichweite haben, als die von Sheehan zitierten "Belege" aus lokalen Einzelstudien. Doch sollte man zuvor genau spezifizieren, was man unter "Stabilität" und "Instabilität" versteht: die Kontinuität der Parteiorganisationen, die Rekrutierungsmuster politischer Führungsgruppen oder ihre Zirkulationsraten, die Stabilität der Bindungen von Individuen oder gesellschaftlichen Großgruppen an Parteien? In den folgenden Beiträgen werden Stabilität und Instabilität von Parteiensystemen unter allen hier angedeuteten Aspekten behandelt werden.

Auch die Frage, welche Bedeutung Eliten bei der Formierung von Milieus haben und welche Rolle sie bei der politischen Überwindung soziokultureller Spaltungen spielen, wird in den ursprünglichen Formulierungen des Milieukonzepts nur am Rande und unzureichend behandelt. Ähnliches gilt für das Konzept der Cleavages, bei dem die Annahme einer Interaktion zwischen der gesellschaftlichen Konfliktstruktur und dem Konfliktverhalten der Eliten zu der Notwendigkeit führt, seine Statik aufzubrechen und ihm eine Entwicklungsdynamik zu unterlegen.

26) M. R. Lepsius, Parteiensystem, S. 62; J. J. Sheehan, Klasse, S. 21.

Tatächlich zeichnet sich ab, daß Cleavages einen "Lebenszyklus" durchlaufen, der sich in fünf Phasen gliedern läßt:

1. Den Ausgangspunkt bildet eine Situation, in der Disparitäten zwischen Sozialkategorien bestehen, ohne daß sie zu "politisierten Vergemeinschaftungen" und manifesten Konflikten geführt haben 27). Die Zusammengehörigkeit der Beteiligten mag von diesen "subjektiv gefühlt werden", ohne daß dies allein zu Interessenkollisionen führt 28).

2. Dem muß eine zweite "Definitionsphase" vorausgehen, in der die Disparitäten als Begünstigungen und Benachteiligungen wahrgenommen werden. Es setzt die "Vergesellschaftung" im Weberschen Sinne einer "rational motivierten Interessenverbindung" ein 29). In dieser Phase wird das Bündnis zwischen den "latenten Interessengruppen" und spezifischen Teileliten geschlossen 30). Vor allem Intellektuelle haben in ihr eine große Bedeutung, weil sie den sozialstrukturellen Disparitäten die "notwendige Sinnkomponente" unterlegen, die Sozialkategorien erst als Konfliktgruppen definiert 31).

3. In einer anschließenden Phase der "Organisationsbildung" entsteht dann das umfassende Gefüge von Vereinen und Verbänden, das für "politisierte Gemeinschaften" charakteristisch ist. Im Falle einer vollständigen Ausbildung konstituieren sie sich in selbstgenügsamer Abschließung als "sozialmoralische Milieus" 32). Am Ende der Phase der Organisationsbildung erreichen die "politisierten Gemeinschaften" ihre höchste Konfliktfähigkeit und Konfliktbereitschaft. Die Segmentierung der Bevölkerung hat ihre Entsprechung in der Fragmentation der Eliten, die mehr an der Aufrechterhaltung der Autonomie der Milieus als an ihrer Integration in die Gesamtgesellschaft interessiert sind.

4. In einer solchen Situation sind zwei Ausgänge möglich: eine konfliktuelle Lösung, in der - in einer ersten "zentrifugalen" Variante - Konfliktgruppen den Weg der Sezession suchen, wenn sie eindeutig auf territoriale Hochburgen konzentriert sind, oder - in einer zweiten Variante - eine hegemoniale Stellung anstreben, wenn sie auf der funktionalen Achse politischer Aggregation lokalisiert sind 33). Beide Varianten führen zu heftigen, typisch gewaltsamen Konflikten, die nicht im Rahmen repräsentativer Institutionen zu moderieren sind. In der

27) Franz Urban P a p p i, "Konsistenz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik", in: Joachim M a t t h e s (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages (Frankfurt 1979), S. 470.

28) Max W e b e r, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie (5. Aufl., Tübingen 1972), S. 21.

29) Ebd., S. 22.

30) A. S t i n c h c o m b e, Structure, S. 574.

31) F. U. P a p p i, Konsistenz, S. 465.

32) M. R. L e p s i u s, Parteiensystem.

33) A. L i j p h a r d t, Typologies.

“konkordanten” Lösung der Proporzdemokratie kommt es dagegen zu einem friedlichen Interessenausgleich. Die Bedingungen für diesen Ausgang wurden bereits genannt.

5. In einer letzten Phase vollzieht sich dann mit der Auflösung der Subkulturen ein Prozeß der “Desegmentation” der Konfliktstruktur. Dies kann durch den Anpassungsdruck einer hegemonialen Gemeinschaft, durch das Ausscheiden von Gemeinschaften infolge territorialer Sezessionen oder durch eine allmähliche Auflösung der politisierten Gemeinschaften infolge der Verlängerung von Integrationsprozessen auf der Elitenebene nach “unten” und/oder der Abschleifung soziokultureller Disparitäten bewirkt werden. Dennoch zeigen viele Forschungsergebnisse, daß Cleavages untergründig im politischen Verhalten fortwirken können, auch wenn die Disparitäten, an denen sie sich auskristallisiert haben, schon längst eingeebnet sind. Auch muß offen bleiben, ob Cleavages, die aus dem aktuellen Konfliktrepertoire ausscheiden, nicht lediglich in einen Latenzzustand übergehen. Die Repolitisierung der konfessionellen Spaltung im Deutschland des 19. Jahrhunderts nach einer fast 200-jährigen Latenz ist hierfür ein Beispiel ³⁴).

Diese Skizze eines idealen Verlaufs des “Lebenszyklus” von Cleavages soll veranschaulichen, daß die Cleavagestrukturen wie die Konstellationen von Elitenkonflikt und Elitenkonsens einem Wandel unterliegen können. Wir vermuten, daß die Veränderungen auf beiden Ebenen rückgekoppelt sind. Im Unterschied zu “elitistischen” Konzepten oder Ansätzen, die eine Determination der Elitenstruktur durch den sozioökonomischen “Unterbau” annehmen, gehen wir also von einer wechselseitigen Beziehung aus.

Eine Verbindung des Konzepts der “Spannungslinien”, wie es Lipset und Rokkan paradigmatisch formuliert haben, mit dem elitentheoretischen Ansatz der Konkordanzdemokratie liefert den Kernbestand der Variablen und Variablenbeziehungen für ein nicht rekursives und dynamisches Modell des Zusammenhangs zwischen Sozialsystem und Machtorganisation ³⁵). Wir unterscheiden danach vier Variablenkomplexe:

1. Die Cleavage-Struktur als ein dauerhaftes politisches Konfliktmuster, das in der Sozialstruktur verankert ist und in organisierten politischen Bewegungen - heute im Parteiensystem - seinen Ausdruck findet;

2. die Sozialstruktur der (politischen) Eliten, unter der wir das Aggregat der Relationen zwischen Regionen, Berufspositionen und Organisationen verstehen, das durch intra- und intergenerationale Mobilität, informelle Verkehrskreise, Übergänge im Verlauf politischer Karrieren und Mehrfachmitgliedschaften der Angehörigen von Führungsgruppen gebildet wird. Der Aspekt der strukturellen Integration von Eliten wird durch diesen Variablenkomplex erfaßt;

34) Vgl. hierzu den Beitrag von Karl S c h m i t t in diesem Band.

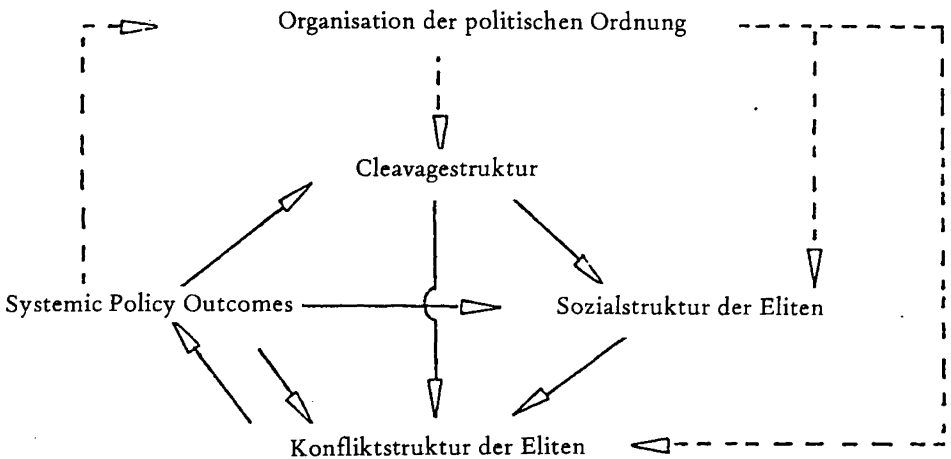
35) Eine erste Fassung dieses Modells findet sich in Heinrich B e s t, “Recruitment, Careers and Legislative Behaviour of German Parliamentary Leadership Groups, 1848 - 1953”, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, 23 (1982), S. 33 f.

3. die Konfliktstruktur politischer Eliten, unter der wir dauerhafte Verbindungen innerhalb der Führungsgruppe verstehen, die zur Durchsetzung von Aspirationen auf Machterwerb und/oder gemeinsamer politischer Ziele eingegangen werden. Die Konstellationen von Elitenkonflikt und Elitenkooperation in der Theorie der Konkordanzdemokratie sind diesem Variablenkomplex zuzuordnen;

4. politische Entscheidungen mit gesamtstaatlicher Bedeutung - in der Terminologie von Carl Beck "systemic policy outcomes" ³⁶⁾ - worunter wir Gesetze und Verträge von Verfassungsrang verstehen, die insbesondere die grundlegenden Fragen des Machtzugangs, des Machtwechsels und der Reichweite der Machtausübung von politischen Führungsgruppen betreffen. Diesem Variablenkomplex ist auch der Aspekt der Stabilität und Instabilität politischer Institutionen zuzuordnen.

Die bestehende Organisation der politischen Ordnung wird in das Modell als eine exogene Einflußgröße, als Kontext, eingeführt. In ihren sich wandelnden Elementen ist sie im Variablenkomplex der "systemic policy outcomes" präsent.

Untersuchungskategorien und Variablenbeziehungen für eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Sozialsystem und Machtorganisation



Zwischen den vier Variablenkomplexen des Kernmodells werden die folgenden Arten von Beziehungen postuliert:

1. ein Einfluß der Cleavage-Struktur auf die Sozialstruktur politischer Führungsgruppen, der etwa in der Weise wirksam wurde, daß die "sozialmoralischen Milieus" Repräsentanten mit je charakteristischen Merkmalskonstellationen entsandten, ferner ein unmittelbarer Einfluß der Eigenschaften des Elektorats auf

36) Carl Beck, "Introduction", in: ders. et al., Comparative Communist Political Leadership (New York 1973).

das (Konflikt-) Verhalten der Akteure im politischen Entscheidungsprozeß, der in der Weise wirksam werden konnte, daß die Perzeption von Interessen und Erwartungen der Wähler über die Antizipation ihres Wahlverhaltens auf die Entscheidungen der Gewählten wirkte;

2. ein Einfluß der Sozialstruktur politischer Führungsgruppen auf ihre Konfliktstruktur - etwa durch erworbene Werthaltungen und Problemorientierungen; diese können aus Sozialisierungserfahrungen und/oder Interessenorientierungen der Mitglieder der politischen Elite herrühren;

3. eine Wirkung der Konfliktstruktur der Eliten auf die "systemic policy outcomes" - etwa in der Weise, daß die Koalitions- und (interne) Kompromißfähigkeit von parlamentarischen Führungsgruppen ihre Chance beeinflusst, in Konkurrenz mit anderen Teileliten Machtpositionen zu erwerben und zu festigen;

4. eine Rückwirkung der "systemic policy outcomes" auf die Konfliktstruktur der politischen Eliten - etwa durch die Festlegung von Zuständigkeiten oder die Institutionalisierung von Mechanismen der Konfliktvermeidung und Konfliktlösung; ferner eine Wirkung der "systemic policy outcomes" auf die Sozialstruktur politischer Eliten, teils unmittelbar durch Wahlrechtsbegrenzungen und Inkompatibilitätsbestimmungen, teils mittelbar durch Diätenregelungen; schließlich eine Wirkung auf die Cleavagestruktur, etwa durch die Gewährung oder Verweigerung politischer Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten für oppositionelle Gesinnungsgemeinschaften, ethnische und kulturelle Minoritätengruppen.

In diesem Modell werden zwei sich kreuzende Untersuchungsdimensionen miteinander verbunden: Zum einen können wir Variablenkomplexe, die den sozio-politischen Kontext für das Handeln und die Rekrutierung politischer Führungsgruppen charakterisieren (Cleavagestruktur, systemic policy outcomes), von Attributen unterscheiden, die diese Führungsgruppen selbst auf der individuellen Ebene kennzeichnen (Sozialstruktur und Konfliktstruktur politischer Eliten). Zum anderen lassen sich die Variablenkomplexe danach unterscheiden, ob sie eher dem Politikbereich zuzurechnen sind (Konfliktstruktur der politischen Eliten, systemic policy outcomes) oder allgemein auf das Sozialsystem bezogen sind (Cleavagestruktur, Sozialstruktur der politischen Eliten). Damit läßt sich unser Untersuchungsansatz als zugleich mehr Ebenenanalytisch im Sinne einer Verbindung von Aggregat- und Individualebene und als systemübergreifend im Sinne einer Verschränkung von Gesellschafts- und Politikanalyse kennzeichnen.

Überführt man das Modell in ein Geflecht von Hypothesen, dann läßt sich folgende, hier sehr vereinfachte Argumentationsfigur konstruieren: Je tiefer in einer Gesellschaft die Spaltungen zwischen sozialkulturellen Gemeinschaften sind und je prägnanter sie sich in der Struktur der politischen Eliten ausprägen, desto geringer ist die Chance, daß sich innerhalb der Eliten ein hinreichender Konsens für die Etablierung und Erhaltung repräsentativer Institutionen und die Gewährung allgemeiner Staatsbürgerrechte bildet.

In den Beiträgen zu diesem Band werden alle hier abgegrenzten Ebenen, Bereiche und Variablenkomplexe behandelt, wenn auch überwiegend in Teilanalysen und noch nicht integriert in einem umfassenden Untersuchungsansatz. Um diesen weiteren Schritt zu tun, wird es erforderlich sein, die Datenbestände der verschiedenen Projekte miteinander zu verbinden³⁷⁾. Dies geschieht mittlerweile in einer interkulturell vergleichenden Untersuchung zur Sozialgeschichte des europäischen Parlamentarismus, an der Franco Andreucci (Universität Pisa), Valerie Cromwell (Universität Sussex) und der Autor beteiligt sind. In diesem Projekt werden Daten zur Sozialstruktur parlamentarischer Führungsgruppen und ihrem Abstimmungsverhalten mit Wahlkreisdaten verknüpft. Wahlkreise werden dabei in einem mehrebenenanalytischen Ansatz als handlungsrelevante Kontexte eingeführt, die das Verhalten der Abgeordneten beeinflussen - etwa unter dem Gesichtspunkt von Wiederwahlchancen; namentliche Abstimmungen liefern in den historischen, noch nicht durch Fraktionsdisziplin und dauernde Koalitionen rigide strukturierten Parlamenten Beobachtungswerte, die zugleich über grundlegende politische Orientierungen der Abgeordneten wie über ihre abstimmungstaktischen Kalküle Auskunft geben.

Auf der Arbeitstagung, die diesem Sammelband vorausging, wurden auch die praktischen, vor allem infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Forschungs-kooperation auf diesen Feldern diskutiert. Dieser Aspekt wird in den folgenden Beiträgen weitgehend ausgeblendet, im Vordergrund steht die Darstellung und Deutung von Befunden. Daß die Ergebnisse in wichtigen Punkten konvergieren und, cum grano salis, eine Betrachtungsweise stützen, die den Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Spaltungen und politischen Konflikten in den Vordergrund stellt, sollte eine Ermutigung sein, dieses Paradigma der historisch-politischen Soziologie weiterzuerfolgen.

37) Heinrich B e s t, "A Comparative Analytical Data-Base for Research into Historical Parliamentary Leadership Groups", in: Jean-Philippe G e n e t (Hrsg.), *Standardisation et echange des bases de donnees historiques* (Paris 1988), S.258 - 263.

**STRUKTURBEDINGUNGEN DES WAHLVERHALTENS
IN DEUTSCHLAND SEIT DEM KAISERREICH**

Wahlverhalten im Kaiserreich: Perspektiven und Interpretationsmöglichkeiten

Peter Steinbach

Im Rahmen dieses Bandes, dem es auf eine Bestandsaufnahme und kritische Sichtung vorhandener Möglichkeiten internationaler historischer Wahlforschung ankommt, kann die Weite meines Themas nur durch meinen Auftrag verständlich gemacht und gerechtfertigt werden, "Perspektiven einer Analyse von Massendaten der historischen Eliten- und Wahlforschung" zu entwickeln, Interpretationsmöglichkeiten zu diskutieren und bisher vorgeschlagene Deutungen zu modifizieren 1). Dabei wird sich herausstellen, daß eine der wichtigen Modifikationen sich auf die Annahme bezieht, im Zuge einer Nationalisierung des politischen Massenmarktes habe sich eine Deregionalisierung bzw. Reregionalisierung des Wahlverhaltens und des parteigeschichtlichen Gesamtzusammenhanges ergeben 2).

Mein Beitrag zielt auf Bestandsaufnahme und Problematisierung, nicht aber primär auf die Interpretation von Befunden unseres Passauer wahlhistorischen Forschungsprojektes. Ich beziehe mich dabei auf Deutungen der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die sich am Paradigma der Modernisierung orientieren.

Die Materialgrundlage für eine Untersuchung des Wahlverhaltens ist durch das sehr gute statistische Handbuch, so bezeichne ich das von Gerhard A. Ritter und Merith Niehuss herausgegebene wahlgeschichtliche Arbeitsbuch gerne, auf eine gute Grundlage gestellt 3) - und überdies finden sich in der Einleitung der Herausgeber die meisten der lohnenswerten Fragen und Differenzierungen. Insofern bin ich Epigone. Vielleicht sind wir inzwischen aber ein wenig weitergekommen bei der Beantwortung der relevanten wahlhistorischen Fragen.

Fragen nach dem Zusammenhang von sozialer Entwicklung und politischer Haltung der Bevölkerung, von Verfassungssystem und politischem Alltag auf verschiedenen politischen Ebenen, nach den Wirkungen föderaler Strukturen auf Parteiensystem und Politikentwicklung, Vielfältigkeit und Einheitlichkeit des Politischen sind nicht überholt. Auch der Entstehungsprozeß "regionaler Schwerpunkte" des deutschen Parteiensystems, die in den Folgejahrzehnten die Struktur des deutschen Parteiensystems ebenso bestimmten wie die innerorganisatorischen Entwicklungen, müssen weiterhin zu den brisanten Themen deutscher Parteiengeschichte gerechnet werden 4), wie die Auseinandersetzungen

1) Dabei verstehe ich meine Aufgabe nicht als Auftrag, bibliographische Übersichten bereitzustellen. Ich behalte deshalb die Vortragsfassung weitgehend bei und beschränke die Anmerkungen auf wenige Hinweise.

2) Vgl. dazu den Beitrag von Stefan Immerfall in diesem Band.

3) Gerhard A. Ritter u. Merith Niehuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871 - 1918 (München, 1980).

über die Arbeiten von Blackbourn und Eley auf der einen, Langewiesche, Wehler, Kocka u. a. auf der anderen Seite zeigten. Die nichtspezialistische Dimension dieser zunächst fachwissenschaftlich eng anmutenden Debatte wurde spätestens sichtbar, als sie sich zur Auseinandersetzung über den "deutschen Sonderweg" ausweitete, der von Helga Grebing relativiert wurde 5), allerdings weiterhin die deutschen politischen Selbstgespräche über die eigene Identität prägt.

Im Zusammenhang mit der Eröffnung des Zentrums für Historische Sozialforschung als einer gut etablierten Abteilung in einem angesehenen Institut zur empirischen Sozialforschung dürfen diese Sinndebatten nicht geführt werden - denn empirische Sozialforschung unterscheidet sich graduell doch erheblich von dem gesellschaftshistorischen Konzept einer kritischen Geschichtswissenschaft und historischen Sozialforschung, weil sie nach Daten, Fakten und Belegen, nicht aber nach einer Exposition des Problems, ob das Kaiserreich bürgerlich oder semifeudalistisch war, fragen mag 6).

Letztlich prägen diese Sinnfragen alle Kontroversen über den Charakter des Kaiserreiches und damit auch nach dessen historischen Stellenwert. Insofern sind die Auseinandersetzungen über den "deutschen Sonderweg" nur ein Vorspiel des "Historikerstreits" - zumindest sind manche der Fronten innerhalb dieser Auseinandersetzung zwischen Politik- und Gesellschaftsgeschichte bruchloser auf die zeitgeschichtliche Kontroverse zu übertragen, als die Auseinandersetzungen innerhalb der zeitgeschichtlichen Forschung über den Grundcharakter des NS-Regimes. Immer lassen sich in der Gesellschaft des Kaiserreichs Elemente nachweisen, die in bemerkenswerter Weise Tendenzen der Feudalisierung oder Bürokratisierung, der Verbürgerlichung oder der Demokratisierung belegen. Die Herausforderung scheint mir in der Entwicklung von Untersuchungsfeldern zu liegen, die in gleicher Weise gesellschaftsgeschichtlich orientiert und politisch dimensioniert sind. Dies führt zur historischen Wahlforschung, zumindest dann, wenn sie integrativ orientiert ist und politische Ebenen der Durchsetzung des Politischen mit sozialgeschichtlich zu analysierenden Determinanten des Wahlverhaltens verbindet. In diesem Sinne wurde auch im Kaiserreich zuweilen die Bedeutung der Wahlen für die Untersuchung politischer Prozesse, schließlich sogar für die Analyse von säkularen Wandlungsprozessen begriffen. Besonders deutlich wird dies in sozialdemokratisch und liberal orientierten Untersuchungen der Politik im Kaiserreich. Ihnen verdanken manche der Studien, die seit der Mitte der sechziger Jahre die Kenntnisse über die Innenpolitik des Bismarckreiches und des Kaiserreiches vermehren, außerordentlich viel, denn sie übernehmen

4) Dazu jetzt sehr übersichtlich und umfassend Gerhard A. Ritter, Die deutschen Parteien 1830 - 1914: Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem (Göttingen, 1985).

5) Helga Grebing, Der 'deutsche Sonderweg' in Europa 1806 - 1945. Eine Kritik (Stuttgart u.a., 1986).

6) Insofern ist der angekündigte dritte Band von H. - U. Wehlers Gesellschaftsgeschichte von besonderer Bedeutung.

vielfach die publizistischen Deutungen damaliger Gegenwartspolitik bzw. "Zeitgeschichte" und wirken über liberale Historiker wie Veit Valentin, Johannes Ziekursch und Hans Rosenberg auf die moderne Forschung ein.

Im Rahmen des Forschungsprojekts "Politisierung und Nationalisierung deutscher Regionen im 19. und 20. Jahrhundert" versuchen wir, einen Einblick in deutsche Wahlauseinandersetzungen, Wahlprogramme und Wahlergebnisse zu bekommen. Ausgangsfragestellung ist die These von der regionalspezifischen Ausgangslage deutscher Parteipolitik und der Nationalisierung der Region durch Wahlauseinandersetzungen im Zuge der Fundamentalpolitisierung und Massendemokratisierung zwischen 1870 und 1914. Diese These bezieht sich auf die Ausweitung der Wahlbeteiligung (nach einer denkbar breiten Wahlberechtigung, die zu ihrer Zeit m. W. keinen Vergleichsfall besitzt), die politischen Konsequenzen der Alphabetisierung und die Entwicklung eines politischen Massenmarktes mit Presseorganen von unterschiedlichem Typ und Reichweite, mit Verbänden und Parteien, einer zunehmenden Inszenierung von Politik und einer tendenziellen Verselbständigung der einzelnen Elemente des politischen Systems 7). Allein die Konstatierung von säkularen Tendenzen und politischen Entwicklungen reicht nicht aus, denn bereits der oberflächliche Blick in Wahlstatistiken und die organisationsgeschichtliche Literatur der Zeit belegt unseren Eindruck. Insofern ist bis heute die von Gerhard A. Ritter 1973 erstmals neu zugänglich gemachte politisch-soziologische Deutung des sich durch Partizipation anscheinend demokratisierenden Parteien- und Interessensystems durch Lederer kaum überholt 8).

Deshalb ist nur ein Kenntnisgewinn zu erwarten, wenn es gelingt, 1. die innere Differenzierung von Entwicklungen präziser zu fassen und 2. die Datengrundlage der herkömmlichen Wahlstatistik erfolgreich zu erweitern, indem die überlieferte Aggregatebene unterlaufen wird. Daß man dabei schon recht früh an daten- und überlieferungsbedingte Grenzen stößt, soll hier nicht eigens betont werden, um nicht schon jetzt mit der Defensivstrategie zu beginnen. Erweiterung der Datengrundlage bedeutet dabei sowohl die Vermehrung von Kenntnissen über Wahlkreiskandidaten und ihre Aufstellung, ihre lokale und regionale Verflechtung in Honoratiorengesellschaft und lokalen politischen Systemen der Willensbildung und Beeinflussung, als auch die Differenzierung der regional- und lokalspezifischen politischen Inszenierungsstrategien, aber auch der Wahlergebnisse - nach Möglichkeit weit unterhalb der Wahlkreisebene, die durch Reichstagswahlstatistiken in der Regel gut erschlossen wird. Dies schließt Landtags- und Selbstverwaltungs-

7) Insofern schließen wir uns bewußt an den modernisierungshistorischen Diskussionsstand an, der sich auf den wirkungsvollen Sammelband von Wolfgang Zapf, Hg., Theorien des sozialen Wandels (Köln, 1970, 2. Aufl.), bezieht. Dabei sind insbesondere die komparatistischen Anstöße von beträchtlichem heuristischen Wert.

8) Emil Lederer, Das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteiwesen, in: Gerhard A. Ritter, Hg., Die deutschen Parteien vor 1918 (Köln u. Berlin, 1973), S. 120 ff.

wahlergebnisse ein. Erst diese Differenzierung schafft die Voraussetzung für ein angemessenes Verständnis politischer Beziehungen zwischen Wählern und Gewählten, zwischen Verbandsführungen und Ortsausschüssen, zwischen Wahlkampfzonen auf unterer Ebene und den publizistischen Kampagnen in der Hauptstadtresse. Zugleich schafft sie die Voraussetzungen für eine genaue Erfassung von Angleichungs- und Ausgleichsprozessen zwischen Konfliktpartnern, die im Zuge einer Herausbildung des politischen Massenmarktes zunehmend darauf angewiesen sind, Zustimmung außerhalb der bürokratischen Verwaltungs- und Entscheidungszentren zu suchen.

Im Konstitutionalismus verläuft eine entscheidende Konfliktlinie zwischen Regierung und den von ihr in obrigkeitstaatlicher Tradition dem Bereich der gesellschaftlichen Kräfte zugewiesenen Parteien, Kandidaten, Abgeordneten mit den ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Medien ⁹⁾. Diese Konfliktlinie soll von beiden sich gegenüberstehenden Machtgruppen zumindest gehalten und deshalb verteidigt werden, um dem Konstitutionalismus - einem geronnenen dilatorischen Kompromiß - feste Grundlagen zu schaffen oder - aus der Sicht der Regierungsgegner - Parlamentarisierungsprozesse voranzutreiben, die sich seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nicht mehr von Demokratisierungsprozessen scheiden lassen.

In diesem Konflikt mußte es für die Parteigänger des monarchischen Prinzips entscheidend sein, den eigenen politischen Handlungsspielraum auszuweiten - auf Kosten des Reichstags. Dies war möglich durch eine Beeinflussung der Zusammensetzung dieses Repräsentationsorgans, das gegen den Grundsatz des monarchischen Prinzips die Vitalität des Prinzips von der Volkssouveränität verkörperte.

Da der Reichstag aus Wahlen hervorging, bestand die Möglichkeit, durch Beeinflussung der Bevölkerung die Zusammensetzung der Vertretungskörperschaft mitzubestimmen. Erst wenn es der Regierung gelang, einen Gegensatz zwischen Reichstag (mit Abgeordneten, Parteien, Verbänden und der dazugehörigen Presse) und Wählerschaft zu thematisieren oder die Wählerschaft (mit Auswirkungen auf das Selbstverständnis der Abgeordneten und ihre Fraktionierung im Reichstag) zu differenzieren, konnte sie die in der konstitutionellen Verfassung angelegte duale Struktur überspielen und die konkrete Zusammensetzung des Reichstags als Ausdruck und Szene der Volkssouveränität im Sinn ihrer eigenen Interessen mitprägen.

Diese Grundkonstellation prägt die politischen Konflikte der Kaiserzeit - sie macht allerdings niemals die ganze Konfliktdimension aus und beschreibt

9) Leider ist nach der großen Konzentration auf die innenpolitischen Konflikte im Kaiserreich die entwicklungsgeschichtliche Untersuchung des Verfassungssystems weitgehend zum Erliegen gekommen. Vgl. Ernst-Wolfgang B ö c k e n f ö r d e, Hg., *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte 1815 - 1918* (Köln, 1972) sowie die kritische Auseinandersetzung mit der Verfassungsgeschichtsschreibung von H. B r a n d t.

schon gar nicht die Handlungsdimensionen der Akteure im politischen Prozeß. Um den gouvernementalen Handlungsspielraum zu vergrößern, mußte die Regierung sich als ein geradezu unübersehbarer Faktor an den Wahlauseinandersetzungen beteiligen. Sie spielte deshalb viel stärker als die Parteien, die in Tendenzen der primären und sekundären Integration eingebunden blieben, Streitfragen hoch. Immer wieder gelang es auf diese Weise, dem konstitutionell latenten Konflikt einen publizistisch sinnfällig auswertbaren, punktuellen Ausdruck zu geben, der plebiszitäre Konflikt- und Entscheidungsdimensionen entfaltete. Das bedeutete zugleich, daß sich die Konfliktstrukturen im Kaiserreich zu einem erheblichen Teil im Medium des Politischen, also des sprachlich vermittelten, Erfahrungsraum und Erwartungshorizont verbindenden Deutungsbereichs von Gegensätzen zwischen Regierung und Öffentlichkeit entfalteten. Insofern sind Konflikte immer auch abgeleitet gewesen.

Die Parteien hingegen orientierten sich stärker an sozialen Grundsatzkonflikten, ohne aber die Kraft zu besitzen, sich den inszenierten Regierungsappellen zu verweigern. Jede Stellungnahme zur Regierungspareole - und diese wurde regelmäßig lanciert und beachtet - bedeutete, daß die Position der Regierung Ansatzpunkt politischer und innergesellschaftlicher Differenzierung wurde. Sozialstrukturen setzen die Bedingungen für eine Beantwortung des Apells in Wahlauseinandersetzung und Wahlentscheidung. Katholiken gegen Linksliberale, Konservative gegen Liberale, der "Bürgerblock" als Sammlungsbewegung gegen Sozialdemokraten und Linksliberale, die Scheidefunktion der Demokraten und Freisinnigen - alle Gegensätze hatten ihre Grundlage in Sozialstrukturen, in Milieus und regionalspezifischen Verhältnissen, bestimmten zugleich aber über die Deutung, vielleicht sogar über die Wahrnehmung von gesellschaftlich gegebenen Konfliktdimensionen.

Jeder innergesellschaftlich fundierte Kultur-, Konfessions- oder Interessenkonflikt wurde zugleich aber von den Konfliktpartnern gedeutet und zeigt insofern, daß die Verwirklichung der Regierungsintentionen nur in einem komplexen Bedingungsgeflecht konfessioneller, sozialer, ideologischer und regionaler Gegenfaktoren stattfand, die unübersehbar Integrationsgrenzen aufzeigten. Hier liegen auch die Grenzen zu einem aktuellen Politikverständnis. Operiert Offen etwa mit dem Begriff der "apathischen Folgebereitschaft", um die Wirkungen der durch den, wie er sagt, "Staatsapparat" gewährleisteten Massenloyalität darzustellen und zugleich den Wählern weitgehend ihren autonomen Gestaltungswillen abzusprechen 10), so zog Bebel auf dem ersten Parteitag nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes in Halle 1890 einen anderen Schluß und bekräftigte seine Vorstellung des unbeeinflussbaren, mündigen Individuums: "Wäre uns unter dem Gesetz auch die Reichstagstribüne verschlossen und die Ausübung

10) Claus O f f e, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: G. K r e s s u. D. S e n g h a a s, Hgg., Politikwissenschaft (Frankfurt/M., 1972), S. 157.

des Stimmrechtes unmöglich gewesen, wir hätten keine Mittel besessen, auch nur annähernd festzustellen, in welcher Art und Gestalt die Partei sich entwickelt hatte und fortgeschritten..."¹¹⁾).

Zur realistischen Einschätzung des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und politischen Konflikten zwischen 1867 und 1918 wird man Parteien und Parlamente keineswegs vorrangig oder ausschließlich als "Filter- und Disziplinierungsinstitutionen" bezeichnen können, zumindest nicht in gouvernementaler Verengung. Sie waren stets auch Sprachrohr, in dieser Hinsicht aber abhängig von denjenigen, die über dieses Artikulationsorgan verfügten. Wahlen hatten aber in jedem Fall eine demonstrative Bedeutung und gaben Antwort auf Problemstellungen, somit indirekt auch auf Probleme und Konfliktdimensionen offener oder latenter Art. Sie lassen sich erschließen, erklären sich jedoch nicht allein aus den Wahlaggregaten, wie häufig in den Arbeiten über das Kaiserreich angenommen zu werden scheint. Für die Parteien der Opposition kam den Stimmergebnissen eine demonstrative Bedeutung zu, die sich nicht in unmittelbare Macht umsetzen ließ. Für die Regierung und die Verwaltung kam in den Stimmergebnissen die durch gouvernementale Parteien bewerkstelligte Integration von konfligierenden Tendenzen, Gruppen und Regionen (etwa im Hinblick auf die "Reichsfeinde") zum Ausdruck. Die in den Wahlergebnissen zum Ausdruck kommenden Desintegrationstendenzen verstärkten wiederum die Integrationsbemühungen der gouvernementalen Seite und die Arbeit der Zuspitzung auf seiten der Opposition. So erscheinen die Wahlergebnisse als Ausdruck eines Wählerverhaltens, das politische, soziale, kulturelle und konfessionelle, regionale, historische und aktuelle Konflikte in gleicher oder räumlich jeweils unterschiedlicher, auch unterschiedlich "dichter" Weise zu bewältigen hat. Die Aufgabe der Wahlforschung zum Kaiserreich scheint unter diesem Gesichtspunkt in der Entzerrung, der Differenzierung dieses Spektrums zu liegen. Dies führt zu einer Komplizierung der Wahlforschung, weil - überdies auf einer im Vergleich zu späteren Epochen relativ problematischen Materialbasis - die verschiedenen Dimensionen der Beeinflussung des Wahl- und Wählerverhaltens auf die Bündelung von Determinanten des Wahlverhaltens hinauslaufen, die sich in der modernen Theorie des Wählerverhaltens zu einer komplexen und in jedem Fall komplizierten Gesamtdeutung fügen.

Unsere Überlegungen haben deshalb stark im Zusammenhang mit der Erforschung politischer Kultur gestanden, weil die Verbindung von Wahlergebnissen und Wahlauseinandersetzungen vor dem Hintergrund regionalgeschichtlicher Einzelbefunde und rekonstruierter wahlkreisbezogener Sozialdaten die Integration von Inszenierungsstrategien, Deutungsdimensionen, Erwartungshorizonten, die Verbindung zwischen Vergangenheitsdeutung und Zukunftsperspektive mithin gestatten. Die Frage nach möglichen Indikatoren einer derartigen historisch und

11) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagess der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Halle, 1890, Berlin, 1890), S. 33.

regionalspezifisch orientierten Erforschung politischer Kultur verweist in jedem Fall auf Wahlergebnisse, Wahlprogramme, Wahlvoraussetzungen, auf sich in den Wahlsequenzen manifestierendes geronnenes Verhalten ebenso wie auf eingeschliffene, ritualisierte, zeittypische oder sich in gesellschaftlichen Konflikten oder sozialen Prozessen durchsetzende Begriffe. Wenn sich in den sinndeutenden und ergebnisbezogenen Daten vergangene Konfliktdimensionen greifen lassen, nähert sich die semantische 12) und auf Wahlaggregate bezogene Wahlanalyse der Erforschung milieuspezifischer Weltsicht.

Erst auf der Grundlage von breitgefächerten, d.h. sozial, kulturell, politisch und regional differenzierten Materialzusammenstellungen lassen sich die Voraussetzungen für eine Analyse des Verhältnisses zwischen Teilkulturen und dominanten oder im Geschichtsverlauf dominierend werdenden "nationalen" Kulturen schaffen.

Weil in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung den regionalspezifischen Teilkulturen zukommt, die sich sowohl in einzelstaatlicher Abgrenzung als auch in milieuorientierter Charakterisierung beschreiben lassen, haben wir uns zunächst stark auf die Schaffung von Vergleichsmaßstäben regionalspezifischer Differenzierung konzentriert - durch die Sammlung von Daten für typisierte Wahlkreise und die Aufbereitung der nationalen Wahlergebnisse auf Wahlkreisebene. Die Daten für einzelne Wahlkreise zielten dabei auf die Rekonstruktion von Langzeitreihen auf Stimmbezirksebene 13).

Die regionale politische Kulturforschung hat nicht nur die Herausbildung regionaltypischer einzelstaatlicher Kulturen in jüngster, also zeitgeschichtlicher Vergangenheit betont, sondern auch die jeweilige Vorgeschichte eines modernen Landes- und Landschaftsbewußtseins erfaßt, das auf einer Mesoebene als Regionalbewußtsein identifizierbar bleibt 14). Dabei zeigt sich, daß in der regionalspezifischen und -differenzierenden Kulturforschung durchaus von der relativen Dauerhaftigkeit und Revitalisierbarkeit derartiger Teilkulturen ausgegangen werden kann. Problematisch bleibt dabei lediglich, inwieweit die regional begrenzten Teilkulturen schichtenübergreifend oder schichtenrelativierend sind und wie ihr Verhältnis zur unüberschbar schichtengeprägten Subkultur, zur politisch orientierten Gegenkultur und zur nationalen politischen Kultur bestimmt werden kann. Gerade regionale Untersuchungen zur politischen Teilkultur deutscher Länder zeigen, daß latente Strukturen der Wertbeziehungen und Wertvorstellungen im Laufe von Jahren, von Wahlkämpfen, von Generationswandlungen immer neu

12) Vgl. dazu jetzt Dietrich B u s s e, Historische Semantik. Analyse eines Programms (Stuttgart, 1987).

13) Hier liegen inzwischen Ergebnisse vor, die Stefan I m m e r f a l l beschrieben hat: "The Passau-Project on Historical Electoral Research - Old Problems and New Perspectives", in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 41 (1988), S. 125 - 136.

14) Zur neuesten Diskussion: Informationen zur Raumentwicklung H. 7/8 (1987, Regionalbewußtsein und Regionalentwicklung), hg. v. d. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.

revitalisiert werden können oder sich mit aktuellen Weltdeutungen oder zeitgeschichtlich näheren Erfahrungen überlagern. Sie wirken dabei ebenso auf die dominante Kultur ein, wie sie von dieser beeinflusst werden. Dies zeigen insbesondere Wahlkampfvergleiche, die auf die Darstellung unterschiedlicher Systemebenen oder lokaler Bezugs- und Entfaltungsräume zielen. Bisher sind allerdings die meisten der politischen und kulturellen, der sozialen und auch konfessionellen Austausch- und Transportprozesse unbekannt - deshalb haben wir die Beziehungen zwischen regionalen Wahlprogrammdiskussionen und zentralen Programmsetzungen dokumentiert. Auf diese Weise lassen sich Beziehungen zwischen Teil- und Dominanzkulturen greifen, die in der Regel als Beeinflussungsprozesse in der partei-, wahl- und pressegeschichtlichen Literatur mehr konstatiert als analysiert werden. Als eine wichtige Aufgabe der Wahlforschung über das Kaiserreich muß die Erforschung der Entstehung politischer Nationalkulturen aus der Kenntnis regionalspezifischer Teilkulturen gelten, die in sich die vielfach auf eine nationale Analyseebene getragenen konfessionellen, landschaftlichen, kulturellen und sozialen Aspekte aufnimmt. Dabei zeigt sich bereits jetzt, daß die sogenannte "gesamte politische Kultur" keineswegs als Summierung von Teilkulturen beschrieben werden kann, weil sich in diesen jeweils eine spezifisch und von regionaldifferenzierten Erfahrungen ebenso wie von nationalgeschichtlichen Anstößen geprägte Verarbeitung von Impulsen und Integration von Herausforderungen partialer Kulturen spiegelt. In diesem Prozeß kommt den welterschließenden und weltdeutenden Eliten eine besondere Bedeutung zu, die sich nicht durch deren Reduktion auf Meinungsführerrollen erfassen läßt. Nationalisierte Kultur, die sich im Medium der Wahlauseinandersetzungen und der Wahlergebnisse greifen läßt, ist so niemals allein das Ergebnis eines Prozesses, sondern bleibt stets auf diesen Entstehungsprozeß bezogen - mit der Möglichkeit eines Rückschlages, also einer neuen Regionalisierung der Politik.

Im 19. Jahrhundert ist die Nationalisierung vor allem die Folge einer allgemeinen Politisierung, die sich vor dem Hintergrund nationaler Marktbeziehungen, eines sich außerordentlich rasch entfaltenden Parteien- und Verbandssystems, einer Politisierung des kulturellen Konflikts zwischen Staat und Kirche und einer Ausdifferenzierung sozialer Strukturen und Interessendimensionen ergibt¹⁵). Dies bedeutet nicht, die Geschichte des Kaiserreiches primär unter dem Blickwinkel des Paradigmas von der Entstehung des Nationalstaates zum Ausgangs- und Zielpunkt zu machen. Der Entstehungsprozeß des "Nation Building" ist mehr als die "Formation of National States", nämlich die Konsequenz und Voraussetzung eines gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsvorgangs, in dessen Verlauf sich traditionale Orientierungen abschleifen und durch neue ersetzt werden, die in sich Reste der alten bewahren. Augenscheinlich verlieren Lokal- und Regional-, Gruppen- und Standesbewußtsein im Laufe dieser Entwicklung an Bedeutung:

15) Trotz aller Kritik bisher unübertroffen H. U. W e h l e r, Das deutsche Kaiserreich (Göttingen, 1973).

Mobilisierung und Politisierung münden in eine Polarisierung, die die innere Nationalstaatsbildung prägt und die Stationen des inneren Kampfkurses, der seinen Ausdruck vor allem in den Wahl- und Wählerbewegungen findet, zu dem wichtigsten Vehikel der Nationalisierung von Partialekulturen macht 16).

Ausgangsvermutung jeder Untersuchung der Nationalisierung von Regionen im Zuge von "Nation-Building-Processes" ist die Verschmelzung unterschiedlicher "traditionaler Milieus", die präzise zu bestimmen sind, zu einer neuen Einheit politisch-kultureller Milieus, die abhängig bleiben von Entwicklungen und Inszenierungen, von Integrationsanstrengungen und -leistungen. Diese Einheit bleibt durch die regionalspezifischen Startbedingungen geprägt und tritt stets jenen formierenden Entwicklungen und Konflikten an die Seite, die stärker durch hauptstädtische Bühnen politischer Auseinandersetzungen und die Wirkungen von sich herausbildenden Institutionen gesamtstaatlicher Willensbildung geprägt bleiben. Die Frage ist dabei weniger, ob, sondern wie die gesamt-national manifesten Entwicklungen die vielfach beobachteten regionalen "Abschleifungsprozesse" geprägt, überlagert, gebrochen, verdrängt oder gemischt haben. Dabei sind historische Erkenntnisse nur zu erwarten, wenn man nicht vom Ende der historischen Entwicklung, dem konsolidierten Nationalstaat, her urteilt, sondern die regionalspezifischen Ausgangssituationen nationalstaatlicher Entwicklung als Beginn einer Intensivierung regionaler Politik, diese aber - mit Schieder - als etwas für die deutsche Geschichte Konstitutives begreift. Damit werden die Herausbildung und Konsolidierung des nationalen Kulturstaates als Angleichung von Regionalismen erklärbar, d.h. als Zusammenbindung verschiedener politischer und politisierbarer Geschichtslandschaften. Sie erscheinen nicht allein als komplexe sozialgeschichtliche Gebilde, sondern als differenzierte Voraussetzungen für die Entstehung und Wirkung von Mentalitäten und Wahrnehmungsweisen. Wie kaum ein zweiter hat dies Heberle empfunden und zum Ausgangspunkt seiner politischen Soziologie gemacht (wobei allerdings die Brechung durch generative Lagerungen nicht verschwiegen werden darf).

In der politischen Soziologie werden die Austausch- und Angleichungsprozesse fundamentaler Politisierung und Nationalisierung im Gegensatz von zentralen und peripheren Bezugspunkten politischer Konflikte erklärt. Dabei wird die Hypothese aufgestellt, daß sich die politischen Konfliktlinien, die das Zentrum prägen, auch in den politischen, kulturellen und regionalen Randzonen durchsetzen. Ein gravierendes Unterscheidungsproblem stellt sich für die notwendige Abgrenzung von Politisierung und Nationalisierung. Beide Entwicklungen müssen aufeinander bezogen, zugleich aber auch isoliert betrachtet werden. Für sich ge-

16) Hier folge ich weitgehend den Deutungsschemata von Stein Rokkan. Vgl. dazu im Zusammenhang mit der Wahlforschung Peter Steinhilber, Deutungsmuster der historischen Modernisierungstheorie für die Analyse westeuropäischer Wahlen, in: Otto Büsch u. Peter Steinhilber, Hgg., Vergleichende europäische Wahlgeschichte (Berlin, 1983), S. 158 ff.

nommen, erscheinen sie so als je eigene Entwicklungen mit einer ebenfalls je spezifischen Differenzierung. Damit stellt sich das Problem der Modellbildung. Ein überzeugendes, von der Geschichtswissenschaft und historisch orientierten Politikwissenschaft bis heute jedoch nicht hinreichend überprüftes oder in seiner anregenden Wirkung begriffenes Politisierungsmodell hat Stein Rokkan formuliert 17). Es weist überdies den Vorzug auf, in die säkularen, vergleichend zu analysierenden Prozesse der Nationalstaatsbildung eingebunden werden zu können. Rokkan koppelte dabei Modernisierungsprozesse an die wachsende und sich qualitativ verändernde Partizipation und machte auf diese Weise den gesamtgesellschaftlichen sozialen und immer wieder Konflikte und Krisen verschärfenden Wandel zum Bezugspunkt einer Analyse politischer Beteiligung.

An seine Erfahrungen und Vorschläge, die zunächst vor allem im Hinblick auf die Entwicklung einer norwegischen Wahldatenbank auf Stimmbezirksebene formuliert wurden, haben wir mit unserem Projekt über "Politisierung und Nationalisierung deutscher Regionen" angeknüpft und auf diese Weise nach den sich wandelnden Handlungs- und Verhaltensbedingungen des wahlaktiven Distriktbürgers auf der untersten Stufe des politischen Systems gefragt. Damit rückte dann auch erneut die Bedeutung "regionaler und lokaler Gegensätze" in der eingangs angedeuteten Verschränkung - also im Spannungsverhältnis von Zentrum und Peripherie einerseits, als innerregionaler oder -kommunaler Konflikt andererseits - in den Blick.

Die These vom Zusammenbruch der traditionellen territorialen Gegensätze im Zuge der Nationalstaatsbildung kann in gleicher Weise durch die Politisierung lokaler Wahlen oder das Auftreten von Parteien illustriert werden, die zunächst auf nationaler Ebene organisiert sind. Dies zeigt sich insbesondere an der südwestdeutschen Wahlentwicklung. Die Wahlbürger gelten sowohl als beeinflußt durch regional geprägte Bestimmungsgründe als auch durch Faktoren auf den "höheren Stufen des Systems". Der durch eine Verschränkung von regionalen und nationalen Einflußfaktoren, die in sich wieder sozial, politisch, kulturell usw. zu differenzieren sind, charakterisierte Vorgang wachsender Partizipation läßt sich nach Rokkan unterscheiden und verlaufstypologisch gliedern: durch die Inkorporation von Stimmberechtigten, die Mobilisierung der Wähler, ihre über einzelne Wahlauseinandersetzungen hinausgehende Aktivierung, die gleichzeitig mit dem Zusammenbruch traditionaler lokaler Wertsysteme erfolgende wachsende Politisierung, die schließlich in die Polarisierung mündet. Diese von Stein Rokkan entwickelten und definierten Prozesse kennzeichnen gleichzeitig Entwicklungsschwellen und fordern als solche die in den politischen Prozeß eingebundenen, ihn gestaltenden, zugleich aber auch von ihm abhängigen Eliten heraus. Über die Reaktionen der politischen Eliten sind wir bisher nur unzusammenhängend informiert, insbesondere im Hinblick auf die Fundamentalisierungs-

17) Vgl. dazu die Überlegungen ebda., ferner Rokkans Beitrag für den Sammelband von W. Z a p f (wie Anm. 7).

vorgänge selbst. Besser sind unsere Kenntnisse für den Zeitraum vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges oder für die parlamentarische Ebene - die Erforschung der Beziehungen zwischen den zentralen Eliten und den regionalen Eliten, die wir vor allem in der Kategorie des Honoratiors erfassen, steht aber noch weitgehend aus.

Die Bestimmung der Schwellen läßt sich unterschiedlich gut markieren. Ein vergleichsweise harter Indikator steht für die Zahl der Wahlberechtigten zur Verfügung. Die Mobilisierung kann über Wahlbeteiligungsraten erschlossen werden. Die Aktivierungsschwelle kann nur unter Berücksichtigung des Vereinslebens und der Vereinsstrukturen, der Verbreitung der Presse, der Kirchenbindungen und -aktivitäten, der aktiven Parteizugehörigkeit festgelegt werden. Die Politisierung bedarf in starkem Maße der Erforschung und Darstellung von Wahlthemen, von politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungsdispositionen. Dabei zeigt sich, daß eine besondere Bedeutung den Kultur-, Bildungs- und Erziehungsfragen zukommt, weil sich über diese Themen vor allem die konfessionelle Dimension politischen Verhaltens ansprechen läßt. Dazu kommen natürlich große einzelstaatliche Kontroversen - von der bayerischen Parlamentarisierung bis zum preußischen Dreiklassenwahlrecht. Die Politisierung ist vor allem durch wertbeladene Kontroversen beeinflusbar, wie die großen inszenierten Wahlen von 1878, 1887 und 1907 zeigen.

Soziale Interessen scheinen hingegen die Polarisierung zu prägen. Sie sind vor allem in den Besteuerungskontroversen greifbar, die sich interessenpolitisch und -strategisch aufzuladen scheinen. Steuerkonflikte werden zum wichtigsten Vehikel einer durchgehaltenen Politisierung, die schließlich in eine verfestigte Polarisierung führt. Umso bedauerlicher ist es, daß Untersuchungen über Steuerauseinandersetzungen in den Einzelstaaten noch weitgehend fehlen.

In diesen Zusammenhang gehören auch die Auseinandersetzungen über das Dreiklassenwahlrecht, vor allem auf kommunaler Ebene, die Debatten über die Interessenvertretung durch Verbände und deren Beziehungen zu den Bürokratien von Reich und Einzelstaaten. Die Polarisierung läßt sich für das 19. Jahrhundert zunächst vor allem am Gegensatz zwischen Liberalismus und Konservatismus, anschließend zwischen Katholizismus und Nationalliberalismus im weiteren Sinne eines gouvernemental beeinflussbaren Liberalismus, schließlich dann in der Abgrenzung zwischen Arbeiterbewegung und "Bürgerblock" - dem Bürgertum im weiteren Sinn, teilweise unter Einfluß konservativer ländlicher Gruppen - nachweisen. Die Schattierung der Konfrontationen wird zum Problem vor allem für eine Bestimmung von Langzeitreihen politischer Polarisierung. Die Scheidung zwischen Arbeiterbewegung und konservativ-liberalem Bürgertum läßt sich in den meisten Wahlbewegungen des 19. Jahrhunderts nachweisen; sie wird jedoch immer wieder durch andere Konfliktlinien - etwa zwischen gouvernementalen und sogenannten "antigouvernementalen" Parteien beeinflusst und relativiert. Besonders schwierig gestaltet sich die Festlegung der Partei des politischen Katholizismus, weil sie im Zuge des Kulturkampfes regionale politische Kul-

turen nationalisieren und nach der Entschärfung der Gegensätze nivellieren kann. Allerdings besteht die Vermutung, daß es sich bei den hochgradig politisierenden Konflikten des frühen deutschen Nationalstaats um Sonderfälle handelt, die nur begrenzt verallgemeinerungsfähig sind. Werfen wir abschließend die Frage nach der Nationalisierung der Region im Spannungsfeld regionalisierter Politik auf, so stellt sich in der weiteren Bearbeitung das Problem der Bezugsgrößen und der isolierbaren Problemfelder. Dies ist vor allem dann unabweisbar, wenn wir die regionale Politisierung in den Zusammenhang der Modernisierung stellen und auf diese Weise auf Phänomene sozialen Wandels und der Industrialisierung einschließlich ihrer nichtökonomischen Konsequenzen beziehen. Nationalisierung soll in diesem Zusammenhang die Integration einer nationalen Teileinheit - eines Bundesstaates, einer Provinz oder eines Wirtschaftsraumes - in nationale Sozialstrukturen und politische Kulturen überregionaler Art bedeuten. Dabei ist keineswegs nur auf sozialgeschichtliche Angleichungen abgestellt, sondern sollte eine politische und politisierbare Position mitgedacht werden.

In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, zu betonen, daß die verringerten Distanzen von der Wahlbevölkerung überhaupt wahrgenommen werden müssen - sie sind mithin von der Deutung durch politische und kulturelle Eliten abhängig, die in der Deutung auch ihren politischen Interessen dienen. Nationalisierung ist so auch Ausdruck einer Distanz oder eines Spannungsverhältnisses sozialer, politischer und kultureller Art und kann qualitativ durch Unterschiede zwischen regionalen und nationalen Wahlkampfthemen, quantitativ durch Differenzen zwischen Wahlkreis- oder Stimmbezirksergebnissen auf der einen, den Reichsergebnissen auf der anderen Seite bestimmt werden. Wahlbeteiligungsraten, Parteipräferenzen, Polarisierungsquotienten und Differenzwerte zwischen Parteiergebnissen werden zum Indikator von Übereinstimmungen, Abweichungen oder Annäherungen im Stimmverhältnis. Auch Programmdiskussionen und Mobilisierungsstrategien bzw. -methoden geben Aufschluß über regionalspezifische Beharrung oder nationalisierende "Abschleifung". Der Vergleich zwischen den Prozessen politischer Mobilisierung und den Ergebnissen der Wahlentscheidung auf unterschiedlichen Systemebenen darf sich in Übereinstimmung mit dem auf die Analyse des Verhältnisses zwischen Zentrum und Peripherie zielenden Ansatz von Rokkan nicht auf die Untersuchung von Zentren des Wandels wie industrialisierten Ballungszentren beschränken. Vielmehr ist auch die Erforschung von "Passivregionen", also den nur mittelbar oder indirekt dem sozialen Wandel durch Industrialisierung und Urbanisierung ausgesetzten Regionen, von Bedeutung.

Besteht Klarheit über Erkenntnisabsicht und Fragestellung, über das zu testende Paradigma und die zugrundegelegten Entwicklungsschwellen, so gilt es weiterhin, eine Auswahl von Untersuchungsregionen zu finden, die sich für die Durchführung der geplanten Untersuchung eignen. Sie müssen überschaubar sein, sollten abgegrenzt werden können, sich gleichzeitig aber auch durch ein regio-

nales Eigenbewußtsein auszeichnen, welches modernisierungstheoretisch angemessene Prozeßanalysen des Übergangs von einem als traditional definierten Zustand in einen als "modern" bezeichneten gestattet. Hier stellt sich augenblicklich die größte Gefahr des Selbstbetrugs, weil die Auswahl überlieferungsabhängig ist und nicht selten auch vom landeshistorischen Forschungsstand beeinflusst bleibt. Auch die Verwendung von Modernitätsbegriffen und Traditionalitätskriterien bleibt problematisch und prekär, weil mit Vorstellungen argumentiert wird, die vielfach erst noch zu belegen sind. Überdies hat die Krise der Modernisierungstheorie in einem Punkt Klarheit gebracht: daß die Vorstellung eines unlinearen Prozesses illusionär ist und von einer Neben- und Überlagerung ungleichzeitiger Phänomene in der Gleichzeitigkeit auszugehen ist 18).

Traditional bedeutet in diesem Zusammenhang, daß in einem Gebiet als Folge von verkehrsmäßiger Abgeschlossenheit sich eine deutlich lokalitätsgeprägte Öffentlichkeit herausgebildet hat, die eine spezifische Färbung der regional verbreiteten Wertvorstellungen und Weltdeutungen bewirken konnte und auf diese Weise eine unverkennbare lokale Anschauung von Politik herausbildete. In der Konfrontation zwischen einer derartig manifesten regional- oder lokalspezifischen Struktur des als Politik wahrgenommenen Horizonts von Deutungen und Veränderungen, von Zielen und Werten mit den politischen Themen des nationalen politischen Systems und Prozesses kommt es zu spezifischen Überlagerungen, "Abschleifungen" oder auch Aufhebungen der regionalspezifischen und nationalen Wertstruktur - jeweils natürlich im regionalen Kontext der Untersuchungseinheit -, die sich als mehr oder minder weit fortgeschrittene Nationalisierung der Region bzw. als mehr oder minder behauptete Regionalisierung der Politik feststellen läßt und in dieser Weise auf die Spannung zwischen nationalen Wertvorstellungen und regionaler Wertbeharrung verweist. Nicht immer "erschlagen" nationale Themen den regionalspezifischen Werte-horizont - und schon gar nicht können sich nationalstaatlich orientierte Wahlkampfthemen und Konfliktdeutungen bis auf die unteren Ebenen des politischen Systems ungebrochen und unverformt durchsetzen.

Die hier skizzierte Ausgangsvoraussetzung läßt sich weiterhin optimieren, wenn Regionen benannt werden können, deren lokales Politiksystem durch eindeutige lokal- und regionalspezifische Faktoren politisiert worden ist. Wie wirken sich etwa die regional zugespitzten Konflikte des Kulturkampfes aus? Wie stellen sich die Konsequenzen von Verfassungskonflikten in der Deutung weitaus späterer Jahre dar? Wie deuten Sozialdemokraten die Erfahrungen ihrer Verfolgung durch Bismarcks Politik im regionalen Kontext? Hier schließt sich die Verbindung zur Wahrnehmungs- und Alltagsgeschichte, und ich denke, daß sie ebenso der quantifizierenden Unterfütterung bedarf, wie der empirischen historischen Sozialforschung hermeneutische Überschußpotentiale dienlich sein können. Nur auf diese

18) Vgl. jetzt Jürgen B e r g m a n n u.a., Arbeit, Mobilität, Partizipation, Protest: Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert (Opladen, 1986).

Weise lassen sich die wahrnehmungsrelevanten regionalspezifischen Erfahrungen mit generationsspezifischen Prägungen, Grunderfahrungen der Erwachsenensozialisation in der Analyse politischer Artikulationsformen zusammenbündeln. Zum Beispiel bewirkt so der Katholizismus des Kölner Raumes eine deutliche Distanzierung der rheinischen Peripherie vom politischen Zentrum Preußens und des Deutschen Reiches. Von sozialgeschichtlichem Interesse ist die Darstellung des sozialen Wandels in einem Gebiet, dessen Eintritt in das Industriezeitalter gleichzeitig mit dem Erlaß des allgemeinen Wahlrechts erfolgt. Historisch-politische Fragestellungen ließen sich verfolgen, wenn Wahlkreisregionen mit unverkennbarer Eigengeschichte abgegrenzt werden könnten - wie beispielsweise das Allgäu oder Braunschweig. Notwendig wäre die Untersuchung konfessioneller Konflikte, nicht allein in katholischen, sondern auch in protestantischen Regionen, um den Zusammenhang zwischen Demokratisierung und Aktivierung vor allem der Unterschichten, ggf. sogar im Vergleich zwischen dem einzelstaatlichen Dreiklassenwahlrecht und dem allgemeinen Reichstagswahlrecht, darzustellen.

Im Zusammenhang mit dem hier skizzierten größeren Untersuchungsvorhaben sind bisher Langzeitreihen von Wahlergebnissen für das Herzogtum Braunschweig, die Hansestadt Lübeck, einzelne Wahlkreise in der Oberpfalz und Niederbayern, das Fürstentum Lippe und die Stadt Frankfurt auf Stimmbezirksebene erstellt worden. Daneben wurden die Reichstagswahlergebnisse seit 1867 datenverarbeitungsmäßig erfaßt, um auf diese Weise die Voraussetzungen für die Überprüfung von Entwicklungsmodellen politischer Partizipation zu schaffen und insbesondere die Typologie politischer Entwicklung von Stein Rokkan zu überprüfen. Einige Ergebnisse werden im folgenden Beitrag vorgestellt.

Die Fixierung auf Schwellen partizipationstheoretisch bestimmter Modernisierung darf allerdings nicht den Blick für Verläufe der Re-Regionalisierung und De-Modernisierung, für Beharrung oder periphere Entwicklungen der Provinz verstellen, die Ausdruck ungleichzeitiger Entwicklung oder partieller Modernisierung sein können. Niemals aber sind diese Tendenzen eigengewichtige Phänomene, sondern bleiben in Entstehung und Deutung abhängig und dienen Eliten dazu, ihre wertsetzende Bedeutung zu artikulieren und im politischen Prozeß zu realisieren. Insofern muß immer wieder nachdrücklich gegen die isolierte Betrachtung von Wahlaggregaten und Sozialstrukturdaten angearbeitet werden. Ich plädiere für ein integrales Konzept historisch-politischer Wahlforschung am Beispiel des Kaiserreichs. Es ließ sich im Zusammenhang des Interesses, welches sich auf die Erforschung der Nationalisierung und Politisierung der Region richtet, als Regionalisierung von Politik und politischen Vorstellungen thematisieren. Dabei würde sich erweisen, daß keineswegs nur heute von regionalpolitischen Herausforderungen und regionalistischen Bewegungen Politisierungsschübe ausgehen können. Vorliegende Befunde über die Nachwirkungen regionaler Konflikte zeigen vielmehr, daß nach der Erreichung eines gewissen Beteiligungs-

standards gerade derartige lokal begrenzte Auseinandersetzungen Regionalmilieus prägen und in bemerkenswertem Maße politisierend und mobilisierend wirken können.

Und ich plädiere für eine Berücksichtigung der Regionen. Unter Beachtung sowohl von partizipationshistorischen Fragestellungen der Modernisierungsforschung als auch von quellenmäßigen Voraussetzungen und den eben angedeuteten inhaltlichen Auswahlkriterien scheinen mir die deutschen Kleinräume, sinnvoll unter expliziten Fragestellungen ausgewählt, besonders geeignet zu sein, um das Spannungsverhältnis zwischen regionalspezifischen Politisierungen und der Nationalisierung der Region im langzeitorientierten analytischen Zugriff darzustellen. In einzelnen Schritten lassen sich Divergenzen und Distanzen, aber auch Annäherungen zwischen politischen Kräften und Lagern in regionspezifischer Differenzierung darstellen. Lassen sich bisher auch keineswegs geschlossene regionale politische Kulturen erfassen, so steht doch zu vermuten, daß mit den dichter werdenden, systematisch aufeinander bezogenen regionalen Wahlkampfstudien und Wahlanalysen die Voraussetzungen für die Erfassung regionaler politischer Kulturen in ihrer Genese und Prägung durch die nationalen Faktoren geschaffen werden.

Die Frage lautet vergleichsweise einfach: "Wie kommen Wahlen zustande?", fragte etwa die konservative Kreuzzeitung 1867. Die Antworten fallen uns heute leichter als zu Beginn der Wahlrechtsausweitung. Dennoch fallen sie uns immer noch schwer genug.

Wahlverhalten und Parteiensystem im Kaiserreich: einige quantitative Befunde

Stefan Immerfall

Die sozialwissenschaftliche wie die politische Bedeutung von Wahlen erschöpft sich bekanntlich nicht in dem Akt der Stimmabgabe. Wahlen können Macht und Legitimation zuweisen oder ratifizieren. Sie spiegeln Stimmungen, Wünsche, Interessen und gesellschaftliche Konflikte wider. Da sie diese Konflikte sichtbar machen, können sie die politische Konfliktarena, deren Ausdruck sie doch sind, dynamisieren. Welche Faktoren und Effekte jeweils entscheidend sind, muß allerdings für jedes politische System und jede historische Epoche gesondert bestimmt werden.

Eine zusammenfassende Wahlengeschichte vom Gewicht angelsächsischer oder skandinavischer Arbeiten ist für das deutsche Kaiserreich noch nicht versucht worden ¹⁾. Hierfür mangelt es an zu vielen Vorarbeiten, wie Peter Steinbach in seinem Beitrag ausgeführt hat. Eine solche Darstellung könnte sich von verschiedenen Fragestellungen leiten lassen: als politische Geschichte würde sie vornehmlich Entwicklung, Programmatik und Einfluß der Parteien auf die Regierungspolitik untersuchen, insbesondere also der Frage nach der Parlamentarisierung des Reiches nachgehen; die alltagsgeschichtliche Betrachtungsweise würde die Entstehung moderner politischer Bewußtseinsformen in der breiten Bevölkerung nachzeichnen und versuchen herauszuarbeiten, wie die neuen politischen Artikulations- und Mitwirkungsmöglichkeiten verarbeitet wurden; die vergleichende, sozial- und geschichtswissenschaftliche Zugangsweise schließlich würde sich auf langfristige Veränderungen im Partizipationsverhalten und in dessen Rahmenbedingungen konzentrieren. Anzustreben wäre natürlich eine kombinierte Vorgehensweise.

Von Forschungsstand und Datenmaterial unseres Projektes ausgehend ²⁾, muß sich mein Beitrag auf die letztere Forschungsperspektive beschränken: im ersten Abschnitt gebe ich einen deskriptiven Abriß der Entwicklung der Stimmanteile der einzelnen Parteien und Parteigruppierungen; im zweiten Abschnitt geht es um globale Wandlungen im Parteiensystem und in der Parteienstruktur, also um die relative Stärke der Parteien und ihre sozialökologische Basis; die Ergebnisse werde ich drittens thesenartig zusammenfassen.

1) Die beste, knappste und präziseste Zusammenfassung vorliegender Teilergebnisse bietet Gerhard A. Ritter, *Die deutschen Parteien 1830 - 1914* (Göttingen, 1985).

2) Es handelt sich um ein Forschungsprojekt zu "Wahlen und Wahlkämpfen im 19. und 20. Jahrhundert", das an der Universität Passau unter der Leitung von Peter Steinbach durchgeführt und aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird.

I

Abb. 1 stellt die Entwicklung der wichtigen Parteien dar. Zwei Trends fallen besonders auf: der säkulare Anstieg der Sozialdemokratie, gebremst nur durch das Sozialistengesetz und die "Hottentottenwahlen" von 1907, und die offenbar langsame, aber stetige Erosion der Nationalliberalen, unterbrochen nur durch die Kartellwahlen von 1887. Das Zentrum und der Anteil der ethnischen Minderheiten, bleiben dagegen stabiler, während die übrigen Parteien größeren Schwankungen unterworfen sind, sei es mit abnehmender (Konservative und Reichskonservative) oder weitgehend unregelmäßiger Tendenz (Fortschrittspartei, Freisinn, antisemitische und agrarische Parteien).

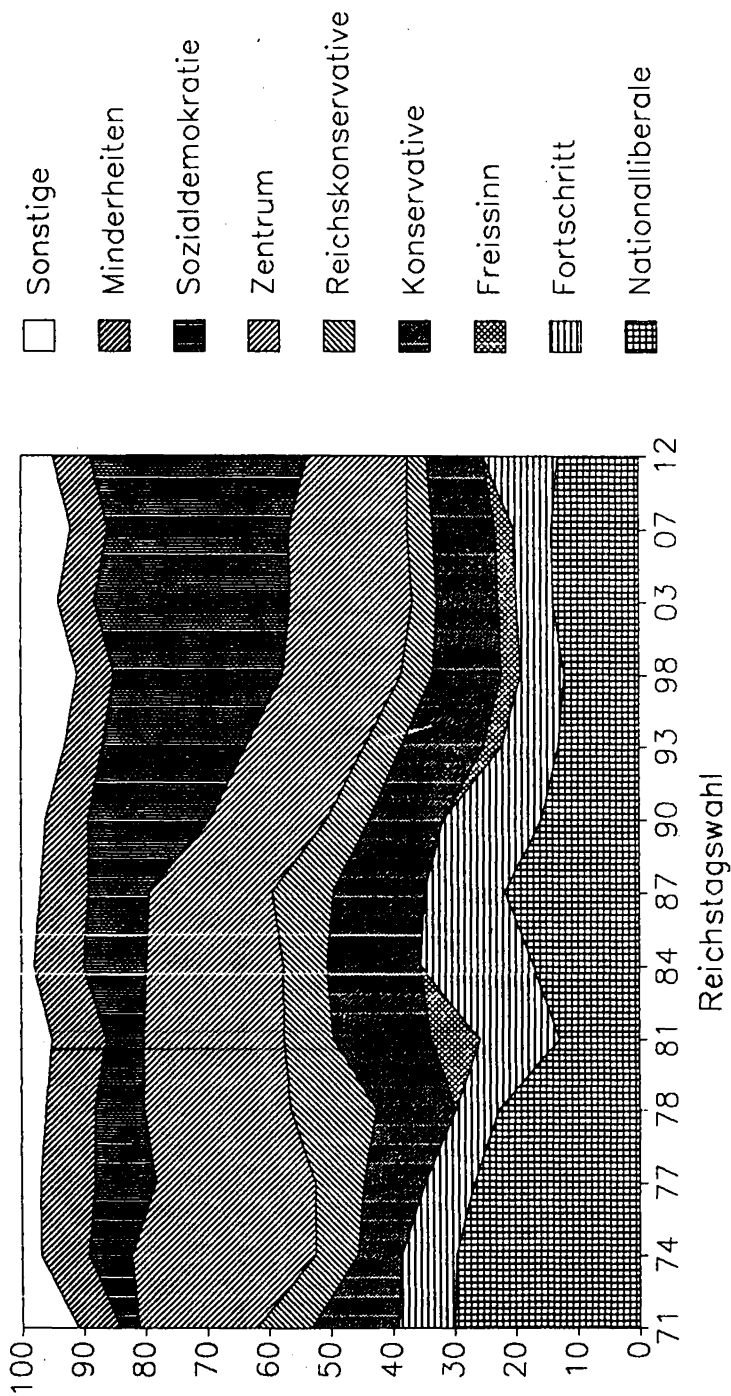
Das Bild wird klarer wenn wir nach Parteigruppierungen zusammenfassen. Werden zu den Nationalliberalen noch die konservativ-liberalen Einzelkandidaten hinzugerechnet zeigt sich ihr Niedergang noch deutlicher (Abb. 2). Betrachtet man die Fähigkeit der liberalen Parteien, Wahlkreise zu "dominieren" (= mehr als 45 % der Stimmen auf sich zu vereinen) oder zumindest zu majorisieren ("Führung") ist diese Entwicklung, speziell bei den Fortschrittlichen, geradezu dramatisch (Abb. 3 u. 4). Beide Parteien verlieren zunehmend die Fähigkeit, aus eigener Kraft Wahlkreise zu gewinnen, wobei der Scheitelpunkt bei den Nationalliberalen in den neunziger Jahren (Ende des Kartells, Unklarheit in der Zollpolitik und Kontroversen um den Militärhaushalt), beim Fortschritt schon 1878 ("Attentatswahlen") liegt. Die Konservativen können sich dagegen, dank der mobilisierenden Kraft des Bundes der Landwirte einigermaßen behaupten (Abb. 4 u. 5).

Vom Wahlverhalten her verschob sich also das Parteienspektrum insgesamt, wenn man so will, nach "links" und zwar dadurch, daß die "Mitte" zusammenschmolz, während die Sozialdemokratie expandierte. Freilich wurde dies in der tatsächlichen Zusammensetzung des Reichstages nur gebrochen abgebildet. Die Gründe - passive Wahlkreisgeometrie und Stichwahlabkommen, die sich vornehmlich gegen die SPD richteten - sind bekannt und brauchen hier nicht wiederholt werden. Profitiert haben davon die regional starken Parteien, besonders die Konservativen, in zunehmenden Maße aber auch das Zentrum (Abb. 7 u. Abb. 8).

Weniger häufig wird gesehen, daß diese Wahlrechtsgestaltung Politisierungsprozesse ab einer gewissen Schwelle ungewollt fördert. Sobald nämlich in einem Wahlkreis Konkurrenz auftritt, ist auch eine bislang eindeutig dominierende politische Kraft gezwungen, ihre Anhänger möglichst zahlreich zum Urnengang zu motivieren. Ansonsten liefe sie Gefahr, von einer zahlenmäßig kleinen, aber disziplinierten Gruppe ausgestochen zu werden. Ein Beispiel dafür ist die politische Entwicklung der (polnischen) Minderheiten, deren Erfolg auf der zunehmenden Politisierung bislang inaktiver Bevölkerungsschichten und Regionen beruhte. Leidtragende waren Parteien mit übergreifendem Anspruch, wie ihn zum

Parteien bei den Reichstagswahlen 1871 – 1912

Abb. 1



Gruppierungen bei den Reichstagswahlen 1871 – 1912

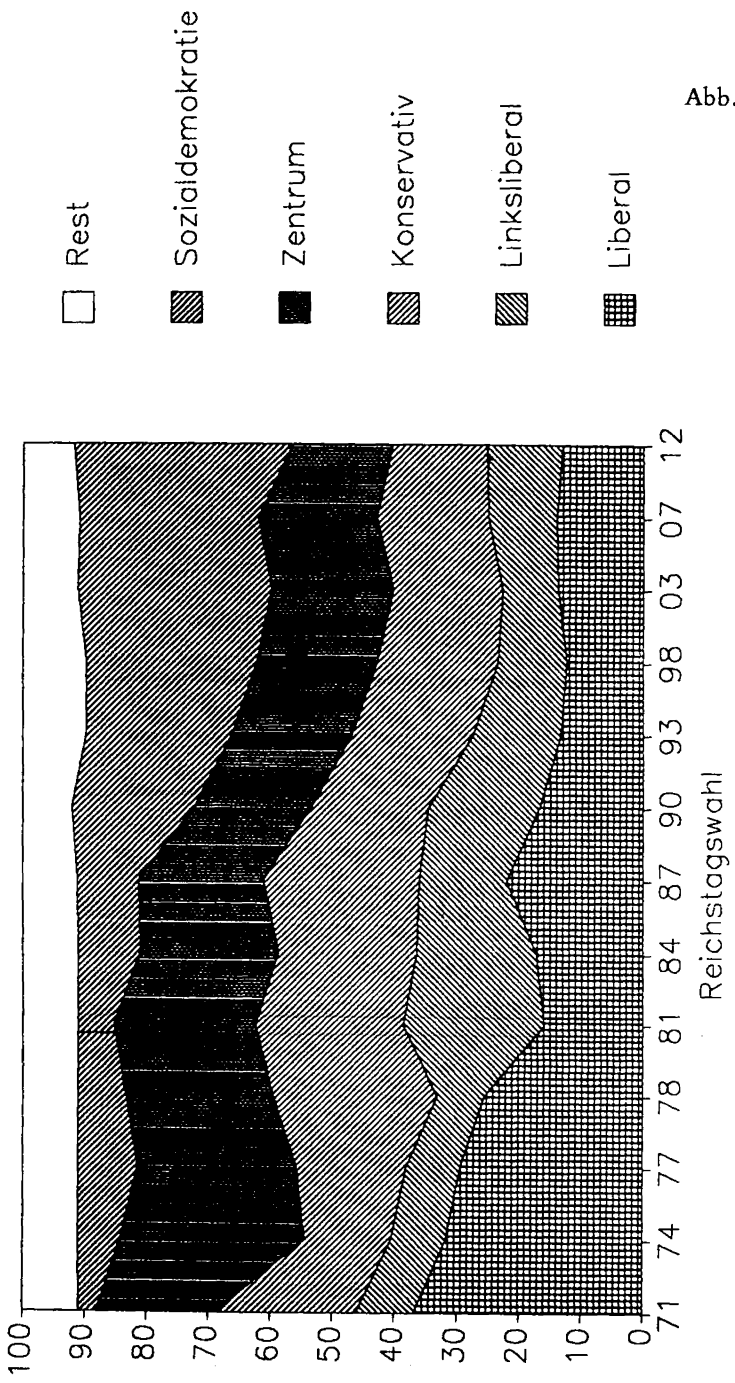
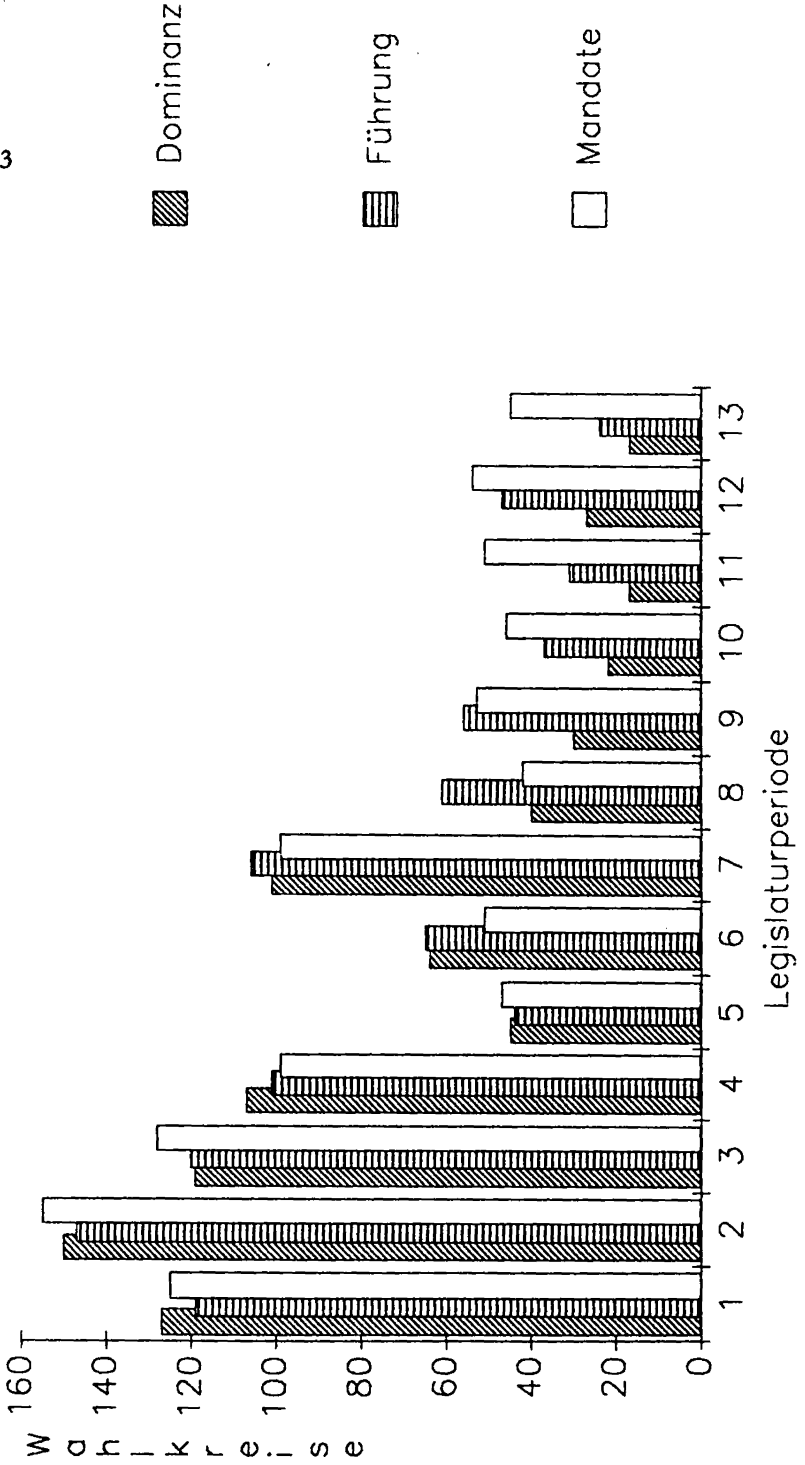


Abb. 2

*Nationalliberale: Mandate und
Wahlkreisdominanz*

Abb. 3



Fortschritt: Mandate und Wahlkreisdominanz

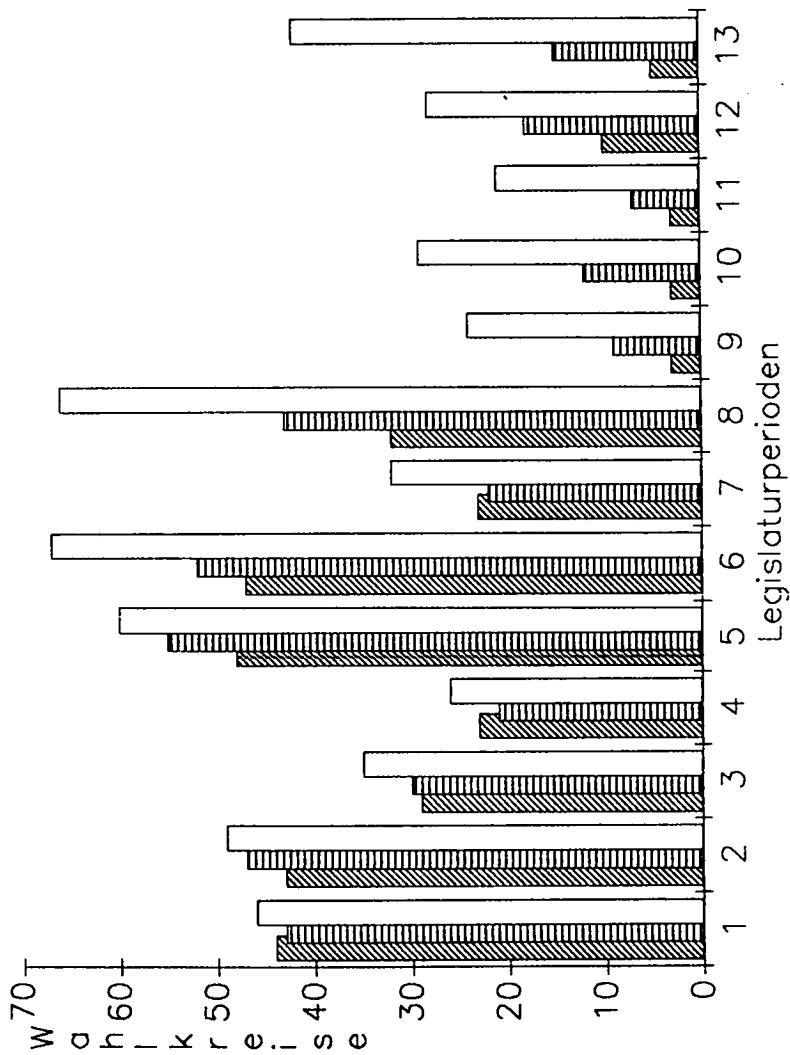
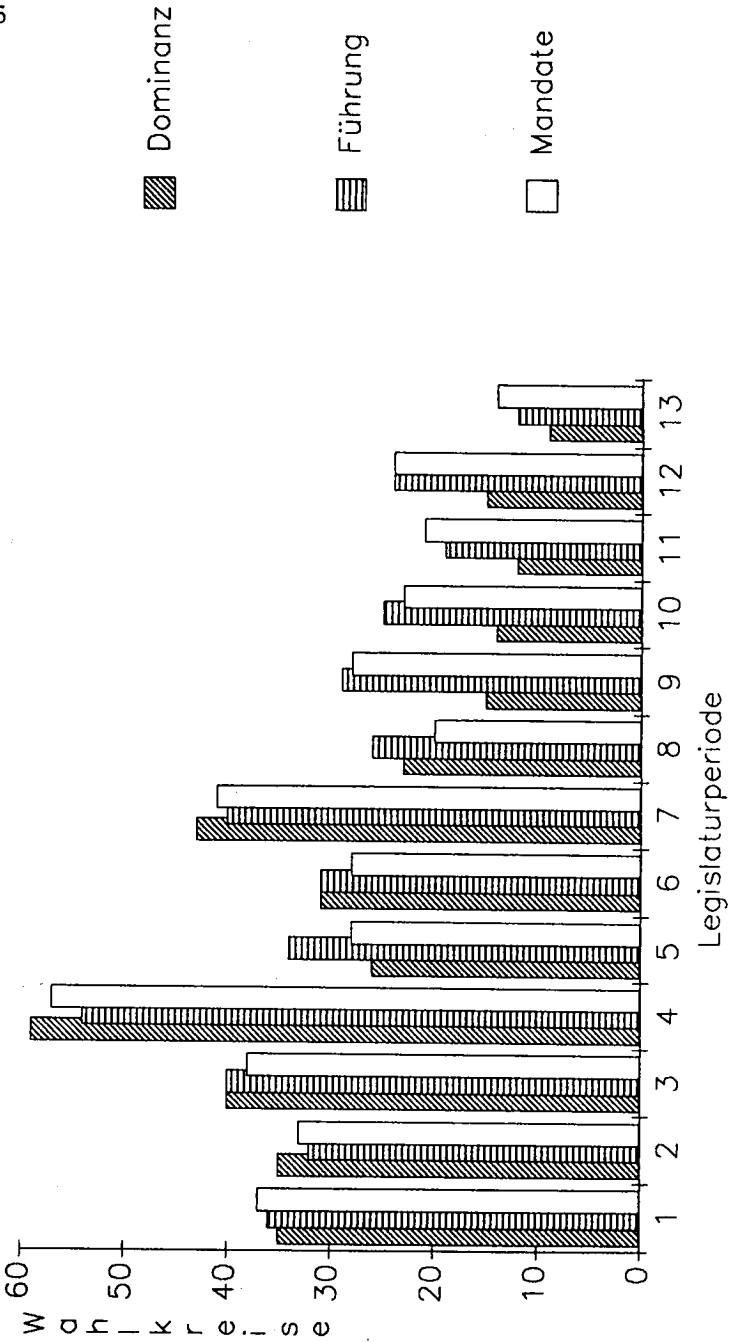


Abb. 4

*Reichskonservative: Mandate und
Wahlkreisdominanz*

Abb. 5



*Konservative: Mandate und
Wahlkreisdominanz*

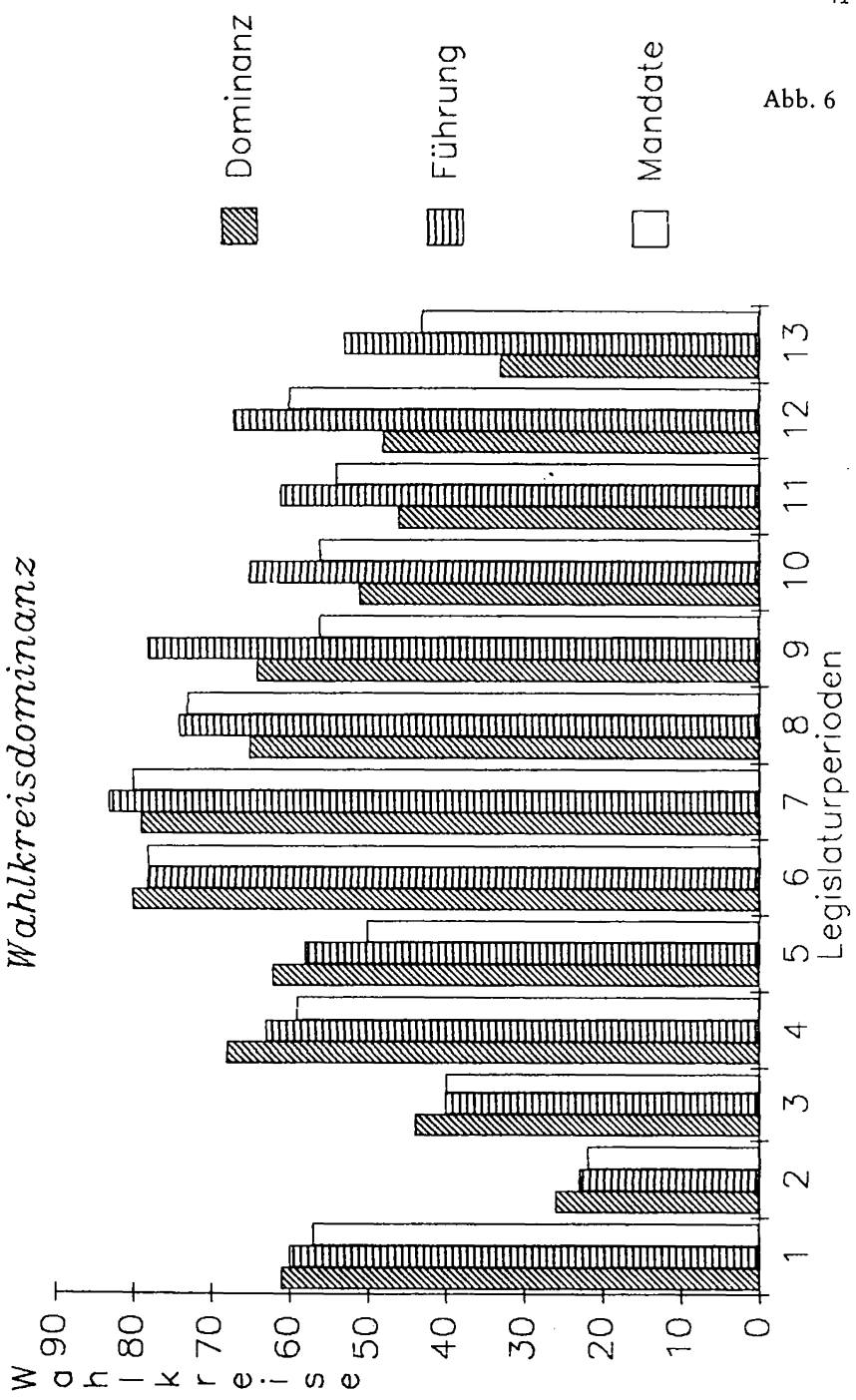
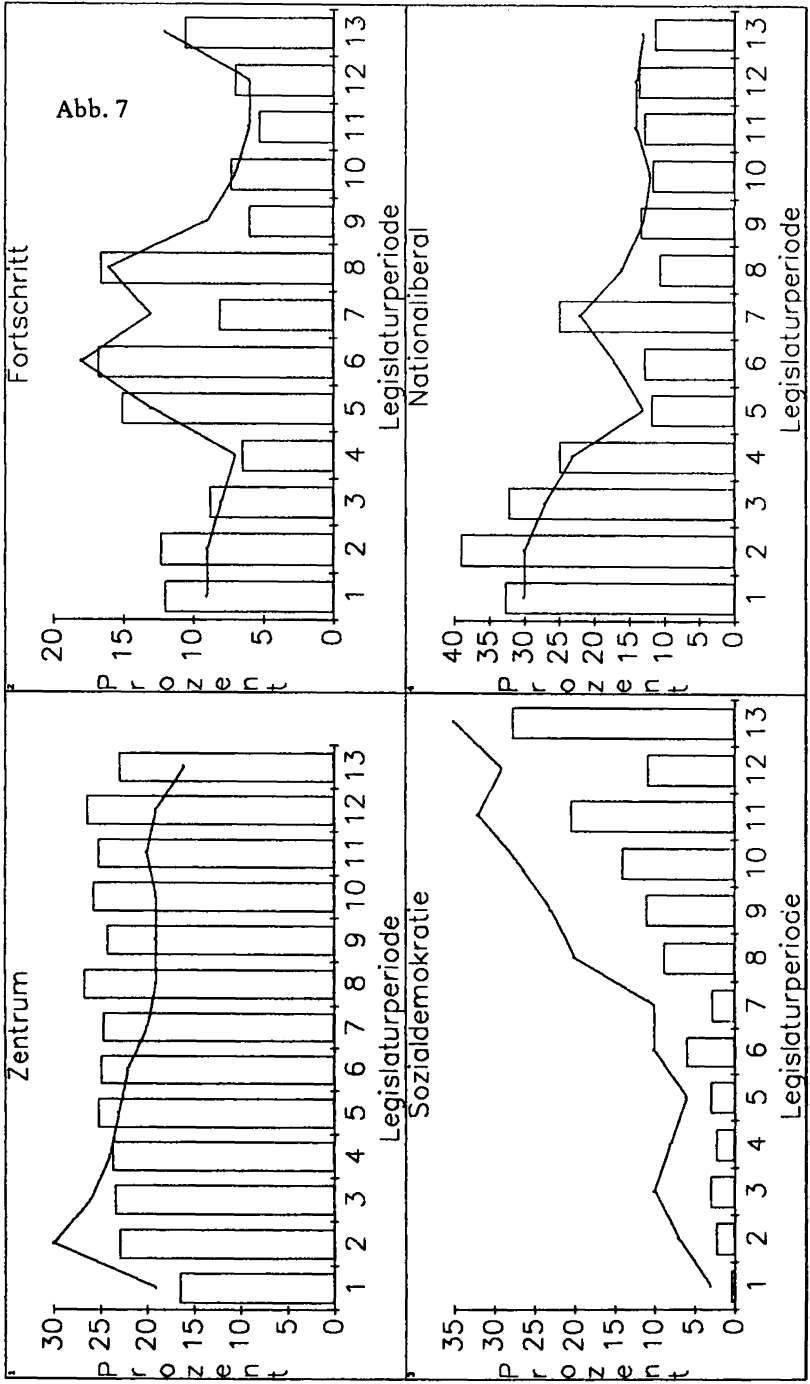


Abb. 6



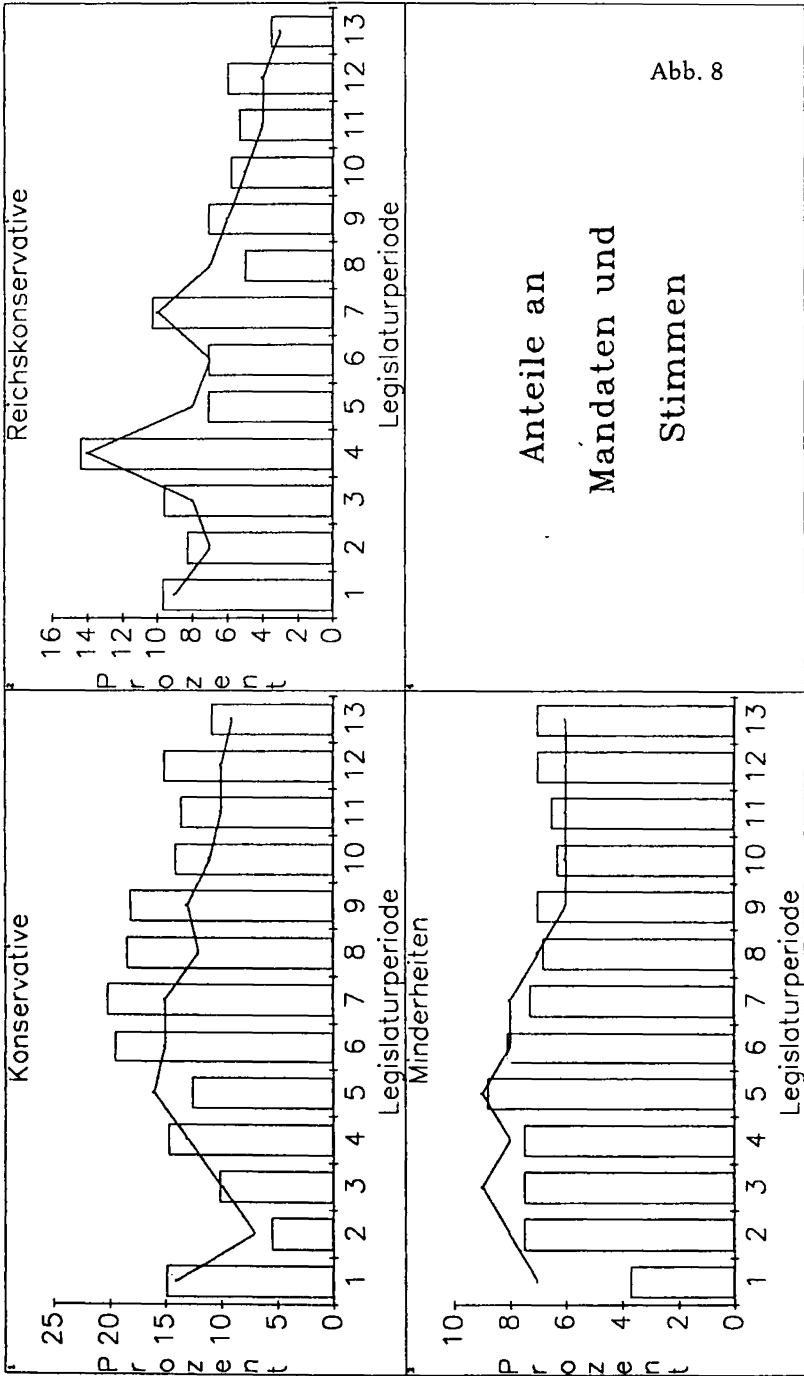


Abb. 8

Teil immer noch die liberalen Parteien und vor allem die Sozialdemokratie vertraten.

Man kann darüber mutmaßen, ob die politische Mobilisierung nach der Jahrhundertwende auf einen Scheitelpunkt zustrebte, ab dem die beabsichtigte Wirkung der "Mehrheitsregel" (S. Rokkan), die agrarisch konservativen Repräsentanten zu schützen, in ihr Gegenteil hätte umschlagen können. Eine absolute SPD-Mehrheit an Sitzen - auch ohne Stimmenmehrheit - hätte die Alternative: Staatsstreich vs parlamentarische Regierung endgültig auf die Tagesordnung gesetzt.

Eine derartige Projektion stützt sich jedoch nur auf die Wahl von 1912. Berücksichtigt man, daß auch andere Parteien in der Lage gewesen wären, in Wahlkreisen, in denen sie bislang nicht kandidierten, Stimmen auf sich zu ziehen, scheint sie eher unbegründet. Mehrheitsfähig war die SPD nicht. Das Verhältnis von Wahlkreisen, in denen die SPD dominierte oder die führende Partei war, und den erzielten Mandaten, blieb im wesentlichen unverändert (Abb. 9). Die antisozialistischen Parteien stellten zuletzt 1907 ihre Fähigkeit unter Beweis, das Vordringen der Sozialdemokratie aufzuhalten. Die SPD büßte aufgrund der hohen Wahlbeteiligung (84,7 zu 76,1) gegenüber der vorhergehenden Wahl (1903) nicht so sehr an absoluten Stimmen ein (29 zu 31,7 Mio.), verlor aber nicht nur Mandate (43 zu 81) und Stimmenprozente (29 % zu 31,7 %), sondern auch "Dominanz-" (57 zu 84) und "Führungs-" Wahlkreise (73 zu 122).

II

Betrachten wir nun den globalen Wandel des Parteiensystems. Unsere Untersuchungsfrage lautet: inwiefern hat sich das Parteiensystem modernisiert? Dazu muß man klären, was man unter "Wandel" und "Modernisierung" versteht und wie sich diese Konzepte operationalisieren lassen³⁾.

Zunächst zum Wandel. Hier läßt sich im Hinblick auf die Dimensionen (a) Volatilität und (b) Fragmentierung eine erstaunliche Stabilität feststellen.

(a) Volatilität wurde gemessen als die halbe Summe des Prozentpunktwechsels zwischen zwei Wahlen. Dieser Index wurde von Pedersen als Maßzahl für den aus dem individuellen Stimmentransfer resultierenden Nettowechsel konzipiert⁴⁾. Er kann als Kumulation der Gewinne oder Verluste aller gewinnenden oder verlierenden Parteien interpretiert werden und variiert somit zwischen 0 und 100 Prozent:

3) Vgl. hierzu Peter Steinbach, "Modernisierungstheorie und politische Beteiligung - Zur Analyse politischer Partizipation im langfristigen Wandel", in: Jürgen Bergmann u.a. (Hrsg.), Arbeit, Mobilität, Partizipation, Protest (Opladen, 1986); vgl. auch Stefan Immerfall, "Theorien und Theoretiker der Moderne. Zur Diskussion um den Gehalt des neuzeitlichen Modernisierungsprozesses", in: Sozialwissenschaftliche Information 16 (1987), S. 57 - 64.

$$V_t = \frac{1}{2} \sum_{i=1}^n |p_{i,t-1} - p_{i,t}|$$

mit p_i als dem Stimmanteil der Partei i zur Zeit t und n als der Anzahl der Parteien zur Zeit t und $t-1$.

Abb. 10 zeigt einen beständig niedrigen, Stabilität signalisierenden Verlauf 5). Aussagekräftig ist dieser Index vor allem im internationalen Vergleich. Er zeigt, daß Deutschland in der Tat einen hohen Stabilitätsrang innehat 6).

(b) Fragmentierung wurde einmal mit Rae's Index der Fraktionalisierung gemessen als $1 -$ der Summe der Wurzeln des Stimmenanteils der Parteien 7).

$$F_t = 1 - \left[\sum_{i=1}^n \sqrt{p_{i,t}} \right]$$

Dieser Wert bewegt sich zwischen 0 (vollständige Dominanz einer Partei) und dem Grenzwert 1 (vollständige Fraktionierung).

Zweitens haben wir in Anlehnung an verschiedentlich benützte Aggregationsindices vom Typ 8):

$$A_t = \sum_{i=1}^d p_{i,t}$$

(mit d als der Anzahl der dominanten Parteien), einfach den Anteil der beiden jeweilig stärksten Parteien aufaddiert 9). Auch hier zeigt sich prima facie eine hohe Kontinuität, die jedoch einen entscheidenden Wandel verbirgt: Die Nationalliberalen sinken zur zweitstärksten Partei hinter dem Zentrum ab und werden 1890 auch von der SPD überholt.

(c) Die Modernität des Parteiensystems wollen wir mit dem Rokkanschen Ablaufschema von Inkorporation, Mobilisierung, Aktivierung und Polarisierung untersuchen 10). Mit Hilfe quantitativer Indikatoren auf der Aggregatebene können

4) Mogens P e d e r s e n, "The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility", in: European Journal of Political Research 7 (1979), S. 1 - 26.

5) In die Berechnung gehen hier sämtliche Parteien und zu Gruppierungen zusammengefasste Einzelkandidaten ein, aber auch der Ausschluß von Parteien unterhalb gewisser Schwellenwerte (etwa 1 oder 2 Prozent) ändert am Verlauf nichts.

6) M. S h a m i r, "Are Western Party Systems Frozen? A Comparative Dynamic Analysis", in: Comparative Political Studies 17 (1984), S. 35 - 79.

7) D. M a c R a e, The Political Consequences of Electoral Laws (New Haven, 1971), S. 56.

8) L. M. M a y e r, "A Note on the Aggregation of Party Systems", in: P. H. M e r k l (Hrsg.), Western European Party Systems, (New York, 1980), S. 515.

9) D. M a c R a e, Political Consequences, S. 51.

10) Aussagen über "Polarisierung" im engeren Sinn bedürften allerdings detaillierter Wahlkampfstudien. Vgl. Peter S t e i n b a c h, "Deutungsmuster der historischen Moderni-

wir hier zumindest im Hinblick auf die Wählerbewegungen und das Eliterverhalten zu vorläufigen Aussagen kommen. Als Polarisierungs- bzw. Politisierungsindikatoren haben wir herangezogen:

- P1 = durchschnittliche Anzahl der Bewerber per Wahlkreis;

- P2 = durchschnittliche Anzahl derjenigen Bewerber, die in einem Wahlkreis, bei einem eigenen Stimmanteil von mindestens 20 Prozent, mindestens 75 Prozent des Stimmanteils des nächst besseren Kandidaten erreicht haben. (Dieser Quotient kann also maximal den Wert 5 erreichen, d.h. fünf Kandidaten "berücksichtigen" und entspricht damit der Fünfpoligkeit ¹¹⁾ des Parteiensystems im Deutschen Kaiserreich);

- P3 = durchschnittliche Anzahl der Stichwahlen per Wahlkreis.

Wie Abb. 11 zeigt ¹²⁾, ist der Trend ziemlich eindeutig (mit Einbruch Kartellwahlen 1887). Er wird von der zunehmenden Wahlbeteiligung unterstrichen, die beinahe kontinuierlich von 50 auf über 80 Prozent steigt.

Somit haben wir es mit einem einigermaßen widersprüchlichen Befund zu tun: Auf der einen Seite eine erstaunliche Stabilität, auf der anderen ein eindeutiger Modernisierungstrend. Nach außen hin ändert sich das Parteiensystem recht wenig, doch sein innerer Aufbau unterliegt offenbar fundamentalen Wandlungsprozessen.

Um diese Befunde zu vereinbaren, müssen wir nach anderen, wahlsoziologisch bedeutsamen Faktoren des Parteiensystems fragen, die Stabilität trotz wachsender Mobilisierung und Kompetitivität gewährleisten können. Zwei solche Faktoren sind möglicherweise: die regionale (d) und die soziostrukturelle Verankerung des Parteiensystems (e).

(d) Für die (Ent-) Regionalisierung des Parteiensystems haben wir drei Indikatoren berechnet (Abb. 12):

- R1 ist eine inverse Maßzahl ¹³⁾ (U-Statistik) für die Unterschiedlichkeit der durch die Legislaturperioden bestimmten Gruppen von Wahlergebnissen. Insofern kann sie als Ausdruck für die "Ähnlichkeit" zweier aufeinanderfolgender Wahlen auf der Gesamtebene interpretiert werden. Der zugrundeliegende Gedankengang ist der, daß bei allgemeiner Abnahme des regionalen "Einflusses"

sierungstheorie für die Analyse westeuropäischer Wahlen", in: O. Büsch und P. Steinhilber (Hrsg.), Vergleichende europäische Wahlgeschichte (Berlin, 1983), S. 216 - 222. Im Rahmen des Projektes haben wir erst damit begonnen, regionale Wahlkampfverläufe vergleichend auszuwerten.

11) Gemeint sind Sozialdemokratie, politischer Katholizismus, National- und Linkliberalismus und Konservative.

12) Die Skala wurde aus Darstellungsgründen logarithmisiert.

13) "Invers" bedeutet, daß höhere Werte eine geringere Trennschärfe der Diskriminanzfunktion signalisieren. Die U-Statistik - auch als Wilks' Lambda bekannt - ist gleich dem Determinationskoeffizienten einer kanonischen Korrelation zwischen den Parteiergebnissen der einzelnen Legislaturperioden.

Sozialdemokratie: Mandate und Wahlkreisdominanz

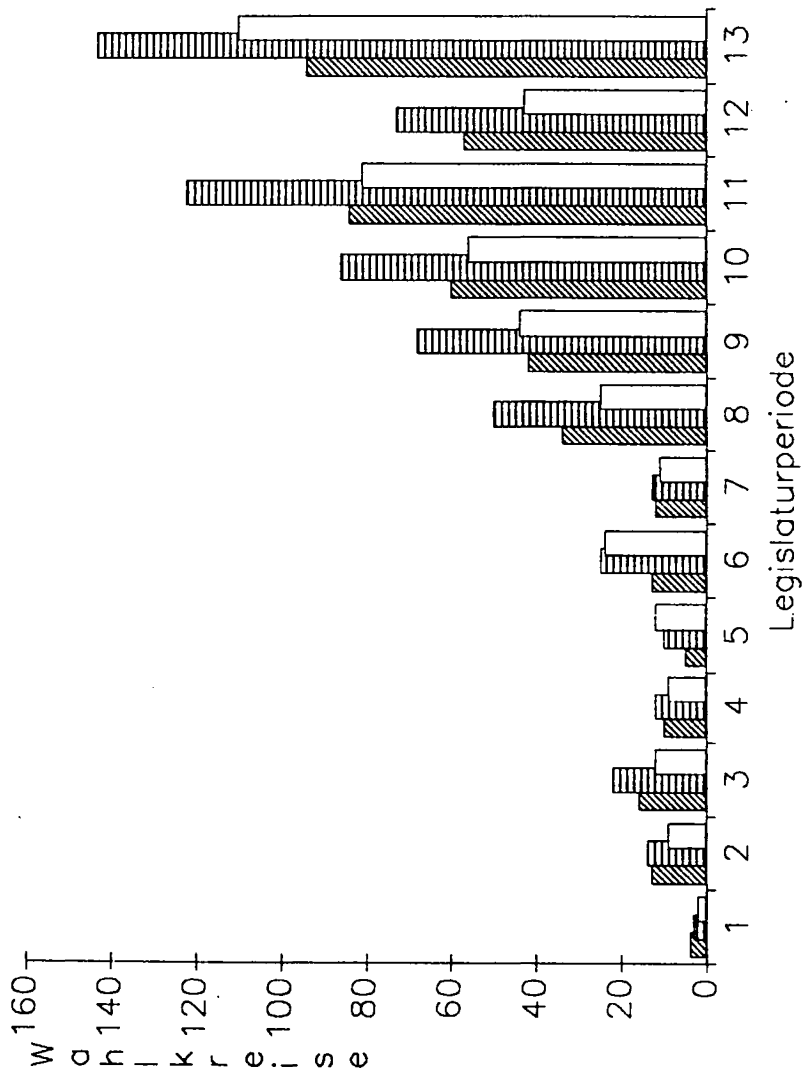


Abb. 9

Wandel des Parteiensystems

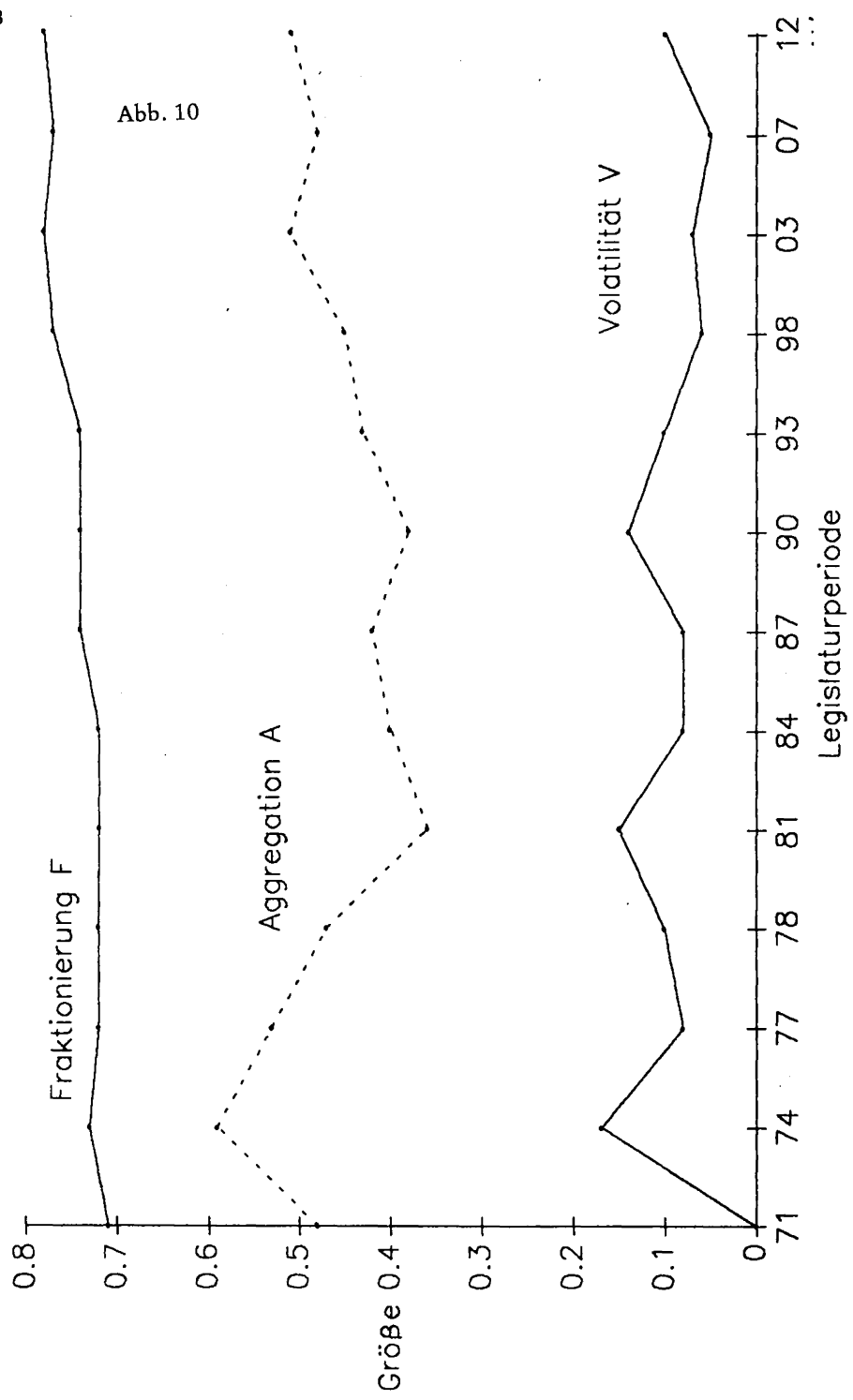
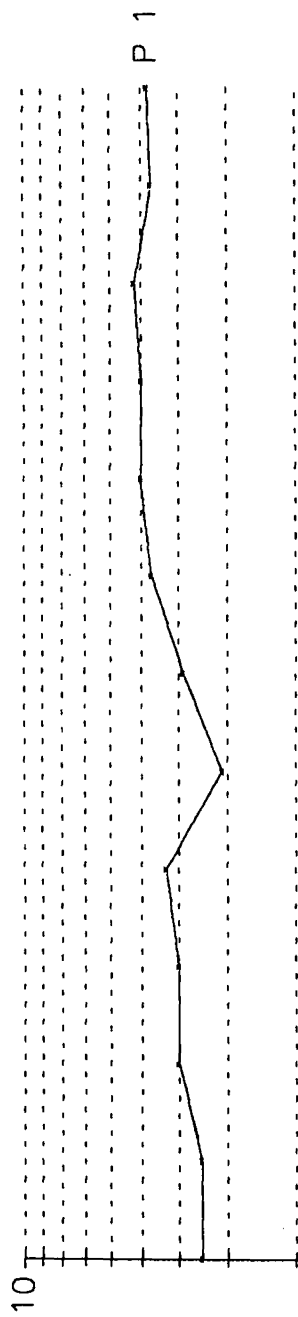


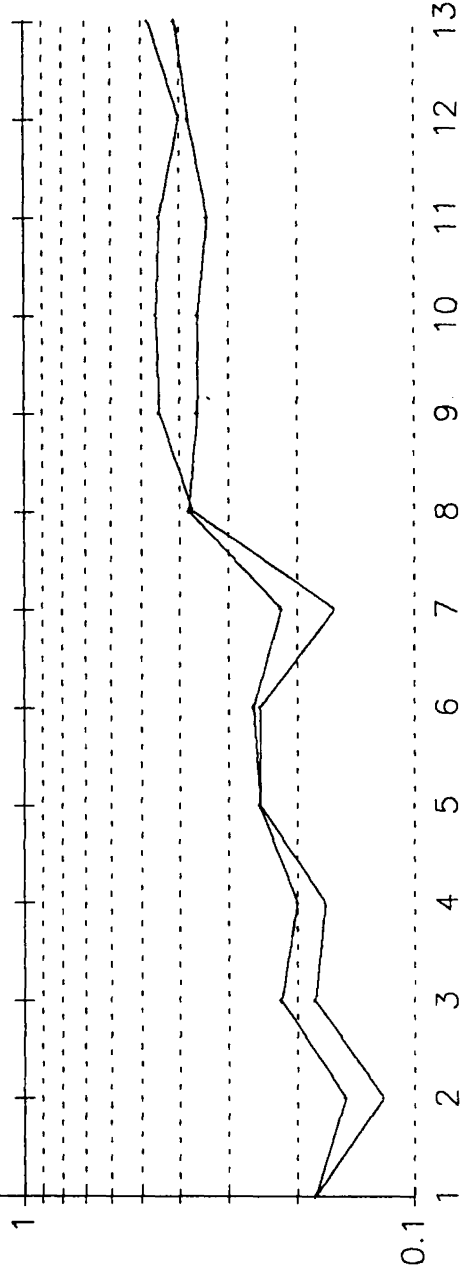
Abb. 10

Polarisierungsquotienten



P 1

Größe



P 3

P 2

Abb. 11

Legislaturperiode

dieser Indikator tendenziell - *ceteris paribus*¹⁴⁾- zunehmen sollte.

- R2 ist der Determinationskoeffizient einer kanonischen Korrelation zwischen Parteiergebnis und Faktor "Region" (= Anteil der durch die Diskriminanzfunktion erklärten Varianz der Parteiergebnisse durch den Faktor "Region" 15); er kann als eine zusammenfassende Maßzahl für den Einfluß der Gruppierungsvariable "Region" interpretiert werden.

- R3 ist einfach die Summe der absoluten Differenzen zwischen den Parteiergebnissen der Region und den Parteiergebnissen auf der Reichsebene.

Was besagen nun diese Indikatoren? 16) Hat sich das Wahlverhalten "entregionalisiert"? Abb. 12 zeigt, daß R2 und R3 leicht abnehmen und daß R1 eher unregelmäßig fluktuiert. Der Befund ist zwar nicht so eindeutig, daß die zur Debatte stehende Hypothese von der abklingenden Kraft regionaler Momente im Wahlverhalten eindeutig widerlegt wäre. Doch läßt sich wohl sagen, daß zumindest die modernisierungstheoretisch gewonnene These von einer durchgängigen Nationalisierung bzw. Entregionalisierung des Partizipationsverhaltens sich nicht aufrecht erhalten läßt, jedenfalls soweit sie sich in den Wahlergebnissen ausdrückt.

Es wurde Sorge getragen, daß diese Ergebnisse keine Artefakte sind, die durch soziostrukturelle Drittvariablen bedingt wären. Sie bleiben signifikant, wenn bei der multivariaten Kovarianzanalyse mit dem Faktor "Region" soziostrukturelle Variablen (s. u.) als Kovariaten einbezogen werden, wenn also versucht wird, den Einfluß soziostruktureller Variablen auf R2 auszuschalten.

(e) Eine "Veränderungsresistenz" läßt sich auch für die sozialstrukturelle Basis der Parteien feststellen. In den Abb. 13 - 16 ist der Pearsonsche Korrelationskoeffizient zwischen Stimmanteilen und soziostrukturellen Variablen für das Jahr 1893 dargestellt¹⁷⁾. Zunächst werden hier die altbekannten Zusammenhänge bestätigt, wobei allerdings die Nationalliberalen relativ gering ver-

14) Diese Klausel kann natürlich leicht verletzt werden, etwa dadurch, daß sich grundlegende Orientierungen von Parteien ändern. Aber hier - wie bei den anderen Indikatoren - wird auch nicht behauptet, daß die gewählte Vorgehensweise die einzig mögliche sei, sondern vielmehr ein Argumentationsangebot gemacht, das durch andere Befunde widerlegt oder erhärtet werden muß. Statistisch-quantitative Analysen sind ein Hilfsmittel zur Entscheidungsfindung unter vielen anderen, freilich mit dem Vorzug der einfachen Nachprüfung und Nachvollziehbarkeit.

15) "Region" steht hier zunächst nur für eine Vielzahl unterschiedlicher, nur in zusammengehörigen Räumen potentiell wirksamer Faktoren. Sie wurde hier durch Provinzen, Regierungsbezirke und kleinere Bundesstaaten operationalisiert.

16) Die linke y-Achse in Abb. 11 gibt die Größe von R1 und R2, die rechte die von R3 wieder. Während die beiden ersten Indikatoren zwischen 0 und 1 schwanken können, kann R3 als gemittelte Differenz von Prozentangaben natürlich größer ausfallen. Alle Maßzahlen sind dennoch zu einer Graphik zusammengefaßt, da es hier weniger auf ihre absolute Größe als auf ihre Bewegung im Zeitablauf ankommt.

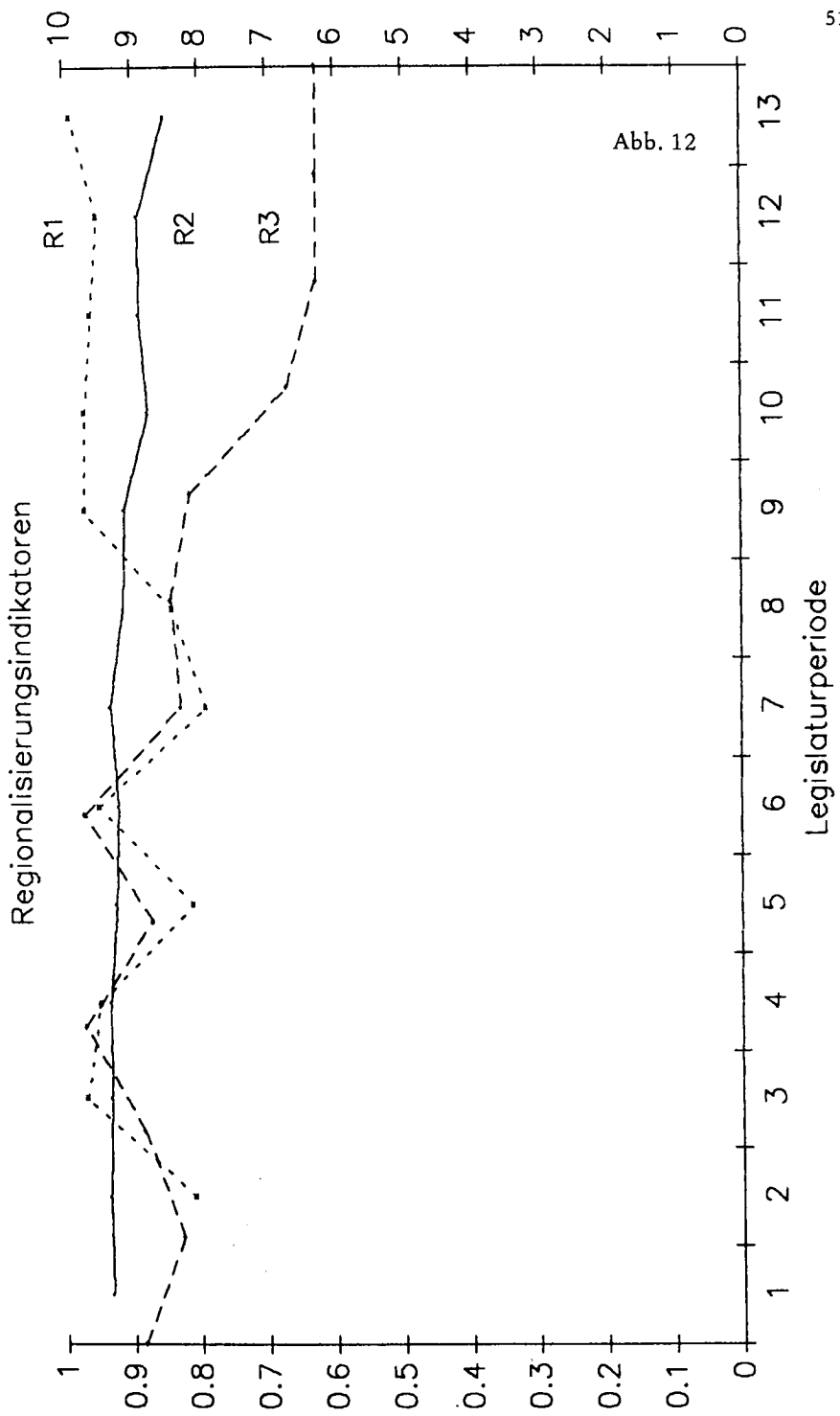


Abb. 12

Abb. 13

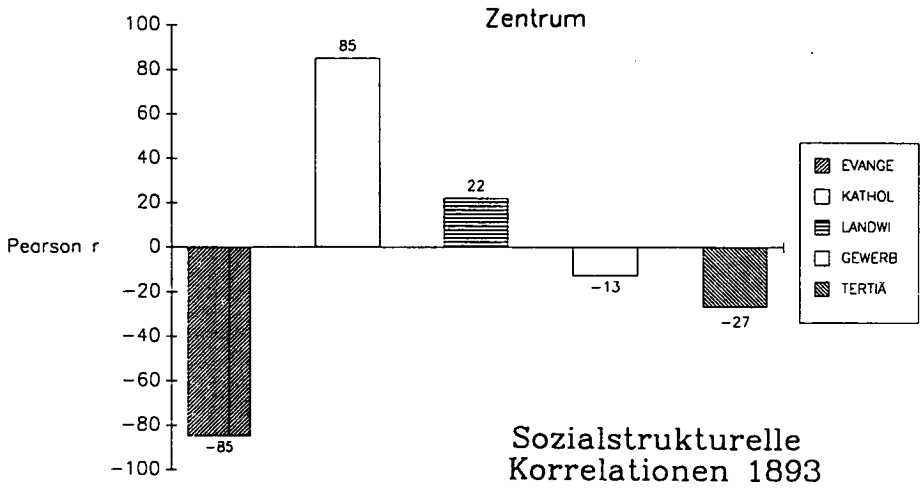
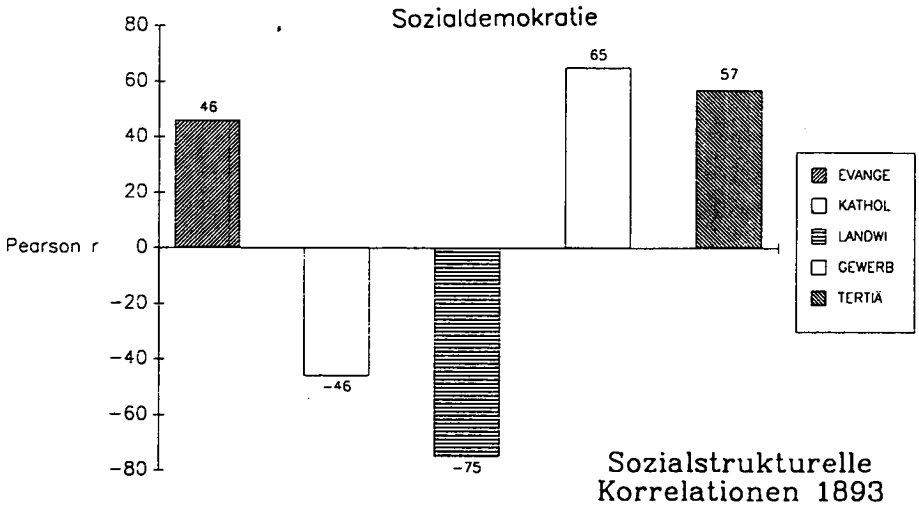


Abb. 14



Konservative

Abb. 15

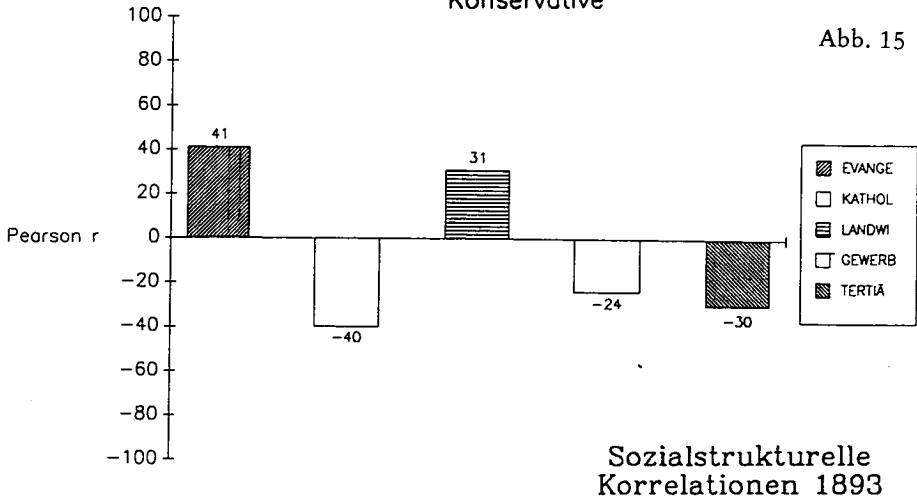


Abb. 16

Nationalliberale

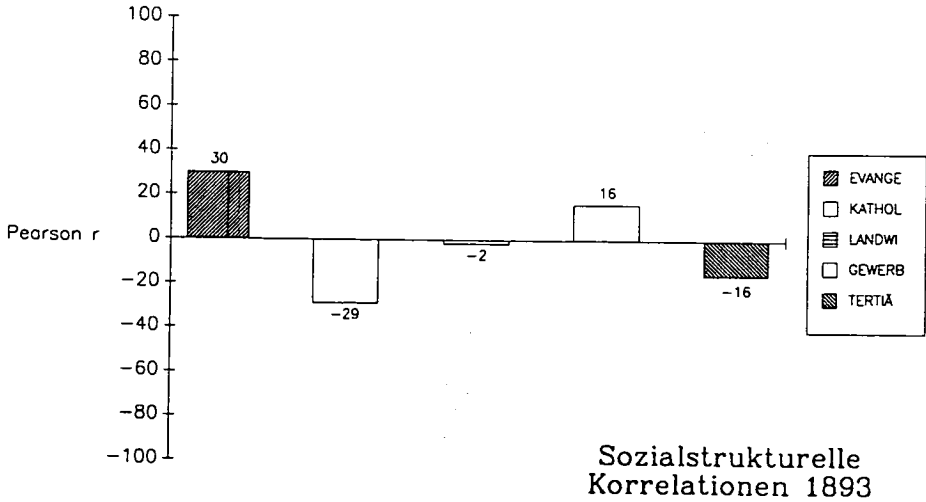


Abb. 17

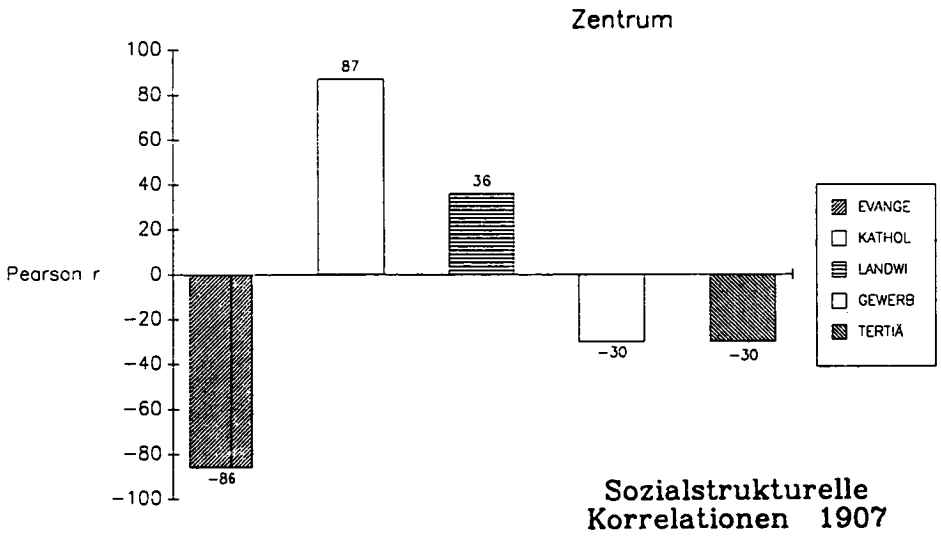
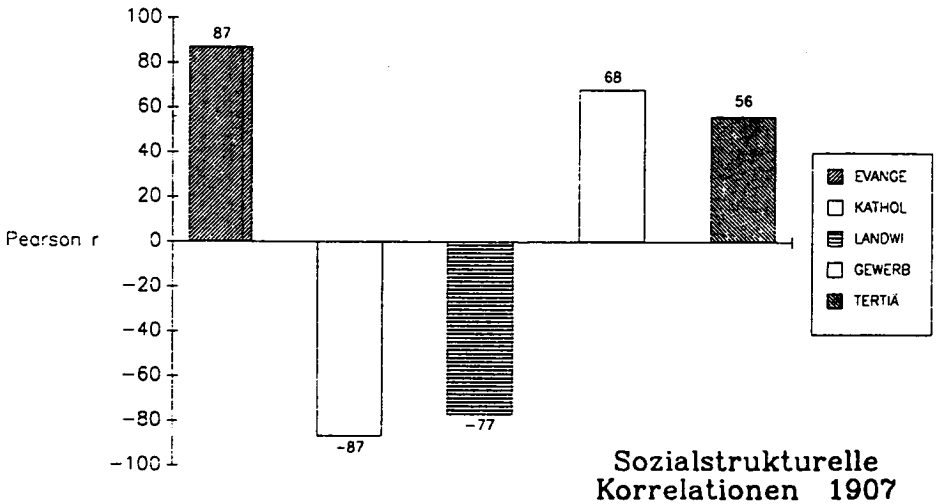


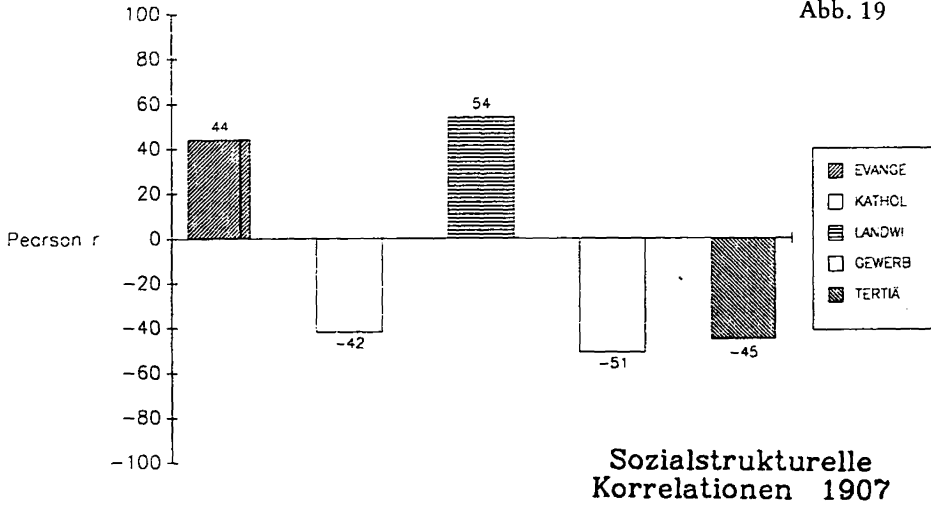
Abb. 18

Sozialdemokratie



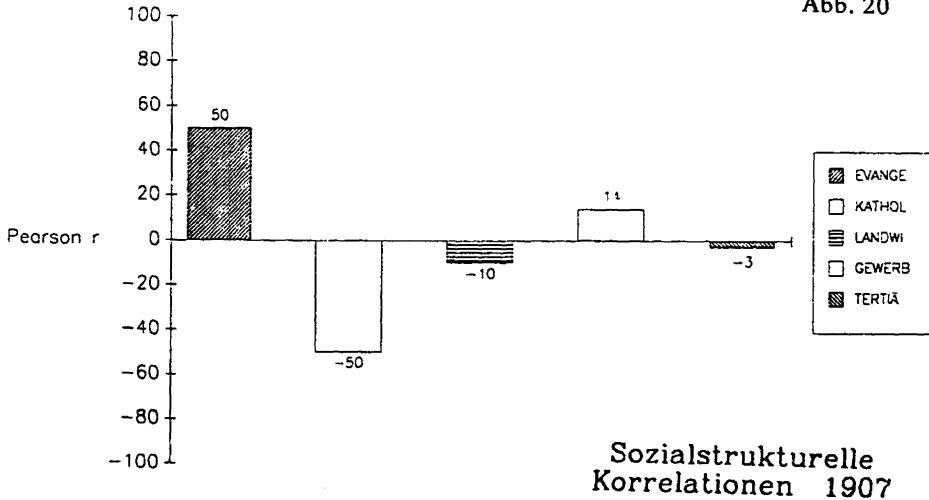
Konservative

Abb. 19



Nationalliberale

Abb. 20



ankert sind. Wichtig ist, daß die Zusammenhänge sich anscheinend über die Jahre hinweg noch verstärken (Abb. 17 - 20). Dies bestätigen auch multiple Korrelationsrechnungen¹⁸⁾. Es ist also festzuhalten, daß die einzelnen Parteien - mit der wichtigen Ausnahme der Liberalen - stabile, soziostrukturelle Basen hatten, deren Prägnanz sogar noch zunahm.

Zur Interpretation sind jedoch zwei Caveats angebracht. Erstens haben sich die Erhebungskriterien zwischen den beiden Meßpunkten geändert. 1895 wurden die Berufstätigen erfasst, 1907 die Beschäftigten. D.h., einmal erfolgte die wirtschaftssektorale Zuordnung nach den Angaben der einzelnen Personen, einmal nach der Betriebsart. Außerdem wurden 1907 die weiblichen mithelfenden Familienangehörigen wesentlich besser erfaßt als in den Zählungen 1882 und 1895. Allerdings verändern sich die referierten Werte nur unwesentlich, wenn man eine Kontrollrechnung mit den - nach einem Vorschlag von Jürgen Schmäddeke - um die Schätzungen von Hoffmann¹⁹⁾ erhöhten Werte für den landwirtschaftlichen Sektor durchführt. Zweitens vermindern sich die Korrelationen, wenn man alle Wahlkreise berücksichtigt, also auch die, in denen die jeweilige Partei nicht kandidiert hat. Dennoch läßt sich wohl eine eindeutige Tendenz feststellen, die auch stabil bleibt, wenn man mit anderen Wahlen operiert (denn 1907 könnte ja eine Ausnahmewahl gewesen sein).

Die Parteien "graben" sich also förmlich in die gesellschaftlichen Spaltungslinien ein - und das nicht nur in die funktionale (ökonomische) sondern auch und besonders ausgeprägt in die kulturelle (religiöse), wobei auch hier wieder die Nationalliberalen als Ausnahme nicht eindeutig verortet sind. Zudem gibt es zwischen diesen beiden Dimensionen keine Überschneidung. Wahlökologisch sind die Lager scharf voneinander abgegrenzt, was den Manövrierraum der Parteien natürlich einengt. Davon zeugen etwa die vergeblichen linksliberalen "Ausbruchsversuche". Andererseits besitzen die Parteien damit verlässliche Wählerreservoirs. Auf diese Weise können sich auch die Konservativen behaupten, legt man ihre Fähigkeit zur Wahlkreishegemonie zugrunde (Abb. 6).

Hier - nimmt man noch organisationelle (gerade für den Fortschritt überlebensnotwendig) und politische Faktoren hinzu - hat die Milieuthese ihre Berechti-

17) Grundlage der Berechnungen sind die prozentualen Anteile der beiden Konfessionen und der drei Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft, Gewerbe/Industrie, Handel/Dienstleistungen) in den Wahlkreisen, die nach den diversen Volkszählungen, der Berufs- und Gewerbebezahlung von 1895 und der Berufs- und Betriebsstättenzählung von 1907 ermittelt wurden. Ein Teil dieses Datenmaterials stammt aus dem Forschungszusammenhang um Otto Büsch in der 'Sektion für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte' der Historischen Kommission zu Berlin, mit dem wir eine Kooperationsvereinbarung getroffen haben. Die jeweiligen partiellen Korrelationskoeffizienten bestätigen den Zusammenhang, der schon auf der hier allein referierten Ebene der einfachen Korrelationsrechnungen sichtbar wird.

18) Solche multivariaten Analysen, auf die hier nicht eingegangen wird, sind jedoch vorsichtig zu interpretieren, da die sozialstrukturellen Variablen natürlich stark interkorrelieren.

19) W. G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts (Berlin u. a., 1965), S. 183.

gung, oder besser gesagt: ihren soziostrukturellen Ausgangspunkt 20). Die Parteien waren auf den "affirmativen Wähler" angewiesen 21). Allerdings deutet sich schon im Kaiserreich die verhängnisvolle, soziostrukturelle Erosion der liberalen Mittelparteien an, die sich für die Weimarer Republik als schwere Hypothek erweisen wird. Machtpolitisch konnte das daraus entstehende Vakuum vom Zentrum besetzt werden. Ihm kam damit eine entscheidende, auch in der Wahl von 1907 nicht zu brechende, parlamentarische Stellung und damit eine Schlüsselrolle für den Weg des Kaiserreichs zu.

Der regionale und der soziostrukturelle Faktor, die wir für die Stabilität des Parteiensystems bislang verantwortlich gemacht haben, stehen freilich in keinem einfachen, linearen Verhältnis. Sie können gegenläufig wirken, sei es, daß der soziostrukturelle Faktor dominiert, sei es, daß das Wahlverhalten regional bestimmt bleibt. Ein Beispiel für die erste Möglichkeit ist München, wo die Sozialdemokratie bereits früh - trotz widriger Umstände - das Zentrum überrunden konnte, während es im Ruhrgebiet gerade umgekehrt war 22). Die beiden Faktoren können sich aber auch "aufschaukeln". Dies läßt sich besonders gut mit dem krassen Mobilisierungsdefizit der SPD in den Ostgebieten illustrieren, wo die Konservativen im Durchschnitt der Wahlkreise gegenüber den westlichen Reichsteilen insgesamt ein Plus von 22 Prozent, die SPD dagegen ein Minus von 9 Prozent erzielte 23).

Es bedarf sorgfältiger regionalgeschichtlicher Forschung, um zu klären, welche Faktoren wie interagiert haben. Was im einzelnen an regionalem Beharrungsvermögen wirksam gewesen sein mag, muß differenziert untersucht und gleichzeitig für vergleichende Fragestellungen erschlossen werden. Konzeptuelle Schemata wie "politische Kultur" oder die neuere Diskussion um den Regionenbegriff in der Geographie können hier sehr hilfreich sein. Für unsere Zwecke könnte man vielleicht in einem ersten Schritt zwischen "kultureller", "regional-ökonomischer" und "territorialer" Dimensionen unterscheiden. Damit sind jeweils Tra-

20) Von der Aggregatebene darf nicht auf lokale Milieus kurzgeschlossen werden. Nicht alle Zellen der potentiellen Konfliktmatrix sind von Akteuren auch tatsächlich "besetzt". Vgl. Stein Rokkan, "The Growth and Structuring of Mass Politics", in: E. Allardt u.a. (Hrsg.), *Nordic Democracy* (Copenhagen, 1981), S. 64f.

Ferner können ähnliche soziale Basen auf der regionalen Ebene sehr unterschiedlich - oder überhaupt nicht - politisch fixiert sein. Hier kommt den lokalen Eliten ein erheblicher Stellenwert zu, wie von Steinbach in seinem Beitrag deutlich gemacht wird.

21) S. Suval, *Electoral Politics in Wilhelmine Germany* (Chapel Hill/London, 1985).

22) K. Rohé, *Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, Politische Kultur* (Essen, 1986).

23) Stefan Immerfall, *Entwicklungsfaktoren der Sozialdemokratie in den preußischen Ostprovinzen. Ein Beitrag zur quantifizierenden Wahl- und Modernisierungstheorie. Referat auf der Tagung "Sozialdemokratie im Wilhelminischen Deutschland", 11. - 13. Oktober (Posen, 1987); Stefan Immerfall und Peter Steinbach, "Politisierung und Nationalisierung deutscher Regionen im Kaiserreich", in: D. Berg-Schlosser und J. Schisler (Hrsg.), *Politische Kulturforschung in Deutschland* (Opladen, 1987) S. 68 - 79.*

ditionsbestände gemeint, die auf politisch-kulturelle Überlieferungen, den Ergebnissen regional-ökonomischer Prozesse und schließlich der Prägekraft landesherrschaftlicher Politik beruhen. Für die erste Dimension mag Baden mit seiner Kulturkampfradition stehen, für die zweite das Ruhrgebiet mit seiner "strukturierten Kohärenz" von Produktion und Konsumtion 24) und für die dritte schließlich Bayern, wo ältere kulturelle Bezugssysteme die "Ökonomisierung der Politik" (Lederer) überdauerten und das massenwirksame Fundament der neuen bayerischen Staatlichkeit nach 1806 bildeten.

Historisch-empirische Wahlforschung ist hier zu komplexen Erklärungsversuchen herausgefordert und darf sich nicht allein auf den unmittelbaren Datenkranz des Wahlverhaltens beschränken. Ebenso darf sich Partizipationsforschung nicht in Wahlforschung erschöpfen. Was der zeitgenössischen Politikwissenschaft erst wieder durch die Ergebnisse der berühmten Political Action Studie 25) in Erinnerung gerufen wurde, war der historischen Forschung seit jeher bewußt: die Relevanz dessen, was wir heute ein wenig euphemistisch "unkonventionelles Partizipationsverhalten" nennen, also all diejenigen "Mitwirkungsformen", die von der "Obrigkeit" mehr oder minder ungen gesehen werden. Daß auch in diesem Bereich quantitative Analysen möglich sind, beweisen etwa die Studien von H. Best, denen wir wertvolle Einsichten in Petitionsbewegungen und Elitewandel verdanken 26).

24) D. Harvey, "The Geopolitics of Capitalism", in: D. Gregory und J. Urry (Hrsg.), *Social Relations and Spatial Structures* (London, 1985), S. 146.

25) S. H. Barnes und M. Kaase, *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies* (Beverly Hills, 1979).

26) Heinrich Best, "Organisationsbedingungen und Kommunikationsstrukturen politischer Partizipation im frühindustriellen Deutschland", in: Peter Steinbach (Hrsg.), *Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß* (Stuttgart, 1982), S. 114 - 134; ders. "Struktur und Wandel kollektiven politischen Handelns: Die handelspolitische Petitionsbewegung 1848/49", in: Heinrich Volkmann und Jürgen Bergmann (Hrsg.), *Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung* (Opladen, 1984), S. 164 - 197.

Was unser Forschungsprojekt betrifft, so haben wir den maschinenlesbaren Datensatz von Richard Tilly und Gerd Hohorst, "Sozialer Protest in Deutschland im 19. Jahrhundert: Skizze eines Forschungsansatzes", in: K. H. Jarausch (Hrsg.), *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft* (Düsseldorf, 1976), S. 232 - 278, in unsere Datenbank integriert und hoffen, demnächst einige Befunde zur Interaktion von Wahl- und Protestverhalten vorlegen zu können. An dieser Stelle möchte ich neben den Autoren dem Zentrum für Historische Sozialforschung für die Bereitstellung der Daten danken. Ich glaube, der Stellenwert solcher Institutionen für die kumulativen Aspekte des Forschungsprozesses kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

III

Das Parteiensystem des Kaiserreichs hatte, soviel läßt sich sagen, in vielerlei Hinsicht den Weg der politischen Modernisierung eingeschlagen. Ob es ihn weitergegangen wäre, muß offen bleiben. Die starke, modernisierungsresistente, soziostrukturelle und regionale Verankerung der Rechtsparteien verhinderte, daß die eingetretenen Veränderungen voll auf die parlamentarische Arena durchschlugen, und eine defensive politische Führung sorgte dafür, daß das Parlament mehr als einmal neutralisiert und überspielt wurde. Weder die soziostrukturell heterogenen und den neuen Politikformen eher hilflos gegenüberstehenden liberalen Mittelparteien, noch der im "Zentrumsturm" verharrende politische Katholizismus, noch die in Acht und Bann gehaltene Sozialdemokratie konnten den parlamentarischen Schwebzustand auflösen, der den alten Eliten ein Veto-recht einräumte und mit dem die neuen Eliten gut leben konnten.

Als Resümee lassen sich die Hauptergebnisse meines Beitrags zu drei Thesen bündeln:

1. Die wachsende Nationalisierung der Wahlkonflikte führte nicht zu einer Entregionalisierung des Wählerverhaltens;

2. Überlieferte Fraktionierungen blieben trotz der "Ökonomisierung der Politik" (Lederer) stabil. Eine Ursache dafür sind die weiterbestehenden, ja sich vertiefenden, territorialen und kulturellen Spannungslinien;

3. Die Wahlkampfinszenierungen "von oben" entfalteten ihre mobilisierende Kraft nicht einfach deswegen, weil sie an stark ausgeprägte "deference" Haltungen der Wahlbevölkerung hätten anknüpfen können, sondern erst über die Vermittlung durch lokale Eliten, die durch die nationalen Themen ihre Interessen bedroht oder befördert sahen.

Von dieser Zustandsbeschreibung ausgehend, würde eine kontrafaktische "Prognose" 27) zwei Szenarien formulieren: bei gleichbleibendem Krisendruck sind Modernisierungsleistungen wahrscheinlich, bei wachsendem Krisendruck das völlige Auseinandertreiben der politischen Flügelkräfte. Leider sind historische Optionen nur bedingt wählbar.

27) J. Elster, Logik und Gesellschaft. Widersprüche und mögliche Welten (Frankfurt, 1981), S. 265ff.

Strategien zur Machterhaltung bürgerlicher Eliten am Beispiel kommunaler Wahlrechtsänderungen im ausgehenden Kaiserreich

Merith Niehuss

Liberalism and the City 1): Die besondere Beziehung des liberalen Bürgertums zur Gemeindepolitik ist bereits von vielen Autoren diskutiert worden. Charakteristisch an diesem Verhältnis ist dabei die geringe Eingebundenheit der bürgerlichen Honoratioren in die Parteiorganisationen der liberalen Parteien 2). "The social position and self-image of the Honoratioren were reflected in the political style of urban liberalism which emphasized informal relationships among equals rather than efforts to mobilize mass support 3)". Dem stand, spätestens seit den neunziger Jahren, eine wohlorganisierte sozialdemokratische Arbeiterbewegung gegenüber, die gerade in den Zentren liberaler Machtentfaltung, den Städten, um parlamentarische Anerkennung warb.

Am Beispiel zweier Städte, die außer der liberalen Vorherrschaft in den Rathäusern und Gemeindegremien wenig gemeinsam hatten, soll hier gezeigt werden, wie unter solch ungleichen Bedingungen der Kampf des liberalen gehobenen Bürgertums um die Machterhaltung in den Städten entschieden wurde.

München und Hamburg zeigten sich im ausgehenden Kaiserreich als in einem Höchstmaß strukturell unterschiedlich geprägte Großstädte. Nicht nur unterschieden sich nord- und süddeutsche Mentalität (die Georg von Vollmar als so herausragendes Merkmal hervorgehoben hatte), handelte es sich um eine nahezu ausschließlich protestantische (90 %) und eine ganz überwiegend katholische Stadt (70 %) - vor allem die Berufsstruktur ihrer jeweiligen Bevölkerungen war zu einem hohen Grad unterschiedlich: In Hamburg saßen die alten Kaufmannsfamilien und auch die Bankiersfamilien der Handelsstadt an den Hebeln der Macht; sie bildeten die oberste Schicht der Bürger (lag es an ihrem kaufmännisch-fiskalischen Ausbildungs- und Prestigedenken, daß Hamburg zur damaligen Zeit noch keine Universität hatte?), in München waren dies zwar auch Fabrikanten, doch saßen im Magistrat der Stadt auch Universitätsprofessoren, die Oberschicht des Bürgertums war vom höheren Beamtentum weitgehend geprägt. Hamburg verfügte durch den Hafen über einen hohen Anteil an Arbeiterschaft in Großbetrieben (Hafen- und Werftarbeiter, Industriearbeiter); dies schloß ein hohes Maß an- und ungelernerter Kräfte ein. München dagegen beherbergte verhältnismäßig

1) So der Titel eines Aufsatzes von James J. Sheehan: Liberalism and the City in 19th Century Germany, in: Past and Present 51 (1971), S. 116 - 135.

2) Vgl. dies bei Thomas Nippert, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918 (Düsseldorf, 1961). Die geringe Durchorganisation des Parteiapparates ist ein Spezifikum aller liberalen Parteien.

3) Sheehan, Liberalism and the City, a.a.O., S. 119.

wenig Industrie, eher mittlere und kleinere Betriebe, die teilweise eine große Qualifikation der Arbeiterschaft erforderten (Buchdrucker, Brauereiarbeiter, Facharbeiter in kleinen metallverarbeitenden Betrieben). Ferner ist hier noch das für unsere Argumentation wesentliche Unterscheidungsmerkmal des verschiedenen politischen Status beider Städte zu erwähnen. Hamburgs Senat vertrat einen selbständigen Staat im Deutschen Reich, München war lediglich Hauptstadt Bayerns. Münchens Magistrat hatte nicht einmal die Befehlsgewalt über die städtische Polizei 4). Trotz dieses - allerdings wesentlichen - Unterschiedes gestaltete sich der Hamburger Senat wie ein typisches städtisches Gremium, rekrutierten sich die Gewählten doch aus der Honoratiorenschicht der Stadt und verwalteten rein städtische Angelegenheiten. "Die gesamten aufgeworfenen Fragen lassen sich für Hamburg zutreffend nur beantworten, wenn man immer im Auge behält, daß Hamburg stets noch ist eine zum Staat ausgewachsene Kommune." 5)

Für die weitere Darstellung wesentlich ist hierbei die in beiden Städten stark divergierende parteipolitische Vertretung der städtischen Gremien gegenüber der Vertretung im Reichstag oder im bayerischen Landtag. Seit 1881 wählte Hamburg einen, seit 1884 zwei und seit 1890 drei Sozialdemokraten in den Reichstag (von insgesamt drei Hamburger Mandaten), München schickte Georg von Vollmar kontinuierlich seit 1890 in den Reichstag; das zweite Reichtagsmandat wechselte zwischen Sozialdemokraten und Liberalen. Zum bayerischen Landtag entsandte München seit 1893 einen Sozialdemokraten (von sechs zu wählenden Abgeordneten), 1899 und 1905 vier und 1907, nach der Wahlrechtsänderung, waren es acht Sozialdemokraten und vier Liberale 6).

Die Position der Sozialdemokratie in den städtischen Gremien war ihrer Stärke als Reichstagsvertretung der Städte diametral entgegengesetzt. Bürgerliche Honoratioren empfanden es, dem Geist der Zeit entsprechend, als Zumutung, ihre Stadt im Reichstag durch Sozialdemokraten vertreten zu sehen und sie hielten den Grundsatz in Ehren, nur wer für das Wohl der Stadt etwas leiste, zumeist

4) Wegen des Status als Landeshauptstadt. Die Magistratsverfassungen aller anderen bayerischen städtischen Gemeinden bestimmten die Befehlsgewalt über die städtische Polizei. Vgl. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 120, Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der Städte, Heft 4, Königreich Bayern (Leipzig, 1906).

5) So die einleitende Bemerkung des Bearbeiters einer Gemeinderechtsstudie über Hamburg. Geert Seelig, Hamburg, in: Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der Städte, 4. Bd., 5. Heft, Die Hansestädte (Leipzig, 1907. Schriften des Vereins für Socialpolitik 120. Band), Zitat S. 3.

6) Vgl. die Zahlenangaben zu Hamburg und zum Bayerischen Landtag in: Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Merith Niehus, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871 - 1918 (München, 1980), S. 95, 155. Die Zahlenangaben für München stammen aus: Zeitschrift des bayerischen statistischen Landesamtes, 25. Jg. 1893, S. 99ff, 31. Jg. 1899, S. 101ff, 37. Jg. 1905, S. 191f; für die Reichstagswahlen: 25. Jg. 1893, S. 77, 30. Jg. 1898, S. 119, 35. Jg. 1903, S. 81ff, 39. Jg. 1907, S. 1ff, 44. Jg. 1912, S. 220ff.

in Form von Steuerzahlungen, sei befugt, die Stadt auch politisch zu vertreten.

Die Gemeindewahlordnungen in Hamburg wie in Bayern trugen diesem Gedanken mehr noch als in Mitteldeutschland Rechnung, hatte man doch in den meisten Staaten des Deutschen Reichs allmählich den Übergang von der Bürger- zur Einwohnergemeinde gefunden 7). Das Beharren auf der überkommenen Rechtsordnung der Bürgergemeinde bedeutete für die politische Vertretung in den Städten, daß das Gemeindewahlrecht vom Erwerb des Bürgerrechts abhängig war. Eine der Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts wiederum war der Besitz des Heimatrechts (in Bayern) bzw. die Staatsangehörigkeit (in Hamburg).

Abgrenzung nach unten: das Bürgerrecht

Um das bayerische Heimatrecht zu erlangen, mußte ein Bewerber das 25. Lebensjahr abgeschlossen haben, fünf Jahre in der betreffenden Gemeinde seinen Wohnsitz haben und zu einer direkten Steuer veranlagt sein; er durfte keine Armenunterstützung in dieser Zeit beansprucht haben und mußte "selbständig" sein 8). Der Begriff der Selbständigkeit meinte dabei die Fähigkeit, selbständig einen Haushalt zu führen. Dies schloß in erster Linie bei ihren Eltern lebende Kinder aus, sowie Dienstboten und Gewerbegehilfen, die im Haushalt ihres Meisters lebten. Die Heimatberechtigung konnte von Frauen und Männern gleichermaßen erworben werden; sie wurde durch den Gemeinderat verliehen - es konnte auch ein Rechtsanspruch auf das Heimatrecht geltend gemacht werden. Das Heimatrecht wurde gebührenfrei verliehen, wenn diese Bedingungen erfüllt waren, ebenso war es laut Gesetz gebührenfrei für Staatsbedienstete, vor allem Beamte, die sich in einer Gemeinde aufgrund ihrer Anstellung niederließen. Relativ hohe Gebühren wurden allerdings erhoben, wenn ein Bewerber in einer anderen Gemeinde bereits das Heimatrecht besaß und es in seiner jetzigen Wohngemeinde erwerben wollte, was vor allem im Fall einer Heirat nötig war; daß die Heimatsrechtsgebühren auch als Heiratsgebühren bezeichnet wurden, zeigt, wie häufig diese Begründung gegeben war 9).

7) Das Beibehalten der Bürgergemeinde hatte in erster Linie erhebliche Konsequenzen für das Armenrecht; die öffentliche Wohlfahrt kam nur denjenigen zugute, die in der Gemeinde "heimatberechtigt" waren, im Gegensatz zur Einwohnergemeinde, die das Unterstützungswohnsitzrecht kannte.

8) Das Heimatrecht konnte auch verliehen werden, wenn einige dieser Forderungen nicht erfüllt wurden, insbesondere wenn der Bewerber nicht steuerlich veranlagt war; er mußte dann statt fünf Jahre sieben Jahre Aufenthalt in der Gemeinde nachweisen. Auch die Gebühren erhöhten sich in solchen Fällen. Vgl. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 120, S. 48ff. Vgl. diese Angabe auch zum folgenden.

9) Die Gebührenhöhe war den Gemeinden freigestellt innerhalb eines gewissen gesetzlichen Rahmens. In München betrug die Gebühr nach 1896 vierzig Mark, wenn alle Bedingungen erfüllt waren, bei Nichterfüllen einer Bedingung 171 Mark.

Eng mit dem Heimatrecht verknüpft war das Bürgerrecht. Nach der Einführung der Gewerbefreiheit war der einzig noch relevante Zweck, das Bürgerrecht zu erlangen, die Teilnahme an der Gemeindepolitik 10). Anspruch auf Verleihung des Bürgerrechts hatten männliche zum Erwerb befähigte Personen, die entweder das Heimatrecht besaßen oder seit mindestens zwei Jahren in der Gemeinde wohnten und eine direkte Steuer und Gemeindeabgaben bezahlt hatten. Bewerber durften in dieser Zeit nicht um Armenunterstützung nachgesucht haben, nicht strafrechtlich belangt, entmündigt oder Betroffener eines Konkursverfahrens sein. Wer allerdings ein besteuertes Wohnhaus in der Gemeinde besaß oder zu einem der drei höchstbesteuerten Gemeindeangehörigen gehörte, brauchte keine der obengenannten Bedingungen zu erfüllen, um das Bürgerrecht vom Gemeinderat verliehen zu bekommen; es durfte sogar eine Frau sein, es konnte auch eine juristische Person sein. Frauen und juristische Personen waren somit in Bayern wahlberechtigt, durften ihr Wahlrecht aber nur durch einen Vertreter ausüben lassen, der ihnen gegenüber weisungsgebunden war. Diese Regelung war in der Praxis wohl nicht ganz unproblematisch; immer wieder tauchten Fälle auf, in denen weisungsbefugte Wahlberechtigte mehrere Vertreter beauftragten und diese auch noch verschiedenen Parteien wählen ließen - oder aber solche Fälle, in denen die Vertreter sich nicht an die (Partei-) Weisung ihrer Auftraggeber hielten 11). Die Gemeindeordnung kannte auch noch die Zwangseinbürgerung (ab einer gewissen Mindeststeuersumme), die den Zweck hatte, die reicheren Bürger zur Mithilfe an den Gemeindetätigkeiten zu verpflichten, welche wiederum aus der Sicht der Gesetzgeber in erster Linie im Bezahlen der Einbürgerungsgebühr bestand 12).

Das Erheben dieser Gebühr war bei der Gemeindeordnung 1869 als minimaler Ausgleich für die damals gestiegenen Sozialkosten den Gemeinden belassen worden. Als finanzieller Faktor für die Gemeindekasse spielte diese Gebühr jedoch - zumal in Großstädten und angesichts der vielen möglichen Ausnahmen - eine geringe Rolle. Vielmehr trat im Laufe des Kaiserreichs der politische Aspekt der Einschränkung des Wahlrechts für die zugezogenen Massen in den Vordergrund. Die Gebühr für die Heimatrechtsverleihung lag nach 1869 in München zwischen 40 und 171 Mark, je nach Erfüllen der obengenannten Ansässigkeitsbedingungen. Für Ausländer durfte sie das Doppelte betragen. Die Bürgerrechtsgebühr lag, gestaffelt nach der Steuerhöhe zwischen 65 Mark und 171 Mark, wobei die Heimatrechtsgebühr mit der Bürgerrechtsgebühr verrechnet wurde. Im Jahr 1905 hatte München 539.000 Einwohner, davon 31.000 gemeindewahlbe-

10) Laut Gesetz war mit der Erlangung des Bürgerrechts auch das Recht, an den Gemeindennutzen teilzuhaben, verbunden, was aber in der Praxis keine Rolle mehr spielte.

11) Schriften des Vereins für Socialpolitik, S. 87.

12) Allerdings macht das Gesetz hier eine Reihe von Ausnahmen: Bei einer zwangsweisen Einbürgerung durfte für große Teile der Beamtenschaft, für Gewerbetreibende und Staatspensionäre keine Gebühr erhoben werden. Hausbesitzer zahlten eine ermäßigte Gebühr.

rechtigte Bürger, das entspricht etwa 6 %. Zum Vergleich: Bei Reichstagswahlen waren ca. 21 % wahlberechtigt. Gleichzeitig nahm die Stadt 173.000 Mark an Bürgerrechtsgebühren ein. 1905 war allerdings ein Wahljahr, die Summe lag in den früheren Jahren etwa bei der Hälfte 13).

Tabelle 1: Bürgerrechtserwerbungen in München 14).

Jahr	Bürgerrechtserwerbungen	Wahlberechtigte Bürger insgesamt im Wahljahr
1905	3.792	31.252
1906	1.373	
1907	1.678	
1908	5.755	35.989

Dem bayerischen Heimat- und Bürgerrecht entsprach das hamburgische Staatsangehörigkeits- und Bürgerrecht. Das Hamburger Bürgerrecht rekurrierte aus der "Verordnung über die gegen das Einschleichen der Fremden erlassenen Verfügung" von 1805, wonach jeder, der in der Stadt ein Geschäft betreiben, heiraten oder ein Grundstück kaufen wollte, das Bürgerrecht erwerben mußte 15). Nach einer Änderung 1864 war es Frauen fortan verwehrt, das Bürgerrecht zu erlangen. Zum Betreiben eines Geschäfts und für die Eheschließung war bei dieser Änderung das Bürgerrecht nicht mehr nötig, andererseits war von nun an verpflichtet das Bürgerrecht zu erwerben, wer volljährig war, in Hamburg wohnhaft und ein Einkommen von 3.600 Mark versteuerte. Die Bürgerrechtsgebühr betrug 30 Mark. Die Bewerbungen um die Verleihung des Bürgerrechts sanken drastisch von im Durchschnitt über 1.600 Fälle pro Jahr auf weniger als die Hälfte. Das Bürgerrecht hatte nunmehr, ähnlich wie in Bayern, lediglich die Bedeutung eines Wahlrechts. Da gerade in Hamburg, bei einer relativ geringen Zahl Bürger, die Wahrscheinlichkeit, in ein bürgerliches Ehrenamt gewählt zu werden (was laut Gesetz nicht abgelehnt werden durfte und unentgeltlich war) relativ groß war, hatte auch die bürgerliche Oberschicht Hamburgs wenig Interesse daran, das Wahlrecht zu erwerben. Die Zwangsverpflichtung der Bürger mit gehobenem Einkommen stand mehr oder weniger nur auf dem Papier, da der Gesetzgeber keine Strafmöglichkeiten für säumige Zwangsbürger vorsah. 1895 waren von 100 Bewohnern des Staates Hamburg nur 3,8 Bürger 16), relativ also zwei Drittel des Prozentsatzes von München.

13) Schriften des Vereins für Socialpolitik, S. 84.

14) Quelle: Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Landesamtes, 41. Jg. (1909), S. 603.

15) Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen: Statistik des Hamburgischen Staates, Heft 22 (Hamburg, 1904).

16) Ebd., S. 3.

Als im Jahr 1893 die ersten Sozialdemokraten in das Münchner Gemeindebevollmächtigtenkollegium gewählt wurden, konnte die Partei ihrer langjährigen Forderung nach Abschaffung der Bürgerrechtsgebühren ein wenig mehr Nachdruck verleihen. 1896 beschloß der Magistrat der Stadt, die Gebührensätze zu halbieren. Fortan mußte im günstigsten Fall ein Arbeiter der niedrigsten Steuergruppe wie erwähnt nur noch 65 Mark bezahlen, um das Heimat- und Bürgerrecht zu erwerben.

Auch in Hamburg wurde der Erwerb des Bürgerrechts 1896 wesentlich erleichtert. Der Grund hierfür war einerseits die bedrohlich gesunkene Bürgerzahl in der Stadt, zum anderen aber auch, ähnlich wie in München, ein Zugeständnis an die Sozialdemokratie. Die große Choleraepidemie, die 1892 in der Stadt wütete und mehr als 8.000 Menschenopfer forderte, offenbarte zugleich erhebliche Mängel in der Stadtregierung. Der Bau einer Filteranlage für Trinkwasser, ein längst bekanntes Mittel, um die Choleraerreger herauszufiltern, war verzögert worden, weil der Senat dem Hafenausbau den Vorrang gab, was wiederum im Interesse der alteingesessenen Kaufmannsfamilien lag. Zudem hatte der Senat bei der Bewältigung der organisatorischen Probleme während der Epidemie, als Hamburg wegen der Quarantäne von der Außenwelt völlig abgeschnitten war, gern auf die Mithilfe von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zurückgegriffen, um nötige Arbeitskräfte zu beschaffen, sowie, wenn es darum ging, schnell eine große Anzahl Flugblätter zu drucken und zu verteilen, um Verhaltensmaßnahmen zu erteilen¹⁷⁾.

Das neue Bürgerrechtsgesetz regelte nun, daß volljährige männliche Staatsbürger, die in den letzten fünf Jahren ein jährliches Einkommen von mindestens 1.200 Mark versteuert hatten, das Bürgerrecht erwerben konnten. Verpflichtet zum Erwerb des Bürgerrechts waren dagegen jene Staatsbürger, die mindestens 2.000 Mark in den letzten drei aufeinanderfolgenden Jahren versteuert hatten, sofern sie noch nicht 60 Jahre alt waren. Wer dieser Verpflichtung nicht nachkam, wurde "während der Dauer der Renitenz¹⁸⁾", jedoch höchstens bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres, gezwungen, die doppelte Einkommenssteuer zu bezahlen. Der Erwerb des Bürgerrechts war fortan kostenlos.

17) Vgl. hierzu ausführlicher: Richard Evans, "Die Cholera und die Sozialdemokratie: Arbeiterbewegung, Bürgertum und Staat in Hamburg während der Krise von 1892", in: Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, hg. v. Arno Herzig, Dieter Langewiesche und Arnold Sywottek (Hamburg, 1983), S. 203 - 213; sowie vom selben Autor: Death in Hamburg, Society and Politics in the Cholera Years, 1830 - 1910 (Oxford, 1987). Auch im Jahr 1842 hatte in Hamburg eine (Brand-) Katastrophe wesentlich zur Modernisierung des Parlamentes beigetragen. Vgl. Gert Seelig, Das hamburgische Wahlgesetz zur Bürgerschaft vom 5. März 1906, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. II (1908), S. 132 - 162, hier S. 133.

18) So der Wortlaut des Gesetzes. Statistik des Hamburgischen Staates, a.a.O., S. 6.

Tabelle 2: Bürgerrechtserwerbungen in Hamburg 19)

Jahr	Bürgerrechts- erwerbungen	Bürger	Von je 1.000 Einwohnern waren Bürger
1864	1.589		
1875	557	33.726	873
1885	627	27.629	537
1890	1.216	28.075	454
1896*)	560	26.694	386
1896**)	1.561		
1901	4.768	43.009	551

*) Bis Ende Oktober 1896

***) November, Dezember 1896

Der Senat hatte damit mehrere Absichten verbunden: Die Zwangsverpflichtung sollte Bürger der gehobenen Mittelschicht daran hindern, sich um die bürgerlichen Ehrenämter zu drücken. Doch wurden jährlich nur etwa 20 säumige Bürger mit der Eintreibung der doppelten Einkommenssteuer befast, und die "Dauer der Renitenz" währte in der Regel nicht lange 20). Auch fanden viele erneut Gesetzeslücken, um nicht Bürger werden zu müssen und um zu vermeiden "daß ihre Zeit, die sie geschäftlich verwenden, vom Staat in Anspruch genommen wird durch ehrenamtliche Stellungen in den Verwaltungen 21)." Man konnte mit der Steuerzahlung im Rückstand bleiben, ließ den Rest dann pfänden und war dadurch von Bürgerrecht und Wahlrecht ausgeschlossen. Von den Hamburger Bürgern, die ihr Bürgerrecht bereits vor 1896 beantragt hatten, waren 2329 oder fast 11 % ohne steuerpflichtiges Einkommen bzw. mit der angesetzten Steuer im Rückstand 22).

Die 1.200-Mark-Grenze für den möglichen Erwerb des Bürgerrechts verfolgte zwei Ziele : zum einen war dies die unterste Einkommensstufe der Beamten, so daß durch diese Regelung allen Staatsbediensteten das Wahlrecht zugesprochen wurde. Zum anderen stellte es für die Arbeiterschaft ein etwas gehobenes Durchschnittseinkommen dar, das Facharbeiter und vollbeschäftigte Industriearbeiter erreichen konnten. Es war nicht ohne weiteres als arbeiterfeindlich abzu-

19) Quelle: ebd., S. 3 - 8.

20) Ebd., Tabelle S. 7

21) Jürgen B o l l a n d, Die Hamburgische Bürgerschaft in alter und neuer Zeit (Hamburg, 1959), S. 65, Zitat aus den Bürgerschaftsdebatten. Vgl. zu einigen Zahlen auch weiter unten, S. 86 ff.

22) S e e l i g, Hamburgisches Wahlgesetz, S. 137. Die beiden Rubriken lassen sich nicht mehr trennen. Offenbar handelt es sich aber doch zum überwiegenden Teil um erwerbslos gewordene ältere Bürger.

tun und eröffnete damit einer großen Zahl Staatsbürger die aktive Teilnahme an der Kommunalpolitik, schloß aber gleichzeitig die untere Bevölkerungsschicht aus, von der die meiste parteipolitische Unruhe befürchtet wurde. Wichtig an der Bestimmung war allerdings nicht allein die Gehaltsstufe, sondern vielmehr die Tatsache, daß ein solches Einkommen über fünf Jahre versteuert werden mußte 23). Auch Personen mit niedrigerem zu versteuerndem Einkommen konnten ein Einkommen von 1.200 Mark versteuern. Für die fünf Jahre von 1897 bis 1901 waren für ein Einkommen von 1.200 Mark im ganzen 44,10 Mark zu bezahlen, also mehr als ein Viertel mehr als die vorherige Bürgerschaftsgebühr von 30 Mark. Doch verteilte sich die Steuersumme auf zehn Halbjahresraten 24). Die Differenz der Einkommensteuer zwischen dem niedrigsten zu versteuernden Einkommen von 900 Mark und dem Einkommen von 1.200 Mark betrug um die Jahrhundertwende etwa 1,30 Mark. Die Einkommensteuer wurde bei Verheirateten mit zwei Kindern halbiert, Familienväter mit vier Kindern mußten nur noch ein Viertel bezahlen; insgesamt nahm mehr als die Hälfte aller Einkommensteuerzahler in dieser Gruppe diese Vergünstigung in Anspruch.

Für den Gesetzgeber dennoch völlig unerwartet stieg nun die Zahl derjenigen Hamburger Einwohner, die ein Einkommen von 1.200 Mark versteuerten. Im Jahr 1895 waren es 13.706 Personen, im Jahr der Bürgerrechtsneuregelung 1896 waren es 15.904 und 1897 stieg die Zahl auf 24.295 und stieg von nun an gleichmäßig bis 1904 auf 51.308 Personen. Die Zahl der Bürgerrechtserwerbungen von Personen dieser Einkommensgruppe stieg dementsprechend, zeitlich um fünf Jahre versetzt, 1902 drastisch an, nämlich von 1.826 (1901) auf 2.651 (1902) 25).

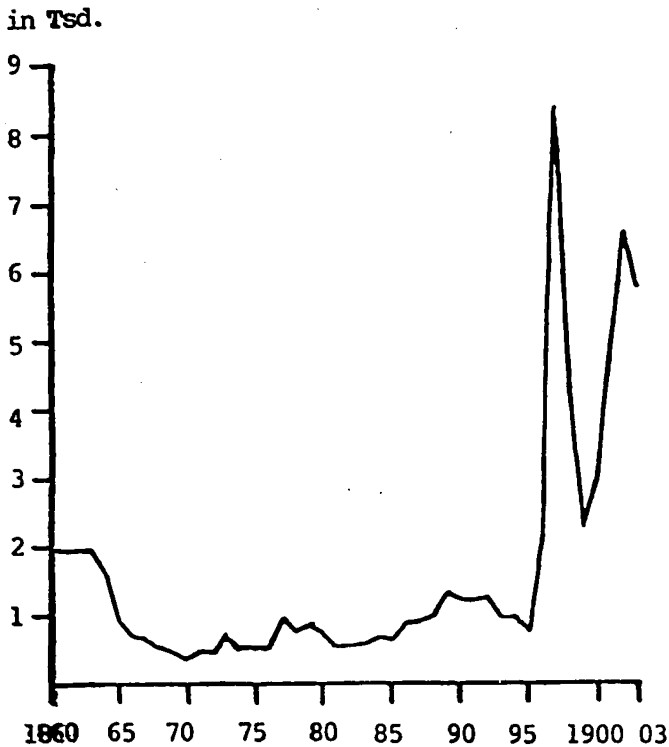
Das statistische Büro der Steuerdeputation in Hamburg ermittelte im Jahr 1903 Angaben über die Hamburger Bürgerschaft. Aus dieser Studie geht der bemerkenswerte Wandel hervor, den die Zusammensetzung der Hamburger Bürgerschaft nach 1896 durchmachte 26).

23) Ausnahmen von dieser fünf-Jahresregel waren möglich; diese sollten in erster Linie Kaufleuten zugute kommen, die längere Zeit im Ausland verweilt hatten. Vgl. Alex M ö l l e r i n g; Die Entwicklung des Wahlrechts in der freien und Hansestadt Hamburg (jur. Diss. Borna und Leipzig, 1914,) S. 38.

24) Statistik des Hamburgischen Staates, S. 16.

25) S e e l i g, Hamburgisches Wahlgesetz, S. 137.

26) Diese Studie ist die bereits zitierte Quelle: Statistik des Hamburgischen Staates, Heft XXII.

Grafik 1: Bürgerrechtserwerbungen in Hamburg (absolute Zahlen)²⁷⁾

schaft nach 1896 durchmachte 27).

Zuzüglich zu diesen Angaben ermittelte die Steuerdeputation noch, daß unter den Neubürgern bis zu 3/4 Zugereiste waren, die die Hamburger Staatsbürgerschaft auf Antrag und nicht von der Abstammung her erworben hatten; dieser Satz lag vor dem Gesetz bei 58 %. "Die politische Konsequenz aus dieser Veränderung ließ sich ohne Mühe dahin präzisieren, daß das in den Händen einer althamburgischen, gutsituierten und konservativen Minorität als Vorzugsgut befindliche Bürgerrecht nunmehr als ein Gemeingut an eine zum großen Teil zugezogene Masse von geringerer Steuerkraft und mit anderen Staatsanschauungen übergang 29)." Die Studie der Hamburger Steuerdeputation zeigte, daß es

27) Quelle: Statistik des Hamburgischen Staates, Bd. XXII.

28) Quelle: Die Angaben wurden zusammengestellt aus: Statistik des Hamburgischen Staates, S. 8 - 18.

29) Seelig, Hamburgisches Wahlgesetz, S. 139.

Tabelle 3: Alt- und Neubürger in Hamburg (Angaben in %) 28)

	Altbürger: Bürgerrechtser- werb 1889-Nov. 1896	Neubürger: Bürgerrechtser- werb Nov. 1896-1898	1899-1900	1901- 1902
Alter:				
21-30 Jahre	17	6	12	10
30-40 Jahre	43	45	46	46
über 40 Jahre	40	49	42	44
Stellung im Beruf:				
Unselbständige	20	46	52	69
Berufsgruppen:				
Handel, Ver- sicherungen	46	30	33	27
Beamte, Freie Berufe	16	43	20	10
Dienstl., Ar- beiter ohne nähere Bezeich- nung	1	1	4	10
Baugewerbe	1	5	8	11
Einkommensgruppen:				
unter				
1.100 Mark	5	0	0	0
1.100-1.200 M	3	4	13	36
1.200-2.000 M	15	44	51	42
2.000-3.000 M	14	33	21	14
über 3.000 M	64	18	15	9

eine große Gruppe in der Hamburger Bevölkerung gab, die keine Mühe scheute, alle Möglichkeiten der neuen Bürgerrechtsgesetzgebung auszunützen, um ihr Wahlrecht zu erlangen, das sie für die Wahlen zum Reichstag schon so lange besaß. Daß diese Gruppe mehrheitlich der Arbeiterschaft angehörte und parteipolitisch überwiegend der Sozialdemokratie, war nicht von der Hand zu weisen. Das Wahlergebnis von 1901, als der erste Sozialdemokrat in die Hamburger Bürgerschaft gewählt wurde, kann als Initialereignis für das böse Erwachen der konservativ-liberalen Honoratioren gelten. 1904, bei der nächsten halbschich-

tigen Erneuerung, waren es bereits 13 (von 160); der Handlungsbedarf war gegeben.

Ganz anders präsentierte sich die Situation in München. Während die Arbeiterschaft der Stadt - auch die katholische - sich nahezu konkurrenzlos durch die SPD vertreten fühlte³⁰⁾, kämpften zwei Parteien um die Gunst des Bürgertums: Die Vereinigte Liberale Partei und das katholische Zentrum. Eine eher antiklerikale Haltung des Münchner Bildungs- und Besitzbürgertums förderte hierbei die starke Stellung der Liberalen. "In München fand man weder in Gaststätten noch an den Bahnhöfen katholische Zeitungen", schrieb ein katholischer zeitgenössischer Beobachter: "das war kein Zufall. Die 'Gebildeten' unter den Katholiken lesen den liberalen Generalanzeiger und die ländliche Bevölkerung faßt Lesen als nutzlosen Zeitvertreib für Studierende auf³¹⁾." Mit ihrer Forderung nach "Simultanschulen" oder "religiös-neutralen Einheitsschulen" nahmen die Liberalen eine betont antikirchliche Haltung ein, der das Zentrum nur eine betont klerikale Haltung entgegensetzen konnte, die der Partei große Teile des gehobenen Bürgertums als Wählerschaft entzog. Das Wahlgesetz, auf das noch zurückzukommen sein wird, tat ein Übriges, die Mehrheiten der Liberalen innerhalb der bürgerlichen Wählerschicht stark überzubetonen, so daß schließlich das Zentrum, wegen des Mehrheitswahlrechts und der Wahlkreiseinteilung und die Sozialdemokraten wegen der diskriminierenden Bürgerrechtsvergabepraxis an einem gemeinsamen Strang zogen, um mittels einer Wahlgesetzänderung die Vormachtstellung der Liberalen im Münchner Rathaus zu brechen. Der besondere reformistische Kurs Georg von Vollmars ermöglichte solch eine taktische Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien, die außer dieser Wahlrechtsforderung nichts gemeinsam hatten. Die konstruktive Mitarbeit der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag seit 1890 war bezeichnend für ihre Taktik der kleinen Schritte und für ein hohes Maß an Eingebundenheit in die bürgerliche Umwelt, die von der Berliner Parteispitze aus belächelt und kritisiert wurde. Doch erregte es in München, im Gegensatz zur Situation in Hamburg, keinerlei Aufsehen, als es dem ersten Sozialdemokraten 1893 gelang, in das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten gewählt zu werden. Bis zur Gemeindewahlreform 1905/06 wurden schließlich noch 10 weitere Sozialdemokraten in dieses Gremium gewählt. Dennoch blieb die Mehrheit im Gemeindebevollmächtigtenkollegium wie im Magistrat der Stadt liberal.

Die Regelung der Höhe der Bürgerrechtsgebühren oblag dem Magistrat. Nach dem Entgegenkommen 1896, als die Sätze für Arbeiter halbiert worden waren,

30) Vgl. ausführlicher über die Konkurrenzsituation von Zentrum und SPD in München: Merith N i e h u s s, Parteien, Wahlen und Arbeiterbewegung, in: Friedrich P r i n z und Marita K r a u s s (Hrsg.), München - Musenstadt mit Hinterhöfen. Die Prinzregentenzeit 1886 bis 1912 (München, 1988), S. 44 - 53.

31) Leonhard L e n k, Katholizismus und Liberalismus. Zur Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist in München 1848 bis 1918, in: Der Mönch im Wappen. Aus Geschichte und Gegenwart des katholischen München (München, 1960), S. 375-408, hier S. 403.

war der Magistrat zu keinen weiteren Zugeständnissen bereit, zumal die Bürgerrechtskampagnen der Sozialdemokraten vor den Kommunalwahlen für ein immer schnelleres Anwachsen der Bürgerzahlen sorgten, trotz der bestehenden sonstigen Einschränkungen wie Aufenthaltsdauer und steuerliche Veranlagung. Über das Instrument der Bürgerrechtsverleihung konnte der Magistrat zwar das Wahlrecht einschränken, doch hatte er keinerlei Einfluß auf die weiteren Bestimmungen des Wahlgesetzes, das von den beiden Kammern des Landtags beraten wurde. Nachdem in Bayern Zentrum und Sozialdemokraten bereits 1905 eine Änderung des Landtagswahlrechts durchgesetzt hatten, die dieses weitgehend an die Bestimmungen des Reichstagswahlrechts annäherten, war der Weg zu einer Reform des Kommunalwahlrechts nicht mehr weit. Zentrum und Sozialdemokraten waren auch hier treibende Kraft - und das Zentrum verfügte in der zweiten Kammer des Landtages über eine absolute Mehrheit der Sitze.

Machtverteilung: das Kommunalwahlrecht

Das Kommunalwahlrecht für München war denkbar einfach geregelt ³²⁾. In jedem der 20 Wahlbezirke wurde ein Gemeindebevollmächtigter mit einfacher Mehrheit gewählt. Neugewählt wurde alle drei Jahre jeweils das ältere Drittel der insgesamt 60 Bevollmächtigten. Das ganze Kollegium der Gemeindebevollmächtigten wählte sodann ebenfalls alle drei Jahre jeweils 10 der insgesamt 20 Magistratsräte nach absoluter Mehrheit. Mitgewählt wurden jeweils auch Ersatzmänner. Die Wahlbeteiligung war hoch: Bei der letzten Wahl vor der Wahlrechtsänderung im Jahr 1905 wählten 76,6 % der wahlberechtigten Bürger ³³⁾. Der relativ geringe Anteil der Arbeiterschaft unter den Münchner Wählern aufgrund der eingeschränkten Bürgerrechtsverleihungen wirkte sich erheblich zuungunsten der SPD aus, das Zentrum hingegen wurde hauptsächlich wegen des herrschenden einfachen Mehrheitswahlrechts benachteiligt. 1905 erreichte das Zentrum mit 40 % der Stimmen 15 % der Gewählten, die Sozialdemokratie immerhin mit 27 % der Stimmen noch 25 % der Bevollmächtigten und die Liberalen mit 33 % der Stimmen 55 % der Gemeindebevollmächtigten ³⁴⁾. Die Sozialdemokraten wurden also weder durch die Wahlkreiseinteilung noch durch das geltende Mehrheitswahlrecht entscheidend benachteiligt. Sie gewannen gegen die Liberalen die Mandate in den zu reinen Arbeitervororten ausgewachsenen Vorstädten Münchens, die Liberalen bezogen ihre Bevollmächtigten nahezu unangefochten aus den nur dünn bewohnten Innenstadtgebieten. Lediglich die absolute Zahl sozialdemokratischer Wähler war durch die Beschränkung der Bürgerrechtsvergabe weit geringer, als es bei Reichs- und Landtagswahlen der Fall war.

32) Zum Wahlrecht vgl. Manfred B o c k, Die Verfassung der Stadt München von 1818 bis 1919 (München, 1967).

33) Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Landesamtes, 41. Jg. (1909), S. 607.

34) Ebd., S. 616.

Obwohl die bayerische Sozialdemokratie als ausdauerndste Kämpferin für ein neues Gemeindewahlrecht immer wieder in Erscheinung trat 35), war sie doch vollkommen von der Mitarbeit der Mehrheitspartei des Landtages, dem Zentrum, abhängig. Die katholische Zentrumsparlei, die sich bereits für eine Reform des Landtagswahlrechts mit der Sozialdemokratie zusammengeschlossen hatte - auch Wahlbündnisse mit der SPD erfolgreich abschloß - war nach der für sie erfolgreichen Reform des Landtagswahlrechts auch bereit, für die Gemeindewahlrechtsreform zu kämpfen. Das Ergebnis dieser Reform war - auch wenn ein Großteil sozialdemokratischer Forderungen in Erfüllung ging - denn auch in erster Linie ein Erfolg für das Zentrum. Das neue Gemeindewahlgesetz trat am 15. August 1908 in Kraft.

Die Höhe der Bürgerrechtsgebühren war den einzelnen Gemeinden überlassen; indirekt regelten sie sozusagen über diese Gebühren den Zugang zum Gemeindewahlrecht. Da diese Gemeindekompetenz weithin unangetastet blieb, griff die neue Wahlgesetzgebung in den bestehenden Wahlberechtigtenkörper nicht ein. Lediglich das Wahlverfahren wurde grundlegend verändert 36). Das Zentrum schloß sich der sozialdemokratischen Forderung nach einem Proportionalwahlverfahren in modifizierter Form an.

Im Jahr 1908 war das Verhältniswahlssystem im deutschen Reich noch relativ unerprobt. Obwohl hier Erfahrungen aus den Wahlen zu Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bereits vorlagen, waren doch die einzigen parlamentarischen Vorläufer der Stadtstaat Hamburg und der Staat Württemberg gewesen; im benachbarten Ausland war es in einigen Kantonen der Schweiz, in Belgien und in Dänemark eingeführt worden. Während es die Sozialdemokraten seit dem Erfurter Parteitag auch offiziell uneingeschränkt forderten, stieß dieses Wahlsystem bei den bürgerlichen Parteien zunächst auf große Skepsis. Entscheidend für die Einstellung zum Verhältniswahlssystem war für alle Parteien die meinungsbildende Erfahrung mit dem geltenden Mehrheitswahlrecht zum Reichstag.

“Es ist unwahrscheinlich, daß die Verhältniswahl innerhalb der politischen Nahziele der Sozialdemokratie jenen Charakter eines ‘Axioms’ angenommen hätte (...), wenn nicht das bestehende Wahlrecht zum Reichstag, mit seinen prägenden Eigenschaften die SPD aufs Schwerste benachteiligt hätte 37).”

35) Protokoll über die Verhandlungen des 6. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Bayerns, abgehalten zu Ludwigshafen a. Rh. am 15. und 16. Juni 1902 (Nürnberg, 1902), S. 80ff.

36) Vgl. zum folgenden: Carl von P e l s e r - B e r e n s b e r g, Die Verhältniswahl und ihr gegenwärtiger Bestand in Deutschland (Bonn, 1911), S. 37 - 41; Ernst C a h n, Das Verhältniswahlssystem in den modernen Kulturstaaten (Berlin, 1909), S. 42; Paul H i r s c h und Hugo L i n d e m a n n, Das kommunale Wahlrecht (Berlin, 1911), S. 27 - 30; Robert T h e i l h a b e r, 1808 - 1908. Hundert Jahre bayerischer Wahlrechtsentwicklung. Ein Beitrag zur wissenschaftlichen Politik (München, 1908).

37) Axel M i s c h, Das Wahlsystem zwischen Theorie und Taktik. Zur Frage von Mehrheitswahl und Verhältniswahl in der Programmatik der Sozialdemokratie bis 1933 (Berlin, 1974), S. 129.

An diesem Axiom hielt die Partei fest, auch wenn fast alle bisherigen Beispiele gezeigt hatten, daß das Verhältniswahlrecht sich durchaus nicht zugunsten der sozialdemokratischen Partei ausgewirkt hatte 38). Die Vorstellung vom "zahlen-gerechten Wählen 39)", bei dem jede Stimme zu Buche schlagen würde, wurde zum Dogma. Die Einstellung der bürgerlichen Parteien zum Verhältniswahlrecht war sehr viel pragmatischer. Die Liberalen standen ihm - je nach Lage der Dinge - zum Teil positiv, zum Teil negativ gegenüber; im Falle des Kommunalwahlrechts überwog bei weitem die negative Einstellung, gefährdete doch gerade hier eine Relativierung der Mehrheiten ihre letzten Machtpositionen im Kaiserreich. Beim Zentrum war die Situation nahezu umgekehrt. Reichstags- und Landtagswahlgesetze nutzten dieser regional massierten Partei mehr, wenn sie nach absolutem Mehrheitswahlrecht ausgerichtet waren. Ihre Stellung in den Gemeinden in Bayern aber war nach dem alten Kommunalwahlrecht ambivalent. Auf dem Land profitierte sie von der katholischen Mehrheit und wo die evangelische Bevölkerung überwog, trat die Partei erst gar nicht an. In den Städten allerdings verlor sie regelmäßig den Kampf gegen die Liberalen und die Sozialdemokraten; hier schien ein Verhältniswahlrecht die günstigere Lösung zu sein. Generell wandte man ein 40), ein Verhältniswahlrecht zöge eine Politisierung der Gemeindeverwaltung nach sich, wählte man doch jetzt Parteien statt einzelner Honoratioren, die auch parteilos sein konnten. Dieser Einwand galt zum damaligen Zeitpunkt keineswegs für die größeren bayerischen Gemeinden; sie waren längst parteipolitisch ausgerichtet; daß er für Hamburg durchaus zutraf, wird weiter unten noch zu zeigen sein. Gleiches gilt für den Einwand, ein Verhältniswahl-system zerstöre die Homogenität in den Gemeindevertretungen; auch dies konnte in Bayern nur noch auf ländliche Gemeinden zutreffen, in allen Städten standen sich doch zumindest ein klerikaler und ein antiklerikaler Flügel gegenüber. Das bayerische Kompromißwahlrecht wurde diesen Zentrumsbelangen voll gerecht. Das Proportionalwahlrecht wurde nur in Gemeinden mit mehr als 4.000 Einwohnern eingeführt. In kleineren Gemeinden blieb es bei dem alten Wahlrecht der einfachen Mehrheit.

38) Ein Beispiel hierfür gibt auch Ilse Fischer, 'Industrialisierung, Sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs 1840 - 1914 (Augsburg, 1977), S. 382, anhand des Augsburger Gewerbegerichts: Als dort 1907 das Mehrheitswahlrecht durch das Proporzsystem abgelöst wurde, verloren die Freien Gewerkschaften die absolute Mehrheit in diesem Gremium. Christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften hatten von dem neuen Wahlsystem profitiert. Zu Württemberg vgl. Merith Niehus, "Die Stellung der Sozialdemokratie im Parteiensystem Bayerns, Württembergs und Badens," in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Der Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisationen zur Massenbewegung im deutschen Kaiserreich (München, 1989).

39) So die zeitgenössische Bezeichnung des Verhältniswahlverfahrens.

40) Vgl. Cahn, Verhältniswahlsystem, S. 170ff.

Nur 115 von 8.000 Gemeinden hatten mehr als 4.000 Einwohner 41), doch wurden 93,5 % aller Stimmen in diesen größeren Gemeinden abgegeben 42). Das Verhältniswahlverfahren, das nun für München eingeführt wurde, zog gleichzeitig die Neuordnung der ehemals 20 Wahlkreise zu einem Einheitswahlkreis nach sich. Das zur Anwendung gelangende Listenwahlverfahren - auch Listenverbindungen waren möglich - war recht kompliziert; dennoch bestätigten sich Befürchtungen, der Wähler käme mit diesem Verfahren nicht zurecht, in keiner Weise. Die Wahlbeteiligung stieg erheblich an, von 76,6 % 1905 auf 84,1 % 1908 in München, sie überstieg 1908 auch noch die Beteiligung zur letzten Land- und Reichstagswahl. Der Anteil der ungültigen Stimmzettel blieb zwischen 1905 und 1908 mit 0,3 % gleich 43).

Die Listen in München durften bis zu 30 Namen enthalten, ebensoviele Stimmen hatte der Wähler; 20 Namen waren für die Gemeindebevollmächtigten, die weiterhin alle drei Jahre zu einem Drittel neugewählt wurden, und zehn für deren Ersatzleute. Namen durften bis zu dreimal hintereinander auf der Liste stehen, so daß, ließen die Wähler die Liste ohne Veränderung, eine Häufelung von drei Stimmen für gestimmte Kandidaten entstand. Der Wähler war aber durchaus frei in seiner Listenwahl; er konnte selber bis zu drei Stimmen pro Kandidat häufeln, konnte Kandidaten verschiedener Listen wählen, konnte einzelne Kandidaten herausstreichen und konnte sogar eigene Kandidaten hinzufügen. In letzterem Fall allerdings kam dieser Kandidat nicht der Partei zugute, auf deren Liste er vom Wähler hinzugeschrieben worden war; vielmehr wurde der Name wie eine eigene Liste gehandelt - die Stimme ging in der Praxis verloren. Die Auszählung der Stimmen erfolgte für die Partei bzw. die Listenverbindungen nach dem Hagenbach-Bischoffschen System also mittels eines Wahlquotienten; für Reststimmen wurde erneut ein Quotient berechnet. Innerhalb dieses Verhältniswahlsystems sollte dem Wähler durch die gleichzeitige Einführung des Kumulierens und Panaschierens die Möglichkeit geboten werden, auch eine Personenwahl vorzunehmen. Von dieser Möglichkeit wurde heftig Gebrauch gemacht. Die folgende Tabelle veranschaulicht die große Bedeutung, die die Personenwahl in kleinen Gemeinden hatte. In Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern, also auch in München, kamen selbst hinzugeschriebene Kandidaten und die gleichzeitige Benennung von Kandidaten aus verschiedenen Listen so gut wie nicht mehr vor.

41) Das neue Gemeindeprogramm in Bayern, in: Kommunale Praxis, 13. Jg. (1913), S. 867f, hier S. 868. Vgl. auch die Diskussion auf den Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie: Protokoll über die Verhandlungen des 6. Parteitages der sozialdemokratischen Partei Bayerns (Nürnberg, 1902), S. 80ff.

42) Hans R o s t, "Die Gemeindewahlen in Bayern", in: Kommunalpolitische Blätter, 1. Jg. (1919), S. 195 - 198, hier S. 195.

43) Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Landesamtes, 41. Jg. (1909), S. 607. In kleinen Gemeinden mit weniger als 4.000 Einwohnern, in denen das Mehrheitswahl-

Tabelle 4: Veränderungen der Listen 1908 in Bayern nach Gemeindegrößenklassen (Angaben in %) 44)

Gemeinden mit ... Einwohnern	unveränderte Listen	einfach - veränderte Listen*)	übergreifend
4.001 - 10.000	30	31	39
10.001 - 20.000	53	30	17
20.001 - 50.000	58	30	12
50.001 - 100.000	79	12	10
über 100.000	81	16	4

*) Einfach veränderte Listen: Der Wähler häufelt bestimmte Namen, streicht andere Kandidaten durch. Übergreifend veränderte Listen: Der Wähler panschiert, nennt also Kandidaten verschiedener Parteien, und/oder schreibt eigene Namen hinzu, die auf keiner Liste aufgeführt sind.

Die Veränderung der Kandidatenlisten der Parteien trafen die einzelnen Parteien in signifikant unterschiedlicher Weise. Während die sozialdemokratischen Wähler so gut wie keine einschneidenden Veränderungen der Wahlvorschläge vornahmen, war die Zahl der Wähler, die mit der Kandidatenreihung und Auswahl ihrer Partei nicht zufrieden waren, bei den Liberalen besonders hoch.

Tabelle 5: Veränderung der Listen 1908 in Bayern nach Parteien (Angaben in %) 45)

ausgewählte Parteien	unveränderte Listen	einfach - veränderte Listen *)	übergreifend
SPD	95	3	2
Zentrum	74	15	11
Liberale	59	31	10

*) s.o. Anmerkung zu Tabelle 4

Für Liberale und Zentrum gleichermaßen negativ wirkte sich dabei nicht die einfache Veränderung der Listen aus, in denen der Wähler lediglich die Reihen-

verfahren bestehen blieb, sank die Wahlbeteiligung dagegen im Durchschnitt von 59,0 % auf 56,1 %, vgl. ebd.

44) Quelle: Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Landesamtes, 41. Jg. (1909), S. 608.

45) Quelle: ebd., S. 609.

folge der Kandidaten veränderte, sondern vor allem die häufige Aufnahme anderer als von der Partei vorgeschlagener Kandidaten; diese Stimmen gingen der Partei in jedem Fall verloren (immerhin bei beiden Parteien 10 % im bayerischen Durchschnitt). Allerdings dürfte ausgleichend gewirkt haben, daß auf diese Weise mancher Wähler einer anderen Partei diesem oder jenem Kandidaten von Zentrum bzw. Liberalen auch Stimmen gegeben hatte.

Das Wahlrecht zur Hamburger Bürgerschaft im Kaiserreich war ein Dreiklassenwahlrecht, das allerdings nicht die Einteilung der Bürger nach Steuerklassen vorsah, sondern aus der Allgemeinheit der Bürger lediglich zwei Gruppen herausortierte: die Grundeigentümer und die Notabeln 46). Die Bürgerschaft bestand aus 160 Abgeordneten, 80 hiervon wurden von allen wahlberechtigten Bürgern direkt gewählt, die im Raum des Stadtstaates Hamburg Grundstücke besaßen und 40 weitere Abgeordnete wurden von den sogenannten Notabeln der Stadt gewählt, eine Gruppe, der Richter, Handelsrichter, Mitglieder der Vormundschaftsbehörde, der Handels- und Gewerbekammern angehörten bzw. früher angehört hatten. Für die Wahl der Notabeln bildete die Stadt einen einzigen Wahlbezirk, für die Grundeigentümerwahlen wurden 20 Wahlbezirke gebildet und für die allgemeinen Wahlen deren 80. Alle drei Jahre wurde die Bürgerschaft halbschichtig neu gewählt. Hierzu waren jeweils alle Wahlberechtigten aus der Gruppe der Notabeln aufgerufen, die für das gesamte Stadtgebiet jeweils 20 Stimmen für 20 zu wählende Kandidaten abgeben durften. Die beiden anderen Wählergruppen wählten nach Stadthälften, so daß alle drei Jahre jeweils nur die Bürger einer Stadthälfte für die Wahl von 40 allgemeinen Abgeordneten und 20 Grundeigentümern aufgerufen waren. Jeder Wähler hatte dabei so viele Stimmen, wie in seinem Wahlbezirk Abgeordnete zu wählen waren, gewählt wurde nach relativer, also einfacher Mehrheit. Eine Bevorzugung der Gruppen der Grundeigentümer und Notabeln geschah dabei, abgesehen von dem Zahlenverhältnis 80 zu 40 zu 40, das der Stärke der Gruppen in keiner Weise gerecht wurde, auf zweifache Weise: Zum einen hatten Grundeigentümer wie Notabeln jeweils auch Stimmrecht in der Gruppe der allgemeinen Wähler, die Notabeln waren auch häufig gleichzeitig Grundbesitzer und wählten auf diese Weise gleich dreimal. Im Jahr 1880 wählten 20.000 Bürger 80 Abgeordnete der allgemeinen Abteilung, von ihnen waren 5.500 nochmals zur Grundeigentümerwahl berechtigt, 500 von ihnen waren Notabeln, die ebenfalls 40 Abgeordnete wählten; von ihnen wiederum war ca. die Hälfte gleichzeitig Grundbesitzer. Letzere kamen auf das 23-fache Stimmrecht wie einfache Wähler 47). Zum zweiten fanden die

46) Vgl. zur Wahlrechtsentwicklung in Hamburg die bereits genannten Werke von Seelig, Bolland, Möllering, sowie kurz: Hans Wilhelm Eckardt, Privilegien und Parlament. Die Auseinandersetzung um das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Hamburg (Hamburg, 1980), Weiter zurückgehend: Geert Seelig, Die geschichtliche Entwicklung der Hamburgischen Bürgerschaft und die Hamburgischen Notabeln (Hamburg, 1900).

Wahlen der drei Kategorien an drei verschiedenen Wahltagen statt, jeweils mit mehreren Tagen Zwischenraum und nach Bekanntgabe der vorhergehenden Wahlergebnisse, zuerst die der allgemeinen Abteilung, dann die Grundeigentümergebenisse und zuletzt fanden die Notabelnwahlen statt. Üblich vor allem bei den Notabelnwahlen war dabei, durchgefallene Kandidaten kurzfristig für ihre Wahl zu benennen, also im Verlauf der Wahl unmittelbar Einfluß auf ihr Ergebnis zu nehmen 48).

Die Bürgerschaft wählte aus ihrer Mitte die Senatsmitglieder nach einem sehr komplizierten Verfahren. Der Senat bestand aus 18 Mitgliedern, von denen 9 "Rechts- oder Kameralwissenschaften studiert" haben und weitere 7 dem Kaufmannsstande angehören mußten 49). Diese Mitglieder wurden auf Lebenszeit gewählt und durften frühestens nach sechs Jahren ausscheiden 50).

Die Zusammensetzung der Hamburger Bürgerschaft läßt sich nach Fraktionen oder gar Parteien kaum differenzieren. Als lockere Abgrenzungsbezeichnung wählte man die Fraktionierung in "Rechte", "linkes Zentrum" und "Linke", wobei alle Gruppen parteipolitisch dem Oberbegriff "Liberal" zuzuordnen waren. Diese Eingruppierung entsprach einer Einteilung nach Berufsgruppen. Die Rechte war die Partei der "Hamburger Tradition, Großkaufleute, Richter, Rechtsanwälte", es folgte in der Hierarchie das linke Zentrum mit Kaufleuten, Maklern und Rechtsanwälten und schließlich die Linke als Vertreterin des gewerblichen Mittelstandes: Handwerksmeister, Krämer und vor allem Grundeigentümer 51). Nach zeitgenössischen Bemerkungen unterschieden sich diese Fraktionen "weniger durch politische Gegensätze als durch die Stiefel": Die Fraktion der Rechten sei die "Fraktion der Lackstiefel", das linke Zentrum "diejenige der Wachsstiefel und die Fraktion der Linken diejenige der Schmierstiefel 52)". Dieses Honoratiorengremium bestand 1883 zu 59 % aus Kaufleuten, 23 % aus Angehörigen "gelehrter Berufe" und zu 16 % aus Gewerbetreibenden. 92 % der Bürgerschaftsmitglieder waren "Selbständig" gegenüber 27 % in der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung Hamburgs 53). Arbeiter, Handwerks-

47) M ö l l e r i n g, Entwicklung, S. 34.

48) E c k a r d t, Privilegien, S. 32f.

49) Nach der Verfassung von 1879, abgedruckt, in: B o l l a n d, Bürgerschaft, S. 166ff. Das Verfahren zur Wahl eines Senatsmitgliedes erfolgte in ununterbrochener Sitzung der Bürgerschaft in mehreren Stufen. Die Beschreibung des Verfahrens nimmt in der Verfassung drei Seiten in Anspruch (Art. 9).

50) Erst nach 10 Jahren und mit Vollendung des 60. Lebensjahres erhielten sie Anspruch auf eine Pension. Ebd., Art. 10.

51) So ein Bericht über die Hamburger Bürgerschaftswahlen in der Kommunalen Praxis, 13. Jg. (1913), Nr. 15, S. 478.

52) Zitiert nach Ursula B ü t t n e r, "Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906 - 1930", in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 60 (Hamburg, 1977), S. 1 - 34, hier S. 6.

53) Aus: E c k a r d t, Privilegien, S. 31.

gesellen und Dienstboten stellten um diese Zeit insgesamt 61 % der Erwerbstätigen der Stadt; ihr Berufsstand war mit keinem einzelnen Abgeordneten vertreten. Als nun die erwähnte Bürgerrechtsänderung von 1896 den Anteil Wähler in diesen unteren Schichten erheblich zunehmen ließ und es schließlich ermöglichte, daß 1901 in der allgemeinen Abteilung der erste Sozialdemokrat in die Bürgerschaft gewählt wurde, bedeutete dies für die liberalen Honoratioren dieses Gremiums einen Schritt auf dem Wege zur totalen Machtübernahme der Sozialdemokratie, die bereits unangefochten alle drei Reichstagsitze Hamburgs in Besitz genommen hatte. Auf der anderen Seite galt es auch, sich eines neu entstehenden antisemitischen Flügels zu erwehren: 1897 war der erste Abgeordnete der Antisemiten in die Bürgerschaft eingezogen. Bis 1901 waren zwei weitere gefolgt. Ihre Anträge in der Bürgerschaft waren häufig polemisch und widersprachen so dem ruhigen, meist sachlichen Diskussionsstil des Gremiums in einer sonst eher hanseatisch kühlen Atmosphäre.

Da es schlecht möglich schien, ein einmal verliehenes Bürgerrecht wieder rückgängig zu machen, feilte die Bürgerschaft an einzelnen Bestimmungen des Wahlrechts herum, um zukünftige Wahlergebnisse wieder in die gewünschten Bahnen lenken zu können. Eine Neueinteilung der Wahlkreise sollte die dichter besiedelten Vororte zu ihrem Recht kommen lassen; und um Mehrheiten in Arbeitervierteln zu erschweren, wurde der Modus der einfachen Mehrheit durch das absolute Mehrheitswahlrecht ersetzt, um in Stichwahlen liberalen Fraktionen Bündnisse gegen die Sozialdemokratie zu ermöglichen 54). Diese Neuregelung trat 1904 in Kraft, doch die darauffolgende Wahl bescherte der Bürgerschaft 12 weitere sozialdemokratische Abgeordnete.

Für die Mehrheit der Bürgerschaftsmitglieder und den Senat war nun klar, daß eine völlige Revision des Wahlrechts anstand. Der Senat bildete eine Kommission von 5 Senatsmitgliedern, um die Frage zu prüfen, "ob und eventuell durch welche Mittel einem übermäßigen Eindringen sozialdemokratischer Elemente in die Bürgerschaft vorgebeugt werden könne 55)."

Obwohl dieses Ziel einer Revision des Wahlgesetzes fast allen Bürgerschaftsmitgliedern deutlich vor Augen stand, wurden doch heftige Diskussionen um die Mittel geführt, die zu diesem Ziel führen sollten. Die beiden Bürgermeister der Stadt, die der Fünferkommission des Senats angehörten, lehnten die Einführung eines nach Steuergruppen gegliederten Klassenwahlrechts kategorisch als reaktionär ab, widersprachen aber nicht, als die Bürgerschaft daraufhin diese Kommission kurzerhand um zwei weitere Mitglieder auf insgesamt sieben erweiterte. Die Aufgabe der Kommission bestand unausgesprochen darin, zwei Befürchtungen des liberalen Bürgertums gegeneinander abzuwägen. Die Furcht vor sozialdemokratischen Mehrheiten in der durch die allgemeine Abteilung gewählten Abgeordnetengruppe stand auf der einen Seite und die Furcht vor einer

54) Vgl. die Diskussion um die Wahlgesetzgebung bei B o l l a n d, Bürgerschaft, S. 64f.

55) Ebd., S. 65. Vgl. hier auch zum Folgenden.

zunehmenden Politisierung und Fraktionierung der Bürgerschaft und letztendlich auch des Senats stand auf der anderen, war doch allen Betroffenen klar, daß eine "antimodernistische" Wahlrechtseinengung auch das bisher vereinte liberale Lager spalten mußte. Obwohl der Senat einhellig der Meinung war, daß die Sozialdemokratie eine Vertretung, auch ein Mitspracherecht haben sollte, jedoch keinesfalls die Macht, kam es doch zu keiner einheitlichen Meinungsbildung, als die Kommission dem Senat den Gesetzentwurf vorlegte. Nach traditionellem Gebaren traten die Gegner des Gesetzentwurfes, letztendlich doch nur eine Minorität, zwar nicht an die Öffentlichkeit, doch war die gespaltene Meinung innerhalb des Senats nicht zu verheimlichen und trug zur aufgebrachten Stimmung auch innerhalb der Bürgerschaft bei.

Heftig protestierten die Sozialdemokraten gegen die geplante Wahlrechtsverschlechterung. Schließlich war die Bürgerrechtserweiterung 1896 beschlossen worden, um das politikmüde Bürgertum der Stadt zu mobilisieren; dieses sei auch erreicht worden. "Bevor das neue Bürgergesetz in Kraft trat, konnten nicht einmal die Ehrenstellen besetzt werden, man mußte Staatsangehörige hinzuziehen. Das Interesse für die städtischen Angelegenheiten war soweit zurückgegangen, daß man sich Komiker in Bürgervereinsversammlungen zur Unterhaltung kommen ließ 56)." Am Tag der entscheidenden Debatte zur Wahlrechtsvorlage, dem 17. Januar 1906, rief die Hamburger SPD zu einer Protestveranstaltung nachmittags um vier Uhr auf. Dieser Zeitpunkt fiel für die Mehrzahl der Beschäftigten in die tägliche Arbeitszeit; ein Verlassen des Arbeitsplatzes konnte für die Teilnehmer auch den Verlust ihres Arbeitsplatzes zur Folge haben. In der Praxis kam diese Protestveranstaltung einem Massenstreik gleich 57). Dies war von der Parteiführung als Mittel bewußt eingesetzt worden: Man bewies Stärke, ohne die Schäden bei der Arbeitsniederlegung allzu groß werden zu lassen. Die Polizeiberichte sprachen von 30.000 Teilnehmern, der Vorwärts berichtete von 30.000 Teilnehmern an den verschiedenen Versammlungen und weiteren 50.000 Teilnehmern außerhalb dieser 58). Im Laufe des Spätnachmittags und Abends entglitten aber die Massen der Teilnehmer der Kontrolle der Parteiführung. Es kam zu erheblichen Ausschreitungen, Polizei wurde zu einem Großeinsatz gerufen und schlug den Aufstand blutig nieder. Obwohl Gewalttätigkeiten von der Partei ausdrücklich abgelehnt worden waren und von 59 Verhafteten auch nur neun der sozialdemokratischen Partei bzw. einer Gewerkschaft angehörten 59), blieb in den Augen der bürgerlichen Presse die Sozialdemokratie verantwortlich für diese Ausschreitungen. Die Fronten in der Wahlrechtsdebatte verhärteten sich zusehends.

56) Sozialdemokratisches Flugblatt. Zit. nach B o l l a n d, Bürgerschaft, S. 69.

57) Vgl. hierzu ausführlich: Richard J. E v a n s, " 'Red Wednesday' in Hamburg: Social Democrats, Police and Lumpenproletariat in the Suffrage Disturbances of 17. January 1906", in: Social History, Vol. 4 (1979) S. 1 - 31.

58) Ebd., S. 5.

59) B o l l a n d, Bürgerschaft, S. 68.

Die sehr heftig und kontrovers geführte Diskussion um ein neues Wahlrecht bezog letztlich all jene Bestandteile des alten Wahlrechts wieder ein, die sich im Zurückdrängen der Sozialdemokratie bewährt hatten. Neue Regelungen dagegen galt es für jene Bestimmungen zu finden, die es der Sozialdemokratie ermöglicht hatten, bis 1904 insgesamt 13 Sitze zu erringen. Da war zunächst einmal der Fehlgriff von 1902, das Mehrheitswahlrecht zu verschärfen und aus dem relativen ein absolutes Mehrheitswahlverfahren zu schaffen. Eine einfache Auflistung ergab für die Wahl von 1904, daß die Sozialdemokraten in 12 Bezirken mehr als 50 % der abgegebenen Stimmen in 10 Bezirken 40 - 50 % der abgegebenen Stimmen in 8 Bezirken 30 - 40 % der abgegebenen Stimmen in 3 Bezirken 20 - 30 % der abgegebenen Stimmen in 7 Bezirken unter 20 % der abgegebenen Stimmen erhalten hatten⁶⁰).

Die Einführung des Proportionalwahlsystems zumindest für Teile der Wählerschaft schien der großen Mehrheit der Bürgerschaft als Einziges Abhilfe zu bieten. Das Gesetz sah schließlich die Einführung des Verhältniswahlsystems für die Hamburger Stadtbezirke, nicht aber für die acht, nun neu gebildeten Landbezirke vor. Dieser differenzierte Einsatz des Verhältniswahlrechts hat klare Parallelen zu seinem Einsatz in Württemberg, Baden und Bayern. In allen drei Staaten behielt man für die Landgebiete das Mehrheitswahlrecht bei. Der Haupteinwand von bürgerlicher Seite gegen die Einführung des Proportionalwahlrechts erwähnte völlig zu Recht das fast gänzliche Fehlen von Parteien in Hamburg, ohne die schließlich ein solches Wahlverfahren nicht durchführbar sei. In den Augen der Mehrheit jedoch überwogen die Vorteile der anvisierten Ergebnisse eines Verhältniswahlverfahrens den Nachteil, die hehren Prinzipien der Parteilosigkeit für Bürgerschaft und Senat aufgeben zu müssen. Zudem sei in Listenverbindungen die Sozialdemokratie eher zu schlagen als in Stichwahlabkommen, weil der Wähler nach wie vor den Kandidaten seines Vertrauens wählen könne, was in Stichwahlen zumeist nicht der Fall sei⁶¹).

Während die Wählereinteilung in Grundeigentümer und Notable sich als Bollwerk gegen sozialdemokratisches Vorgehen bewährt hatte und entsprechend im neuen Gesetz beibehalten werden konnte, war die Neueinteilung der allgemeinen Abteilung für das reine Stadtgebiet der umstrittenste Punkt der Wahlrechtsänderung. Vorschläge, eine Steuereinteilung in drei Klassen vorzunehmen, scheiterten letztlich am heftigen Widerstand des sich allmählich formierenden linksliberalen Flügels. Das Wahlgesetz von 1906 sah schließlich die Einteilung in zwei Klassen vor, in deren erster alle Bürger wählen sollten, die in den letzten drei Jahren durchschnittlich mindestens 2.500 Mark jährlich versteuert hatten, während alle übrigen Wahlberechtigten in der zweiten Klasse wählen sollten.

60) M ö l l e r i n g, Entwicklung, S. 50.

61) Vgl. zur Diskussion hierzu ebd., S. 46f. Vgl. auch C a h n, Verhältniswahlsystem.

Auch war vorgesehen, daß mit einfacher Mehrheit im Senat die Einkommensgrenzen und die Zahl der Abgeordneten bei Bedarf geändert werden konnten. Eine weitere wesentliche Neuerung war die Einführung des passiven Wahlrechts erstmals auch für Beamte 62).

Insgesamt war das Wahlgesetz durch diese Vielzahl verschiedener Regelungen unübersichtlich und kompliziert. Im folgenden seien nur noch einige für die Argumentation wichtige Regelungen hervorgehoben.

Im Stadtgebiet wurden nun statt 80 nurmehr 72 Abgeordnete der allgemeinen Abteilung nach Verhältniswahlsystem gewählt, im Landgebiet nach absolutem Mehrheitswahlrecht acht. Grundbesitzer und Notable wählten im Stadtgebiet jeweils vierzig Abgeordnete. Für die allgemeinen Wahlen und für die Grundbesitzerwahlen teilte man das Stadtgebiet in zwei Wahlkreise, wobei zu jeder halbschichtigen Erneuerung der Bürgerschaft alle drei Jahre nur in je einem Wahlkreis 36 bzw. 20 Abgeordnete für je sechs Jahre gewählt wurden. Im Landgebiet wurde in 4 der 8 Wahlkreise halbschichtig gewählt. Wie ehemals wählten die Notabeln nicht im halben, sondern im ganzen Stadtgebiet jeweils die Hälfte, also 20 ihrer Abgeordneten alle drei Jahre 63).

In der allgemeinen Abteilung wählte die erste, höher besteuerte Wählergruppe 24 Abgeordnete, die zweite, sehr viel größere Gruppe mit dem versteuerten Einkommen zwischen 1.200 und 2.500 Mark wählte 12 Abgeordnete. Jeder Wähler hatte dabei soviel Stimmen, wie Abgeordnete zu wählen waren, mit Ausnahme der ersten Gruppe der allgemeinen Abteilung, die auch nur 12 Stimmen wie die Wähler der zweiten Gruppe abgeben durfte. Kumulieren bis zur Höhe der erlaubten Stimmenzahl und Panaschieren war erlaubt, nicht jedoch das Hinzufügen "wilder" Kandidaten wie in Bayern, Listenverbindungen waren möglich. In der allgemeinen Abteilung lagen dieselben Kandidatenlisten für Wähler beider Gruppen aus. Die abgegebenen Stimmzettel wurden vom Wähler mit einer aufgeklebten Marke als Gruppenkennzeichen kenntlich gemacht. Diese Marken wurden in verschlossenen Umschlägen im Wahlbüro überreicht, um Diskriminierungen zwischen beiden Wählergruppen zu vermeiden. Die Zahl der auf jede der beiden Gruppen entfallenden Kandidaten pro Liste wurde sodann getrennt berechnet. Beispielsweise wählte Gruppe 1 zwei sozialdemokratische Abgeordnete, Gruppe zwei deren acht. Bei der namentlichen Auswahl der insgesamt nun zehn gewählten Sozialdemokraten wogen die Stimmen der Wähler der ersten und der zweiten Gruppe dagegen gleich; die auf jeden Kandidaten entfallende Stimmenzahl in beiden Gruppen wurde addiert und die zehn Kandidaten der sozialdemokratischen Liste mit den meisten Stimmen aus beiden Wählergruppen ausgewählt. Hier überwog der Einfluß der zweiten, an Zahl weit größeren Gruppe - ein minimaler Vorteil im Rahmen der eklatanten Benachteiligung der zweiten Wähler-

62) Diese durften die Wahl im Gegensatz zu allen anderen Personen ablehnen.

63) Vgl. diese Regelungen genauer im Wahlgesetz. Bemerkenswert scheint mir, daß im Hamburger Landgebiet weder Grundbesitzer- noch Notabelnwahlen stattfanden.

gruppe, der von der bürgerlichen Presse und Literatur stark in den Vordergrund geschoben wurde 64).

Das Ergebnis: Sieg oder Niederlage des liberalen Bürgertums?

Die Wahlrechtsänderung in Bayern war vom Zentrum und der SPD als Schlag gegen die Liberalen konzipiert und gegen deren Willen in der ersten und zweiten Kammer durchgesetzt worden. Tabelle 6 zeigt von 1887, dem ersten Jahr nachweislicher sozialdemokratischer Beteiligung, die Wahlergebnisse bis 1914.

Die Betrachtung der ersten beiden Spalten, der Zahl der Wahlberechtigten und die Wahlbeteiligung zeigt hierbei keine Trendwende mit der Wahlrechtsänderung 1908 66), aber doch qualitative Sprünge um mehrere Prozentpunkte nach oben. Bemerkenswert sind die Auswirkungen der Wahlgesetze, vor allem für die Zentrumsparterie, der mehr als ein Viertel ihrer Wähler aus der vorhergehenden Wahl von 1905 untreu wurde und vermutlich teils zu kleineren Interessenparteien übergelaufen, teils dem "Partner" SPD zugute gekommen sein dürfte. Die bisherige erhebliche Benachteiligung des Zentrums wird deutlich durch die gleichzeitige Verdoppelung der Mandate zwischen 1905 und 1908. Umgekehrt zeigt sich die Bevorzugung der Liberalen durch das alte Wahlrecht: Trotz geringer Zugewinne in der Wählerschaft fielen sie von 11 auf 7 Mandate zurück. Der Sozialdemokratie hat das neue Gesetz nicht viel gebracht: Sie war auch unter dem alten Wahlrecht entsprechend ihrer Stimmzahl vertreten. Die längerfristige Betrachtung zeigt aber: Das Verhältniswahlrecht brachte den kleinen Parteien und der Sozialdemokratie erheblichen Wählerzuwachs, der sich vermutlich auch aus vormaligen Nichtwählern rekrutierte. Bei den Liberalen setzte sich, wenn auch etwas verstärkt 1911, der Trend des langsamen Rückgangs fort, auf den ersten Blick unbeeinflusst von der Wahlgesetzgebung. Doch dürfte die geringere Chance, Mandate zu gewinnen, auch bei den Liberalen den Abfall ihrer alten Wählerschaft von der Partei beschleunigt haben. Die erheblichen Wählerverluste des Zentrums lassen sich meines Erachtens auf eine mittelbare Folge des Verhältniswahlrechts zurückführen, die am Hamburger Beispiel sehr viel deutlicher wird. Die in die Öffentlichkeit getragene Diskussion um das Wahlrecht und die Chancengleichheit der Parteien hat eine Politisierung der Wählerschaft

64) Vgl. z. B. die unvollständige Darstellung bei Möllering, der den Eindruck entstehen läßt, daß die zweite Gruppe an Einfluß insgesamt stärker ist als die erste (S. 59).

65) Quelle: Statistisches Handbuch der Stadt München (München, 1928), S. 307.

66) Leider hat die amtliche Statistik die Gemeindevahlen bis 1908 sträflich vernachlässigt, so daß die hier zitierte Quelle die einzige amtliche Veröffentlichung darstellt. Vgl. das unveröffentlichte Material, in: Stadtarchiv München, Wahlamt, Akt Nr. 158. Abweichend hier die Parteizugehörigkeit der Gewählten für 1902: 11 Liberale, 5 Zentrum, 4 SPD. Die hier gemachten Angaben in Tabelle 6 werden auch bestätigt durch die sozialdemokratische Veröffentlichung: Die Sozialdemokratie im Münchner Rathaus. Ein Handbuch für Gemeindevähler (München, 1914), S. 10.

Tabelle 6: Die Gemeindevahlen in München 1887 - 1914 65)

Wahl- jahr	Wahlbe- rechtigte	Wahlbe- teiligung *)	Abgegebene Stimmen in %		Gewählte		SPD	Sonst.**)
			Liberaler	Zentrum	Lib.	Zen.		
1887	12.729	66,5	50,9	43,5	12	8	-	-
1890	16.213	64,3	46,1	42,2	11	9	-	-
1893	19.292	59,9	41,1	34,3	14	5	1	-
1896	23.116	68,9	33,0	41,2	10	10	-	-
1899	26.215	68,1	35,8	38,1	12	6	2	-
1902	28.247	74,4	36,4	35,3	12	5	3	-
1905	31.252	76,6	33,0	41,2	11	3	5	1
1908	35.989	84,1	34,1	26,7	7	6	6	1
1911	41.456	87,8	29,4	22,4	6	5	8	1
1914	47.155	69,2	27,2	24,2	5	6	8	1

*) Bis 1905: Anteil der gültigen Stimmzettel an den Wahlberechtigten, danach: Anteil der abgegebenen Stimmzettel an den Wahlberechtigten.

**) 1905: Christlich Sozial, 1908 - 1914: Hausbesitzer

bewirkt, die vermehrt zu einer Polarisierung der Interessen führte. Gerade das bayerische Zentrum, das auf sozialpolitischem Gebiet nichts Programmatisches zu bieten hatte, büßte, zumal in einer "Arbeiterstadt", wie München es im bayerischen Vergleich darstellt, an Unterschichtenwählern erheblich ein und verlor auf der anderen Seite des politischen Spektrums wirtschaftlich orientierte Wähler an Splittergruppen.

Die Zusammensetzung des Gemeindebevollmächtigtenkollegiums in München allerdings unterschied sich von den Ergebnissen in Tabelle 6. Denn die alle drei Jahre stattfindenden Wahlen bestimmten nur ein Drittel des Gremiums neu, wobei gleichzeitig das älteste Drittel der Abgeordneten ausschied. Erst 1914 setzte sich das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten ausschließlich aus Abgeordneten zusammen, die nach dem neuen Verhältniswahlrecht gewählt worden waren.

Tabelle 7:

Zusammensetzung des Gemeindebevollmächtigtenkollegiums in München 67)

Wahljahr	Liberaler	Zentrum	Soziald.	Sonstige *)	Zusammen
1899	26	22	2	10	60
1902	30	24	4	2	60
1905	34	16	9	1	60
1908	30	14	14	2	60
1911	24	14	19	3	60
1914	18	17	22	3	60

*) 1899: 1 Demokrat, 1 Konservativer, 8 ohne Angabe; 1902, 1905: Demokraten; 1908: 1 Hausbesitzer, 1 ohne Angabe; 1911, 1914: 2 Hausbesitzer, 1 Antisemit

Es wäre sicherlich zu hoch gegriffen, zu sagen, das neue Wahlrecht habe den Niedergang der Liberalen verursacht; es hat ihn aber entscheidend beschleunigt. Ähnliches mit umgekehrtem Vorzeichen gilt für die SPD Münchens: Die Partei verfügte bereits 1905 über eine Abgeordnetenzahl, die ihrer Stimmzahl proportional entsprach. Doch mittelbar hat der politische Erfolg der Partei unter anderem durch die gelungenen Wahlgesetzänderungen den starken Aufstieg mitver-

67) Quelle: Stadtarchiv München, Wahlamt, Akt Nr. 158. Die Sozialdemokratie im Münchner Rathaus, a.a.O., S. 140. Kommunalpolitische Blätter, 2. Jg. 1911, "Bayernnummer", Sp. 277. Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Landesamtes, Jg. 47, 1915, S. 282.

ursacht. Die Partei, die eindeutig vom neuen Wahlgesetz profitieren konnte, war das Zentrum: Mußte sie angesichts ihrer schwachen kommunalpolitischen Ausstrahlung noch vor 1908 befürchten, zwischen Liberalen und Sozialdemokraten aufgerieben zu werden, konnte sie den beginnenden Verfall durch das Wahlgesetz aufhalten und 1914 schließlich wieder mit der Fraktion der Liberalen an Stärke gleich aufschließen.

Die Auswirkungen des neuen Wahlgesetzes waren demgegenüber in Hamburg sehr viel unmittelbarer und einschneidender. Wesentliche Veränderungen der Parteienlandschaft ergaben sich bereits vor der ersten Wahl nach dem neuen Wahlrecht 1907. Die Einführung des Verhältniswahlrechts hatte einmal zur Folge, daß die bisherige Wahlkreiseinteilung fallengelassen werden mußte und das Stadtgebiet in lediglich zwei Wahlkreise eingeteilt wurde, wobei bei jeder halb-schichtigen Erneuerung jeweils alle Wahlberechtigten jeweils eines dieser Wahlkreise zur Wahl aufgerufen waren. Zum zweiten bedingte die Verhältniswahl das Aufstellen von Listen und damit eine Fraktionierung der bisher durch fließende Grenzen verbundenen liberalen Gruppierungen. Die bisherige Praxis, daß nämlich Bürgerwahlvereine in jedem Wahlbezirk einen Kandidaten aufstellten, konnte nicht länger bestehen; alle Bürgerwahlvereine einer Stadthälfte waren nunmehr gezwungen, sich zu größeren Gruppen zusammenzufinden, Listen zu kreieren und um Plazierungen von Kandidaten ihres Vertrauens zu feilschen. Diesen Schwierigkeiten sollte das Wahlgesetz vorbeugen, indem es dem Wähler erlaubte, zu panaschieren, also Kandidaten verschiedener Listen auf seinen Stimmzettel zu schreiben. Listenverbindungen waren erlaubt und auch erwünscht. Bei der Diskussion des Wahlgesetzes ging man davon aus, daß die vormalig unparteiisch von den Bürgervereinen aufgestellten Kandidaten sich ja auch bisher nach ihrer Wahl freiwillig einer der drei liberalen Fraktionen der Bürgerschaft angeschlossen hatten 68). Dies könnten sie genauso gut auch bereits vor der Wahl tun und auf einer Liste einer dieser Fraktionen kandidieren. Da nun aber offiziell mindestens drei bürgerliche Fraktionen, nämlich die Rechte, das linke Zentrum und die Linke gegeneinander kandidieren mußten, waren Parteiprogramme und gezielte Wählerwerbung notwendig. Es fiel diesen Fraktionen sichtlich schwer, in die Rolle von Parteien zu schlüpfen und kurzfristig Programme zu entwerfen, die sich wesentlich von denen der anderen Fraktionen unterscheiden sollten 69). Bis zu diesem neuen Wahlgesetz hatte die Hamburger Verfassung auch ausdrücklich bestimmt, daß sich Bürgerschaftsmitglieder ihren Wählern gegenüber nicht auf ein bestimmtes Programm bindend verpflichten könnten. Außerhalb dieser drei alten Fraktionen hatte sich aber im Laufe der Diskussion um das Wahlgesetz 1906 ein Flügel von der Linken abgespalten, der in der Wahl

68) H. B a g g e, Die Bürgerschaftswahlen im Stadtgebiete nach dem Hamburgischen Wahlgesetz vom 5. März 1906, mit einem Anhang "Wahlgesetz für die Wahlen zur Bürgerschaft" (2. Aufl, Hamburg, 1907), S. 5f.

69) Vgl. diese ersten Programme in: B o l l a n d, Bürgerschaft, a.a.O., Anhang 8 - 12.

1907 als "Partei" im soziologischen Sinne anzusprechen war. Die Gruppe nannte sich "Vereinigte Liberale" und hatte sich aus 13 Bürgerschaftsangehörigen gebildet, denen die Wahlrechtsänderung nicht nur als "in seiner Verwickeltheit geradezu beispiellos", sondern auch als schwerwiegender politischer Rückschritt erschien, und die darum in dieser und in einigen weiteren politischen Forderungen mit der Sozialdemokratie übereinstimmten 70). Da die Wahl der halb-schichtig vier Kandidaten der Hamburger Landkreise noch nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht erfolgte, das bisweilen Stichwahlen notwendig machte, boten sich zwischen Vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten Stichwahlbündnisse an, die jedoch 1907 nur rudimentär erfolgten, 1910 aber den Vereinigten Liberalen insgesamt vier Sitze verschafften, darunter einen bei der Notablenwahl 71).

Mit der schärferen Abgrenzung der Fraktionen voneinander zog nun auch ein etwas härterer Umgangston in die altehrwürdige Bürgerschaft ein. Heftige Wortwechsel waren bis dato verpönt, die Reden waren kurz und sachlich - sie durften nicht abgelesen werden (nicht einmal beifälliges Klatschen war erlaubt) 72). Erst im Jahr 1901 hatte die Bürgerschaft beschlossen, stenographische Protokolle ihrer wöchentlichen Versammlungen fertigen zu lassen; bis zu diesem Zeitpunkt hatten Journalisten mehr oder weniger wortgetreu berichtet.

Auch die Veröffentlichung der Wahlergebnisse erfolgte bis einschließlich der Wahl von 1907 nur sehr lückenhaft 73). Die folgende Tabelle gibt die Parteizugehörigkeit der Bürgerschaftsmitglieder an, die auch nicht für alle Wahlen zu ermitteln ist.

Tabelle 8:
Fraktionsstärken in der Bürgerschaft 1895 - 1913 74)

Jahr	Rechte	Linkes Zentrum	Linke	Verein. Liberale	SPD	Sonstige
1895	45	55	60	-	-	-
1904	52	44	48	-	13	3
1907	43	37	37	23	19	1
1910	38	35	37	29	20	1
1913	40	29	39	30	20	2

70) Heinrich H a u p t, "Die Vereinigten Liberalen in Hamburg", in: Die Hilfe, 16. Jg. (1910), Nr. 11, S. 169. Die Partei nahm 1918 den Namen Fortschrittliche Volkspartei (später DDP) auch offiziell an. Vgl. B ü t t n e r, Liberale und Demokraten, S. 5.

71) Nach H a u p t, Vereinigte Liberale. 1907 hatten die Sozialdemokraten sich geweigert, Stichwahlparolen zugunsten der Vereinigten Liberalen auszugeben; andererseits stützten die Vereinigten Liberalen bei einer Nachwahl einen Sozialdemokraten.

72) Als im Jahr 1897 für einen Redner Beifall geklatscht wurde, meinte der Vorsitzende,

Obwohl es gelang, mit Hilfe dieses Wahlgesetzes die Sozialdemokratie auf 20 Bürgerschaftsabgeordnete zu beschränken, handelten sich die Befürworter dieses Gesetzes eine beachtliche Opposition innerhalb der vormals so einigen Bürgerschaft ein. Die Abgeordneten der Vereinigten Liberalen und der Sozialdemokratie bildeten vor dem Ersten Weltkrieg bereits eine starke Gruppe von 40 bis 50 Abgeordneten. Insgesamt wurden für die Befürworter des Wahlgesetzes 1907 114.364 Stimmen abgegeben, für die Gegner, die Vereinigten Liberalen und die Sozialdemokratie zusammen 216.776 75). Am Beispiel der Wahlen von 1907 bis 1913 sollen die Folgen der neuen Wahlrechtsregelung noch einmal im Detail aufgeführt werden. Die allgemeinen Wahlen fanden für das Stadt- und Landgebiet z.B. Dienstag, den 1. Februar 1910 statt. Sollten im Landgebiet Stichwahlen nötig werden, so waren diese für den 8. Februar anberaumt, wiederum ein Dienstag. Es folgten sodann nach Bekanntgabe der Ergebnisse im Amtsblatt die Wahlen der Grundeigentümer am Freitag, den 18. Februar, und schließlich Montag, den 28. Februar 1910, die Notabelnwahlen.

Da die Wähler in den einzelnen Abteilungen unterschiedlich viele Stimmen abgaben und die Gruppen der Grundeigentümer zweimal, die der Notablen z. T. dreimal wählten, ergibt sich z. B. für die Wahl von 1907 folgende Relation in Hamburg 76):

Einwohner:		1.037.275
Reichstagswähler		261.177
Bürgerschaftswähler:		
in Gruppe 1	(48 Abgeord.)	28.479
in Gruppe 2	(24 Abgeord.)	48.762
im Landgebiet	(8 Abgeord.)	5.946
Grundeigentümer	(40 Abgeord.)	8.731
Notable	(40 Abgeord.)	954

derartige theatralische Beifallsbezeugungen seien bisher in der Bürgerschaft nicht Brauch gewesen, er bitte, sie auch in Zukunft zu unterlassen. Vgl. B o l l a n d Bürgerschaft, S. 77.

73) Auch das Statistische Handbuch für den Hamburgischen Staat, Ausgabe 1920 (Hamburg, 1921), veröffentlicht unter der Rubrik "Wahlen" seit 1892 lediglich Zahlen zur Wahlbeteiligung, diese allerdings sehr ausführlich nach Wahlbezirken.

74) Quelle: E c k a r d t, Privilegien, S. 47; S e e l i g, Hamburg, S. 19.

75) E c k a r d t, Privilegien, S. 45.

76) Quelle: Statistische Mitteilungen für den Hamburgischen Staat, Nr. 8 (Hamburg 1919), S. 59.

Tabelle 9: Bürgerschaftswahlen 1907, 1910 und 1913 im Stadtgebiet 77)

Partei 78)	Allgemeine Abteilung			
	abgegebene gültige Stimmen		gewählte Abgeordnete	
	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 1	Gruppe 2
1907 *)				
Frakt. d. Rechten	12.230	7.017	3	-
Linkes Zentrum	26.982	8.632	7	1
Frakt. d. Linken	15.717	7.581	5	1
Verein. Liberale	22.042	40.255	5	2
Sozialdemokraten	5.586	135.400	1	9
Sonstige	26.506	23.393	-	-
Zusammen	109.063	222.278	25	13
1910				
Frakt. d. Rechten	32.581	15.751	5	-
Linkes Zentrum	28.852	13.767	4	-
Frakt. d. Linken	40.611	22.858	7	1
Verein. Liberale	41.644	48.465	7	3
Sozialdemokraten	8.652	133.939	1	8
Zusammen	152.340	234.780	24	12
1913				
Frakt. d. Rechten	29.838	18.629	5	1
Linkes Zentrum	29.047	12.278	5	-
Frakt. d. Linken	38.765	24.667	6	1
Verein. Liberale	39.499	58.133	6	2
Sozialdemokraten	13.845	197.196	2	8
Sonstige 79)	7.214	6.329	-	-
Zusammen	158.208	317.232	24	12

*) Als Übergangsregelung vom alten zum neuen Wahlrecht wurden 1907 im Stadtgebiet und im neugebildeten Landgebiet 85 Abgeordnete neu gewählt. Erst 1910 wählte man die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von 80 Abgeordneten.

77) Quelle: Seelig, Hamburg, S. 18f. Statistische Mitteilungen über den Hamburgischen Staat, Sonderheft 1910: Die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft im Jahre 1910, S. 13; 3. Sonderheft 1913: Die Ergebnisse der Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft im Jahre 1913, S. 6, 34f, 38f.

78) Bei den Grundeigentümer- und Notabelnahlen waren die Listen der Rechten, des Linken Zentrums und der Linken verbunden.

	Grundeigentümerwahlen		Notabelnwahlen		Landgebiet
	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Sitze
1907					
Frakt. d. Rechten	6.213	2	8.406	12	2
Linkes Zentrum	19.924	6	2.851	4	3
Frakt. d. Linken	21.945	7	2.080	2	-
Verein. Liberale	6.321	2	1.943	2	2
Sozialdemokraten	3.811	1	-	-	-
Sonstige	24.288	2	-	-	-
Zusammen	82.502	20	15.280	20	7
1910					
Frakt. d. Rechten	15.386	4	9.184	12	-
Linkes Zentrum	19.825	5	3.071	4	-
Frakt. d. Linken	33.140	9	2.092	2	-
Verein. Liberale	10.733	2	2.173	2	4
Sozialdemokraten	3.276	-	-	-	-
Zusammen	82.360	20	16.520	20	4
1913					
Frakt. d. Rechten	8.013	2	7.802	10	1
Linkes Zentrum	22.567	6	3.666	4	2
Frakt. d. Linken	34.963	10	2.426	3	-
Verein. Liberale	7.177	1	2.482	2	1
Sozialdemokraten	3.940	1	-	-	-
Sonstige 78)	-	-	1.284	1	-
Zusammen	76.660	20	17.660	20	4

79) "Frucht- und Gemüsehändler", "Hamburger Konservative Vereinigung" sowie Kandidaten ohne Bezeichnung. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Vereinigten Liberalen waren alle Listen in verschiedenen Verbindungen miteinander verbunden.

Möllering berechnet in seiner Arbeit für diejenigen unter den Notabeln, die gleichzeitig Grundbesitzer waren - etwa die Hälfte - ein Wahlrecht von 58,6 zu 1 gegenüber einem Wähler, der in der zweiten Gruppe der allgemeinen Wahlen seine Stimme abgibt. Ein Grundeigentümer hat immer noch 17,1-mal soviel Stimmgewicht 80).

Tabelle 9 zeigt, auf welche Weise die Rechnung des liberalen Bürgertums in Hamburg doch noch aufging. 1913 brauchte die Sozialdemokratie knapp 215.000 Stimmen für 11 Mandate, die Fraktion der Rechten 64.000 Stimmen für 18 Mandate. Gleichzeitig wurde aber auch klar, daß die Sozialdemokratie nicht ausschließlich, wie bei den Gesetzesberatungen angenommen, in der 2. Gruppe der allgemeinen Abteilung zu finden sein würde, sondern regelmäßig auch Sitze in der 1. Gruppe erreichte und 1907 und 1913 sogar in der Gruppe der Grundeigentümer jeweils einen Sitz erringen konnte.

Zudem hatte die gesetzliche Neuregelung, daß Beamte zukünftig das passive Wahlrecht erwerben konnten und gleichzeitig ihr Wahlkörper vergrößert wurde durch die 1896 gesenkte Steuergrenze auf 1.200 Mark, bewirkt, daß ihr Anteil an den gewählten Kandidaten stark anstieg. 1896 waren nur 2 % der Bürgerschaftsmitglieder Beamte, Lehrer oder staatliche Angestellte, 1913 waren es bereits 13 %, ganz abgesehen von der Zunahme der Gewerkschaftsangestellten in der Bürgerschaft 81). Auch dies bedeutete langfristig ein Hinausdrängen der traditionellen Führungsschichten Hamburgs, der Kaufleute, Rechtsanwälte, Bankiers.

Fassen wir zusammen: so unterschiedlich, wie die Ausgangslage sich für die liberalen Honoratioren in unseren beiden Städten darstellte, so unterschiedlich waren die Gesetzesnovellen in München und Hamburg, ebenso wie ihre Auswirkungen. Während das neue Wahlrecht in München einen neuen Trend in die Zusammensetzung des Gemeindebevollmächtigtenkollegiums trug, der den Liberalen entscheidende Nachteile gegenüber dem alten Wahlrecht brachte und langfristig doch die Sozialdemokratie stärkte, konnte das neue Hamburger Wahlrecht, bei seiner einschneidenden Benachteiligung der Sozialdemokratie, den status quo in der fraktionellen Zusammensetzung der Bürgerschaft, wenngleich nur mühsam, halten. Doch obwohl das liberale Bürgertum mit annähernd gleicher Zahl in der Bürgerschaft vertreten blieb, hatte es dennoch einen tiefgreifenden Wandel hinnehmen müssen, nämlich die Aufgabe ihres traditionell unpolitischen Gremiums und somit den Wandel zu einer - parteipolitisch - modernen Stadtverwaltung.

In ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie hatten die Liberalen in beiden Städten unterschiedliche Wege eingeschlagen: In München gelang schon früh die Einbindung der SPD-Politiker in ihr bürgerliches Umfeld, was der "Bürger-schreck-Partei" viel von ihrem Schrecken nahm; in Hamburg war dies angesichts

80) Möllering, Entwicklung, S. 67.

81) Eckardt, Privilegien, S. 48.

einer zahlenmäßig übermächtigen sozialdemokratischen Organisation unmöglich. Um das Vordringen dieser Partei aufzuhalten, riskierten die liberalen Honoratioren der Stadt sowohl die Aufgabe traditioneller politischer Wertvorstellungen wie auch eine Spaltung innerhalb der eigenen Reihen. Doch sei die Prognose erlaubt, daß auch ohne Krieg und die Folgeereignisse 1918/19 der Vormarsch der Sozialdemokratie in der Stadt nicht aufzuhalten gewesen wäre.

Die Entwicklung der Weimarer Parteien in ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP

Jürgen W. Falter und Hartmut Bömermann

1. Vorbemerkung

Es ist eine seit der Reichsgründung zu beobachtende Tatsache, daß einige Parteien in bestimmten Gebieten weit überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen und in anderen Gebieten erheblich unter ihrem Reichs- bzw. Bundesdurchschnitt bleiben. So erreichte das Zentrum in den Reichstagswahlen 1920 bis 1928 in einigen Kreisen der Eifel (Prüm, Daun, Monschau) und Südoldenburgs (Vechta, Cloppenburg) Stimmenanteile von 90 Prozent und mehr. Auf vergleichbare Wahlerfolge kamen am Anfang der Weimarer Republik nur noch die Deutschnationalen in einigen Kreisen Mittelfrankens (Rothenburg, Ansbach-Land, Gunzenhausen) und Pommerns (Stolp, Schlawe, Saatzig) sowie am Ende der Weimarer Republik die NSDAP (Rothenburg o.d.T., Schotten, Neustadt/Aisch). Dagegen gibt es immer auch schon Parteien, die keine so ausgeprägten Hochburgen- und Diasporagebiete haben und deshalb in Mehrheitswahlsystemen wie etwa im Kaiserreich oder in Großbritannien strukturell benachteiligt sein können. Hierzu zählten beispielsweise in der Weimarer Republik die SPD oder die beiden liberalen Parteien DDP und DVP, die zwar Diasporagebiete, aber keine so extremen Hochburgen aufweisen konnten wie die eingangs genannten Parteien.

Ferner ist festzustellen, daß die Hochburgen und Diasporagebiete im allgemeinen über einen längeren Zeitraum hinweg die gleichen bleiben. So zählen die beiden im oldenburgischen Münsterland gelegenen Kreise Vechta und Cloppenburg nicht nur in der Weimarer Republik, sondern auch noch in der Bundesrepublik zu den extremen Hochburgen des in der Weimarer Zeit vom Zentrum, in der Bundesrepublik von Teilen der CDU/CSU repräsentierten politischen Katholizismus, war die rechtsradikale NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nicht zuletzt in denjenigen mittelfränkischen Landkreisen erfolgreich, in denen 35 bis 40 Jahre zuvor zuerst die DNVP und dann die NSDAP mit bis zu 83 Prozent der gültigen Stimmen so überwältigende Wahlerfolge erzielen konnten.

Das letztere Beispiel belegt aber auch, daß zu bestimmten Zeiten ein extremer Hochburgentausch zwischen zwei Parteien wie etwa der DNVP und der NSDAP (Wittmund in Ostfriesland) oder der USPD und der KPD (Saalkreis, Sachsen und Wedding, Berlin) zu beobachten ist.

2. Zum Begriff der Hochburg

Die Hochburgen- und Diasporagebiete zeichnen sich im allgemeinen durch die starke Verdichtung bzw. fast vollständige Abwesenheit bestimmter sozialer Faktoren aus, durch die die einzelnen Parteien begünstigt oder benachteiligt werden.

Im Falle des Zentrums ist dies bekanntlich vor allem der Konfessions- in Verbindung mit dem Landwirtschaftsfaktor, im Falle der DNVP eine analoge, konfessionell aber natürlich umgekehrt verlaufende Faktorenüberlagerung von Landwirtschaft und Protestantismus. Im Falle der beiden linken Parteien sind es die Merkmale Urbanisierung und Industrialisierung, gemessen durch den Anteil der Arbeiter im sekundären Wirtschaftssektor. Bei sozial unausgeprägten Parteien finden wir denn auch keine so extremen Hochburgen.

Die Überlagerung sozialer Einflußfaktoren allein liefert jedoch keinen hinreichenden Grund für die Herausbildung zumindest der extremen Hochburgen, da in ansonsten gleichen oder doch sehr ähnlichen Gebieten erhebliche Schwankungsbreiten in den Parteistärken auffallen. Vielmehr scheinen zur Herausbildung, zum Erhalt (oder auch zum totalen Repräsentanzwechsel) von Hochburgen auch gewissermaßen einmalige, nur für den jeweiligen Ort oder das betreffende Gebiet zutreffende, von der offiziellen Statistik nicht erfaßte Einflußfaktoren notwendig zu sein, wie sie etwa durch das Wirken einflußreicher lokaler Persönlichkeiten, durch bestimmte, oft schon jahrhundertealte historische Traditionen (e.g. die laizistisch-antiklerikale Komponente im ansonsten rein katholisch-agrarischen Allgäu 1), durch politische und vopolitische Organisationen, die organisatorische Ineffizienz des potentiellen politischen Konkurrenten, durch bestimmte Vergemeinschaftungsformen etc. repräsentiert werden können. Solche Faktoren lassen sich durch Lokal- und Regionalstudien herausarbeiten. Die hier betriebene quantitative, flächendeckende Form der historischen Wahlforschung kann dazu nur den Rahmen setzen, innerhalb dessen dann erst das Besondere vom Allgemeinen unterschieden und die tatsächlich objektspezifischen Eigenschaften des Untersuchungsgegenstandes herausgearbeitet werden können 2).

Die teilweise außergewöhnliche Konstanz der Hochburgen und Diasporagebiete im Falle vor allem des Zentrums einerseits, der extreme Hochburgentausch zwischen DNVP, Liberalen und NSDAP bzw. USPD und KPD andererseits deuten daraufhin, daß in beiden Fällen zwar ganz ähnliche soziale Determinanten wirksam sind - daß aber in politischen Krisenzeiten die milieukonstituierenden Faktoren gewissermaßen die politische Repräsentanz wechseln können, so daß in bestimmten Gebieten sozusagen bruchlos eine politische Partei durch eine andere,

1) Vgl. D. Th r ä n h a r d t, Regionale historische Wahlanalysen: Erkenntnisinteressen und Validität. In: Otto Büsch (Hrsg.), Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte (Berlin, 1980), S. 485 - 507 (insbes. S. 503f.).

2) Vgl. zu dieser Begrifflichkeit Conrad M. A r e n s b e r g, Die Gemeinde als Objekt und als Paradigma, in: Rene K ö n i g (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 4, 3. Auflage (Stuttgart, 1974), S. 82 - 116. Ein relativ geglückter Versuch einer Verbindung beider Betrachtungsweisen bei Eike H e n n i g, "Die Wahlentwicklung im Landkreis Kassel (1928 - 1933). Ein Hinweis zur Diskussion der politischen Kultur im 'roten Landkreis' ", in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 92 (1987), S. 205 - 245.

im allgemeinen radikalere ersetzt wird 3).

3. Zur Abgrenzung von Milieu, Hochburg, Cleavage und Lager

Im folgenden wollen wir eine Hochburgenanalyse der Weimarer Republik mit besonderer Blickrichtung auf die NSDAP vornehmen; es handelt sich hierbei unseres Wissens um die erste Analyse dieser Art. Insbesondere soll untersucht werden, wie die Hochburgen der wichtigsten politischen Gruppierungen am Anfang der Weimarer Republik aussahen, d.h. welche sozialen Charakteristika sie aufwiesen, wie stark die Parteien in ihren jeweiligen Hochburgen waren, wie sich die Parteien, insbesondere die NSDAP, in diesen Hochburgen bis zum Ende der Weimarer Republik entwickelten und ob die Hochburgen der einzelnen Parteien irgendwelchen außergewöhnlichen sozialen Veränderungen unterlagen.

Mit der Beantwortung dieser Fragen verbindet sich folgender Erkenntniswert: Es wird damit möglich herauszuarbeiten, welche politischen - im Gegensatz zu den schon häufiger, nicht zuletzt auch von uns untersuchten sozialen - Konstellationen sich für den Aufstieg der NSDAP als besonders günstig bzw. hinderlich erwiesen, wie die Stimmenentwicklungen innerhalb der Hochburgen im Vergleich zum Reich verliefen, ob sich in Bezug auf den NSDAP-Aufstieg ein beschleunigter oder verlangsamer Hochburgenabbau beobachten läßt und ob sich die These vom Austausch der Milieurepräsentanz oder die damit konkurrierende Annahme eines bloßen Verfalls bestimmter Milieus am Ende der Weimarer Republik auf der hier gewählten Datenebene - der der Stadt- und Landkreise - empirisch besser begründen läßt. Die Untersuchung der nächsttieferen territorialen Einheiten - also der Gemeindeebene - ist, obwohl theoretisch sinnvoller, wegen der fehlenden durchgängigen Gebietskonstanz mit den verfügbaren Datensätzen derzeit auf Reichsebene noch nicht durchführbar.

Hochburgen repräsentieren u. E. bestimmte Ausprägungsformen sogenannter soziopolitischer Milieus. Der von Lepsius in die Sozialgeschichte eingeführte Begriff des sozialmoralischen Milieus ist bisher für empirische Zwecke weder klar definiert noch einheitlich operationalisiert worden. Lepsius versteht darunter lokal oder regional begrenzte soziale Einheiten, "die durch die Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet werden 4)." Die Parteien stellen seiner Ansicht nach die

3) Als Vertreter der These vom Repräsentanztausch Karl-Heinz N a ß m a c h e r, Zerfall einer liberalen Subkultur - Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg. In: H. Kühr (Hrsg.), Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich (Königstein, 1979), S. 29 - 134. Als Vertreter der Annahme eines Milieuzusammenbruchs am Ende der Weimarer Republik vor allem M. Rainer L e p s i u s, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: W. A b e l u. a. (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge (Stuttgart, 1966), S. 371 - 393.

politischen Aktionsausschüsse dieser Milieus dar 5). Für das Kaiserreich und die Weimarer Republik unterscheidet Lepsius zwischen (a) dem sozialistischen Arbeiter- und Handwerkermilieu, das - zumindest im Kaiserreich - durch "negative Integration der Arbeiterschaft in eine Subkultur" gekennzeichnet und "auf spezifische Klasseninteressen eingeengt" gewesen sei; (b) dem katholischen Sozialmilieu, das als "politisch-soziale Einheit" ebenfalls negativ integriert gewesen sei; (c) dem konservativen Milieu mit seiner durch den Protestantismus verbundenen "doppelten Ausprägung... in eine feudal-agrarische und eine gouvernemental-bürgerliche Spielart"; und (d) dem bürgerlich-protestantischen Milieu, das im Verlaufe des Kaiserreiches immer mehr "zum Mittelstand mit einer spezifisch kleinbürgerlichen Sozialmoral" geschrumpft sei. Generell seien die vier politisch dominanten Sozialmilieus "durch symbolisch dramatisierte Moralgrenzen" scharf voneinander abgeschottet gewesen 6).

Wie verhält sich das Milieukonzept zu den ähnlich definierten Konzeptionen der gesellschaftlich-politischen Spannungslinie (Cleavage) und der politischen Subkultur bzw. des politischen Lagers? Und welchen Beitrag vermag die Hochburgenbetrachtungsweise zur Untersuchung von Milieukonstanz und Milieuwandel zu liefern? Gemeinsam ist diesen Konzepten die analytische Verbindung von Sozialstruktur und Parteiensystem. Sowohl die politischen Lager (oder Wählerkoalitionen) Burnhams als auch die politischen Spannungslinien Lipsets und Rokkans und die sozialmoralischen Milieus nach Lepsius basieren auf der Vorstellung einer "politisierten Sozialstruktur" (Pappi). Während jedoch weder das Lager- noch das Cleavagekonzept notwendig ein territoriales Definitionselement enthalten (sie können sowohl lokal als auch national organisiert sein und wirken), bezieht sich der Milieubegriff im allgemeinen auf eine nur im lokalen oder bestenfalls regionalen Kontext verfügbare "große Dichte informeller sozialer Beziehungen, die für die jeweilige soziale Gruppierung ein Gefühl der Zusammengehörigkeit fördert" 7). Die Milieunormen werden in erster Linie durch direkte soziale Interaktion weitergegeben, während die Verhaltensgleichförmigkeit der politischen Lager und der Cleavagegruppen auch durch die bloße Identifikation mit den politischen Zielen und Verhaltensnormen der jeweiligen Bezugsgruppe erfolgen kann, der man sich zwar zugehörig fühlt, mit deren Mitgliedern man aber mangels vorhandener "Gelegenheitsstruktur" keine alltäglichen, informellen Interaktionen pflegen kann. Auf diese Weise ist es sowohl nach der Lager- als auch nach der Cleavagetheorie möglich, daß Diasporakatholiken oder außer-

4) Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, S. 383.

5) Vgl. M. R. Lepsius, Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung (Stuttgart, 1966), S. 27 ff.

6) Alle Zitate nach Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, S. 390 - 392.

7) Franz Urban Pappi, Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung, Köln o. J. (unveröffentl. Habilitationsschrift, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln, 1976), S. 617.

halb des typischen Proletariermilieus lebende Arbeiter mit einer ähnlichen Wahrscheinlichkeit für ihre jeweilige Partei stimmen wie die Bewohner der katholischen Hochburgen oder der Arbeiterviertel 8).

Das Milieukonzept dagegen kann hinsichtlich des Wahlverhaltens u. E. nur dann einen gegenüber diesen beiden Konzeptionen überschießenden theoretischen Anspruch erheben, falls die Angehörigen eines sozialmoralischen Milieus entweder eine höhere als die durchschnittliche, auf alle Merkmalsgleichen bezogene Wahrscheinlichkeit besitzen, für die jeweilige Milieupartei zu stimmen *oder* zumindest eine ausgeprägtere Persistenz im Wahlverhalten, d.h. eine geringere Neigung zum Parteiwechsel aufweisen. Statistisch formuliert läuft die erste der beiden Forderungen darauf hinaus, daß der postulierte Milieueffekt nicht nur additiv wirkt, d.h. das kumulative Ergebnis der jeweiligen Merkmalsüberlagerung darstellt, sondern ein zusätzliches kontextuelles, also multiplikatives Moment aufweist 9). Andernfalls würde in wahlhistorischer Perspektive die Konzeption des sozialmoralischen Milieus nur ein Etikett für die in der Realität zwar anzutreffende, das Wahlverhalten aber bestenfalls durchschnittlich prägende lokale Zusammenballung bestimmter Sozialmerkmale darstellen.

Wenn wir also Milieu in diesem Sinne als Verbindung von lokalen Verdichtungsformen bestimmter soziokultureller Merkmale und politischer Repräsentanz ansehen, so ist die Hochburg ein Indikator für das Vorhandensein und die Wirkung solcher sozialmoralischer Milieus. Durch die Untersuchung der Persistenz und des Verfalls von Hochburgen angesichts des aufkommenden Nationalsozialismus erhalten wir auf diese Weise Hinweise auf die Milieureaktionen. Leider ist der hier verwendete Datensatz besser dafür geeignet, bestimmte Indizien hierfür zu eruieren als die sozialmoralischen Milieus gewissermaßen in chemisch reiner Form zu analysieren, da die Ebene der Stadt- und Landkreise vermutlich in den meisten Fällen, außer bei sehr homogenen katholisch- und evangelisch-agrarischen Einheiten und bestimmten industriell geprägten Kreisen zu hoch gegriffen sein dürfte, um die entsprechenden vom Konzept implizierten Merkmalsverdichtungen, auf deren Grundlagen sich die sozialmoralischen Milieus konstituieren, wirklich in den Griff zu bekommen. Da aber empirische Hinweise im allgemeinen fruchtbarer zu sein pflegen als bloß spekulativ erworbenes "Wissen", erscheint uns der hier vorgelegte Versuch einer ersten Annäherung an das Thema dennoch als legitim. Daneben aber liefern die folgenden Untersuchungsergebnisse genügend Resultate von eigenständigem deskriptiven Wert.

4. Zur Operationalisierung und Datengrundlage

Das Konzept der Hochburg repräsentiert keinen ausformulierten theoretischen Begriff. Entsprechend ist es auch nicht eindeutig definiert. So wird "Hochburg"

8) Ein Zitat möge dies verdeutlichen: "Personen, die sich in derselben Klassenlage befinden, können aus Gründen der individuellen Interessenwahl dieselbe Partei wählen, ohne daß ein Gruppierungseinfluß vorliegt." S. P a p p i, Sozialstruktur, S. 500.

in der empirischen Wahlforschung entweder im Sinne von überdurchschnittlicher Repräsentation einer Partei in einer Gemeinde, einem Verwaltungskreis, einem Wahlkreis, einer Gegend oder als Überschreiten eines bestimmten Prozentwertes, z. B. 30 Prozent der gültigen Stimmen, verstanden. Eine Zeitperspektive ist damit nach unserer Beobachtung nicht impliziert. Um jedoch dem Milieubegriff etwas näher zu kommen, wollen wir als Hochburg einer Partei oder politischen Richtung im folgenden jeden Kreis verstehen, in dem die jeweilige politische Gruppierung ein im Mittel der beiden Reichstagswahlen von 1920 und 1924A (Ausnahme: NSDAP 1930) deutlich über dem Reichsdurchschnitt liegendes Ergebnis erzielt, wobei wir letzteres wiederum dann als gegeben ansehen, wenn eine Kreiseinheit zu den obersten 15 Prozent der jeweiligen Resultatverteilung zählt 10).

Diese Operationalisierung hat den Vorteil der Einfachheit und Transparenz. Auch ist damit gewährleistet, daß wir bei allen Parteien bzw. politischen Richtungen von einer gleichgroßen Anzahl von Hochburgen (nämlich 124 von 831) ausgehen können. Jedoch impliziert unsere Operationalisierung andererseits, daß ein Kreis für mehrere Parteien zugleich Hochburg sein kann und daß der Begriff der Hochburg wie etwa im Falle des Zentrums eine enorme prozentuale Spannweite umfassen kann. Beides jedoch ist von der theoretischen Definition impliziert und daher nicht zu vermeiden. Im anderen Falle, wo eine bestimmte Prozentschwelle (etwa: mindestens 30 Prozent der Stimmer oder Wahlberechtigten für eine bestimmte Partei) als Konstituens von Hochburg gewählt wird, sind wir mit dem Problem konfrontiert, daß manche Parteien keine derartigen "Hochburgen" aufweisen, also nicht in die Analyse hineinkommen würden. Wir werden daher im folgenden vom ersten, also dem relativen Hochburgenbegriff ausgehen.

Empirisch nähern sich jedoch im vorliegenden Fall beide Konzeptionen einander an, da die von uns auf die geschilderte Weise berechneten Hochburgen - mit Ausnahme der KPD/USPD-Hochburgen - faktisch mindestens ein Fünftel der Wahlberechtigten eines Kreises umfassen. Bezogen auf die abgegebenen gültigen Stimmen sind es sogar mindestens ein Viertel, womit die Anforderungen auch des absoluten Hochburgenbegriffs annähernd erfüllt werden 11). Überdies dürfte damit auch gewährleistet sein, daß in den wenigen denkbaren Fällen, wo ein Kreis sozusagen Hochburgenheimat für mehrere politische Gruppierungen

9) Die operationalen Konsequenzen der zweiten Forderung dürften offenkundig sein.

10) Diese Operationalisierung stellt eine Annäherung an die Regel dar, als Hochburg jene Einheiten zu definieren, die mehr als eine Standardabweichung über dem Reichsmittelwert der jeweiligen Partei liegen.

11) So geht Steinbach in seiner jüngsten Analyse von einem Schnittpunkt von 30 Prozent aus, ab dem er gewillt ist, von einer Hochburg zu sprechen; vgl. Peter Steinbach Die Entwicklung der Sozialdemokratie im Kaiserreich im Licht der historischen Wahlforschung. Vortrag auf dem Kolloquium des Historischen Kollegs München "Der Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisationen zur Massenbewegung im deutschen Kaiserreich", München 23. - 26.3.1988 (als Manuskript vervielfältigt).

Tabelle 1:

Die Stärke der Parteihochburgen 1920/24A und die Entwicklung der jeweiligen Milieuparteien in diesen Ausgangshochburgen im Vergleich zum Reich insgesamt

RTW	KPD/USPD		SPD		LIB		Z/BVP		DNVP		NSDAP	
	>17.9		>24.5		>20.8		>41.5		>26.0		>22.0	
	HB	RE	HB	RE	HB	RE	HB	RE	HB	RE	HB	RE
1920	31	16	30	17	28	17	56	14	32	12	-	-
1924A	18	10	26	16	20	12	52	13	39	15	8	5
1924B	14	7	31	20	22	13	53	14	39	16	4	2
1928	15	8	34	22	17	10	43	11	29	11	4	2
1930	19	11	31	20	12	7	47	12	15	6	26	15
1932A	20	12	28	18	3	2	48	13	10	5	46	31
1932B	22	14	25	16	4	2	44	12	13	7	40	26
1933	19	11	25	16	3	2	43	12	12	7	52	39

HB = Hochburg (ab 85tes Perzentil; n = 124);

RE = Reichsdurchschnitt.

Die Ziffern unter den Parteienamen geben den Prozentwert (Anteil an den Wahlberechtigten eines Kreises) an, ab dem ein Kreis als Hochburg der jeweiligen Partei zählt.

NSDAP-Hochburgen = 1930.

darstellt, eine ausreichende Menge von Milieugehörigen der jeweiligen Richtung vorhanden ist.

Um über die bloße Momentaufnahme hinauszugelangen haben wir als Hochburg zunächst einmal jene Kreiseinheiten definiert, die im Mittel der beiden ersten Weimarer Reichstagswahlen zu den 15 Prozent mit den höchsten Wahlerfolgen der jeweils betrachteten Partei - bezogen auf die Wahlberechtigten eines Kreises - zählen. Eine Ausnahme stellt hier nur die NSDAP als neue, am Anfang der Weimarer Republik noch nicht bei Wahlen aktive Partei dar; hier wurde von uns die Reichstagswahl von 1930 als erste "erfolgreiche" Wahl zur Bestimmung der "Hochburgen" ausgewählt. Innerhalb dieser Anfangs- oder Ausgangshochburgen werden wir eingangs deren Sozialprofil bestimmen, um dann der Entwicklung der verschiedenen Hochburgenparteien und der NSDAP bis 1933 nachzugehen und schließlich die Entwicklung des Sozialprofils der verschiedenen Parteihochburgen nachzuzeichnen. Zum Zwecke der Verdeutlichung werden wir für einige Fragen die Entwicklung in den Parteihochburgen mit der in den analog definierten Diasporagebieten der jeweiligen Partei vergleichen.

5. Das Sozialprofil der Parteihochburgen von 1920/24A

(a) Zu den Ausgangshochburgen der beiden linksextremen Parteien KPD und USPD gehören gemäß der obigen Definition die 124 Kreiseinheiten, in denen diese beiden Parteien zusammen im Mittel der beiden ersten Reichstagswahlen der Weimarer Republik von mindestens 17,9 Prozent der Wahlberechtigten gewählt worden sind. Zu den Diasporagebieten zählen jene 124 Kreise, in denen maximal 2,9 Prozent der Wahlberechtigten für beide Parteien (zusammen) gestimmt haben. Die linksextremen Hochburgen sind im Vergleich zum Reichsdurchschnitt durch einen leicht unterdurchschnittlichen Katholikenanteil, überdurchschnittliche Verstädterung, einen deutlich unter dem Durchschnitt liegenden Anteil der Agrarbevölkerung, eine starke Stellung des sekundären Wirtschaftssektors und einen beträchtlichen Anteil von arbeitslosen Arbeitern an den Berufspersonen¹²⁾ charakterisiert. Die linksextremen Diasporagebiete verhalten sich praktisch spiegelbildlich dazu: Am schwersten hatten es KPD und USPD in - naturgemäß überwiegend dörflich strukturierten - Agrargebieten mit einem hohen Anteil an Selbständigen und Mithelfenden, 1932/33 unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und einem überdurchschnittlichen Katholikenanteil (vgl. Tabelle 2).

(b) Die Hochburgen der SPD - sie wurde hier im Mittel der beiden ersten Reichstagswahlen von mindestens 24,5 Prozent der Wahlberechtigten gewählt - sehen recht ähnlich aus wie die von USPD und KPD; allerdings ist ihr Sozialprofil mit Ausnahme des Konfessionsfaktors deutlich weniger ausgeprägt als das der linksextremen Hochburgen. So sind sie weniger verstädert, weniger industrialisiert, 1932/33 mit etwas weniger Arbeitslosigkeit geschlagen, aber erheblich "protestantischer" als jene. Auch hier verhalten sich die Diasporagebiete (mit maximal 5,5 Prozent Wahlberechtigtenanteil der SPD) wieder mehr oder minder spiegelbildlich zu den Hochburgen. In Kreisen mit einer starken katholischen Mehrheit tat sich die SPD am Anfang der Weimarer Republik ausgesprochen schwer: In den 124 Kreisen mit den geringsten SPD-Wahlerfolgen betrug der Katholikenanteil 84 Prozent, in den SPD-Hochburgen dagegen lag er bei nur 11 Prozent.

(c) Auch die Hochburgen der Liberalen - wir haben hier zum Zwecke der Vereinfachung DDP und DVP miteinander kombiniert - liegen in stark verstäderten Kreisen: 81 Prozent der Wohnbevölkerung dieser Kreise lebte in Städten mit über 5000 Einwohnern. Entsprechend niedrig ist mit 13 Prozent der Anteil der im Agrarsektor tätigen Personen. Der Dienstleistungssektor und folglich auch der Anteil der Beamten und Angestellten ist in den liberalen Hochburgen erwartungsgemäß klar überdurchschnittlich repräsentiert. Arbeiter- und Arbeitslosenanteil dagegen sind eher durchschnittlich. Ungewöhnlich niedrig ist mit nur 8

12) Zur Nomenklatur und den verschiedenen Volks- und Berufszählungskategorien vgl. Jürgen W. Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik (München, 1986), S. 159f.

Tabelle 2:

Das Sozialprofil der Parteihochburgen von 1920/24 im Vergleich zu den Diasporagebieten der jeweiligen Partei

Merkmal	USPD/KPD		SPD		LIB		
	HB	DI	HB	DI	HB	DI	
Kathol	20	60	11	84	8	92	
Stadt	76	11	61	23	81	10	
Agrar	11	66	21	58	13	64	
Industr	58	19	47	25	45	24	
Dienstl	26	14	27	13	35	10	
SelMith	16	54	21	48	19	51	
Bea/Ang	14	6	13	7	17	5	
Arbeit	29	22	28	23	24	23	
Hausang	3	2	3	2	4	2	
AloAng	3	1	3	1	4	1	
AloArb	18	5	14	8	14	7	
	Z/BVP		DNVP		NSDAP		Reich
	HB	DI	HB	DI	HB	DI	
Kathol	90	3	7	91	11	81	32
Stadt	22	23	19	20	39	22	54
Agrar	54	46	61	57	46	56	31
Industr	29	37	21	26	31	29	41
Dienstl	13	13	13	14	18	12	23
SelMith	47	33	40	48	34	47	28
Bea/Ang	7	7	7	7	10	7	12
Arbeit	23	32	29	22	28	24	27
Hausang	2	2	2	2	3	2	3
AloAng	1	1	1	1	1	1	2
AloArb	8	10	7	8	9	7	13

Zu Tabelle 2:

HB = Hochburg; DI = Diaspora (bis 15tes Perzentil; n = 124)

Kathol = % Katholiken unter der Wohnbevölkerung; Stadt = Anteil von Personen in Gemeinden über 5000 Einwohnern; Agrar = Anteil der im Agrarsektor Tätigen an den Erwerbstätigen (lt. VZ 1925); Industr = Anteil der in Industrie und Handwerk Tätigen an den Erwerbstätigen; Dienstleistungen = Anteil der in allen übrigen Wirtschaftsbeteiligungen Tätigen an den Erwerbstätigen; Sel/Mith = Anteil der Selbständigen und Mithelfenden an den Berufspersonen (= Erwerbstätige, Erwerbslose und Berufslose); Bea/Ang = Anteil der Beamten und Angestellten an den Berufspersonen; Arbeit = Anteil der Arbeiter an den Berufspersonen; Hausang = Anteil der Hausangestellten an den Berufspersonen; AloAng = Anteil der arbeitslosen Angestellten an den Berufspersonen; AloArb = Anteil der arbeitslosen Arbeiter an den Berufspersonen.

Prozent (gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 32 Prozent) der Anteil der Katholiken an der in den liberalen Hochburgen lebenden Bevölkerung. Dagegen liegen die liberalen Diasporagebiete, in denen DDP und DVP zusammen im Mittel der beiden Wahlen von 1920 und 1924A von nur maximal 3,7 Prozent der Wahlberechtigten gewählt worden sind, in nahezu lupenreinen katholischen Landgebieten mit entsprechend hohem Anteil des Agrarsektors.

(d) Die Hochburgen von Zentrum und BVP mit einem minimalen Anteil beider Parteien an den Wahlberechtigten von immerhin 41,5 Prozent zeichnen sich naturgemäß durch einen extrem hohen Katholikenanteil, aber auch durch eine recht niedrige Verstärkerungsrate, eine weit überdurchschnittliche Bedeutung des Agrarsektors (und im Gegenzug eine entsprechend geringere Bedeutung des sekundären und tertiären Wirtschaftssektors) sowie durch niedrige Arbeitslosenraten aus. Im Gegensatz zu den zuvor besprochenen Parteien jedoch verhalten sich die Diasporagebiete (in denen das Zentrum von nur maximal 0,4 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wird) keineswegs spiegelbildlich dazu, wenn man einmal vom Konfessionsfaktor absieht. Die Kreise, in denen Zentrum und Bayerische Volkspartei am schlechtesten abschnitten, sind ebenfalls überwiegend ländlich (aber natürlich fast rein evangelisch), mit einem ausgesprochen niedrigen Anteil des Dienstleistungssektors, über dem Durchschnitt liegender Bedeutung der Landwirtschaft und niedrigen Arbeitslosenraten, wenn auch mit einem über dem Reichsmittel liegenden Arbeiteranteil.

(e) Große Ähnlichkeiten bestehen im Sozialprofil von Zentrum/BVP und DNVP sowohl in ihren Hochburgen als auch in den Diasporagebieten, wenn man einmal vom Konfessionsfaktor absieht, der im Falle der DNVP genau reziprok wirkt wie im Falle der beiden katholischen Parteien: In den Hochburgen der Deutschnationalen wohnen kaum Katholiken. Die DNVP-Hochburgen sind am Anfang der Weimarer Republik - später sollte sich dies ändern, wie wir noch

sehen werden - ähnlich dörflich und sogar noch stärker agrarisch strukturiert. Industrie und Dienstleistungssektor spielen nur eine untergeordnete Rolle, die Arbeitslosigkeit ist weit unterdurchschnittlich. Und noch stärker als die Zentrumsdiasporagebiete sind die "Tiefburgen" der DNVP (mit einem maximalen Wahlberechtigtenanteil der DNVP von 2,1 Prozent) im Sozialprofil den Hochburgen dieser Partei - wiederum mit Ausnahme des Konfessionsfaktors - sehr ähnlich. Dies deutet darauf hin, daß die DNVP in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zumindest hinsichtlich der Hochburgen und Diasporagebiete das evangelische Pendant zum katholischen Zentrum bildete.

(f) Die Hochburgen der NSDAP von 1930 schließlich zeichnen sich durch einen sehr geringen Katholikenanteil, unterdurchschnittliche Urbanisierung, eine über dem Reichsdurchschnitt liegende Bedeutung des Agrarsektors und eine entsprechend geringere Rolle des sekundären und tertiären Sektors auf. Allerdings fällt auf, daß zwar der Arbeitslosenanteil, nicht aber der Prozentsatz der Arbeiter insgesamt unter dem Reichsdurchschnitt liegt. In ihren Diasporagebieten, wo sie von maximal 6,8 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wurde, fällt ein weit überdurchschnittlicher Katholikenanteil, eine erheblich unter dem Reich liegende Urbanisierungsrate und ein starker Agraranteil mit entsprechend unter dem Durchschnitt liegenden Werten für den Industrie- und Dienstleistungssektor auf. Dies ist natürlich auf die an anderer Stelle ausgeführte hohe Resistenz vor allem der katholischen Agrarregionen gegenüber dem Nationalsozialismus zurückzuführen¹³⁾.

6. Die Verteilung der Parteihochburgen im Kontrastgruppenvergleich

In der Realität treten diese Sozialmerkmale natürlich, genauso wie bei Einzelpersonen, nicht isoliert, sondern stets nur in Kombination mit anderen Sozialmerkmalen auf. So sind die Stadt- und Landkreise des Deutschen Reiches nicht nur überwiegend katholisch oder evangelisch, sondern auch eher ländlich oder städtisch geprägt, dominiert in ihnen die eine oder die andere Wirtschaftsabteilung etc. Ein Instrument, um diese Verschränkung von Merkmalen in ihrer Wirkung auf das Wahlverhalten darzustellen ist das von uns schon häufiger benutzte Mittel des Kontrastgruppenvergleichs, das in seiner Form einer sogenannten mehrdimensionalen Kreuztabellierung und in seinen Ergebnissen weitestgehend den Resultaten einer multiplen Regressionsanalyse mit den gleichen unabhängigen (= erklärenden) und abhängigen (= zu erklärenden) Variablen entspricht, gegenüber letzterer aber den Vorteil besitzt, auch für den statistisch weniger bewanderten Leser leicht nachvollziehbar zu sein.

13) Neueste Berechnungen bei Jürgen W. Falter und Reinhart Zintl, The Economic Crisis of the 1930's and the Rise of National Socialism at the Polls. In Journal of Interdisciplinary History 1988, S. 55 - 85; Jürgen W. Falter, Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928. In: Karl Dietrich Bracher u.a. (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918 - 1933. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft (Bonn, 1987), S. 484 - 504.

Man teilt beim Kontrastgruppenvergleich die Gesamtzahl der Untersuchungseinheiten, in unserem Falle also die 831 Kreiseinheiten des Deutschen Reiches, nacheinander nach interessierenden Sozialmerkmalen auf. Wir tun dies in Tabelle 3 im ersten Schritt nach der Konfessionsfärbung der Kreise und erhalten auf diese Weise zwei erste Kontrastgruppen oder Klassen von Kreiseinheiten, nämlich solche mit einer katholischen und solche mit einer nicht-katholischen Bevölkerungsmehrheit. Für jede der beiden Kontrastgruppen ermitteln wir dann, wieviel Hochburgen der jeweiligen politischen Richtung auf sie entfallen (z. B. liegen erwartungsgemäß alle Zentrums- bzw. BVP-Hochburgen in der überwiegend katholischen Kreisgruppe, dagegen befinden sich 117 der 124 NSDAP-Hochburgen in überwiegend nicht-katholischen Kreisen). Im zweiten Schritt der Analyse werden diese beiden Kontrastgruppen jeweils nach der vorherrschenden Gemeindegröße aufgeteilt. Wir erhalten auf diese Weise vier Teilklassen von Kreisen, nämlich überwiegend katholische Kreise mit eher ländlicher oder städtischer Siedlungsstruktur und überwiegend nicht-katholische Kreiseinheiten mit ebenfalls eher ländlicher oder städtischer Bevölkerung. Auch für diese zweite Verzweigung des Kontrastgruppenbaumes ermitteln wir dann die Aufteilung der Parteihochburgen, wobei sich etwa herausstellt, daß von den sieben nationalsozialistischen Hochburgen in den überwiegend katholischen Kreisen sechs aus eher städtischen Einheiten stammen. In einem weiteren, (für den vorliegenden Fall) vorletzten Schritt unseres Kontrastgruppenvergleichs klassifizieren wir dann die vier auf der zweiten Aufteilungsebene ermittelten Kreistypen nach der im Kreis dominierenden Wirtschaftsabteilung und die auf diese Weise erhaltenen 12 Kontrastgruppen in einem letzten Aufteilungsschritt schließlich nach dem Wahlerfolg Paul von Hindenburgs beim 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl von 1925 (vgl. Tabelle 3). Die Hindenburgwahl von 1925 haben wir deswegen gewählt, weil sie sich in einer anderen Untersuchung als - nach der Konfession - wichtigster Einflußfaktor der nationalsozialistischen Wahlerfolge von 1930 - 1933 herausstellte 14). Wir erhalten auf diese Weise insgesamt 16 Vergleichsgruppen, bei denen wir feststellen können, wie sich die einzelnen Parteihochburgen darauf aufteilen. So wird beispielsweise deutlich, daß von den sechs NSDAP-Hochburgen in den katholisch-verstädterten Kreiseinheiten jeweils drei in Gebieten mit einer Dominanz des sekundären bzw. des tertiären Wirtschaftssektors liegen. Hierbei handelt es sich, wie ein Blick auf Tabelle 3 belegt, ausnahmslos um Kreise, in denen Hindenburg 1925 überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse erzielen konnte 15).

Was nun die Aufteilung der einzelnen Parteihochburgen auf die verschiedenen

14) Vgl. hierzu Jürgen W. Falter und Dirk Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 - 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte XXVI (1986), S. 179 - 216.

15) Statistische Signifikanzprobleme können hier trotz rapide sinkender Fallzahlen nicht auftreten, da es sich nicht um eine Stichprobe, sondern um die Grundgesamtheit aller Kreiseinheiten der damaligen Zeit handelt.

Tabelle 3:
Verteilung der Parteihochburgen nach der Konfession, der Gemeindegröße, der dominierenden Wirtschaftsabteilung und dem Abschneiden Hindenburgs bei der Reichspräsidentenwahl 1925 - ein Kontrastgruppenvergleich

rk	Konfession			Gemeindegröße			Wirtschaftsabteilung			Hindenburgstimmen										
	LIE	SPD	LIB	Z	DNV	NS	LIE	SPD	LIB	Z	DNV	NS	LIE	SPD	LIB	Z	DNV	NS		
	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)		
					(A)	1	0	0	107	0	1			(-)	1	0	0	85	0	0
					(B)	0	1	0	10	0	0			(+)	0	0	0	22	0	1
				(I)	1	1	0	117	0	1	0	0		(-)	0	1	0	10	0	0
					(C)	0	0	0	0	0	0			(+)	0	0	0	0	0	0
														(-)	-	-	-	-	-	-
														(+)	0	0	0	0	0	0
					(A)	0	0	0	0	0	0			(-)	0	0	0	0	0	0
														(+)	-	-	-	-	-	-
					(B)	11	0	0	6	0	3			(-)	10	0	0	6	0	0
				(II)	11	0	1	7	0	6	0	3		(+)	1	0	0	0	0	3
					(C)	0	0	1	1	0	3			(-)	0	0	0	0	0	0
														(+)	0	0	1	1	0	3
					(A)	12	39	22	0	114	74			(-)	0	2	4	0	1	1
														(+)	12	37	18	0	113	73

Konfession			Gemeindegröße			Wirtschaftsabteilung			Hindenburgstimmen																	
LiE	SPD	LIB Z	DNV	NS	LiE	SPD	LIB Z	DNV	NS	LiE	SPD	LIB Z	DNV	NS												
112	123	123	0	124	117	(I)	50	71	36	0	118	80	(B)	38	32	14	0	3	5	9	8	1	0	0	0	
										(C)	0	0	0	0	1	1				(+)	29	24	13	0	3	5
																				(-)	-	-	-	-	-	-
																				(+)	0	0	0	0	0	0
																				(-)	-	-	-	-	-	-
																				(+)	0	0	0	0	0	0
																				(-)	0	0	1	0	1	1
																				(+)	0	0	1	0	1	1
																				(-)	28	13	12	0	0	2
																				(+)	31	32	44	0	2	27
																				(-)	3	2	3	0	0	0
																				(+)	0	5	27	0	3	7

Alle

124 124 124 124 124 124 124 124 124 124 124 124 124 124 124

Konfession. "rk" = mehr als 50 % der Einwohner eines Kreises sind katholisch;

"ev" = weniger als 50 % der Einwohner sind katholisch.

Gemeindegröße. I = weniger als 50 % der Einwohner eines Kreises leben in Gemeinden mit 5000 Einwohnern und mehr; II = mehr als 50 % leben in Gemeinden mit 5000 Einwohnern und mehr.

Wirtschaftsabteilungen. Eine relative Mehrheit der Erwerbstätigen ist in der genannten Wirtschaftsabteilung tätig; A = Land- und Forstwirtschaft; B = Industrie und Handwerk; C = Dienstleistungen etc.

Hindenburg (+) = über dem Reichsdurchschnitt liegendes Wahlergebnis Hindenburgs im 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl von 1925, (-) = unterdurchschnittliches Ergebnis.

Lesehilfe: Von den 124 Zentrumshochburgen lagen alle in überwiegend katholischen Kreisen; nur 7 davon befanden sich in überwiegend städtisch strukturierten Kreisen, von diesen war wiederum nur eine in einem Kreis lokalisiert, in dem der tertiäre Wirtschaftssektor überwog; in diesem Kreis hatte Hindenburg 1925 ein über dem Reichsdurchschnitt liegendes Wahlergebnis erzielt.

Kontrastgruppen angeht, so ist leicht zu erkennen, daß die weitaus meisten Hochburgen in überwiegend nicht-katholischen (=evangelischen) Kreisen lagen. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, daß bei der damaligen Konfessionsverteilung im Deutschen Reich - nur ein knappes Drittel der Reichsbevölkerung katholisch war, zwei Drittel waren evangelisch - die meisten Kreise eine evangelische Bevölkerungsmehrheit aufwiesen. Zum anderen aber waren die überwiegend katholischen Kreise noch vom Kaiserreich her mit seinem absoluten Mehrheitswahlssystem politisch gewissermaßen von Zentrum und Bayerischer Volkspartei besetzt, so daß andere Parteien es nach dem 1. Weltkrieg außerordentlich schwer hatten, dort Fuß zu fassen. Dennoch erscheint es uns bemerkenswert, daß nicht nur sämtliche DNVP-Hochburgen, sondern auch 99 % der SPD- und DDP/DVP-Hochburgen, 90 % der KPD- und sogar 94 % aller NSDAP-Hochburgen in überwiegend protestantischen Kreisen beheimatet waren.

Interessanter sind die weiteren Aufteilungsstufen des Kontrastgruppenvergleichs: Hier zeigt sich, daß die Hochburgen der linken Parteien und der Liberalen keineswegs nur in eher städtischen, sondern auch in vorwiegend ländlichen Kreisen lagen, während die DNVP-Hochburgen mit nur einer Ausnahme sich auf den evangelisch-ländlichen Raum beschränkten. Wir werden im letzten Abschnitt sehen, daß sich dies gegen Ende der Weimarer Republik ändern sollte. Bemerkenswert erscheint aber auch, daß immerhin rund ein Drittel der nationalsozialistischen Hochburgen von 1930 in eher städtisch geprägten Gebieten lagen; nur eine der 124 nationalsozialistischen Hochburgen fiel in die Gruppe der katholisch-ländlichen Kreise.

Ein Blick auf die dritte Verzweigung unseres Kontrastgruppenvergleiches belegt, daß die Hochburgen der beiden katholischen Parteien vor allem in überwiegend landwirtschaftlich geprägten katholischen Landkreisen anzutreffen waren. Eine ganz ähnliche Milieuverwurzelung wies, wenn auch natürlich mit umgekehrtem konfessionellen Vorzeichen, die DNVP auf - zumindest am Anfang der Weimarer Republik. Überraschen dürfte manchen Beobachter der Anteil der überwiegend agrarisch strukturierten Hochburgen der SPD und der Liberalen, worüber aber nicht übersehen werden sollte, daß beide - und in verstärktem Maße natürlich KPD und USPD - den Schwerpunkt ihrer Hochburgen in überwiegend vom sekundären Wirtschaftssektor geprägten Gebieten besaßen. Ein Viertel der "liberalen" Hochburgen schließlich lag in Kreisen mit einem (relativen) Übergewicht der dritten Wirtschaftsabteilung, also des sogenannten Dienstleistungssektors, wo auch einige Hochburgen der NSDAP zu finden waren.

Den Indikator "Hindenburgstimmen" haben wir nicht zuletzt deshalb gewählt, weil wir damit in einer anderen Kontrastgruppenuntersuchung, in der wir der Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber dem Nationalsozialismus bei Reichstagswahlen nachgehen wollten, in der Lage waren, nach statistischer Kontrolle der üblichen Erklärungsfaktoren der Wirtschaftsstruktur der Kreise, einen bemerkenswerten zusätzlichen Varianzanteil zu binden, d.h. die Erklärungskraft unseres

Modells in nicht erwartetem Maße zu steigern. Wir hatten damals die Hindenburgwahl als Näherungsvariable für eine Reihe ungemessener Einflußfaktoren wie etwa spezifischer lokaler und regionaler politischer Traditionen, bestimmter Organisationsfaktoren und Persönlichkeitselemente interpretiert. Auf die Idee, die Wahl Hindenburgs als eine Art Stellvertretervariable für derartige ungemessene, bestenfalls in qualitativer Form für einige wenige Kreise verfügbare, aber dennoch vermutlich milieurelevante, wenn nicht sogar milieukonstituierende Einflußfaktoren auszuwählen, waren wir gekommen, da kaum ein anderes Datum derart stark mit den Wahlergebnissen der NSDAP von 1932 und 1933 (positiv) korreliert wie der Anteil der Hindenburg-Stimmen von 1925¹⁶⁾. Es handelte sich bei den Hindenburg-Wählern von 1925 sichtlich um eine erste erfolgreiche Zusammenfassung der republikfeindlichen und republikskeptischen Kräfte, aus denen sich einige Jahre später jene Wählerkoalition bilden sollte, die von der NSDAP als Sammlungsbewegung des bürgerlich-protestantischen Wählerlagers so erfolgreich für ihre Zwecke mobilisiert werden konnte.

Auch in der vierten Verzweigung des Kontrastgruppenvergleichs von Tabelle 3 wird dieser Zusammenhang deutlich. Nur drei der 124 NSDAP-Hochburgen von 1930 repräsentieren Kreise, in denen Paul von Hindenburg 1925 ein unterdurchschnittliches Wahlergebnis erzielen konnte. Noch krasser ist die Verteilung der DNVP-Hochburgen, unter denen sich sogar nur ein einziger Kreis befindet, in dem die Hindenburg-Stimmen 1925 unter dem Reichsdurchschnitt gelegen hatten. Verblüffenderweise deckt sich aber auch die Mehrheit der Ausgangshochburgen von KPD/USPD, SPD und Liberalen mit Kreisen, die 1925 überdurchschnittlich stark für Hindenburg als Reichspräsidenten (und damit gegen den Kandidaten der Weimarer Koalition, Wilhelm Marx) gestimmt hatten. Lediglich die Zentrums- und BVP-Hochburgen liegen mehrheitlich in Gebieten, in die Wählerfolge Hindenburgs unterdurchschnittlich ausgefallen waren. Aus diesen Übereinstimmungen und Nichtübereinstimmungen lassen sich natürlich keine Indizien für Wählerwanderungen ableiten, doch werfen sie unserer Ansicht nach zusätzliches Licht auf den Sammlungscharakter der NSDAP und die Vornahme jener republikfeindlichen oder zumindest republikindifferenten Wählerkoalition bei der Wahl Hindenburgs, aus der sich die Wählerfolge der NSDAP nach 1928 speisen konnten. Bezogen auf die Milieu- und Hochburgenperspektive liefert Tabelle 3 Hinweise auf die Persistenz der einzelnen Hochburgen, einer Frage, der wir uns im letzten Abschnitt dieser Untersuchung noch einmal zuwenden. Vorher aber wollen wir uns mit der Anfälligkeit und Resistenz der einzelnen Hochburgen gegenüber dem Nationalsozialismus beschäftigen.

16) Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 146f.

7. Die Entwicklung der NSDAP in den Hochburgen- und Diasporagebieten der verschiedenen Parteien bis 1933

Der Anteil der NSDAP an den Wahlberechtigten nahm im Reichsdurchschnitt zwischen 1928 und 1933, also binnen fünf Jahren, von rund 2 auf 39 Prozent zu. Innerhalb der verschiedenen Parteihochburgen und Diasporagebiete verlief dieser Anstieg recht uneinheitlich. Bei einigen Parteien fiel er in den Hochburgen, bei anderen in den Diasporagebieten stärker aus. Ersteres gilt für die Hochburgen der Liberalen, der Deutschnationalen, der NSDAP selbst und - möglicherweise etwas überraschend - der SPD; letzteres trifft vor allem für die Zentrums- und BVP-Hochburgen und, wenn auch deutlich abgeschwächt, für die Hochburgen der Linksextremen zu. Belief sich der NSDAP-Zuwachs zwischen 1928 und 1933 auf rund 37 Prozentpunkte, so lag er in den DNVP-Hochburgen bei 51, in den NSDAP-Hochburgen bei 48, in den SPD-Hochburgen bei 39 und in den Hochburgen der Liberalen bei 38 Prozentpunkten. Dagegen betrug er im gleichen Zeitraum in den Hochburgen der Linksextremen nur 33 und in den Hochburgen des politischen Katholizismus sogar nur 27 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 4).

Blickt man auf die einzelnen Wahlpaare ab 1928, so zeigen sich durchaus unterschiedliche Bewegungen. Während der reichsweite Anstieg der NSDAP im Jahre 1930 gegenüber der Vorwahl 13 Prozentpunkte ausmachte, stiegen die nationalsozialistischen Wahlberechtigtenanteile in den sozialdemokratischen und liberalen Hochburgen um 15 Punkte, in den Hochburgen der DNVP um 18 Punkte und innerhalb der eigenen, allerdings anhand des Wahlergebnisses von 1930 definierten Hochburgen sogar um 22 Punkte. In den linksextremen Ausgangshochburgen dagegen lag der NSDAP-Anstieg mit 12 Punkten nahe beim Reichsdurchschnitt, in den Zentrums- und BVP-Hochburgen fiel er mit 7 Prozentpunkten ausgesprochen mager aus. Zwischen 1930 und Juli 1932 nahm die NSDAP reichsweit um weitere 16 Prozentpunkte zu. Es ergibt sich, mit einer bemerkenswerten Ausnahme, das gleiche Bild wie 1930: In den liberalen und sozialdemokratischen Hochburgen ist ihr Anstieg wiederum deutlich überdurchschnittlich, in den linksextremen Hochburgen liegt er knapp unter dem Reichsdurchschnitt und in den Hochburgen des politischen Katholizismus fällt er mit 8 Punkten nur halb so hoch aus wie im Reich insgesamt. Im Gegensatz zu 1930 vermag die NSDAP nun jedoch ihren stärksten Anstieg in den ehemaligen deutschnationalen Hochburgen mit rund 24 Prozentpunkten zu erzielen, womit diese um immerhin vier Punkte über den nationalsozialistischen Hochburgen von 1930 liegen.

Zwischen der Juli- und der Novemberwahl von 1932 verläuft der Rückgang der NSDAP-Anteile mit rund 5 bis 6 Prozentpunkten überall fast gleichmäßig. Nur im Zentrumsmilieu ist mit 3 Punkten ein geringerer Rückgang zu beobachten. Allerdings ist auch jetzt noch der Wahlberechtigtenanteil der NSDAP in diesen Gebieten nur rund halb so hoch wie im Reichsdurchschnitt. Bei der letzten zumindest halbfreien Reichstagswahl der Weimarer Republik schließlich.

Tabelle 4.

Die Entwicklung der NSDAP in den Hochburgen und Diasporagebieten der verschiedenen Parteien von 1920/24 A

RTW	USPD/KPD		SPD		LIB		Z/BVP		DNVP		NSDAP		Reich
	HB	DI	HB	DI	HB	DI	HB	DI	HB	DI	HB	DI	
1924A	5	4	6	3	6	3	2	7	6	4	8	2	5
1924B	2	2	3	1	3	1	1	4	4	1	4	1	2
1928	2	2	2	2	2	1	1	2	2	2	4	1	2
1930	14	14	17	8	17	7	8	19	20	9	26	5	15
1932A	29	31	36	21	35	17	16	42	44	17	46	16	31
1932B	24	27	31	18	29	15	13	36	38	15	40	13	26
1933	35	43	41	35	40	32	28	49	53	32	52	30	39

Lesehilfe: In den DNVP-Hochburgen von 1920/24A erzielte die NSDAP zwischen 1924 und 1928 mit 6,4 und 2 Prozent jeweils durchschnittliche, ab 1930 dann mit 20 bis 53 Prozent deutlich überdurchschnittliche Wahlerfolge. Ähnliche Verteilungen lassen sich in den Diasporagebieten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei beobachten. Angaben in Prozent der Wahlberechtigten.

der Märzwahl von 1933, verzeichnet die NSDAP bei einem reichsweiten Anstieg von 13 Prozentpunkten in den linksextremen und sozialdemokratischen Hochburgen und in den einstmaligen liberalen Erfolgsgebieten nurmehr einen unterdurchschnittlichen Zuwachs. Hier scheint zuerst ein gewisser Sättigungsgrad erreicht worden zu sein, wurde das bei freien Wahlen erreichbare Wählerpotential möglicherweise nahezu vollständig ausgeschöpft. Mit jeweils 15 Prozentpunkten hingegen ist der Anstieg im katholischen und deutschnationalen Milieu - wenn auch auf unterschiedlichem Ausgangsniveau - überdurchschnittlich stark.

Letzteres kann als ein Indiz für das verstärkte Eindringen des Nationalsozialismus in Teile der katholisch-ländlichen Wählerschaft in den Wochen nach der Machtergreifung interpretiert werden. In der Tat gehen die Stimmenanteile der beiden katholischen Parteien und insbesondere die Wählerzahlen der Bayerischen Volkspartei zwischen Juli 1932 und März 1933 erkennbar zurück; allerdings fällt der Stimmenanstieg der NSDAP in den Hochburgen des politischen Katholizismus deutlich stärker aus als der Rückgang von Zentrum und BVP 17).

Überraschend für manchen Leser dürfte sicherlich die Tatsache sein, daß zum einen in den SPD-Hochburgen der Anstieg der NSDAP deutlich höher ausfiel als in den SPD-Diasporagebieten und daß zum anderen 1930 und 1932 der NSDAP-Zuwachs in den sozialdemokratischen Hochburgen über dem Reichsdurchschnitt liegt. Dies könnte als eine Art Kontrasteffekt gedeutet werden, d.h. im Sinne einer verstärkten Radikalisierung nicht-sozialdemokratischer, also überwiegend "bürgerlicher" Wähler in SPD-Hochburgen. Ein mögliches Indiz für die Richtigkeit einer solchen Interpretation wäre ein geringerer Rückgang der SPD-Wähleranteile in den Hochburgen als im Reichsdurchschnitt. Ein Blick auf Tabelle 1 jedoch zeigt, daß dies nicht zutrifft: Sowohl im September 1930 als auch im Juli 1932 fiel der Rückgang der sozialdemokratischen Wahlberechtigtenanteile in den Hochburgen höher aus als im Reichsdurchschnitt. Vermutlich handelt es sich hier um einen Indikator für die an anderer Stelle herausgearbeiteten Wählerwanderungen von der SPD zur NSDAP, die ja unseren Ergebnissen zufolge sehr viel stärker ausgefallen sind als lange Zeit vermutet wurde 18).

Die stärkste Resistenz vor 1933 gegenüber dem Nationalsozialismus wiesen die Zentrums- und BVP-Hochburgen auf, die sich nicht nur durch - mit Ausnahme von 1933 - weit unterdurchschnittliche NSDAP-Zuwachsraten, sondern auch durch eine bemerkenswerte Stabilität bzw. sogar noch ein geringes Anwachsen der Zentrumsstimmen bis einschließlich Juli 1932 auszeichneten. Auch die linksextremen Ausgangshochburgen unterschieden sich von den Hochburgen der

17) Dieses scheinbare Paradox löst sich dann auf, wenn man die Nichtwähler, die in den katholischen Kreisen besonders zahlreich waren und dort nach 1932 verstärkt der NSDAP zuströmten, in die Analyse mit einbezieht. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 134, 200f.

18) Vgl. etwa hierzu Falter und Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern; ferner Falter und Zintl, Economic Crisis.

übrigen Parteien (außer der NSDAP, versteht sich) durch Stabilität bzw. leichtes Wachstum der KPD, was aber von insgesamt sehr viel höheren Zuwächsen der NSDAP begleitet wurde. Dies deutet auf eine unterschiedliche Bindekraft bzw. Milieudichte - Zentrum und BVP erwiesen sich in ihren Hochburgen rund zweieinhalb mal so stark wie die KPD in ihren Hochburgen - von politischem Katholizismus und Linksextremismus hin. Daneben könnten eventuell unterschiedliche Polarisierungsprozesse innerhalb der beiden Milieus wirksam gewesen sein. Es ist durchaus möglich, daß die NSDAP dort, wo die KPD besonders stark war, (möglicherweise aus Furcht vor dem Kommunismus) einen verstärkten Zulauf aus dem bürgerlich-protestantischen Lager oder auch von Nichtwählern erhielt.

Tabelle 5 gibt (auf der Aggregatebene!) die entsprechenden Wählerverschiebungen innerhalb der kommunistischen Hochburgen wider. In diesen ist zwischen 1928 und 1933 zwar ein im Vergleich zum Reich überdurchschnittlicher Rückgang der SPD bei entsprechenden Zuwächsen der KPD (bis November 1932) zu verzeichnen. Die Verluste der Liberalen jedoch sind bestenfalls leicht überdurchschnittlich, die der DNVP liegen sogar unter dem Reichsdurchschnitt, während Zentrum und BVP bemerkenswert stabil bleiben. Deshalb kann sich eine mögliche Polarisierung nur auf den Rückgang des Nichtwählerlagers und der in Tabelle 5 nicht explizit berücksichtigten, sondern ausnahmsweise im Nichtwähleranteil enthaltenen Splitterparteien beziehen, die allerdings ebenfalls dem erwähnten bürgerlich-protestantischen Lager zuzurechnen sind. Diese Restgruppe

Tabelle 5:

Die Entwicklung der verschiedenen Parteien zwischen 1920 und 1933 in den KPD/USPD-Hochburgen von 1920/24 A

RTW	USPD/ KPD	SPD	LIB	Z/BVP	DNVP	NSDAP	NW*)
1920	31	13	19	8	11	-	18
1924A	18	17	13	7	14	5	26
1924B	14	22	15	8	14	2	25
1928	15	25	11	7	9	2	31
1930	19	22	7	7	6	14	25
1932A	20	20	2	8	5	29	16
1932B	22	18	2	7	7	24	20
1933	19	18	2	8	7	35	11

*) Nichtwähler und Anhänger der nicht explizit erwähnten Parteien.

Lesehilfe: 1928 wurde die NSDAP in den Ausgangshochburgen von USPD/KPD von rund 2 Prozent der Wahlberechtigten gewählt; 1933 stimmten rund 35 Prozent der dort Wahlberechtigten für sie.

aus Nichtwählern und Anhängern der Splitterparteien geht zwar in der Tat von 25 % im Dezember 1924 auf 14 Prozent im Juli 1932 zurück, doch ist dieser Rückgang prozentual nicht größer als im Reich insgesamt. Die Evidenz hinsichtlich der oben geäußerten Polarisierungsvermutung fällt daher eher negativ aus¹⁹⁾.

8. Die Entwicklung der Parteihochburgen über die Zeit

Wir wollen die Hochburgenanalyse mit einem Blick auf die Persistenz und Veränderung der verschiedenen Hochburgen abschließen. Dies erfolgt in zwei Schritten. (a) indem wir überprüfen, in welchem Maße die zeitspezifischen, das sind die zum jeweiligen Wahlzeitpunkt auftretenden Hochburgen²⁰⁾, noch den Ausgangshochburgen von 1920/24A entsprechen und (b) indem wir den Wandel bzw. die Konstanz der sozialstrukturellen Zusammensetzung dieser zeitpunkt-spezifischen Hochburgen ermitteln.

(a) Tabelle 6 informiert über die Persistenz und Veränderung der Parteihochburgen zwischen 1924 und 1933. Zu diesem Zwecke wurde der Anteil der Hochburgen eines Wahlzeitpunktes, der schon 1920/24A (bzw. im Falle der NSDAP: 1930) Hochburg derselben Partei war, berechnet. Die höchste Persistenz weisen nicht ganz unerwartet die Hochburgen von Z/BVP vor denen der KPD und, mit einigem Abstand, der SPD auf: So waren 1932 rund 86 % der Zentrums-Hochburgen schon 1920/24A Hochburgen dieser Partei gewesen, dagegen nur 69% bzw. 71 % der SPD-Hochburgen. Einen starken Hochburgenwechsel weisen sowohl die starken Verlierer, d.h. die Liberalen und die Deutschnationalen, als auch die "Gewinner", also die Nationalsozialisten, auf. In beiden Fällen war nur jede zweite Hochburg von 1933 schon am Anfang der Weimarer Republik (bzw. 1930) Hochburg der jeweiligen Partei.

Es scheint hier, wie aus Tabelle 7 hervorgeht, tatsächlich ein punktueller Hochburgenwechsel zu den Nationalsozialisten vorzuliegen, der allerdings nicht nur die "Verliererparteien", also in erster Linie die Liberalen und die DNVP, betrifft, sondern auch die SPD, die Nichtwähler und die Splitterparteien (in Tabelle 7 als "Rest" zusammengefaßt). Wenn eine höhere Zahl von NSDAP-Hochburgen, die einmal Ausgangshochburgen anderer Parteien waren, ausgewiesen ist als von "Übereinstimmungen", d.h. Ausgangshochburgen, die die jeweiligen Parteien in Kreisen hatten, in denen auch die NSDAP 1930 Hochburgen aufweisen konnte, dürfte es sich um Hochburgenwechsel handeln. Besonders deutlich ist dies im Falle der DNVP, von deren 124 Ausgangshochburgen im Jahre 1933 über

19) Ohnehin würde man für eine adäquate Überprüfung diese Annahme Individualdaten oder entsprechende, durch Ersatzverfahren wie das der ökologischen Regression geschätzte Surrogate benötigen. Vgl. hierzu u.a. F a l t e r und H ä n i s c h, Die Anfälligkeit von Arbeitern, S. 208ff.

20) Die zeitspezifischen Hochburgen werden analog zu unserer weiter oben erläuterten Definition von jenen 15 % der Kreise gebildet, in denen die aufgeführte Partei bei der jeweils angegebenen Wahl die höchsten Wähleranteile erzielen konnte.

Tabelle 6:

Die Persistenz und Veränderung der Parteihochburgen zwischen 1920/24 und 1933 (Angaben in Prozent der Ausgangs- bzw. zeitspezifischen Hochburgen)

	1924B	1928	1930	1932A	1932B	1933	N ₁
KPD/USPD	71	72	71	73	75	77	124
SPD	74	73	71	69	71	69	124
LIB	73	75	61	49	54	51	124
Z/BVP	90	85	86	86	86	83	124
DNVP	84	77	63	56	57	52	124
NSDAP	33	40	100	52	51	51	124
N ₂	124	124	124	124	124	124	

N₁ = Zahl der Ausgangshochburgen 1920/24A

N₂ = Zahl der zeitpunktspezifischen Hochburgen 1924B...1933

Lesehilfe: 69 Prozent der SPD-Hochburgen von 1933 waren auch schon 1920/24 sozialdemokratische Hochburgen; dagegen waren nur 51 Prozent der NSDAP-Hochburgen von 1933 auch schon 1930 Hochburgen dieser Partei.

die Hälfte als NSDAP-Hochburgen figurierten. Wenn man von einem Repräsentanzwechsel eines Milieus sprechen möchte, dann hier. Dagegen ist ein entsprechender Hochburgenwechsel zwischen Liberalen und NSDAP auf der von uns gewählten Analyseebene nicht mit der gleichen Eindeutigkeit nachzuweisen²¹⁾. Daß ein solcher Hochburgenwechsel nicht auf das "rechte" Parteienspektrum beschränkt war, zeigt die Analyse des Verhältnisses von linksextremen und sozialdemokratischen Hochburgen, aus der hervorgeht, daß die KPD über die vorhandenen "Übereinstimmungshochburgen" von 1920/24A hinaus in einigen sozialdemokratischen Ausgangshochburgen eigene Hochburgen etablieren konnte²²⁾.

21) Dies schließt natürlich nicht aus, daß auf der Ebene von Gemeinden oder Teilgemeinden ein solcher Hochburgenwechsel auch im Falle der Liberalen stattgefunden hat, wie dies Naßmacher für einige Oldenburger Landkreise nachweist. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Ausgangshochburgen der NSDAP auf der Basis von 1930 definiert worden sind, so daß durchaus auch hier ein Hochburgenwechsel zwischen den beiden Referenzzeitpunkten stattgefunden haben kann.

22) Die entsprechenden Absolutzahlen sind, bei 14 Übereinstimmungshochburgen, 1920 = 15, 1924A = 17, 1924B = 13, 1928 = 17, 1930 = 18, 1932A = 19, 1933 = 20. D. h. in mindestens sechs Fällen entstanden am Ende der Weimarer Republik KPD-Hochburgen in Kreisen, in denen 1920/24A zwar die SPD, nicht aber USPD oder KPD Hochburgen aufweisen konnten.

Tabelle 7:
Die Herkunft der NSDAP-Hochburgen 1924A - 1933

RTW	USPD/ KPD	SPD	LIB	Z/BVP	DNVP	NSDAP	REST	Nichtw.
1924A	18	18	20	3	24	41	7	12
1924B	19	18	21	0	33	41	10	8
1928	19	13	21	4	13	50	9	22
1930	16	11	29	0	45	124	11	14
1932A	10	15	21	0	50	64	21	19
1932B	9	19	19	0	44	63	18	20
1933	4	8	11	0	65	63	24	17
Über- einst.	16	11	29	0	45	124	11	14

Angaben: Absolutzahlen. "Übereinst." =Zahl der gemeinsam in einem Kreis gelegenen Ausgangshochburgen der NSDAP und der jeweils im Tabellenkopf angegebenen "Partei". So gab es 45 Kreiseinheiten, in denen sich die Ausgangshochburgen von NSDAP und DNVP überschneiden.

Lesehilfe: Von den 124 Hochburgen der NSDAP im Jahre 1930 waren 1920/24A genau 29 Ausgangshochburgen der Liberalen, 45 Ausgangshochburgen der Deutschnationalen etc.

(b) In Tabelle 8 untersuchen wir abschließend die sozialstrukturelle Zusammensetzung der zeitpunktspezifischen Hochburgen zwischen 1920 und 1933. So gut wie keine Veränderung in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Parteihochburgen ist dort festzustellen, wo hohe Persistenz der Hochburgen vorliegt, also bei Z/BVP und KPD. Allerdings geht aus Tabelle 8 hervor, daß der Anteil der beiden katholischen Parteien in ihren jeweiligen Hochburgen trotz der festgestellten eminenten sozialstrukturellen Stabilität in ihren Hochburgen zwischen 1920 und 1928 weit überdurchschnittlich zurückging. Dies gilt streng genommen auch für die linksextremen Hochburgen, stellt aber hier zumindest partiell ein Artefakt unserer Operationalisierung dar, da entsprechend unserer Definition die linksextremen Ausgangshochburgen in erster Linie von der USPD konstituiert werden, während sich die zeitspezifischen Hochburgen ab 1924 weitestgehend (und nach 1928 sogar ausschließlich) auf die KPD beziehen.

Größere Schwankungen in der sozialen Zusammensetzung ihrer Hochburgen als Zentrum und KPD weist die SPD auf, die ja auch, wie wir gesehen haben, eine insgesamt geringere Hochburgenpersistenz als diese beiden Parteien zeigt. So steigt der Anteil der Bewohner in Gemeinden über 5.000 Einwohnern, unse-

rem Urbanisierungsindikator, in den sozialdemokratischen Hochburgen von rund 58 Prozent im Jahre 1920 auf über 70 Prozent im Juli 1932, d.h. die Hochburgen der SPD sind am Ende der Weimarer Republik deutlich städtischer als am Anfang. Parallel dazu nimmt der Anteil der im Agrarsektor beschäftigten Personen ab, während bei den übrigen Merkmalen keine sonderlich bedeutsamen Veränderungen festzustellen sind.

Theoretisch signifikantere Schwankungen treten erwartungsgemäß bei den Hochburgen der Liberalen und Deutschnationalen auf, die beide einen beträchtlichen Rückgang der durchschnittlichen Stimmenanteile in den jeweiligen Hochburgen zu verzeichnen haben, der vor allem im Falle der Liberalen geradezu dramatische Formen annimmt. Die Hochburgen der Liberalen werden im Verlaufe der Weimarer Republik deutlich "katholischer", was dadurch zu erklären ist, daß der Rückgang der beiden liberalen Parteien in den überwiegend evangelischen Stadt- und Landkreisen sogar noch etwas deutlicher ausfiel als in den katholischen Gebieten. Auch werden sie etwas weniger "agrarisches"; die sonstigen Veränderungen sind eher geringfügig.

Bei der DNVP sticht die zunehmende Verstädterung ins Auge. Zu Beginn der Weimarer Republik lebten in den (damaligen) deutschnationalen Hochburgen nur 16 Prozent, am Ende dagegen über 40 Prozent der Bevölkerung in Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern. Parallel hierzu verläuft der Rückgang des Agrarsektors und eine Verdoppelung des tertiären Sektors, während sich erstaunlicherweise hinsichtlich des sekundären Wirtschaftssektors wie auch des Arbeiter- und Arbeitslosenanteils keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Am Ende der Weimarer Republik präsentierte sich die DNVP dem zeitgenössischen Beobachter, der naturgemäß mangels weiterreichender Informationen leicht vom Sozialprofil der Hochburgen einer Partei auf deren gesamtes Elektorat schloß, folglich ganz anders als an deren Anfang. Lediglich bezüglich des protestantischen Charakters der deutschnationalen Hochburgen gab es keine gravierenden Veränderungen.

Dagegen wurden die Hochburgen der NSDAP im Vergleich zu 1930 immer "evangelischer", weniger verstädert und, was zwar damit korreliert, aber nicht dasselbe ist, agrarischer, wobei jedoch beim Arbeiteranteil - im Gegensatz zum 2. und 3. Wirtschaftssektor - erstaunlicherweise kaum Veränderungen auftraten. Konnte die NSDAP von 1930 selbst in ihren Hochburgen noch als sozialstrukturell relativ ausgeglichene Partei gelten (im Reichsdurchschnitt war sie dies sogar stärker als jede andere große Partei der Weimarer Republik ²³⁾), so lagen 1933 ihre Hochburgen eindeutig in überwiegend evangelischen, wenig urbanisierten und industrialisierten Agrargebieten. Was den sozialen Charakter der Hochburgen betrifft, hatte damit die NSDAP klar das Erbe der DNVP angetreten, von der sie ja auch, wie wir gesehen haben, eine Reihe von Ausgangshoch-

23) Vgl. F a l t e r und H ä n i s c h, Die Anfälligkeit von Arbeitern, S. 207f.

Tabelle 8:

Die soziale Zusammensetzung der Parteihochburgen im Zeitverlauf

116

	Mw	Kath	Urb	Agrar	Ind	Dnst	Selb	Bmt	Ang	Arb	Beru	Haus	AAng	AArb
	20	31	17	74	55	28	17	4	11	29	16	3	3	17
	24a	19	25	79	57	28	16	4	11	29	16	3	3	18
	24b	14	24	80	56	28	16	4	11	29	16	3	4	18
LiEx	28	15	24	79	55	29	16	4	11	28	16	3	4	18
	30	19	24	79	56	29	16	4	11	28	16	3	4	18
	32a	20	27	79	56	29	15	4	11	28	16	3	4	18
	32b	22	25	80	56	29	15	4	11	28	16	3	4	18
	33	19	24	80	57	29	15	4	11	28	16	3	4	18
	20	31	11	58	44	26	22	4	9	28	17	3	3	14
	24a	28	9	61	51	25	21	4	9	28	17	3	3	14
	24b	33	8	65	51	26	20	4	10	29	17	3	3	15
SPD	28	36	10	61	49	25	21	4	9	29	17	3	3	14
	30	34	8	61	49	25	21	4	9	29	17	3	3	14
	32a	30	8	70	39	30	19	5	10	27	17	3	3	15
	32b	28	8	65	50	27	20	5	10	28	17	3	3	14
	33	27	8	67	49	29	20	5	10	28	17	3	3	15
	20	31	10	75	43	33	22	6	11	24	17	4	3	13
	24a	20	11	76	46	33	20	5	12	25	17	4	4	14
	24b	23	10	76	45	33	21	5	12	25	17	4	3	14
Lib	28	18	9	83	45	36	18	6	13	24	17	4	4	14
	30	12	13	80	46	35	19	6	13	24	17	4	4	14
	32a	4	14	75	45	34	21	5	12	25	16	4	4	13
	32b	5	17	78	45	34	20	5	12	24	17	4	4	14
	33	4	16	77	46	34	20	5	12	24	16	4	4	14

	Mw	Kath	Urb	Agrar	Ind	Dnst	Selb	Bmt	Ang	Arb	Beru	Haus	AAng	AArb
	20	57	91	23	55	28	47	3	5	23	12	2	1	8
	24a	52	89	21	54	28	47	3	5	23	12	2	1	8
	24b	54	90	20	56	27	48	3	5	23	12	2	1	8
ZX	28	45	89	24	54	28	47	3	5	23	12	2	9	8
	30	49	90	22	56	27	48	3	5	23	12	2	1	7
	32a	49	90	22	55	28	47	3	5	23	12	2	1	8
	32b	46	90	22	55	27	47	3	5	23	12	2	1	8
	33	45	88	22	54	29	47	3	5	23	12	2	1	8
	20	34	7	16	63	22	43	2	4	28	14	2	1	6
	24a	39	7	22	59	22	39	3	4	29	15	2	1	7
	24b	39	7	21	60	21	39	3	4	29	15	2	1	7
DNVP	28	29	10	29	54	24	35	4	6	28	16	3	1	7
	30	16	17	43	45	25	30	4	8	27	16	3	2	9
	32a	11	9	41	46	25	31	4	8	28	16	3	2	8
	32b	15	7	43	46	25	31	4	8	27	16	3	2	8
	33	15	7	41	45	27	31	4	8	28	16	3	2	8
	24a	17	30	55	32	39	28	5	8	27	17	3	2	11
	24b	8	23	49	36	36	30	5	8	27	16	3	2	10
	28	7	32	53	30	42	29	5	8	26	16	3	2	11
NSDAP	30	26	11	39	46	31	34	4	6	28	15	3	1	9
	32a	50	7	22	54	28	42	3	4	26	14	2	1	8
	32b	45	9	23	51	31	41	3	5	26	14	2	1	9
	33	58	7	16	60	24	45	2	4	26	13	2	1	7

Hochburg = obere 85 Prozent. - N 124 (für jede Partei zu jedem Zeitpunkt). - Gleiche Variablendefinition wie in Tab. 2.

MW = Mittelwert der jeweiligen Partei in ihren zeitpunktspezifischen Hochburgen. - AAng = arbeitslose Angestellte; AArb = arbeitslose Arbeiter

burgen (wie beispielsweise Rothenburg ob der Tauber, Ansbach-Land oder Uffenheim ²⁴⁾) direkt oder vermittelt durch sogenannte Zwischenwirte übernehmen konnte.

9. Abschließende Bemerkungen

Insgesamt ist die Weimarer Hochburgenlandschaft hinsichtlich der parteipolitischen Stärke durch einen deutlichen Abbau und, was die sozialstrukturelle Ausprägung betrifft, durch tendenzielle Angleichung gekennzeichnet. Die NSDAP bildet hier eine Ausnahme; nach 1930 gelang es ihr, sowohl ihre Repräsentation in ihren eigenen Hochburgen zu steigern als auch sozialstrukturell ein klares Profil zu gewinnen. Diese nicht nur in der Hochburgenanalyse, sondern allgemein zu beobachtende, hier aber sich sozusagen verschärft präsentierende Tendenz läßt sich als Folge des Zusammenspiels spezifischer hemmender und fördernder Bedingungen der NSDAP-Wahlerfolge interpretieren, Bedingungen, die zusätzlich durch weitere, nur indirekt meßbare Faktoren - die in unserem Falle durch die Wahl Hindenburgs von 1925 gewissermaßen stellvertretend erfaßt worden sind - verstärkt bzw. abgeschwächt werden können: nämlich die relative Immunität von linkem Arbeiter- und vornehmlich agrarisch geprägtem katholischem Milieu einerseits, die verstärkte Anfälligkeit von Gebieten ohne derartige Resistenzfaktoren andererseits.

Wenn Hochburgen tatsächlich, wie wir hier aus theoretischen Gründen unterstellt haben, Milieus repräsentieren, ohne jedoch notwendigerweise mit diesen identisch zu sein, so zeigt die vorstehende Untersuchung, daß die Weimarer Republik je nach politischem Lager *sowohl* durch relative Milieustabilität *als auch* durch fortschreitenden Milieuzerfall im Sinne von Lepsius *als auch* durch zumindest temporären Repräsentanzwechsel im Sinne Naßmachers gekennzeichnet war.

24) Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen, S. 132 f.

Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: Die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke

Eike Hennig

“Die Kombinationsvariable ‘Region’ erwies erneut ihre Faszination, doch enthielt sie nur teilweise ihr Geheimnis. Ihre Varianzbindung bei Wahlanalysen ist hoch, während ihr Erklärungsbeitrag unklar bleibt 1).”

Heinrich Bests Resümee der Tagung “Sozialstruktur und politische Konflikte in Deutschland 1867 – 1987” belegt zweierlei: (1.) die wahl- und elitenhistorische Forschung bestätigte wieder einmal die Bedeutung eines Faktorenbündels “Region”, (2.) diese Beobachtung bleibt jedoch diffus, wird pauschal nur als das raumzeitliche Surrogat, insbesondere für “partielle Modernisierung”, “Ungleichzeitigkeit” und/oder die “dichtere Ausgestaltung eines sozialmoralischen Milieus” angesprochen, gleichwohl wird “die Region” als eine relevante und evidente Größe (bzw. als ein Komplex von Störvariablen) zur “Erklärung” der empirisch nicht bestimmten Varianz, Determination und Schätzung der varianz-, korrelations- und regressionsanalytischen statistischen Modelle beschworen.

Dies ist ein unbefriedigender Zustand, doch zugleich eine Aufforderung und Anregung für einige weiterführende Betrachtungen, die wir mit einem Seitenblick auf konzeptionelle Überlegungen im Umkreis von Regional- und Landesgeschichte, Regionalbewußtsein und Landeskunde sowie regionaler politischer Kulturforschung beginnen. Es “entlastet” aber die sozialwissenschaftlichen Wahl- und Elitenforscher, daß in auch anderen (teilweise sogar in “klassisch” mit unserem Explanandum liierten) Disziplinen, die “Region” in ähnlicher Form als Zauberkasten (“black box”) behandelt wird: Bis hin zur “Freisetzung neuer sozialer Kräfte” und zur bewußten Aneignung von Heimat (G. Zang) soll der theoretische und praktische Nutzen der Regionalgeschichte beflügeln. - Demgegenüber wird hier ein schlichtes Ziel verfolgt:

Wie können “kleinräumig” orientierte historisch-sozialwissenschaftliche Studien konzipiert werden, um im Dialog mit empirischer Sozialforschung und Theoriebildung einige Hinweise auf die “Beeinflussungsmechanismen” (J. Falter) in sozialräumlichen und -moralischen Milieus zu vermitteln? Wie kann der Methodenfortschritt “ausgeklügelter” Wahlanalysen (P. Manstein) mit Ideen zur angemessenen Interpretation verbunden werden?

1) Heinrich Best. “Sozialstruktur und politische Konflikte in Deutschland”, in: PVS 29 (1988), S. 473.

1. Historische Regionalanalyse als vergleichende Aggregatdatenanalyse und als Analyse unterschiedlicher Aggregatenebenen

(1.) Regionale Unterschiede aufzuzeigen und deren Entstehung, Begründung und (Über)Dauern aufzuklären, ist ein wichtiges Arbeitsfeld einer diachronen Sozialforschung ²⁾, die methodologisch um die Verbindung "quantitativer" und "qualitativer" Verfahren der Datenerhebung und -interpretation sowie konzeptionell um die "Verschränkung einer 'Empirie von oben' mit der 'Empirie von unten' " bemüht ist ³⁾. Denn: eine "Region" gilt gemeinhin zwar als kleinräumlich überschaubar, als Schlüssel zur Wirklichkeit hinter den Makrostrukturen und auch den Umfragedaten ⁴⁾, aber jenseits des ideologischen Postulats gilt diese Bestimmung nicht als Selbstverständlichkeit, sondern als äußerst diffiziler und vielschichtiger Arbeitsauftrag.

(2.) Nachdem die eindeutige Bestimmung einer "Region" als Herrschaftsgebiet obsolet geworden ist (das Prinzip: "cuius regio, eius religio" ist durch Mobilität, Gedankenfreiheit und rechtsstaatliche Grundrechtsgarantie aufgelöst worden), herrscht Unsicherheit über den Charakter der "Region" und den Ansatz von Regionalanalysen vor. "Regionen" (Regionaleffekte bzw. Standortprobleme) finden Erwähnung, liefern vielfach und farbig Stoff für die "thick description" über die "historische Verstrickung" der Menschen in ihren "historischen Landschaften" (H. G. Wehling) und bleiben gleichwohl eine geheimnisvolle Restvarianz mit untergründig-ungeklärter Wirkung. Die Beschwörungsgeste lautet: Zahlreiche Besonderheiten, Trendabweichungen, Varianzen etc. gegenüber allgemein-obwaltenden Entwicklungsverläufen, Merkmalsausprägungen, Normen, Institutionen und Planvorgaben weisen auf die Existenz von Restgrößen hin, die als "Region" bezeichnet werden und eingebürgert sind. Es gibt sie also, die "Region", ohne daß seitens der "Heimatkunde" diese multidimensionale "black box" genügend ausgeleuchtet worden wäre.

Als Gleichzeitigkeit der Ursache von Besonderheiten und des Reflexes auf allgemeine Entwicklungen, als Brechung und Umsetzung allgemeiner Trends des kulturellen, sozialen und politischen Wandels vor dem Hintergrund teilweise eigener, in und aus sich geschlossener "Räume" und "Traditionen" kokettieren der Begriff "Region" und der regionalanalytische Themenzugriff mit dem Faszinosum augenscheinlicher Evidenz und mit dem methodenkritisch vorgetragenen Paradigma der konkreten Qualität einer Alltags- und Regionalgeschichte. Wenn aber der (berechtigte) methodenkritische Paradigmenwechsel auf halbem

2) Vgl. Heinrich Best, "Historische Sozialforschung als Erweiterung der Soziologie", in: KZfSS 40 (1988), S. 1 - 14.

3) Vgl. Eike Hennig, "Politischer Wandel und parochial-partizipative Politische Kultur-Formen", in: Dirk Berg-Schlosser, Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland = PVS, Sonderheft 18/1987, S. 96 - 111, bes. S. 96 ff.; vgl. auch Martin Baethge, Herbert Oberbeck, Zukunft der Angestellten (Frankfurt/New York 1986) bes. S. 409 ff.

4) Vgl. Gert Zang, Die unaufhaltsame Annäherung an das Einzelne, Konstanz 1985.

Wege beispielsweise als "aufgeklärte Heimatkunde" (H. - G. Wehling) oder als ein "Mysterium der eingeborenen Theorie der historischen Subjekte" (H.-U. Wehler) steckenbleibt, d.h. wenn die mühsame Operationalisierung eines quantitativ-qualitativen Forschungsdesigns unterbleibt und im (oft kenntnislosen und pauschalen) Gestus der Zurückweisung von Quantifizierung, verallgemeinernden Theorien und entpersönlichter Professionalität gerinnt, dann wird das alltags-sprachlich zur Begründung von "Region" beschworene 'diffuse', 'kollektive', 'selbstbewußte' bzw. 'identitätsorientierte' "Raumbewußtsein" im elaborierten Sprachspiel wissenschaftlicher Programmentwürfe nur verdoppelt.

Dieser Zustand herrscht vor, wenn von "Heimatkunde" (gleich ob es sich um eine "aufgeklärte", "ökologische", "emanzipatorische", "antimilitaristische" oder gar um eine "revolutionäre" Spielart handelt), "Regionalgeschichte", "regionaler politischer Kultur" und "Spurensicherung" die Rede ist. Obwohl sich diese Zugriffe auf das raum-zeitlich ausdifferenzierte Verständnis von Besonderem und Allgemeinem untereinander unterscheiden, treffen sie sich doch in besagtem Eindruck und zeigen an - überzeugend gerade in dieser Pluralität -, daß der Perspektivwechsel hin zur regionalanalytischen Aufhebung der Trennung von "Politik-" und "Sozial"-Geschichte, von Personen (Akteuren) und Strukturen und von makro- und mikro-analytischen Zugriffsweisen und Methodologien noch nicht abgeschlossen ist. - Unklar ist, wie angesichts der wieder aufgenommenen Kritik am "schädlichen Einfluß unserer einförmigen philosophischen Theorien" der "Plan unserer Geschichte auf diese oder eine andere Art... zur Einheit" erhoben werden soll, was Justus Möser in seinen "Patriotischen Phantasien" (1774 - 1786) bei aller Hochschätzung für kleine Städte und "Kotterien" von einer deutschen Reichsgeschichte fordert. Wie aber ist die "Naturgeschichte (der Vereinigung)" (J. Möser) zu schreiben, zunächst aber erst einmal zu konzipieren?

Gegenwärtig werden die Probleme verdoppelt, sprachspielerisch von einer Ebene (Alltag) in die andere (Wissenschaft) verschoben: "Regionalität" definiert die Gegenstände der "Regionalgeschichte", deren "Regionsbegriff ...nicht in erster Linie staatlich-administrative Raumeinheiten bezeichnet, sondern auf tieferliegende Strukturen im Bereich des Naturraums, der Siedlung, des Kulturraums, der Wirtschaft verweist und sich ihren Wandlungen anzupassen versteht 5)."

Im Selbstlauf verweist der Gegenstand auf sich selbst, wenn es denn gilt:

"Eine regionale (ebenso wie eine lokale) politische Kultur ist Ausdruck einer regionalen (bzw. lokalen) Sonderentwicklung, ist nicht zuletzt also historisch bedingt. Somit ist eine regionale (bzw. lokale) politische Kultur zu einem wesentlichen Teil der Inbegriff regionaler und lokaler Traditionen, insoweit sie sich auch heute noch verhaltenskonditionierend auswirken, Einstellungen und Glaubensüberzeugen hervorbringen 6)."

5) Ernst Hinrichs, "Regionalgeschichte", in: Carl-Hans Hauptmeyer (Hrsg.), Landesgeschichte heute (Göttingen 1987), S. 18.

Derartigen Mythen und Tautologien entspricht die Bereitschaft, aus methodologischer Not eine verständnisvolle Tugend zu machen. Dies hemmt jedoch die Bemühungen um ein angemessenes Design und Instrumentarium. Selbst die Versuche zur Neustrukturierung und Verwissenschaftlichung der Deutung der "Region" stehen und verbleiben somit im Dunstkreis des Forschungsgegenstandes. Insbesondere der Arbeitskreis "Regionalbewußtsein und Landeskunde" (ebenso wie Gert Zang) drückt dieses Dilemma aus (und hofft auf eine Auflösung in der Praxis des in der Region beheimateten Forschers als eines für Sinnzusammenhänge einfühlsamen Analytikers 7):

"Regionalbewußtsein kann... nicht allein empirisch-analytisch im Sinne des wissenschaftlichen Wissenschaftsideals erfaßt werden. Es erscheint als geradewegs aussichtslos, einzelne Variablen zu isolieren und für eine Gliederung 'regionaler Bewußtseinsräume' heranzuziehen. Regionalbewußtsein ist für den einzelnen, der sich einem Raum zugehörig fühlt, das Ergebnis eines sehr komplexen und vermutlich wenig rationalen Aneignungsprozesses - möglicherweise ist es am ehesten als Ganzheit aufzufassen. Es scheint, daß auch der Wissenschaftler, der ein derartiges Phänomen erfassen will, gut beraten ist, dem durch die Wahl seiner Methoden Rechnung zu tragen 8)."

Wie? - Hans-Georg Wehling schließt den Zirkel, indem er die Interdisziplinarität der Gesellschafts- und Menschenwissenschaften beschwört und feststellt, daß die quantifizierende Messung von oberflächlichen Erscheinungen nicht ausreicht, weil qualitativ-hermeneutisch die Herkunft und Bedeutung der kollektiven Eigenheiten aufzudecken ist.

(3.) Folgerungen: In solcher Form erstarrt die methodologische Besinnung zum Ende eines Anfangs; die Gegenstandsbeschwörung weicht keinem analytischen Zugriff. Diese Haltung ist eine notwendige Konsequenz des Verzichtes

6) Hans-Georg Wehling, "Regionale politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland", in: ders. (Hrsg.), Regionale politische Kultur (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1985), S. 11.

An neueren Überblicken zum Stand der NS-Regionalforschung und der Regionalforschung vgl. bes. Kurt Düwell, "Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse", in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 9 (1983), S. 287 - 344; Horst Kuss, "Die Ausbreitung nationalsozialistischer Herrschaft im westlichen Teil des Deutschen Reiches", in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 121 (1985), S. 539 - 582; Johnpeter Horst Grill, "Local and Regional Studies on National Socialism", in: Journal of Contemporary History 21 (1986), S. 253 - 294; Peter Steinbach, "Zur Diskussion über den Begriff "Region", in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 31 (1981), S. 185 - 210; ders., "Geschichte des Alltags-Alltagsgeschichte", in: NPL 31 (1986), S. 249 - 273; ders., "Annäherungen an die Wirklichkeit", in: IWK 23 (1987), S. 212 - 222.

7) Zahlreiche Regionalanalysen gründen in der Doppelrolle von "Forscher" und "Einwohner"; hier treffen sie sich durchaus mit dem Ursprung der meisten Beiträge aus den "Geschichtswerkstätten". Zur Problematik dieser Doppelrolle vgl. Eike Hennig, "Regionale Unterschiede bei der Entstehung des Faschismus", in: PVS 21 (1980), S. 152 - 173.

8) Hans H. Blotevogel, Günter Heinritz u. Herbert Popp, "Regionalbewußtsein", in: Berichte zur deutschen Landeskunde 60 (1986), S. 106.

auf die Quantifizierung als einem Verfahren zur Bestimmung von "Region", die hier als ein typisches Verhältnis von "Spezialität" und "Allgemeinheit" angesehen wird:

Von "oben" - d.h. aus der Sicht gestuft-aggregierter Resultate (z.B. der Abstimmungsergebnisse und Strukturdaten auf Reichs-, Landes-, Kreis- und/oder Gemeindeebene) - kann "das Unten" als "Abweichung" (d.h. als "Varianz" bzw. "Standardabweichung" um einen von der höheren Aggregatebene vorgegebenen "Mittelwert" oder als "Streuung" gegenüber einer von der höheren Aggregatebene vorgegebenen Merkmalsverteilung) und/oder als "Zusammenhang" (d.h. als geringere oder größere "Korrelation") aufgefaßt werden. Politisch-geographische Gebietseinheiten bestimmen als eine Abfolge numerisch kleinerer und größerer Aggregate, die im Vergleich 9) betrachtet werden, den Zugriff auf die "Region".

Solche außerwissenschaftlichen (gleichwohl wissenschaftlich zu thematisierenden) Konnotationen wie die "Lust am Lokalen", die "Sehnsucht nach Identität" und/oder die "bewußte Zuordnung" auf einen "neuen Heimatbegriff" ("die Heimat liegt in der Zukunft", summiert Gert Zang) werden ebenso von den Rekonstruktionsbemühungen ausgeschlossen wie ein überlanger Blick auf die Wellen der "historischen Verstrickungen" von Menschen in ihren räumlichen, sozialen und zeitlichen Bezügen. Ersteres führt (wie angedeutet) zur Überladung des Perspektivwechsels mit nicht-operationalisierbaren Wünschen (mögen diese gleichwohl ein wichtiges und legitimes Motiv und ein Motor neuer Regionalanalysen und Sozialgeschichten "von unten" sein); letztere Sehnsucht nach der "longue durée" gesellschaftlicher Formierung und politischer Staatsbildung ist eine berechtigte antipositivistische Reaktion auf eine enthistorisierte, allgemeintheoretisierende Sozialforschung. Im Rekurs bis zum Augsburger Religionsfrieden (1555) oder auf den 30jährigen Krieg erscheint sie aber ebenfalls nicht wissenschaftsförmig behandelbar. (Der Gang der Sonderwegkontroverse dokumentiert, wie schwierig eine analytische Konzeption für eine longitudinal-vergleichende Perspektive zu gewinnen und auszuführen ist). Beide Legitimationsaspekte führen im Ergebnis zu einer ansonsten von den Sozialwissenschaften (Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie) überwundenen Ansprache von Kollektivsubjekten wie einer "Identität der Deutschen" (oder auch z.B. "des Saarländers").

Demgegenüber wird eine "Region" hier sehr verkürzt als eine Verwaltungseinheit (Land, Kreis) verstanden, die historisch über die in diesen Grenzen erhobenen Aggregatdaten erschließbar ist. Aggregatdaten werden in diesen Verwaltungseinheiten zumeist staatlicherseits geregelt erhoben (Statistik) und beziehen sich besonders auf soziale Gruppen, definierte Strukturen bzw. Kategorien und

9) Vgl. bes. den Beitr. von Ulrich Widmaier, "Vergleichende Aggregatdatenanalyse: Probleme und Perspektiven" (S. 79 - 94), in: Dirk Berg-Schlosser, Ferdinand Müller-Rommel, (Hrsg.), Vergleichende Politikwissenschaft (Opladen 1987).

auf Wählerpopulation. Aggregierte Umfragedaten oder gar Individualdaten mit Aussagen über individuelle Meinungen und Verhaltensweisen liegen für die Weimarer Zeit nicht vor, können lediglich näherungsweise erschlossen werden, insbesondere aus so divergierenden Quellen wie Umfragen (E. Fromm), (Auto)-Biographien und Bekenntnisliteratur, Sozialreportagen (z. B. S. Kracauer, H. R. Knickerbocker A. Stenbock-Fermor), Sozialromanen (z. B. A. Eggebrecht, H. Fallada, L. Feucht, J. Petersen, E. Ottwalt, E. Reger, A. Seghers), politischen Romanen (z. B. W. Bredel, K. Neukrantz, W. Schönstedt) und aus solchen "alltagsbezogenen" Quellen wie Zeitungen und Filmen (vgl. S. Kracauers sozialpsychologische Interpretation). Auch das Forschungsinstrument retrospektiv-diachroner Interviews liefert nur Eindrücke zum "Klima" sozialmoralischer Milieus" und Gruppenbeziehungen 10). Angesichts des Mangels an Individualdaten kann eine Kontextanalyse als die systematische Kombination von Individual- und Aggregatdaten im stringenten Sinn nicht durchgeführt werden. Methodisch hat dies Konsequenzen, weil es schwer ist, Individual- und Gruppen- sowie Struktureffekte gegeneinander abzuwägen, vor allem auch kann mangels stringenter Kontextanalysen die als Kontexteffekt aufgefaßte Wirkung einer "Region" oder eines "sozialmoralischen Milieus" schwer und nur unklar beschrieben werden.

Diese Datenlage hat zur Folge, daß Aggregatdatenanalysen überwiegen, denen unvermittelt die überwiegend ohne Vergleichsdimension und verbleichbares Design hermeneutisch arbeitenden historiographischen Regional- und Lokalstudien gegenüberstehen 11). Klassische Themen der Aggregatdatenanalyse sind die soziale Schichtung bzw. Sozialstrukturanalyse aufgrund der seit 1875 vorliegenden (in unserem Bezugszeitraum am 16.6.1925 und 1933 durchgeführten) Zählungen der Bevölkerung, Arbeitsstätten, Berufe und landwirtschaftlichen Betriebe 12) und (vor allem) die Wahlanalysen 13).

10) Allerdings werden "Zeitzeugen" zumeist überschätzt, wenn ihre Aussagen zur konkreten Datenrekonstruktion herangezogen werden. Es bedürfte einer eigenen Analyse, um zu klären: Was bezeugen die Gesprächspartner für welche Zeit? Kann ein "Zeitzeuge" vereidigt werden?

11) Vgl. dazu Eike Hennig, "Die politische Soziologie faschistischer Bewegungen und die hermeneutische Analyse nationalsozialistischer Selbstdarstellungen", in: KZfSS 34 (1982), S. 549 - 563.

12) Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes (Darmstadt 1967, 1. Aufl. 1932); zum Datenstand vgl. jetzt verdienstvoll Reinhard Stockmann u. Angelika Willms-Herget, Erwerbsstatistik in Deutschland (Frankfurt/New York 1985), Reinhard Stockmann, "Historisch-vergleichende Studien zum langfristigen Wandel der Erwerbsstruktur in Deutschland", in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, 44, (1987), S. 121 - 126.

13) Mittels "ökologischer Regressionsanalysen", d.h. über statistische Modellannahmen tasten sich die Wahlanalysen zunächst amerikanischer Autoren seit Beginn der 70er Jahre und dann seit Anfang der 80er Jahre vor allem die Studien von Jürgen Falter und seinen Mitarbeitern an die Ebene des "individuellen" Abstimmungsverhaltens bzw. - genauer -

Die klassische Frage der aggregierten Wahlanalyse lautet:

Wer wählt(e) wen?

Gefragt wird also nicht nach "Gesicht und Charakter" der NS(Wähler)Bewegung (C. Mierendorff), nicht danach: "Warum sie Hitler wählten?" (INFAS), sondern strikt reduktionistisch nach dem Umfang, der sozialkategorialen Beschreibung und der parteipolitischen Herkunft der Wähler der NSDAP in den verschiedenen Wahlgängen bis zum 5.3.1933. Bereits die Frage nach dem Geschlecht der Wähler läßt sich mangels systematisch und kontinuierlich erhobener Daten nur vage beantworten, so daß diese bewußte Begrenzung der Fragestellung angeraten erscheint. Im Zentrum steht die Frage: "Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?" oder "Wer wählte die NSDAP?", wie Titel der Arbeiten von J. W. Falter und G. Rüniger lauten. Mit Fragen nach Sozialstruktur und parteipolitischer Herkunft soll "The Nazi Voter" (Th. Childers) gefunden werden, ergänzt durch die Frage nach den Mitgliedern und Funktionsträgern: "Who were the Fascists?" (St. Larsen u.a.). Bemerkenswerterweise wird die Frage nach den Wählergruppen öfter in personalisierter Form vorgetragen: "Wer wählte Hitler?" (R. Hamilton, K. O'Lessker, M. H. Levine, E.-A. Roloff, Th. Schnabel, H.A. Winkler) oder sogar: "Who, indeed, did vote for Hitler?" (Th. Childers), wobei es sich aber keineswegs um Analysen der Reichspräsidentenwahl vom 13.3. bzw. 10.4. 1932 handelt¹⁴).

Eine generelle Crux dieser Studien besteht darin, die sozialstrukturellen Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens (D. Hänisch) primär im Sinn eines als reichsweiter Querschnitt gefaßten Konstrukts - Childers' "The Nazi Voter" - darzustellen. Wesentliche Kontexteinflüsse sind die sozioökonomischen und konfessionellen "cleavages", die im Einzelfall gemäß einer Stadt-Land-Unterscheidung weiter ausdifferenziert werden. In regionalspezifischer Hinsicht gehen diesbezüglich die sechs Cluster für unterschiedliche Typen ländlicher und städtischer Regionen (D. Hänisch) bzw. die sechs der elf Cluster, zu denen Mark Howard Levine (1976) seine konfessionellen, sozialstrukturellen und politisch Variablen gruppiert, am weitesten. So wie Levine seine Befunde präsentiert, kön-

an die Wechselwähler heran. Zur Regionalanalyse vgl. den Hinweis von Jürgen W. Falter, Dirk Hänisch, "Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 - 1933", in: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1986), S. 179 - 216, hier S. 207; zur kritischen Darstellung des Standes der Wahlanalyse vgl. Manfred Küchler, Die Wahlerfolge der NSDAP bis 1932 im Lichte der modernen Wahlforschung, Referat im Rahmen der Ad-hoc Gruppe "Soziologie des Nationalsozialismus", 24. Deutscher Soziologentag, Zürich, Oktober 1988 (MS: S. 42).

14) Als Literaturdarstellung (m. Bibl.) vgl. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919 - 1933 (Frankfurt u.a. 1988); als Darstellung des Datenstandes vgl. Dirk Hänisch, Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik (Duisburg 1983), Jürgen Falter, Thomas Lindenberg u. Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik (München 1986).

nen den Clustern die Reichstagswahlkreise zugeordnet werden, was einen sozial-räumlichen Überblick über die Merkmalsbündelungen ermöglicht.

Eine genauere räumliche Zuordnung von politischer Herkunft, Wahlverhalten und Sozialstruktur erlauben die politisch-ökologischen Untersuchungen, die z.B. das "tableau politique" (A. Siegfried) nach der sozialen Basis der NSDAP im städtischen Deutschland (S. A. Pratt, R. Hamilton), nach ihrer Ausbreitung in Landgebieten (Ch. P. Loomis/A. J. Beegle, R. Heberle, Z. Zofka) oder - zusammenfassend - nach der "Electoral Geography of the Nazi Landslide" (N. Passchier) befragen. Im Sinn einer Regionalanalyse bleiben aber auch diese politisch-ökologischen Studien bei noch zu weiträumig gefaßten "Mobilisierungsregionen" (N. Passchier) stehen. Regionalanalysen zeigen dagegen auf, daß auch diese Räume noch durch tiefgehende "cracks in the monolith" aufgespalten werden. Sozioökonomische "cleavages" und entsprechende sozialmoralische Milieuunterschiede können selbst in einer Region Orte, die z. B. nur durch wenige Kilometer getrennt werden, klar voneinander unterscheiden. Gegenüber dieser regionalanalytischen Ausdifferenzierung fallen auch die Clusteranalysen und die politisch-ökologischen Korrelationen zu abstrakt aus. Ihr sachliches Problem besteht zudem, daß sie nur die dominierenden Mittelwerte und Zusammenhangsmaße berücksichtigen. Die von der Regionalanalyse betonte Varianz vor und sogar im "Ort" wird auf diejenigen Streumaße und Signifikanzen reduziert, die die Qualität z. B. eines Clusters als eine mehr oder weniger große Homogenität und Determination beschreiben. Das Erkenntnisinteresse liegt letztlich eben nicht auf der isolierten Region, sondern auf dem verallgemeinernden Vergleich. Regionalanalysen werfen demgegenüber die Frage auf, bis zu welchem Punkt diese Verallgemeinerung geht, wie "gewichtig" die Probleme sind, die als Heterogenität, Beliebigkeit oder Restvarianz außerhalb der statistischen Modelle bleiben müssen (gerade wenn diese strenge Wahrscheinlichkeitskriterien anlegen). Dieses Dilemma formuliert M. Rainer Lepsius am Ende seiner "tour d'horizon" durch den "Mittelstand", die "Bauern", die "Arbeiterschaft" und die "Katholiken" und durch die vier Differenzierungspunkte eines "schichtspezifischen", "substitutiven", "bezugsheterogenen" und "bezugsambivalenten" Nationalismus, ohne aber die grundsätzliche Anregung der sich anschließenden Frage aufzugreifen, nämlich wie weit 'kann' Besonderes verallgemeinert, wie weit 'kann' sich das Allgemeine vom Besonderen entfernen, ohne "schlecht-allgemein" (d.h. für Besonderheiten unkonkret, geschichtslos und nicht rückbeziehbar) zu werden 15). Dennoch bezeichnet Lepsius den Ausgangspunkt dieser Irritation:

"Jedes soziale Phänomen ist in der Regel weit komplexer, als es soziologische Kategorien sein sollten, denn die Absicht der Soziologie liegt ja gerade darin,

15) Allgemein vgl. das Gespräch "Der wissenschaftliche und der philosophische Umgang mit Politik" in: Klaus v. Beyme, Ernst-Otto Czempel u. Peter Graf Kielmansegg (Hrsg.) Funk-Kolleg Politik, Bd. 1 (Frankfurt 1987), bes. S. 92 ff.

soziale Phänomene, die in ihrer einmaligen Komplexität unvergleichbar sind, durch die Analyse der Konfiguration der sie konstituierenden strukturellen Elemente vergleichbar werden zu lassen 16)."

Diese methodologische Quadratur des Kreises zwischen Verallgemeinern und besonderer empirischer Sättigung wird seitens der wahlanalytischen Aggregatanalysen nicht thematisiert. Das entsprechende Korrektiv und Stimulans des regionalanalytischen Vergleichs wird zu selten aufgegriffen, konsequent (aber "nur" für die Ebene sozialstruktureller Bestimmungsgründe) widmet sich beispielsweise Michaela Wenniger Richter (1982) dem Vergleich der Entwicklungstrends im Reich und in Franken, während die Wahlstudien von Euskirchen (G. Rüniger) und Göttingen (F. Hasselhorn) des Vergleichs entbehren. Regionalanalytische Ausdifferenzierungen spielen ebenfalls keine Rolle, wenn andere Spezifizierungen und Faktoren mit der Analyse aggregierter Wahldaten verbunden werden. (So beziehen R. Dee Wernette politische Gewalt, Th. Childers Propagandaaussagen und L. K. Waldmann mehrere politische Faktoren - u.a. "Issues", Nationalismus, Antisemitismus und die Bedeutung der Organisation - in die Zusammenhangsmaße und Bestimmungsgründe ihrer Wahlanalysen ein).

Wenngleich Wahlanalysen somit Regionalanalysen nicht ersetzen und schwerwiegende Abwägungen über die Aussagenreichweite und Aufmerksamkeitsrichtung der Analyse aufwerfen, so sind sie doch unverzichtbar für den hier vorgeschlagenen Zugriff von "oben" nach "unten", d.h. vom Querschnitt zur Streuung, zum Ausreißer und zur (noch?) nicht geklärten Varianz, zur "besonderen" Weite jenseits der "allgemeinen" Signifikanz und Mittelwerte. Gerade weil angesichts der Datenlage "strictu sensu" Kontextanalysen unmöglich sind, spielen die Wahldaten eine herausragende Rolle. Dies sind diejenigen Aggregatdaten, die direkt auf individuelles und soziales Verhalten (mehrfach im zeitlichen Prozeß des Krisenverlaufs zu Ende der Weimarer Republik erhoben) verweisen, die die interessierenden Muster der Verteilung politischer Macht beeinflussen. Wahlen sind schließlich ein "key mechanism of consensus" (S. M. Lipset), der auch die Gruppierungen in kleinen Orten zum Ausdruck bringt. Die Analyse der (lokalen) Listen verweist zudem auf die Rekrutierungsmuster von Eliten und auf die Bestimmungsgründe im Arbeitermilieu, die die Reputation von Repräsentanten bedeuten. Wahldaten verweisen so (anders als die "statischeren" und selteneren Sozialdaten der amtlichen Zählungen 1925 und 1933) auf die "Dynamik" der lokalen Produktion und erweiterten Reproduktion von Politik, sie stehen somit der Individualdatenebene nahe. Entsprechend den "Vorarbeiten", besonders von Childers, Waldmann und Dee Wernette und der Ausdifferenzierung der sozialstrukturellen Elektorate aus der Arbeiterschaft durch Falter (leider mangelt es - trotz Z. Zofkas, D. Arns und R. Koshars Graswurzelperspektive - an vergleichbaren Ausdifferenzierungen der mittel-/kleinstädtischen und ländlichen

16) M. Rainer Lepsius, *Extremer Nationalismus* (Stuttgart u.a. 1966), S. 38.

Eliten) kann die wahlanalytische Forschungsebene mit der inhaltsanalytisch aus Zeitungen, Propagandaaussagen und Retrospektivgesprächen interpretierten Ebene kollektiver Deutungen verbunden werden, was der Intention einer Kontextanalyse nahe kommt.

Für die Perspektive des Blicks von "oben", um dann, im Sinne der an Lepsius' Äußerungen anschließenden Überlegungen, ausgehend von "unten", "gehaltvolle" (d.h. gleichzeitig auf Fallanalysen rückkoppelbare wie das schier Einmalige überhöhende) Abstraktionen zu erarbeiten, sind wahlanalytische Verallgemeinerungen, Vergleiche und Vor-Studien unabdingbar. Nur sie ermöglichen eine quantitative Gewichtung politischer Deutungen, deren politikstiftende und machentscheidende Qualität und Optik vom Umfang der Elektorate/Adressaten radikal abweichen kann. Besonders diese Vor-Studien ermöglichen es, das regionalanalytische Untersuchungsfeld vorzustrukturieren, indem "relevante" Fragen und "Faktoren" nach den Mehr- und Minderheiten sowie den Kontinuitäten und Wandlungen aus der schier unendlichen Vielfalt qualitativ möglicher Fragen "herausgefiltert" werden. Beispielsweise setzt die Unterhaltung mit heute noch lebenden Zeitgenossen der seinerzeitigen Ereignisse und Prozesse einen Leitfaden und Vorkenntnisse beim Interviewer voraus. Diese Stimuli und Fokusse entstammen den Aggregatdatenanalysen (und Inhaltsanalysen), die auch die "Bewertung" der Gesprächsprotokolle anleiten.

Erst nachdem von "oben" her - mit Bezug also auf die Trendlinien etc. in übergeordneten politischen Gebietseinheiten - vergleichend die Besonderheiten (oder auch die Entsprechungen) einer "Region" (genauer: einer kleinräumlichen Verwaltungs- und statistischen Berichtseinheit) als quantifizierbare Ausprägung z.B. der Lage und Streuung von Häufigkeiten, der Verhältnisse von Daten sowie der Korrelation und Regression von Merkmalsausprägungen beschrieben worden sind, schließen sich die "qualitativen" Fragen nach den in den Aggregatdaten eingebundenen Erklärungen und Beweggründen an. Letztgenannte Fragen setzen die "Aufnahme" individueller Daten und sozialer Deutungen ebenso wie die Interpretation von Handlungen; Interaktion und Kommunikation voraus. Aber nicht die Erzeugung ausufernd-beliebiger Erzählungen ist das Ziel, sondern anhand der quantitativ begründeten Fragelinien wird beschreibendes Material gesucht, um die deskriptiv-statistisch konstatierten Abweichungen, Angleichungen, Gleichheiten und/oder Ähnlichkeiten mit der Alltäglichkeit sozialer und politischer Prozesse in der "Region" zu verbinden.

Die qualitativen Fragen werden gemäß der quantitativen Interpretationsvorgabe (besonders einer Wahl- und Inhaltsanalyse) bestimmt und ausgewählt. Sie dienen dem Zweck, die von "oben" her verstandene und vergleichend wahrgenommene "Besonderheit" als ein Produkt wechselseitiger Aktionen und Reaktionen, Ursachen und Reflexe sowie Konflikte und Anpassungen "verständlich" werden zu lassen. Dies betrifft einmal den Aspekt einer "qualitativen Empirie" vor Ort (z. B. durch diachrone Gespräche, Akten-, Inhalts- und "Kontext"-

analysen) und der sekundäranalytischen Auswertung "vergleichbarer" Regionalstudien, zum anderen - und vor allem - aber gelten diese qualitativen Fragen der Suche nach "allgemeinen Erklärungssätzen" (nach "Theoremen" und letztlich "Theorien"), welche die regionalen Besonderheiten als Indikator auffassen, z.B. für Brechungen, Ungleichzeitigkeiten, Partialisierungen, Umdeutungen, Verstärkungen, Beschleunigungen und/oder Hemmnisse hochaggregiert und/oder metropolitan-zentral feststellbarer Ablaufprozesse.

In keinem Fall hat "das Unten" und haben die qualitativen Forschungsaufgaben einen selbstgenügsamen Eigenwert, wengleich die "thick description" etwa einer Befragung alter Menschen (sog. "Zeitzeugen") leicht Gefahr läuft, sich zu verselbständigen, wengleich im Archiv eine "Einsicht" oft unter Blättern und Vorlagen zu ersticken droht.

Diese Datenebene und diese Arten der Datenerfassung sind nur ein Teil eines letztlich von "oben" entworfenen Forschungskonzepts, das so jedoch vor den Gefahren des bloßen Überwurfs allgemeiner Rechentechniken, eines positivistischen Szientismus und geschichtsloser Theorien über eine beliebige Empirie geschützt werden soll. Gleichzeitig kann der Block von "oben" davor bewahren, sich im Feld und in den Akten selbstgenügsam einzugraben.

Um "des" Gegenstandes, "des" Erkenntnisinteresses und "der" Aufmerksamkeitshaltung willen empfiehlt es sich, Phasen der Feldforschung, der Archivarbeit, der Inhaltsanalytik und der Aggregatdatenanalyse zur Erprobung statistischer Modelle in einem Forschungsprozeß zu vermischen und sich nicht nur auf die eine oder andere Forschungsperspektive zu beschränken (um die restlichen zu delegieren) 17).

2. Zur Identifizierung einer "Region" durch den wahlanalytischen Vergleich von Aggregatdaten

Indem der Blick von "oben" - d.h. von höheren Aggregatebenen, letztlich also vom "Reich" - nach "unten" fällt, läßt sich eine "Region" bzw. "Lokalität" - auf der Ebene einer amtlich-statistischen Berichtseinheit - als besondere Abweichung von diesen allgemeineren Befunden "diagnostizieren". Das Besondere stellt sich bei diesem Vergleich von vornherein als eine besondere Beziehung zu größeren Gebietszusammenhängen und über-regionalen Trends dar, wobei diese Besonderheit sowohl in der Abweichung als auch in der Übereinstimmung zur gewählten höheren Aggregatebene bzw. zu den über-regionalen Daten bestehen kann. In der Regel stellt sich eine "Region" als eine Mischung von Spezial-

17) Vgl. schon die Mahnung durch Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*, 1919, abgedr. in: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* (Tübingen 1968³), hier bes. S. 589 f., die angesichts der mit der Computerisierung und solchen mechanischen Prozeduren wie "Regression = [Dependent =] Method = Stepwise" verbundenen Arbeitsteilungen nur noch dringlicher geworden ist.

tät und Kongruenz dar. Einem wahlanalytischen Arbeitsstrang kommt dabei vorrangig Bedeutung zu, da er besonders gut geeignet ist, Einblick in die politische Besonderheit oder Kongruenz des jeweiligen Ortes (als einer Summe von Stimmbezirken) bzw. der Region (als einer Summe von Orten) mitzuteilen. Diesbezüglich sind insbesondere die Studien von Falter und seinen Mitarbeitern als Bezugsfolie unverzichtbar.

Kritisch muß allerdings angemerkt werden (worauf Manfred Küchler hinweist 18)), daß primär verwaltungstechnisch definierte Aggregate (z. B. Kreise, Großgemeinden, Wahlbezirke) ohne soziale und politische Bedeutung sein können, daß ihnen die inhaltliche Relevanz einer Region mit ihrer besonderen Tradition und "Zusammengehörigkeit" fehlen kann. Kreise (nicht Orte) sind primär verwaltungstechnische Einheiten, die daraufhin betrachtet werden müssen, ob ihnen auch eine "regionale Identität" zu eigen ist. Im Fall des Landkreises Kassel deuten verschiedenen "Indikatoren" (wie: Heiratsverhalten, Funktion von Gastwirtschaften, Pendelwanderungen, politische und verbandliche Kooperation, lokale Feindbilder bzw. schimpfwortartige Abgrenzungen) darauf hin, daß der Kreis in etwa acht Konglomerate (jeweils von 5 Orten) "zerfällt". Gleichzeitig hat der gesamte Kreis aus der Sicht der Organisationen von NSDAP und SPD (im Kreis und in Kassel) eine eigene Identität als der "rote Gürtel" um die Stadt. Aus Sicht anderer Parteien bzw. einzelner Ortsvereine werden dagegen entweder die Traditionen einzelner Orte als Hochburgen z. B. von Landvolk, CSVD, SPD (z. B. Ochshausen) und KPD (z. B. Harleshausen) oder die enge Kooperation mit Kassel betont. Letzteres gilt für die Kreisorganisation der KPD und für alle bürgerlichen "Mittel"parteien; zwischen der SPD des Landkreises und der Stadt Kassel besteht ein moderates Spannungsverhältnis, wie am Beispiel der Besetzung des Landrates 1930 gezeigt werden kann, was für die Eigenständigkeit der SPD des Kreises spricht.

Insgesamt bietet der Landkreis Kassel also das Bild einer Verwaltungseinheit, in der sich verschiedene inhaltlich relevante und identitätsbildende Prozesse überschneiden und im Bild des Kreises als einer schwierigen Mischstruktur von Arbeitern und Landwirtschaft aufgehen (so argumentiert 1930 auch der zuständige Regierungspräsident 19)). Für die Arbeiterbewegung (besonders für die SPD) besteht die Besonderheit des Kreises gegenüber der Stadt Kassel in ihren Mehrheitspositionen in der Mehrzahl der Gemeinden; die KPD betont demgegenüber die Besonderheit einzelner Orte wie z. B. Harleshausen, das als der "Rote Wedding" bezeichnet wird; die NSDAP schließlich erkennt von Kassel aus das Besondere des Kreises darin, daß er der "verseuchtete Kreis Kurhessens" sei. Es gibt also einige inhaltliche Definitionsprozesse, die darauf hindeuten, daß es sich

18) Vgl. die in Anm. 13 zit. Arbeit.

19) Vgl. Eike Hennig, "Die Wahlentwicklung im Landkreis Kassel (1928 - 1933)", in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 92 (1987), S. 205 - 245, hier S. 211, vgl. auch S. 205 ff.

beim Landkreis Kassel nicht nur um ein reines Verwaltungsartefakt handelt. Wenn aber der hier gewählte Zugriff "von oben" und über Verwaltungseinheiten gewählt wird, dann muß im jeweiligen Einzelfall die soziale und politische Relevanz der ausgewählten Aggregate geprüft werden. Erst wenn regionale Identität(en) nachgewiesen werden, können nach der Reichs-, Landes-, Provinz- und der Kreisebene einzelne Orte im Kreisgebiet betrachtet werden.

Ein zweiter Schritt besteht im Anschluß an diesen Vergleich darin, die Blickrichtung auch in der "Region" bzw. im "Ort" von "oben" nach "unten" zu richten. Wiederum wird von der höheren Aggregatebene auf die Einzelorte in der "Region" und/oder auf die Stimmbezirke in der (den) Gemeinde(n) "herabgeblickt", um letztendlich nicht weiter zu unterschreitende und ausdifferenzierende Residuen ausfindig zu machen. An diesem Punkt setzen die qualitativen Interpretationen der "eigentlichen" Regionalanalyse ein, für die sich aus den geschilderten Arbeitsstufen ein "Frageleitfaden" ergibt.

Die wahlanalytischen Betrachtungs- und Vergleichsperspektiven können und wollen die lokale und/oder regionale Analyse nicht ersetzen; indem die Spannweite jenseits der Durchschnitte veranschaulicht wird, verweisen gerade diese "quantitativen" Verfahren auf die "qualitativen" Regional-/Lokalanalysen. Allerdings: Nunmehr steht ein begründbarer Problemlkanon zur Verfügung, vor dem die hermeneutischen Erklärungsbemühungen überprüfbar werden, der auch die Einordnung in Theoriekonzepte versachlicht. Dieses Spannungsverhältnis zwischen deskriptiver Wahlanalyse und einer Interpretation des Wahlvorgangs wird im folgenden anhand von Beispielen aus dem Landkreis Kassel und besonders der Reichstagswahlen vom 14.9.1930 und 31.7.1932 beleuchtet.

3. Wahlanalyse und die Interpretation des Wählens

Regionale Differenzierungen - d.h. eine besondere politische Ausgestaltung allgemeiner soziostruktureller und politischer Bedingungen vor Ort - spielen in der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle. Passchiers Varianzanalyse beziffert z. B. den Effekt der kumulierten Regionaleffekte von 1930 bis 1933 auf 43 % (der Streumaße) der NSDAP-Ergebnisse²⁰). Nationaler Trend und regionale Abweichung haben somit - bei einem leichten Plus für das Allgemeine - nahezu das gleiche Gewicht. Dabei unterscheiden sich die regionalen Streuungen bereits im engsten räumlich-politischen Nahbereich, ganz abgesehen von großflächigeren "Mobilisierungsregionen" oder regionenübergreifender Clusterbildung. - Beispielsweise ist die totale Residualabweichung (1930 - 1933) in der Stadt Kassel erheblich größer als im Landkreis Kassel; dort jedoch wechselt die

20) Nico Passchier, "The Electoral Geography of the Nazi Landslide. The Need for Community Studies", in: Stein Ugelvik Larsen, Bernt Hagtver u. Jan Peter Myklebust (Hrsg.), *Who were the Fascists?* Bergen/Oslo/Tromsø 1980, S. 283 - 300 (ein anregender varianzanalytischer Kontrastgruppenvergleich).

Abweichung vom nationalen Trend von Wahl zu Wahl (liegt sie 1930 und 1933 unter dem nationalen Trend, so überschreitet die lokale Abweichung am 31. Juli 1932, deutlicher aber nach dem 6. November 1932 die allgemeine Entwicklung, wohingegen die Werte der Stadt Kassel immer deutlich überdurchschnittlich sind). Näherungsweise veranschaulichen der Konzentrationsindex (i. e. das lokale Verhältnis der Parteistimmen zu den gültigen Stimmen im Bezug zu demselben Verhältnis auf einer sinnvollen höheren Aggregatebene) und die unterschiedlichen Stimmanteile diesen ersten Eindruck 21).

Bereits dieser flüchtige erste Befund (oder auch nur ein Vergleich der Wahlergebnisse vom November 1932) weist somit auf die Existenz regionaler Besonderheiten hin. (Vgl. Tab. 2).

Charakteristikum solcher Besonderheiten ist (neben ihrer Existenz an sich) ihre große Schwankungsbreite, was direkt die Durchführung regionaler und lokaler Analysen begründet und erfordert 22). Mit dem Aufzeigen solcher Besonderheiten durch den Vergleich unterschiedlicher Aggregatebenen und -daten enden die Möglichkeiten der quantitativen Wahlanalyse, und es beginnt eine stärker qualitative Arbeitsphase, bei dem z. B. zeitgenössische Vermutungen ("intellectual guesses" 23)) zur parteipolitischen und generativ-sozialisatorischen Zusammensetzung des Elektorats, über Wählerwanderungen zwischen den Klassen und Parteien und über entsprechende Motivkomplexe aufgegriffen und "nachgearbeitet" werden.

Dies zeigt mit aller Deutlichkeit, daß aus interpretativer Sicht die Wahlanalyse lediglich Mittel zum Zweck ist. Sie ist die analytische Vorarbeit vor den analysegeleiteten Erklärungsversuchen, welche ohne diese Vorschaltphase aber in Gefahr stehen, zu völlig beliebigen und subjektiven bzw. schulengebundenen Verstehensakten und Sinnrekonstruktionen zu verkommen.

Wahlanalysen veranschaulichen die Ein- und Ausgänge jener "black box" der soziopolitischen Prozesse und Verhaltensweisen. Auf diese Inhalte weisen die entsprechenden Modellannahmen und Parameterschätzungen jedoch nur statthalterartig hin. Wenn beispielsweise ein Vergleich der Regressionsmodelle von Falter und Rürger auf gravierende Unterschiede der Wähler von KPD, Zentrum und NSDAP auf Reichsebene und im Kreis Euskirchen (oder auch in

21) Vgl. den in Anm. 19 zit. Aufs.

22) Vgl. als wahlanalytisch elaborierte und vergleichende Regionalstudie Michaela Weninger-Richter, *The National Socialist Electoral Breakthrough: Opportunities and Limits in the Weimar Party System. A Regional Case Study of Franconia* (City University of New York, Ph. D. 1982). Allerdings folgt diese Studie dem ("schlechten") "mainstream" der Wahlanalysen (auch dem Falters), indem sie auf vergleichbar elaborierte Kontextstudien verzichtet.

23) Vgl. insbesondere die wahlanalytisch-politisch biographischen Impressionen, die Arthur Dix (*Die deutschen Reichstagswahlen 1871 - 1930 und die Wandlungen der Volksgliederung*, Tübingen 1930) vermittelt, z. T. abgedr. in: Otto Büsch, Monika Wölk u. Wolfgang Wölk (Hrsg.), *Wählerbewegung in der deutschen Geschichte*, (Berlin 1978), S. 225 - 235.

Franken, wenn Michaela Wenninger-Richters "regional case study" berücksichtigt wird) hinweist - so ist auf Reichsebene, laut Falter 24), für die Wahlen von 1930 und 1932 (I) der Austausch vom "Bürgerblock", den bisherigen Nichtwählern und der SPD zur NSDAP maßgeblich, während Gabriele Rünger 25) die Bedeutung von Kleinparteien, Nichtwählern und KPD sowie Wenninger-Richter 26) besonders die Rolle der DNVP herausstellt, wenn der NSDAP-Stimmenzuwachs beschrieben wird -, dann lassen sich diese Unterschiede auf Reichsebene und in verschiedenen Kreisen zwar "berechnen" damit aber sind sie keineswegs "erklärt" oder auch nur "interpretativ andiskutiert". Folgerichtig verweist Jürgen Falter auf "künftige Theorien des nationalsozialistischen Wählerverhaltens" - Theorien, die allerdings dem erreichten Differenzierungsgrad der Wahlanalysen entsprechen müssen.

Aus dieser Sicht werden hier Ausführungen M. Rainer Lepsius 27) herangezogen und mit wahlanalytischen Befunden des Landkreises Kassel konfrontiert. Lepsius' Hinweise auf das "sozialmoralische Milieu" und auf die Spielarten eines extremen Nationalismus werden aus Sicht einer politisch-kulturellen Betrachtung 28) der ungleichzeitigen Entwicklung von "Gesellschaft" und "Politik" im Landkreis Kassel seit der Jahrhundertwende und insbesondere angesichts der Weltwirtschaftskrise gelesen, um Vermutungen über die politisch-soziale Qualität hinter und in den Wahldaten anstellen zu können. (Keineswegs wird also eine "neue Theorie" anvisiert, so wie die unzureichende Datenbasis eine weitreichende Interpretation behindert.)

4. "Allgemeines" und "Besonderes" im Spiegel des Landkreises Kassel (1928 - 1933)

Für sich sind die Wahlergebnisse eines Ortes oder Kreises "belanglos". Im vor-

24) Falter u. Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern (Anm. 13), S. 211; Falter u.a. Wahlen und Abstimmungen (Anm. 14), S. 140 ff.; Hänisch, Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe (Anm. 14), S. 202 ff.

25) Gabriele Rünger, Wer wählte die NSDAP? Eine lokale Fallstudie im Kreis Euskirchen anhand der politischen Wahlen 1920 bis 1933 (Bonn, phil. Diss. 1984), S. 76 ff. - vgl. aber auch den Hinw. von Anm. 22.

26) Wenninger-Richter, The National Socialist Electoral Breakthrough (Anm. 22), bes. S. 157, 237, 259, 267.

27) Von Lepsius vgl. neben Anm. 16 (bes. S. 27 f.), bes., "Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft", in: Wilhelm Abel u.a. (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1966, S. 371 - 393, hier bes. S. 373, 379 f., 380, 382 f.

28) Vgl. die in Anm. 3 und 19 zit. Arbeiten. Vgl. jetzt auch: "Die Zeit der Weimarer Republik in Oberwehren unter besonderer Berücksichtigung der Wahlen", in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 93 (1988), S. 149 - 178; in Zusammenarbeit mit Manfred Kierling erscheint 1989 dokumentarisch und analytisch ein "abschließendes" Wahlhandbuch über den Landkreis Kassel (1919 - 1933).

liegenden Fall demonstrieren sie nur, auf welche kleine Aggregatebene (nämlich auf diejenige von 46 Landgemeinden) "Analyse" und "Interpretation" bezogen werden sollen. Der Variationskoeffizient zeigt zudem auf, daß selbst diese niedrige Aggregatebene gravierende Schwankungen aufweist. Die vergleichsweise geringe Variation von SPD, KPD und NSDAP weist darauf hin, daß die Stimmresultate dieser Parteien nicht so stark vom Mittelwert abweichen. Demgegenüber weisen die höheren Variationskoeffizienten vom Zentrum, den bürgerlichen Parteien (DVP, DDP/Staatspartei, DNVP) und den Kleinparteien, dem "Deutschen Landvolk" und dem "Christlich-sozialen Volksdienst" (CSVD), darauf hin, daß diese Parteien von Ort zu Ort durch starke Stimmenschwankungen charakterisiert werden. Die lokale Streuung dieser Parteien ist groß.

Weitergehende Eindrücke können nur durch Vergleiche gefunden werden. Eine erste Vergleichsmöglichkeit eröffnen bereits die Unterschiede zwischen der Wahl gleicher Parteien in unterschiedlichen Bezugseinheiten. Der Landkreis Kassel weicht vom Reichsergebnis ab und unterscheidet sich deutlich auch von der Stadt Kassel, wo die Arbeiterparteien schwächer, die NSDAP aber deutlich stärker abschneiden.

Tabelle 1:

Die Stärke von SPD, KPD und NSDAP im Landkreis Kassel
Vergleich mit den Ergebnissen im Reich und in Kassel Stadt
(%-Unterschiede der Stimmenanteile)

	Reichstagswahlen:				
	1928	1930	1932/I	1932 II	1933
Kassel Land - Dt. Reich:					
NSDAP	- 1,4	- 2,7	1,1	4,8	1,1
SPD	26,0	22,3	17,0	14,9	19,5
KPD	- 1,7	0,2	2,0	3,3	1,6
Kassel Land - Kassel Stadt:					
NSDAP	- 2,1	- 10,4	- 4,0	- 8,6	- 5,6
SPD	15,8	14,3	10,4	10,0	12,2
KPD	1,8	4,1	5,1	5,8	4,4

Dieser erste Blick auf den Landkreis Kassel in der Endphase der Weimarer Republik - verglichen mit den wahlpolitischen Entwicklungen auf Reichsebene - weist auf folgende Besonderheiten (i. s. von Abweichungen vom Reichstrend) hin:

- Die SPD erzielt stark überdurchschnittliche Ergebnisse, wobei besonders das gute Abschneiden 1933 auffällt. Der Abschwung nach 1928 und nach der ersten 1932er Reichstagswahl ist vergleichsweise gering.

Tabelle 2:
 Streamaße der Parteien in den Gemeinden des Landkreises (RT-Wahlen vom 14.9.1930 und 31.7.1932)

	Mittelwert (\bar{x})	RT 1930 Standardab- weichung (s)	Variations- koeffizient ($v = s/\bar{x}$)	\bar{x}	s	RT 1932/I	v
NSDAP	120,45	128,62	1,07	316,09	277,86	0,88	
DNVP	19,17	26,26	1,37	16,61	24,34	1,47	
DVP	17,67	25,64	1,45	3,52	5,48	1,56	
DDP	18,54	31,08	1,68	4,00	6,64	1,66	
Zentrum	4,74	9,77	2,06	5,48	8,80	1,61	
WIP	19,20	22,89	1,19	1,54	2,34	1,52	
CSVD	37,02	54,30	1,47	13,59	22,24	1,64	
Landvolk	59,50	40,36	0,68	0,48	0,81	1,69	
SPD	348,65	310,33	0,89	319,61	254,06	0,79	
KPD	101,65	109,43	1,08	135,26	137,22	1,01	
GST	753,89	665,70	0,88	816,17	683,67	0,84	

(GST = gültige Stimmen)

- Die KPD entwickelt sich ab 1930 zu einem geringfügig überdurchschnittlichen Konkurrenten der SPD. Die KPD-Erfolge 1932 fallen jedoch schwächer aus als die SPD-Stimmenverluste, so daß bereits der Blick auf die Salden zeigt, daß ein einfacher Austausch von SPD und KPD nicht vorliegt.

- Alle bürgerlichen Parteien (DNVP, DVP und DDP/Staatspartei) können schon 1930 nicht mehr ihre Position halten und entwickeln sich deutlich unterdurchschnittlich.

- Demgegenüber weisen von den Kleinparteien das "Landvolk" (1930) und der CSVD (ab 1930, insbesondere 1930 und 1933) deutlich eine überdurchschnittliche Sonderentwicklung auf. Das "Landvolk" ist jedoch schon in der ersten 1932er Wahl kaum mehr existent. Ein Vergleich der Salden deutet darauf hin, daß diese Abspaltung von den Deutschnationalen die Funktion einer Durchlaufphase vor der Wahl der NSDAP hat, während die andere Abspaltung von der DNVP, der CSVD, offensichtlich im Landkreis Kassel einen eigenen (protestantisch-pietistischen, religiös-konservativen) Schwerpunkt in einzelnen Orten bzw. Pfarrgemeinden herausbildet.

- Die NSDAP startet klar unterrepräsentiert und erreicht erst im Juli 1932 (mit geringem Plus) den Reichsdurchschnitt - ein Ergebnis, das 1933 wiederholt wird. Auffällig ist, daß die NSDAP im November 1932 im Landkreis (wie in der Stadt) Kassel kaum Stimmen verliert, sondern ein deutlich überdurchschnittliches Ergebnis erzielt.

Im folgenden sollen politische Besonderheiten des Landkreises Kassel durch einen Vergleich der Ergebnisse des Kreises mit den Einzelgemeinden betrachtet werden. Der Vergleich mit Befunden der Reichsanalyse tritt demgegenüber in den Hintergrund. Ebenso erfolgt eine Konzentration, insbesondere auf die Reichstagswahlen vom September 1930 und Juli 1932, die erste Wahl markiert den Durchbruch der NSDAP und die zweite - nach der preußischen Landtagswahl vom 24. April 1932 und nach der Reichspräsidentenwahl vom 13. März und 10. April 1932 - den Gipfelpunkt (vor der Wahl vom 5. März 1933).

5. Zur Ungleichzeitigkeit von sozialem Wandel und politischer Partizipation im Landkreis Kassel

"Partielle Modernisierung" (H. Best) bestimmt das Bild des Landkreises Kassel. Mit dem Anschluß an Preußen (1866) setzt, ausgelöst von der Stadt Kassel (von der der Landkreis 1867 abgegliedert wird), um 1890 ein starkes Einwohnerwachstum ein. Nach einigen Eingemeindungen nach Kassel (1899 und 1906) beläuft sich die Einwohnerzahl 1910 auf 35 Tausend, 1925 ist sie fast um 70 % gestiegen. Von 1900 bis 1910 wachsen die stadtnahen größeren Gemeinden bis zu 70 % an und verwandeln sich von Bauerndörfern zu Arbeiterbauerngemeinden oder - in Einzelfällen bzw. im Fall einzelner Siedlungen - zu Gartenstädten, in denen Kasseler Beamte und Angestellte wohnen.

In der Weimarer Zeit verteilt sich die Kreisbevölkerung wie 1:2:5 auf die zahlreichen Klein- und Mittelgemeinden sowie auf die wenigen größeren stadtnahen Orte, die teilweise sogar direkt an das Kasseler Verkehrsnetz angeschlossen sind. Die 46 Landgemeinden des Kreises umgeben (außer nach Westen hin) die Stadt Kassel (allerdings ist es falsch, den Landkreis als einen "roten Gürtel" bzw. als einen "roten Wahlkreis" zu bezeichnen 29)) mit einem Radius von (rund) 15 km. 1925 zählt der Kreis 58.000 Einwohner, die in 7.600 Wohnhäusern leben. Die kleinste Gemeinde zählt 32 Häuser bzw. 181 Einwohner, die größte Ortschaft hat 585 Wohnhäuser und 5.700 Einwohner. Auf jede der Landgemeinden entfallen durchschnittlich 1.270 Bewohner 30).

Zu 96 % ist die Bevölkerung evangelisch, nur zwei Gemeinden haben eine etwas größere katholische Minderheit; in einer Gemeinde konzentrieren sich nahezu alle der 0,3 % Juden des Kreises.

1933 beträgt die Wohnbevölkerung 64 Tausend. Die Spannweite der Gemeindegößen beträgt mehr als 6.600, denn das kleinste Dorf zählt 188 und der größte Quasivorort Kassels (der allerdings erst 1936 faktisch eingemeindet wird) hat 6.800 Einwohner. Durchschnittlich zählen die Gemeinden rund 1.330 Einwohner, von denen sich ebenfalls im Kreis-Durchschnitt zwei Fünftel an den Wahlen beteiligen. Für 1928 bis 1933 sind von 368 nur 55 Wahldaten einschließlich der Wahlberechtigten überliefert; diese Angaben (zumeist für größere Orte) zeigen eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 58 % der Einwohnerschaft und 63 % der Wahlberechtigten (mit steigender Tendenz für die Jahre 1932 und 1933).

Die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung des Kreises umfaßt 1933 19,7 % der Einwohnerschaft, die sich vom Minimum bei 4,7 % bis zum Maximum von 68 % sehr unterschiedlich auf die Gemeinden verteilen. Im Durchschnitt zählt jede Gemeinde etwa 270 Personen (rund 20 %), die von der Land- und Forstwirtschaft leben. 40 % der hauptberuflich Erwerbstätigen arbeiten 1933 in der Land- und Forstwirtschaft, die damit vor der Abteilung Industrie und Handwerk (37 %) immer noch die meisten Erwerbstätigen umfaßt, 14 % der Erwerbstätigen sind im Handel und Verkehr, 7 % im öffentlichen Dienst bzw. in privaten Dienstleistungsbetrieben und 2 % im häuslichen Dienst beschäftigt. 1933 stehen 9.300 Arbeitern (41 %) 2.400 (11 %) Beamte und Angestellte sowie 3.800 Selbständige (17 %) und 6.500 (29 %) mithelfende Familienangehörige gegenüber.

29) Vgl. Anm. 19 und Eike Hennig, " 'Der Hunger naht' - 'Mittelstand wehr Dich' - 'Wir Bauern misten aus'. Über angepaßtes und abweichendes Wahlverhalten in hessischen Agrarregionen", in: ders. (in Zusammenarbeit mit Herbert Bauch, Martin Loiperdinger, Klaus Schönekäs), (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz, Frankfurt 1983, S. 379 - 432, hier bes. S. 407 ff.

30) Vgl. die amt. Statistik in: Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Bd XII: Provinz Hessen-Nassau (Berlin 1930) S. 52f.; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 456, H. 25 (Berlin 1936), S. 25/42 - 25/49 (= Berufszählung v. 16.6.1933).

Die Struktur der Gemeinden schwankt von Gartenstädten und Arbeiterwohn-gemeinden bis zu reinen Landgemeinden. Neben dem Kleingewerbe und Kleinhandel sowie einer vorrangig kleinbäuerlich und im Nebenerwerb betriebenen Landwirtschaft spielen die Kasseler Großbetriebe (Lokomotiv- und Maschinenbau, Metallverarbeitung, Schwerweberei), aber auch traditionelle lokale Gewerbe (wie Steinbrüche und Ziegeleien) eine wichtige Rolle für die Arbeiterschaft des Kreises. Familienwirtschaft³¹⁾ bzw. landwirtschaftlicher Nebenerwerb und das "Arbeitsleuteverhältnis" spielen auch für die meisten Pendelarbeiter noch eine wichtige Rolle.

Der im Kontext der späten Kasseler Industrialisierung um die Jahrhundertwende beginnende Wandlungsprozeß von reinen Agrargemeinden zu einer Mischregion mit Landwirtschaft, Kleinhandel, Kleingewerbe, tertiärem Sektor und einer Industriearbeiterschaft ist bis 1933 noch im Fluß und stagniert angesichts der Weltwirtschaftskrise wieder³²⁾. Armut und Arbeitslosigkeit sind Argumente für die weitgehend bargeldlose und marktferne Hauswirtschaft, für die "moral economy" eines Tausches von "Arbeit und Brot". Sozial wird der Wandlungsprozeß somit durch traditionale sozioökonomische Strukturmomente behindert, während er sich politisch formal spätestens bei Gründung der Weimarer Republik durchgesetzt hat (bis hin zur bürgerlich-"proletarischen" Verdoppelung des Vereinslebens). Die sozialen und die politischen Modernisierungsprozesse beim Abbau traditioneller "Vergemeinschaftung" sowie beim Aufbau marktförmigen Tausches, der Befreiung der Arbeit von den Produktionsmitteln und den Grenzen der lokalen Ökonomie und bei der Entwicklung verfassungsstaatlicher politischer Partizipation verlaufen somit nicht auf ein und derselben Zeitebene; und gerade für die Endphase der Weimarer Republik - angesichts der ökonomischen Krise und des politischen Legitimationsdrucks - nimmt die Ungleichzeitigkeit der Beziehungen zwischen dem politischen System, den sozioökonomischen Strukturen, traditionellen Verhaltensweisen (im "Arbeitsleuteverhältnis", und personalen Orientierungen (Parochie) dramatische Züge an. Die Wahlerfolge der NSDAP werden als ein Ausdruck dieser soziopolitischen Dramatik - eines Szenarios voller Widersprüche zwischen "Gemeinschaft" und "Gesellschaft" - aufgefaßt.

6. Wahlen im Landkreis Kassel (besonders 1930 und 1932)

Die Wahlen im Landkreis Kassel³³⁾ zeichnen sich in der Endphase der Wei-

31) Zur Familienwirtschaft cf. A. Tschajanow, Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft (Berlin 1923, Neuaufl. Frankfurt u. New York 1987), H. Medick hat auf diesen Autor wieder aufmerksam gemacht; vgl. Hennig, Politischer Wandel (Anm. 3), S. 101 ff.; als Fallstudie vgl. Kurt Wagner, Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung (Frankfurt 1986).

32) Vgl. den Aufs. zum "Politischen Wandel" (Anm. 3) und die in Anm. 28 zit. Arbeiten.

marer Republik dadurch aus, daß die SPD ihr "Monopol" verliert, daß der Konflikt zwischen SPD und NSDAP zur Polarisierung der Wählerschaft führt. Von 55,6 % der gültigen Stimmen (1928) nimmt die Stärke der SPD im November 1932 auf 35,3 % ab, während die NSDAP von 1,2 % auf 38,9 % anwächst. Zugleich wächst der Anteil derjenigen Wähler, der sich auf diese beiden Parteien verteilt, von 56,8 % auf 80,6 % der gültigen Stimmen. Bezogen auf die Wahlberechtigten wächst der Wähleranteil von SPD und NSDAP auf drei Viertel an. Die für 15 % aller Orte und Wahlen zu ermittelnde durchschnittliche Wahlbeteiligung bei den Wahlen von 1928 bis 1933 liegt bei 88,4 % und somit deutlich über dem Niveau von 82,3 % für das Reich und Preußen oder auch über dem Durchschnitt des angrenzenden Landkreises Fritzlär (84,5 %) und der Stadt Kassel (84,9 %). Die Polarisierung ist im Landkreis Kassel also mit einer überdurchschnittlichen Politisierung bzw. formalen Partizipation verbunden; auch die Nichtwählerquote nimmt von 13,4 % (1928) auf 6,4 % (1933) ab, wobei die Wahl vom November 1932 mit 9,3 % den eindeutigen Trend unterbricht.

Tabelle 3:

Die Entwicklung von NSDAP und SPD im Landkreis Kassel (in den Reichstagswahlen 1928 - 1933)
(in % der Wahlberechtigten)

	NSDAP	SPD	(NSDAP+SPD) Σ	Nichtwähler
1928	0,96	44,29	45,25	13,35
1930	13,88	41,52	55,40	10,34
1932/I	35,20	35,60	70,80	7,55
1932/II	33,97	31,67	65,64	9,27
1933	39,57	34,94	74,51	6,44

33) Zur Datensammlung vgl. den Hinw. in Hennig, Die Wahlentwicklung (Anm. 19). S. 237 - Anm. 1, 243 ff. Für diesen Aufs. ist aufgrund einiger Neuverfilmungen ("Kasseler Tageblatt", "Kasseler Neueste Nachrichten") eine Datenergänzung und Nachkontrolle durch Andrea Diekmann durchgeführt worden (zu den Quellen vgl. die Zeitungsliste in: Adreß- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel 66 (1932), S. 78f.). Dadurch, daß Manfred Kieserling eine Vergleichsstudie über den Landkreis Fritzlär durchführt, konnten viele Angaben gegenüber der ersten Untersuchung (Anm. 19) präzisiert werden (auch wenn aus Platzgründen auf Hinweise und definitive Vergleichsbetrachtungen meistens verzichtet werden muß). Manfred Kieserling arbeitet am Beispiel Fritzlär an einer Diss. zur Thematik "Gesellschaftlicher Wandel, Krise und NSDAP"; vgl. auch den Beitrag von Thomas Schlegel-Batton in: Berg-Schlösser u. Schissler, eds., Politische Kultur (Anm. 3).

Demgegenüber sind die "Reichsstudien" von Falter doch oft zu "weit weg", da die lokalen Probleme der Datenrekonstruktion ganz anders sind und an lokale Datensätze nicht alle Falterschen Fragen etc. herangetragen werden können. Dies bedürfte einer eigenen Erörterung, auf die auch Manfred Kühler (Anm. 13) nicht eingeht. Vgl. auch Anm. 22.

Neben der NSDAP verlieren alle anderen bürgerlichen Parteien ab 1930 bzw. schlußendlich ab 1932 an Bedeutung. Sammeln alle diese heterogenen (im Kreisgebiet soziologisch aber "homogenen") Parteien 1928 noch 25 % der Wahlberechtigten, so schwindet dieses Viertel auf 20,6 % (1930), um im Sommer 1932 mit nur noch 5,1 % faktisch "aufgerieben" zu sein. Als einzige Partei wächst die KPD als eine weitere Gegnerin der SPD von 7,1 % (1928) auf 15,1 % bzw. 18,1 % der Wahlberechtigten im Juli bzw. November 1932 an.

Die Fraktionierung der Parteien bleibt in diesem Zeitraum nahezu konstant und nimmt erst 1933 geringfügig ab; ein Index ("elective fractionalization") schwankt zwischen .999 559 (1928) und .980 678 (1933) und erreicht im November 1932 mit .999 991 seinen Gipfel. Damit liegt dieser Index im Kreis über demjenigen auf Reichsebene, der beispielsweise 1930 bei .86 und 1933 bei .74 liegt. (Eine Wahlfraktionalisierung von .5 bedeutet ein "ideales" Zweiparteiensystem, je mehr sich der Index seiner Obergrenze von "1" nähert, desto größer ist die Zersplitterung der Wählerstimmen auf unterschiedliche Parteien).

Was kann aggregatdatenanalytisch über die politischen Prozeßabläufe, so wie sie sich in den Wahlen in der End-/Auflösungsphase der Weimarer Republik widerspiegeln, ermittelt werden? (Dabei werden gegenüber einer ersten Studie 34) sicherlich "Verbesserungen" erzielt, aber Manfred Küchlers 35) Forderung nach der Anwendung multivariater Analyseverfahren kann angesichts der mangelhaften Angaben über die Wahlberechtigtenzahlen in den Einzelgemeinden - noch? - nicht eingelöst werden. Insbesondere können - noch? - keine statistisch befriedigenden Regressionsmodelle referiert werden).

Die Korrelationsmatrizen (vgl. Tab. 4 und 5) zeigen, daß zwischen Ende 1930 und dem Sommer 1932 bedeutende Änderungen der parteipolitischen Orientie-

Legende zu Tabelle 4:

1) Da Angaben über die Wahlberechtigten kaum vorliegen, wird hilfsweise gegen die Summe aller Stimmen für alle Parteien und somit gegen die "gültigen" Stimmen partialisiert. Ein Vergleich mit dem gegen den Störfaktor der stark streuenden Gemeindegößen nicht kontrollierten Pearson'schen Korrelationskoeffizient zeigt, daß erst diese Partialisierung sinnvolle und realistische Zusammenhänge erschließt. Dies zeigt sich bereits bei der Betrachtung der Vorzeichen.

Korrelationen mit "x" sind auf dem Niveau $p < .001$, solche mit "xx" sind bis zum Niveau $p \leq .050$ signifikant. Die Fehlerwahrscheinlichkeit statistischer Zufälligkeit beträgt somit maximal 5 %.

2) LWB = landwirtschaftliche Bevölkerung

3) BEV = Einwohnerzahl der Gemeinden; Stichtag für (2) und (3) ist der 16. 6. 1933.

34) Vgl. die in Anm. 19 und 28 zit. Arbeit.

35) Küchler, Die Wahlerfolge der NSDAP (Anm. 13), S. 15 ff., 38 - Vgl. aber den Hinw. von Anm. 33.

Tabelle 4:

Die Beziehung der Parteien im Landkreis Kassel (RT-Wahlen v. 14.9.1930; partielle Korrelationskoeffizienten, partialisiert gegen die gültigen Stimmen*)

	DNVP	DVP	DDP	Zentrum	WIP	
NSDAP	.0079	.5015x	-.0923	-.0134	.2654xx	
DNVP		.2766xx	.3776xx	.2026	.4179xx	
DVP			.1940	.2563xx	-.2198	
DDP				.2741xx	-.1829	
Zentrum					.1958	
WIP						
CSVD						
Landvolk						
SPD						
KPD						
LWB						

	CSVD	Landvolk	SPD	KPD	LWB 2)	BEV 3)
NSDAP	.2789xx	-.5325x	-.5907x	.0106	-.0691	.0614
DNVP	-.3760xx	-.0971	-.0782	-.0831	.0103	-.0839
DVP	.4345xx	-.4702xx	-.4214xx	-.0482	-.0890	.1960
DDP	-.2115	-.2796xx	.3287xx	-.3494xx	.0493	.3330xx
Zentrum	.1916	-.1387	-.1016	-.1534	.1105	.2401
WIP	-.4550xx	-.1363	-.2107	.1370	-.1264	-.3337xx
CSVD		-.1715	-.3611xx	-.0524	.1862	.3025xx
Landvolk			.2403	-.1929	.0380	-.1601
SPD				-.6520x	-.0558	.1199
KPD					-.0012	-.2882xx
LWB						.5050x

* Legende: Vgl. vorstehende Seite.

rungsmuster zu beobachten sind. Muß 1930 noch ein vielfältiges und differenziertes Bild der wechselseitigen positiven oder negativen Verhältnisse der Parteien zueinander gezeichnet werden, so reicht zur Charakterisierung der Juli 1932-Ergebnisse ein größeres Schema aus. Der Konzentrationstrend (vgl. Tab. 3) bestimmt auch die Korrelationen.

1930 weist das Landvolk deutlich andere Rekrutierungszentren auf wie NSDAP, DNVP, DDP und die Wirtschaftspartei; 1932 hat diese Partei kein ei-

genes Kolorit mehr, als offensichtliche Durchgangspartei für die NSDAP ist sie faktisch verschwunden. Ähnliches gilt auch für den CSVD, der 1930 und 1932 nur seine bevorzugte Herkunft aus größeren Gemeinden beibehält. Auch die DDP ist konstant lediglich als eine Partei der größeren Orte zu beschreiben. Die Entsprechungen der NSDAP von 1930 mit DVP, CSVD und Wirtschaftspartei führen 1932 dazu, daß die genannten Parteien ihre Eigenständigkeit verlieren. Dies bewirkt auch, daß sich die DNVP nurmehr durch ihre Nähe zu den DVP-Schwerpunkten und durch Abgrenzung gegenüber denen der SPD auszeichnet. Identisch bleiben auch die Gegensätze zwischen SPD sowie NSDAP und KPD, d.h. in denjenigen Gemeinden, in denen die SPD gute Ergebnisse erzielt, sind die der "extremen" Parteien niedriger als anderswo. Anders ausgedrückt: NSDAP und KPD verfügen dort über Wählerschwerpunkte, wo die SPD unterdurchschnittlich abschneidet.

Die signifikant negative Korrelation der KPD mit der Bevölkerungsgröße rührt dabei daher, daß die absolut guten Ergebnisse in den größeren Gemeinden durch ebensolche der SPD "abgefedert" werden, während sich in den kleineren Gemeinden diese "Koexistenz" nicht einstellt. Dort führt bereits 1930 ein Wählerwechsel zur KPD zu einer deutlichen Schwächung der SPD.

Dieses Bild der Stärken und Schwächen der Beziehungen im Parteiensystem bestimmt auch die Übergänge zwischen den beiden Wahlen im September 1930 und Juli 1932 (vgl. Tab. 7). Die NSDAP erzielt dort gute Ergebnisse, wo DNVP und DVP 1930 stark gewesen sind. DNVP, DVP, DDP bedingen sich wechselseitig, während der CSVD als einzige verbleibende Splitterpartei 1932 dort bessere Ergebnisse erzielt, wo Landvolk, DNVP und Wirtschaftspartei 1930 schwach vertreten und wo NSDAP und DVP gut repräsentiert gewesen sind. Die SPD grenzt sich mit ihren starken Stimmenzahlen gleichermaßen deutlich von den traditionellen bürgerlichen Parteien (außer der DDP), von der NSDAP und der KPD ab. Demgegenüber wird die KPD 1932 - neben ihrer Konkurrenz zur SPD - nur noch dadurch charakterisiert, daß sie in solchen (kleineren) Gemeinden gute Ergebnisse erzielt, in denen 1930 auch das Landvolk gut abgeschnitten hat. Es handelt sich demzufolge um die weniger agrarisch geprägten Kleingemeinden, in denen die KPD 1932 gut repräsentiert ist.

Neben dem Vergleich der Stärken der Parteien untereinander ermöglicht die Analyse dieser Übergänge auch Aussagen über die interne Stabilität der Stimmenzahlen, die die Parteien von 1932 auf 1930 erzielen. Hieraus läßt sich durch Berechnung der Determination (R^2) ein "Stabilitätskoeffizient" (J. Falter) gewinnen, der die unterschiedlichen Haltequoten der Parteielektorate vom Ergebnis her illustriert (denn selbstverständlich können gewichtige Binnenwanderungen stattfinden, auch wenn die Salden und Aggregate ähnlich bleiben). Es zeigt sich, daß das Landvolk 1932 gegenüber 1930 nur 2 % seiner Wählerzahl behält. Mit 6 %, 10 % und 14 % schneiden diesbezüglich auch die Wirtschaftspartei, DVP und DDP schlecht ab, und auch die Deutschnationalen behalten kaum mehr als

Tabelle 5:

Die Beziehung der Parteien im Landkreis Kassel (RT-Wahlen v. 31.7.1932; partielle Korrelationskoeffizienten, partialisiert gegen die gültigen Stimmen)

	DNVP	DVP	DDP	Zentrum	WIP	
NSDAP	.2153	-.0059	.1632	.0723	-.0513	
DNVP		.7114 ^x	.0136	.3109 ^{xx}	.0230	
DVP			.0312	.4551 ^{xx}	-.0047	
DDP				.2530	.2047	
Zentrum					-.1348	
WIP						
CSVD						
Landvolk						
SPD						
KPD						
LWB						
	CSVD	Landvolk	SPD	KPD	LWB	BEV
NSDAP	.2336	.0431	-.6484 ^x	-.2312	.0661	.2022
DNVP	-.0879	.0141	-.4025 ^x	.1053	-.1875	-.2012
DVP	.0966	-.1817	-.1567	-.0026	-.0666	-.0291
DDP	-.0599	.0961	-.0739	-.1330	.1962	.3581 ^{xx}
Zentrum	.0198	.3294 ^{xx}	-.2170	.0603	.0187	.0569
WIP	-.3760 ^{xx}	-.1185	.2190	-.2040	-.0355	-.0422
CSVD		-.1750	-.1636	-.1690	.0685	.3621 ^{xx}
Landvolk			-.2052	.2343	.0140	.0035
SPD				-.5617 ^x	.0004	.0524
KPD					-.0535	-.3216 ^{xx}
LWB						.5005 ^x

Legende: Vgl. die entsprechenden Angaben zu Tabelle 4

ein Drittel ihrer Wähler von 1930. Auch bei der NSDAP fallen nur 40 % der Erfolge von 1930 und 1932 zusammen, was aber daraus resultiert, daß diese Partei 1932 solche großen Nettozugänge erzielt, die auf keinen positiven Fall im Jahr 1930 zurückgehen. Die hohen Haltequoten der Arbeiterparteien deuten demgegenüber an, daß die Wahlergebnisse von 1932 weitgehend nichts an den Verteilungsregeln von 1930 ändern.

Tabelle 6:

Stabilitätskoeffizienten im Landkreis Kassel und im Deutschen Reich 1) (1930 und 1932/I)

	Reich		Landkreis Kassel	
	r	R ²	r	R ²
NSDAP	.79	.62	.63	.40
DNVP	.85	.72	.60	.36
DVP	.75	.56	.31	.10
DDP	.75	.56	.37	.14
Zentrum	.99	.98	.81	.66
WIP	.69	.48	.25	.06
CSVD	k.A.		.66	.44
Landvolk	k.A.		.13	.02
SPD	.97	.94	.85	.72
KPD	.97	.94	.88	.77
Sonstige 2)	.73	.53	-.05	.0025

1) Gerundet auf 2 Stellen; die Angaben für das Reichsgebiet entstammen: Jürgen Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S. 143.

2) Die "Sonstigen" sind für das Reich und den Landkreis Kassel nicht vergleichbar. Die Kategorie des Reichs enthält u. a. CSVP und Landvolk.

Der Vergleich des Landkreises Kassel mit dem Reichsergebnis der Übergänge zwischen den Parteielektoralen von 1930 und 1932 zeigt, daß es im Landkreis insgesamt "turbulenter" zugeht. Alle vergleichbaren Determinationen fallen im Kreisgebiet 35 % niedriger aus, wobei besonders die Abweichungen der Stabilität von DNVP, DVP, DDP und Wirtschaftspartei auffallen. Auch das Zentrum - im Landkreis Kassel unter den Bedingungen der Diaspora ohne entsprechende politisch-kulturelle und sozialmoralische Fundierung - zeichnet sich durch größere Schwankungen aus. Die SPD verliert als traditionelle Mehrheitspartei im Landkreis Kassel mehr Wähler, während NSDAP und KPD deshalb abweichen, weil sie ihre unterdurchschnittliche Position vor 1930 durch überdurchschnittliche Wachstumsschübe im Kreis stärker verbessern.

Das bisherige Gesamtbild (das nochmals die Besonderheit des Landkreises Kassel belegt) soll nun noch nach Gemeindeunterschieden differenziert werden. Dabei wird auf die Wahlen von 1928 (zum Reichstag und Landtag), 1930 und zum preußischen Landtag am 24. April 1932 zurückgegriffen, denn wesentlich

Tabelle 7:

Übergänge zwischen den Reichstagswahlen vom 14.9.1930 und 31.7.1932
im Landkreis Kassel 1)

1930 1932 I	NSDAP	DNVP	DVP	DDP	Zentrum
NSDAP	.6272 ^x	.4742 ^x	.2963 ^{xx}	-.0421	-.0427
DNVP	.2270	.6045 ^x	.4450 ^{xx}	.1936	.4793 ^{xx}
DVP	.4434 ^{xx}	.5480 ^x	.3118 ^{xx}	.0982	.1326
DDP	-.0092	.2248	.4410 ^{xx}	.3688 ^{xx}	.3039 ^{xx}
Zentrum	.0953	.0723	.2030	.3414 ^{xx}	.8114 ^x
WIP	.1199	.2678 ^{xx}	.2748 ^{xx}	.1326	.4598 ^x
CSVD	.3399 ^{xx}	-.0429	-.1488	.1191	-.1523
Landvolk	.0784	-.3665 ^{xx}	-.4438 ^{xx}	-.0160	-.0892
SPD	-.4709 ^x	-.2241	.0065	-.1923	-.0681
KPD	-.2964 ^{xx}	-.1424	-.1643	.0495	-.0884

1930 1932 I	WIP	CSVD	Landvolk	SPD	KPD
NSDAP	-.0948	.3314 ^{xx}	-.1064	-.5968 ^x	.0601
DNVP	.2492	-.3187 ^{xx}	.3719 ^{xx}	-.2841 ^{xx}	.0498
DVP	.3396 ^{xx}	.4632 ^x	.0667	-.5704 ^x	.1638
DDP	.2426	.0249	-.2200	.0541	-.1749
Zentrum	.2431	.2028	.4348 ^{xx}	-.2108	.0777
WIP	.2495	-.3967 ^{xx}	.2701 ^x	-.1203	.0106
CSVD	-.3264 ^{xx}	.6628 ^x	.1567	-.3701 ^{xx}	.0903
Landvolk	.0273	-.2782 ^{xx}	.1281	.2477	-.3015 ^{xx}
SPD	.3024 ^{xx}	-.1443	-.3743 ^{xx}	.8517 ^{xx}	-.6645 ^x
KPD	-.1973	-.2084	.2448	-.3456 ^{xx}	.8849 ^x

1) Partialkorrelationen, partialisiert gegen die gültigen Stimmen beider Wahlen und gegen die Einwohnerzahlen vom 16.6.1925 und 1933. Zu den Signifikanzhinweisen "x" oder "xx" vgl. die Legende von Tab. 4.

ist der NSDAP-Aufstieg im April bereits abgeschlossen. Um diese Betrachtung für die Einzelgemeinden sinnvoll (d.h. mit gehöriger Stimmenzahl) vornehmen zu können, werden die "bürgerlichen" Parteien zu zwei Gruppen - den traditionellen Parteien DNVP, DVP und DDP (BG I.1) sowie den "Durchgangsparteien" Landvolk, Wirtschaftspartei und CSVD (BG I.2) - und die Arbeiterparteien SPD und KPD zu einer Gruppe, der "Linken", zusammengefaßt.

Tabelle 8:

Signifikante Korrelationen ($p \leq .050$) in den 46 Gemeinden des Landkreises Kassel 1)

(RT/LT 1928 - LT 1932)

	keine sign. Korr.	GSt		BG11		BG12		Linke		NSDAP	
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-
NSDAP	2	33	0	0	23	0	5	1	35		
Linke	3	1	27	25	0	4	3			1	35
BG11	9	0	30			2	0	25	0	0	22
BG12	36	1	5	2	0			4	4	0	4

Legende:

GSt = gültige Stimmen

BG11 = DVP + DDP + DNVP (in % der GSt)

BG12 = CSVD + Landvolk + Wirtschaftspartei (in % d. GSt)

Linke = SPD + KPD (in % der GSt)

Auch die NSDAP-Stimmen werden in % der GSt korreliert

1) Aufgeführt werden nur die signifikanten Korrelationen, die mit einer Fehlerquote von 5 % nicht statistisch zufällig sind, sondern reale Tatbestände abbilden.

Es zeigt sich, daß die NSDAP etwa gleich vom Anwachsen der abgegebenen Stimmen und den Verlusten der bürgerlichen Parteien profitiert. Bis zum April 1932 spielen dabei die traditionellen bürgerlichen Mittelparteien eine vorrangigere Rolle als z. B. die DNVP-Abspaltungen und die Wirtschaftspartei. Erfolge der Arbeiterparteien und der NSDAP schließen sich hochgradig aus, nur in einem Ort wachsen beide Stimmanteile gleichzeitig. Deutlich unterscheiden sich die "Linken" auch bezüglich der Stimmenvermehrung und der Traditionsparteien von der NSDAP. Ebenso wie im Fall der "bürgerlichen" Parteien geht das Anwachsen der Stimmenkonten an den "Linken" vorbei. Die beiden Gruppen "bürgerlicher" Parteien weisen sehr unterschiedliche Rekrutierungszentren auf. Die Phasenunterschiede vom April und Juli 1932 deuten daraufhin, daß die NSDAP zuerst in den größeren und "verstädterten" Gemeinden Erfolge sammelt, daß die kleinen Landgemeinden erst im Laufe des Jahres 1932 vergleichbar hinzugewonnen werden. Indem die negativen Korrelationen zwischen den

alten bürgerlichen Parteien und der NSDAP in NSDAP-Zugewinne umgesetzt werden, stellt sich auch die eingangs erwähnte Polarisierung her, denn die Erfolgskentren dieser bürgerlichen Parteien sind gleichzeitig solche der SPD. In diesen Gemeinden - nach der obigen Tabelle handelt es sich um 23 bzw. 25 Orte - entwickelt sich 1932 die charakteristische Konfliktlage starker SPD- und NSDAP Wählerlager.

Obwohl die Durchführung von Regressionsanalysen am Tatbestand der Autokorrelation zu scheitern droht³⁶⁾ (denn mangels Angaben über die Wahlberechtigten ist der Größtenfaktor nicht kontrollierbar, bleiben die "Partei" der Nichtwähler und die Nettozugewinne des Elektorsats unberücksichtigt), weisen die bisher erprobten Regressionsmodelle doch zweifelsfrei darauf hin, daß die Ergebnisse der SPD und die Erfolge der NSDAP auf unterschiedliche Erklärungsfaktoren zurückzufolgen sind.

1928 wird der SPD-Erfolg wesentlich von der DDP, den gültigen Stimmen und der KPD beeinflußt, während 1930 und 1932 die weitgehende Statik der SPD 1930 vom Abschneiden von DDP, Landvolk, Wirtschaftspartei und CSVD sowie 1932 von dem der NSDAP und der Wirtschaftspartei abhängt. 1928 und 1930 beeinflußt also die DDP, 1930 und 1932 die Wirtschaftspartei (vor allem aber die NSDAP) das Abschneiden der SPD. Augenscheinlich ist es nur eine Frage der NSDAP, ob sie vor Ort die bürgerlichen Wähler sammelt, da alles darauf hindeutet, daß die SPD an diesem Auflösungsprozeß nur bezüglich der kleinen Anzahl vormaliger DDP-Wähler beteiligt ist.

Die NSDAP wird bereits 1928 durch schwache Ergebnisse der Wirtschaftspartei, DVP und DDP begünstigt. 1930 und 1932 profitiert sie vor allem vom Anwachsen der gültigen Stimmen (dem ein durchschnittliches Bevölkerungswachstum (1925 bis 1933) von 20 % zugrundeliegt) und davon, ob die KPD die SPD-Abgänge auffängt oder nicht. Geringeren Anteil haben dann noch die per saldo vergleichbar nicht so großen Stimmenverluste von Landvolk, Zentrum, CSVD, DVP und DNVP.

Bereits ein vorläufiges Regressionsmodell liefert bei Betrachtung der Residuen Hinweise auf diejenigen Gemeinden, in denen die Ergebnisse der NSDAP durch die genannten Wählerbewegungen/-änderungen besonders gut oder schlecht erklärt werden (gemäß Betrachtung der (un)standardisierten Residuen). In den Orten, in denen von 1928 bis 1932/1 die NSDAP-Ergebnisse gut erfaßt werden, ist die Konkurrenz mit der SPD besonders ausgeprägt (was sich in sehr hohen Ne-

36) Auf einem Fehlerniveau von 5 % belaufen sich d_U auf 1.48 und d_O auf 1.57 (bei $N = 45, k = 1$). Die Durbin-Watson-Tests für die NSDAP-Regressionsmodelle ("stepwise") (bei $d_{1928} = 2.2004, d_{1930} = 1.9177, d_{1932/1} = 2.40963$) liefern alle nicht entscheidbare Werte, so daß über die Gültigkeit der Befunde nichts ausgesagt werden kann. Zur Regressionsanalyse vgl. Dieter Urban, *Regressionsanalyse und Regressionstechnik* (Stuttgart 1982); J. Durbin, G. S. Watson, "Testing for Serial Correlation in Least Squares Regression II", in: *Biometrika* 38 (1951), S. 159 - 178, dort (S. 173 ff.) finden sich d-Wert-Vertafelungen.

Weiterführende Regressionsanalysen finden sich im "Wahlhandbuch" (Anm. 28).

gativkorrelationen ausdrückt). Dort prägen seitens der NSDAP auch das Auf sammeln bürgerlicher Wähler und die Teilhabe am Stimmenwachstum das Erscheinungsbild; die NSDAP bestimmt dort die politische Dynamik. Ein Vergleich dieser Orte (1928 sind es 15, 1930: 21 und 1932/I: 18 - mit PRESID $\leq \pm 5$) mit den negativen Ausreißern zeigt auf, daß sich das Anwachsen der NSDAP im allgemeinen durch auffällige Gleichförmigkeit auszeichnet. Als Ausreißer bezeichnen die Regressionsüberlegungen solche mittelgroßen Orte, die für die NSDAP überdurchschnittlich gute Abstimmungsergebnisse erbringen. Diese Orte erbringen NSDAP-Ergebnisse, die 1928 durchschnittlich um 100 %, 1930 um 24 % und 1932/I um 14 % über dem Kreisdurchschnitt liegen.

Insgesamt und zusammenfassend läßt sich für den Landkreis Kassel ein Bild zeichnen, das von der Statik bzw. leichten Abnahme der SPD (mit einer Prozentdifferenz 1928 - 1932/II von 14,8 gegenüber 21,5 im Reich und 31,2 in der Stadt Kassel) und von der Dynamik der NSDAP bestimmt wird. Insgesamt ist es die NSDAP, die davon profitiert, daß sichtlich alle nicht-sozialdemokratischen "Stammwähler" in Bewegung geraten, wobei sich die Situation für die SPD durch die mit der KPD erwachsende Konkurrenz noch weiter verschlechtert. Der SPD gelingt es zwar, knapp drei Viertel ihrer Wählerzahl (unklar bleibt, ob es sich dabei auch um ihre Wählerschaft handelt) zu bewahren und zu halten, ihre Stabilität ist also hoch; aber es gelingt ihr nicht, nennenswert positiv in die Auflösung des "bürgerlichen" Wählerpotentials, in die schrittweise Erosion des "bürgerlichen" Parteiensystems (der "alten" und der "neuen" Parteien) einzugreifen, um diese fließenden Wähler an sich zu binden; ebenso mißlingt es, den Nettozuwachs der Wählerstimmen zur SPD hinüberzuleiten. Beide letztgenannten Faktoren begünstigen die NSDAP (ortsweise kann auch die KPD davon profitieren).

Ein Kontrastgruppenvergleich (der mit den vorhandenen "Indikatoren" vorlieb nehmen muß) von NSDAP und SPD zeigt, daß diese politische Dynamik oder Statik sich maßgeblich nicht durch sozialstrukturelle Indikatoren wiedergeben läßt. Gewählt wird die Reichstagswahl vom 6. November 1932, weil die NSDAP in dieser Wahl die SPD um 7,3 Δ % übertrifft (mit 14.120 gegenüber 13.163 Stimmen) und zur stärksten Partei im Kreis wird (nachdem sie im Juli 1932 von der SPD noch um 166 Stimmen "übertagt" worden ist). Während die Wahl vom November 1932 im Reich eine Niederlage der NSDAP bedeutet, fällt ihr Abschwung im Landkreis Kassel deutlich schwächer aus; mit 957 Stimmen Vorsprung vor der SPD wird die NSDAP zur stärksten Partei (mit 37,9 % der gültigen Stimmen gegenüber 33,1 % im Reich vor den 35,3 %, die die SPD im Landkreis gewinnt oder den 20,4 % bzw. 25,3 % die im Reich bzw. in Kassel auf die Sozialdemokratie entfallen).

Beim Vergleich der Kontrastgruppenausdifferenzierung im Reich 37) und im Landkreis Kassel fällt auf, daß der Landkreis Kassel das Reichsmuster der länd-

37) Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen (Anm. 14), S. 195, 200.

Tabelle 9: Kontrastgruppenvergleich der Stimmenanteile von NSDAP und SPD im Landkreis Kassel

RT-Wahl vom 6.11.1932 (in % der gültigen Stimmen)

Kreis:

N = 46 Gemeinden
 NSDAP = 37,9%
 SPD = 35,3%

≤ 699 700

Gemeindegröße:

N = 24
 NSDAP = 40,7%
 SPD = 34,8%

N = 22
 NSDAP = 35,1%
 SPD = 35,8%

landwirtschafftll. Bev.:
 (Ø 19,7%)

N = 22
 NSDAP = 41,4%
 SPD = 37,8%

N = 2
 NSDAP = 33,3%
 SPD = 49,7%

N = 11
 NSDAP = 37,8%
 SPD = 38,2%

N = 11
 NSDAP = 37,0%
 SPD = 32,3%

Grundsteuerertr.:
 (Ø RM 20,01)

N = 10
 NSDAP = 34,9%
 SPD = 40,7%

N = 2
 NSDAP = 33,3%
 SPD = 49,7%

N = 5
 NSDAP = 35,9%
 SPD = 41,5%

N = 6
 NSDAP = 39,4%
 SPD = 35,5%

N = 10
 NSDAP = 37,1%
 SPD = 33,2%

N = 1
 NSDAP = 36,1%
 SPD = 23,5%

lich-evangelischen Linie der NSDAP bezüglich der Arbeiter und der Wirtschaftsabteilungen mit geringen Abweichungen nachzeichnet, während die SPD stärker vom Reich abweicht, sofern im Landkreis ihre Schwerpunkte in größeren Gemeinden mit bedeutenderem Landwirtschaftsanteil liegen. Angesichts der Datenlage sollte dieser Eindruck nicht überbewertet werden, aber der Kontrastgruppenvergleich bezüglich der positiven oder negativen Abweichung vom durchschnittlichen Grundsteuerertrag der Gemeinden "bestätigt" einen weiteren Befund (Falters 38). Die Schwerpunkte der SPD liegen eher in Orten mit überdurchschnittlichem Steuerertrag als die der NSDAP, die in diesen Gemeindegruppen im Vergleich zum Kreisergebnis durchschnittlich um 2,5 % schlechtere Ergebnisse erzielt.

7. Zusammenfassung

Nationalsozialistische Dynamisierung der Politik und das sozialmoralische Milieu der Sozialdemokratie auf dem Lande

"Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden." - "Die soziale Revolution... kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft."

(K. Marx 1852)

Globale Sichtweisen, wie sie als "Scharnier" zwischen den alten Makrostudien und der disparaten Fülle neuerer Lokal- und Regionaluntersuchungen z.B. von Kurt Sontheimer und Karl Dietrich Bracher³⁹⁾ vorgetragen werden, halten dem erreichten Differenzierungsgrad nicht stand, wenn das Verhältnis von "Moderne" und "Traditionalismus", von politischer Demokratie und autoritärer Sozialordnung von "Stabilität" und "Dynamik" - kurz: wenn ungleichzeitige Entwicklungsverläufe und Disparitäten zwischen "Politik" und "Gesellschaft" in der End-/Auflösungsphase der Weimarer Republik - dargestellt werden sollen. Die tatsächliche Dialektik kann in Anlehnung an Lepsius und Falter⁴⁰⁾ als eine Mi-

38) Ebd. S. 206.

39) Vgl. Kurt Sontheimer, "Die politische Kultur der Weimarer Republik", und Karl Dietrich Bracher, "Dualismus oder Gleichschaltung: Der Faktor Preußen in der Weimarer Republik", beide in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik, Düsseldorf 1987, S. 454 ff., 535 ff.

schung von extremer Instabilität und Stabilität bzw. als eine Stabilität von "Lagern" bei gleichzeitiger Instabilität und Radikalisierung in diesen "Lagern" begriffen werden.

Lepsius' Konzept der konstanten "sozialmoralischen Milieus" und des stabilen Parteiensystems, demzufolge die NSDAP lediglich in ein nach 1924 sich eröffnendes "Orientierungsvakuum" hineinwächst, überschreitet zwar die enge klassensoziologische Sichtweise und weist darauf hin, daß sich politische Apparate und "cleavages" durch die "sozialmoralische Einheit" der "Milieus" mit entsprechenden Brechungen zeigen. Das Konzept versagt aber, wenn es zu bestimmen gilt, ob eine auch agrarisch-hausindustriell geprägte Sozialdemokratie primär als Sozialdemokratie oder als ein dörfliches Unterschichtenmilieu von "Arbeiterbauern" zu begreifen ist. Die Ergebnisse der Betrachtung des Landkreises Kassel - ebenso wie diejenigen von Michaela Wenniger-Richter 41) - deuten darauf hin, daß diese Streitfrage durch die politische Polarisierung und Dynamik angesichts von Weltwirtschaftskrise und politischen Delegitimierungen der Parteien, Institutionen und Repräsentanten des "Weimarer Systems" akut wird. Diese Dynamik wird im Lepsius'schen Konzept der Milieukonstanz untergeordnet.

Parteien sind Agenten von Milieus, aber ein Milieu kann als überparteilicher Sozialzusammenhang unterschiedliche Parteien gleichermaßen bestimmen. Parteien (der "Moderne") sind nur teilweise in einem Milieu verankert und beziehen sich auf Konzepte wie Prozesse, die außerhalb dieser kleinräumlichen Bestimmungsgründe liegen. Diese Dynamik führt in der End-/Auflösungsphase der Weimarer Republik zum Aufbrechen der Beziehungen zwischen überregionaler Politik und dem milieuverhafteten Alltagsverhalten. Träger dieses dynamischen Milieubruchs ist die NSDAP, insofern sie den Arbeiterparteien in der Region die Legitimation abspricht. Die traditionellen Begrenzungen politischer Konflikte angesichts der gemeinsamen Ökonomie des "Arbeitsleuteverhältnisses" und der subsistenzwirtschaftlichen Krisenökonomie werden von der NSDAP (nicht von SPD oder KPD) aufgegeben. Die NSDAP propagiert die Anbindung des "sozialmoralischen Milieus" an die Dynamik einer Staatspolitik, die dadurch legitimiert wird, daß sie als Vernichtung einer "volksfremden" Politik seitens der Arbeiterparteien

40) Vgl. die Zusammenfassungen der Arbeiten von Jürgen W. Falter, "Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP", in: Bracher u.a. (Hrsg.), Die Weimarer Republik (Anm. 39), S. 484 - 504; ders., "Die Wähler der NSDAP 1928 - 1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft", in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn/München/Wien/Zürich 1984, S. 47 - 59.

Als eigenständigere Studie cf. jetzt auch Jürgen W. Falter, "The National Socialist Mobilisation of New Voters: 1928 - 1933", in: Thomas Childers (Hrsg.), The Formation of the Nazi Constituency 1919 - 1933 (London u. Sydney 1986), S. 202 - 231. - Grundlegend kritisch vgl. den Hinw. von Anm. 22 und Anm. 33.

41) Vgl. Wenniger-Richter, The National Socialist Electoral Breakthrough (Anm. 22), S. 282, 288 f., 301, 324; Hennig, Politischer Wandel (Anm. 3), S. 98ff., 107ff.

propagiert wird. Gegenüber den lokalen Honoratioren und den durch sie repräsentierten, lediglich informell organisierten "bürgerlichen" Parteien oder Einzelpunktorganisationen (wie dem Landvolk für die Bauern, der Wirtschaftspartei für "mittelständische" Hausbesitzer und Kleingewerbetreibende, dem CSVD für orthodox-"renitente" evangelische Christen bzw. Pfarrgemeinden) vertritt die NSDAP "bürgerlicherseits" (wie SPD und KPD für die Arbeiterbevölkerung) ein transregionales, apparathaft-organisiertes und allgemeines Politikkonzept. Der "bürgerlichen" Klientel kann sie aufzeigen, daß die staatspolitische Wendung notwendig ist, um angesichts der Krise in der Region bestehen zu können. Diese Verbindung von allgemeiner Dynamik und besonderer Statik gelingt den Arbeiterparteien nicht mehr. Sie werden mit dem System, mit der preußischen Regierung, der Verfassung und den lösungsunfähigen "Regierungen" in Berlin, Kassel und vor Ort, identifiziert und gleichzeitig aus der kleinbürgerlich-bäuerlichen Substanz des "sozialmoralischen Milieus" herausgedrängt. Die NSDAP greift dabei sowohl dynamische Modernisierungen wie statisch-bezogene Ängste auf und wendet sie gegen SPD und KPD, um schrittweise die vormaligen "bürgerlichen" Wähler einzusammeln. Sie tritt auf (und wird so akzeptiert) als Versöhnung zwischen Dynamik und Statik, so daß die Essenz des statischen Milieus bewahrt wird bzw. wieder zur Ruhe kommen kann. Augenscheinlich kann die NSDAP angesichts des Zerfalls aller "bürgerlichen" Parteien im "sozialmoralischen Milieu" eine sichtbar respektable Politik vorstellen, weil sie den "wahrgenommenen Normen der primären Umwelt" (E. Scheuch) 42) aus Sicht aller Nicht-"Linken" entspricht. Es muß in Rechnung gestellt werden, daß sich die Gemeinden um 1930 in einem Wandlungsprozeß befinden, an dem seit 1890/1900 zwei Generationen beteiligt sind. Dieser Wandlungsprozeß besteht im Wechsel von Bauern- zu Arbeiterbauerngemeinden, ein erheblicher Teil der Kasseler Arbeiterschaft wohnt im Umland, wo sich die Arbeiter in zwei Generationen von angelernten Arbeitern und Arbeitern im "primären" Sektor (Steinbruch, Holzarbeit, Maurer) zu Metallfacharbeitern qualifizieren. Parallel dazu verdoppelt sich im dörflichen Milieu, dessen materieller Grund das "Arbeitsleuteverhältnis" und die familienwirtschaftliche Subsistenz darstellen, die politische Kultur in einem "deutschen" und einem "freien" Teil. Einzige Klammer des Milieus ist das "Arbeitsleuteverhältnis", in dem Bauern, Kleingewerbetreibende und Arbeiterpendler (als "Mondscheinbauern") kooperieren. Die Arbeiter und Arbeiterfrauen bringen ihre Arbeitskraft ein, die Bauern benötigen deshalb keine Landarbeiter, als Gegenleistung können die Arbeiter bei der Feldbestellung auf die Spanndienste der Bauern zurückgreifen. Im besten Fall ist dies ein bargeldloser Tausch, im Regelfall müssen die Arbeiterbauern am Jahresende noch nachzahlen. Dennoch halten sie an dieser dörflichen Basis fest, weil sie ihnen im Ver-

42) Vgl. Erwin K. Scheuch, "Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten", in: ders. u. Rudolf Wildenmann (Hrsg.), *Zur Soziologie der Wahl = Sonderh. 9, KZfSS (1965), S. 169 - 214.*

gleich zu den städtischen Kollegen ein gesicherteres und krisenfesteres Familieneinkommen - besonders eine bessere Ernährungslage - garantiert. Das hohe Maß an Selbstausbeutung fällt demgegenüber nicht ins Gewicht und verbindet im übrigen wiederum die gesamte dörfliche Einwohnerschaft, die keine Rentiers kennt. Dennoch bleiben die Arbeiterbauern in dieser Gemeinschaft die Neuerer, die mit der SPD eine nationalpolitische Perspektive und mit der Industriearbeit einen sozioökonomischen Wandlungsprozess repräsentieren. Angesichts der Weltwirtschaftskrise artikuliert sich dieses traditionelle "sozialmoralische" Milieu dann als nationalsozialistisch angeleitete und über die NSDAP auch reichsweit organisierte Defensive. Beide Teile des Milieus entwickeln in dieser Konstellation hohe Bindekräfte, deren Gegeneinander auch die "cleavages" im Milieu der Dörfer, Arbeiterwohngemeinden und Gartenstädte hervorhebt. (Im Gegensatz zur abstrakteren Stadt mildert dennoch die Praxis des "Arbeitsleuteverhältnisses" das Ausmaß politischer Gewalt.)

Angesichts dieser Aktualisierung und Zuspitzung des Konfliktpotentials der längerfristigen Umorientierungsprozesse in einem "kapitalistischen Ständestaat" (M. J. Bonn) 43) und in einer weitgehend noch parochialen, nicht aber intermediären Umwelt 44) muß Lepsius' Konzept des "sozialmoralischen Milieus" dynamisiert werden. Stabilität und Dynamik fallen angesichts der von außen hereinbrechenden Wandlungsprozesse der Weltwirtschaftskrise, der Agonie eines sozialdemokratisch geführten Preußens und der Handlungunfähigkeit des autoritären Systems der Weimarer Präsidialkabinette auseinander und drücken sich im Gegensatz einerseits von SPD (und KPD) und andererseits (nach 1929/30) der NSDAP aus. Diese Konstellation fordert eine Deszision der Wählerschaft, deren Ausschließlichkeit die vorher noch traditionell abgemilderten "cleavages" zwischen Arbeitern und "Kleinbürgern" hervortreten läßt. Insofern sich diese Dichotomie herausbildet, verdichtet sich die "bürgerliche" Option für die NSDAP, die insofern modern ist, als sie dem Apparat und dem nationalpolitischen Anspruch der Arbeiter ähnliches entgegengesetzt. Vormoderne "kleinbürgerliche" Reaktionen auf Krise und Polarisierung sind die "Einpunktorganisationen" Landvolk, Wirtschaftspartei und CSVD, die 1930 und 1932 aber nur in 5 oder 6 Gemeinden des Landkreises ein eigenes politisches Kolorit ausprägen, die ansonsten aber (vgl. Tab. 8) sehr unkonturiert bleiben und in der Wahl Juli 1932 ihre Wähler (bis auf die CSVD) überwiegend an die NSDAP abgeben (vgl. die Tabellen 6 und 7). Insofern beendet die NSDAP einen Politisierungsprozeß, der die Wähler aus dem "sozialmoralischen Milieu" an die destabilisierenden Kräfte eines aktuell und sichtbar werdenden rapiden Wandels heranführt, der das Organisationsvakuum der nur über lokale Honoratioren präsenten "alten" "bür-

43) Vgl. M. J. Bonn, *Das Schicksal des deutschen Kapitalismus*, Berlin 1930; Mancur Olson, "Rapid Growth as a Destabilizing Force", in: *The Journal of Economic History* 23 (1963), S. 529 - 552.

44) Vgl. Anm. 42.

gerlichen" Parteien ausfüllt und der gegen den "Ansturm" der "Linken" ein "Lager" versammelt und formiert. Dieser Prozeß wird 1930 sichtbar, nachdem er 1928 und vor allem am 17.11.1929 bei den Gemeindewahlen und der Wahl zum Kasseler Provinziallandtag (mit 6,3 % der gültigen Stimmen für die NSDAP und 23,7 % für eine hessische "Arbeitsgemeinschaft Stadt und Land") einsetzt. Am 15.9.1930 kommentiert das "Kasseler Tageblatt" das Reichstagswahlergebnis im Landkreis Kassel durch Hinweise auf die SPD-Verluste und den überdurchschnittlichen Zuwachs der NSDAP. Vor allem aber sieht diese ("liberale") Zeitung "ganz große Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen", wobei auf das Anwachsen von Landvolk und CSVD hingewiesen wird. Die Wahlanalyse zeigt, daß diese Bewegung der Wähler außerhalb der sozialdemokratischen Repräsentation des "sozialmoralischen Milieus" schrittweise zur NSDAP führt. Insofern kann die regionale Analyse zur Dynamisierung des Milieukonzepts beitragen und Licht auf "die Durchsetzungs- und Mobilisierungsstrategien der NSDAP werden"⁴⁵) - in einer Form, die für die regressionsanalytischen Wählerwanderungsmodelle einen breiteren und materialgesättigten sozioökonomischen, politisch-kulturellen und organisationspolitischen Kontext erschließt.

45) Vgl. die "forschungsstrategischen Konsequenzen", die Manfred Küchler mit einer Kritik der nur "wählerwanderungsfixierten" historischen Wahlforschung verbindet: Die Wahlerfolge der NSDAP (Anm. 13), S. 37.

Konfessioneller Konflikt und politisches Verhalten in Deutschland: vom Kaiserreich zur Bundesrepublik

Karl Schmitt

I. Vorbemerkung

Religion erscheint vielen Betrachtern der neueren deutschen Geschichte "als ein sich abschwächender Überhang von Tradition, nicht mehr den Gang oder gar den Fortgang der Dinge bestimmend 1)." Das mag erklären, warum Historiker, Politikwissenschaftler und Soziologen sich bisweilen schwer tun, die politische Bedeutung von Religion, Konfession und Kirche angemessen zu erfassen; warum etwa für viele Existenz und Eigenart der Zentrumsparterie "mit den meisten generellen Aussagen, die zum Allgemeinbestand der Forschung über das politische System des Kaiserreichs geworden sind, nicht zusammenpassen 2)", warum das Zentrum im Parteiensystem der Weimarer Republik als "Fremdkörper 3)" empfunden werden kann, warum also die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik stabilste Partei die "am wenigsten verstandene der großen politischen Bewegungen in Deutschland 4)" geblieben ist.

Hinter dieser Ratlosigkeit 5) verbirgt sich zweierlei: zum einen eine verengte Forschungsperspektive, die ihr Interesse auf die horizontalen, aus der industriellen Revolution erwachsenen Konflikte und Gesellschaftsstrukturen konzentriert und diesen alle vertikalen, d.h. konfessionellen, regionalen, ethnischen und sprachlichen Differenzierungen der Gesellschaft unterordnet. Zum anderen die deterministische Grundannahme, der zufolge noch bestehende Konflikte in der vertikalen Dimension lediglich ein Übergangsstadium zu einer Gesellschaft darstellen, deren Frontstellungen definitiv durch die horizontale Dimension, also materielle Verteilungskämpfe geprägt sind.

1) Thomas N i p p e r d e y, "Religion und Gesellschaft: Deutschland um 1900," in: Historische Zeitschrift 246 (1988), S. 591.

2) Richard J. E v a n s, "Introduction," in: ders. (Hrsg.), Society and Politics in Wilhelmine Germany (London 1978), S. 30.

3) Erhard B l a n k e n b u r g, Kirchliche Bindung und Wahlverhalten (Olten/Freiburg 1967), S. 148.

4) James J. S h e e h a n, "Klasse und Partei im Kaiserreich: Einige Gedanken zur Sozialgeschichte der deutschen Politik," in: Otto P f l a n z e (Hrsg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches (München/Wien 1983), S. 9. Vgl. David B l a c k b o u r n, "Die Zentrumsparterie und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfes und danach," in: P f l a n z e, op. cit., S. 74: "Zeitweise hat man direkt den Eindruck, als glaubten die Historiker, das Zentrum dürfe es 'eigentlich' gar nicht gegeben haben."

5) Auch die Wahlsoziologie nimmt die Bedeutung des Faktors Konfession bisweilen nur widerstrebend zur Kenntnis. Vgl. Franz Urban P a p p i, "Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik," in: Joachim M a t t h e s (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa (Frankfurt/New York 1979), S. 472: "Wenn sich der Faktor Religion bei einer Bundestagswahl wieder als wichtig herausgestellt hat, tröstet sich (sic!) mancher damit, daß dies demnächst ja anders werden müsse."

Diese Annahmen über Beschaffenheit und Abfolge gesellschaftlicher Konfliktstrukturen wurden durch das Überdauern, ja sogar die Renaissance vielfältiger ethnischer, regionaler, sprachlicher und konfessioneller Partikularismen in den Industriestaaten und das Scheitern zahlreicher Versuche, in der Dritten Welt nach europäischer Idealvorstellung in sich homogene Nationalstaaten aufzubauen, in Frage gestellt. Soziale Egalisierung, intensivere Kommunikation und gesteigerter Wohlstand haben nicht-ökonomische Identifikationen und Konflikte nicht nur nicht zum Verschwinden gebracht, sondern vielfach sogar noch gesteigert. Von einer zwangsläufig zunehmenden Dominanz ökonomischer Konflikte kann jedenfalls keine Rede sein 6).

Einsichten dieser Art legen es nahe, sowohl auf theoretische Vorentscheidungen über die Natur gesellschaftlicher Konflikte als auch auf deterministische Annahmen über deren notwendige zeitliche Abfolge zu verzichten. Interessen welcher Art aufeinanderstoßen, welche Konflikte zu Gruppenbildungen führen und welche nicht, welche politisiert werden, welche Frontstellungen über andere dominieren und wie einmal etablierte Frontstellungen zukünftige präjudizieren: all das ist dann eine rein empirische Frage. Konfessionelle Konflikte können dann einen gleichberechtigten Platz finden.

Im vorliegenden Beitrag soll die Bedeutung von Religion, Konfession und Kirche für das politische Verhalten der deutschen Bevölkerung von der Reichsgründung bis zur Gegenwart untersucht werden. Der Untersuchung wird das in der Tradition der Arbeiten von Lipset, Rokkan und Lepsius 7) entwickelte "Konzept der politisierten Sozialstruktur 8)" zugrundegelegt. Dieses Konzept eignet sich dafür einerseits durch seinen Verzicht auf problematische theoretische Vorentscheidungen, also durch die geforderte Offenheit. Andererseits erlaubt es eine sinnvolle Strukturierung des Gegenstands, indem es drei Untersuchungsebenen unterscheidet: Als erste Ebene gesellschaftliche Konflikte, als zweite aus der Austragung dieser Konflikte erwachsene gesellschaftliche Großgruppen ("Milieus") und schließlich, als dritte Ebene, durch Parteien strukturierte Muster politischen Massenverhaltens.

Im Mittelpunkt der folgenden Darstellung stehen daher drei Fragen: Wie sind die Frontstellungen *konfessioneller Konflikte* in Deutschland beschaffen und auf welche historischen Konstellationen sind ihre Entstehung und jeweilige Intensi-

6) Vgl. Theodor Hanf, "Un son de cloche! Essai sur confession et style politique en Allemagne," in: Revue d'Allemagne 16 (1984), S. 266 - 280, und Arend Lijphart, "Religious versus Linguistic versus Class Voting: The 'Crucial Experiment' of Comparing Belgium, Canada, South Africa and Switzerland," in: American Political Science Review 73 (1979), S. 442 - 458.

7) Seymour M. Lipset u. Stein Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments (New York/London 1967); M. Rainer Lepsius, "Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft", in: W. Abel et. al. (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte (Stuttgart 1966), S. 371 - 393.

8) Pappi, op. cit., S. 467.

tät zurückzuführen? Welche *konfessionellen Milieus* bilden sich heraus und wie entwickeln sich deren innere Struktur und mobilisierende Kraft? In welchem Verhältnis stehen konfessionelle Milieus zu *politischen Parteien* und in welchem Ausmaß prägen sie das *Wahlverhalten* der deutschen Bevölkerung? Die zeitliche Untergliederung orientiert sich an einschneidenden Zäsuren der konfessionspolitischen Grundkonstellation. Da - wie zu zeigen sein wird - eine solche Zäsur nicht im Regimewechsel 1918/1919 sondern in der Etablierung der Bundesrepublik zu sehen ist, wird zunächst die Entwicklung von der Reichsgründung bis 1933 und im zweiten Schritt diejenige seit Bestehen der Bundesrepublik dargestellt.

II. Kaiserreich und Weimarer Republik

1. Konfessionskonflikt: unerwartete Renaissance

Seit Reformation und Gegenreformation Deutschland in zwei Bekenntnisse gespalten hatten, war hier im Unterschied zu konfessionell homogenen Ländern die dominierende Form religiöser Auseinandersetzung die Konfrontation zwischen den beiden konfessionellen Lagern. Nach Versuchen, die Einheit von Nation und Konfession mit militärischen Mitteln durch Auslöschung eines der beiden Kontrahenten wiederherzustellen, hatte - geboren aus Erschöpfung und der Einsicht in die Unbezwingbarkeit der jeweiligen Gegenseite - eine politische Lösung des Konflikts die Oberhand gewonnen. Das im Augsburger Religionsfrieden entwickelte und im Westfälischen Frieden endgültig durchgesetzte kunstvolle System der "amicabilis compositio", beruhend vor allem auf dem numerischen Gleichgewicht und dynastisch abgesicherter territorialer Segregation der Bekenntnisse, erreichte eine dauerhafte Einhegung des konfessionellen Konflikts.

Wie ist zu erklären, daß nach Jahrhunderten konfessionellen Friedens im 19. Jahrhundert eine jähe Wiederbelebung der inzwischen obsolet geglaubten konfessionellen Frontstellung stattfand?

Zwei Ereignisse waren es vor allem, die die bislang geltenden Grundlagen der konfessionellen Pazifizierung zerstörten⁹⁾. Das erste, die territoriale Neuordnung der Großen Säkularisation und des Wiener Kongresses, beseitigte die Deckungsgleichheit von konfessioneller und staatlicher Zugehörigkeit und brach die bislang konfessionell homogenen Lebensräume auf. Große, geschlossen katholische Gebiete kamen an die mehrheitlich evangelisch dominierten deutschen Staaten, vor allem an Preußen. Bei dem zweiten konfessionspolitisch folgenreichen Ereignis, der kleindeutschen Reichsgründung von 1871, wiederholte sich dieser Vorgang durch den Ausschluß Österreichs in größerem Maßstab. Von nun an lebten die Katholiken Deutschlands nicht nur in den Einzelstaaten (mit Ausnahme Bayerns und Sachsens) unter der Herrschaft evangelischer Dy-

9) Zum folgenden vgl. Anton R a u s c h e r (Hrsg.), *Der soziale und politische Katholizismus: Entwicklungslinien in Deutschland 1803 - 1963* (München 1981).

nastien, sondern sie fühlten sich auch im "Heiligen Evangelischen Reich Deutscher Nation" (Adolf Stoecker), in dem sie eine Minderheit von einem Drittel darstellten, als Staatsbürger zweiter Klasse.

Der Inferioritätsstatus der deutschen Katholiken war nicht nur das Ergebnis der Zerstörung des numerischen Gleichgewichts. Er war zusätzlich Ausdruck der Tatsache, daß die katholischen Gebiete - noch mehr als dies seit der Reformation ohnehin der Fall war - durch die Neuordnung ins Abseits der gesellschaftlichen Dynamik geraten waren ¹⁰). Die Vernichtung der kirchlichen Bildungs- und Sozialeinrichtungen durch die Säkularisation hatte die Entfaltungsmöglichkeiten der katholischen Bevölkerung stark eingeschränkt. So hatten etwa die ehemaligen geistlichen Residenzstädte ihre Funktion als Zentren des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens verloren und fanden sich in den neuen Staaten nicht nur geographisch sondern auch hinsichtlich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten am Rande. Da die konfessionelle Homogenität der Siedlungsgebiete zunächst im wesentlichen fortbestand, Konfession also fester Bestandteil der lokalen und regionalen Identität blieb, fielen lokale und regionale mit konfessionellen Interessen zusammen.

Die Säkularisation hat zudem eine Neuordnung der katholischen Kirchenorganisation ausgelöst, die sich als konfessionspolitisch äußerst brisant erweisen sollte. Nach der Liquidierung der alten Reichskirche, nach der Trennung geistlicher von weltlicher Gewalt wurden die entsprechend den neuen Territorialgrenzen neu geschaffenen Bistümer der Kirchenhoheit der Einzelstaaten unterstellt. Das folgenreichste Moment dabei war, daß der im Selbstverständnis des Staates als Souverän auch in Kirchenfragen einerseits und dem Anspruch der katholischen Kirche als vorstaatlicher autonomer Körperschaft andererseits angelegte Konflikt als Kampf zwischen den Konfessionen gedeutet werden konnte: dem um seine Befreiung vom Joch der Staatskirchenhoheit ringenden katholischen Klerus stand die Kultusbürokratie evangelischer Staaten gegenüber.

Entscheidend für den katholischen Bevölkerungsanteil wurde, daß die Austragung der Gegensätze zwischen katholischer Hierarchie und Staat, zwischen katholischer Minderheit und protestantischer Mehrheit, zwischen kultureller Peripherie und Zentralstaat, zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Staat sowie der soziale Gegensatz zwischen (katholischen) "kleinen Leuten" einerseits und (evangelischer) Staatsklasse und Unternehmerschaft andererseits im konfessionellen Gegensatz gebündelt werden konnte. Daß gerade der konfessionelle Gegensatz zum Kristallisationspunkt so unterschiedlicher, sich überlagernder Kon-

10) Vgl. Rudolf Lill, "Reichskirche - Säkularisation - katholische Bewegung," in: Rauscher (Hrsg.), op. cit. S. 15 - 45; Helmut Geller, "Sozialstrukturelle Voraussetzungen für die Durchsetzung der Sozialform 'Katholizismus' in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts," in: Karl Gabriel u. Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), Zur Soziologie des Katholizismus (Mainz 1980), S. 66 - 88 sowie Michal N. Ebertz, "Herrschaft in der Kirche. Hierarchie, Tradition und Charisma im 19. Jahrhundert," in: Gabriel u. Kaufmann (Hrsg.), op. cit., S. 89 - 111.

fliktlagen wurde, läßt sich auf drei Umstände zurückführen. Zum einen war die Konfessionszugehörigkeit für die breite Bevölkerung das sichtbarste Unterscheidungs- und Identifikationsmerkmal. Zum anderen verfügte der konfessionelle Gegensatz als einziger über einen organisatorischen Rückhalt. Und schließlich provozierte die staatlicherseits verfolgte Politik geradezu eine konfessionelle Deutung der Auseinandersetzung.

Im "Mischehenstreit" der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts sorgte die preußische Regierung durch die spektakuläre Verhaftung der Erzbischöfe von Köln und von Posen-Gnesen für die Voraussetzungen der "erste(n) mit publizistischen Mitteln geführte(n) Massenbewegung für die Kirchenfreiheit, die eine Solidarisierung der katholischen Bevölkerung in Preußen und im übrigen Deutschland bewirkte 11)." Eine Generation später wurde die Frontstellung im "Kulturkampf", nunmehr auf nationalstaatlicher Ebene, noch weiter vorangetrieben. Bei seinem Versuch, den katholischen Bevölkerungsteil durch einen "innenpolitischen Präventivkrieg 12)" gewaltsam in das neue Reich zu integrieren, erreichte Bismarck das Gegenteil dessen, was er angestrebt hatte. Anstatt die konfessionellen Scheidelinien zu neutralisieren, verhalf er dem konfessionellen Selbstbewußtsein zu neuer Blüte. Auch in diesem Konflikt erlangte die konfessionelle Frontstellung Priorität gegenüber allen anderen. Nationalitätenpolitische (östliche Provinzen Preußens, Elsaß-Lothringen), kulturpolitische (staatliche Schulaufsicht, Zivilehe) und verfassungspolitische Auseinandersetzungen (Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus) wurden so in ein konfessionelles Fahrwasser geleitet.

Der Abbau der Kulturkampfgesetzgebung machte zwar das in den Jahrzehnten bis zur Jahrhundertwende vollzogene Hineinwachsen der Katholiken in den Nationalstaat möglich. Daß der konfessionelle Konflikt für die Katholiken jedoch weiterhin bedeutsam blieb, hatte eine seiner Ursachen darin, daß er sich durch die Bildung eines Milieus und durch die Schaffung einer wirkungsvollen politischen Vertretung inzwischen fest institutionalisiert hatte. Dem Konfessionskonflikt kam solchermaßen sein zeitlicher Vorsprung zugute. Er hatte seine Massenwirksamkeit bereits erreicht, als die mit der industriellen Revolution verbundenen Klassegegensätze sich voll entfalteten. Zudem waren einige der objektiven Grundlagen des Konfessionskonflikts erhalten geblieben, vor allem die Minderheitenlage und die soziale Inferiorität der Katholiken.

Der Übergang zur Weimarer Republik hätte - angesichts des mit dem Sturz der Monarchie verbundenen Fortfalls institutioneller Bindungen des Staates an den Protestantismus - eine Abschwächung der katholischen Defensivhaltung herbeiführen können. Die scharf antiklerikale Politik einiger Kultusminister, allen voran des preußischen, in der Zeit unmittelbar nach der Revolution verhin-

11) Rudolf L i l l, "Die Länder des Deutschen Bundes und die Schweiz 1830 - 1848," in: Herbert J e d i n (Hrsg.), Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. VI/1, (Freiburg/Basel/Wien 1973), S. 398.

12) Heinrich B o r n k a m m, Die Staatsidee im Kulturkampf (München 1950), S. 66.

derte das zunächst. Dennoch führte die Erledigung wesentlicher kirchenpolitischer Streitfragen durch die Weimarer Reichsverfassung (Garantie der korporativen Rechte der Kirche und der Religionsfreiheit), die Beseitigung der staatlichen Diskriminierung ("Zentrumsbeamte") und innerkirchlichen Entwicklungen (Reformkatholizismus, Katholische Aktion, Jugendbewegung) bis 1933 zu einer merklichen Schwächung der konfessionellen Konfrontation.

Die konfessionelle Frontstellung des katholischen Bevölkerungsteils lebte von seiner Fixierung auf *den* Protestantismus. Alle für Zusammenhalt und kulturelle Identität der Katholiken als bedrohlich empfundenen Entwicklungen: der Liberalismus, der Kapitalismus, der Sozialismus, schließlich der "Modernismus" überhaupt, wurden als Ausfluß protestantischen Geistes verstanden¹³).

Der Protestantismus als einheitliche Größe war jedoch eine katholische Fiktion. Der evangelische Bevölkerungsteil war vielfältig gespalten. Für ihn blieb der konfessionelle Gegensatz sekundär. Einen Konflikt, der ihn als Ganzen in eine geschlossene Frontstellung hätte bringen können, hat es nicht gegeben¹⁴).

So war die Große Säkularisation, wesentliche Voraussetzung für die Wiederbelebung des katholischen Konfessionalismus, für den Protestantismus praktisch folgenlos. Der evangelische Bevölkerungsteil blieb privilegierte Mehrheit. Die Staatsoberhäupter waren weiterhin zugleich Landes- und Kirchenherren, die Kirchen blieben - in einzelne *Landeskirchen* parzelliert - Behörden- und Pastorenkirchen ohne nationale Repräsentanz. Konflikte mit dem Staat waren so von vornherein ausgeschlossen.

Die für den Protestantismus entscheidenden Konfliktlinien verliefen daher - mangels Formierung zu einer kompakten Einheit - in der Folgezeit *nicht zwischen* den Konfessionen, sondern *innerhalb* des evangelischen Bevölkerungsteils. Bei dieser Grundkonstellation innerhalb des deutschen Protestantismus sollte es bis 1933 bleiben, auch dann, als er sich nach 1918 in einer völlig neuen Lage fand.

2. Milieus: konfessionelle Asymmetrie

Als Bismarcks Kulturkampf gescheitert war, hatte die Erfahrung des äußeren Druckes das katholische Bevölkerungsdrittel des Deutschen Reiches zu einem Milieu mit festen Strukturen, klarem Sonderbewußtsein und deutlicher Abgrenzung nach außen formiert. Es beruhte auf der Verbindung zweier Organisationsformen: der zentralisierten und bürokratisierten Amtskirche und dem hauptsächlich von Laien getragenen Vereins- und Verbandswesen. Die besondere Wirksamkeit des Vereins- und Verbandswesens beruhte darauf, daß es die Ausdifferenzierungen von Berufsfeldern und Lebenslagen, die die allgemeine ge-

13) Zur kultursoziologischen Deutung der Vielfrontenverteidigung des Katholizismus vgl. Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation* (Frankfurt 1974), S. 59f.

14) Zum folgenden vgl. Franz Schnabel, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, Bd. IV (Freiburg 1955), S. 276 ff.

sellschaftliche Entwicklung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts mit sich brachte, in immer neuen Anpassungen aufnahm, zur Grundlage von Gemeinschaftsbildungen machte und somit eine Konzentration nahezu aller Sozialbeziehungen auf die Angehörigen der eigenen Konfession ermöglichte.

Die gemeinsame konfessionelle Basis der Vereinsbildung und die flächendeckende örtliche Präsenz der Amtskirche integrierten die lokalen Milieus quer durch die Schichten. Der universelle Charakter der Amtskirche und die nationale Verfassung der Verbände sorgten gleichzeitig für ein Gegengewicht zum Parochialismus und ermöglichten die Integration auch unterschiedlich strukturierter lokaler Milieus in eine überlokale Subgesellschaft mit gemeinsamem Selbstverständnis.

Auf diese Weise konnte nicht nur das vorhandene Terrain gesichert werden. Darüberhinaus etablierte sich das katholische Milieu gerade auch in gesellschaftlichem Neuland, in den im Entstehen begriffenen Industrielandschaften 15). Einerseits erlaubte es die Aufrechterhaltung hergebrachter Bindungen, traditionaler Weltbilder und unstädtischer Lebensweisen. Es bot äußere Ordnung und innere Sinngebung von einer außerhalb der Arbeitssphäre liegenden Lebenswelt her, und damit auch Schutz gegen die atomisierenden Folgen industrieller Arbeitsprozesse. Andererseits offerierte das katholische Milieu aber auch Instrumente, die es den Betroffenen erlaubten, die aus der Arbeitswelt resultierenden Problemlagen *innerhalb* des katholischen Bevölkerungssegmentes zu bewältigen (Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften). Von hieraus erklärt sich auch die weitgehende Immunität des katholischen Milieus gegenüber dem einzigen Milieu, das sich nach der Reichsgründung neu herausbildete, dem sozialdemokratischen.

Auch im evangelischen Bevölkerungsteil waren die sozialen Beziehungen durch die regionale Konzentration der Konfessionen und die Selbstabschließung des katholischen Milieus auf die Angehörigen der eigenen Konfession beschränkt. Es fehlte jedoch im Protestantismus eine selbständige, einheitlich organisierte und mit dem Anspruch gesellschaftlicher Gestaltung auftretende Institution Kirche, die als Klammer für die bereits bestehenden und die sich herausbildenden Protestantismen hätte fungieren können.

Die Kirche fiel damit sowohl auf lokaler wie auf überlokaler Ebene als Faktor der Integration gegensätzlicher sozialer Gruppen weitgehend aus 16). Das evangelische Verbandswesen allein, ohnehin schwächer ausgebildet als das katholische,

15) Vgl. Karl R o h e, "Vom alten Revier zum heutigen Ruhrgebiet. Kontinuität und Wandel einer regionalen politischen Gesellschaft," in: ders. (Hrsg.), *Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, politische Kultur* (Essen 1986), S. 11 - 42.

16) Ausnahmen sind Bayern und gemischtkonfessionelle Gebiete. Vgl. Dietrich T h r ä n h a r d t, *Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848 - 1953* (Düsseldorf 1973), S. 64 ff.; Christel K ö h l e - H e z i n g e r, *Evangelisch-katholisch. Untersuchungen zum konfessionellen Vorurteil und Konflikt im 19. und 20. Jahrhundert vornehmlich am Beispiel Württembergs* (Tübingen 1976) und Rohe, op. cit.

konnte die Kirche hier nicht ersetzen.

Keines der drei auf dem Boden des deutschen Protestantismus entstandenen sozialen Milieus (Konservative, Liberale, Sozialdemokraten) konnte sich daher auf die Mobilisierung konfessioneller Solidarität oder einen Rückhalt der Institution Kirche stützen. Jedes von ihnen war damit auf den Aufbau eigener milieuspezifischer Integrationsmechanismen verwiesen. Lediglich dem sozialdemokratischen Milieu gelang eine Verfestigung der organisatorischen Infrastruktur, die mit der des katholischen Milieus vergleichbar war. Allen drei im protestantischen Raum beheimateten Milieus war gemeinsam, daß sie im Unterschied zum katholischen nicht auf ein so klares Kriterium wie die Konfessionszugehörigkeit als Milieugrenze zurückgreifen konnten. Sie waren daher sehr viel stärker von Veränderungen ihrer jeweiligen sozioökonomischen Basis und vom Wandel politischer und ideologischer Konstellationen abhängig.

3. Parteien und Wähler: Konfessionalisierung

Die in sich abgeschlossene katholische Subgesellschaft bedurfte einer politischen Vertretung ihrer Ziele gegenüber dem einzelstaatlichen und nationalen Gesamtsystem. Daß diese Aufgabe nicht mehr allein der administrativ-gouvernementalen Aktionsform der Amtskirche überlassen, sondern einer eigenen politischen Partei, dem Zentrum, übertragen wurde, war eine natürliche Konsequenz der Milieubildung, lag auf der generell verfolgten Linie der Massenmobilisierung im kirchlichen und gesellschaftlichen Bereich. Klerus und Laien ergriffen die Chancen, die Demokratisierung und Parlamentarisierung boten. Die theologische Begründung einer katholischen politischen Partei erschien unproblematisch; die herrschende Naturrechtslehre bot eine weithin akzeptierte Legitimation 17). Der landläufigen Wahrnehmung des "Zentrums-Turms" als einer "weltlichen Ausgabe des Felsens Petri 18)" stand damit nichts im Wege.

Wie das katholische Milieu selbst, so entsprang auch die Gründung seines "politischen Aktionsausschusses" (Lepsius), der Zentrumspartei, einem defensiven Impetus. Die Geschichte der Partei zeigt, daß sowohl die Grundlage ihrer Existenz, die Loyalität der Wähler, als auch ihre politische Handlungsfähigkeit davon abhingen, in welchem Maße die katholische Bevölkerung sich bedroht sah. Dementsprechend war zur Zeit des "Kulturkampfes" die Geschlossenheit, mit der die Katholiken hinter der Partei standen, am größten und deshalb war sie in Bayern am geringsten 19). Bei den Reichstagswahlen von 1874 bis 1884

17) Vgl. Franz-Xaver Kaufmann, "Wissenssoziologische Überlegungen zu Renaissance und Niedergang des katholischen Naturrechtsdenkens im 19. und 20. Jahrhundert", in: Franz Böckle und Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hrsg.), *Naturrecht in der Kritik* (Mainz 1973), S. 126 - 164.

18) Rudolf Morse y, "Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer", in: Albrecht Langner (Hrsg.), *Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949 - 1963* (Paderborn etc. 1978), S. 34.

erhielt sie zwischen 80 und 86 Prozent der katholischen Stimmen, ein Anteil, den sie später nicht wieder erreichte.

Solange das Zentrum für bedrohte kirchliche Rechte oder für die soziale Gleichstellung des katholischen Volksteils eintrat, konnte das "einigende Band", die Gemeinschaft der Konfession, voll zur Wirkung kommen. In dem Maße jedoch, in dem Sachfragen auf der politischen Tagesordnung standen, die wenig Bezug zu kirchen-, kultur- und sozialpolitischen Zielsetzungen hatten, zeigte sich die Schwierigkeit eines Interessenausgleichs innerhalb einer Partei, die die Breite der sozialstrukturellen Gliederung der deutschen Gesellschaft von allen Parteien am vollständigsten repräsentierte²⁰). Solange sich im Kaiserreich trotz des Abbaus der Kulturkampfgesetzgebung und trotz der Schlüsselstellung im Reichstag, die das Zentrum seit 1890 in den "Vorhof der Macht²¹)" geführt hatte, die deutschen Katholiken noch als Staatsbürger zweiter Klasse fühlen konnten, ließen sich innerparteiliche Spannungen immer wieder dadurch mildern, daß gemeinsame Forderungen auf die Tagesordnung gesetzt wurden (z.B. der "Toleranzantrag").

Daß die Zentrumspartei beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik ohne grundsätzliche Änderung ihrer Strategie "mit der alten Fahne in die neue Zeit²²)" ziehen konnte, verdankte sie in erster Linie wiederum einer Bedrohungssituation. Die seit der Gründung des Zentrums vorhandenen und im Gewerkschafts- und Zentrumsstreit verstärkten Bestrebungen, die Partei aus der ausschließlichen Bindung an den katholischen Bevölkerungsteil herauszuführen und aus ihr eine interkonfessionelle Programmpartei zu machen, scheiterten daran, daß die Revolution das Kulturkampftrauma wiederbelebte.

Die weitere Entwicklung entzog jedoch der defensiven Strategie die Grundlage. Traditionelle Kernforderungen der Zentrumspartei wurden in der Weimarer Reichsverfassung erfüllt. Die politische Vertretung des deutschen Katholizismus trat vom "Vorhof der Macht" in die dauernde politische Verantwortung. Sie wurde zu einer staatstragenden Partei. Die verbliebenen Desiderate (Reichsschulgesetz, Reichskonkordat) reichten als "einigendes Band" nicht aus.

Deutliches Zeichen der Desintegration war die Abspaltung der Bayerischen Volkspartei (BVP), die 1925 dem preußisch-protestantischen Feldmarschall von Hindenburg gegen den Zentrums kandidaten Marx zur Wahl als Reichspräsident verhalf. Die "Schicksalskurve" des Zentrums wies nach unten und ließ einen

19) Vgl. Johannes S c h a u f f, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Neudruck, hrsg. v. Rudolf Morsey Mainz 1975).

20) Zur Sozialstruktur des Katholizismus vgl. Clemens B a u e r, "Der deutsche Katholizismus und die bürgerliche Gesellschaft," in: ders. (Hrsg.), Deutscher Katholizismus. Entwicklungslinien und Profile (Frankfurt 1964), S. 28 - 53 und Gerhard A. R i t t e r, Die deutschen Parteien 1830 - 1914 (Göttingen 1985), S. 54 f.

21) Rudolf M o r s e y, "Der politische Katholizismus 1890 - 1933", in: R a u s c h e r (Hrsg.), op. cit., S. 110 - 164.

22) Titel eines Buches des badischen Zentrumsführers Joseph S c h o f e r.

langsamen aber kontinuierlichen Schwund an Wählerstimmen erkennen 23).

Im Protestantismus unterschied sich die Konstellation von Kirche, Staat und Parteien grundlegend von der im katholischen Bereich. Bis zum Ende des Kaiserreichs bedurfte hier die Institution Kirche als Bestandteil des staatlichen Systems keiner außeradministrativen, also etwa parlamentarischen oder parteipolitischen Repräsentanz. Ihr Selbstverständnis als Mahner und Wächter gegenüber einer als christlich verstandenen Obrigkeit entlastete die evangelischen Kirchenglieder von politischer Verantwortung. Ein spezifisch protestantisches politisches Engagement war daher weder durch ein Erfordernis zur Verteidigung der Rechte der Kirche, noch durch einen konfessionellen Selbstbehauptungswillen gegenüber einer anderskonfessionellen Überfremdung, noch durch die Notwendigkeit gegeben, eine spezifisch protestantische Programmatik in den politischen Prozeß einzubringen.

Die politische Mobilisierung des evangelischen Bevölkerungsteils vollzog sich damit dank der Selbstabschließung des Katholizismus zwar im protestantischen Raum, jedoch unter einer Vielzahl von Gesichtspunkten, bei denen der Bezug zu Kirche und Konfession eine durchaus unterschiedliche Rolle spielte. Die drei großen Gruppierungen, die ihre Anhänger im evangelischen Bevölkerungsteil rekrutierten, waren daher zwar protestantische Parteien, aber nicht Parteien *des* Protestantismus. Zwei von ihnen waren aus der Spaltung des Protestantismus in Konservative und Liberale hervorgegangen. Beide Richtungen verband eine antikatholische Grundstimmung, wenngleich nur die konservative Richtung in kirchlich gebundenen Kreisen beheimatet war, während der Liberalismus seinen Schwerpunkt im kirchendistanzierten Kulturprotestantismus hatte. Die Sozialdemokratie organisierte die der Kirche entfremdete evangelische Arbeiterschaft und stand der politischen Ordnung insgesamt und damit auch der evangelischen Kirche als ihrem Bestandteil in schroffer Frontstellung gegenüber.

Die evangelische Kirche erhielt 1918 ihre Selbständigkeit. Gleichzeitig war sie jedoch im neuen deutschen Staat funktions- und ortlos geworden, ohne klare Definition ihrer Rolle, weder eine Mehrheit noch eine Minderheit repräsentierend, - die "sitzengebliebene Magd einer vertriebenen monarchischen Obrigkeit 24)." Der Weg, den weggefallenen landesherrlichen Summepiskopat als politische Repräsentation des Protestantismus in der Form einer spezifisch evangelischen Partei zu ersetzen, war nicht gangbar. Die Verteilung der Parteipräferenzen der evangelischen Bevölkerung folgte dementsprechend zunächst

23) Vgl. S c h a u f f, op. cit. und Jürgen W. F a l t e r et al., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik (München 1986).

24) Wolf-Dieter H a u s c h i l d, "Volkskirche und Demokratie. Evangelisches Kirchenverständnis und demokratisches Prinzip im 20. Jahrhundert", in: Dieter O b e r n ö r f e r und Karl S c h m i t t (Hrsg.), Kirche und Demokratie (Paderborn 1983), S. 44. Zum Versuch der Neuorientierung des Protestantismus in der Weimarer Republik vgl. Rudolf S m e n d, "Protestantismus und Demokratie", in: ders. (Hrsg.), Staatsrechtliche Abhandlungen (Berlin 1955), S. 297 - 308.

weitgehend dem unter dem Kaiserreich etablierten Muster.

Die Wahlerfolge der NSDAP jedoch, die Hitler den Weg zur Macht ebneten, sind in erster Linie durch die Unterstützung der evangelischen Bevölkerung zustande gekommen. Während die bürgerlich-liberalen protestantischen Mittelparteien und die DNVP einen Großteil ihrer Anhänger an die NSDAP verloren, blieb der Wählerstamm von Zentrum und BVP (wie auch der von SPD und KPD) bis 1933 bemerkenswert konstant. An diesem Kontrast wird deutlich, welche stabilisierende Wirkung ein durch Amtskirche, Partei und Verbände integriertes konfessionelles Milieu selbst unter extremen Bedingungen noch entfalten konnte.

III. Bundesrepublik: vom Milieu zur Volkspartei 25)

1. Konfessionskonflikt: Entspannung

Ein Blick auf die Konstellation der Jahre nach 1945 zeigt, daß nunmehr wesentliche Elemente fehlten, die im Kaiserreich den Konfessionskonflikt zu einer dominanten Frontstellung gemacht und zu seinem Fortbestehen in der Weimarer Republik beigetragen hatten. Das für die Bundesrepublik folgenreichste Faktum war der neue Konfessionsproporz. Durch die deutsche Teilung wurde im westlichen Teilstaat das konfessionelle Gleichgewicht des Westfälischen Friedens wiederhergestellt. Die deutschen Katholiken waren aus ihrer Minderheitensituation befreit. Ihre politische Repräsentanz wurde damit erstmals mehrheitsfähig. Die Kanzlerschaft eines ehemaligen Zentrumspolitikers, unter dessen eineinhalb Jahrzehnte währender Amtszeit die wichtigsten Weichenstellungen der neuen Republik vollzogen wurden 26), machte die neue Lage sinnfällig.

Der traditionellen Defensivhaltung der Katholiken war die objektive Grundlage entzogen. Sie wurden so zu den "Entdeckern" 27) der zweiten deutschen Republik und konnten sich "erstmal... in einem deutschen Bundesstaat ungebrochen politisch zu Hause fühlen 28)." Umgekehrt sahen sich die Protestanten zunächst eher in der Defensive. Dieser Gefühlslage verlieh Martin Niemöller Ausdruck, als er die Bundesrepublik einen "letztlich... katholischen Staat" nannte, "in Rom gezeugt und in Washington geboren 29)."

Eine Entspannung der konfessionellen Frontstellung ergab sich aus der neuen

25) So der Titel eines von Herbert Küh r (Meisenheim 1979) herausgegebenen Bandes.

26) Zum Einfluß katholischer Vorstellungen bei der sozialen und politischen Neugestaltung vgl. Hans Ma i e r, Kirche und Gesellschaft (München 1972), S. 210f.

27) Gerhard S c h m i d t c h e n, Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur (Bern/München 1973), S. 245.

28) Karl F o r s t e r, "Deutscher Katholizismus in der Ära Adenauer," in: Dieter B l u m e n w i t z et al. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 2 (Stuttgart 1977), S. 497.

29) Interview N i e m ö l l e r s mit dem "Wiesbadener Kurier" vom 16.12.1949; Abdruck in: Kirchliches Jahrbuch 76 (1949), S. 240ff.

Lage auf vielen hergebrachten Konfliktfeldern. Die traditionellen anti-zentral-staatlichen und anti-preußischen Affekte der deutschen Katholiken hatten mit dem Verschwinden Preußens von der politischen Landkarte und mit der Gründung eines Bundesstaates ihren Gegenstand verloren. Zudem hat die konfessionelle Durchmischung der Bevölkerung im Gefolge von Evakuierungen und Flüchtlingsbewegungen, später der angestiegenen beruflichen Mobilität, die Dekkungsgleichheit von regionaler und lokaler mit konfessioneller Identifikation - soweit solche Identifikationen noch vorhanden waren - für die meisten Gebiete aufgehoben.

Die traditionelle Forderung der Katholiken nach "Parität" im öffentlichen Leben, insbesondere in der Staatsbürokratie, schon in der Weimarer Republik weitgehend verwirklicht, konnte unter den jetzt gegebenen Umständen kein gravierendes Problem darstellen. Der in vielen Bereichen praktizierte Konfessionsproporz und die Abschwächung (wenn auch nicht völlige Beseitigung) des katholischen Bildungsdefizits und des zu Lasten der Katholiken gehenden Statusgefälles haben diesem traditionellen Konfliktgegenstand seine Virulenz genommen. Überdies war das Staat-Kirche-Verhältnis auf eine bewährte Grundlage gestellt worden (Inkorporation der Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung ins Grundgesetz).

Was vom alten Konfliktpotential blieb, waren drei Probleme: Das Ausmaß staatlicher Unterstützung für den Fortbestand der katholischen Subgesellschaft (z.B. Elternrecht, konfessionelles Schulwesen, Sozialgesetzgebung), die Anerkennung bestimmter ethischer Postulate als den Staat bindende Normen (z.B. Schwangerschaftsunterbrechung, Ehegesetzgebung) und schließlich die staatliche Garantie kirchlicher Autonomie (z.B. öffentlich-rechtlicher Status, Kirchensteuer). Die verbliebenen Konfliktgegenstände führten zwar in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder zu Auseinandersetzungen. Ihre Austragung konnte jedoch nur noch als Frontstellung zwischen religiösen und areligiösen Kräften, hingegen nicht mehr ohne weiteres als Konfrontation zwischen Protestanten und Katholiken verstanden werden. Die zum Teil aus gemeinsamen Erfahrungen unter dem NS-Regime erwachsene ökumenische Grundstimmung hatte überdies zwischen den großen Kirchen zu einer Intensivierung der Kontakte und zur Verständigung in vielen praktischen Fragen geführt.

2. Das katholische Milieu: Überdauern, Pluralisierung, Schrumpfung

Dem nationalsozialistischen Regime ist eine Einebnung der konfessionellen Subkulturen zur "Volksgemeinschaft" nicht gelungen. Da die antikirchlichen Maßnahmen vielerorts eine Stimmung der Solidarität erzeugten, die die Katholiken an die Kulturkampfzeit erinnerte, hat nicht nur die katholische Kirchenorganisation, sondern auch das katholische Milieu die "Planierfraße des Nationalsozialismus" überlebt 30).

Allerdings war ein wichtiger Stützpfeiler des katholischen Milieus zerstört. Trotz Reichskonkordat waren sämtliche katholischen Organisationen aufgelöst worden. Damit stand der Katholizismus im Jahre 1945 vor der Frage, ob er an seinen Erfahrungen und Aktionsmodellen der Zeit vor 1933 anknüpfen oder aber die Chance eines Neuanfangs nutzen sollte, um in einer neuen Situation neue Wege jenseits der Selbstabschließung zu suchen. Nach einigem Schwanken fiel die Entscheidung zugunsten des traditionellen Modells der geschlossenen Formation 31). Die Kirche setzte sich erfolgreich für die Wiedererrichtung der unter dem Nationalsozialismus abgeschafften Konfessionsschulen ein und unterstützte nachhaltig den Wiederaufbau des kirchlichen Verbandswesens, der 1952 in der Gründung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gipfelte. Die Grenzen des Milieus blieben deutlich markiert (Verbot konfessionell gemischter Ehen). Damit war die Vorkriegskonstellation wieder hergestellt, allerdings mit zwei gewichtigen Ausnahmen: auf die Wiedererrichtung christlicher Gewerkschaften und einer eigenen konfessionellen Partei wurde verzichtet.

Das in den späten 40er und in den 50er Jahren organisatorisch regenerierte katholische Milieu hat seither jedoch einen dramatischen Wandel erfahren. Dieser Prozeß läßt sich einerseits als Öffnung, andererseits als Schrumpfung und Profilverlust umschreiben.

Am sichtbarsten ist die deutliche Deritualisierung des Alltagslebens. Hergebrachte Formen der Frömmigkeit wurden vielfach aufgegeben, die Beteiligung am kirchlichen Leben ging zurück, die Kirchgangsziffern halbierten sich zwischen 1949 und 1985. Die Autorität der Hierarchie in Fragen der Glaubenslehre und der Lebensführung nahm ab. Impulse aus der Gesamtkirche, die Enzykliken der Päpste Johannes' XXIII. und Pauls VI. sowie das II. Vatikanische Konzil gaben den Forderungen nach innerkirchlichem Pluralismus Auftrieb. Der Maßstab der Einheitlichkeit und Geschlossenheit trat gegenüber der Eigenverantwortung der Katholiken, der eigenständigen Bemühung um situationsgemäße Formen der Glaubenspraxis und des gesellschaftlichen Engagements zurück. Damit verlor der Katholizismus viel von seinem bisher charakteristischen konfessionellen Profil.

Im Zuge dieser Entwicklung verwischten sich zunehmend die Milieugrenzen, am deutlichsten ablesbar an der deutlich steigenden Zahl konfessionell gemischter Eheschließungen. Dazu hat zwar das Verschwinden wichtiger sozialer Stützen der konfessionellen Segregation (konfessionelle Durchmischung der Bevölkerung; Abschaffung der Konfessionsschulen) beigetragen. Wesentlicher war jedoch der

30) Alf M i n t z e l, Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit (Opladen 1984), S. 245. Zum folgenden vgl. Herbert K ü h r, "Katholische und evangelische Milieus: Vermittlungsinstanzen und Wirkungsmuster," in: Dieter O b e r n d ö r f e r, Hans R a t t i n g e r u. Karl S c h m i t t (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel (Berlin 1985), S. 245 - 261.

31) Vgl. Klaus G o t t o, "Zum Selbstverständnis der katholischen Kirche im Jahre 1945", in: Dieter A l b r e c h t et al., (Hrsg.), Politik und Konfession (Berlin 1983), S. 465 - 481.

Schwund des konfessionellen Sönderbewußtseins der Katholiken angesichts des Fortfalls äüßeren Drucks, innerkirchlicher Pluralisierung und der Durchschlagskraft konfessionell unspezifischer Massenmedien.

Das kirchliche Verbandswesen, einer der traditionellen Stützpfiler des katholischen Milieus, büßte durch Funktionsverlust und Funktionsveränderung an Bedeutung ein. Seine frühere Defensivaufgabe war überflüssig geworden, ein Teil seiner ursprünglichen Aufgaben als Selbsthilfeorganisation des katholischen Volksteils wurde vom Staat oder den Kommunen übernommen.

Kurz: Von einem geschlossenen katholischen Milieu, wie es noch in den 50er Jahren bestand, kann in den 80er Jahren nicht mehr gesprochen werden.

3. Emanzipation der Parteien ohne Entkonfessionalisierung der Wähler

Die wichtigste politische Entscheidung des Katholizismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit war zugleich das für das deutsche Parteiensystem folgenreichste Novum: Anstelle der Wiedererrichtung einer eigenen katholischen Partei wurden gemeinsam mit Teilen des Protestantismus die interkonfessionellen Unionsparteien gegründet.

Vorausgegangen war eine Politisierung des deutschen Protestantismus, die auf einer elementaren Erfahrung beruhte, der Spaltung der evangelischen Kirche unter dem Nationalsozialismus und dem "Kirchenkampf". Diese Erfahrung hatte zu der Einsicht geführt, daß auch evangelische Christen einer eigenständigen politischen Verantwortung nicht ausweichen können, ja, daß die Dimension des Politischen unabdingbar zur christlichen Existenz gehört³²). Die Politisierung des Protestantismus führte die evangelischen Kirchenleitungen jedoch nicht dazu, die seit der Gründung der Unionsparteien erstmalig auch für die deutschen Protestanten eröffnete spezifisch christliche Parteioption autoritativ zu unterstützen. Sie entschieden sich vielmehr für eine parteipolitische Neutralität. In der Praxis bedeutete das, daß sich prominente Protestanten auf verschiedenen Seiten des parteipolitischen Spektrums engagierten.

Mitbestimmend für die neutrale Haltung der Kirchenleitungen ist die starke Polarisierung des kirchlichen Protestantismus. Eine der Ursachen dieser Gegensätze ist - neben den traditionellen Unterschieden der reformatorischen Bekenntnisse - das Wiedererstehen einer starken, auf direkte Umsetzung christlich-ethischer Prinzipien in Politik zielenden Strömung im deutschen Protestantismus. Diese Richtung konnte - wie die Auseinandersetzung Heinemanns mit Adenauer zu Beginn der 50er Jahre exemplarisch gezeigt hat³³) - in den Unionsparteien

32) Vgl. Wolfgang H u b e r, Kirche und Öffentlichkeit (Stuttgart 1973) sowie Trutz R e n d t o r f f, "Protestantismus zwischen Kirche und Christentum," in: Werner C o n z e u. M. R a i n e r L e p s i u s (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (Stuttgart 1983), S. 410 - 440.

keine Heimat finden. Sie fand schließlich über die Gesamtdeutsche Volkspartei den Weg zur SPD und öffnete diese Partei für breite Kreise des kirchlichen Protestantismus, wobei auch national-protestantische Einstellungen und evangelisch-konfessionalistische Affekte gegenüber der dominant katholischen CDU/CSU eine Rolle gespielt haben.

Für die katholische Seite verlangte die Gründung der interkonfessionellen Unionsparteien vorderhand keine grundlegende Neuorientierung der politischen Aktionsmuster. An die Stelle des alten Zentrums war nunmehr die CDU/CSU als fast unbestrittener Adressat der Loyalität des organisierten Katholizismus getreten.

Diese Renaissance politischer Verhaltensmuster aus der Vorkriegszeit beschränkte sich nicht auf das katholische Bevölkerungssegment, sondern galt für das "neue" Parteiensystem insgesamt. Auch die übrigen Milieus hatten nämlich über 1933 hinaus hinreichend Substanz bewahrt, um eine personelle, organisatorische und programmatische Kontinuität zu ermöglichen³⁴). Sozialdemokratie und Liberalismus konstituierten sich als Weltanschauungspartei neu und knüpften teilweise an laizistische Elemente ihrer Vorkriegstraditionen an. Auch sie blieben zunächst stark auf ihr jeweiliges Milieu fixiert.

Im historischen Rückblick wird allerdings deutlich, daß bereits in der Parteienkonstellation, wie sie sich zur Zeit der Gründung der Bundesrepublik darstellte, der Keim eines grundlegenden Wandels lag. Dieser Wandel, der Ende der 50er Jahre einsetzte und bis heute andauert, läßt sich als Prozeß der Verselbständigung der Parteien und Loslösung von ihren jeweiligen Milieus umreißen.

Der Boden des alten Systems war verlassen, als sich in Gestalt der CDU/CSU ein politischer Verband konstituierte, der unter seinem Dach mehr als nur die Repräsentanten eines Milieus vereinigen wollte. Dies war der Anfang vom Ende eines auf Milieus basierenden Parteiensystems und mußte auf lange Sicht der katholischen Strategie der geschlossenen Formation den Boden entziehen. Der Regierungsstil Adenauers, der sich auf das katholische Milieu zwar stützte, sich in seiner Politik von ihm jedoch nicht binden ließ, und der die CDU nicht als "christlichen Missionsverein"³⁵) betrachtete, sondern als Instrument zur Beschaffung einer Mehrheit für seine Politik, hat diese Entwicklung vorangetrieben. Damit war der Weg vom Weimarer Proporzsystem hin zum System alternierender Parteiregierungen angelsächsischer Prägung gebahnt³⁶). Der Erfolg der Samm-

33) Vgl. Andreas Hillgruber, "Heinemanns evangelisch-christlich begründete Opposition gegen Adenauers Politik 1950 - 1952," in: D. Albrecht et al. (Hrsg.), op. cit., S. 503 - 517.

34) Die starke Kontinuität im Wahlverhalten zeigt eindringlich Jürgen W. Falter, "Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn," in: Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S. 236 - 263.

35) Zit. nach Anneliese Poppinga, Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis (Stuttgart 1975), S. 80.

lungsstrategie der Regierungsparteien machte für die SPD einen Anpassungsprozeß unausweichlich. Den "Turm der 30 Prozent" zu verlassen, hieß auch für sie, die Grenzen ihres Milieus zu überschreiten. Dieser Schritt wurde im Godesberger Programm (1959) vollzogen.

Dieser Wandel der Parteien wurde durch bedeutsame Veränderungen auf der Seite der Milieus gefördert. Die Prozesse der Schrumpfung und der Profilabschwächung, die für das katholische Milieu bereits umrissen wurden, treffen mehr oder minder für alle Milieus zu.

Im katholischen Milieu wurde parteipolitisch insbesondere die Tendenz zur Pluralisierung bedeutsam, die sich sowohl in der katholischen Hierarchie als auch in den Laienorganisationen zeigte³⁷). Die Identifikation der Kirche mit politischen Entscheidungen der Unionsparteien, auf die sie nur begrenzten Einfluß nehmen konnte, und deren "christlicher Charakter" im Zuge der allgemeinen Entideologisierung immer kontroverser wurde, wurde nun deutlich als Bedrohung der Glaubwürdigkeit der Kirche wahrgenommen. Dies führte seit Mitte der 60er Jahre zu einer Lockerung der Koalition zwischen dem organisierten Katholizismus und den Unionsparteien sowie zu einer Entkrampfung des Verhältnisses zur SPD.

Die Wiederannäherung an die Unionsparteien seit Mitte der 70er Jahre im Zusammenhang mit der Grundwertediskussion und den kirchenkritischen Thesen der FDP hat diesen Pluralisierungsprozeß nicht vollständig rückgängig gemacht. Die relative Nähe zu den Unionsparteien hat daher heute eine andere Qualität als in den 50er Jahren. Sie bedeutet nicht pauschale Unterstützung, sondern beruht auf einer mehr oder weniger großen Übereinstimmung der Positionen in einzelnen politischen Sachbereichen. Ein selbstverständliches Monopol der CDU/CSU bei der Vertretung kirchlicher Positionen ist daher heute nicht mehr denkbar. Auch im Verbandskatholizismus ist die Entwicklung so weit fortgeschritten, daß "auf der unteren Ebene eine plurale Situation eingetreten ist, die es nicht mehr erlaubt, den kirchlichen Bereich als die natürliche Reservearmee der CDU anzusehen³⁸)."

Beide sich wechselseitig verstärkenden Prozesse: die Erosion der Milieus und die Veränderung der Parteien in Richtung auf "Volksparteien", die sich gegenüber ihren angestammten Milieus verselbständigt haben, legen die Vermutung nahe, daß sich auch das Wahlverhalten entsprechend verändert hat, Konfessionszugehörigkeit und Kirchenbindung also in gleichem Maße an Bedeutung verloren haben. Die Wählerbasis der deutschen Parteien ist - trifft diese Vermutung

36) Vgl. Rudolf Wildenmann, "Die soziale Basis der Herrschaft Konrad Adenauers, in: Blumenwitz et al. (Hrsg.), op. cit., S. 275 - 284.

37) Vgl. Klaus Götto, "Wandlungen des politischen Katholizismus seit 1945", in: Oberndorfer/Rattinger u. Schmitt (Hrsg.), op. cit., S. 221 - 244.

38) Herbert Kühler, "Lokalpartei und Kirche," in: ders. et al. (Hrsg.), Lokalpartei und völpolitischer Raum (Melle 1982), S. 97.

zu - seit 1945 in konfessioneller Hinsicht konturenlos geworden.

Eine zeitvergleichende Betrachtung des Wählerverhaltens seit Bestehen der Bundesrepublik kommt freilich zu anderen, vor dem dargestellten Hintergrund überraschenden Ergebnissen 39). Eine Angleichung des Wahlverhaltens zwischen Katholiken und Protestanten hat nicht stattgefunden. Der Abstand zwischen den Konfessionen in ihren Stimmenanteilen für beide große Parteien ist in der Nachkriegszeit in seiner Größenordnung erhalten geblieben. Die Konfession hat damit im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik ihre Bedeutung für das Wahlverhalten nicht nur nicht verloren, sondern ist - angesichts des rückläufigen Einflusses anderer Merkmale wie etwa der Schichtzugehörigkeit - zur wichtigsten sozialstrukturellen Einflußgröße des Wahlverhaltens geworden 40).

Weiterhin ist bemerkenswert, daß der stetige Zuwachs der SPD bis Anfang der 70er Jahre im katholischen wie auch im evangelischen Wählersegment nicht so sehr auf einer zunehmenden Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft beruhte, als vielmehr auf dem Überschnellen großer Teile des Neuen Mittelstandes. Die überwiegende Mehrheit der kirchlich gebundenen katholischen Arbeiter blieb den Unionsparteien treu. Das bedeutet, daß die Hoffnungen, die in der SPD an das Godesberger Programm geknüpft wurden, sich zumindest hinsichtlich derjenigen Teile der katholischen Bevölkerung, um die die Debatten der 50er und 60er Jahre besonders heiß geführt wurden, nicht erfüllt haben.

Dieser Kontrast zwischen drastischen Veränderungen auf der Ebene von Milieus und Parteien und Konstanz auf der Ebene des Wählerverhaltens läßt sich erklären, wenn man einen längerfristigen Wandlungsprozeß annimmt, in dessen erster (gegenwärtig noch andauernder) Phase die Weichen für Veränderungen des Wahlverhaltens gestellt werden, diese selbst jedoch noch nicht sichtbar sind. Unter dieser Annahme wirkt sich die Lockerung der Bindung an Kirche und Konfession parteipolitisch mit einer Phasenverzögerung aus. Katholiken, die im Laufe ihres Lebens aufhören, Katholiken im kirchlichen Sinne zu sein, bleiben es mit großer Wahrscheinlichkeit im wahlsoziologischen Sinne. Der wahlsoziologische Säkularisierungseffekt zeigt sich, wenn überhaupt, dann erst in der darauf folgenden Generation. Das katholische Milieu fungiert solchermassen als Geburtshelfer einer individuellen, nicht mehr durch Konfessionszugehörigkeit begründeten Bindung an die Unionsparteien. Seine Wirkung lebt in solchen "Erbstücken" fort.

Daß säkularisierten Katholiken eine solche politische Option überhaupt offenstand, ist keineswegs selbstverständlich. Sie hatte vielmehr die seit 1945 in der

39) Zum folgenden vgl. Karl S c h m i t t , Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland (Berlin 1989).

40) Vgl. Kendall L. B a k e r , Germany Transformed. Political Culture and the New Politics (Cambridge, Mass. u. London 1981); Hans-Joachim V e e n u. Peter G l u c h o w s k i , "Sozialstrukturelle Nivellierung bei politischer Polarisierung - Wandlungen und Konstanten in den Wählerstrukturen der Parteien 1953-1987", in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 19 (1988), S. 225 - 248.

Bundesrepublik bestehende Parteienkonstellation zur Voraussetzung, die es im Unterschied etwa zur Situation in den Niederlanden 41) erlaubte, das Milieu zu verlassen, aber die das Milieu repräsentierende Partei weiterhin zu wählen. Entscheidend war hier die 1945 von den Führern des organisierten Katholizismus getroffene Grundentscheidung, auf die Wiedererrichtung der Zentrumspartei zu verzichten und stattdessen eine interkonfessionelle Partei zu gründen.

Paradoxerweise hat diese Weichenstellung ermöglicht, daß die konfessionellen Unterschiede im Verhalten der deutschen Wähler bis heute erhalten geblieben sind. Aufgrund gerade dieser Entscheidung konnten die Unionsparteien den seit den 60er Jahren verstärkten Säkularisierungsprozeß im katholischen Bevölkerungsteil ohne massive Verluste auffangen. Der Doppelcharakter der Unionsparteien als Partei des katholischen Milieus einerseits und als Sammlungsbewegung rechts von der SPD andererseits sorgte zum einen für die Loyalität derjenigen Katholiken, die in ihrem Milieu verblieben. Er erlaubte jedoch zum anderen einem großen Teil der Katholiken, ihre Bindung an Kirche und Konfession zu lockern oder ganz zu lösen, ohne gleichzeitig ihre angestammte parteipolitische Orientierung aufgeben zu müssen.

Dieser Doppelcharakter der CDU/CSU wurde dadurch gesichert, daß der Kanzler Adenauer seine Partei von Anfang an als Basis für Staatspolitik, und nicht in erster Linie zur Durchsetzung der Interessen des katholischen Milieus benutzte. Die bis heute sichtbare "Geschlossenheit der katholischen Stimmen" ist daher gerade nicht als Ausdruck eines "Kulturkampfes ohne Gegner" 42) zu verstehen, sondern, im Gegenteil, als Ergebnis des Verzichts der Unionsparteien, den Kulturkampf zum Kern ihrer Politik zu machen. Kurz, der Konfessionalismus des Wahlverhaltens verdankt sich der Entkonfessionalisierung der Parteien.

IV. Resümee

"Katholizismus, politischer und sozialer, ist keine ewige, sondern eine ausgesprochen historische Kategorie" 43). Wie sehr diese historisch relativierende Sicht gerechtfertigt ist, haben die aufgezeigten, teilweise drastischen Veränderungen seit der Reichsgründung deutlich gemacht.

Im 19. Jahrhundert, beim Eintritt Deutschlands in das Zeitalter der Massenpolitisierung, wurde Religion auf dem Weg über die konfessionelle Konfrontation überraschend zu einer gesellschaftlichen Strukturen und politisches Verhalten der Massen prägenden Kraft, allerdings nur im katholischen Bevölkerungsteil. Hier erlaubte eine eigene abgeschlossene Subgesellschaft, die Säkularisierung noch

41) Vgl. Rudy B. Andeweg, Dutch Voters Adrift. On Explanations of Electoral Change 1963 - 1977 (Leiden 1982).

42) Blankenburg, op. cit., S. 169.

43) Oswald von Nell-Breuning, "Katholizismus," in: Karl Gabriel und Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), op. cit., S. 24.

einmal aufzuhalten, *gegen* den Trend der gesellschaftlichen Modernisierung, aber *mit* deren Mitteln: Organisation und Integration.

Seit dem Zweiten Weltkrieg vollzieht sich dagegen ein Prozeß der Erosion des im 19. Jahrhundert etablierten konfessionspolitischen Systems: Entschärfung der konfessionellen Konfrontation und Abschwächung konfessionellen Sonderbewußtseins; Öffnung, Pluralisierung und weitgehende Auflösung des katholischen Milieus; Entkonfessionalisierung der Parteien.

Unter den Ursachen, die zur Erklärung dieses Wandels dienen können, lassen sich äußere und innere unterscheiden. Zu den Ursachen, die die Grundlagen einer konfessionellen Subgesellschaft von außen in Frage stellten, gehören vor allem der neue Konfessionsproporz der Bundesrepublik und die vollzogene soziale und politische Gleichstellung der Katholiken. Als weiterer wichtiger äußerer Faktor kann die im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung immer weiter fortschreitende Aufbrechung der familialen und lokalen Lebenswelten gelten.

Der "Marsch aus dem Ghetto" war jedoch nicht allein durch äußere Umstände erzwungen, sondern beruhte zugleich auf Entwicklungen und Entscheidungen innerhalb des katholischen Milieus.

Das katholische Verbandswesen, das der Aufrechterhaltung religiöser Deutungsmuster in vielfältigen Lebensbereichen und der Binnenintegration des Milieus dienen sollte und diente, entwickelte eine Eigendynamik, die über die Milieugrenzen hinaus drängte. "Die Mittel, modern wie sie waren, machten sich selbständig und veränderten Ziele und Strukturen 44)." Was sich bereits zu Beginn des Jahrhunderts abzeichnete, kam in den 60er und 70er Jahren voll zur Entfaltung: Das Verbandswesen wurde "ein Vehikel der Modernität 45)."

Der Verzicht auf die Neuerrichtung der Zentrumspartei, Grundvoraussetzung der Entkonfessionalisierung des Parteiensystems, beruhte auf einer bewußten Entscheidung. Sie war geboren aus der Einsicht in die Schwächen einer auf ein konfessionelles Milieu fixierten Parteipolitik, wie sie am Ende der Weimarer Ära zutage getreten waren. Die Gründung der Unionsparteien war die "Lehre", die die Weimarer Generation christlicher Politiker "aus der Geschichte des politischen Katholizismus und seines Scheiterns 46)" gezogen hat.

Schließlich hat in den 60er und 70er Jahren die Neuorientierung der katholischen Theologie und Soziallehre - gesamtkirchlich vom II. Vatikanum festgeschrieben - einen bedeutenden Beitrag zur innerkirchlichen Pluralisierung und Öffnung geleistet. Indem nun die Eigenständigkeit und Eigengesetzlichkeit des politischen und gesellschaftlichen Bereichs offiziell anerkannt wurde, waren unterschiedliche politische Positionen innerkirchlich legitimiert, konnte sich die Aktionsform der "acies ordinata" nicht mehr ohne weiteres auf die Autorität der Kirche berufen.

44) Nipperdey, op. cit., S. 594.

45) Ebd., S. 593.

46) Rudolf M o r s e y, Der Untergang des politischen Katholizismus (Stuttgart u. Zürich 1977), S. 222.

Die Ursachen von Stabilität und Wandel machen deutlich, daß die Interpretation des Konzepts der "politisierten Sozialstruktur" im Sinne einer einfachen Kausalbeziehung, derzufolge bestimmte Konflikte entsprechende Milieus und diese wiederum eine entsprechende Konfiguration von Parteien nach sich ziehen, keine notwendige, sondern nur eine von mehreren möglichen ist. Für die Genese des auf Milieus gegründeten Parteiensystems erscheint diese Interpretation insgesamt noch durchaus plausibel. Aber auch hier ist nicht ohne weiteres von "naturwüchsigen" konfessionellen Konflikten auszugehen, die sich quasi automatisch in Milieus und Parteien übersetzen. Vielmehr ist die starke Thematisierung des Konfessionskonflikts ihrerseits schon ein Werk des im Entstehen begriffenen katholischen Milieus, wie dieses selbst mehr ist als ein "Reflex" der Konflikte.

Für das einmal etablierte System vom Ausgang des Kaiserreichs bis zum Ende der Weimarer Republik gewinnen Milieu und Partei an Eigengewicht. Kennzeichnend für diese Phase ist eine Wechselwirkung von Konfliktstruktur, Milieu und Partei, die sich gegenseitig stabilisieren. In der Bundesrepublik schließlich wird die Partei zu einer entscheidenden Größe mit gravierenden Rückwirkungen auf Konfliktstruktur und Milieu. Indem die Unionsparteien nicht mehr als "Aktionsausschuß" eines Milieus fungierten, in dem sie sich nunmehr mehrheitsdemokratischen anstelle der bisherigen konkordanzdemokratischen Verhaltensmustern zuwandten und die Entkonfessionalisierung der Politik vorantrieben, trugen sie wesentlich zur Entschärfung des Konfessionskonflikts und zur Schwächung des katholischen Milieus bei.

Bezieht man die angedeuteten vielfältigen Wirkungsmuster zwischen Konflikten, Milieus und Parteien in das Konzept der "politisierten Sozialstruktur" ein, so eignet sich dieses, nicht nur die Politisierung, sondern auch die Entpolitisierung der Sozialstruktur zu erklären.

**ELITENSTRUKTUR UND POLITISCHE ORDNUNG
IN DEUTSCHLAND SEIT 1867**

Mandat ohne Macht

Strukturprobleme des deutschen Parlamentarismus 1867 - 1933 *)

Heinrich Best

I. Parlamentarisierung und Elitenstruktur: theoretische Vorüberlegungen

“Das monarchisch-konstitutionelle Regierungssystem - im Gegensatz zum parlamentarischen - kann als das eigenartige preußisch-deutsche System betrachtet werden”: Mit dieser Feststellung eröffnete Otto Hintze im Jahr 1911 - zu einem Zeitpunkt also, an dem der Verfall des persönlichen Regiments Wilhelms II. schon offenkundig war, der Verweis auf deutsche Besonderheiten aber noch lange nicht die Konnotation eines Sonderwegs in die Katastrophe hatte - sein berühmtes Plädoyer für das monarchische Prinzip und die konstitutionelle Verfassung 1). Anders als viele Verfassungstheoretiker und -historiker vor und nach ihm interessierte Hintze weniger, ob die konstitutionelle Monarchie eine “selbständige politische Form und in sich ruhende Ordnung neben Absolutismus und Parlamentarismus” sei 2), sondern vor allem die Frage nach den allgemeinen Voraussetzungen für die Etablierung einer parlamentarischen Regierung und deren Anwendbarkeit in Deutschland. In der Hauptsache begründete er seine Skepsis gegenüber einer Parlamentarisierung des Deutschen Reiches mit dessen Bedrohung von außen, die eine Zusammenfassung der politischen Macht in einer monarchischen Staatsspitze erzwingt. Als wichtiges, in der Systematik seines Ar-

*) Die Daten für diesen Beitrag wurden in dem durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderten und durch den Autor geleiteten Forschungsprojekt “Struktur und Wandel parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland 1848 - 1933” gesammelt und aufbereitet. An den Erhebungsarbeiten waren H. Odenthal, K. Sombert, W. Weege und Frau E. - M. Wiczorek beteiligt. Die Datenaufbereitung wurde durch G. Westermann und R. Ponemereo, die Analysen und die Computergraphik wurden technisch durch R. Ponemereo, H. - J. Voßenkaul und K. Sombert betreut. Die Ziele des Projekts und die Vorgehensweisen bei der Datenerhebung werden beschrieben in Heinrich Best. “Recruitment, Careers, and Legislative Behavior of German Parliamentarians, 1848 - 1952”, in: Historical Social Research/ Historische Sozialforschung 23 (1982), S. 20 - 54. Die verwendeten Datensätze werden in zwei Datenhandbüchern des Zentrums für Historische Sozialforschung (Köln) ausführlich dokumentiert.

1) “Das monarchische Prinzip und die konstitutionelle Verfassung”, in: Otto Hintze, Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen Bd. 1, hg. v. Gerhard Oestreich (Göttingen, 1970), S. 359 (zuerst Preußische Jahrbücher, 144, S. 341 - 412).

2) Ernst-Wolfgang Böckenförde, “Der Verfassungstyp der deutschen konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert”, in: ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte 1815 - 1918, (Köln, 1972), S. 146; vgl. auch Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3 (2. Aufl., Stuttgart u.a., 1968), S. 4 - 20.

guments vielleicht sogar bedeutenderes Nebenthema erörterte Hintze aber auch die sozialstrukturellen Bedingungen für eine parlamentarische Regierung auf der Grundlage einer partizipatorischen Demokratie. Seine Diagnose, sicher nicht seine Therapie, erweist ihn einmal mehr als Vorläufer einer historisch-politischen Soziologie, die über die Traditionen der auf Ereignisse und Personen zentrierten Geschichtsauffassung des Historismus hinausweist 3).

Zur Etablierung eines parlamentarischen Regiments genüge nicht die Nachgiebigkeit der Regierung, dazu bedürfe es "vor allem eines bestimmten Grades innerer Einheit unter den Regierten, als dessen Index die Parteikonstellation gelten kann 4)." Die deutsche Gesellschaft sei hingegen durch tiefe sozialkulturelle Spaltungen geteilt: "Die große wirtschaftlich-soziale Kluft, die von jeher zwischen dem preußischen Osten und Westen besteht und die in der Verschiedenheit der ländlichen Verfassung und der verschiedenen Verteilung der agrarischen und der industriellen Interessen wurzelt, verhindert einen einheitlichen Zusammenschluß ebenso wie der Gegensatz der Konfessionen, der in keinem anderen Staat der Welt so stark und umfassend sich geltend macht wie in Preußen und im Deutschen Reiche. Dazu tritt namentlich im Reiche die radikale Staatsfeindlichkeit der Sozialdemokratie". Nach einem Ausblick auf den britischen Parlamentarismus, dessen Erfolg er der sozialen Homogenität seiner Führungsgruppen zurechnet, kommt er zu dem Schluß, daß "bei uns... die Parteien eigentlich keine politischen, sondern mehr wirtschaftlich-soziale oder religiös-konfessionelle Bildungen [sind]. Das hängt damit zusammen, daß es eigentlich nur das Leben der bürgerlichen Gesellschaft ist, im Gegensatz zum eigentlich politischen Betrieb, was in unseren Volksvertretungen zu Worte kommt. ... Das ist aber eine Gestaltung des Parteiwesens, die mehr zu monarchischer Staatsleitung als zu parlamentarischem Einfluß führt 5)."

Es unterstreicht die Bedeutung von Hintzes Urteil, daß sich seine Argumente in Variationen auch bei anderen zeitgenössischen Beobachtern finden - so etwa bei Max Weber, der darauf hinwies, daß Parlamente nur so lange "normal fungieren", bis klassenorientierte Parteien die parlamentarischen Führungsgruppen spalten 6). Hinzu komme in Deutschland die Organisation des Katholizismus als "Minderheitsschutzpartei". Noch im Frühjahr 1918 glaubte Weber, daß angesichts der Fragmentierung der parlamentarischen Führungsgruppen im Deutschen Reich "die Macht einer klug operierenden Krone stets bedeutend bleiben" werde 7). Mit zwar geringerer analytischer Schärfe, aber auf dem Erfahrungs-

3) Zur Bedeutung Otto Hintzes als ein früher Mittler zwischen Soziologie und Geschichtswissenschaft vgl. u.a. Jürgen K o c k a , "Otto Hintze", in: Hans-Ulrich W e h l e r (Hrsg.), *Deutsche Historiker* (Göttingen, 1973), S. 275 - 298.

4) O. H i n t z e , *Prinzip*, S. 2.

5) *Ebd.*, S. 337 f.

6) *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie* (5. Aufl., Tübingen, 1972), S. 174.

hintergrund des praktischen Politikers stellte Friedrich Naumann in seiner zuerst im Jahre 1900 erschienenen Schrift über Demokratie und Kaisertum eine ähnliche Diagnose 8). Seine Prognose, daß die "Kräftevergeudung und Zerspaltenheit" des deutschen Parlamentarismus "ein parlamentarisches System selbst in einer Republik schwer möglich machen" würden, wirkt wie eine Vision der Weimarer Demokratie 9).

7) "Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland", in: ders., *Gesammelte politische Schriften*, hg. v. Johannes W i n c k e l m a n n (3. Aufl., Tübingen 1971), S. 384 (zuerst 1918 in der von Siegmund Hellmann herausgegebenen Schriftenreihe "Die innere Politik").

8) "Auf der jetzigen deutschen Entwicklungsstufe kann die Initiative des Reichstages nur gering sein. In dieser Hinsicht bietet die Verfassung mehr, als was bis heute der Reichstag leisten kann. So lange die Parteien sich gegenseitig aufheben, ist das Recht des Reichstages, seinerseits Gesetze vorzuschlagen, beinahe ein schlummerndes Recht. ... Über Vergewaltigung des Reichstages zu deklamieren ist ziemlich zwecklos, solange er nicht von sich aus fähig ist, bei großen gesetzgeberischen Aktionen eine feste Grundlage zu bieten." *Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik* (4. Aufl, Berlin, 1905), S. 54.

9) Ebd. S. 170f. Ähnliche Argumente, die sich zumindest implizit gegen "Schuld" und "Versagen" als normative Kategorien einer Analyse des politischen Verhaltens der parlamentarischen Führungsgruppen des Kaiserreichs wenden, finden sich in der neueren Literatur u.a. bei Gerhard A. R i t t e r, *Die deutschen Parteien 1830 - 1914* (Göttingen, 1985), S. 87 u. Peter M o l t, *Der Reichstag vor der improvisierten Revolution* (Köln u. Opladen, 1963), S. 24f. Theoretisch verallgemeinernd, aber mit empirischen Bezügen auf den "Fall" Deutschland vgl. Gerhard L o e w e n b e r g, "The Influence of Parliamentary Behavior on Regime Stability: Some conceptual classifications", in: *Comparative Politics* 3 (1971), S. 177 - 200.

Der locus classicus für die These, daß die deutschen Parteien vor 1933 zur Durchsetzung demokratischer Institutionen, zur Integration der Bevölkerung in ein allgemeines Staatsbürgertum und zur Verwirklichung sozialer Gleichheitsansprüche unfähig waren, weil sie in ihrer Entstehung und Erhaltung "politische Aktionsausschüsse" relativ geschlossener sozialmoralischer Milieus gewesen seien, ist nach wie vor M. Rainer L e p s i u s "Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft", in: Gerhard A. R i t t e r (Hrsg.), *Deutsche Parteien vor 1918* (Köln, 1973), S. 56 - 80 (zuerst 1966). Die Aussagen Lepsius' beziehen sich jedoch fast ausschließlich auf das Parteiensystem als "Ausdruck und Träger bestimmter politischer Grundorientierungen, die durch soziale Strukturzusammenhänge vorgeprägt sind und konstitutive soziale Konflikte innerhalb einer Gesellschaft reflektieren" (S. 61), während die Eliten weitgehend ausgeblendet bleiben. Nur an einer Stelle verweist er auf eine besondere Gefahr, die davon ausgeht, daß die sozialmoralischen Milieus "jeweils von einer homogenen Führungsschicht in ihren intermediären Gebilden" beherrscht werden: "In einem zirkulären Prozeß verengt sich dann der Aktionsbereich der politischen Führung auf die Interessen der herrschenden Milieurepräsentanten und trägt zugleich zum weiteren Auszug der von diesen nicht artikulierten Bevölkerungsteile, damit aber zu einer weiteren Verengung des eigenen Aktionsbereichs bei" (S. 68). Den Endpunkt dieser Abwärtsspirale bildet eine Situation, in der die Milieuparteien auf relativ kleine und isolierte Gesinnungsgemeinschaften einschmelzen, während immer größere Bevölkerungsteile politisch freigesetzt werden; ein Szenario, das deutlich auf die Schlußphase der Weimarer Republik verweist. Die "Milieurepräsentanten" haben in diesem Argument die Stellung einer intervenierenden Variablen: die Struktur der Führungs-

Obwohl in diesen zeitgenössischen Analysen nicht immer klar zwischen Parteien als Massenorganisationen und den parlamentarischen Vertretungen unterschieden wird, enthalten sie in ihrem Kern ein systematisches Argument, an das die folgende Untersuchung theoretisch anknüpfen kann: Die Repräsentativität und das Integrationsvermögen parlamentarischer Führungsgruppen, also Eigenschaften die auf die Konfliktlösung und die Interessenartikulation als latente Grundfunktionen repräsentativer Institutionen verweisen, können in einen Widerspruch geraten, der den Prozeß der Parlamentarisierung lähmt und die Stabilität repräsentativer Institutionen bedroht 10). Fungieren Parteien exklusiv als "Vertreterinnen der Sonderinteressen einzelner Gesellschaftsklassen, Berufs- und Wirtschaftszweige, Landesteile [und] Religionsgemeinschaften 11)", dann geht das tendenziell auf Kosten der inneren Kompromiß- und äußeren Konfliktfähigkeit der parlamentarischen Führungsgruppen. Eine solche Entwicklung ist besonders wahrscheinlich, wenn in einer sozialkulturell mehrfach gespaltenen Gesellschaft die Vertretungsmechanismen der Massendemokratie eingeführt werden. Einen einfachen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nicht, denn was etwa durch Wahlrechtsbeschränkungen an Homogenität der parlamentarischen Führungsgruppen gewonnen werden könnte, würde an Legitimität wieder verloren gehen - jedenfalls dann, wenn die Bevölkerung politisch mobilisiert ist 12).

Ein weiter historischer Bogen, aber ein kurzer Argumentationsschritt, führt von Hintze, Weber und Naumann zu modernen Elitentheorien, deren Kern der Zusammenhang zwischen der Stabilität repräsentativer Institutionen und der Struktur politischer Führungsgruppen bildet 13). Diese Ansätze grenzen sich von

schichten verstärkt oder bremst die Dynamik des soziopolitischen Segmentationsprozesses.

10) Vgl. u.a. Heinz Eula u. Katherine Hinkle y, "Legislative Institutions and Processes", in: James A. Robinson (Hrsg.), *Political Science Annual* (Indianapolis, 1966), S. 85 - 102 u. G. Loewenberg, *Influence*, S. 177 - 179.

11) O. Hintze, *Prinzip*, S. 381.

12) Vgl. M. Weber, *Parlament*, S. 382 f. Auch Max Weber erkannte ein Spannungsverhältnis zwischen Demokratisierung und Parlamentarisierung, ohne sich der Meinung O. Hintzes anzuschließen, daß "wirklicher Parlamentarismus nur bei einem Zweiparteiensystem und nur bei einer aristokratischen Honoratiorenherrschaft innerhalb der Parteien möglich" sei: "Der Bestand und die formale Machtstellung der Parlamente ist durch die Wahlrechtsdemokratie an sich nicht bedroht" (S. 383, Hervorheb. v. Verf.). Die Frage nach dem Verhältnis von Repräsentativdemokratie und parlamentarischem Regierungssystem wurde grundlegend in den Anfangsjahren der Weimarer Republik debattiert. Vgl. u.a. Hugo Preuß, *Staat, Recht und Freiheit* (Tübingen, 1926). Literaturzusammenstellung in: Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 6 (Stuttgart u.a., 1981), S. 39 f.

13) Unter den Etiketten der "agglutination", "interlockingness" oder "cohesiveness" wurde die Integration von Führungsgruppen in verschiedene Theoriengebilde als die Bedingung für die Stabilität politischer, insbesondere repräsentativer Institutionen eingeführt. Vgl. u.a. Harold D. Lasswell, "The Elite Concept", in: ders. u.a., *The Comparative Study of Political Elites. An Introduction and Bibliography* (Stanford, 1952), S. 6 - 21; Samuel P. Huntington, *Political Order in Changing Societies* (New Haven u. Lon-

der herrschenden Meinung ab, nach der die in Wahlen institutionalisierten Prozesse der Aggregation von Interessen und der Austragung politischer Konflikte über die Stabilität politischer Ordnungen und das Schicksal der repräsentativen Institutionen entscheiden 14). Wichtiger seien die strukturelle Integration und der Wertekonsens der Eliten, wobei "strukturelle Integration" definiert wird als die Dichte und Reichweite formeller und informeller Netzwerke persönlicher Kommunikation, der Freundschafts- und Einflußbeziehungen, "Wertekonsens" als der Grad zu dem die formellen und informellen prozeduralen Regeln politischen Verhaltens beachtet werden. Die entschiedenste Formulierung dieser Position findet sich bei den amerikanischen und australischen Politikwissenschaftlern Lowell Field und John Higley, nach denen die Strukturen und Orientierungen der Führungsgruppen eines Landes die ausschlaggebenden Bedingungen für die Stabilität seiner politischen Ordnung enthalten. Danach ist es notwendig, daß sich eine konsensuell geeinte Elite formiert, die durch ein hohes Ausmaß an struktureller Integration und die Anerkennung etablierter Institutionen gekennzeichnet ist, "bevor irgendeine Art stabiler Regierung mit persönlicher Freiheit und ernstzunehmenden Wahlen institutionalisiert werden kann 15)."

Hier soll nicht den Verzweigungen der Elitentheorie Fields und Higleys nachgegangen werden, die in ihrem Kern eine bereits von Dahrendorf entwickelte Elitentypologie enthält 16). Auch für ihr Hauptargument gibt es, wie erwähnt, eine Vielzahl von Vorwegnahmen. Als systematisch bedeutsam sollen an dieser Stelle nur zwei Einwände hervorgehoben werden: Unbefriedigend ist die weitgehende

don, 1968); Lester G. Seligman, *Recruiting Political Elites* (New York, 1971); Carl Beck, "Introduction", in: ders. u.a., *Comparative Communist Leadership* (New York, 1973).

14) Vgl. u.a. Giovanni Sartori, "Anti-Elitism Revisted", in: *Government and Opposition* 13 (1978), S. 58 - 80. Vgl. auch M. Rainer Lepsius, "From Fragmented Party Democracy to Government by Emergency Decree and National Socialist Takeover: Germany", in: Juan J. Linz u. Alfred Stepan (Hrsg.), *The Breakdown of Democratic Regimes* (Baltimore u. London, 1978), S. 35: "The strength of the democratic potential of a political system can be measured by the votes for parties committed to democratic institutions."

15) G. Lowell Field u. John Higley, *Eliten und Liberalismus. Ein neues Modell zur geschichtlichen Entwicklung der Abhängigkeit von Eliten und Nicht-Eliten. Zusammenhänge, Möglichkeiten, Verpflichtungen* (Opladen, 1983), S. 64. Field u. Higley formulieren ihre Hypothese als allgemeine Gesetzmäßigkeit: "As the causal variable, an elite state always predates the stability or instability of political institutions". Dies, "National Elites and Political Stability", in: Gwen Moore (Hrsg.), *Studies of the Structure of Nationale Elite Groups* (Research in Politics and Society. A Research Annual, Bd. 1, Greenwich/Conn., 1985), S. 7.

16) Gesellschaft und Demokratie in Deutschland (München, 1965), S. 257 - 260 (vgl. insbesondere die "Vier Idealtypen von Machteliten"). Ähnlich entschieden wie Field u. Higley formulierte bereits Dahrendorf: "Der repräsentative Staat in liberaler Verfassung kann nicht nur, sondern muß eine etablierte politische Klasse haben" (S. 302). Vgl. auch den Beitrag von Ursula Hoffmann-Lange in diesem Band.

Vernachlässigung des genetischen Aspekts, die Ausbildung der Bedingungen unter denen sich bestimmte Konstellationen von Elitenkonflikt und Elitenkonsens formieren. Das gilt vor allem für die Unterlassung, daß die Zusammenhänge zwischen sozialkulturellen Spaltungen in der Gesellschaft einerseits und den Konfliktstrukturen in den Führungsgruppen andererseits weder theoretisch noch empirisch hinreichend Beachtung finden. Problematisch ist auch die Weise empirischer Überprüfung in einer ausschließlich makropolitischen Analyse, bei der Staaten die Beobachtungseinheiten sind. Ungewiß bleibt dabei, ob die auf der Ebene ganzer Gesellschaften beobachtenden Zusammenhänge auch auf der Individualebene erhalten bleiben 17).

An beide Einwände knüpft die Untersuchung an, über die im folgenden berichtet wird. Ihr Ansatzpunkt ist die Frage nach der inneren Kompromiß- und äußeren Konfliktfähigkeit der parlamentarischen Führungsgruppen Deutschlands. An ihr entschied sich - so die Hypothese - im Kaiserreich die Etablierung und in der Weimarer Republik die Stabilisierung einer politischen Ordnung mit Repräsentativkörperschaften, von deren Vertretern die Verantwortung für die Politik zu tragen war. Der Übergang zur Demokratie konnte nicht, zumindest nicht ausschließlich von weitsichtigen Konzessionen der traditionellen Machtträger oder - nach deren Verweigerung - von einer erfolgreichen Revolution erwartet werden. Herausgefordert waren die potentiellen politischen Trägergruppen einer repräsentativen Demokratie. In allen dynastischen Staaten, die man dem Deutschen Kaiserreich als Beispiele erfolgreicher Parlamentarisierung entgegenhalten kann, ist es den parlamentarischen Führungsgruppen erst im offenen Konflikt oder durch eine verdeckte Ausnutzung von Machtchancen gelungen, eine zentrale Stellung im politischen Entscheidungssystem zu erlangen 18). In der Frage nach den Gründen für die geminderte Konfliktfähigkeit und Konfliktbereitschaft der parlamentarischen Führungsgruppen des deutschen Kaiserreichs gegenüber den etablierten Machtträgern ist deshalb die Frage nach den Ursachen für seine ausgebliebene Parlamentarisierung und - im zeitlichen Vorgriff - nach den Gründen für das Scheitern repräsentativer Institutionen in der Weimarer Republik enthalten.

Sozialkulturelle Spaltungen im Elektorat bilden eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung in diesem Erklärungsgang, denn der internationale Vergleich zeigt, daß eine ausgeprägte Fragmentierung der politischen Kultur auf der Basis parteipolitischer, religiöser, anderer kultureller und sozioökonomischer Konfliktlinien nicht notwendig die Etablierung und erfolgreiche Arbeit reprä-

17) Ausführlicher demnächst: Heinrich B e s t. Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf, 1989).

18) Kurt K l u x e n, Geschichtliche Grundlagen des Parlamentarismus: "Einführung", in: ders. (Hrsg.), Parlamentarismus (3. Aufl., Köln u. Berlin, 1971), S. 91 - 98.

sentativer Institutionen verhindern muß. In vielen politischen Systemen gelang die Befriedung einer "politisierten Sozialstruktur" 19) durch eine Integration auf der Ebene der Eliten. Diesen Sachverhalt erklärt die Theorie der Konkordanzdemokratie 20). Danach fällt den "Milieurepräsentanten" (M. R. Lepsius) die Aufgabe der Integration der politischen Ordnung zu. Von ihrem Verhalten hängt es entscheidend ab, ob sich effektive repräsentative Institutionen etablieren und ob sie überdauern können. Doch müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein, damit sich in einer soziokulturell gespaltenen Gesellschaft eine Konkordanzdemokratie ausbilden kann: Zum einen müssen die Milieurepräsentanten hinreichend autonom sein, um Kompromisse schließen, und über hinreichende Autorität in "ihren" Gemeinschaften verfügen, um sie durchsetzen zu können; zum anderen müssen sich die Machtpotentiale der verschiedenen soziokulturellen Gemeinschaften und der militärisch-administrativen Eliten in einem annähernden Gleichgewicht befinden oder gehalten werden: die Option auf eine hegemoniale Politik darf für keinen Akteur risikoarm werden 21). Die Frage nach der Reformfähigkeit des deutschen politischen Systems vor 1914 und später nach dem Überleben der Demokratie von Weimar läßt sich danach auf die Frage zuspitzen: Warum wurde das Deutsche Reich nicht zur Konkordanzdemokratie? Die in der Systematik dieses Theorieansatzes notwendige Verknüpfung zwischen den Systemebenen der Wähler und Gewählten bildet die Annahme, daß die Integrations- und Initiativfähigkeit der Reichstage umso geringer war, je getreuer die soziokulturellen Spaltungen der Gesellschaft in den politischen Konfliktstrukturen der parlamentarischen Führungsgruppen nachgebildet wurden. Bei anderer Gelegenheit hat es sich als nützlich erwiesen, hier einen segregierten von einem amorphen Parlamentarismus zu unterscheiden: Im ersten Fall sind politische

19) Zur Terminologie vgl. Franz Urban Pappi, "Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierung und Wahlabsicht", in: Politische Vierteljahresschrift 18 (1977), S. 195.

20) Vgl. Gerhard Lehmbruch, Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich (Tübingen, 1967); Arend Lijphart, "Typologies of Democratic Systems", in: Comparative Political Studies 1 (1968), S. 12 - 24 u. d. e. r. s., Democracy in Plural Societies: A Comparative Exploration (New Haven, 1977); Eric A. Nordlinger, Conflict Regulation in Divided Societies (Cambridge/Mass., 1972).

21) Zusammenfassend: Mattei Dogan u. Dominique Pelassy, How To Compare Nations. Strategies in Comparative Politics (Chatham/N. J., 1984), S. 84 - 89. Auch A. Etzioni und G. Sartori verweisen auf den Umstand, daß der Zusammenhang zwischen der "Responsivität" der Eliten und der Stabilität repräsentativer Institutionen nicht linear, sondern umgekehrt U-förmig verläuft: Politische Führungsgruppen müssen über ausreichende Handlungsspielräume verfügen, um ihre Integrationsfunktion im politischen System wahrnehmen zu können. Amitai Etzioni, The Active Society. A Theory of Societal and Political Processes (London u.a., 1968), S. 505; G. Sartori, Anti-Elitism, S. 58 - 80. Zur Bedeutung der Eliten für die Formierung soziokultureller Cleavages vgl. auch William Clagett et. al., "Political Leadership and the Development of Political Cleavages: Imperial Germany, 1871 - 1912", in: American Journal of Political Science, 26 (1982), S. 643 - 663.

Konfliktgruppen im Hinblick auf mehrere sozialkulturelle Eigenschaften scharf voneinander unterschieden, im zweiten Fall sind sie heterogen 22); im ersten Fall werden die grundlegenden gesellschaftlichen Konflikte als Kollisionen zwischen Fraktionen in der parlamentarischen Arena unvermittelt ausgetragen, im zweiten Fall werden die Funktionen der Interessenaggregation und Kompromißfindung zu einem guten Teil bereits in den Fraktionen wahrgenommen. Anders formuliert: Im amorphen Parlamentarismus wird das Parlament als Ganzes auf Kosten der Fraktionen von der Bürde der Mediation sozialkultureller Konflikte entlastet, während im segregierten Parlamentarismus die Fraktionen und Parteien sozialkulturell homogen und auf die sie tragenden Milieus fixiert bleiben.

Diese Erklärungsskizze enthält in ihrem Kern Übernahmen aus dem Fundus allgemeiner soziologischer Theorien. Zwei Generalisierungen sind hier von besonderem Belang: Zum einen das "Homophilieprinzip", nach dem enge Beziehungen Personen verbinden, die sich in mancher Hinsicht ähnlich sind 23) - ein Axiom, für das der Volksmund die Formel fand: Gleich und Gleich gesellt sich gern -, zum anderen der Topos von lokaler und globaler Kohäsion 24). Homogenität der Beziehungsformen verleiht danach einer sozialen Gruppierung (hier: einer Fraktion) Kohäsion, spaltet sie aber zugleich auch ab und fragmentiert ein soziales System (hier: ein Parlament) als Ganzes. Die Integration von Gruppen in ein soziales System hängt dagegen von der Ausbildung vielfältiger Zwischengruppenverbindungen ab, die aber wiederum das einzelne Gruppenmitglied von der Integration "nach innen" ablenken und in Kollision mit entsprechenden Gruppenerwartungen geraten lassen 25). Je größer nun die Ähnlichkeit der Abgeordneten einer Fraktion und je größer ihre Unähnlichkeit mit den Angehörigen anderer Fraktionen ist, desto stärker werden die Innengruppenverbindungen und desto geringer wird die Kohärenz der parlamentarischen Führungsgruppen als Ganzes sein 26).

22) Heinrich B e s t, "Biographie und politisches Verhalten: Wirtschaftliche Interessen, Sozialisierungserfahrungen und regionale Bindungen als Determinanten parlamentarischen Entscheidungshandelns in Deutschland, Frankreich und Großbritannien um die Mitte des 19. Jahrhunderts," in: Wilhelm H. S c h r ö d e r (Hrsg.), *Lebenslauf und Gesellschaft* (Stuttgart, 1985), S. 183.

23) Theodore M. N e w c o m b, *The Acquaintance Process*, (New York, 1961) u. Edward O. L a u m a n n, *Prestige and Association in an Urban Community* (Indianapolis, 1966). Eine frühe elitensoziologische Anwendung ist die Untersuchung von John P o r t e r, *The Vertical Mosaic: An Analysis of Social Class and Power in Canada* (Toronto, 1965).

24) Peter M. B l a u, "Parameters of Social Structure", in: *American Sociological Review* 39 (1974), S. 615 - 635.

25) Die Darstellung folgt hier Bernd W e g e n e r, "Vom Nutzen entfernter Bekannter", in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39 (1987), S. 280 u. 284.

26) Ähnliche Argumente finden sich auch bei James J. S h e e h a n, "Conflict and Cohesion among German Elites in the Nineteenth Century", in: d e r s. (Hrsg.), *Imperial Germany*, (New York u. London, 1976), S. 62 - 92.

II. Daten und Methoden

Übersetzt man diese Konzepte in Daten, geht es zunächst darum festzustellen, ob sich Veränderungen im Zuge allgemeiner gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse auch als Wandel der parlamentarischen Führungsgruppen nachweisen lassen und ob es dabei Beschleunigungen, Verzögerungen oder Disparitäten zwischen politischen Konfliktgruppen gab. Im Mittelpunkt steht hier die Frage nach der Repräsentativität der parlamentarischen Führungsgruppen Deutschlands, nach ihrer Anpassungsflexibilität im Hinblick auf grundlegende gesellschaftliche Prozesse der Formierung ideeller und materieller Interessen.

Den zweiten Untersuchungsschwerpunkt bildet die Frage nach den strukturellen Bedingungen für die Integration der parlamentarischen Führungsgruppen des Reiches, nach ihrer inneren Kompromiß- und äußeren Konfliktfähigkeit. Empirisch wird hier zu klären sein, ob und welche Milieugrenzen sich auch auf der Ebene parlamentarischer Führungsgruppen als soziodemographische Unterschiede zwischen den Angehörigen der verschiedenen politischen Konfliktgruppen ausprägen.

Diese Problemstellungen werden hier in drei Analyseschritten verfolgt: zunächst in einer Längsschnittbetrachtung der Zeitreihen von Anteilswerten fünf exemplarischer Indikatoren politischer Modernisierung. Das ist ein Ausschnitt aus einer Gesamtheit von insgesamt 23 Zeitreihen, mit denen an anderer Stelle der langfristige Wandel der parlamentarischen Führungsgruppen bis 1918 empirisch erfaßt wurde. Die Auswahl der Indikatoren, deren Systematik Samuel Huntingtons Konzept der politischen Modernisierung folgt, und ihre Verknüpfung mit dessen Modernisierungsdimensionen wurden bei dieser Gelegenheit ausführlich erörtert - auf eine Wiederholung kann hier deshalb verzichtet werden 27).

An diesen Zeitreihen interessiert vor allem, ob sich Wandel als partielle Modernisierung vollzog und auf diese Weise soziokulturelle Spaltungen bewirkte oder vertiefte. Dabei werden zwei Formen von Inkonsistenzen unterschieden: zum einen Disparitäten zwischen Systemebenen oder Subsystemen, etwa infolge des unterschiedlichen Tempos, in dem sich Eliten und andere Bereiche der Gesellschaft wandelten, zum anderen Unterschiede zwischen politischen Konfliktgruppen 28).

27) Heinrich Best, "Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867 - 1918", in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 13, H. 1 (1988), S. 5 - 74 (vor allem S. 11 - 16). In der vorliegenden Untersuchung werden die Zeitreihen erstmals bis zum Jahr 1933 ausgedehnt.

28) Grundlegend: Dietrich R ü s c h e m e y e r, "Partielle Modernisierung", in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels* (4. Aufl., Königstein/Ts., 1974), S. 382 - 396. Bis 1918 wird hier mit einiger Ausführlichkeit auf den Gegensatz zwischen der SPD und den sogenannten "bürgerlichen" Parteien einzugehen sein, der im Kaiserreich die tiefste Spaltung zwischen politischen Gemeinschaften erfaßt. Während die SPD bis in den

In einem zweiten Schritt wird diese Analyse dann in Koeffizientenreihen verdichtet, die jeweils den Zusammenhang zwischen der Fraktionszugehörigkeit und den drei wichtigsten demographischen Hintergrundmerkmalen der Abgeordneten erfassen: die regionale Herkunft, den Hauptberuf bei Mandatsübernahme und die Konfession. Der Verlust an Anschaulichkeit wird dabei durch einen Gewinn an analytischer Schärfe kompensiert, denn hier wird Segmentation unmittelbar durch ein effizientes Maß erfaßt.

Die dritte Stufe bildet dann die Ermittlung multivariater Zusammenhänge durch Korrespondenzanalysen. Dies ist ein sogenanntes "postfaktorielles" Verfahren, das unter anderem eine graphische Darstellung des Zusammenhangs zwischen der Sozialstruktur und der politischen Konfliktstruktur der Abgeordneten ermöglicht 29). Dieser Untersuchungsschritt ist als Serie von Querschnittsanalysen angelegt: verglichen werden die Reichstage von 1871, 1881, 1890, 1912, 1919, 1928 und 1932II.

Doch zunächst soll der Wandel der parlamentarischen Führungsgruppen Deutschlands auf konventionelle Weise, durch Zeitreihen von Prozentanteilen dargestellt werden. Dabei wurde die Auswahl der Indikatoren nach dem Kriterium getroffen, daß sie unterschiedliche Modernisierungsdimensionen möglichst prägnant erfassen:

- der Anteil der in Orten mit mehr als 100.000 Einwohnern lebenden Abgeordneten den Prozeß der Urbanisierung der parlamentarischen Führungsgruppen;
- die Veränderung des Anteils adeliger Abgeordneter die Ablösung askriptiver durch funktional-instrumentelle Kriterien der Rekrutierung politischen Personals;
- der Anteil der nicht formal an eine Kirche gebundenen Abgeordneten den Prozeß der Verweltlichung der ideellen Grundlagen politischer Macht;
- der Anteil der in Unternehmerverbänden und Gewerkschaften organisierten Abgeordneten den Prozeß der "Sekundarisierung", den Übergang von einer agrarischen zu einer industriellen Interessenrepräsentation;
- die Rate der Abgeordneten, die vor oder während ihres Mandats Regierungs- und höchste Staatsämter ausgeübt hatten, die Systemintegration, die Verflech-

Weltkrieg hinein "Gettopartei" blieb, war sie die einzige Konfliktgruppe, die erst nach der Reichsgründung zur bedeutsamen politischen Kraft wurde. Die gewählte Betrachtungsweise kontrolliert so gewissermaßen den Effekt, den das Erscheinen dieses Neulings auf die Struktur der parlamentarischen Führungsgruppen des Kaiserreichs hatte. Die Zeitreihe für die sozialdemokratischen Abgeordneten setzt erst mit dem Reichstag von 1884 ein, in den die SPD insgesamt 25 Abgeordnete entsandte und in dem sie erstmals Fraktionsstatus erhielt. Zuvor werden ihre Prozentsatzprofile zu stark durch einzelne Aus- und Eintritte beeinflusst. Bei der Fortsetzung der Zeitreihen in die Weimarer Republik werden dann zwei weitere Neuzugänge auf der politischen Bühne gesondert ausgewiesen: die KPD und die NSDAP, beide ebenfalls von dem Zeitpunkt an, zu dem sie mehr als 25 Abgeordnete stellten.

29) Philippe Cibois, "Le dépouillement d'enquête par la méthode Tri-deux: développements récents", in: J. Diday u.a., *Data Analysis and Informatics IV* (Amsterdam, 1986), S. 619 - 624; vgl. auch Anm. 59.

tung der Funktionsebenen und funktionalen Bereiche des politischen Systems.

III. Dimensionen politischer Modernisierung

III.1. Urbanisierung

Die Veränderung der Stadt-Landbeziehungen ist nach Samuel P. Huntington die politisch bedeutsamste Folge von Modernisierungsprozessen. Die Kluft zwischen Stadt und Land sei die hauptsächliche Ursache politischer Instabilität in sich modernisierenden Gesellschaften und ein Hindernis für die nationale Integration; die Entmachtung der ländlichen Eliten und die Durchsetzung städtischer Herrschaft und Werte in der ländlichen Gesellschaft seien notwendige Etappen auf dem Weg zur Durchsetzung einer demokratischen politischen Ordnung³⁰⁾. Folgt man dieser Betrachtungsweise ergibt sich für das Kaiserreich das gebrochene Bild einer partiellen Modernisierung.

Der Vorgang der Urbanisierung der parlamentarischen Führungsgruppen wird hier durch den Anteilswert der bei der Mandatsübernahme in Großstädten von über hunderttausend Einwohnern lebenden Abgeordneten erfaßt. Verfolgt man die Zeitreihe dieses Indikators, so hat sie zunächst einen vom gesellschaftlichen Wandel abweichenden und zwischen politischen Konfliktgruppen inkonsistenten Verlauf. Während etwa in der Bevölkerung der Anteil der Großstädter zwischen 1871 und 1910 von 5 % auf 21 % stieg³¹⁾, läßt sich bei den nichtsozialistischen Abgeordneten kein vergleichbar markanter, vor allem kein homogener Urbanisierungstrend erkennen. Insgesamt schwankt bei den bürgerlichen Parteien der Anteilswert der in Großstädten ansässigen Abgeordneten langfristig zwischen 19 % und 30 %, ohne daß sich eine eindeutig gerichtete Entwicklung durchgesetzt hätte. Es ist zu vermuten, daß hier vor allem das Territorialwahlrecht des Kaiserreichs bremste, das die lokalen und regionalen Eliten bei Kandidaturen begünstigte - zumindest gilt dies unter der Voraussetzung, daß nationale Parteiorganisationen nicht oder nur schwach ausgebildet waren³²⁾. Dagegen weisen die Abgeordneten der SPD von Anfang an ein eindeutig großstädtisches Profil auf: Seit den 1890er Jahren lebten zwischen 60 % und 65 % in Städten mit über hunderttausend Einwohnern. Die Anpassung der parlamentarischen Führungsgruppen des Kaiserreichs an gesellschaftliche Entwicklungstrends vollzog sich in diesem Bereich also nicht als Wandel in den etablierten Parteien, sondern als Etablierung einer neuen Partei mit deutlich "modernerem" Profil. Hier prägt sich das Muster einer partiellen, noch prägnanter: einer segmentä-

30) S. Huntington, *Order*, S. 72 f.

31) Errechnet nach Gerd H o h o r s t u.a., *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*, Bd. 2: *Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870 - 1914* (2. Aufl., München, 1978), S. 52.

32) Vgl. u.a. Gerhard A. R i t t e r (u. Mitarb. v. Merith N i e h u s s), *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871 - 1918* (München, 1980), S. 25 - 29.

ren Modernisierung aus; eine ungünstige strukturelle Voraussetzung für die Integration des Stadt/Land-Gegensatzes im Reichstag. Dagegen war er zum Kristallisationskern für die Ausbildung polarisierter politischer Gemeinschaften prädestiniert.

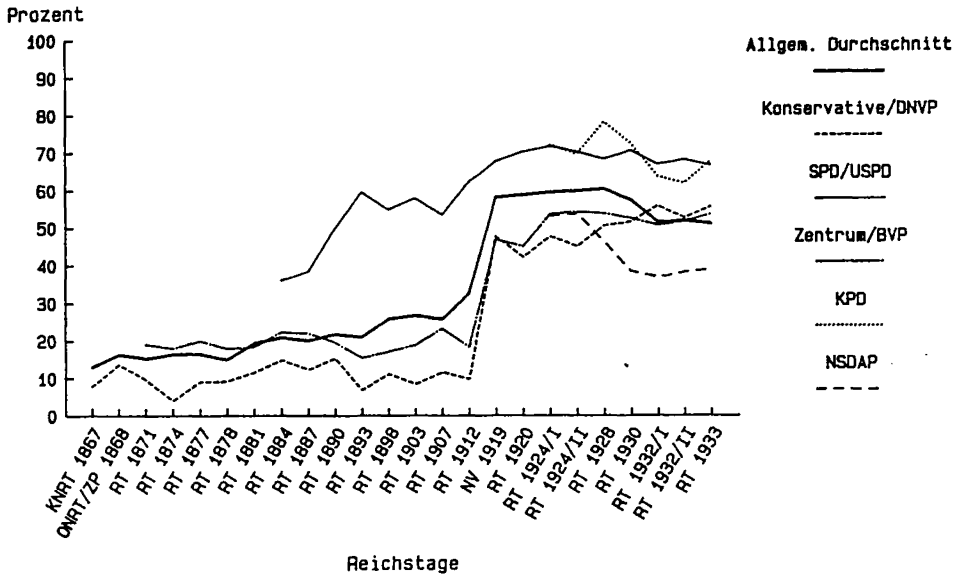
Nach der Novemberrevolution veränderte ein spektakulärer Urbanisierungsschub bei den nichtsozialistischen Abgeordneten diese Konstellation grundlegend. Von 42 % im Jahr 1893 verringerte sich die Prozentsatzdifferenz gegenüber der sozialdemokratischen Vertretung bis auf 8 % im Jahr 1928. Vermutlich bewirkte die Beseitigung des Territorialwahlrechts und seine Ersetzung durch das Verhältniswahlrecht in Großwahlkreisen diesen Prozeß der Desegmentation, das Verhältniswahlrecht in Großwahlkreisen diesen Prozeß der Desegmentation, die Nivellierung eines alten Strukturbruchs. Zugleich war die Veränderung Ausdruck eines Funktionswandels der politischen Figur des Parlamentariers vom Intermediär zwischen Funktionsebenen des politischen Systems zum Repräsentanten ausdifferenzierter funktionaler Bereiche. In den letzten Jahren der Weimarer Republik kehrte sich diese Entwicklung allerdings wieder um. Dies war dem Wachstum der NSDAP zuzuschreiben, deren Vertretung sich seit den großen Wahlerfolgen zu Anfang der 30er Jahre überwiegend aus kleinen Gemeinden und Mittelstädten rekrutierte. Im säkularen Trend war das eine partielle "Entmodernisierung", während die übrigen Parteien großstädtisch geprägt blieben.

III.2. Säkularisierung

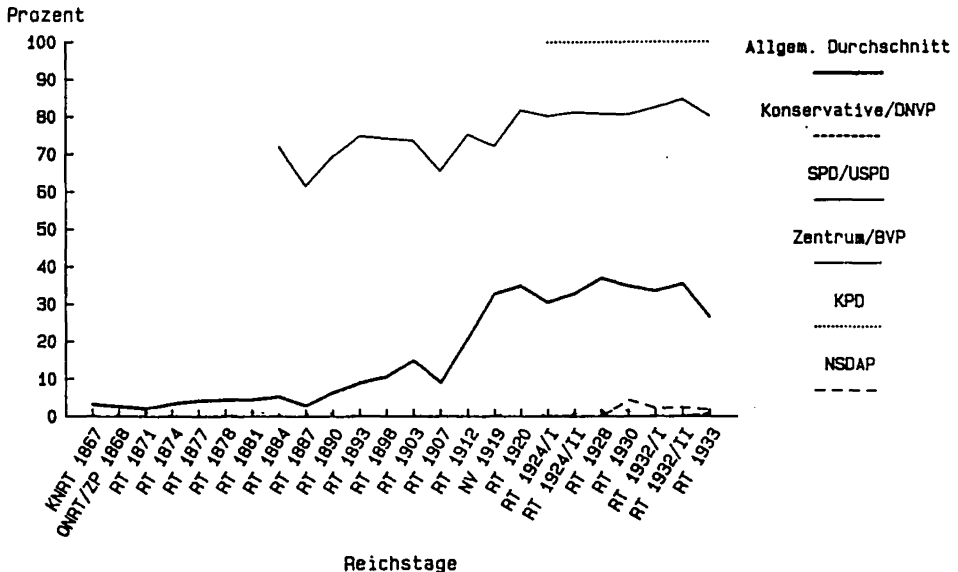
Das Grundmuster partieller Modernisierung setzte sich auch bei der Entwicklung des Anteils kirchlich gebundener Abgeordneter durch, der hier als ein Indikator für die Rationalisierung der Autorität eingeführt wird. Entkirchlichung bedeutete ja auch eine Erosion der transzendentalen Grundlagen des dynastischen Staates, dessen Legitimität seit den Karolingern durch das Prinzip des Gottesgnadentums begründet wurde. An dem Verlaufsmuster der Zeitreihen der "Dissidenten" - das heißt hier: der nicht an eine Kirche oder die jüdischen Kultusgemeinden formal als Mitglieder gebundenen Abgeordneten - läßt sich nach 1890 die Absorption einer residualen Säkularisierungstendenz unter den bürgerlichen Reichstagsmitgliedern durch die Sozialdemokratie ablesen. Der bürgerliche Laizismus, der im Frankreich der Dritten Republik brisanten Konfliktstoff lieferte 33), hatte jedoch auch zuvor in Deutschland kaum Bedeutung gehabt, klang allenfalls als ein Nebenthema im Konfessionskonflikt an. Diese Ergebnisse unterstützen das Argument, daß in Deutschland die Vehemenz antikirchlicher Orientierungen durch die Multikonfessionalität gemildert oder in andere Arenen verlagert wurde 34). Auch der Laizismus wurde in Deutschland

33) Jean-Marie Ma y e u r, *La vie politique sous la Troisième République 1870 - 1940* (Paris, 1984), S. 188 - 191.

Reichstagsabgeordnete 1867-1933 Wohnorte ueber 100 000 Einwohner



Reichstagsabgeordnete 1867-1933 Konfessionslose



erst durch das Hinzutreten der Sozialdemokraten strukturbedeutsam.

Die Abgrenzung der sozialdemokratischen Mandatsträger zum organisierten Christentum war allerdings nicht total - auch dann nicht, wenn man den zunächst hohen dann sinkenden Anteil der SPD-Abgeordneten ausklammert, der sich zur jüdischen Glaubensgemeinschaft bekannte. Zwischen einem Sechstel und einem Viertel der sozialdemokratischen Parlamentarier gab eine protestantische Kirchengliederung an, während der Katholikenanteil erwartungsgemäß unbedeutend blieb.

In der Weimarer Republik gab es dann einen markanten Säkularisierungsschub. Dies ist zu einem erheblichen Anteil der Verschiebung der Parteistärken zuzuschreiben, denn der Anteil nichtsozialistischer Abgeordneter ohne Konfessionszugehörigkeit blieb nach 1919 verschwindend gering. Auch die nationalsozialistische Reichstagsfraktion demonstrierte bei einem sehr kleinen und weiter schrumpfenden Anteil hartnäckiger "Gottgläubiger" Nähe zum organisierten Christentum. Sie folgte darin Adolf Hitler, der im März 1933 in seiner Kurzbiographie für das Reichstagshandbuch eine katholische Konfessionszugehörigkeit angab und diese Praxis bis zum Ende der "großdeutschen" Reichstagsperiode beibehielt. Dagegen erhöhte sich ab 1920 der Anteil der dissidenten sozialdemokratischen Abgeordneten weiter, während die Kommunisten jede Form religiöser Bindung ablehnten.

III.3. Verbürgerlichung

Die Entwicklung des Adelsanteils, in der sich der Übergang von einem askriptiven zu einem kompetitiven Rekrutierungsmodus politischer Eliten manifestiert³⁵), scheint dem Grundmuster partieller Modernisierung auf den ersten Blick zu widersprechen. Er bietet von allen Zeitreihen das prägnanteste und konsistenteste Bild eines Modernisierungsprozesses. Der Ausgangswert ist bemerkenswert hoch. Er schwankt in der Gründungsphase des Reiches bis Anfang der 1880er Jahre um 40 %. Damit entsprach der Anteil des Adels im Reichstag dem des Offizierskorps der damaligen deutschen Armeen³⁶)! Die traditional-askriptiven Kriterien des Zugangs zu gesellschaftlichen Machtpositionen wurden offenbar über lange Zeit hinweg auch durch den Stimmzettel bestätigt. Wenn die These von der sozialen Ähnlichkeit als einer strukturellen Bedingungen für die Elitenintegration zutrifft, dann begünstigte das auch in der nationalliberalen Fraktion starke (bis 1877: 21 % - 24 %, 1903 - 1918: 7 %) aristokratische Elemente der ersten Reichstagsperiode die Zusammenarbeit mit den ebenfalls vom Adel geprägten administrativen und militärischen Eliten³⁷).

34) Karl-Egon L ö n n e, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert (Frankfurt a. M., 1986), S. 157 - 174.

35) H. B e s t, Modernisierung, S. 35f.

36) Detlef B a l d, Der deutsche Offizier. Soziale und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierskorps im 20. Jahrhundert (München, 1982), S. 97.

Seit Mitte der 1880er Jahre nahm dann der Anteil adeliger Abgeordneter stetig ab. Im letzten kaiserlichen Reichstag lag er bei 15 %. Dieser Wandel ist nicht nur den Zugewinnen der SPD zuzuschreiben; auch beim Zentrum (1877: 50 %, 1912: 15 %) und den Konservativen (1874: 86 %, 1912: 36 %) gingen die Adelsanteile bis zum Ausgang des Kaiserreichs drastisch zurück. Tatsächlich nahm Deutschland hier an einem sich in ganz Westeuropa vollziehenden Prozeß der Elitentransformation teil. Selbst der Unterschied zu den Kammern der Dritten Republik, die für viele als eine sich gegenüber monarchistischen Restaurationsversuchen behauptende partizipatorische Demokratie das kontinental-europäische Vorbild des "rückständigen" Kaiserreichs bildet, ist hier nicht sehr ausgeprägt und wurde bis zum Ende des Untersuchungszeitraums immer geringer: Der Anteil adeliger Abgeordneter sank in Frankreich von 34 % in den 1870er Jahren über 23 % in den 1880er Jahren auf 10 % in der letzten Deputiertenkammer unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Der Abstand zum Anteil adeliger Abgeordneter im Reichstag schmolz in diesen Jahrzehnten von etwa 10 % auf 4 % (38).

Doch hatte dieses Einschwenken auf den westeuropäischen Entwicklungspfad den Preis eines weiteren Strukturbruchs, denn in der administrativen Elite im Kabinettsrang verharnte der Adelsanteil in den Jahrzehnten zwischen 1890 und 1912 bei etwa 65 %, während in Frankreich der entsprechende Wert in den Jahrzehnten vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs um 10 % fluktuierte (39). Das Muster partieller Modernisierung setzte sich damit in Deutschland auch in dieser Hinsicht, als zunehmende Disparität zwischen Funktionsebenen des politischen Systems durch. Diese Entwicklung verstärkte die "Dissoziation" von Legislative und Exekutive, die sich zugleich als personale Entflechtung vollzog (40).

Die Novemberrevolution führte dann in Deutschland zunächst zum fast völligen Ausschluß des Adels aus dem Parlament. Erst 1924 pendelte sich die Entwicklung wieder auf den langfristigen Trend einer allmählichen Abnahme ein. Wenn wir weiter die Dritte Republik als Vergleichsfall und Maßstab wählen,

37) Nikolas von P r e r a d o v i c h, Die Führungsschichten in Österreich und Preußen 1864 - 1918 (Wiesbaden, 1954).

38) Errechnet nach Mattei D o g a n, "Les filières de la carrière politique en France", in: *Revue française de sociologie* 8 (1967), S. 496 (Tableau I: La noblesse déclinante et la bourgeoisie montante).

39) Maxwell E. K n i g h t, *The German Executive 1890 - 1933* (2. Aufl., Stanford, 1955), S. 33; M. D o g a n, *Filières*, S. 471 (Tab. III: Origine sociale des ministres).

40) Vgl. Abschn. III.5. Pierre B i r n b a u m verwendet das Begriffspaar von "Fusion" und "Dissoziation", um die wechselnden Konstellationen zu beschreiben, in denen in Frankreich "Verwaltung", "Politik" und "Wirtschaft" aufeinander bezogen waren. Das Parlament ist der Ort, an dem sich die Konflikt- und Bündniskonstellationen dieser Mächte formieren. Vgl. d e r s., *Les sommets de l'Etat* (Paris, 1977), S. 184f. u. "Institutionalization of Power and Integration of Ruling Elites", in: *European Journal of Political Research* 6 (1978), S. 105 - 115.

dann sind die Werte in Deutschland und Frankreich 1930 fast deckungsgleich. Doch erreichte auch dieser Modernisierungsindikator zu Ende der Weimarer Republik seinen unteren Wendepunkt: die Anteile des Adels nahmen wieder zu. Dazu trug die "Re-Aristokratisierung" der DNVP nach 1920, aber auch das Wachsen der NSDAP-Fraktion bei, in der ein überdurchschnittlich hoher Anteil Adelliger saß. Die "neue Aristokratie" war zu einem nicht vernachlässigbaren Anteil auch "alte" Aristokratie.

III.4. Sekundarisierung

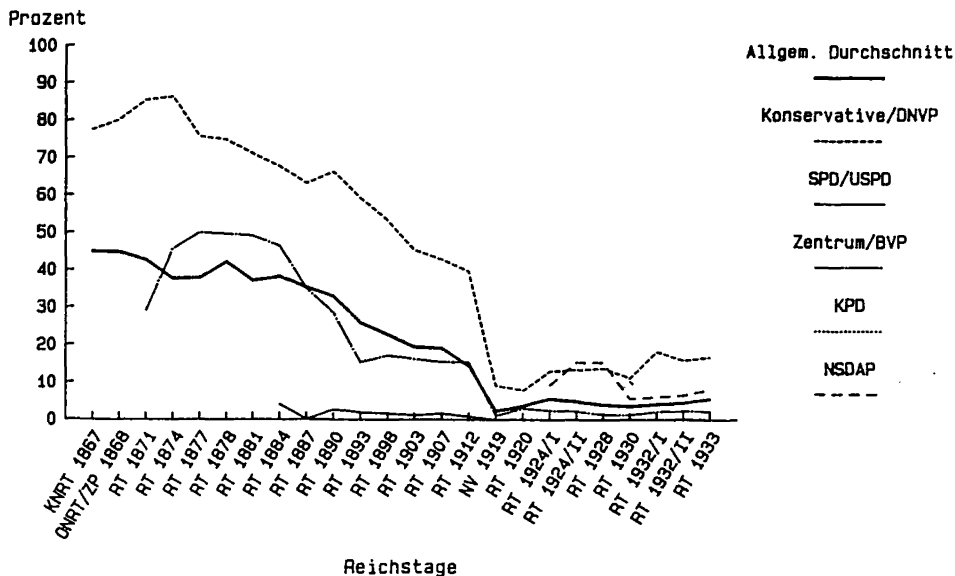
Der Prozeß der "Sekundarisierung", das heißt hier: der Übergang der Dominanz wirtschaftlicher Interessenrepräsentation vom agrarischen auf den gewerblich-industriell-kommerziellen Bereich, wird durch die Anteilswerte jener Abgeordneten empirisch erfaßt, die Mitglieder von Gewerkschaften, Korporationen und Unternehmerverbänden waren. In der historischen Elitenforschung werden bei ähnlichen Problemstellungen sonst meist die leichter erreichbaren Berufsangaben herangezogen, doch ist das ein unscharfer Indikator für Interessenbindungen, dessen empirischer Gehalt zudem mit dem Funktionswandel parlamentarischer Repräsentation vom Honoratioren- zum Interessenparlamentarismus weiter abnimmt: "Demographische Repräsentation" durch Berufsangehörige verlor an Bedeutung gegenüber der "Interessenrepräsentation" durch Mitglieder und Mitarbeiter intermediärer Organisationen 41). So wurden etwa die Belange der Landwirtschaft zunehmend nicht mehr nur durch Landwirte, sondern zunehmend auch durch Funktionäre landwirtschaftlicher Vereine und Genossenschaften vertreten, die Interessen der Industriearbeiterschaft allein schon wegen der fehlenden Diätenregelung nicht durch Arbeiter, sondern durch Gewerkschaftsfunktionäre 42).

Der Verlauf der Zeitreihe des Anteils gewerkschaftlich und in Unternehmerverbänden organisierter Abgeordneter zeigt ein in den Grundzügen bereits vertrautes Bild: im Kaiserreich eine allmähliche Zunahme der Anteilswerte von 2 % im Jahr 1871 auf 24 % im Jahr 1912, wobei die SPD mit ihrer hohen Quote von Gewerkschaftern einen markanten Vorsprung besaß; in der Weimarer Nationalversammlung dann ein sprunghafter Anstieg auf den Höchstwert von 62 % - eine Verschiebung, die vor allem der Veränderung in den nichtsozialistischen Fraktionen zuzuschreiben ist: 62 % der Zentrums- und BVP-Abgeordneten, 47 % der Liberalen und selbst 39 % der DNVP-Vertreter in der Weimarer Nationalversammlung waren nun gewerkschaftlich organisiert oder Wirtschaftsverbänden

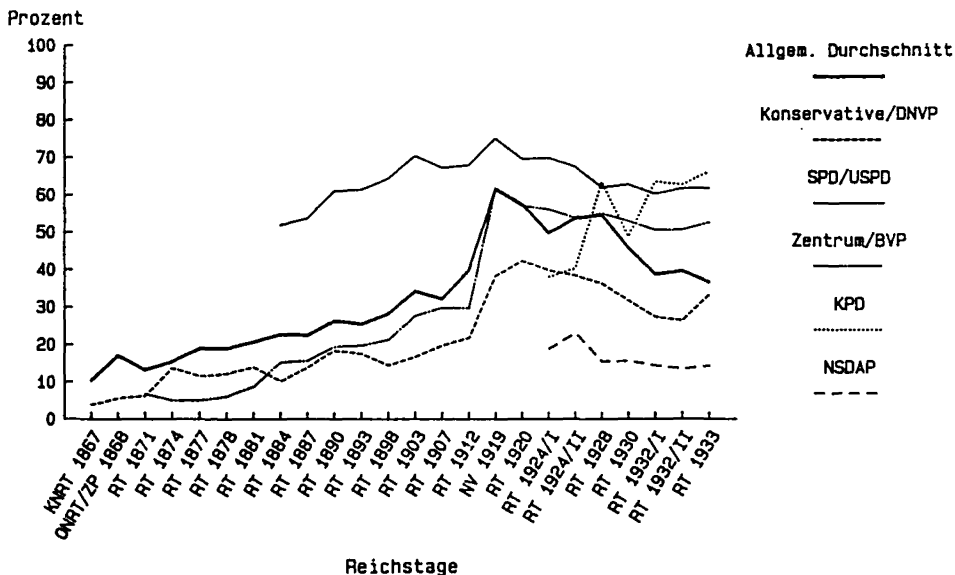
41) Zur Abgrenzung von demographischer und Interessenrepräsentation vgl. Ursula Hoffmann-Lange, "Eliten und Demokratie in der Bundesrepublik", in: Max Kase (Hrsg.), Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analyse zur Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise (Festschrift für Rudolf Wildenmann, Opladen, 1986), S. 326 f.

42) H. Best, Modernisierung, S. 18 - 22.

Reichstagsabgeordnete 1867-1933 Adelige



Reichstagsabgeordnete 1867-1933 Mitgliedschaft in Vereinen und Verbaenden des sekundaren und tertiareren Sektors



affiliert. Dagegen sank, wenn auch nicht annähernd proportional zu diesem Anstieg, der Anstieg agrarischer Interessenvertreter von 17 % im Jahr 1912 auf 11 % im Jahr 1919 und pendelte sich in den folgenden Reichstagen um Werte bei 13 % ein.

Die Novemberrevolution erscheint nach diesen Befunden als ein Triumph berufsständischer Korporierung, der Verbände-Parlamentarismus als die Domestikationsform der revolutionären Rätebewegung, deren Strukturprinzip ja ebenfalls mit einer politischen Organisation der Gesellschaft nach funktionalen Bereichen vereinbar war 43). Der sekundäre Sektor, die ökonomische und soziale Emanation der Industriegesellschaft, gewann nach unterproportionaler Repräsentation in den parlamentarischen Führungsgruppen des Kaiserreichs nun ein überproportionales Gewicht.

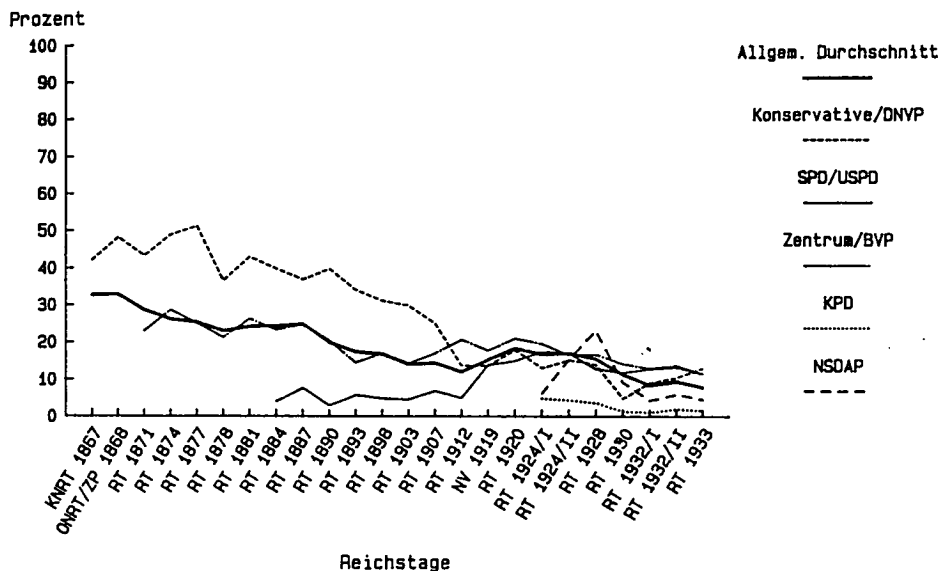
Allerdings nahmen die hohen Werte, die nach dem Anpassungsschub der Novemberrevolution erreicht worden waren, in den folgenden Reichstagen wieder ab: bis 1928 allmählich und fluktuierend, dann steil und stetig auf einen Anteilswert von schließlich nur noch 36,5 %. Es ist bemerkenswert, daß dieser Abschmelzungsprozeß nicht von den traditionellen nichtsozialistischen Parteien ausging, auch nicht von der DNVP, die ihre agrarische Orientierung um eine starke industriell-gewerbliche Komponente erweiterte. Ausgangspunkt des Rückgangs nach 1928 war vielmehr die NSDAP, deren Abgeordnete kaum organisatorische Bindungen an den industriell-gewerblichen Bereich hatten. Hier erscheint also wieder eine vertraute Konstellation: Während die SPD im Kaiserreich Trägerin einer partiellen Modernisierung war, bewirkte die NSDAP in den parlamentarischen Führungsgruppen der Weimarer Republik eine partielle Entmodernisierung.

III.5. Institutionalisierung

Partielle Modernisierung kann in verschiedenen Erscheinungsformen auftreten: zum einen - wie beschrieben - als Begrenzung von Veränderungen auf eine politische Konfliktgruppe, eine Gesinnungsgemeinschaft oder ein gesellschaftliches Teilsystem, zum anderen als "Dissoziation" (P. Birnbaum) einander funktional zugeordneter gesellschaftlicher Bereiche. Die zweite Variante partieller Modernisierung charakterisiert den Prozeß der Institutionalisierung der parlamentarischen Führungsgruppen des Kaiserreichs, der hier als positionelle Verflechtung zwischen den Funktionsebenen des politischen Systems erfaßt wird 44). Tatsäch-

43) So in den Rätekonzeptionen von Cohen, Kaliski, Breitscheid und Sinzheimer. Vgl. Peter L ö s c h e, "Rätesystem im historischen Vergleich", in: Probleme der Demokratie heute, Sonderheft 2 der Politischen Vierteljahresschrift (1970), S. 79f. Zur Restabilisierung der europäischen Gesellschaften nach dem Ersten Weltkrieg durch einen Prozeß der "Korporierung" vgl. Charles M a i e r, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilisation in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I* (Princeton, 1975), S. 9 - 42.

Reichstagsabgeordnete 1867-1933 Hohe Staatsämter vor und während des Reichstagsmandats



lich verweist jedoch der stetig und markant sinkende Anteilswert der Abgeordneten, die vor und während ihres Mandats im Reichstag überwiegend in den Einzelstaaten aber auch im Reich hohe Regierungsämter als Minister, Staatssekretäre und in äquivalenten Positionen wahrgenommen hatten, auf eine fortschreitende Entflechtung der Machtorganisationen des Kaiserreichs. Während bis Mitte der 1870er Jahre der Reichstag auch für höchste Amtsträger eine gesuchte Arena war - man denke etwa an die Abgeordneten Roon und Moltke - nahm seine Attraktivität mit der Routinisierung des politischen Betriebs, vor allem nach dem Ende des parlamentarischen Zusammenspiels zwischen Bismarck und den Nationalliberalen, deutlich ab. Elitenstrukturell war die Trennung von Exekutive und Legislative kein Erbe einer deutschen Tradition konstitutioneil-dualistischen Denkens, sondern das Ergebnis einer bestimmten Poli-

44) S. H u n t i n g t o n bestimmt den Grad der Institutionalisierung eines politischen Systems durch seine Anpassungsfähigkeit, Komplexität, Autonomie und Kohärenz. Eine partizipatorische Demokratie kann danach nur entstehen und überdauern, wenn der Grad der Institutionalisierung des politischen Systems einen hohen Wert erreicht und segmentäre Strukturen überwunden werden. Ein niedriger Institutionalisierungsgrad führt dagegen zur Ausbildung "prätorianischer" Systeme, die dadurch gekennzeichnet sind, daß in ihnen soziale Großgruppen mit ihren spezifischen außerinstitutionellen Mitteln unmittelbar in das politische Geschehen eingreifen und dadurch dauernde Instabilität erzeugen (Political Order, S. 12, 192 - 263).

tik. So hat etwa Max Weber darauf hingewiesen, daß die "politische Nichtigkeit des Parlaments und der Parteipolitiker ... absichtsvoll herbeigeführt" und nicht verfassungstechnisch erzwungen worden sei 45). Unsere Daten unterstützen diese Einschätzung: der Reichstag, der in seiner Anfangsphase Versammlungsort der Dignitäre des Reiches und der Einzelstaaten war, verlor diese Funktion. Seine Degradierung zum "widerwillig geduldeten Bewilligungsapparat einer herrschenden Bürokratie" drückte auch das "Niveau" der parlamentarischen Führungsgruppen des Reiches 46).

Diese Befunde lassen auch an der Gültigkeit von Manfred Rauhs These einer "stillen Parlamentarisierung" des Deutschen Reiches bis 1918 zweifeln, die ein allmähliches Vertrautwerden der Abgeordneten mit wesentlichen Bereichen der Regierungstätigkeit, die Verdichtung formeller und informeller Kontakte zwischen Angehörigen der Legislative und der Exekutive unterstellt 47). Was die praktische Erfahrung in der Regierungsarbeit anbetrifft und den Fundus persönlicher Verbindungen, der nach Karriereübergängen zwischen funktionalen Bereichen verbleibt, so waren die Reichstagsabgeordneten der Reichsgründungsjahre allen späteren Nachfolgern überlegen 48). Eines ist gewiß: stille Parlamentarisierung kann sich im Deutschen Reich nicht linear und - wenn überhaupt - nur als ein indirekter Lernprozeß vollzogen haben.

Den Anfang der Weimarer Republik markiert im Hinblick auf die Institutionalisierung des politischen Systems eine Wende: der Anteil der Parlamentarier mit Erfahrungen in politischen und administrativen Spitzenpositionen nahm wieder zu; besonders deutlich bei der SPD, die zur Staatspartei aufgestiegen war. Fast ein Viertel ihrer Abgeordneten im Mai-Reichstag von 1924 gehörte zur Kategorie der exponierten Amtsträger. Doch war damit bereits der Höhepunkt erreicht. Nach 1924 entflochten sich die Systemebenen des Weimarer Staates wieder. 1933 war die Trennung perfekter als je im Kaiserreich, stand der Reichstag der Regierung als unverbundenes Handlungsfeld gegenüber. Dies war das strukturelle Äquivalent der Präsidialkabinette der Verfallszeit der Republik, die nun wieder verstärkt mit parlamentsfernen und parteilosen "Fachleuten" besetzt wurden 49).

45) Parlament, S. 313.

46) Ebd., 320.

47) Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches (Düsseldorf, 1977), vor allem S. 26 - 29 u. 36 - 38. Zur Bedeutung positionaler Verflechtung für die Elitenintegration und die Etablierung bzw. Stabilisierung repräsentativer Institutionen vgl. die Literatur in Anm. 12 - 14 u. Ursula Hoffmann-Lange u.a., Konsens und Konflikt zwischen Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse (Frankfurt a. M., 1980), S. 38 passim. Vgl. auch Erwin K. Scheuch, "Continuity and Change in German Social Structure", in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 13, H. 2 (1988), S. 71 - 77 (verfaßt 1968).

48) Vgl. jetzt auch die Einzelnachweise in J. C. Röhl, Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik (München, 1987), S. 160.

IV. Politische Modernisierung als Segmentationsprozeß

Vergleicht man die Zeitreihen der fünf Modernisierungsindikatoren, die hier verfolgt wurden, so zeigt sich, daß sie mit Ausnahme der Institutionalisierung einen sehr ähnlichen Verlauf haben: im Kaiserreich eine allmähliche und stetige Modernisierung, nach der Novemberrevolution dann ein massiver und kurzfristiger Veränderungsschub in der Richtung der langfristigen Trends, zwar keine "Revolution" im wörtlichen Sinne einer Richtungs- wende aber doch ein weitergehender Wandel als gemeinhin in der Literatur berichtet wird⁴⁹), in der Weimarer Republik zunächst ein Verharren auf dem 1919 erreichten Niveau, dann etwa ab 1928 eine Umkehr der säkularen Entwicklungsrichtung, auch wenn dieser Wendepunkt nicht sehr ausgeprägt war.

Auffällig ist, daß die Zeitreihen der Aggregatwerte der Modernisierungsindikatoren im Kaiserreich wesentlich glatter sind als die Fluktuationen der Mandatsanteile der politischen Parteien. Es gab in dieser Epoche offensichtlich eine "longue durée" des Elitenwandels, eine stetige Unterströmung, die wenig von den heftigen Wellenbewegungen der Verteilungskämpfe zwischen politischen Konfliktgruppen um die Sitze im Reichstag berührt wurde. Die Novemberrevolution war dann, um im Bild zu bleiben, eine Grundwelle, die den zuvor allmählichen Veränderungsprozeß noch einmal beschleunigte.

Doch bereits vor 1918 folgten die parlamentarischen Führungsgruppen des Reiches dem Modernisierungspfad der deutschen Gesellschaft. Zwar kam es zu Verzögerungen, vor allem im Hinblick auf regionale Bindungen, die durch das Territorialwahlrecht konserviert wurden, doch war dies im interkulturellen Vergleich keineswegs ungewöhnlich. Hier gilt die Faustregel, daß bei offenen Rekrutierungsprozessen Elitenwandel gesellschaftlichem Wandel in einem Zeitabstand von etwa 20 bis 30 Jahren folgt⁵¹). Nach dem Anpassungsschub der Novemberrevolution, der auch diese Verzögerung abbaute, hatte die Weimarer Republik nicht nur eine der demokratischsten Verfassungen ihrer Zeit, sondern auch die nach den Kriterien der politischen Modernisierungstheorie modernste parlamen-

49) Vgl. Die Kabinettslisten in Karl Dietrich Bracher, Die Krise Europas 1917 - 1975 (Frankfurt a. M. u.a., 1977), S. 436 f. u. Wolfgang Zapf, Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919 - 1961 (München, 1965), S. 218f.

50) Vgl. u.a. den Forschungsüberblick in Gerhard A. Ritter, "Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918 - 1920", in: ders., Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Staats- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Göttingen, 1976), S. 116 - 157 (zuerst 1970).

51) Vgl. Robert D. Putnam, The Comparative Study of Political Elites (Englewood Cliffs/N.J., 1976), S. 179 - 183. Noch größer als die Verzögerung sozioökonomischen Wandels ist die Beharrungstendenz bei den grundlegenden Normen und Verhaltensmustern der politischen Elite: "In Britain, for example, aristocratic values and political style have lingered on the parliamentary milieu long after the landed gentry lost their numerical superiority" (ebd., S. 9. 182).

tarische Vertretung aller demokratischen Großstaaten: Zwischen 42 % und 48 % der Abgeordneten waren hauptamtliche Verbands- und Parteifunktionäre, also auch in einem engeren Sinne Berufspolitiker, der Anteil des Adels war auf einen Residualwert eingeschmolzen, die Interessenrepräsentation des sekundären Sektors erreichte und übertraf den entsprechenden Anteil in der Bevölkerung, zwei Fünftel der Abgeordneten gehörten keiner Konfessionsgemeinschaft an, immerhin zwischen 9 % (1919) und 5 % (1932II) waren Frauen und damit deutlich mehr als in den Parlamenten anderer Länder 52). Die verzögerte und krisenge störte Entwicklung Deutschlands zu Demokratie und Parlamentarismus läßt sich nach diesen Befunden nicht mit der mangelnden Repräsentativität und Anpassungselastizität seiner parlamentarischen Führungsgruppen erklären. Es war nicht ein Defizit an Modernität, sondern - so wird hier argumentiert - die Weise der Modernisierung, die den Parlamentarisierungsprozeß in Deutschland spezifisch belastete.

Bereits eine Betrachtung der Zeitreihen gibt hier wichtige Aufschlüsse. Zwar verweist die Ablösung des Wandels der Sozialstruktur der parlamentarischen Führungsgruppen von den Fluktuationen der Stärkeverhältnisse politischer Konfliktgruppen darauf, daß sich Anpassungs- und Wandlungsprozesse auch innerhalb der Parteien und nicht nur als Verschiebungen zwischen den Parteien vollzogen, doch trifft diese Aussage nicht den Kern des Sachverhalts, denn tendenziell wuchsen seit der Reichsgründung die Gruppenunterschiede zwischen den Repräsentanten politischer Lager, wobei der Abstand zwischen den Abgeordneten der SPD und denen der übrigen Parteien am größten war. Dieser Vorgang läßt sich als partielle Modernisierung beschreiben, denn mit Ausnahme der Institutionalisierung besaß die sozialdemokratische Fraktion einen deutlichen Vorsprung auf allen Dimensionen politischer Modernisierung. Dagegen behinderte das dynamische Wachstum der Sozialdemokratie als politischer Exponentin einer säkularisierten und urbanen Industriegesellschaft die Teilnahme der übrigen Parteien am Modernisierungsprozeß 53).

Solche Entwicklungen können zeitlich exakter bestimmt und sektoral differenziert werden, wenn wir den empirischen Zugriff erweitern und die Betrachtung der Zeitreihen von Prozentwerten mit dem diachronen Vergleich von Zusammenhangsmaßen verbinden. Der Grad der "Segmentation" der parlamentarischen Führungsgruppen wird dann empirisch durch das Ausmaß bestimmt, in dem sich die politischen Konfliktgruppen im Reichstag im Hinblick auf die zentralen sozialdemographischen Hintergrundmerkmale Herkunftsregion, Hauptberuf und Zugehörigkeit zu einer Konfessionsgemeinschaft unterschieden. "Amorpher" Parlamentarismus wird als statistische Unabhängigkeit, "segmentärer" Parlamentarismus als enger statistischer Zusammenhang zwi-

52) R. P u t n a m, Study, S. 32f. u. Figure 2 - 2, S. 34.

53) H. B e s t, Modernisierung, S. 45 - 52 u. Tabelle 1, S. 14.

schen Parteizugehörigkeit und den "milieubildenden" Merkmalen operationalisiert 54). Damit wird die Verwendung des auf dem Konzept der statistischen Unabhängigkeit basierenden Assoziationsmaßes Cramer's V nahegelegt, das seinen Höchstwert 1 unabhängig vom Tabellenformat, den Randverteilungen oder der Zahl der Merkmalsausprägungen erreichen kann, wenn die Zellenbesetzungen eine perfekte Segmentierung der Konfliktgruppen nach den Hintergrundvariablen ausweisen. Der Minimalwert 0 tritt auf, wenn sich die Fälle zufällig auf die Felder der Kontingenztabelle verteilen 55).

Die Werte in Tabelle 1 zeigen einen zwischen den Hintergrundmerkmalen unterschiedlichen Phasenverlauf von Segmentations- und Desegmentationsprozessen. Im Hinblick auf territoriale und berufliche Differenzierungen bilden die ersten fünf Reichstage eine deutlich abgegrenzte Formationsphase, in der der zunächst amorphe Parlamentarismus des Konstituierenden Norddeutschen Reichstags und des Zollparlaments eine zunehmend segmentäre Ausprägung erhielt. In den folgenden Reichstagen verharrten die Werte beider Zeitreihen mit Fluktuationen auf dem Ende der 1870er Jahre erreichten Niveau. Seit den 1890er Jahren trennten sich dann die Entwicklungspfade. Während allmählich eine Deregionalisierung der politischen Konfliktstruktur einsetzte, die sich nach 1918 deutlich verstärkte, vergrößerten sich die Unterschiede der Berufszugehörigkeit weiter, so daß am Ende des Kaiserreichs die Segmentierung nach "funktionalen" und nach "territorialen" Gesichtspunkten wieder ähnlich stark ausgeprägt waren. Nach der Novemberrevolution nahmen dann auch die Unterschiede der Berufszusammensetzung zwischen den Parteien ab.

Den markantesten Verlauf hat die Koeffizientenreihe der Konfessionsvariablen. Auch bei diesem Merkmal läßt sich eine formative Phase in der Reichsgründungsära bis etwa 1877 von einer Fluktuationsphase auf hohem Niveau in der späten Bismarckzeit und einem neuen Segmentationsschub nach 1887 unterscheiden. Doch waren die Wertsprünge größer, prägten sich die in den Koeffizienten ausgedrückten Gruppenunterschiede stärker aus als bei den anderen Merkmalen. Grundsätzlich gilt, daß die Oppositionen zwischen den beiden christlichen Religionsgemeinschaften sowie zwischen konfessionslosen und konfessionsgebundenen Abgeordneten die strukturdominanten Spaltungen der par-

54) Zur Abgrenzung beider Begriffe vgl. S. 181 f. Der hier verwendete Begriff der Segmentierung folgt einer Definition von Erwin K. Scheuch (Continuity, S. 35f), nach der Segmentierung als eine Form der "Indifferenz zwischen Systemelementen" aufzufassen ist. Tritt diese Indifferenz zwischen Systemelementen auf, führt das zu einer hohen Vereinbarkeit der gleichen Gesellschaftsordnung mit unterschiedlichen politischen Ordnungen; tritt sie zwischen funktionalen gesellschaftlichen Bereichen auf, führt das zu einer hohen Vereinbarkeit mit unterschiedlichen politischen Zielen und Inhalten. Beide Varianten der Segmentierung kennzeichnen nach unseren Befunden das Verhältnis von Sozialsystem und politischem System in Deutschland bis 1933.

55) Herman J. Loether u. Donald G. McTavish, Descriptive Statistics for Sociologists (Boston, 1974), S. 197.

Tab. 1:
 Sozialkulturelle Spaltungen in den parlamentarischen Führungsgruppen Deutschlands 1867 - 1933
 (Assoziationsmaß: Cramer's V x 100 zwischen der Zugehörigkeit zu einer politischen Konfliktgruppe 1)
 und den soziodemographischen Hintergrundmerkmalen)

	Regionale Herkunft (Wahlregion) 2)			Hintergrundmerkmale			Konfession bei Mandatsübernahme 4)
	Herkunft			Hauptberuf bei Mandatsübernahme 3)			
	Alle Abg.	Ohne SPD	Ohne SPD	Alle Abg.	Ohne SPD	Alle Abg.	
Konst. Nord. RT 1867	25			30		40	Ohne
Zollparlament 1868	30			29		39	SPD
KRT1 1871	36			31		62	
KRT2 1874	41	45		31	28	66	57
KRT3 1877	44	49		33	28	67	56
KRT4 1878	44	48		35	29	68	56
KRT5 1881	44	48		34	29	70	59
KRT6 1884	45	50		33	29	79	60
KRT7 1887	45	51		30	26	72	61
KRT8 1890	40	45		34	29	81	61
KRT9 1893	34	41		37	28	83	59
KRT10 1898	39	43		38	30	81	58
KRT11 1903	39	45		39	32	81	59
KRT12 1907	34	40		36	29	80	60
KRT13 1912	37	45		38	26	80	60

WNV	1919	29	Ohne NSDAP	30	Ohne NSDAP	65	Ohne NSDAP
WRT1	1920	24		25		69	
WRT2	1924a	22	23	29	32	70	70
WRT3	1924b	23	24	30	32	68	68
WRT4	1928	23	24	33	35	67	68
WRT5	1930	21	25	32	38	65	68
WRT6	1932a	23	30	27	34	67	71
WRT7	1932b	20	25	29	37	68	73
WRT8	1933	18	25	25	34	65	70

1) Politische Konfliktgruppen:

1867 - 1918: Konservative, Nationalliberale, Linksliberale ("Freisinn" etc.), Zentrum, Sozialdemokraten, Andere (Partikularisten, Ethnische und Splitterparteien); 1919 - 1933: Deutschnationale, Liberale (DVP, DDP), Kath. Konfessionsparteien (BVP, Zentrum), Sozialisten (SPD, USPD), Kommunisten, Nationalsozialisten, Andere (Splitterparteien)

2) Regionale Herkunft:

Altreußen (Brandenburg, Ostseeprovinzen), Prov. Sachsen und Schlesien, Nordwestpreuß. (Hannover, Schleswig-Holstein), Rheinpreußen, südd., mitteld. u. nordd. Klein- u. Mittelstaaten, Altbayern, Franken, Elsaß-Lothringen (1874 - 1912); nach 1919: Reichswahlvorschlag

3) Hauptberuf bei Mandatsantritt:

Gutsbesitzer, Unternehmer und Großkaufleute, Handwerker und Kleinhändler, Staatsdienst, Klerus, Partei-, Verbandsjournalisten und -Funktionäre, Freie Berufe (Anwälte, Ärzte), Arbeiter und Angestellte.

4) Konfessionszugehörigkeit:

Protestanten, Katholiken, Dissidenten, Juden.

lamentarischen Führungsgruppen des Kaiserreichs waren 56).

Dies gilt auch für die Reichstage der Weimarer Republik, obgleich sich das Niveau der Koeffizientenreihe ab 1918 deutlich nach unten verschiebt: das Ausscheiden der überwiegend katholisch geprägten Vertreter ethnischer Minoritäten, eine abnehmende Bindekraft des Zentrums im katholischen und der DNVP als Nachfolgerin der Konservativen im protestantisch-agrarischen Milieu bewirkten diese Entwicklung. Nach wie vor galt jedoch, daß die politischen Konfliktlinien konfessionellen Spaltungen folgten. Auch die Kommunisten mit ihrer rein atheistischen Reichstagsfraktion fügten sich in dieses Strukturmuster ein. Auf den ersten Blick scheint dies auch für die nationalsozialistische Vertretung zu gelten, in der Protestanten mit über 70 % die große Mehrheit bildeten. Doch war dies kein Ausdruck einer segmentären Spaltung, denn dieser Anteil lag nur um 8 % über dem Anteil der Protestanten in der Gesamtbevölkerung 57).

Durch eine Berechnung der Koeffizienten nach dem Ausschluß von einzelnen Parteien aus der Grundgesamtheit läßt sich deren Beitrag zu den Prozessen der Segmentation und Desegmentation der politischen Konfliktstruktur bestimmen. Für das Kaiserreich ist die Sozialdemokratie aus den erwähnten Gründen als Kandidatin für eine solche Teilanalyse prädestiniert, für die Weimarer Republik die NSDAP (vgl. Anm. 28).

Bis 1918 zeigen die Differenzen der Wertereihen einen erheblichen Beitrag der Sozialdemokraten zur Segmentation der parlamentarischen Führungsgruppen des Kaiserreichs. Das gilt vor allem für die konfessionellen Spaltungen, die durch die Sozialdemokraten um den Gegensatz zwischen kirchlich gebundenen und dissidenten Abgeordneten erweitert wurden, das gilt aber auch für die Gruppenunterschiede in der Berufszusammensetzung: Sozialdemokraten waren weit überproportional häufig Partei- und Verbandfunktionäre. Sie nahmen damit eine Entwicklung vorweg, der die übrigen Parteien erst in der Weimarer Republik folgten. Dagegen trug das Wachstum der Sozialdemokratie zur "Nationalisierung" der Politik und zur Verschleifung territorialer Unterschiede bei: Während bei den nichtsozialistischen Parteien die Konzentration auf regionale Hochburgen andauerte

56) Dieser Sachverhalt läßt sich eindrucksvoll an der konfessionellen Zusammensetzung des Reichstages von 1893 aufzeigen, bei dem Cramer's V seinen höchsten, in empirischen Untersuchungen nur sehr selten beobachteten Wert erreicht: Unter den insgesamt 267 Abgeordneten der Konservativen, beider Flügel des Liberalismus und der Sozialdemokratie waren nur 5 % Katholiken, während 68 % der Katholiken dem Zentrum angehörten, die übrigen überwiegend den Vertretungen der kulturellen Minoritäten - 1871 hatten die entsprechenden Werte noch bei 13 % und 53 % gelegen. 98 % der nicht an eine der christlichen Konfessionsgemeinschaften gebundenen Abgeordneten gehörten 1893 der sozialdemokratischen Fraktion an.

57) Zur Konfessionszusammensetzung der deutschen Bevölkerung in der Weimarer Republik vgl. Dietmar P e t z i n a u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch 3: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914 - 1945 (München, 1978), S. 31 (Tabelle 5d: Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit. Zugrundegelegt wurde der Wert von 1933).

und durch den Verlust marginaler Wahlkreise sogar zunahm, gelang es den Sozialdemokraten nach und nach im ganzen Reich Fuß zu fassen; ihr Kandidatennetz wurde nach dem Auslaufen der Sozialistengesetze zügig ausgebaut, so daß sie Ende der 1890er Jahre als einzige Partei nahezu alle Wahlkreise mit Kandidaten zu besetzen vermochte 58).

In der Weimarer Republik eröffnet sich dann eine veränderte Szenerie: die NSDAP, der Neuling auf der politischen Bühne, verminderte nun die segmentären Spaltungen der parlamentarischen Führungsgruppen des Reiches. Die propagandistische Inszenierung einer Klassen, Konfessionen und die territorialen Partikularismen überwindenden Sammlungspartei hatte fatalerweise eine strukturelle Entsprechung in den parlamentarischen Führungsgruppen: Ohne die NSDAP prägten sich die Gruppenunterschiede zwischen Fraktionen im Hinblick auf die regionale Herkunft, die Konfession und den Hauptberuf schärfer aus. Verglichen mit dem Stand in der Frühphase der Weimarer Republik zeigen sich dagegen bei den übrigen Parteien Tendenzen zu einer Resegmentation.

Als Zwischenresümee kann festgehalten werden, daß die Sozialgeschichte des deutschen Parlamentarismus bis 1933 keine Einheit bildete. Der Wandel vollzog sich als ein Übergang von einem strukturell integrierten und amorphen Parlamentarismus, in dem die politischen Konfliktgruppen heterogen und die Abgeordneten positionell mit der Exekutive verflochten waren, zu einem segmentären Parlamentarismus, in dem sich politische Konfliktgruppen im Hinblick auf mehrere demographische Hintergrundmerkmale deutlich unterschieden und wenige Wechsel zwischen den Funktionsbereichen des politischen Systems stattfanden. Das waren keine günstigen strukturellen Bedingungen für eine Integration sozialkultureller Spaltungen auf der Ebene der parlamentarischen Führungsgruppen und eine Parlamentarisierung des Kaiserreichs.

In der Weimarer Republik nahmen dann die demographischen Unterschiede zwischen den politischen Konfliktgruppen zunächst deutlich ab, während die personelle Verflechtung zwischen dem Parlament und der Exekutive wieder enger wurde. Historisch war dies die Periode der erfolgreichen politischen Behauptung der Weimarer Demokratie gegenüber ihren radikalen Gegnern und eines im ganzen funktionsfähigen parlamentarischen Systems. Ab 1928 vollzog sich dann eine gespaltene Entwicklung: Während die NSDAP eine nach konfessionellen, beruflichen und territorialen Merkmalen relativ heterogene Fraktion in den Reichstag entsandte, verstärkten sich bei den übrigen Parteien erneut die segmentären Tendenzen. Zugleich nahm mit Ausnahme der Deutschnationalen der Anteil der Abgeordneten mit Erfahrungen in exekutiven Spitzenfunktionen wieder ab. Das Ende der parlamentarischen Demokratie von Weimar kündigte

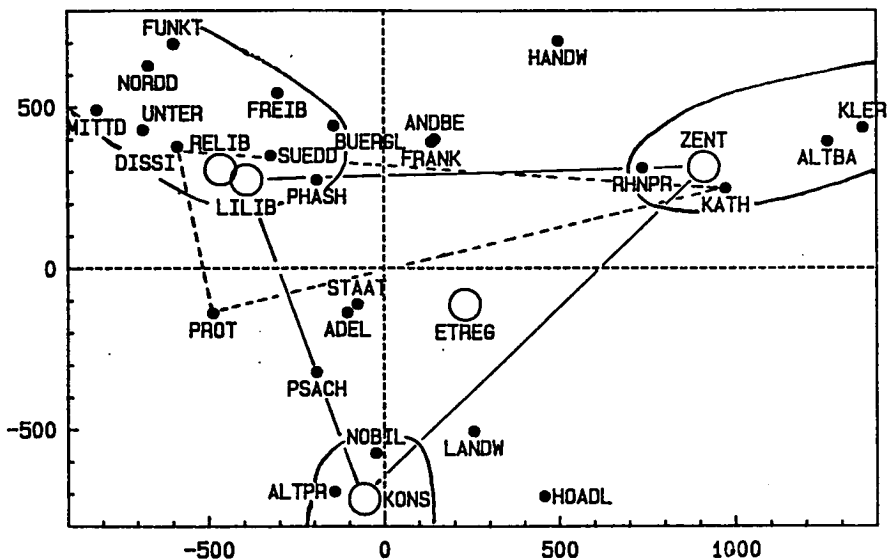
58) Vgl. Wilhelm Heinz Schröder, "Einleitung", in: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898 - 1918. Biographisch-Statistisches Handbuch (Düsseldorf, 1986), S. 19f. Vgl. auch H. Best, Modernisierung, S. 48 (Tabelle 2: Regionale Disparitäten des Wählerverhaltens).

Tab. 2: Variablen der Korrespondenzanalyse

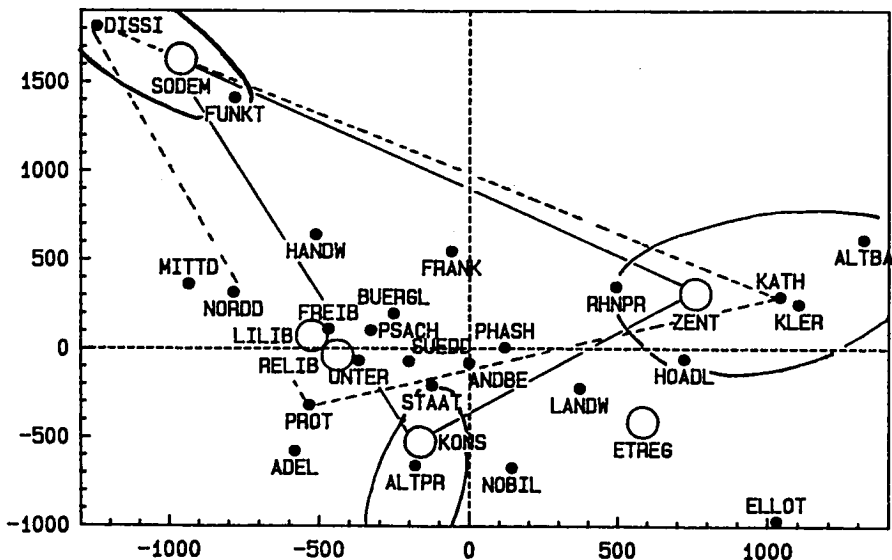
Politische Konfliktgruppen:	- Zentrum - Konservative - Linksliberale - Rechtsliberale - Liberale - Sozialdemokraten - Ethnische und Regionalparteien - Nationalsozialisten - Kommunisten	ZENT KONS LILIB RELIB LIB SPD ETREG NSDAP KPD	(auch BVP) (auch Reichspartei und DNVP) (Freisinnige) (Nationalliberale) (Weimar: DDP und DVP) (auch USPD) (u.a. Elsaß-Lothringer und Autonomisten, Polen, Welfen, städt. Partikularisten)
Konfession	- Katholisch - Protestantisch - Dissident	KATH PROT DISSI	(auch jüdisch)
Beruf	- Gutsbesitzer - Unternehmer - Handwerker - Staatsdienst - Klerus - Partei- und Ver- bandsfunktionäre - Freie Berufe - Arbeiter, Angestellte - Sonstige Berufe	LANDW UNTER HANDW STAAT KLER FUNKT FREIB ARB ANDBE	(auch Rentiers und Großbauern) (Manager, Industrielle, Großkaufleute) (auch Kleinhandler) (Offiziere, Verwaltungsbeamte, Richter, Lehrer und Professoren) (Geistliche aller Konfessionen) (auch Publizisten) (Anwälte, Ärzte) (u.a. Studenten, Hausfrauen, Rentner)

Adelstitel	- Bürgerlich	BÜRGL
	- Nobilitiert	NOBIL
	- Adlig	ADEL
	- Hochadel	HOADL
		(ab Graf)
Regionale Herkunft (Wahlregion)	- Altpreußen	ALTPR (Brandenburg, Pommern, Prov. Preußen, Posen)
	- Schlesien, Prov. Sachsen	PSACH (Schleswig-Holstein, Hannover)
	- Nordwestpreußen	PHASH (Prov. Westfalen, Rheinprovinz, Hessen/ Nassau)
	- Rheinpreußen	RHNPR (Niederbayern, Oberbayern, Schwaben)
	- Altbayern	ALTBA (Nieder-, Oberfranken, Oberpfalz)
	- Franken	FRANK (Baden, Württemberg, Rheinpfalz, Hessen)
	- Süddeutsche Staaten	SUEDD (Kgr. Sachsen, Anhalt)
	- Mitteldeutsche Staaten	MITTD (Hansestädte, Mecklenburg)
	- Norddeutsche Staaten	NORDD
	- Elsaß-Lothringen	ELLOT
	- Reichswahlvorschlag	RWVS

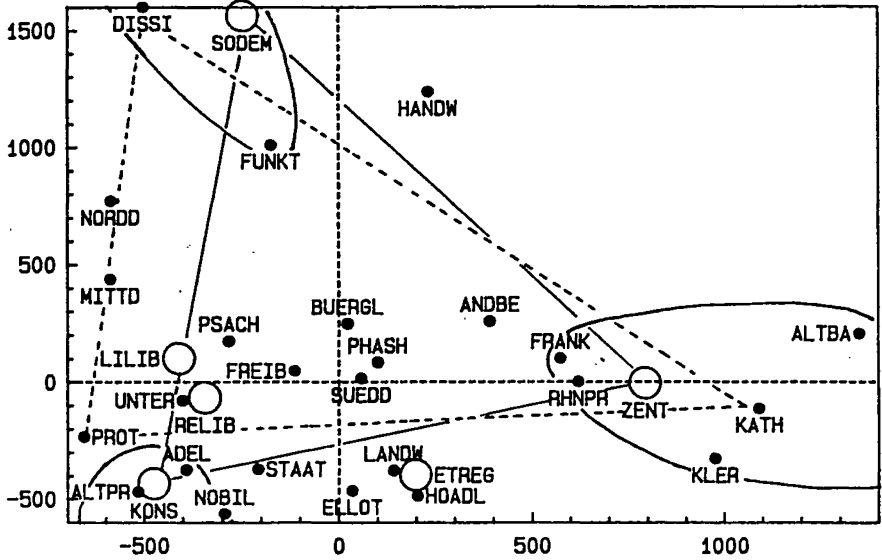
Korrespondenzanalyse : Reichstag 1871



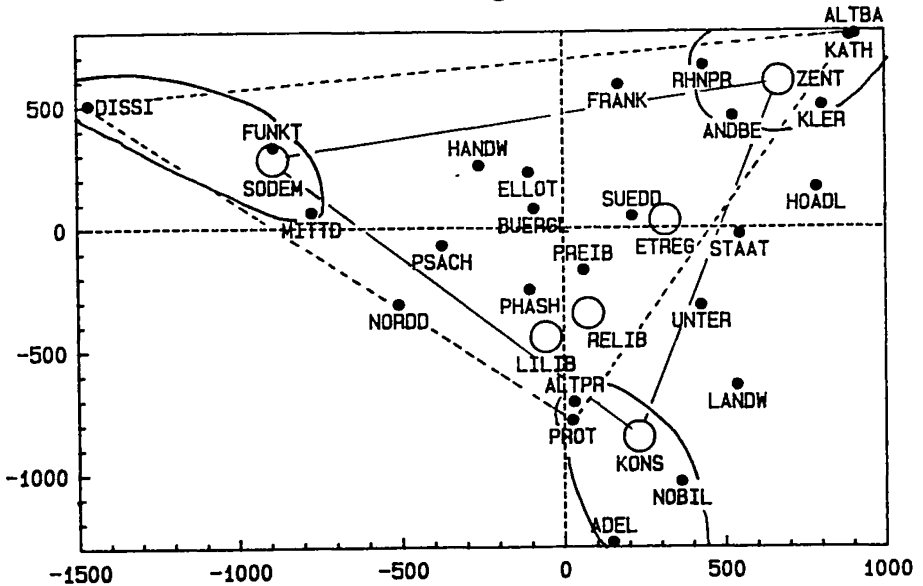
Korrespondenzanalyse : Reichstag 1881



Korrespondenzanalyse : Reichstag 1890



Korrespondenzanalyse : Reichstag 1912



sich so in der Struktur seiner parlamentarischen Führungsgruppen an.

V. Sozialkulturelle Spaltungen und Elitenstruktur: Ergebnisse einer Korrespondenzanalyse

Koeffizientenreihen geben Auskunft über die Veränderungen bivariater Zusammenhänge, doch bleiben Einflüsse dritter Variablen unspezifiziert. So ist unklar, inwieweit regionale Disparitäten durch die territoriale Verteilung der Konfessionsgruppen beeinflusst wurden, denn noch immer ist die sozialkulturelle Landkarte Deutschlands durch die Maxime des Augsburger Religionsfriedens geprägt: *Cuius regio eius religio*. Die Aufklärung solcher Problemlagen erfordert den Einsatz multivariater Verfahren.

Im gegebenen Fall war dies die Korrespondenzanalyse, ein während der 60er Jahre in Frankreich entwickeltes Verfahren zur Darstellung von multivariaten Zusammenhängen zwischen den Kategorien zweidimensionaler Häufigkeitstabellen. Seine in den Sozialwissenschaften berühmteste Anwendung ist wohl die Ermittlung von Lebensstilgruppen in Pierre Bourdieus Werk über die "feinen Unterschiede", während es in Deutschland erst in jüngster Zeit Beachtung fand 59).

Bei der Korrespondenzanalyse handelt es sich um ein exploratorisches Verfahren zur graphischen Darstellung der Spalten und Zeilen von Serien zweidimensionaler Kreuztabellen. Ähnlich wie die multidimensionale Skalierung geht die Korrespondenzanalyse vom Konzept eines mehrdimensionalen Raumes aus, dessen Punkte - hier: die Merkmalsausprägungen der Zeilen- und Spaltenvariablen - in einen niederdimensionalen, in der Regel zweidimensionalen Unterraum projiziert werden. Dessen Projektionsebene wird so gewählt, daß die quadrierten Abweichungen zu den ursprünglichen Distanzwerten und damit der Informationsverlust minimiert wird. Abweichungen der Randsummen von Spalten- und Zeilenvariablen werden entsprechend ihren Ausprägungshäufigkeiten berücksichtigt.

Bei der Interpretation der graphischen Lösung muß berücksichtigt werden, daß die Abstände zwischen den Punkten infolge der Informationsverluste durch die Projektion und der unterschiedlichen Varianzerklärung der Hauptdimensionen die Ähnlichkeitskonstellationen nicht exakt als metrische Distanzen wiedergeben - was störend, aber kein für die Korrespondenzanalyse spezifischer Mangel ist. Zulässig ist es hingegen, die relativen Entfernungen zu vergleichen und die Korrelationen der Merkmalsausprägungen mit beiden Achsen zu interpretieren. So läßt sich in Analogie zu den bekannteren Verfahren der Faktorenanalyse bestimmen, in welchem Abstand zum Gleichgewichtspunkt

59) Die Darstellung des Verfahrens folgt überwiegend Jörg Blasius, "Korrespondenzanalyse - Ein multivariates Verfahren zur Analyse qualitativer Daten", in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 2 (1987), S. 172 - 189. Hier auch weitere Literatur.

der Ergebniskonfiguration die Merkmalsausprägungen lokalisiert sind und auf welchen inhaltlich interpretierbaren Dimensionen sie "laden".

Die Ausgangsdaten für eine Korrespondenzanalyse bestehen in unserer Untersuchung aus einer Serie zweidimensionaler Kreuztabellen, in der die politischen Konfliktgruppen der kaiserlichen und Weimarer Reichstage in den Spalten, die Ausprägungen der "milieubildenden" Merkmale Region, Hauptberuf bei Mandatsantritt und Konfession in den Zeilen abgetragen sind. Als weiteres Attribut wurde der Adelstitel in den Eigenschaftsraum aufgenommen, um die "ständische Lage" der Abgeordneten und ihre Verhaftung mit der traditionellen Machtordnung besser bestimmen zu können. Mit der Korrespondenzanalyse ist es nun möglich, sowohl die unterschiedlichen Fraktionen als auch die soziographischen Eigenschaften der Abgeordneten - wie Konfession und Beruf - in einem gemeinsamen Raum darzustellen und die resultierenden Ähnlichkeitsmuster inhaltlich zu interpretieren. Definiert man Milieu nach M. R. Lepsius als "Koinzidenz mehrerer soziokultureller Strukturdimensionen" 60), dann kann die Korrespondenzanalyse als ein ideales Verfahren gelten, um solche Konstellationen aufzufinden. Sie liefert uns ein Abbild der Korrespondenzen und Oppositionen zwischen den politischen Konfliktgruppen und den Kategorien der beschreibenden Variablen Adel, Beruf, Region und Konfession.

Bereits eine oberflächliche Betrachtung der räumlichen Darstellung der beiden Hauptdimensionen zeigt, daß sich Milieus auch auf der Ebene der parlamentarischen Führungsgruppen des Deutschen Reiches ausprägten. Besonders deutlich ist das im Fall des Zentrums: in allen vier untersuchten Reichstagen des kaiserlichen Deutschland korrespondierte die Vertretung des politischen Katholizismus mit katholischer Konfession, der Zugehörigkeit zum Klerus und einer regionalen Herkunft aus Altbayern oder Rheinpreußen. Diese Konstellation blieb über 40 Jahre hinweg stabil.

Dagegen haben Veränderungen in den Ähnlichkeitsmustern weniger Gewicht. So schob sich etwa in den 1870er Jahren der Hochadel in den Nahbereich des Zentrums. 41,2 % seiner Abgeordneten und damit ein deutlich höherer Anteil als bei den Konservativen (29 %) gehörte 1881 den höheren Adelsrängen, vom Grafen aufwärts, an: In der Hochphase des Kulturkampfes umgab sich das Zentrum mit einer schützenden Garde erlauchter Dignitäre, die wegen ihrer sozialen Stellung politisch unangreifbar waren. Diese Verbindung löste sich aber bald, und während der 1890er Jahre war der Hochadel den in dieser Phase sehr traditionell geprägten Vertretern ethnischer Minderheiten zugeordnet.

Auch die Fraktion der Sozialdemokraten kristallisierte sich als typische Vertretung einer Milieupartei aus. Bereits die Ergebniskonfiguration von 1881 zeigt ihre klare Absonderung: die Sozialdemokraten verbanden sich mit den Kategorien der "Berufspolitiker" (Partei- und Verbandsfunktionäre, Publizisten)

60) M. R. Lepsius, Parteiensystem, S. 68.

und den Konfessionslosen zu einer Konstellation, die in deutlicher Distanz an der Peripherie der Konfiguration plazierte ist. Diese Verbindung blieb bis 1912 stabil und exklusiv. Nur im Reichstag von 1912 bestand auch eine Korrespondenz zu Wahlkreisen in Mitteldeutschland (u.a. im Kgr. Sachsen).

Eine ebenfalls charakteristische, aber ephemere Merkmalskonstellation bildete sich um die Konservativen. Zwar wurden sie in allen kaiserlichen Reichstagen durch einen überproportional hohen Anteil Nobilitierter und einer regionale Herkunft aus Altpreußen sozial charakterisiert, doch fluktuieren in ihrem Fall die Konstellationen von Nähe und Distanz zu bestimmten Sozialkategorien stärker als beim Zentrum oder den Sozialdemokraten. So lockerte sich die 1881 noch enge Korrespondenz zum Staatsdienst, dagegen wanderte in den Reichstagen von 1890 und 1912 die Zugehörigkeit zur protestantischen Konfessionsgemeinschaft in den Nahbereich der Konservativen: Sie wurden zu einer konfessionell geprägten Fraktion, wie es von Anfang an für das Zentrum gegolten hatte. Die Transformation der Konservativen in eine landwirtschaftliche Interessenpartei wird in den Ergebniskonfigurationen weniger deutlich: Landwirte sind im gesamten Untersuchungszeitraum zwischen Zentrum und Konservativen positioniert, 1871 und wieder 1912 allerdings deutlich an die Konservativen herangerückt.

Während die Konservativen, das Zentrum und die Sozialdemokraten drei im Hinblick auf mehrere soziokulturelle Merkmalsdimensionen deutlich unterschiedene Konfliktgruppen bildeten, sind die Liberalen nach 1871 in einer intermediären Position in größerer Nähe zum Gleichgewichtspunkt der Ergebniskonfiguration lokalisiert. Die Unterschiede zwischen Linkliberalen und Nationalliberalen sind im gesamten Kaiserreich nur schwach ausgeprägt: Ihnen war im gegebenen Eigenschaftsraum keine spezifische soziokulturelle Merkmalskonstellation zugeordnet. Im Reichstag von 1871, bevor die Sozialdemokratie als fundamentaloppositionelle Milieupartei die politischen Konfliktfronten des Kaiserreichs weiter fraktionierte und polarisierte, bildeten die Liberalen dagegen das Zentrum jenes Quadranten der Ergebniskonfiguration, der Modernität und Bürgerlichkeit repräsentierte: Hier waren Freiberufler und Unternehmer, "Berufspolitiker" - damals noch weit überwiegend politische Publizisten - und religiöse Dissidenten plazierte. Die territorialen Schwerpunkte dieser Konfiguration lagen in den südwest- und mitteldeutschen Einzelstaaten sowie in den nach 1866 von Preußen annektierten Gebieten Nordwestdeutschlands - also dem "Dritten Deutschland" der Ära vor der Reichsgründung. Mit dem Erstarken der Sozialdemokratie wurde diese Konstellation jedoch diffuser; zugleich verschob sich die relative Position beider liberaler Fraktionen hin zu den Konservativen. Absolut betrachtet fiel diese Verschiebung allerdings geringer aus, als dies die normierte graphische Darstellung suggeriert. Die am Rand abgetragenen Distanzwerte erweisen, daß durch den Hinzutritt der Sozialdemokraten die Konfliktdimension, die 1871 durch die Opposition zwischen Konservativen und Liberalen bestimmt war, 1881 viel wei-

ter aufgespannt wurde. Hier bestätigt die Korrespondenzanalyse was sich bereits in den Koeffizienten und den Zeitreihen der Modernisierungsindikatoren abgezeichnet hat: Der Prozeß der Pluralisierung des Parteiensystems des Kaiserreichs war zugleich ein sozialer Segmentationsprozeß seiner parlamentarischen Führungsgruppen.

Betrachtet man die großräumige Anordnung der politischen Konfliktgruppen in der Ergebniskonfiguration, so erkennt man ein bemerkenswert eindeutiges und beständiges Grundmuster: Zentrum, Konservative und Sozialdemokraten sind einander in einer tripolaren Konstellation gegenübergestellt, während die Liberalen zwischen den Eckpunkten dieses Dreiecks, nahe der Konfliktachse die sich zwischen Konservativen und Sozialdemokraten aufspannte, aber zu ersteren hin verschoben, plaziert waren. Die ethnischen und Regionalparteien hatten dagegen eine periphere Position nahe der Achse, die durch die Opposition zwischen Zentrum und Konservativen gebildet wurde. An diesem Befund ist zweierlei bedeutsam: Die Unterschiede zwischen den Fraktionen des Reichstags kamen auch in sozialen Unterschieden zwischen ihren Mitgliedern prägnant zum Ausdruck; die größten Distanzen bestanden zwischen den Vertretern der drei Milieuparteien, die sich auf sozial spezifische Klientele und Wählergruppen stützten. Interpretiert man diese Ergebnisse unter dem Gesichtspunkt des Homophilieprinzips, dann bedeutet dies, daß enge und dauerhafte Bindungen zwischen den Vertretern der drei Milieuparteien eher unwahrscheinlich waren, während die Liberalen wegen ihrer intermediären, wenn auch nicht äquidistanten Stellung gegenüber den drei Milieuparteien ein Integrationspotential besaßen.

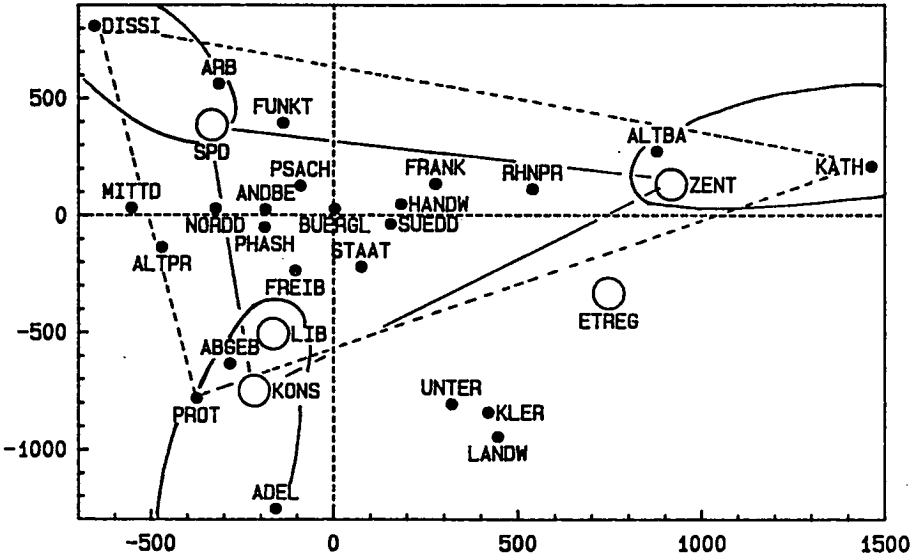
Es ist ein für dieses Argument bedeutsamer Umstand, daß im Verlauf der 62 Jahre zwischen 1871 und 1933 die Liberalen fast beständig Mandate verloren⁶¹). Betrachtet man den Reichstag als ein soziales Gebilde, für das die gleichen Gesetzmäßigkeiten wie für andere soziale Systeme gelten, dann mußte dies zu einer Minderung der Integrationsfähigkeit der parlamentarischen Führungsgruppen Deutschlands führen. Spätestens seit Beginn der 1880er Jahre läßt sich ihre Struktur mit dem Begriff des "segmentären Pluralismus" charakterisieren⁶²).

Nach 1918 wandelte sich erneut die Sozialstruktur der parlamentarischen Führungsgruppen des Reiches, obwohl das tripolare Grundmuster bis 1933 überdauerte. In der Weimarer Nationalversammlung näherte sich die räumliche Position der beiden sozialdemokratischen Fraktionen dem Schwerpunkt der Konfiguration. Nie zuvor seit den 1870er Jahren und nicht mehr bis 1933 hatten sie soviel

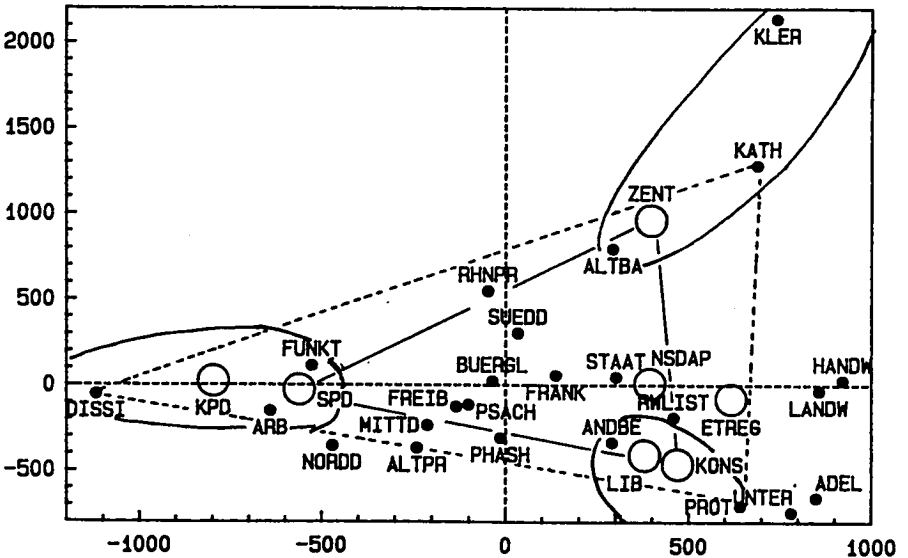
61) Den Höhepunkt markiert der Reichstag von 1874, in dem die verschiedenen liberalen Gruppierungen zusammen etwa 52 % der Sitze erhielten, den Tiefpunkt die Reichstage ab 1932, in denen ihr Anteil zwischen 1 % - 2 % fluktuierte. Vgl. den Beitrag von Immerfall in diesem Band sowie die Angaben über die Mandatsverteilungen in G. A. Ritter, Arbeitsbuch u. K. D. Bracher, *Krise*, S. 432.

62) Val L o r w i n, "Segmented Pluralism", in: *Comparative Politics* 3 (1971), S. 141 - 145.

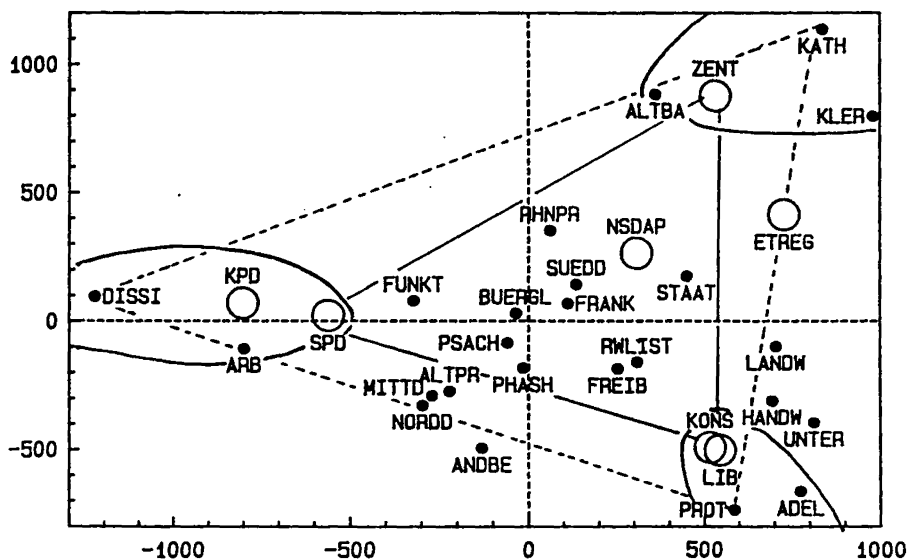
Korrespondenzanalyse : Nationalversammlung 1919



Korrespondenzanalyse : Reichstag 1928



Korrespondenzanalyse : Reichstag 1932/II



mit den Vertretungen der nichtsozialistischen Parteien gemeinsam. Dies war allerdings ein transitorischer Zustand: Bereits 1928 stand die SPD wieder in markanter struktureller Opposition zu den "bürgerlichen" Parteien, nur übertroffen von der KPD, die auf der Strukturdimension, die den Gegensatz zwischen nichtsozialistischen und sozialistischen Konfliktgruppen abbildet, eine noch extremere Position einnahm. Zugleich näherten sich die Positionen von DNVP und Liberalen an, bis sie nahezu deckungsgleich waren. Damit kam ein Prozeß zum Abschluß, der in den 1880er Jahren eingesetzt hatte. Am Ende der Weimarer Republik bildete sich in der Struktur der parlamentarischen Führungsgruppen ein wirtschaftsbürgerlich-agrarisch-protestantisches "Lager" ab, das jene beiden Konfliktgruppen umfaßte, zwischen denen im 19. Jahrhundert die Verfassungskämpfe um die parlamentarischen Prärogativen ausgetragen worden waren.

Dafür nahm 1932 ein neuer parlamentarischer Akteur den Platz nahe dem Zentrum der Ergebniskonfiguration ein: Die NSDAP besetzte die strategische Verbindungspolition in der Mitte des tripolaren deutschen Parteiensystems. Das ist wohl das bemerkenswerteste Ergebnis der Korrespondenzanalysen dieser Periode: Die Partei, die durch ihre Stellung im Strukturgefüge der parlamentarischen Führungsgruppen zu einer integrativen Funktion prädestiniert war, trat an, um den deutschen Parlamentarismus zu zerstören. Der Begriff der "negativen Inte-

Tab. 3:

Korrespondenzanalyse: Die Determination des Modells durch die Kategorien der Variablen "Zugehörigkeit zu einer politischen Konfliktgruppe"
(Trägheitsgewichte in Prozent)

	RT 1871	RT 1881	RT 1890	RT 1912	WNV 1919	RT 1928	RT 1932 II
Politische Konfliktgruppen							
Konservative/ DNVP	23,0	13,8	17,1	20,8	13,7	14,2	11,5
National- liberale	20,3	8,0	7,7	6,2	-	-	-
Linksliberale	10,7	13,4	8,8	7,6	-	-	-
Liberale	-	-	-	-	15,2	10,7	4,7
Zentrum (auch BVP)	32,2	26,5	24,8	26,9	36,8	28,8	28,7
SPD (auch USPD)	8,7	20,8	29,7	31,6	23,2	17,4	15,4
KPD	-	-	-	-	-	13,1	23,4
NSDAP	-	-	-	-	-	3,2	12,8
Ethnische, Regional- und Splitterpar- teien	5,1	17,6	11,9	6,9	11,0	12,7	3,4

gration", der geprägt wurde, um die Bismarcksche Politik einer Forcierung soziokultureller Konflikte mit dem Ziel einer Stärkung der monarchischen Prärogative zu kennzeichnen 63), beschreibt auch das Strukturbild des deutschen Parlamentarismus in der Endphase der Weimarer Republik und das Handlungsfeld der Architekten der Machtergreifung.

Die Korrespondenzanalyse stellt auch Maßzahlen bereit, die darüber Auskunft geben, durch welche Eigenschaft die Ergebniskonfiguration in welcher Stärke determiniert wird. Der hier bedeutsame Koeffizient ist das Trägheitsgewicht ("Inertia") der Variablenausprägungen, in dessen Wert zwei Elemente einfließen: zum einen die Besetzungszahl der Kategorien, zum anderen ihre (quadrierte) Entfernung vom Gleichgewichtspunkt der Ergebniskonfiguration: "Es ist ähnlich einer Apothekerwaage, wo ein größeres Gewicht (hier die Anzahl von Personen) durch eine größere Entfernung vom Auflagepunkt ausgeglichen werden kann 64)." Durch die Addition der Trägheitsgewichte der Merkmals-

63) Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich 1871 - 1918 (3. Aufl., Göttingen, 1977), S. 96 u. bereits M. R. Lepsius, Parteiensystem, S. 78.

Tab. 4:

Korrespondenzanalyse: Die Determination des Modells durch die Hintergrundvariablen (Trägheitsgewichte in Prozent)

Gesamt- konfiguration	RT 1871	RT 1881	RT 1890	RT 1912	WNV 1919	RT 1928	RT 1932 II
Konfession	27,3	33,7	43,4	43,4	62,4	56,9	63,4
Beruf	22,9	19,8	19,8	25,3	18,0	26,1	22,8
Adelstitel	17,5	13,3	10,0	7,2	2,1	3,0	2,7
Region	32,3	33,2	26,8	23,9	17,5	14,5	11,0
Dimension 1							
Konfession (kath./nicht- kath.)	47,5	48,5	61,7	52,2	75,6	72,0	77,7
Beruf	17,7	15,3	9,1	14,7	3,9	8,2	5,1
Adelstitel	1,2	11,7	1,9	9,8	0,1	2,2	3,0
Region	33,6	24,5	27,3	23,7	20,4	17,5	14,1
Erklärte Varianz	(46,4)	(44,3)	(37,9)	(34,5)	(49,9)	(34,5)	(31,2)
Dimension 2							
Konfession (christl./ dissid.)	4,9	32,7	48,1	52,2	64,3	64,4	72,8
Beruf	25,0	25,3	29,6	31,2	26,0	27,4	21,3
Adelstitel	39,6	14,0	12,2	4,3	4,7	2,6	2,4
Region	30,5	28,0	10,1	12,3	4,9	5,4	3,4
Erklärte Varianz	(33,6)	(24,8)	(35,2)	(45,7)	(27,7)	(48,9)	(53,0)
Durch beide Hauptdimen- sionen erklär- te Varianz	80,0	79,1	73,1	80,2	87,6	83,4	84,2

ausprägungen einer Variablen erhält man einen Wert, der die gesamte Determinationskraft dieser Eigenschaft angibt. Die Beiträge aller Spalten und aller Zeilenvariablen werden jeweils für die (beiden) Hauptachsen sowie für das Gesamtmodell auf 100 % normiert. Dieser Wert wird erreicht, unabhängig davon, wie stark die statistischen Zusammenhänge zwischen den "unabhängigen" (Zeilen-) Variablen und der Spaltenvariable sind. Im gegebenen Fall bedeutet dies etwa: auch wenn die Segmentation nach konfessionellen Gesichtspunkten absolut abnimmt, kann das Gewicht der Konfession in dem hier durch die vier Zeilenvariablen aufgespannten Eigenschaftsraum relativ zunehmen. Im folgenden werden nur die Werte in Tabelle 4 interpretiert, die sich auf die milieubildenden Zeilenvariablen beziehen.

Im oberen Teil von Tabelle 4 sind die Werte für die Gesamtkonfiguration dargestellt. Der Zeitvergleich erweist, daß die konfessionelle Spaltung erst im Verlauf des Kaiserreichs strukturdominant wurde. Die Bedeutung der regionalen Disparitäten, die 1871 noch bestimmend gewesen waren, nahm dagegen bis 1932 kontinuierlich ab. Die multivariate Analyse präzisiert also die bivariaten Zusammenhangsmaße, die bis 1886 einen Regionalisierungstrend ausgewiesen haben. Offenbar handelt es sich um einen scheinokorrelativen Zusammenhang: Da die Konfessionen auf bestimmte Regionen konzentriert waren, suggeriert die Konfessionalisierung der politischen Konfliktstruktur auch eine Regionalisierung. Tatsächlich ist ihr aber die Politisierung der konfessionellen Spaltungen kausal vorgelagert.

Auch die zunächst beachtliche Determinationskraft des Adelstitels nahm während des Kaiserreichs markant ab. Der untere Saturierungspunkt, der zugleich Bedeutungslosigkeit markiert, war hier bereits 1919 erreicht. Die Werte für den Beruf fluktuieren zwischen 1871 und 1932 auf einem mittleren Niveau. Folgt man dem Ansatz der strukturell-funktionalen Systemtheorie Talcott Parsons', läßt sich auch dieses Verlaufsmuster als Modernisierung, als ein Übergang von vorgegebenen zu erworbenen Kriterien sozialer Differenzierung deuten (65). Adel und regionale Herkunft sind askriptive Eigenschaften, während der Beruf erworben wird. Letzteres galt bei den parlamentarischen Führungsgruppen des Kaiserreichs zunehmend auch für die Konfession, denn die Konfessionalisierung der politischen Konfliktstruktur nach 1871 war fast ausschließlich der Verbreitung einer neuen "Konfession" zuzuschreiben, der man erst nach einer Art Erwachsenentaufe zugehörte: dem Laizismus und Atheismus der Arbeiterbewegung. Diese Interpretation wird durch die zeitliche Veränderung der Werte für die beiden Hauptdimensionen unterstützt, die sich bei der Betrachtung der Ergebniskonfiguration unschwer als Ausdruck der konfessionellen Oppositionen katholisch vs. nicht katholisch und kirchlich gebunden vs. dissident deuten lassen. Bis 1890 bildete der Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten

64) D. Blasius, Korrespondenzanalyse, S. 187.

65) Talcott Parsons, *The Social System* (London, 1951), S. 63 - 65 u. 117 - 119.

die wichtigste Spaltungslinie; danach wurde die Opposition zwischen Dissidenten und kirchlich gebundenen Abgeordneten strukturdominant, die zum Zeitpunkt der Reichsgründung noch keine Bedeutung gehabt hatte. Nur die Weimarer Nationalversammlung, in der der Abstand zwischen den Sozialdemokraten und den nichtsozialistischen Parteien für einen historischen Augenblick schrumpfte, bildete hier eine Ausnahme. Im übrigen nahm in der Weimarer Republik bei absolut abnehmender Segmentation die Bedeutung konfessioneller Spaltungen gegenüber sozioökonomischen und territorialen Unterschieden relativ zu: Die Fraktionen, in denen nun auch bei den nichtsozialistischen Parteien die "Funktionäre" zur modalen Kategorie wurden, prägten sich als berufsmäßige Vertretungen von Gesinnungsgemeinschaften aus.

V. Schlußfolgerungen: warum das Deutsche Reich nicht zu einer Konkordanzdemokratie wurde

Sucht man nach der einfachsten Formel, um die politisch-soziale Morphologie der parlamentarischen Führungsgruppen des Deutschen Reiches zu beschreiben, dann läßt sie sich als ein Spannungsfeld von drei Konfessionen darstellen: zwei transzendentalen und einer weltlichen. Diese Deutung enthält sicherlich eine problematische Zuspitzung, denn der Gegensatz zwischen dissidenten und kirchlich gebundenen Abgeordneten koinzidierte ja zugleich mit einer sozioökonomischen Konfliktdimension. Doch betrachten wir gerade die "Konfessionalisierung des Klassengegensatzes" als eine fatale Besonderheit der deutschen Demokratiegeschichte, während der Laizismus der französischen Arbeiterbewegung ein starkes linksbürgerliches Pendant hatte und die britische Arbeiterbewegung den religiösen Rigorismus protestantischer Erweckungsbewegungen in sich aufnahm 66). Dagegen empfand Max Weber die "konfessionelle Schranke", die der "Sozialismus als Massenevangelium" zwischen den "modernen ökonomischen Schichten in Bürgertum und Proletariat" aufgerichtet habe, in Deutschland als besonders stark ausgeprägt 67). Jede Koalition im Reichstag mußte seit dem Niedergang der Liberalen mindestens eine Konfessionsgrenze überwinden. Hierin unterschied sich die deutsche Konstellation von der bipolarer Parteiensysteme.

So standen die parlamentarischen Führungsgruppen des Kaiserreichs schon wenige Jahre nach der Reichsgründung vor einer doppelten Herausforderung:

66) Jean-Marie M a y e u r, *Les débuts de la IIIe République 1871 - 1898* (Paris, 1973), S. 134 - 153; G. D. H. C o l e, *A Short History of the British Working Class Movement 1798 - 1947* (7. Aufl., London, 1967).

67) M. W e b e r, *Parlament*, S. 384; vgl. auch Hagen S c h u l z e, "Vom Scheitern einer Republik", in: Karl Dietrich B r a c h e r u. a. (Hrsg.), *Die Weimarer Republik 1918 - 1933. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft* (Düsseldorf, 1987), S. 623: "Jede Partei hielt sich selbst für den Sachwalter des Ganzen, erhob einen an's Religiöse streifenden Anspruch auf Allgemeingültigkeit und versprach ihren Anhängern eher Kirche denn Interessenvertretung zu sein."

Während sie die Nachhutgefechte der Religionskriege der frühen Neuzeit austrugen, bildeten sie zugleich die Arena für die soziokulturellen Konflikte in der Folge der Industrialisierung. Was daraus folgte, könnte man das "Paradox der Repräsentativität" nennen: Tatsächlich repräsentierten die Abgeordneten nicht nur verfassungstechnisch, sondern auch in der Zusammensetzung der politischen Konfliktgruppen die wichtigsten Interessengruppen und Gesinnungsgemeinschaften der deutschen Gesellschaft. Das wird oft als eine erwünschte Eigenschaft von Parlamentariern angesehen. Doch wurde sie fatal für die innere Kohärenz und die äußere Konfliktfähigkeit der parlamentarischen Führungsgruppen des Kaiserreichs: Zerfallen in verfeindete Lager, ohne einen Fundus geteilter Erfahrungen und sozialer Gemeinsamkeiten, immer geneigt, sich auf die Selbstgenügsamkeit der "Milieus" zurückzuziehen, wurden sie unfähig zu einem "Ballhausschwur", der den Reichstag als zumindest gleichberechtigten Machtfaktor neben dem Kaiser etabliert hätte.

Der Frage, ob hier eine spezifische Ausprägung der Elitenstruktur eine bestimmte Politik bewirkte, oder ob die Staatsspitze - etwa durch die Ausgrenzung von "Reichsfeinden" und eine Gettoisierung unerwünschter Gemeinschaften - eine segmentäre Struktur parlamentarischer Führungsgruppen erst erzeugte, kann in dieser Untersuchung nicht endgültig geklärt werden. Am besten ist mit den Befunden die Deutung vereinbar, daß die vorhandenen Spannungslinien und Konflikte einer territorial, konfessionell und nach Klassenlinien gespaltenen Gesellschaft der Staatsspitze gerade unter den Bedingungen politischer Massenmobilisierung die Ansatzpunkte für eine Politik des *divide et impera* boten, in deren Folge sich Tendenzen zur Herausbildung soziokultureller Milieus und eines "segmentären Pluralismus" (Val Lorwin) der mit ihnen verbundenen Milieurepräsentanten weiter verstärkten⁶⁸). Auf jeden Fall eröffnete eine Kombination von Veränderungsprozessen, die in ihrer Gesamtheit ein Muster partieller Modernisierung bildeten, den traditionellen Eliten des Reiches Interventionsmöglichkeiten und Handlungsspielräume, die sie zu ihrer Machtsicherung nutzten. Man kann diesen Sachverhalt als das Paradox partieller Modernisierung bezeichnen. In der Konsequenz begünstigte es die Erhaltung der traditionellen Machtorganisation, die der institutionelle Kristallisationskern des deutschen Nationalstaats blieb. Doch darf Erhaltung nicht als Synonym für Stabilisierung verstanden werden, denn die Präponderanz der monarchischen Staatsspitze und der ihr verbundenen Teileliten wurde mit einer Schwächung der Anpassungs- und Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems des Kaiserreichs erkauft; eine Konstellation, deren fatale Folgen spätestens in der Endphase des Ersten Weltkriegs manifest wurden, in der es nicht gelang, den immerhin durch allgemeine Wahlen legitimierten Reichstag zum Träger institutioneller Reformen zu machen⁶⁹).

⁶⁸) Vgl. u.a. Lothar G a l l, Bismarck. Der weiße Revolutionär (Frankfurt a. M., 1980), S. 600 - 618.

Es ist ein wichtiges Teilergebnis, daß die segmentären Spaltungen im Verlauf des Kaiserreichs an Prägnanz gewannen, während seinen Beginn das Strukturmodell eines amorphen Parlamentarismus gekennzeichnet hatte. Die Existenz eines deutschen Nationalstaats förderte also nicht die Integration der parlamentarischen Führungsgruppen - das Gegenteil trifft zu. Latente Spannungen wurden manifest, bestehende Spaltungen vertieft. Ebenso wenig förderte die zunehmende Repräsentativität der parlamentarischen Führungsgruppen die Parlamentarisierung des Reiches. Im Gegenteil: der Honoratiorenparlamentarismus der Formationsphase leistete hier in wichtigen Bereichen mehr als der Interessenparlamentarismus der Spätzeit, in dem die Spaltung in Interessen- und Gesinnungsgemeinschaften vollzogen war 70). Schließlich wurde erkennbar, daß Modernisierung kein unumkehrbarer Prozeß ist - darauf verweist insbesondere der Befund einer abnehmenden Institutionalisierung des politischen Systems durch eine personale Entflechtung zwischen seinen Systemebenen und Institutionsbereichen, vor allem aber die Entwicklung während der letzten Jahre der Weimarer Republik.

Doch darf aus dieser Diagnose nicht geschlossen werden, daß eine Parlamentarisierung des Deutschen Kaiserreichs von vornherein chancenlos gewesen sei. Zur Umbildung in eine "Konkordanzdemokratie" bedarf es langer Phasen ruhiger Entwicklung, am besten auf dem Hintergrund einer einigenden historischen Erfahrung. Keine dieser Voraussetzungen sollte in der Weimarer Republik erfüllt sein. Strukturell deutet sich aber ein möglicher Übergang zur Konkordanzdemokratie in den letzten Reichstagen der Monarchie und den ersten der Weimarer Republik an, in denen die Werte der Koeffizientenreihen ihre Sättigungs- und Wendepunkte erreichen.

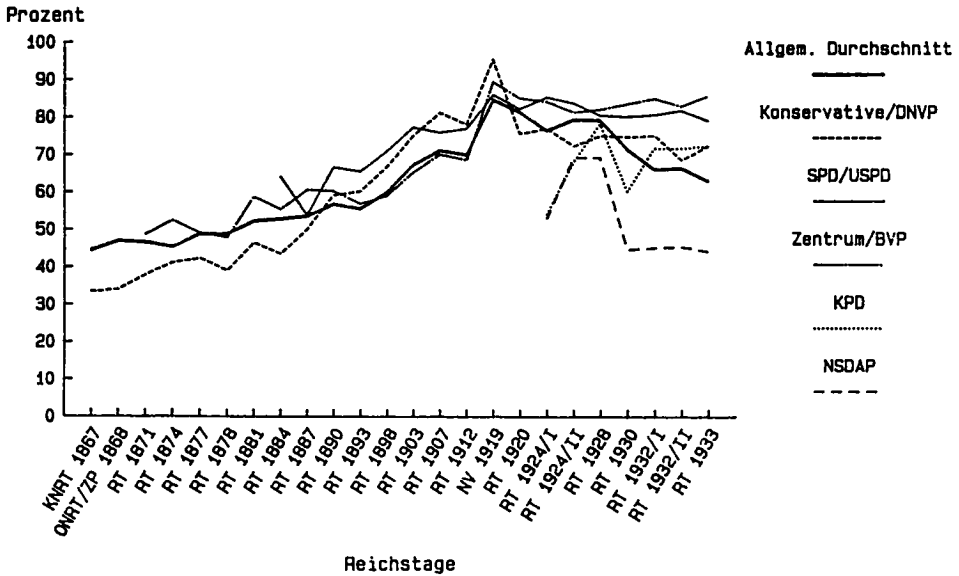
Ganz unübersehbar gab es im Übergang zur Weimarer Republik einen Desegmentationsschub. Er ist Ausdruck eines Wandels in der Art der Verknüpfung zwischen Sozialstruktur und politischen Konflikten, der auch auf der Ebene der Wähler beobachtet wurde 71). Der Isomorphismus von politischer Konfliktstruktur und sozialkulturellen Spaltungen begann unscharf zu werden. Für die

69) G. A. Ritter, *Kontinuität*, S. 119.

70) Vgl. u.a. Klaus Erich Pollmann, *Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867 - 1870* (Düsseldorf, 1985), S. 513 - 520. Unsere Befunde unterstützen die Schlußfolgerungen von Margaret L. Anderson und Kenneth Barker, daß "contrary to some sociological opinion (gemünzt auf R. M. Lepsius, der Verf.), the catholic 'milieu' did not enter the Empire as a fully organized, self-conscious subculture. The catholic subculture . . . , was fully formed as a political entity only as a by-product of the formation of a German national culture defined as hostile to Catholicism - a process that was completed only in 1874". In: "The Myth of the Puttkamer Purge and the Reality of the Kulturkampf: Some Reflections on the Historiography of Imperial Germany", in: *Journal of Modern History* 54 (1982), S. 682.

71) Vgl. Jürgen Falter u. Dirk Hänsch, "Die Anfälligkeit von Arbeiten gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 - 1933" in: *Archiv für Sozialgeschichte* 26 (1986), S. 214 - 216.

Reichstagsabgeordnete 1867–1918 Mitgliedschaft in Vereinen und Verbaenden vor und waehrend der Reichstagsmitgliedschaft



Weimarer Republik galt nicht mehr in gleicher Weise wie für das ausgehende Kaiserreich, daß die Parteien "wirtschaftlich-soziale oder religiös-konfessionelle Bildungen" waren - wie dies Otto Hintze formuliert hatte ⁷²⁾. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten, vor allem aber das Wachstum der sich als Klassen- und Konfessionsgrenzen überschreitende "Bewegung" darstellenden Nationalsozialisten sind dafür Belege. Zugleich veränderten sich die Formen der Verknüpfung des politischen Subsystems mit anderen gesellschaftlichen Bereichen durch intermediäre Organisationen. Zwar hatten auch die Parteien des Kaiserreichs die Vereine und Verbände "ihrer" Milieus als "Vorfeldorganisationen" genutzt, doch gewannen diese Beziehungen nun eine neue Qualität: Die Parteien begannen seit Mitte der 1920er Jahre die intermediären Organisationen zu mediatisieren. Unsere Daten zeigen das deutlich: So wendete sich zwischen 1928 und 1930 der säkulare und nach der Novemberrevolution noch einmal beschleunigte Trend einer immer häufigeren Bindung der Abgeordneten an Vereine und Verbände außerhalb von Parteien. Dieser Anteil sank von 85 % 1919 auf 63 % 1933. Der Wandel ging hier vor allem von den Nationalsozialisten aus, die in ihren Parteigliederungen und angeschlossenen Verbänden das gesamte System intermediärer Organisationen nachbildeten. Ähnliches würde auch für die Kommunisten gelten, wenn - wofür einiges spricht - die

72) Vgl. Anm. 4.

linksoppositionellen Gewerkschaften als Parteiorganisationen klassifiziert worden wären.

Die Absorbition der intermediären Organisationen durch die Parteien zeigt sich auch in der Berufszusammensetzung der parlamentarischen Führungsgruppen. Seit der Weimarer Nationalversammlung bildeten Partei- und Verbandsfunktionäre mit Anteilen zwischen 42 % und 48 % der Abgeordneten die bei weitem größte Berufskategorie, nachdem dieser Anteil 1912 noch bei 32 % gelegen hatte. Seit Ende der 20er Jahre verschoben sich dann innerhalb dieser Kategorie die Anteile zugunsten der Parteifunktionäre. Die Parteien gewannen damit eine unmittelbare Kontrolle nicht nur über die politische Karriere, sondern auch über die berufliche Existenz der Abgeordneten. Dies war der Endpunkt eines säkularen Funktionswandels parlamentarischer Repräsentation, dessen Ergebnis die Abhängigkeit der Abgeordneten von den Parteiorganisationen war ⁷³). In einer Situation weiter zunehmender ideologischer Polarisierung verringerte dieser Autonomieverlust in anderer Weise, aber ebenso wirkungsvoll wie die soziale Distanz die Handlungsspielräume und die Kompromißmargen der parlamentarischen Führungsgruppen des Reiches.

Allgemein gilt: der Verlust an Autonomie kompensierte den Gewinn an Homogenität, den der Aufstieg der Funktionäre zur modalen Berufskategorie bewirkte. Die Vorgeschichte des Sturzes des Kabinetts Müller, das als letztes über eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag verfügte, verweist auf die politischen Handlungskonsequenzen dieses strukturellen Wandels: Die Kompromißspielräume der parlamentarischen Führungsgruppen wurden durch Interventionen der Parteien, im Fall der Sozialdemokraten auch der Gewerkschaften, bis zur Kompromißunfähigkeit verengt, so daß der vergleichsweise geringfügige Streitpunkt der Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung das Ende parlamentarischer Regierung herbeiführte, noch bevor die den Parlamentarismus tragenden Parteien ihre Mehrheit im Reichstag verloren ⁷⁴). In der Theorie der Konkordanzdemokratie ist die Autonomie der Milieurepräsentanten eine wichtige Voraussetzung für die Etablierung und Stabilisierung einer repräsentativen Demokratie. Diese Bedingung war spätestens in der Schlußphase der Weimarer Republik nicht mehr erfüllt.

Auch die erneute positionelle Entflechtung von Reichstag und exekutiven Spitzenpositionen nach 1928 verschlechterte die strukturellen Bedingungen für die Stabilisierung repräsentativer Institutionen. Hier ging der Wandel der Eliten-

⁷³) H B e s t, *Modernisierung*, S. 29 - 34.

⁷⁴) Klaus S c h w a b e, "Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930", in: K. D. B r a c h e r, *Weimarer Republik*, S. 132 f. u. Heinrich August W i n k l e r, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930* (Berlin 1985), S. 736ff. Zur Rolle der Gewerkschaften vgl. jetzt auch Heinrich P o t t h o f f, *Freie Gewerkschaften 1918 bis 1933* (Düsseldorf, 1987), S. 238 - 314.

struktur dem Wandel der Politik voraus - ein nicht unbedeutender Sachverhalt, wenn die Frage nach der Richtung kausaler Beziehungen gestellt wird. Die Deinstitutionalisierung des Kernbereichs legitimer politischer Macht wurde in den Turbulenzen der Weltwirtschaftskrise fatal, als eine besonders enge Verflechtung zwischen Legislative und Exekutive geboten war. Doch dominierten in den Kabinetten der Spätphase der Weimarer Republik die parteilosen und parlamentsfernen Technokraten. Während sich die parlamentarischen Führungsgruppen der ersten deutschen Republik von der Skylla soziokultureller Segmentation entfernten, trieben sie auf einem sich auflösenden Floß der Charybdis der akuten Problemüberlastung zu 75).

Damit sind erste Antworten auf die Frage gegeben, warum die Abschwächung der sozialkulturellen Segmentationen der parlamentarischen Führungsgruppen Deutschlands nicht zur Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie von Weimar beitrug - zuvor war die Segmentation als wesentliche Ursache der ausgebliebenen Parlamentarisierung des Kaiserreichs erkannt worden. Einem anderen Argument ist jedoch größeres Gewicht beizumessen: Die Abschwächung der Segmentation bedeutete ja nicht das Ende dieses Strukturmusters. Vielmehr zeigt sich, daß auch in dieser Hinsicht der Wandel partiell blieb. Das Zentrum, die Deutschnationalen, mit gewissen Einschränkungen die Sozialdemokraten, gewiß aber die Kommunisten verstanden sich weiterhin als Klassen- und Konfessionsparteien. Auch in der Zusammensetzung der Reichstagsfraktionen bleibt das erkennbar. Es war verhängnisvollerweise die demokratie- und parlamentarismusfeindliche NSDAP, die konsequent und mit wachsendem Erfolg eine milieuübergreifende Sammlungsstrategie verfolgte. Das System des "segmentären Pluralismus", der ja immerhin ein Pluralismus war, hatte dem kaum mehr entgegenzusetzen als eine defensive Strategie der Konservierung der Milieus - das gilt trotz ihrer militanten Rhetorik auch für die Arbeiterparteien. Die Politik des "divide et impera", die schon so erfolgreich von den Vertretern der monarchischen Prärogative gegenüber dem kaiserlichen Reichstag verfolgt worden war, ließ sich deshalb auch von den Architekten der Machtergreifung gegenüber den demokratischen Parteien anwenden. Die Vorgeschichte des Ermächtigungsgesetzes, dieser Selbstvernichtung des Parlamentarismus unter Mitwirkung demokratischer Parteien, zeigt das deutlich 76).

Die Befunde unserer Untersuchung verbinden sich also eng mit einem Verständnis der Sozialgeschichte der deutschen Politik, das in einer subkulturellen

75) Vgl. jetzt Ekkart Z i m m e r m a n n, "Government stability in six European countries during the world economic crisis of the 1930s: some preliminary considerations", in: *European Journal of Political Research* 15 (1987), S. 23 - 52.

76) Vgl. die Beiträge in Erich M a t h i a s u. Rudolf M o r s e y (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933* (Düsseldorf, 1960); neuerdings: Manfred F u n k e, *Republik im Untergang. Die Zerstörung des Parlamentarismus als Vorbereitung der Diktatur*, in: K. D. B r a c h e r u. a., *Weimarer Republik*, insbes. S. 524 - 531.

Hemmung und Überformung des Demokratisierungsprozesses durch milieuhomogene und milieufixierte Parteien die Ursache für die verzögerte und krisengestörte Entwicklung Deutschlands zu Demokratie und Parlamentarismus erkennt 77). Der Nachweis, daß sich die sozialkulturellen Spaltungen der deutschen Gesellschaft bis auf die Ebene der parlamentarischen Führungsgruppen verlängerten und hier noch einmal prägnant ausprägten, stützt und ergänzt diese Deutung. Die im Zuge der politischen Mobilisierung nach 1872 vertiefte Segmentierung der parlamentarischen Führungsgruppen des Reiches bot kaum Anknüpfungspunkte für eine Integration sozialkultureller Spaltungen auf der Ebene der parlamentarischen Eliten, das heißt: die Ausbildung einer Konkordanzdemokratie 78).

Doch soll hier kein einfacher invers-linearer Zusammenhang zwischen Segmentierung und Koalitionsfähigkeit behauptet werden. Dagegen sprechen allein die Befunde für die Weimarer Republik, in der die abnehmende Prägnanz sozialkultureller Spaltungen keinen dauernden Gewinn an Koalitionsfähigkeit brachte. Segmentierungen sind Elemente neben anderen in der Opportunitätsstruktur von politischen Akteuren. Sie hemmen oder verstärken die Prädisposition für bestimmte Bündnisse, legen das Handeln aber nicht fest. In unserer Untersuchung wurden zwei weitere Elemente des politischen Handlungsfeldes als bedeutsam erkannt: zum einen die Art der Bindung der Milieurepräsentanten an ihre Gesinnungsgemeinschaften, zum anderen die Mehrheitskonstellationen im Reichstag. Beide Elemente trugen zur wechselseitigen Blockade der Milieuparteien und ihrem Rückzug aus der parlamentarischen Politik bei.

Die Herausforderung der parlamentarischen Demokratie durch die Weltwirtschaftskrise und die nationalsozialistische Bedrohung offenbarte die Handlungskonsequenzen der Strukturbrüche des Milieuparlamentarismus: bestenfalls Indifferenz gegenüber den als ineffektiv empfundenen Praktiken parlamentarischer Regierung und - seit Februar 1933 - ein Opportunismus, der an ein Arrangement mit den neuen Machthabern die Hoffnung auf die Erhaltung der Restbestände an Autonomie und Identität der Milieus knüpfte. Hier zeichnete

77) Vgl. M. R. Lepsius, Parteiensystem; ders., Democracy u. ders., Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung (Stuttgart u. a., 1966).

78) Wichtig ist hier der Hinweis, daß wir nicht lediglich Unterschiede des "sozialen Hintergrundes" zwischen den Vertretern verschiedener Parteigruppierungen beobachten, sondern "strukturelle Kristallisationen", das heißt: ein Muster, bei dem die "Positionsinhaber in verschiedenen Strukturen ähnlich angeordnet sind, beziehungsweise ... die Distanzen der Positionsinhaber stark positiv korrelieren." Eine solche Struktur vergrößert die Homogenität der Beziehungsformen in den Konfliktgruppen und vertieft die Spaltungen zwischen ihnen. Vgl. Franz Urban Pappi, Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung (unveröffentl. Habilitationsschrift eingereicht der hohen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, o. J.) S. 287. Die Tatsache, daß Konfessionen die Kristallisationskerne dieser Struktur bildeten, minderte zusätzlich die Integrationskraft des Reichstages, denn Interessengengsätze lassen sich leichter mediatisieren als Gesinnungskonflikte.

sich auch eine Verbindungslinie zu den Argumenten Rainer C. Baums ab, der die Hinnahme der Judenverfolgung durch die deutschen Eliten mit deren struktureller Desintegration und dem Fehlen einer gemeinsamen normativen Grundlage erklärte 79). Rasse und Nation, Volksgemeinschaft und Führerstaat waren dagegen die Instrumente, Symbole und Doktrinen, mit denen die Nationalsozialisten die soziokulturellen Spaltungen zu überwinden und eine neue "deutsche Einheit" zu stiften versprachen. Es ist ein weiteres Paradox, daß dies definitiv erst durch eine unbeabsichtigte Folge ihrer Politik, die Teilung des deutschen Nationalstaats gelang.

Blickt man über die Zäsur von 1945 hinaus, wird deutlich, daß das relativ wohlgeordnete Funktionieren des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik nicht nur der Weisheit ihrer Verfassungsväter zu danken ist:

- Die Verringerung der Prägnanz konfessioneller Konfliktlinien durch die abnehmende Bedeutung religiöser Bindungen und durch die Entlassung des Katholizismus aus seiner Minoritätenposition im Gefolge der Grenzziehungen nach 1945,

- die Nivellierung regionaler Gegensätze durch den Abbau von Entwicklungsfällen, den Verlust des agrarischen Nordostens, die Durchmischung der Bevölkerung im Gefolge der Flucht- und Wanderungsbewegungen nach 1945 und die Auflösung der historischen Einzelstaaten,

- die Abtretung fast aller Gebiete mit ethnischen Minoritätengruppen und schließlich

- die abnehmende Militanz sozio-ökonomischer Konflikte im Gefolge der wirtschaftlichen Prosperität während der Frühphase der Bundesrepublik, durch die Etablierung funktionsfähiger Institutionen und Regelverfahren zur Interessenvermittlung und die Sammlungspolitik der großen Parteien

haben die traditionellen Gesinnungsgemeinschaften aufgelöst, zumindest aber ihre Fronten durchlässiger gemacht und damit auch die Koalitions- und Koordinationsfähigkeit der parlamentarischen Führungsgruppen der Bundesrepublik gestärkt. Diese Entwicklung ist damit die Frucht der gelegentlich bedauerten Tatsache, daß nach 1945 die "deutschen Parteien soziologisch und weltanschaulich kontextlos" geworden sind und "heute eine Art Superstruktur (bilden), die gesellschaftlich nicht sehr tief reicht"80). Auch in dieser Hinsicht zählen die Deutschen in der Bundesrepublik also zu den Gewinnern aus den Katastrophen ihrer Vergangenheit.

79) "The Holocaust. Anomic Hobbesian 'State of Nature'", in: Zeitschrift für Soziologie 7 (1978), S. 303 - 326. Vgl. zur Diskreditierung parlamentarischer Regierungsweise Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (5. Aufl., Villingen, 1971), S. 26 - 86.

80) Wilhelm Henning, "Parteienstruktur und Regierbarkeit", in: ders., u.a. (Hrsg.), Regierbarkeit, Studien zu ihrer Problematisierung 1 (Stuttgart, 1977), S. 46.

Elite Recruitment and National Socialism: The SS-Führerkorps, 1925 - 1939

Herbert F. Ziegler

Adolf Hitler, along with most of his disciples and supporters, professed and indeed believed that National Socialism was a revolutionary movement and, regardless of the interpretation of Nazism that is espoused, "the authenticity of the revolutionary impulse is undeniable 1)." Ostensibly the Third Reich would usher in "a new social order in which class conflict and ideological cleavages would disappear and be replaced by a sense of national solidarity and by a commitment on the part of every individual to put the interests of the nation before self (Gemeinnutz vor Eigennutz) 2)." "

The abstraction employed by National Socialism to portray their social model was the backward ideal of a racial community, or *Volksgemeinschaft*, a countermodel, as it were, to the 'class-society' diagnosed by its political opponents of the Left. Part and parcel of the Nazi concept of the *Volksgemeinschaft* was a disdain for and aversion to the rigid immobility of traditional social hierarchies, coupled with the resolve to conquer the antiquated and restrictive elite criteria of inherited birthright and social rank 3).

Notwithstanding the obvious and often noted "archaic and atavistic 4)" ingredients of Nazi ideology and the alleged backward-looking, reactionary character of Nazism's mass support, there can be detected in Hitler's movement an undeniably modern appeal proffering social mobility 5).

If the concept of the people's community with its emphasis on social mobi-

1) Leonard K r i e g e r, "Nazism: Highway or Byway?" in: *Central European History* 11 (March 1978): pp. 3 - 22, here 14.

2) Jeremy N o a k e s and Geoffrey P r i d h a m, *Nazism 1919 - 1945*. 2 vols. (Exeter, 1984), p. 376.

3) John H i d e n and John F a r q u h a r s o n, *Explaining Hitler's Germany. Historians and the Third Reich* (London, 1983), p. 86 suggest that the concept of the people's community must be taken more seriously than it sometimes has been.

4) Ian K e r s h a w, *The Nazi Dictatorship, Problems and Perspectives of Interpretation* (London, 1985), p. 147.

5) K e r s h a w, *Problems and Perspectives*, pp. 134, 147. Jeremy N o a k e s, "Nazism and Revolution," in: Noel O' S u l l i v a n, ed., *Revolutionary Theory and Political reality* (London, 1983), p. 85 states that the concept of careers open to talent had been an article of faith since the very earliest days, reflecting a resentment at the traditional barriers of upward mobility posed by birth, property, and education. For modern aspects of Nazism see also Martin B r o s z a t, "Zur Struktur der NS-Massenbewegung," in: *Vierteljahresheft für Zeitgeschichte* 31 (1983) pp. 52 - 76 and Timothy W. M a s o n, "Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis 'archaischer' und 'moderner' Momente in der neuesten deutschen Geschichte," in: Hans M o m m s e n et al., eds., *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik* (Düsseldorf, 1974) pp. 322 - 51.

lity was more than simple election rhetoric or cosmetic veneer of NS ideology, the social or substantive content of the Nazi revolution should be readily discernible in the recruitment practices of German elites. In the event that the Nazis were truly committed to the idea of an open elite they, in the aftermath of the seizure of power, should have begun to practice something akin to a democracy in personnel selection.

In an effort to test empirically the notion of "openness" of National Socialist elites 6), and the closely related subject of fostering social mobility, we have analyzed three variables which serve as proxy indicators of class standings of the pre-war S S - F ü h r e r k o r p s. These highly interrelated variables are "father's occupation", the "F ü h r e r ' s occupation learned", and the "F ü h r e r ' s educational attainment." By establishing with as much precision as possible the social base of the pre-war SS leadership, we hope to answer one principal question: what proportion of SS leaders came from any given segment of society?7) Put differently, do the social origins of Himmler's recruits justify the characterization of SS policies as emphasizing the selection of the able for high posts, regardless of social position? were they policies which opened up new possibilities for the lower classes while eschewing the privileges of the upper classes?. Indeed, was S S - O b e r g r u p p e n f ü h r e r Mathias Kleinheißterkamp correct when he remarked, "this is how it is in the SS, a coachman is U n t e r s t u r m f ü h r e r (2nd Lieutenant) while an educated person is S c h a r f ü h r e r (Sergeant)" 8).

The Data: Sources, Selection, and Sampling

This work is based on data relating to the lives of 1,947 S S - F ü h r e r who

6) The question concerning the social recruitment of the NS movement is as old as the NS success. A comprehensive account of published sources concerning NSDAP members, leaders and voters is provided by Eike H e n n i g, *Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland. Ein Forschungsbericht* (Frankfurt/M. 1977), pp. 157 - 233. See also Peter D. S t a c h u r a, "Who were the Nazis? A Socio-Political Analysis of the National Socialist Machtübernahme," *European Studies Review* II (1981), 293 - 324.

7) The scope of our analysis is limited, therefore, to the attributes, circumstances, and motives of the individuals from each social class who decided to join the SS. Though frequently overlooked, the reason for this limitation is obvious. There is the temptation to make generalizations about an entire class based on the findings on the social make-up of a particular organization when in fact only a proportion of a given class belonged to the organization in question. Put simply, because a particular fraction of the SS membership was recruited from a certain section of society does not mean that the entire class responded en bloc. Should we find, for instance, that some thirty percent of the SS leadership was recruited from the upper stratum of German bourgeois society this does not imply that thirty percent of the entire upper class joined the SS, but only a minute minority. This point has been made by Richard F. H a m i l t o n, "Reply to Commentators," *Central European History* 27 (1984) p. 73.

8) Berlin Document Center, Personnel File of Mathias Kleinheißterkamp.

held the rank of *SS - Untersturmführer* or higher before 1939. Individual *SS - Führer* were identified by way of the *Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP, Stand 31.12.1938*, Bearbeitet von der Personalkanzlei (Berlin, 1938), which furnished the names and other identifying information of all *SS - Führer* according to rank. This rankstratified list was subdivided into three strata consisting of the *SS - Totenkopfverbände (SS - TV)*, the *SS - Verfügungsgruppe (SS - VT)*, and the *Allgemeine SS (Allg. SS)*. Once the *Führer* were identified, biographical information on them was collected from the *SS* personnel records of the *Berlin Document Center*⁹). These records are divided into two collections: (1) the *SS Officer Files (SSO)* containing folders of varying completeness for 61,465 *SS - Führer* and (2) and files of the Race and Settlement Main Office (*RuSHA*), comprising some 238,00 folders pertaining to *Führer*, *Unterführer*, and enlisted personnel of the *SS*. Both collections were used extensively in order to collect biographical information on all members of the *SS - Totenkopfverbände*, the *SS - Verfügungsgruppe*, and a randomly selected sample of *Allgemeine - SS* members. In the event that certain items could not be located among these records, because some entries were illegible or simply missing, an attempt was made to locate the desired information from the *SA* and *NSDAP* Masterfiles of the *Berlin Document Center*. Because the *TV* and *VT* strata had relatively few cases ($N = 437$ and $N = 766$ respectively), data were collected on all those individuals who belonged to either of these groups. As to the *Allg. SS*, which was so large (total population $N = 12,669$) as to render collection of data on all individuals redundant, a systematic random sample of 900 men was chosen to represent this branch of the *SS*¹⁰). Because records for a very small number of individuals could not be located, and some information was not identifiable where documents had been damaged, the final samples consist of 400 *SS - TV*, 692 *SS - VT* and 851 *Allg. SS* members (total $N = 1943$)¹¹). Members of the *SS - Sicherheits-*

9) The holdings of the BDC are described in George C. Browder, "Problems and Potentials of the Berlin Document Center," *Central European History* 4 (1972), pp. 362 - 380.

10) Standard works on sampling include W. G. Cochran, *Sampling Techniques* (New York, 1953) and Taro Yamane, *Elementary Sampling Theory* (Englewood Cliffs, N. J., 1967). Also helpful are L. Kish, "Selection of a Sample," in: L. Festinger and D. Katz, eds. *Research Methods in the Social Sciences* (New York, 1953) and Bernard Lazewitz, "Sampling Theory and Procedures," in: Hubert M. Blalock and Ann B. Blalock, eds., *Methodology in Social Research* (New York, 1968).

11) Samples are collected as a matter of convenience, and the usual goal of statistical analysis is to make inferences about population parameters on the basis of known but intrinsically unimportant sample statistics. Thus, it is not enough to merely establish possible relationships or differences between variables, or delineate the strength or direction of relationships, but one must also determine whether or not the results found in the sample

dienst and so-called SS-Ehrenführer (honorary commanders) are purposely not included in the sample 12). The former represented a separate organization 13) that was distinct in functional terms, and the latter, were not actually part of the SS organization. SS-Ehrenführer was a title granted to persons of influence and power in the Third Reich who were permitted to wear SS uniforms, usually carried high ranks, but had no direct command authority 14).

Two guiding principles for coding data were used. First, whenever possible, the information on SS members was coded and categorized in a manner that conforms to the criteria used by the German Statistical Office and, in many instances, to those employed by other scholars. Such a coding scheme has an important advantage. It affords a direct comparison between the distributional characteristics of the SS-Führerkorps and the German population on the one hand, and between the SS-Führerkorps, the leadership of the SA and the general membership of the NSDAP on the other – comparisons without which the presentation of any results on the SS itself become relatively

actually existed in the population represented by the sample or samples. The accepted procedure toward this end is to perform tests of statistical significance, and we have calculated the appropriate measures for all numerical relationships discussed and presented in this work. Whenever use was made of contingency table analysis in order to establish bivariate relationships, a chi-square test was computed; when comparisons of sample means were made to test mean differences, a student's t statistic was computed. Unless otherwise indicated, the level of significance adopted was 05. As to statistical significance, the latter should not be confused with practical or substantive significance. For a discussion of this subject see Sanford Labovitz, "Criteria for Selecting a Significance Level: A Note on the Sacredness of .05" in: *American Sociologist* 3 (1968), pp. 220 - 222; James K. Skipper, Anthony L. Guenther, and Gilbert Mass, "The Sacredness of .05: A Note Concerning the Use of Statistical Levels of Significance," in: *The American Sociologist* 1 (1967), pp. 16 - 16; Thomas J. Duggan and Charles W. Dean, "Common Misinterpretations of Significance Levels in Sociological Journals," in: *The American Sociologist* 3 (1968) pp. 45 - 46; David Gould, "Statistical Tests and Substantive Significance," in: *The American Sociologist* 4 (1969), pp. 42 - 46; R. F. Finch and D. T. Campbell, "Proof? No. Evidence? Yes. The Significance of Significance Tests," in: *The American Sociologist* 4 (1969), pp. 140 - 143; D. Morrison and R. Henkel, eds., *The Significance Test Controversy* (Chicago, 1970); K. W. Taylor and James Frides, "Issues versus Controversies: Substantive and Statistical Significance," in: *American Sociological Review* 37 (1972), pp. 464 - 472.

12) In order to identify Ehrenführer we relied on the judgment of Egon Burchartz, Chief of the Evaluation Section, BDC, who is intimately familiar with the personnel of the SS. He was asked to identify from the Dienstalersliste of 31.12.1938 any Führer who to his knowledge was an Ehrenführer.

13) Robert L. Koehl, *The Black Corps. The Structure and Struggles of the Nazi SS* (Madison, 1983), p. 107.

14) Ermenhild Neusüss-Hunkel, *Die SS. (Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn, No. 2)* (Hannover, 1956), pp.15,21; *Organisationsbuch der NSDAP* (1943), 435.

meaningless. Relating the social profile of S S - F ü h r e r to that of Nazi party members or S S - F ü h r e r permits us to place findings on the SS within the context of National Socialist organizations, and hence in a more balanced perspective. For example, did the social origins of average SS leaders, most of whom who were also Party members, differ from that of typical NSDAP members and SA leaders and, if so, how did they differ? Likewise, comparing the SS leadership with the German population helps identify those social attributes which might have given individuals advantages or disadvantages in the quest for SS elite status. Because the incidence of characteristics in the populace can be interpreted as the distribution that would be randomly expected among S S - F ü h r e r, this method furnishes a means for assessing the degree — as well as direction — of social biases in the recruitment process. Specifically, the social profile of the SS elite is compared to the literate adult male population — or its nearest approximation 15). This population is much more appropriate for this sort of comparison than the total population at large, because illiterates were obviously marginal to the political system, children had no direct access to it, and women by and large played no role in it. Therefore, unless otherwise indicated, the population is defined as the male population aged 18 - 60, as defined by the German census.

The second principle which directed the coding of information is that any variable should capture as closely as possible the social and economic realities of the time period. In most instances this was not a problem, and coding of information was relatively straightforward, as in the case of data on education, for example. Problems did arise, however, in connection with the critical issue of what part of the SS support came from a given social layer (S c h i c h t) 16) or class. The identification of such groups or classes, both within the population and the SS, was a major task requiring considerable methodological reflection. Unfortunately the latter cannot be taken up here in detail. Suffice it to state that our coding and classification schemes lean heavily on those employed by Michael Kater in his recent study on the NSDAP 17).

Discussion of Findings

The first notable feature of our data on both paternal occupation and the occupation cited by each F ü h r e r is the relatively high proportion of indi-

15) Mandatory education through age 14 and regularity of attendance based on powerful sanctions resulted in extremely low illiteracy rates for German males. See Peter S a n d i f o r d, ed., *Comparative Education: Studies of the Educational System of Six Modern Nations* (London, 1918).

16) The more common term "class" will be employed throughout this book.

17) Michael M. K a t e r, *The Nazi Party, A Social Profile of Members and Leaders. 1919 - 1945* (Cambridge, MA., 1983).

viduals that can be classified as manual workers 18). To be more precise, if we designate the sum of the first three categories in Table 1 as the lower class or working class, we find that roughly one quarter of the SS elite was recruited from this segment of society. Admittedly, men of working class background were underrepresented vis a vis the general population 19), but there is no escaping the conclusion that the SS and its leadership corps were extraordinarily successful in attracting support from workers. No traditional German elite could boast such representation from a class whose occupational and social status was equally low in both Imperial and Weimar Germany. It remains a remarkable accomplishment to have recruited a significant number of workers into the leadership of the most notorious and anti-socialist elite formation of the Third Reich.

Our own data on the SS-Führerkorps also indicate that in terms of absolute numbers at least, the largest segment of the pre-war SS leadership was recruited from the lower-middle class 20). To put this finding into the proper perspective, note should be made of the fact that the case for the preponderance of lower-middle class origins is compelling only with respect to data on the occupations of fathers. As far as the occupational structure of SS recruits is concerned, this social stratum was neither underrepresented nor overrepresented in the leadership of the SS. The proportion of SS members with a lower-middle class background matched almost precisely the proportion this class constituted in German society in general.

18) This contrasts greatly with the findings of Bernd Wegner, *Hitler's Politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933 - 1945* (Paderborn, 1982), 225 Table 17, which found a 9,8% combination of Arbeiter und Angestellte among the SS leadership. To put these findings into perspective, Wegner collected data only on the upper ranks of the SS-Führerkorps. Thus, he collected data on all Führer from the rank of Standartenführer and upward, and sampled approximately one forth of the Sturmabannführer and Obersturmbannführer who belonged to the field units of the Waffen-SS (see p. 208). An even lower estimate of working class origins for SS leaders is cited by Gunnar C. Boehnert, *A Sociography of the SS Officer Corps, 1925 - 1939* (London, 1978 Ph. D. Dissertation). Although tables 6.1 and 6.3 show 6.3% under the rubric "skilled workers", Boehnert (p. 165) concludes that only 1.1% of the sampled officers belonged to the Arbeiterschicht.

19) Depending on the definition, the proportion of workers hovered around 46 to 50 percent of the total population in the 1920s and 1930s. See for example *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* (Berlin, 1935), 17 where the proportion of workers in the population (excluding military) is cited as 46 and 46.3 percent in 1925 and 1933 respectively. Gerd Hardach, "Klassen und Schichten in Deutschland 1848 - 1970. Probleme einer historischen Strukturanalyse," in: *Geschichte und Gesellschaft* 3 (1977), p. 518 cites the proportion of workers as 55, 49, and 49 percent in 1907, 1925, and 1939 respectively.

20) Boehnert, *SS Officer Corps*. 163 - 164, 206 and Tables 6.1 and 6.3 respectively calculated that some 59% of SS leaders came from the lower middle class.

Another important missive provided by the same data is that the majority of SS recruits coming from a lower-middle class milieu held white collar jobs before joining Heinrich Himmler's organization 21). Among the F ü h r e r ' s occupations, roughly thirty percent were classified as salaried employees. The number of civil servants, on the other hand, was quite small 22). In comparison to the population, where approximately five percent were classified as lower or intermediate civil servants, the same occupations were underrepresented in the SS leadership. As to the fathers' occupations, a total of about forty percent fell into the categories of white collar employees and civil servants, with each category making up about twenty percent respectively. The strong presence within the NSDAP and its electorate of salaried employees who faced much economic uncertainty, and lower civil servants who were likely to be disgruntled by salary reductions and disenchanted by a parliamentary democracy which seemingly became increasingly Marxist-oriented, has been noted 23).

Because of the high proportion of salaried employees among the recruits (and civil servants among the fathers), occupations of the old lower-middle class were correspondingly scarce. Among S S - F ü h r e r the independent craftsmen

21) On the economic situation of the white collar workers in general see, W i n k l e r, *Extremismus*, 185; Hans S p e i e r, *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus: Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918 - 1933* (Göttingen, 1977), p. 93; Jürgen K o c k a, "Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914 - 1933," in: Hans M o m m s e n, ed., *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik* (Düsseldorf, 1974), pp. 792 - 811, and by the same author, *Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850 - 1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer* (Göttingen, 1977), pp. 142- 176.

22) From the mid-twenties to Hitler's assumption of power lower civil servants were overrepresented in the NSDAP. K a t e r, *Nazi Party*, 41 - 42. For the position of civil servants before Hitler's assumption of power see Hans M o m m s e n, "Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Länder und Gemeinden in der Ära Brüning," in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 21 (1973), pp. 151 - 165 and Wolfgang R u g e, *Politik und Beamtentum im Parteistaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preussen zwischen 1918 und 1933* (Stuttgart, 1965). The ambivalence of the NSDAP towards Germany's civil service has been noted by Jane C a p l a n, "Speaking the Right Language: The Nazi Party and the Civil Service Vote in the Weimar Republic," pp. 182 - 201, in: Thomas C h i l d e r s, ed., *The Formation of the Nazi Constituency 1919 - 1933* (London, 1986). For the Hitler era see Hans M o m m s e n, *Beamtentum im Dritten Reich: Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik* (Stuttgart, 1966) and Jane C a p l a n, "The Politics of Administration: The Reich Interior Ministry and the German Civil Service," *Historical Journal* 20 (1977), pp. 707 - 736.

23) K a t e r, *Nazi Party*, pp. 41 - 43; Geoffrey P r i d h a m, *Hitler's Rise to Power: The Nazi Movement in Bavaria 1923 - 1933* (London, 1973), p. 193; Thomas Childers, "The Social Bases of the National Socialist Vote," in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), p. 23, N o a k e s and P r i d h a m, *Documentary Reader*, p. 90; Hans M o m m s e n, "Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning," in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 21 (1973), pp. 154 - 155; M o m m s e n, "Beamtentum," pp. 197 - 99.

and the owners of small shops could hardly be found, and even farmers were notably underrepresented 24). The sum of all occupations that embraced the *A l t e M i t t e l s t a n d* amounted to five to eight percent of all occupations cited by SS members. By comparison, the same categories of independent craftsmen, small businessmen, and farmers constituted about twenty four percent of all occupations in the German population. The same pattern holds for the occupational structure of fathers. Although the proportion of the old middle class-type occupations tended to be higher than they were among their sons, they were either less than or equal to the proportion of occupations that would be expected from the distribution in the population. Thus, although it may well be true that shopkeepers and craftsmen were harmed by the growth of factories and department stores, and suffered from a feeling of neglect and sociopolitical isolation 25) and despite the fact that farmers faced economic plight on form of declining income and foreclosures 26), the old lower middle class did not serve as an important recruiting reservoir for the *S S - F ü h r e r k o r p s*.

The upper ranks of the *M i t t e l s t a n d* as represented by the occupational categories of "managers", "high level civil servants", "military officers", and "professionals" (and students in the case of *F ü h r e r*) were all heavily over-

24) These figures must have been disappointing to Himmler who was so fond of dreaming of a Greater Germanic Empire in which German peasant settlers would play an important role. For Himmler's interest in the plight of the German farmer and his personal role in the propaganda efforts of the NSDAP see Johnpeter Horst *G r i l l*, "The Nazi Party's Rural Propaganda Before 1928," in: *Central European History* (15 June, 1982), pp. 149 - 185, here pp. 171 - 173.

25) *K a t e r*, *Nazi Party*, p. 24. Jeremy Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony 1921 - 1933* (Oxford, 1973), pp. 110 - 11 argues that the feeling of neglect and isolation drove these people away from the conservative right toward the Nazi radical right. The economic suffering of shopkeepers and craftsmen has been put into proper perspective by Heinrich A. *W i n k l e r*, *Mittelstand, Demokratie and Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republic* (Cologne, 1972), pp. 30, 79, 104 - 106.

26) According to *K a t e r*, *Nazi Party*, pp. 39 - 41 farmers flocked to the NSDAP after 1928, and bore a major responsibility for Hitler's victory in 1930. See also, Werner T. Angress, "The Political Role of the Peasantry in the Weimar Republik," in: *Review of Politics* 21 (1959), pp. 538 - 540; Johann *D o r n e r*, *Bauernstand und Nationalsozialismus* 2nd ed. (Munich, 1930), pp. 12 - 13, 22, 40 - 41; Onno *P o p p i n g a*, *Bauern und Politik* (Frankfurt/Main and Cologne, 1975), pp. 44 - 45; Hans-Jürgen *P u h l e*, *Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften: Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert* (Göttingen, 1975), p. 90; John E. *F a r q u h a r s o n*, *The Plough and the Swastika, The NSDAP and Agriculture in Germany. 1928 - 45* (London and Beverly Hills, 1976), p. 26; Larry E. *J o n e s*, "Inflation, Revaluation, and the Crisis of Middle-Class Politics: A Study in the Dissolution of the German Party System, 1923 - 28," in: *Central European History* 12 (1979), pp. 146 - 147; Rudolf *H e b e r l e*, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus: Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 - 1932* (Stuttgart, 1963).

represented in the SS leadership relative to their strength in the Reich 27). Compared to the Reich, where only about 3 percent of the population would have been classified as upper middle class according to our criteria, some seventeen to twenty percent of the fathers and roughly one third of the F ü h r e r matched this category. Among the fathers this overall overrepresentation is fairly consistent from one job category to the next, that is, on the average paternal occupations classified as upper middle class occupations were usually five times higher than the corresponding categories were for the general population. As to the S S - F ü h r e r themselves, the picture is a little more diverse.

Although in general SS members had twice the representation of upper middle class occupations that their fathers did, there was a good deal of variation in the proportions of individual occupational categories. Whereas those SS recruits who listed themselves as management level employees made up between .8 to 1.6 percent, and the higher civil servants 28) constituted a mere 1.0 to 2.0 percent, of all occupations, the so-called entrepreneurial category was void of even a single individual. These relatively low figures are of course balanced by the conspicuously high proportion of recruits who listed themselves as "professionals" and "students" 29). Depending on the SS branch to which an individual belonged, some twelve to twenty percent of all SS leaders claimed to have held or at least trained for professional occupations. Among the professionals, the majority included health care professionals such as physicians 30) and, to a lesser degree, dentists, and a few veterinarians, while the second largest contingent of professionals consisted principally of attorneys.

27) Our findings here are in total agreement with those by K a t e r, Nazi Party, p. 27 who established that the "elites were consistently overrepresented in the Party since its very beginnings". W e g n e r, Politische Soldaten, p. 223 indicates that 45 to 50 percent of SS-Führer with a rank of Standartenführer or higher came from the upper middle class. B o e h n e r t, SS Officer Corps, puts the percentage of upper middle class occupations for the SS leadership at 33 % (pp. 163 - 164, Table 6.1) and 39 % (p. 206, Table 206).

28) On the difficulties facing higher civil servants see C h i l d e r s, National Socialism and the New Middle Class, p. 22; M o m m s e n, Beamtentum, p. 197.

29) For the attraction that fascist movements and ideas held for the intellectual see Juan J. L i n z, "Some Notes Toward the Comparative Study of Fascism in Sociological Historical Perspective," p. 40, in: Walter L a q u e r, ed., Fascism, A Readers Guide. Analyses, Interpretations, Bibliography (Berkeley, 1976) and Alastair H a m i l t o n, The Appeal of Fascism: A Study of Intellectuals and Fascism 1919 - 1945 (New York, 1971).

30) The manifold activities of the SS offered many employment opportunities for physicians and, for the most part, they carried out legitimate medical functions. N e u s ü s s - H u n k e l, Die SS pp. 74. The duties of SS physicians are spelled out in a memorandum, dated 21.1.1939, by Brigadeführer, Dr. Grawitz, Reichsarzt-SS. In addition to the more obvious tasks that any physician might carry out, such as the treatment of injuries, these duties included the selection of recruits, the drawing up of hygiene guidelines for clothing and buildings, dietary counseling, sports medicine, criminal pathology. Records of the Reich Leader SS and Chief of German Police, Washington: National Archives, Microcopy T-175/17/620621-625.

It has been suggested that both doctors and lawyers had solid economic motives for joining the Nazis, the former for the reason that either their earnings were declining or they feared socialized medicine, and the latter because young attorneys in particular suffered from an overcrowding of their profession 31).

As to students, their high proportion among S S - F ü h r e r comes as no surprise for their attraction to fascist parties in general and their preponderance within the NSDAP in particular have been well established 32). Since potentially their advanced educational preparation predisposed them for privileged social and economic status, all those SS leaders who represented themselves as students were classified as belonging to the upper middle class. It appears that these young men must have been unwilling to commit themselves to traditional professional careers because virtually all students within our samples had either just finished secondary school, most of them with an A b i t u r, or had just dropped out of a university before accepting the non-traditional careers of SS leaders in Himmler's Black Order. Within the S S - T V and S S - V T respectively, students constituted 17.4 percent and 16.3 percent of all former occupations within the leadership of the SS. In fact, almost one half of all upper middle class occupations were accounted for by the student category. The only exception to this pattern was the membership of the A l l g e m e i n e - S S where, because the age structure of its membership was more advanced and most of the men had full-time occupations before joining the SS, the proportion of students was relatively insignificant.

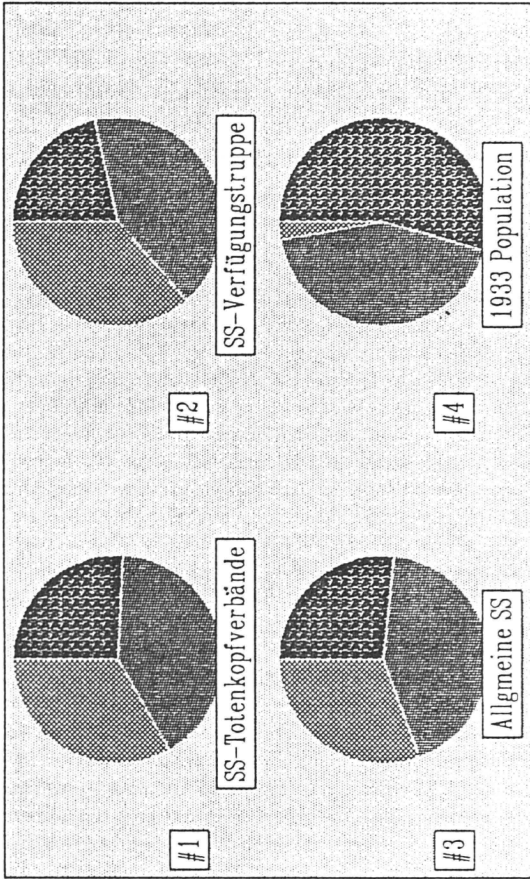
SS ideology did not emphasize or particularly value the importance of education 33), but there is no denying that a large share of the SS leadership was root-

31) K a t e r, Nazi party, pp. 67 - 68.

32) Noting the high proportion of high school students and university students within the NSDAP, K a t e r Nazi Party, pp. 27, 44 speculates that perhaps as much as half of the entire student body may have joined the Nazis by 1930. L i n z, Comparative Study, p. 67 maintains that students constituted an important segment of all fascist parties. Also germane to this matter are Hans Peter B l e u e l and Ernst K l i n n e r t, Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich: Ideologien - Programme - Aktionen 1918 - 1935 (Gütersloh, 1967); Anselm F a u s t, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund: Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, I (Düsseldorf, 1973); Jürgen S c h w a r z, Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und Ihre Stellung zur Politik (Berlin, 1971); Michael S. S t e i n b e r g, Sabers and Brownshirts: The German Students' Path to National Socialism 1918 - 1935 (Chicago and London, 1977); Wolfgang Z o r n, "Student Politics in the Weimar Republic," in: Journal of Contemporary History 5 (1970), pp. 128 - 143; Michael H. K a t e r, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918 - 1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik (Hamburg, 1975). For the period preceding the Great War see Konrad Jarausch, "Liberal Education as Illiberal Socialization: The Case of Students in Imperial Germany," in: Journal of Modern History 50 (1978) pp. 609 - 630, and Jarausch, Students, Society and Politics in Imperial Germany: The Rise of Academic Illiberalism (Princeton, 1982).

Social Class of SS-Führer 1938 (%)

#	1	2	3	4
	26	21	27	54
	41	42	43	43
	33	36	31	3
	%	%	%	%



ed in the educated bourgeoisie 34). As a whole the S S - F ü h r e r k o r p s tended to be much better educated than the German population 35), with roughly one third of its membership having either obtained an A b i t u r or even attended a university 36). It seems that a university degree, or even an above average education without a degree, still offered a preferential basis for advancing into the leadership of the SS. The fact that a purposely avowed "open elite" recruited a third of its membership from traditional elite groups of society was not, however, because the educational advantage of an A b i t u r i e n t, or academic, was so highly valued. Rather it was because numerous positions within the SS such as physicians, who, combined with lawyers, were the largest single academically trained contingent in all SS branches, made certain minimum academic training mandatory 37).

33) The relative non-importance of formal education was demonstrated by the entrance requirements to the SS cadet schools; acceptance in these Junkerschulen was not dependent on specific educational prerequisites. George H. S t e i n, *The Waffen-SS, Hitler's Elite Guard at War 1933 - 1945* (Ithaca and London, 1966), p. 13, for example, concluded: "The entrance requirements of the SS cadet schools were exacting with respect to racial, physical and political factors, but education and nonpolitical background were discounted." According to Himmler, some 40 % of the officer candidates accepted before 1939 had only an elementary school education. "Rede des Reichsführer-SS vor SS-Gruppenführern am 8.11. 1937," T-175/90/2612395. See also H a u s s e r, *Waffen SS im Einsatz* (Göttingen, 1953) p. 13, and Neustüss-Hunkel. *Die SS*, pp. 23 - 24. By 1939 both professors and students were viewed by National Socialists, including Hitler, with outright contempt. Geoffrey J. G i l e s, "German Students and Higher Education Policy in the Second World War," in: *Central European History* 17 (1984), pp. 330 - 354, here 330 - 31.

34) This is in agreement with the findings of both W e g n e r, *Politische Soldaten*, p. 228 and B o e h n e r t, *SS. Officer Corps*, pp. 117 - 118.

35) Taking the male enrollment of pupils in secondary schools in 1938 (432,977) and the number of male students matriculated at German universities in the Summer semester of 1938 (48,545), and comparing them to the male population age 11 - 19 and age 20 - 23 in 1938 respectively, one would expect that 9,4 % of German youth attended a secondary school and 4,3 % a university. These figures were taken from the *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1935* and the *Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944*.

36) Even though a large number of SS leaders attended a university, a sizeable proportion never completed their studies. More precisely, 28,8, 37,8, and 17,8 percent of the S S - T V, S S - V T, and A l l g e m e i n e S S, respectively, never completed their university education.

37) The major field of study of those who attended a university reinforces the proportion of men that we could identify as physicians and lawyers. For the three SS branches the breakdown was as follows:

S S - T V 67,2 % Medicine, 10,6 % Jurisprudence

S S - V T 47,3 % Medicine, 14,9 % Jurisprudence

A l l g. S S 42,3 % Medicine, 23,5 % Jurisprudence.

These finding seem to contradict those of Gunnar C. B o e h n e r t, "The Jurists in the SS - Führerkorps, 1925 - 1939, in: G. H i r s c h f e l d and L. K e t t e n a c k e r eds., *Der 'Führerstaat': Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches* (Stuttgart, 1981), pp. 361 - 374 who identifies lawyers as the single largest academically trained contingent of his "sample".

Table 1: Distribution of Occupational Groupings for SS-Führer, their Fathers, SA-Führer in 1935, the 1933 and 1938 NSDAP, and the Population of 1933

Occupational Groups	SS-Führer in 1938			Fathers			SA-Führer in 1933	NSDAP in 1933	NSDAP in 1938	Population in 1933
	SS-TV	SS-VT	Allg. SS	SS-TV	SS-VT	Allg. SS				
Unskilled Workers	2.6	1.1	4.2	7.4	5.5	7.9	7.2	12.6	13.7	37.2
Skilled Workers	22.6	16.8	21.7	19.8	17.3	18.8	5.7	18.1	19.5	17.3
Military Enlisted ^b	0.5	3.6	0.8	0.3	0.2	0.0	7.24	-----	-----	-----
Lower Class	25.7	21.5	26.7	27.5	23.0	26.7	13.3	30.7	33.2	54.5
Independent Craftsmen	0.3	0.1	0.1	5.8	5.0	3.5	2.6	8.9	9.1	9.6
Farmers	5.0	4.3	7.6	6.3	6.8	8.7	6.8	8.9	8.1	7.7
Small Businessmen	0.3	1.4	0.5	6.0	6.6	7.6	10.5	12.8	5.1	6.0
Salaried Employees	31.1	30.2	30.8	17.6	20.1	19.9	40.5	10.6	21.8	12.4
Civil Servants	2.4	4.4	3.6	18.4	19.8	13.4	10.3	11.7	10.3	5.2
Military: NCO	2.1	1.7	0.1	1.1	0.5	0.3	1.3	-----	-----	-----
Nonacademic Professionals	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	4.2	3.4	1.8
Lower Middle Class	41.2	42.1	42.7	55.2	58.8	53.4	72.0	57.1	57.8	42.7
Managers	0.8	0.3	1.6	2.5	1.5	1.4	3.8	2.3	1.7	0.5
Higher Civil Servants	1.0	1.1	2.1	6.0	7.2	5.9	3.7	2.8	0.0	0.5
Professionals	12.6	12.5	19.9	3.0	4.6	8.5	1.8	3.0	2.6	1.0
Students	17.4	16.3	1.9	-----	-----	-----	-----	1.7	4.3	0.5
Entrepreneurs	0.0	0.0	0.0	2.2	2.0	3.2	2.5	2.4	0.4	0.3
Military: Officers	1.3	6.2	5.1	3.6	2.9	0.9	0.5	-----	-----	-----
Upper Middle Class	33.1	36.4	30.6	17.3	18.2	19.9	12.3	12.2	12.7	2.8
Total	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	97.6^a	100.0	100.0	100.0
N of Cases	380	657	858	364	586	656	951	3,316	234	27,047,899

Sources:

(1) Percentages of occupations and classes in gainfully employed German population (except in the case of students) and percentages of NSDAP joiners in the Reich figures calculated on the basis of data in Michael H. K a t e r, *The Nazi Party. A social Profile of Members and Leaders, 1919 - 1945* (Cambridge, MA, 1983), 241, 152;

(2) Percentages of occupations and classes for SA-Führer are based on "standardized" occupations for men who joined the SA between 1925 - 1933 as calculated by Mathilde J a m i n, *Zwischen den Klassen: Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft* (Wuppertal, 1984), 194 - 953.

a) This column does not add up to 100 % because one of Jamin's categories, mithelfende Familienangehörige (2.3 %), was not included in this table.

b) in cases marked by a dash (- - -), the figure for this particular category could not be ascertained.

Table 2. Highest Level of Educational Attainment

Educational Level	SS-Branch		
	SS.TV	SS.VT	Allg.SS
Primary School	34.7	25.0	37.0
Middle School	8.5	11.6	4.2
Secondary School	22.8	22.0	22.9
Secondary School w. Abitur	13.5	16.4	4.3
University	4.9	8.3	5.3
University w. Degree	12.2	13.7	24.4
Other	3.4	2.8	2.0
Total	100.0	100.0	100.0
N of Cases	386	671	816

Furthermore, the bimodal distribution of the variable measuring educational attainment also established that an almost equally sizable number of *SS Führer* had attended only a *Volksschule*, while another proportion completed only some sort of secondary education without an *Abitur*. The latter, or any other qualifying school diploma, was not necessary to embark on a *Führer* career, and neither the *SS-VT* nor *SS-TV* had designated officer candidates in the same way the *Wehrmacht* did³⁸). In fact, if the *Abitur* had been a prerequisite for entry into the *Führerkorps*, only about one third of these men would have ended up as leaders of the *SS*. The result was that university graduates rubbed shoulders with men who had completed as little as eight years of formal education. Despite certain vicissitudes within the various branches of the *SS*, the pattern brought out by the data is clear and provides a simple and blunt message: in terms of education, the *SS* leadership was distinguished by diversity. Formal education as an indispensable necessity for social advancement was for all intents and purposes a moot consideration within the *SS* and, in this respect, National Socialism did bring about a considerable social change.

Social Structure: An Assessment

The basis of recruitment for the leadership of Heinrich Himmler's Order was sufficiently broad to invite the characterization of the *SS* leadership as an elite which secured recruits – though in varying proportions – from the entire juste

38) *Wegner*, *Politische Soldaten*, pp. 140.

milieu of German bourgeois society 39). From this heterogeneity in social origins certain conclusions follow. To begin with, the group of people whom we have analyzed hardly conforms to the usual picture we have of lower-middle class Germans flocking to the banners of National Socialism. The high proportion of workers on the one hand and the even higher proportion of upper middle

39) A number of scholars and contemporary observers have pointed to a broad base of support for fascism in general and National Socialism in particular. As early as 1923 Clara Ze t k i n, "Der Kampf gegen den Faschismus," cited in Ernst N o l t e, ed., *Theorien über den Faschismus* (Cologne and Berlin, 1967), p. 88 observed that "the carrier of fascism is not a small caste, but broad social groups, large masses which reach far into the proletariat." Others have echoed similar sentiments. For example, Wolfgang S a u e r, "National Socialism: Totalitarianism or Fascism," in: *American Historical Review* LXII (1967), p. 410 has argued that "historical evidence shows that support of Fascism may not be confined to the classical elements of the middle class... but may extend to a wide variety of groups." In a similar vein Michael H u r s t, "What is Fascism?" in: *The Historical Journal* XI (1968), p. 179 has suggested that "component sectors of both fascism and national socialism could not be reduced to the lower middle class and the Lumpenproletariat; an assorted variety of social categories took an active part in the fascist movements." Heterogeneity of social structure is also stressed by Eric G. R e i c h e, *The Development of the SA in Nürnberg, 1922 - 1934* (New York, 1986), p. 229, who concludes that "Hitler's supporters in the Nürnberg SA came from all classes, except the upper class. Neither predominantly lower middle class nor largely working class in background, the Nürnberg SA appeared indeed to be an organization that appealed to virtually all sectors of the city's male population..." As to the membership of the NSDAP, Wolfgang Z a p f, *Wandlungen der deutschen Elite: Ein Zirkulationsmodell Deutscher Führungsgruppen. 1919 - 1966* (Munich, 1965), p. 52 asserts that people from all occupations could be found in the early NSDAP. Paul M a d d e n, "Some Social Characteristics of Early Nazi Party Members, 1919 - 1923," in: *Central European History* 15 (1982), p. 48 suggests that the social composition of the early NSDAP membership "was considerably more heterogeneous than has usually been suggested." Harold J. G o r d o n Jr., *Hitler and the Beer Hall Putsch* (Princeton, 1972), p. 82 likewise concluded that the preputsch Nazi movement as a whole constituted "a heterogeneous mixture of people of all classes and all professions and trades". Heinrich A. W i n k l e r, "Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung," in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 20 (1972), pp. 175 - 191 characterized the mass basis of the NSDAP as dominantly middle class. But because of the significant proportion of workers he concluded that the NSDAP was a *Volkspartei* and not a class party of the bourgeois middle. See also by the same author "Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP," in W. S c h i e d e r, ed., *Faschismus als soziale Bewegung*, Hamburg, 1976, pp. 97 - 118. An even more outspoken position has been taken by M ü h l b e r g e r, "The Sociology of the NSDAP," p. 504 who, after reviewing the quantitative evidence of numerous studies, asserts that "the NSDAP was a genuine Volkspartei" securing "support from all social classes in German society." Richard F. H a m i l t o n, *Who Voted For Hitler?* (Princeton, 1982), pp. 420 - 21 on the basis of electoral analysis of 14 large cities does not think that the lower middle class provided the mass basis for National Socialism. Thomas C h i l d e r s, *National Socialism and the New Middle Class*, in Reinhard Mann, ed., *Die Nationalsozialisten, Analysen faschistischer Bewegungen* (Stuttgart, 1980), p. 19 described the NSDAP as "a catch-all party of middle class

class representatives on the other, make it difficult at best to extend and sustain for the leadership of the SS the thesis of lower-middle class preponderance which has been repeatedly associated with the NSDAP membership and the Nazi electorate. Beyond that, the same heterogeneity of the SS's social structure does little to aid and abet the sweeping claims of classical elite theorists that elites are drawn from within narrowly constricted social or economic classes, especially the upper class. Although nobody is methodologically so naive as to accept all NS egalitarian rhetoric as the equivalent of the social-political reality of the Third Reich, our empirical evidence permits the conclusion that with respect to the SS or, more specifically, the leadership of that organization, a case can be made that some of the egalitarian objectives were indeed realized.

protest" and "party of bourgeois integration", while Jürgen W. Falter, "Warum die deutschen Arbeiter während des Dritten Reiches zu Hitler standen. Einige Anmerkungen zu Günther Mais Beitrag über die Unterstützung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems durch Arbeiter," in: *Geschichte und Gesellschaft* (13 1987), pp. 217 - 231, here 230 argues that based on the social profile of its voters and members, and taking into account the geographical variations, the NSDAP was socially the most balanced of all parties. As far as its social structure was concerned, the NSDAP came closest to being the ideal of a Volks- oder Integrationspartei.

Eliten in der Bundesrepublik: Kartell der Angst, Machtelite oder verantwortliche Repräsentanten?

Ursula Hoffmann-Lange

1. Einleitung

Der Charakter der Eliten ist ein wesentlicher Bestandteil der Sozialstruktur einer Gesellschaft. Viele sozialwissenschaftliche Theorien schreiben den Eliten eine wesentliche Rolle für gesellschaftliche Entwicklungen zu, insbesondere für das Funktionieren liberal-demokratischer Institutionen (z. B. Field und Higley, 1980)¹). Angesichts des Scheiterns der Weimarer Republik und der anfänglichen Unsicherheit über die Zukunft demokratischer Verhältnisse in der Bundesrepublik ist es daher nicht überraschend, daß deutsche Eliten ein beliebter Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung geworden sind. So gibt es mehr Studien über deutsche Eliten als über die anderer Länder. Im Verlauf der letzten fünfundsiebzig Jahre ist die kleine Zahl älterer historischer Elitestudien durch neue historisch-soziologische Analysen beträchtlich erweitert worden (z.B. Zapf, 1965; Nagle, 1977; Fischer, 1979; Baum, 1981; Herf, 1984; Best, 1988). Darüber hinaus haben mehrere umfassende Untersuchungen bundesrepublikanischer Eliten eine breite empirische Datenbasis geschaffen, die ihresgleichen sucht (Deutsch und Edinger, 1959; Deutsch et al., 1967; Wildenmann, 1968; von Beyme, 1971; Herzog, 1975; Hoffmann-Lange et al., 1980; Wildenmann et al., 1982).

Die Fülle des verfügbaren Materials über deutsche und besonders bundesdeutsche Eliten lädt zu dem Versuch ein, Wandlungen in diesen Eliten über die letzten hundert Jahre zu verfolgen. Allerdings war bislang Ralf Dahrendorf der einzige Autor, der eine umfassende Analyse der historischen Rolle deutscher Eliten unternommen hat. Dahrendorf widmete volle fünf Kapitel seines Buches "Gesellschaft und Demokratie in Deutschland" (1965: Kap. 15 - 19) der Diskussion des speziellen Charakters deutscher Eliten und ihres Beitrags zum Scheitern der ersten deutschen Demokratie. Seine Analyse umfaßt den Zeitraum von 1871 bis 1965. Systematische empirische Daten waren dabei nur eine der von Dahrendorf verwendeten Quellen. Er ergänzte diese durch anderes Material und allgemeine elitetheoretische Überlegungen. Dies ist vermutlich der Grund, warum

1) Eliten spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der Theorie der Konkordanzdemokratie (consociational democracy), deren Hauptanliegen die Erklärung der Stabilität demokratischer Institutionen in subkulturell segmentierten ('plural') Gesellschaften ist. "Plural societies may enjoy stable democratic government if the political leaders engage in coalescent rather than adversarial decision-making." (L i p h a r t, 1977: 100). Die politische Kultur der Weimarer Republik wird normalerweise als fragmentiert (ibid.: 117) charakterisiert, was impliziert, daß der Zusammenbruch demokratischer Institutionen in der Weimarer Republik zumindest teilweise der Unfähigkeit der deutschen Eliten zur Zusammenarbeit zugeschrieben wird.

seine Aussagen über den Charakter deutscher Eliten bis heute weitgehend unangefochten geblieben sind.

Nach über zwanzig Jahren scheint jedoch die Zeit gekommen, Dahrendorfs Thesen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Dies ist umso notwendiger, als er eine ausgeprägte Kontinuität traditioneller Strukturen betonte. Angesichts der Tatsache, daß seine Datenbasis für die Eliten der Bundesrepublik vom Ende der fünfziger Jahre stammt -- aus einer Zeit, als die Bundesrepublik gerade zehn Jahre alt war --, ist die Frage angebracht, welche seiner Schlußfolgerungen nach wie vor zutreffen und welche zeitgebunden waren und daher revidiert werden müssen. Zudem werden im folgenden auch einige seiner theoretischen Annahmen im Lichte neuerer empirischer Ergebnisse und theoretischer Entwicklungen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen sein.

2. Dahrendorfs Elitetheorie

Eine eingehende Analyse der Beziehungen zwischen dem Charakter der deutschen Eliten und der Stabilität demokratischer Institutionen setzt zunächst eine Definition des Elitebegriffs voraus. In den Sozialwissenschaften herrscht Einigkeit darüber, Eliten über ihren Einfluß auf strategische gesellschaftliche Entscheidungen zu definieren (vgl. dazu Hoffmann-Lange, 1989; Higley et al., 1979: 3; Scheuch, 1973: 1028; Dahrendorf, 1965: 246). Da moderne Gesellschaften sich durch einen hohen Grad an Komplexität auszeichnen und eine große Zahl mächtiger Organisationen umfassen, ist es dabei notwendig, Personen in einer Vielzahl von Sektoren und Organisationen zu berücksichtigen.

Der Elitebegriff spielt eine bedeutsame Rolle im Kontext von zwei unterschiedlichen theoretischen Paradigmen, die sich mit grundlegenden Problemen gesellschaftlicher Integration befassen. Dies sind:

- das radikal-demokratische Paradigma und
- das pluralistische Paradigma.

Das radikal-demokratische Paradigma betrachtet die Trennung von Eliten und Nicht-Eliten als zentrales Merkmal aller Gesellschaften. Dies impliziert die Annahme, daß Gesellschaften sich durch ein geringes Ausmaß an vertikaler Integration auszeichnen und das Grundproblem gesellschaftlicher Integration dementsprechend in der Tendenz der Eliten besteht, Eigeninteressen zu entwickeln und sich demokratischer Kontrolle zu entziehen. Die marxistische Klassentheorie ebenso wie die Machtelitentheorie sind Beispiele für dieses Paradigma (u.a. Mills, 1956, Domhoff, 1983, Miliband, 1969).

Die Vertreter der Pluralismusthese halten vertikale Integration hingegen nicht für ein zentrales Problem moderner Demokratien. Obwohl sie die Existenz eines Machtgefälles durchaus konzedieren, betrachten sie diese Gesellschaften als geschichtet und nicht als in zwei antagonistische Klassen gespalten. Ihrer Ansicht nach ist ein weit wichtigeres Charakteristikum moderner Gesellschaften deren hoher Differenzierungsgrad. Diese soziale Differenzierung wirft wiederum das

Problem horizontaler Integration auf. Moderne Organisationen setzen ihre eigenen Kriterien der Personalrekrutierung und -beförderung. Diese schaffen 'abstrakte' nationale Eliten, d. h. Inhaber von Führungspositionen, die ihren Elitestatus in erster Linie ihrer Machtposition in einer Organisation verdanken, jedoch sonst wenig Gemeinsamkeiten aufweisen. Solche Eliten bilden daher nicht automatisch auch eine kohäsive soziale Gruppe.

Es ist offensichtlich, daß ein Mangel an Elitenintegration potentielle Probleme für das Funktionieren moderner Gesellschaften schafft, da es für eine nicht hinreichend integrierte Elite schwierig ist, kollektive Entscheidungen für die Gesellschaft als Ganzes zu treffen und dabei die Interessenkonflikte verschiedener Machtzentren zu überbrücken. Damit erhebt sich die Frage, wie angesichts der Existenz einer großen Anzahl autonomer Organisationen und damit auch autonomer Führungsgruppen Elitenintegration überhaupt gewährleistet werden kann (vgl. u. a. Dahl, 1958; Keller, 1963).

Es war notwendig, diese beiden Paradigmen hier kurz einzuführen, da Dahrendorf versucht, beide in eine umfassende Elitetheorie zu integrieren. Er betrachtet weder vertikale noch horizontale gesellschaftliche Integration als automatisch gegeben, hält jedoch beide in einer liberalen und demokratischen Gesellschaft für unverzichtbar. Diese impliziert, daß eine liberal-demokratische Elite die folgenden zwei Charakteristika aufweist:

- sie zeichnet sich durch ein hohes Maß an sozialer Kohäsion aus und
- sie ist politisch multiform, d. h. sie gibt "der konkurrierenden Vielfalt sozialer Strömungen Ausdruck" (1965: 259). Dahrendorfs Theorie involviert eine Elitentypologie, die er von einer Kreuztabellierung zweier Faktoren ableitet und in einer Vierfeldertafel darstellt (1965: 259):

	<i>Politische Haltung</i>	
<i>Soziale Gestalt</i> etabliert	uniform autoritäre Elite	multiform liberale Elite
abstrakt	totalitäre Elite	?

Mit Hilfe dieser Typologie analysiert Dahrendorf die historische Entwicklung deutscher Eliten (1965: Kap. 15). Er beginnt mit der Elite des deutschen Kaiserreichs, die er als autoritäre Elitenformation charakterisiert. Sie wurde durch den preußischen Adel dominiert, während ihr modernes Element, die Wirtschaftselite, keine wichtige politische Rolle spielte. Mit dem Übergang zur Weimarer Republik kamen dann neue Gruppen zur Macht. Dies führte zu einer größeren Heterogenität der Elite, deren politische Haltung nun nicht länger homogen, sondern multiform war. Diese Elite blieb jedoch abstrakt, da es ihren Mitgliedern an sozialer Kohäsion mangelte. Die hierdurch geschaffenen Regierungsprobleme erzeugten ein Machtvakuum, in das schließlich die totalitäre Nazielite

eindrang. Der größte Teil der Dahrendorfschen Analyse beschäftigt sich dann mit dem Charakter der Eliten in der Bundesrepublik. Während es den Rahmen der vorliegenden Untersuchung sprengen würde, Dahrendorfs historische Analysen einer detaillierten Würdigung zu unterziehen, sollen im folgenden seine Schlussfolgerungen hinsichtlich der Eliten der Bundesrepublik diskutiert werden. Dabei wird zunächst die erste der oben aufgeworfenen Fragen untersucht, nämlich die Frage nach der vertikalen Integration in der Bundesrepublik.

Die Daten, auf denen die folgende Analyse basiert, stammen von einer 1981 durchgeführten Elitenumfrage²⁾. Die Studie definierte zunächst 3.580 Führungspositionen in einer Vielzahl von Sektoren. Innerhalb jedes Sektors wurden die wichtigsten Organisationen ausgewählt, und innerhalb jeder Organisation wurden die Inhaber der formal höchsten Entscheidungspositionen um ein persönliches Interview gebeten. Tabelle 1 enthält die Anzahl der Positionen und Befragten, aufgeschlüsselt nach Sektoren. Aufgrund von Ämterkumulation ist die Zahl der Positionsinhaber jeweils etwas geringer als die Anzahl der Positionen.

3. Die soziale Herkunft westdeutscher Eliten

Kritische Sozialwissenschaftler messen dem Ausmaß der Offenheit der Elitenrekrutierung große Bedeutung bei. Dieses wird dabei in der Regel durch einen Vergleich der Verteilungen demographischer Merkmale in Eliten und Bevölkerung gemessen, d.h. durch die Analyse der sozialen Repräsentativität der Eliten. Eine schmale Rekrutierungsbasis der Eliten, d.h. ihre Rekrutierung überwiegend aus der Oberschicht und Oberen Mittelschicht, wird gemeinhin als Indikator dafür interpretiert, daß Personen aus der Unterschicht der Zugang zu den Machtpositionen einer Gesellschaft versperrt ist.

Die verfügbaren Daten über Elitenrekrutierung in allen bekannten Gesellschaften zeigen nun, daß Eliten überall überproportional den privilegierten Gruppen angehören (Putnam, 1976: Kap. 2). Tabelle 2 ist zu entnehmen, daß dies auch für die Bundesrepublik gilt, und zwar im Hinblick auf vier Merkmale: Geschlecht, soziale Klassenherkunft, Religion und Ausbildung. In der Tabelle sind zwei unterschiedliche Vergleichsgruppen ausgewiesen: Die Erwerbstätigen ab 40 Jahren sowie die gesamte erwachsene Wohnbevölkerung³⁾. Der Grund für die

2) Diese Umfrage war ein zentraler Bestandteil des Forschungsprojektes "Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981", das Anfang der 80er Jahre an der Universität Mannheim durchgeführt wurde. Sie umfaßte 1.744 persönliche Interviews mit Inhabern von Führungspositionen in der Bundesrepublik. Das Gesamtprojekt wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanziert. Projektleiter waren Rudolf Wildenmann, Max Kaase und die Autorin.

3) Alle Daten sind Umfragedaten und daher nicht so zuverlässig wie Zensusdaten. Sie weichen jedoch nicht dramatisch von der tatsächlichen Verteilung dieser vier Variablen in der Bevölkerung der Bundesrepublik ab. Der Datensatz umfaßt die Ergebnisse von neun Bevölkerungsumfragen, die zwischen 1976 und 1979 von ZUMA, Mannheim, durchgeführt wurden. Die Zusammenfassung mehrerer Umfragen hat dabei den Vorteil, daß sie eine grös-

Tabelle 1:

Sektorkomposition und Ausschöpfungsraten in der Studie "Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981"

Sektor	Positionen		Positions- inhaber		Befragte		Aus- schöpfung
	n	%	n	%	n	%	%
Politik	539	15.1	452	14.3	274	15.7	60.6
Verwaltung	479	13.4	471	14.9	296	17.0	62.8
Wirtschaft	837	23.4	688	21.7	285	16.3	41.4
Wirtschaftsverbände	394	11.0	296	9.4	174	10.0	58.8
Gewerkschaften	155	4.3	155	4.9	87	5.0	56.1
Massenmedien	376	10.5	354	11.2	222	12.7	62.7
Wissenschaft	209	5.8	179	5.7	130	7.5	72.6
Militär	172	4.8	172	5.4	43	2.5	25.0
Kultur	188	5.3	180	5.7	104	6.0	57.8
Sonstige(1)	231	6.5	218	6.9	129	7.4	59.2
Insgesamt	3.580	100.1	3.165	100.1	1.744	100.1	55.1

1) Berufsverbände, Verbraucherverbände, Justiz, Kirchen, kommunale Eliten. Zusätzlich auch einige Befragte, die während des Befragungszeitraums ihre Eli-
tension verloren.

Einbeziehung beider Vergleichsgruppen ist, daß praktisch alle Eliten zur ersten Gruppe gehören, die wiederum selbst nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist, da sie einen beträchtlichen Teil der erwachsenen Wohnbevölkerung ausblendet: Hausfrauen, Arbeitslose und Rentner. Ein Vergleich der beiden

sere Befragtenzahl umfaßt und damit stabilere Ergebnisse liefert. Dies ist besonders wichtig für Bevölkerungsgruppen, die in den Standardumfragen mit einer nur kleinen Anzahl von Fällen vertreten sind, z.B. Personen mit Abitur.

Gruppen erklärt damit bereits einen Teil der Unterrepräsentation von Frauen in den Eliten.

Dahrendorf, der ein traditioneller Verfechter des Prinzips der Chancengleichheit ist, kritisiert mehrfach die traditionell schmale soziale Basis, aus der sich die (west)-deutschen Eliten –mit Ausnahme der Politiker– rekrutieren (1965: Kap. 17). Die neueren Daten zeigen jedoch, daß sich dies in den letzten zwanzig Jahren deutlich geändert hat. Auch wenn die Eliten der Bundesrepublik immer noch überwiegend aus der Oberen Mittelschicht stammen, ist der Anteil derer aus Arbeiterfamilien bis 1981 auf dreizehn Prozent gestiegen, und weitere dreizehn Prozent kommen aus der Schicht der einfachen Angestellten.

Ehe man aus diesen Daten jedoch Schlüsse bezüglich der Offenheit der Elitenrekrutierung in der Bundesrepublik ziehen kann, ist die fundamentale normative Frage zu beantworten, in bezug auf welche Faktoren eine Repräsentativität der Eliten überhaupt für wünschenswert gehalten wird. Während nämlich die Unterrepräsentation von Personen aus Arbeiterfamilien vielfach als Ausdruck ungleicher Aufstiegschancen gewertet und beklagt wird, sind die meisten Beobachter weit weniger geneigt, den durchweg hohen Ausbildungsstatus der Eliten zu problematisieren. Andererseits sind jedoch die Ausbildungschancen zu einem erheblichen Teil durch die soziale Herkunft determiniert. Will man herausfinden, ob die Herkunft aus der Arbeiterklasse als solche für eine Berufskarriere oder politische Karriere von Nachteil ist, ist es daher erforderlich, statistisch für diesen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen zu kontrollieren.

Eine solche Kontrolle zeigt, daß in der Bundesrepublik die soziale Herkunft keinen direkten Einfluß auf den Aufstieg in die Eliten hat. Der Anteil von Personen aus der Arbeiterklasse in den Eliten in erster Linie auf deren geringere Bildungschancen zurückzuführen ist, nicht jedoch auf irgendwelche darüber hinausgehende Diskriminierung. Obwohl die Zahlen in Tabelle 3 kein Ersatz für systematische vergleichende Studien über die Aufstiegschancen verschiedener Gruppen in westlichen Demokratien sein können, zeigen sie noch deutlich, daß die Eliten der Bundesrepublik im Hinblick auf ihre soziale Herkunft auf jeden Fall nicht weniger repräsentativ sind als ihre amerikanischen Kollegen. Im Vergleich zu anderen Ländern scheint vielmehr ein anderes Ergebnis bemerkenswerter. Dies ist, daß die Väter von 37,5 Prozent der Eliten im Öffentlichen Dienst beschäftigt waren. Obwohl es sicherlich nicht mehr berechtigt ist, den westdeutschen Öffentlichen Dienst als einen Hort des Konservatismus zu bezeichnen 4), scheint er doch mehr als andere Tätigkeitsbereiche Karriereaspirationen zu befördern.

4) Vgl. Steinkemper, 1974, über die Verwaltungselite.

Tabelle 2:

Demographische Merkmale von Eliten und Bevölkerung in der Bundesrepublik

(Spaltenprozentwerte, fehlende Werte nicht berücksichtigt)

	Eliten	Erwerbstätige ab 40 Jahren	Gesamtbevöl- kerung ab 18 Jahren
<i>Befragtenzahl</i>	1.744	3.815	18.984
<i>Geschlecht</i>			
männlich	97.2	76.6	45.1
weiblich	2.8	23.4	54.9
<i>Soziale Klassenherkunft</i>			
Größere Selbständige (1)	8.6	1.8	1.6
kleinere Selbständige (2)	11.1	11.1	9.8
Selbständige ohne Angestellte	8.5	16.6	14.4
Höhere Angestellte	45.1	10.6	11.8
Einfache Angestellte	13.4	15.9	16.8
Arbeiter mit Leitungsfunktion	5.2	7.8	7.4
Arbeiter ohne Leitungsfunktion	8.2	36.2	38.1
<i>Konfession</i>			
protestantisch	52.3	52.1	51.3
römisch katholisch	29.9	39.9	41.5
keine	17.7	8.0	7.2

Ausbildung

Hauptschule	5.1	65.4	66.6
Mittlere Reife	9.8	23.7	24.2
Abitur	85.1	10.9	9.2

(1) 10 und mehr Angestellte

(2) 2 - 9 Angestellte

Tabelle 3:

Vergleich der sozialen Klassenherkunft von Eliten und Bevölkerung in der Bundesrepublik und den USA

(Spaltenprozentwerte; fehlende Werte nicht berücksichtigt)

	Bundesrepublik (1)		USA (2)	
	Bevölkerung	Eliten	Bevölkerung	Eliten
Größere Selbständige	1.8	8.6	1.6	21.3
Kleinere Selbständige (3)	27.7	19.6	10.1	27.3
Angestellte und Arbeiter mit Lei- tungsfunktion (4)	18.4	50.3	37.4	35.4
Einfache Ange- stellte und Arbeiter (5)	52.1	21.6	49.2	16.0

(1) Die Bevölkerungsdaten beziehen sich auf die erwerbstätige Bevölkerung ab 40 Jahren.

(2) Quelle: Moore und Alba (1982).

(3) Selbständige bis 10 Angestellte.

(4) Kategorien 4 und 6 von Tabelle 2.

(5) Kategorien 5 und 7 von Tabelle 2.

Während ungleiche Bildungschancen hinreichend sind, die Unterrepräsentation von Personen aus der Arbeiterklasse in den Eliten zu erklären, tragen sie wenig dazu bei, das fast vollständige Fehlen von Frauen und die auffällig niedrige Zahl von Katholiken plausibel zu machen. Diese beiden Gruppen unterscheiden sich nämlich in ihrem Bildungsniveau kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt. Die Ursachen für ihre geringeren Aufstiegschancen in die Eliten sind allerdings mittels eines Vergleichs von Eliten und Gesamtbevölkerung nicht hinreichend zu klären. Vielmehr wären dafür umfassende Mobilitätsuntersuchungen notwendig. Die soziale Komposition der Eliten ist schließlich nur das Resultat gesamtgesellschaftlicher Mobilitätsprozesse und hat letztendlich nur wenig mit der Elitenrolle als solcher zu tun.

4. Repräsentation in der Bundesrepublik

Die mangelnde Repräsentativität von Eliten wird vielfach als Indikator für die Existenz eines problematischen Repräsentationsdefizits betrachtet, d.h. im Alltagsverständnis geht man in der Regel davon aus, daß die vorherrschenden Mobilitätsbarrieren zugleich eine angemessene Repräsentation der Interessen unterprivilegierter Gruppen durch die Eliten verhindern. Dies beruht auf der impliziten Annahme, daß die soziale Herkunftsklasse einer Person deren politische Interessen determiniert. Alle verfügbare empirische Evidenz spricht allerdings gegen die Gültigkeit dieser These. Danach hat die familiäre Herkunft bestenfalls einen indirekten Einfluß auf die politischen Präferenzen von Eliten, nämlich über ihre Berufswahl (vgl. Edinger und Searing, 1967; Schleth, 1971). Deren politische Präferenzen sind demgegenüber viel stärker durch den Situs beeinflusst, d.h. durch die organisatorische Umgebung, in der sie tätig sind.

Das Ergebnis, daß die soziale Herkunft für die politischen Präferenzen der Eliten weniger relevant ist als der gegenwärtige soziale Status, findet seine Entsprechung im wahlsoziologischen Untersuchungen. Auch dort wird ja normalerweise nur der Einfluß des gegenwärtigen sozialen Status untersucht, die Herkunftsklasse dagegen meist überhaupt nicht in Betracht gezogen. Die Notwendigkeit, diese beiden Faktoren auseinanderzuhalten, wird allerdings in der Praxis leicht übersehen, da beide empirisch eng zusammenhängen, was sich schon aus dem oben diskutierten Zusammenhang zwischen Herkunftsklasse und Bildungschancen ergibt. Daraus folgt, daß die Frage der Repräsentativität der Eliten von der Frage der Repräsentation zu trennen ist, d.h. von der Frage, in welchem Ausmaß sich die politischen Überzeugungen und Wünsche der Bürger in den politischen Einstellungen der Eliten widerspiegeln.

Neben der sozialen Herkunft sind auch die berufliche Ausbildung und die Karrieren von Eliten vielfach in der Erwartung untersucht worden, daß sie nicht nur deren berufsbezogene, sondern auch ihre politische Präferenzen beeinflussen. Ein besonders herausragendes Beispiel einer solchen Analyse ist Dahrendorfs These von der Dominanz der Juristen in der deutschen Elite (1965: Kap. 16).

Juristen stellen nun in der Tat auch heute noch die größte Berufsgruppe in den Eliten der Bundesrepublik (1981: 29.7 %), obwohl ihr Anteil gegenüber früheren Studien stark zurückgegangen ist. 1972 war dieser noch fast zehn Prozent höher (vgl. Hoffmann-Lange, 1985: 68), und Dahrendorf schätzte ihn 1965 sogar auf etwa fünfzig Prozent (1965: 262).

Schlußfolgerungen aus diesen Zahlen setzen allerdings die Annahme voraus, daß das juristische Studium eine homogene Geisteshaltung produziert, die spätere Berufserfahrungen transzendiert. Dies ist in der Tat der Kern der Dahrendorfschen These (1965: 271). Er argumentiert, daß dem deutschen Recht als kodifiziertem Recht "eine unbändige Sehnsucht nach Gewißheit" innewohnt, die die Juristen daran hindert, auf "Diskussion und Kritik" zu vertrauen (1965: 269). Deutsche Juristen werden von ihm daher als überwiegend konservativ und dogmatisch charakterisiert. Diese Einschätzung ist jedoch in dieser apodiktischen Form mit Sicherheit nicht länger gerechtfertigt, da die juristischen Fakultäten in der Bundesrepublik sich im Gefolge der Bildungsreformen der 70er Jahre – und nicht zuletzt auch als Antwort auf Dahrendorfs Kritik – nicht unbeträchtlich gewandelt haben. Jüngere Juristen in der Bundesrepublik sind daher nicht mehr durchgängig konservativer als die Absolventen anderer Studienzweige (vgl. Hoffmann-Lange, 1985: 69f.).

Selbst wenn jedoch das Studienfach tatsächlich eine gemeinsame Juristenmentalität befördern sollte, so beeinflußt diese offensichtlich nicht die für politische Entscheidungsprozesse zweifellos wichtigste politische Präferenz, nämlich die Parteipräferenz. In unserer Elitenumfrage 1981 ließ sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Parteipräferenzen der Juristen und denen anderer befragter Elitemitglieder feststellen. Dasselbe gilt vermutlich auch für die übrigen Berufsgruppen in den Eliten. Solange berufliche Ausbildung, spätere Berufserfahrung und ein politisch homogenes berufliches Umfeld nicht eng miteinander verbunden sind, wie z.B. im Militär, kann man nicht erwarten, daß die Berufsausbildung irgendeinen signifikanten Effekt auf die politischen Präferenzen der befragten Eliten hat.

Umgekehrt läßt sich jedoch in der oberen Hälfte der Tabelle 4 ein ausgeprägter Effekt des beruflichen Umfeldes auf die politischen Präferenzen der Eliten ausmachen: Wirtschaftseliten und Militäreliten bekennen sich überwiegend als Anhänger der Christdemokraten, während bei den Gewerkschaftseliten die SPD-Anhänger dominieren. In den übrigen Elitegruppen zeigt sich eine etwas ausgeglichene Verteilung der Parteipräferenzen. Dies kann sowohl bedeuten, daß politische Einstellungen für die Karriere irrelevant sind, als auch, daß gegenläufige politische Tendenzen sich innerhalb der verschiedenen Organisationen eines Sektors neutralisieren. Letzteres trifft vor allem auf die Verwaltungseliten und die Eliten in den Rundfunkanstalten zu (vgl. Hoffmann-Lange, 1986).

Tabelle 4:
 Parteipräferenz der Nichtpolitiker in den Eliten und in der Bevölkerung
 (Reihenprozentwerte; fehlende Werte nicht berücksichtigt)

Eliten	SPD	CDU/CSU	FDP
Verwaltung	35.4	43.4	21.3
Wirtschaft	10.0	75.7	14.2
Wirtschaftsverbände	2.6	79.6	17.8
Gewerkschaften	85.4	13.4	1.2
Massenmedien	21.3	55.2	23.6
Wissenschaft	21.7	54.3	23.9
Militär	3.0	84.8	12.1
Kultur	45.6	25.0	29.4
Sonstige	38.0	51.9	10.2
Insgesamt	26.5	55.7	17.8

Erwerbstätige Bevölkerung ab 40 Jahren, nach Berufsstatus

	SPD	CDU/CSU	FDP
Größere Selbständige	7.4	88.9	3.7
Kleinere Selbständige	9.6	84.6	5.9
Selbständige ohne			
Angestellte	22.0	61.6	16.4
Höhere Angestellte	37.5	51.6	10.9
Einfache Angestellte	38.2	50.6	11.2
Arbeiter mit			
Leitungsfunktion	54.2	41.9	3.9
Arbeiter ohne			
Leitungsfunktion	58.3	36.0	5.7
Insgesamt	41.6	49.5	8.9

Die Implikation der gefundenen globalen Verteilung der Parteipräferenzen in den Eliten ist offensichtlich. Dies ist, daß die SPD als die 1981 führende Partei in der Bundespolitik in einem sozialen Umfeld operieren mußte, das durch Eliten dominiert war, die lieber die Christdemokraten an der Macht gesehen hätten. Diese Unterrepräsentation der Sozialdemokraten in den Eliten – im Vergleich zur Bevölkerung – ist zudem ein beständiges Charakteristikum der Eliten in der

Bundesrepublik. Der Anteil der Befragten mit einer Präferenz für die SPD war nämlich in zwei vorausgegangenen Eliteumfragen 1968 und 1972 nur unwesentlich höher (33.9 % resp. 31.1 %).

Zusätzlich zur Frage nach der Parteipräferenz enthielt die Umfrage auch eine Reihe von Einstellungssitems, die es erlauben, Repräsentation auch im Hinblick auf einzelne politische Streitfragen zu untersuchen. Ein Vergleich der Einstellungen von Eliten und Bevölkerung⁵⁾ zu 14 politischen Issues zeigt, daß die Einstellungen der Eliten weit mehr als die der Bevölkerung parteipolitisch polarisiert sind. Dies wird deutlich, wenn man die Differenzen der Skalenergebnisse zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten betrachtet⁶⁾. Die Befragten waren gebeten worden, die 14 Items nach dem Grad ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung auf einer Skala von 1 bis 6 einzustufen, d. h. die maximale Skalendifferenz betrug 5. Die durchschnittliche Differenz zwischen den Mitgliedern resp. Anhängern der beiden Parteien beträgt 2.2 bei den politischen Eliten, 1.6 bei den übrigen Eliten und 0.5 in der Bevölkerung, wobei die Differenzen in allen drei Gruppen allerdings in dieselbe Richtung gehen. Die vier in den politischen Eliten umstrittenen Issues produzierten die in Tabelle 5 dargestellten Ergebnisse.

McClosky et al. (1960) haben aus ähnlichen Ergebnissen geschlossen, daß die Frage der Repräsentation eigentlich umgekehrt werden müßte: Statt zu fragen, wie gut die Eliten die Issue-Einstellungen ihrer Anhänger repräsentieren, sei die Frage angemessener, wie gut die Einstellungen der Bürger die Issue-Konflikte zwischen den Parteien reflektieren. Neuere Längsschnittstudien haben zusätzliche empirische Belege dafür erbracht, daß Konflikte über politische Streitfragen in der Regel auf der Elitenebene entstehen und sich in den Einstellungen der Bürger erst niederschlagen, nachdem die politischen Auseinandersetzungen darüber bereits eine Weile angedauert haben (Carmines und Stimson, 1986).

Über dieses Ergebnis einer größeren parteipolitischen Polarisierung politischer Einstellungen auf Elitenebene hinaus, das die Frage der Repräsentation auf den Kopf stellt, zeigen die Daten jedoch auch Unterschiede zwischen den politischen Präferenzen von Eliten und Wählern, die sich unabhängig von jeglicher Parteipolitik aus den verschiedenen Rollendefinitionen der beiden Gruppen ergeben. Die Wähler sind Konsumenten, die Eliten hingegen Produzenten politischer Entscheidungen. Als Konsumenten weisen die Wähler daher all jenen politischen Zielen eine hohe Priorität zu, die sie für persönlich relevant halten. Die letztendliche Vereinbarkeit dieser Ziele ist für sie von nur untergeordneter Bedeutung. Dies macht es möglich, daß sie an sich unvereinbaren Politiken eine gleich

5) Die Bevölkerungsdaten in Tabelle 5 stammen aus einer Umfrage, die Anfang 1982 durchgeführt wurde und identische Einstellungssitems wie die Elitenumfrage enthielt. Diese war ein Bestandteil des Forschungsprojektes "Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981" und wurde zusätzlich durch die Fritz Thyssen Stiftung, Köln, gefördert.

6) D. h. der Parteipolitiker einerseits und der Anhänger dieser Parteien in den übrigen Eliten und in der Bevölkerung andererseits.

Tabelle 5:

Skalendifferenz zwischen CDU/CSU und SPD für die vier umstrittensten politischen Issues (1)

	Politische Eliten	Andere Eliten	Bevölkerung
Als Konkurrenz zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollten auch private Sendeanstalten zugelassen werden	3.9	2.7	0.3
Die Gesamtschule sollte allgemein als eine Regelschule neben anderen eingeführt werden	3.8	2.7	1.0
Der Ministerpräsidentenerlass zur Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst sollte aufgehoben werden	3.5	2.3	0.8
Die betriebliche Mitbestimmung nach dem Gesetz von 1976 ist unzureichend und sollte in den nächsten Jahren erweitert werden	2.9	2.6	0.7

(1) Politische Eliten: Parteipolitiker; Andere Eliten und Bevölkerung: Befragte mit Parteipräferenz für SPD bzw. CDU/CSU. Maximale Skalendifferenz: 5.

hohe Priorität zuschreiben. Ein häufig zitiertes Beispiel für diese Tendenz ist, daß die Bürger gelegentlich Steuererleichterungen und höhere Sozialleistungen gleichzeitig befürworten. Die Eliten können hingegen die Unvereinbarkeit verschiedener politischer Maßnahmen nicht ignorieren, da sie selbst diejenigen sind, die Prioritätsentscheidungen zu treffen haben bzw. die öffentlichen Haushalte ausgleichen müssen. Eliten tendieren daher dazu, gegenläufige Beziehungen zwischen Politiken zu erkennen.

Die beschriebene Differenz in den Rollendefinitionen von Eliten und Nicht-Eliten findet ihren Niederschlag in der Einstufung von politischen Zielen durch Eliten und Wähler. Die obere Hälfte von Tabelle 6 zeigt die Präferenzen der

Tabelle 6:

Politische Prioritäten von Eliten und Bevölkerung (Spaltenprozentwerte; fehlende Werte nicht berücksichtigt)

	Politische Eliten		FDP	Insg.	Bevölkerung (1)		FDP	Insg.
	SPD	CDU/CSU			SPD	CDU/CSU		
1. Relative Bedeutung von "Verminderung der Staatsverschuldung" und "Vollbeschäftigung":								
Verminderung der Staatsverschuldung wichtiger	0.8	43.1	52.0	24.8	16.9	20.1	15.1	18.5
beide gleich wichtig	9.8	33.3	12.0	20.7	50.4	61.4	54.2	54.4
Vollbeschäftigung wichtiger	89.3	23.6	36.0	54.4	32.7	18.5	30.7	27.1
2. "Angesichts der gegenwärtigen Staatsverschuldung sollte auch ein Abbau von Sozialleistungen in Betracht gezogen werden":								
Zustimmung	17.9	79.0	76.0	51.1	46.9	58.1	47.4	50.0
Ablehnung	82.1	21.0	24.0	48.9	53.1	41.9	52.6	50.0

(1) Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren

beiden Gruppen für zwei Einstellungsfragen: "Verminderung der Staatsverschuldung" und "Vollbeschäftigung". Diese beiden Ziele waren unabhängig voneinander einzustufen. Während mehr als die Hälfte der Befragten in der Bevölkerung beide Ziele als gleich wichtig einstufte, räumten fast 80 % der Eliten einem der Ziele Priorität ein.

Die untere Hälfte von Tabelle 6 zeigt demgegenüber, was passiert, wenn die Befragten ausdrücklich gebeten werden, eine Prioritätsentscheidung zwischen zwei konfligierenden Zielen vorzunehmen: "Angesichts der gegenwärtigen Staatsverschuldung sollte auch ein Abbau von Sozialleistungen in Betracht gezogen werden." Die Befragten in der Bevölkerung sind hier in zwei etwa gleich starke Gruppen gespalten, wobei die Parteipräferenz die Antworten kaum beeinflusst. Bei den politischen Eliten zeigt sich dagegen das klare parteipolitische Muster, das bereits bei der unabhängigen Einstufung zum Ausdruck kam. Diese Ergebnisse indizieren, daß die Prioritäten der Wähler nicht konsistent mit ihrer Parteipräferenz zusammenhängen und daher den Parteien auch keine klaren Verhaltensanweisungen liefern können. Stattdessen geben sie den Eliten einen erheblichen Entscheidungsspielraum.

Die bisherigen Analysen ergaben, daß die politischen Einstellungen der Eliten keinen Zusammenhang mit deren Klassenherkunft aufweisen und zugleich systematisch von denen der Bevölkerung abweichen. Dies läßt den Schluß zu, daß die Elitenrolle automatisch eine gewisse Unabhängigkeit der politischen Einstellungen der Eliten von sozialstrukturellen Determinanten impliziert. Putnam hat aus vergleichbaren Ergebnissen geschlossen, daß selbst nach Zufallsprinzip ausgewählte Eliten im Verlauf der Zeit politische Präferenzen entwickeln würden, die von denen der Bevölkerung abweichen (1976: 142).

Es ist allerdings ebenfalls offensichtlich, daß die politischen Einstellungen der Eliten eine soziale Schlagseite aufweisen, die mit ihrem sozialen Status zusammenhängt. In ihren Parteipräferenzen kommt ein deutliches Übergewicht zugunsten der bürgerlichen Parteien (CDU/CSU und FDP) zum Ausdruck. Da das Wahlverhalten in der Bundesrepublik andererseits immer noch deutlich durch sozialstrukturelle Faktoren beeinflusst wird, kann man die Parteipräferenzen sozialer Gruppen als eine Art generalisiertes Mandat an die Parteien interpretieren, die Interessen dieser Gruppe im politischen Raum zu vertreten. In diesem Sinne wird von der SPD die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen erwartet, während die CDU/CSU und die FDP eher mit Wirtschaftsinteressen und den Interessen des Mittelstandes in Verbindung gebracht werden. Dies bedeutet, daß Arbeitnehmerinteressen in den nichtpolitischen Eliten deutlich unterrepräsentiert sind.

Dieses politische Übergewicht bürgerlicher Parteien läßt sich damit erklären, daß die Karriereeliten – insbesondere die Verwaltungs-, Medien-, Kultur- und Wissenschaftseliten – sozial als die oberste Gruppe des neuen Mittelstandes der Angestellten und Beamten angesehen werden können, die über eine lange Karriere in ihre gegenwärtige Position gelangt sind, und zwar in Organisationen, die

durch Mittelschichtwerte und -interessen geprägt sind. Dies wird durch die Zahlen in der unteren Hälfte von Tabelle 4 gestützt, die deutlich zeigen, daß der SPD-Anteil auch in der Bevölkerung mit zunehmendem Berufsstatus abnimmt. Kritische Sozialwissenschaftler haben daher gute Gründe für die Annahme, daß die Eliten eher Mittelschichtinteressen vertreten. Dies wird allerdings durch die Wahlergebnisse wieder etwas ausgeglichen, die SPD-Politiker in politische Machtpositionen bringen.

Wenn man versucht, aus den empirischen Ergebnissen Schlußfolgerungen für das Ausmaß vertikaler Integration in der Bundesrepublik zu ziehen, so läßt sich zunächst festhalten, daß den kritischen Sozialwissenschaftlern das Verdienst zukommt, auf Probleme der Repräsentation und der öffentlichen Kontrolle von Eliten in modernen Demokratien aufmerksam gemacht haben. Die Daten zeigen ferner, daß spezifische politische Präferenzen in der Bevölkerung so wenig ausgeprägt sind, daß sie den Eliten keine eindeutigen Direktiven zu vermitteln vermögen. Zugleich ergeben sie auch, daß die Eliten in ihrer sozialen Komposition, ihren Parteipräferenzen und ihren politischen Präferenzen deutlich von der Bevölkerung abweichen. Die beiden letzten Ergebnisse können nur teilweise auf den herausgehobenen politischen Status der Eliten zurückgeführt werden, sondern hängen ebenso sehr mit der sozialen Stellung der Eliten zusammen. Andererseits bestätigen die Ergebnisse jedoch nicht eine andere fundamentale Annahme kritischer Sozialwissenschaftler, nämlich die Existenz einer klaren sozialen und politischen Trennungslinie zwischen Eliten und Nicht-Eliten. Die Eliten weichen vielmehr nur graduell von der Oberen Mittelschicht ab.

Vieles spricht für die Annahme, daß diese Ergebnisse auch für andere entwickelte Demokratien gültig sind, auch wenn dazu bisher keine gesicherten empirischen Ergebnisse vorliegen. Schließlich bestehen in allen modernen Gesellschaften ungleiche Mobilitätschancen, und daraus ergibt sich zwangsläufig eine überproportionale Repräsentation von aus der Oberschicht und Oberen Mittelschicht stammenden Personen in den Eliten. Ebenso ist der soziale Status einer Person in allen Demokratien eine wichtige Determinante des Wahlverhaltens. Von daher ist zu erwarten, daß die Eliten überall disproportional ökonomisch konservative Parteien unterstützen.

5. Elitenintegration in der Bundesrepublik

Der folgende letzte Abschnitt soll sich schließlich mit der Frage der horizontalen Integration in der Bundesrepublik befassen. Dies betrifft eine Frage, die insbesondere den Pluralismustheoretikern, aber auch Dahrendorf am Herzen liegt. Dahrendorfs Elitetheorie beruht ja auf der Annahme, daß soziale Kohäsion eine wichtige Vorbedingung der Elitenintegration ist. Der Autor argumentiert, daß diese wiederum notwendig für die Existenz einer zugleich liberalen und effektiven Elite ist. Welches sind nun die Voraussetzungen hierfür? Eine Möglichkeit wäre eine geschlossene Elitenrekrutierung, die den Zugang zu den Eli-

ten auf die Angehörigen einer zahlenmäßig kleinen sozialen Gruppe beschränkt. Dies widerspricht jedoch den in entwickelten Gesellschaften tatsächlich vorherrschenden Rekrutierungsmustern, bei denen Qualifikation eine wichtigere Rolle als die soziale Herkunft spielt.

Dahrendorf, der die Unvereinbarkeit liberal-demokratischer Strukturen mit dem Monopol einer sozial homogenen Elite betont hat und demgegenüber stets für Chancengleichheit eingetreten ist, hat daher andere Faktoren in Betracht gezogen, die unter modernen gesellschaftlichen Bedingungen Elitenintegration gewährleisten können. Gestützt auf angelsächsische Erfahrungen, spricht er sich für Institutionen einer homogenen Elitensozialisation aus. So argumentiert er, daß die Existenz einer kleinen Zahl von Bildungsinstitutionen, in denen die zukünftigen Eliten eine Sozialisation erhalten, die ihnen ein gemeinsames Wertesystem vermitteln und sie bereits frühzeitig in Kontakt miteinander bringt, die spätere Elitenkooperation erleichtert. Die Existenz exklusiver Privatschulen und Eliteuniversitäten sowohl in Großbritannien als auch in den USA macht diese in seinen Augen zu idealen Ausbildungsstätten für künftige Eliten. Von daher bedauert Dahrendorf den Mangel an solchen Einrichtungen in der Bundesrepublik.

Darüber hinaus diskutiert er einen weiteren Faktor, der seiner Meinung nach in der Lage ist, den Mangel an homogener Elitensozialisation zu kompensieren. Dies ist eine homogene professionelle Sozialisation, die darin besteht, zukünftigen Eliten eine breite Berufserfahrung angedeihen zu lassen. Dem liegt die Überlegung zugrunde, daß eine solche umfassende Erfahrung die Entwicklung zum Generalisten fördert - im Gegensatz zum Spezialistentum, das eher für nachrangige Positionen angemessen ist. Vielfältige Berufserfahrungen vermitteln demnach den zukünftigen Eliten einen Einblick in eine Vielzahl von organisatorischen Kontexten und tragen gleichzeitig zur Elitenintegration aufgrund persönlicher Bekanntschaft bei, da viele Elitenmitglieder ehemalige Kollegen sind. Hierzu ist jedoch anzumerken, daß im Gegensatz zu Dahrendorf, der private Bekanntschaft für ein wichtiges Mittel der Elitenintegration hält, Mills auf die solchen Beziehungen innewohnenden Gefahren hingewiesen hat. Sie fördern nämlich zugleich die Entwicklung persönlicher Interessenbeziehungen unter den Eliten, die diese vom Rest der Gesellschaft absetzen (1956: 287 f.).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das dominante Muster amerikanischer Karrieren, nämlich der regelmäßige Wechsel zwischen Organisationen und Tätigkeitsbereichen, zur Elitenintegration beiträgt. Im Gegensatz dazu weisen die Eliten in der Bundesrepublik sehr viel spezialisiertere Karrieremuster auf. Mit Ausnahme der politischen Eliten sind Elitekarrieren hier überwiegend auf nur einen Sektor beschränkt (vgl. Hoffmann-Lange, 1985: 70ff.). Sowohl Dahrendorf als auch Scheuch (1966) halten die Bedeutung, die Fachkenntnissen im Vergleich zu allgemeinen Führungsfähigkeiten in der Bundesrepublik zugeschrieben wird, für problematisch. Beide haben argumentiert, daß dies in der Regel mit dem Glauben an die Möglichkeit 'objektiver' Lösungen für politische Probleme Hand

in Hand geht, der im Widerspruch zur Anerkennung der Existenz und Unvermeidlichkeit von Interessenkonflikten steht. Dies verleite wiederum zur Abgrenzung von allgemein akzeptierten 'Einflußsphären' unter den verschiedenen 'Expertengruppen', die ihre je eigene Sphäre eifersüchtig gegen jede Einmischung von außen verteidigen, während sie sich zugleich der Stellungnahme zu Themen außerhalb ihres eigenen Bereichs enthalten.

Angesichts der Heterogenität der sozialen Rekrutierungsbasis der bundesdeutschen Eliten und ihrer spezialisierten Karrieremuster charakterisierte Dahrendorf die Eliten der Bundesrepublik als 'Kartell der Angst' und stellte diese Elitenstruktur als negatives Gegenmodell dem Typ einer selbstbewußten, liberalen Elite gegenüber. Diese Charakterisierung widerspricht nun allerdings eindeutig der Annahme kritischer Sozialwissenschaftler, die davon ausgehen, daß alle westlichen Demokratien von 'Machteliten' beherrscht werden. Deren Vermutung stützt sich wiederum auf die These, daß das gemeinsame Interesse der Eliten an der Aufrechterhaltung ihres privilegierten Status und damit auch an der Aufrechterhaltung der herrschenden Machtverhältnisse allen anderen, möglicherweise konfligierenden Interessen übergeordnet sei. "Eliten sind Machteliten weil sie ihre Auffassung durchzusetzen vermögen und nicht weil sie das Fleisch auf dieselbe Weise tranchieren, dieselben Bücher lesen und denselben Theaterstücken applaudieren." (Jaeggi, 1969: 24). Diese Sichtweise geht davon aus, daß Elitenintegration eine automatische Folge der Interessengemeinsamkeiten der Eliten ist. Von daher halten die Machtelitentheoretiker es für überflüssig, die Frage der Elitenintegration zu thematisieren.

Wie so oft, läßt sich vermuten, daß die Wahrheit zwischen diesen Extremen zu suchen ist. Während man in der Tat davon ausgehen kann, daß die Eliten aufgrund ihrer herausgehobenen Position gezwungen sind, auch organisationsübergreifend miteinander zu interagieren, sind persönliche Bekanntschaft und etablierte informelle Verhaltensnormen, die die Beziehungen zwischen Organisationen regeln, für einen möglichst reibungslosen Ablauf von Entscheidungsprozessen mit Sicherheit hilfreich. Dahrendorf hat jedoch übersehen, daß homogene Elitensozialisation, breite Berufserfahrung und langjährige persönliche Bekanntschaft nur ein Weg sind, um die Einhaltung solcher Normen zu gewährleisten. Stattdessen ist wohl die Annahme gerechtfertigt, daß die Normen des Umgangs mit Repräsentanten anderer Organisationen zum Repertoire der Fähigkeiten gehören, die normalerweise im Rahmen einer Tätigkeit erworben werden. Dies ist vermutlich völlig ausreichend, um eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Eliten verschiedener Organisationen und Sektoren zu gewährleisten. Es gilt auch für Gesellschaften, in denen die Eliten hochspezialisierte Karrieren durchlaufen und keine persönlichen Berufserfahrungen in anderen Arbeitskontexten sammeln.

Zudem läßt sich argumentieren, daß die von Dahrendorf so geschätzten Me-

chanismen sogar dysfunktional sein können. Sie tragen nämlich dazu bei, die Entwicklung persönlicher Interessenverflechtungen und gegenseitiger Verpflichtungen in den Eliten zu fördern, die wiederum im Widerspruch zu Organisationsinteressen stehen. Es ist schließlich kein Zufall, daß kritische Sozialwissenschaftler ihr Urteil, daß moderne Gesellschaften von Machteliten dominiert werden, auf genau diese Indikatoren gestützt haben, die in ihren Augen die Loyalität der (progressiven) Eliten zu ihrer eigenen Organisationsbasis untergraben.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, daß das Ausmaß der Elitenintegration in der Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre nicht geringer war als das in anderen westlichen Demokratien mit wesentlich längerer demokratischer Tradition. Eine vergleichende Analyse von Elitennetzwerken in den USA, Australien und der Bundesrepublik ergab in allen drei Gesellschaften eine vergleichbare Interaktionsdichte und damit keine empirische Basis für die von Dahrendorf geäußerten Befürchtungen. Obwohl eine formale Machtposition die wichtigste Voraussetzung für einen prominenten Status in diesem Netzwerk ist, besteht das Netzwerk selbst aus informellen Kontakten mit anderen Akteuren. Man kann daher schließen, daß formale Regeln zwar die zugrundeliegende Struktur abgeben, in deren Rahmen die Interaktionen zwischen den Eliten stattfinden, daß diese jedoch überall durch informelle Regeln ergänzt werden, die eine Voraussetzung für effektives Entscheidungsverhalten sind und sich in einer stabilen Umgebung automatisch entwickeln.

Die Ergebnisse der vergleichenden Analyse der Elitennetzwerke in den drei Ländern finden sich in Tabelle 7. Die Daten, auf denen diese Analyse basiert, sind Nennungen von Gesprächspartnern, die die Befragten im Interview machten. In allen drei Studien wurde zunächst gefragt, mit welchem Thema sich die Befragten während der letzten Monate am intensivsten beschäftigt hatten. Danach wurden sie gebeten, ihre wichtigsten Gesprächspartner für dieses Thema zu benennen. Ausgangsbasis der Netzwerkanalyse war die Matrix aller Kontakte zwischen den Befragten und den von ihnen genannten Gesprächspartnern, wobei die letzteren vielfach selbst gar nicht zum Kreis der ursprünglich ausgewählten Inhaber von Elitepositionen gehörten. Das Analyseprogramm suchte dann innerhalb dieses größeren Netzwerks von Beziehungen nach Elitezirkeln, die sich durch eine relativ hohe Interaktionsdichte auszeichneten, d.h. nach Gruppen von Personen, die sich gegenseitig entweder direkt oder über nur wenige Mittelspersonen erreichen konnten. In allen drei Ländern ergab die Analyse die Existenz eines ziemlich kompakten, aus mehreren hundert Personen bestehenden zentralen Elitenzirkels⁷⁾. Die Ergebnisse in Tabelle 7 erweisen deutlich die zahlenmäßige Dominanz der politisch-administrativen Eliten und indizieren daher deren zentrale Bedeutung für die Elitenintegration.

7) Für detailliertere Beschreibungen dieser Analysen vgl. Higley et al., 1979; Higley und Moore, 1981; Hoffmann-Lange, 1989.

Tabelle 7:

Sektorkomposition der zentralen Elitezirkel in der Bundesrepublik, den USA und Australien

(Spaltenprozentwerte)

	Bundesrepublik	USA	Australien
Politik	37.6	50.2	27.2
Verwaltung	9.4	5.7	18.4
Wirtschaft (1)	25.3	16.3	20.8
Gewerkschaften	9.7	7.0	8.9
Massenmedien	10.0	7.5	8.1
Wissenschaft	5.6	7.5	9.8
Sonstige	2.4	5.7	6.7
Insgesamt (n)	340	227	418

(1) Wirtschaftsunternehmen und Wirtschaftsverbände zusammengefasst

Weitergehende Analysen des amerikanischen Elitennetzwerks ergaben darüber hinaus, daß für die Kontakte zwischen den Elitemitgliedern instrumentelle Erwägungen wichtiger waren als soziale Nähe, d.h. ähnliche soziale Herkunft und gemeinsame Ausbildungsinstitutionen (Moore und Alba, 1982). Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, daß Dahrendorfs Elitetheorie auf der falschen Annahme beruht, daß soziale Homogenität eine universelle Voraussetzung für Elitenintegration ist.

Anthony Giddens hat demgegenüber diese beiden Variablen als unabhängig konzipiert und eine Elitentypologie entwickelt, die von der Dahrendorfschen abweicht. Diese basiert auf einer Kreuztabellierung der Faktoren 'Offenheit der Elitenrekrutierung' und 'Elitenintegration'. Giddens bezeichnet Eliten mit offener Rekrutierung, die gleichzeitig einen hohen Grad an Elitenintegration aufweisen als 'solidarische Eliten' oder 'Machteliten'. Dabei ist allerdings festzuhalten, daß sein Begriff der Machtelite frei von den weitergehenden Implikationen ist, die C. Wright Mills mit diesem assoziiert hat. In Giddens' Terminologie impliziert eine Machtelite lediglich einen hohen Grad von Machtkonzentration und daher oligarische Entscheidungsprozesse. Zwar ist es im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, diesen theoretischen Überlegungen weiter nachzugehen, aber Giddens' Elitentypologie kann als Hinweis darauf verstanden werden, daß die Eliteforschung dem Ausmaß der Konzentration von Macht und seinen demokratietheoretischen Implikationen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit schenken sollte.

Im Hinblick auf das pluralistische Paradigma läßt sich daher schlußfolgern, daß der sozialen Homogenität und der beruflichen Sozialisation von Eliten vielfach eine zu große Bedeutung beigemessen wurden. Elitenintegration kann sich vielmehr auch unter sozial heterogenen und spezialisierten Eliten entwickeln. Die Ergebnisse erlauben es, die heutige Elite in der Bundesrepublik als 'etabliert' im Sinne Dahrendorfs zu bezeichnen.

Dennoch lag Dahrendorf vermutlich nicht so falsch mit seiner Charakterisierung der bundesrepublikanischen Eliten der fünfziger und frühen sechziger Jahre als 'Kartell der Angst.' Schließlich war er schon immer ein scharfer und kenntnisreicher Beobachter der politischen und sozialen Entwicklungen in Deutschland und stützte seine Schlußfolgerungen auf weit mehr als nur dürre Zahlen. Man kann jedoch kritisch anmerken, daß er den offensichtlichen Mangel an Elitenintegration auf die falschen Ursachen zurückgeführt hat. Dahrendorf machte mangelnde soziale Homogenität dafür verantwortlich, während es sehr viel plausibler ist, ihn in der geringen Erfahrung mit demokratischen Institutionen zu suchen.

Sowohl in der Weimarer Republik als auch in den frühen Jahren der Bundesrepublik waren die deutschen Eliten plötzlich mit neuen politischen Institutionen konfrontiert. Während Verfassungstexte die formalen Regeln politischer Entscheidungsfindung definieren, sind sie jedoch unzureichend, auch die praktische Funktionsfähigkeit eines politischen Systems zu sichern. Sie stellen lediglich das formale Gerüst dar, das nun mit Leben gefüllt werden muß. Um dies zu erreichen, müssen die politischen Akteure, d.h. die Eliten, erst informelle Regeln des Umgangs miteinander entwickeln. In einer solchen Situation sind zwei unterschiedliche Reaktionen denkbar. Die Beteiligten können versuchen, ihre eigenen Interessen rigoros durchzusetzen, um möglichst viele Vorteile aus einer zunächst nur unzulänglich strukturierten Situation zu ziehen. Sie können sich jedoch auch eher defensiv verhalten und versuchen, die ihnen zugefallene Macht einvernehmlich zu teilen.

Es ist offensichtlich, daß die beiden deutschen Demokratien sich hierin unterscheiden. Insbesondere die konservativen Eliten der Weimarer Republik wählten den ersten Weg. Sie versuchten rücksichtslos, ihre traditionelle Vorherrschaft wiederherzustellen und bekämpften daher die demokratischen Institutionen. Im Gegensatz dazu entschieden sich praktisch alle Eliten in den ersten Jahren der Bundesrepublik für den zweiten genannten Weg. Die Legitimität wie auch die effektive Machtposition der traditionellen, antidemokratischen Eliten war nunmehr entscheidend geschwächt, während die demokratischen Eliten sich sowohl moralisch im Recht fühlten, ihren Machtanteil einzufordern, als auch die Unterstützung der alliierten Besatzungsmächte genossen. Angesichts des Scheiterns traditioneller deutscher Politik waren sich alle Gruppen einig, daß es vordringlich war, die historischen Fehler zu überwinden und den demokratischen Institutionen dieses Mal eine echte Chance zu geben. Defensivem wurde daher der

Vorrang vor offensivem Verhalten gegeben. Gordon Smith, ein anderer Beobachter der deutschen Szene, hat diese Tendenz der frühen bundesrepublikanischen Eliten ebenfalls konstatiert. Seiner Einschätzung nach klammerten sie sich rigide an den neugefundenen politisch-gesellschaftlichen Konsens und versuchten, offene Konflikte nach Möglichkeit zu vermeiden. Dies führte zu einem beträchtlichen Konformitätsdruck, der wiederum eine paradoxe Situation erzeugte: "the liberal state lacking in the liberal spirit" (1986: 229).

Schließlich sollte noch die auffällige Verwandtschaft von Dahrendorfs 'Kartell der Angst' mit dem Konzept der Konkordanzdemokratie erwähnt werden. Dahrendorf hat sogar selbst explizit auf die Ähnlichkeit der Struktur der bundesrepublikanischen Elite mit der sozio-politischen 'Versäulung' (pillarization) in den Niederlanden hingewiesen (1965: 134, 304). Gleichzeitig wird Holland regelmäßig als eines der Hauptbeispiele für konkordanzdemokratische Strukturen genannt. Während jedoch andere Autoren die positiven Aspekte der Konkordanzdemokratie hervorgehoben haben, nämlich ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung der Stabilität demokratischer Strukturen in subkulturell fragmentierten Gesellschaften, weist Dahrendorf auf die negativen Begleiterscheinungen eines solchen Machtkartells hin. Dies sind Stagnation und fehlende Innovation. Sein demokratischer Idealtypus ist demgegenüber das mehr konfliktorientierte Westminster-Modell (vgl. Lijphart, 1984). Betrachtet man diese beiden Modelle als die Endpunkte eines Kontinuums konsens- bzw. konfliktorientierten Entscheidungsverhaltens, so wird die Bundesrepublik normalerweise etwa in der Mitte angesiedelt. Die Annahme, daß dies in früheren Jahren anders gewesen ist, scheint allerdings durchaus plausibel. Auch für die Niederlande ist ja seit den sechziger Jahren ein Rückzug der Versäulung und der Übergang von konkordanzdemokratischen Strukturen zu konfliktreicheren Entscheidungsprozessen konstatiert worden (Steiner, 1986: 204). Man kann daher vermuten, daß das hohe Ausmaß an politischer Stabilität, das die Bundesrepublik mit den sechziger Jahren erreicht hatte, einen vergleichbaren Wandel möglich machte (vgl. Smith, 1986: 232ff.).

Literatur

Baum, Rainer C., *The Holocaust and the German Elite*. London: Croom Helm 1981.

Best, Heinrich, Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867 - 1918. *Historical Social Research*, 13/1988: 5 - 74.

Beyme, Klaus von, *Die politische Elite in der Bundesrepublik*. München: Piper, 1971.

Carmines, Edward G. und James A. Stimson, On the Structure and Sequence of Issue Evolution. *American Political Science Review*, 80/1986: 901 - 20.

Dahl, Robert A., A Critique of the Ruling Elite Model. *American Political Science Review*, 52/1958: 463 - 69.

Dahrendorf, Ralf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: Piper, 1965.

Deutsch, Karl W., Lewis J. Edinger, *Germany Rejoins the Powers*. Stanford: Stanford University Press, 1959.

Deutsch, Karl W., Lewis J. Edinger, Roy C. Macridis und Richard L. Merritt, *France, Germany, and the Western Alliance*. New York: Scribner's, 1967.

Domhoff, G. William, *Who Rules America Now?* Englewood Cliffs: Prentice Hall, 1983.

Edinger, Lewis J. und Donald Searing, *Social Background in Elite Analysis: A Methodological Inquiry*. *American Political Science Review*, 61/1967: 428 - 45.

Field, G. Lowell und John Higley, *Elitism*. London: Routledge & Kegan Paul, 1980.

Fischer, Fritz, *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871 - 1945*. Düsseldorf: Droste, 1979.

Giddens, Anthony, *Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften*. Frankfurt: Suhrkamp, 1979.

Herf, Jeffrey, *Reactionary Modernism. Technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich*. Cambridge: Cambridge University Press, 1984.

Herzog, Dietrich, *Politische Karrieren*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1975.

Higley, John, Desley Deacon und Don Smart, *Elites in Australia*. London: Routledge & Kegan Paul, 1979.

Higley, John und Gwen Moore, *Elite Integration in the United States and Australia*. *American Political Science Review*, 75/1981: 581 - 97.

Hoffmann-Lange, Ursula, *Structural Prerequisites of Elite Integration in the Federal Republic of Germany*. In: Gwen Moore (Hrsg.), *Research in Politics and Society*, Volume 1. Greenwich: JAI Press, 1985: 45 - 94.

Hoffmann-Lange, Ursula, *Eliten zwischen Alter und Neuer Politik. Konstanz und Wandel der Konfliktlinien in den Eliten der Bundesrepublik Deutschland*. In: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hrsg.), *Wahlen und politischer Prozeß*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986: 108 - 50.

Hoffmann-Lange, Ursula, *Surveying national elites in the Federal Republic of Germany*. In: George Moyser und Margaret Wagstaffe (Hrsg.), *Research Methods for Elite Studies*. London: Allen & Unwin, 1987: 27 - 47.

Hoffmann-Lange, Ursula, *Positional Power and Political Influence in the Federal Republic of Germany*. *European Journal of Political Research*, 1989 (in Vorbereitung).

Keller, Suzanne, *Beyond the Ruling Class: Strategic Elites in Modern Society*. New York: Random House, 1963.

Lijphart, Arend, *Democracy in Plural Societies*. New Haven: Yale University Press, 1977.

Lijphart, Arend, *Democracies: Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven: Yale University Press, 1984.

McClosky, Herbert, Paul J. Hoffmann, und Rosemary O'Hara, *Issue Conflict and Consensus Among Party Leaders and Followers*. *American Political Science Review*, 54/1960: 406 - 27.

Miliband, Ralph, *The State in Capitalist Society*. New York: Basic Books, 1969.

Mills, C. Wright, *The Power Elite*. New York: Oxford University Press, 1956.

Moore, Gwen und Richard D. Alba, *Class and Prestige Origins in the American Elite*. In: Peter V. Marsden und Nan Lin (Hrsg.), *Social Structure and Network Analysis*. Beverly Hills: Sage, 1982: 39 - 60.

Nagle, John D., *System and Succession. The Social Bases of Elite Recruitment*. Austin: University of Texas Press, 1977.

Putnam, Robert D., *The Comparative Study of Political Elites*. Englewood Cliffs: Prentice Hall, 1976.

Scheuch, Erwin K., *Führungsgruppen und Demokratie in Deutschland*. *Die Neue Gesellschaft*, 13/1966: 356 - 70.

Scheuch, Erwin K., *Abschied von den Eliten*. In: Claus Grossner, Hans-Hermann Münchmeyer, Arend Oetker und Carl Christian von Weizsäcker (Hrsg.), *Das 198. Jahrzehnt*. Hamburg: Christian Wegner Verlag, 1969: 305 - 22.

Scheuch, Erwin K., *Soziologie der Macht*. In: Hans K. Schneider und Christian Watrin (Hrsg.), *Macht und ökonomisches Gesetz*. *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, N. F., Band 74/II. Berlin: Duncker & Humblot: 989 - 1042.

Schleth, Uwe, *Once Again: Does it Pay to Study Social Background in Elite Analysis?* In: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, Band 2. München: Olzog, 1971: 99 - 118.

Smith, Gordon, *Democracy in Western Germany*. 3rd edition. New York: Holmes & Meier, 1986.

Steiner Jürg, *European Democracies*. New York: Longman, 1986.

Steinkemper, Bärbel, *Klassische und politische Bürokraten in der Ministerialverwaltung der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Heymanns, 1974.

Wildenmann, Rudolf, Max Kaase, Ursula Hoffmann-Lange, Albrecht Kutteroff und Gunter Wolf, *Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981*. Mannheim: Universität Mannheim, 1982.

Zapf, Wolfgang, *Wandlungen der deutschen Elite*. München: Piper, 1965.

**SOZIALSTRUKTUR UND POLITISCHE KONFLIKTE:
PERSPEKTIVEN FÜR DEN INTERKULTURELLEN
VERGLEICH**

Die soziale Wählerbasis der NSDAP und der übrigen Parteien in der ersten österreichischen Republik im Vergleich zum Deutschen Reich

Dirk Hänisch

1. Einleitende Bemerkungen

Die Frage nach der Wählerbasis der österreichischen NSDAP und der übrigen Parteienlager zu Beginn der dreißiger Jahre der ersten Republik Österreichs ist ein noch relativ unerforschtes Gebiet in der empirischen historischen Sozialforschung. Die Ursachen dafür dürften vielschichtiger Natur sein, Tatsache ist aber, daß die im Vergleich zum Deutschen Reich zeitlich später einsetzenden Wahlerfolge der Nazis häufig von vielen Historikern und historischen Sozialforschern schlichtweg unberücksichtigt blieben. Dem kam vor allem zugute, daß die letzte republikweite Nationalratswahl schon im November 1930 stattfand, bei der die NSDAP noch nicht einmal 3 Prozent des Elektorats¹⁾ gewinnen konnte; die im Jahre 1932 hohen NSDAP-Mobilisierungsquoten bei den Landtagswahlen in einigen der neun österreichischen Bundesländer sowie bei Gemeinderatswahlen in zwei weiteren Ländern wurden, sofern überhaupt von ihnen Notiz genommen wurde, keiner eingehenden Analyse unterworfen und oftmals nur am Rande erwähnt²⁾. Die in diesem Kontext anzutreffenden Aussagen und Behauptungen über Wählerwanderungen und soziale Wählerbasis der NSDAP sind demzufolge nicht statistisch abgesichert und stellen oftmals überlieferte "Folklore" dar. Gerade das Jahr 1932 war für die NSDAP bedeutend; es kann auf der Wählerebene als der "takeoff point"³⁾ der österreichischen Nazis angesehen werden, denn spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde offenkundig, daß die NSDAP zu einer Massenbewegung avancierte und sich auf der parteiorganisatorischen Ebene nach den vorangegangenen "führerlosen" Jahren zunehmend konsolidieren konnte.

Im folgenden soll die Wirkungsweise von Cleavages auf das österreichische Parteiensystem jener Zeit empirisch untersucht werden. Unter Cleavages sind

1) Die Prozentuierungsbasis für die Wähleranteile der Parteien(lager) ist hier immer die jeweilige Wahlberechtigtenziffer. Weiterhin sind sämtliche Berechnungen mit der Einwohnerzahl vorab gewichtet worden.

2) Ausnahme ist die Arbeit von Walter B. S i m o n, *The Political Parties of Austria* (Phil.-Diss. Columbia University, 1957), die statistisch jedoch einige Mängel aufweist; ferner die stark deskriptiv und auf Wien beschränkten Analysen von Maren S e l i g e r und Karl U c a k a r, *Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848 - 1932. Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur* (Wien und München, 1984).

Die Kommunalwahlergebnisse zu Kärnten und Steiermark werden vom Verfasser an anderer Stelle noch ausgewertet werden.

3) Der Begriff "takeoff point" stammt von Ellsworth F a r i s, *Takeoff Point for the National Socialist Party: The Landtag Election in Baden, 1929*, in: *Central European History* 8 (1975), S. 140 - 171.

Tabelle 1:

Die Ergebnisse der Nationalratswahl 1930 und der Landtagswahlen 1931/1932 bzw. Gemeinderatswahl 1932 in Wien im Vergleich, in Prozenten (Basis Wahlberechtigte)

	1	2	3	4
NRW Österr. 1930 insg.	37.0	0.5	36.5	48.9
NRW Österr. 1930 Teil	30.2	0.4	29.8	55.3
LTW Österr. 1932 Teil	28.2	1.2	27.0	43.2
NRW Oberösterr. 1930	25.4	0.2	25.2	61.3
LTW Oberösterr. 1931	24.3	0.6	23.7	57.2
NRW Wien 1930	55.4	0.8	54.6	35.1
GRW Wien 1932	54.2	1.7	52.5	19.2
NRW Niederösterr. 1930	32.0	0.4	31.6	53.0
LTW Niederösterr. 1932	30.2	0.9	29.3	42.0
NRW Salzburg 1930	25.6	0.5	25.1	55.1
LTW Salzburg 1932	22.1	2.1	20.0	39.9
NRW Vorarlberg 1930	18.9	0.2	18.7	69.3
LTW Vorarlberg 1932	16.9	3.0	13.9	62.2

hier analog zur Definition bei *Pappi* dauerhafte politische Konflikte gemeint, die in der Sozialstruktur ihre Verankerung fanden und sich im Parteiensystem artikulierten ⁴⁾. Für das katholische und städtearme Österreich bedeutet das vorrangig die Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen Zentrum und Peripherie, d.h. zwischen Wien und dem restlichen Land. Anschließend soll eine gesonderte Untersuchung der sozialstrukturellen Verankerung der Parteien in beiden Kontexten vorgenommen werden. Für die Metropole Wien gerät dabei der Cleavage "Arbeiter/Nichtarbeiter" in den Mittelpunkt; in der österreichischen Provinz wird insbesondere das dort wirkende Spannungsverhältnis zwischen agrarischen und industriell/gewerblichen Strukturen und die sich daraus ergebenden Folgen für die Parteien austariert werden.

Dem Interesse an dieser Fragestellung entspringt aber auch eine komparative Absicht. Erstmals ist ein Vergleich der österreichischen Wählerbasis der NSDAP mit der mittlerweile gut erforschten deutschen Naziwählerbewegung möglich. Dieser Vergleich soll hier auch, soweit es der Rahmen erlaubt, durchgeführt werden. Zu diesem Zweck werden zwei Subpopulationen berücksichtigt, nämlich

	5	6	7	8	9
NRW Österr. 1930 insg.	31.6	10.3	7.0	2.7	11.4
NRW Österr. 1930 Teil	39.5	8.8	7.0	3.4	11.1
LTW Österr. 1932 Teil	38.6	-	4.6	12.3	16.3
NRW Oberösterr. 1930	40.3	6.5	14.5	2.1	11.2
LTW Oberösterr. 1931	44.3	-	12.9	2.9	15.6
NRW Wien 1930	22.0	9.7	3.4	2.1	7.4
GRW Wien 1932	17.9	-	1.3	15.5	11.1
NRW Niederösterr. 1930	39.2	7.6	6.2	3.7	11.3
LTW Niederösterr. 1932	39.0	-	3.0	11.9	15.9
NRW Salzburg 1930	34.8	10.6	9.7	3.1	16.2
LTW Salzburg 1932	29.7	-	10.2	16.2	21.8
NRW Vorarlberg 1930	50.6	18.7	0	1.0	10.8
LTW Vorarlberg 1932	49.9	-	12.3	9.5	11.4

Abkürzungen:

NRW = Nationalratswahl; LTW = Landtagswahl; GRW = Gemeinderatswahl
 1 = Linksblock insgesamt; 2 = Kommunistische Partei Österreichs; 3 = Sozialdemokratische Arbeiterpartei; 4 = Bürgerblock insgesamt; 5 = Christlichsoziale Partei; 6 = Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund (Schober-Block); 7 = Restliche Bürgerliche (1930 Heimatblock u. a., 1932 Großdeutsche Volkspartei u. a.); 8 = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung); 9 = Nichtwählerlager.

Anmerkung:

“Österreich Teil” bezieht sich nur auf die Bundesländer Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg. Die Wahlberechtigtenziffer wurde für Vorarlberg mit Hilfe der Angaben von 1930 geschätzt.

Berlin und Bayern (das katholische Altbayern).

Zuvor jedoch sollen knappe und einführende Bemerkungen über die politischen Parteien und Lager, über ihre Stärke und die Datenbasis dieser Analysen erfolgen.

4) Franz U. P a p p i, Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: Politische Vierteljahresschrift 18 (1977), S. 195.

2. Kurzüberblick auf die Stimmentwicklung in Österreich und die Datenbasis der Untersuchung

In Tabelle 1 sind die Wahlergebnisse der Nationalratswahl vom 9.11.1930 zusammengestellt. Zusätzlich werden die Einzelergebnisse der Landtagswahlen 1931 (19.4.1931 in Oberösterreich) und 1932 (24.4.1932 in Niederösterreich und Salzburg, Gemeinderatswahl in Wien bzw. am 6.11.1932 Landtagswahl in Vorarlberg) aufgeführt⁵⁾. Wie diese Tabelle zeigt, blieb die NSDAP noch 1931 in Oberösterreich erfolglos und im Status einer unbedeutenden Kleinstpartei.

Die politische Parteienkonstellation in Österreich kann sehr gut durch eine Wählerblockbetrachtungsweise verdeutlicht werden. Diese Sichtweise machten sich übrigens schon Zeitgenossen zueigen, die unabhängig vom Standort zwischen einem "marxistischen" - im folgenden Linksblock oder linkes Lager genannt - und einem "nichtmarxistischen" oder "bürgerlichen" Block unterschieden. Das linke Lager bestand fast überwiegend aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und der bedeutungslosen Kommunistischen Partei (KPÖ). Innerhalb des bürgerlichen Blockes können zwei Lager unterschieden werden. Der stärkere Teil dieses Blockes war das klerikal-katholische Lager, repräsentiert durch die Christlichsoziale Partei (CSP). Dagegen herrschte im großdeutschen Lager zeitweise ein Konglomerat diverser Interessenkoalitionen mit teilweise wechselnden Bezeichnungen und lokalen Wirkungsstätten. Hauptvertreter dieses Lagers waren die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund für Österreich. 1930 gingen beide mit einigen weiteren Kleinstparteien ein zeitweiliges Bündnis zum sogenannten Schober-Block ("Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund - Führung Dr. Schober") ein. Dem großdeutschen Lager kann hier ebenfalls der Heimatblock, das ist die gemeinsame Liste der politisch heterogenen und teilweise faschistisch ambitionierten Heimwehren⁶⁾, zugerechnet werden. Der Schober-Block, der 1930 die Mehrheit des großdeutschen Lagers repräsentierte, war nur ein kurzfristiges Bündnis und zerfiel nach 1931 wieder in seine ursprünglichen Bestandteile.

Die folgenden statistischen Analysen sind überwiegend Korrelationsanalysen⁷⁾

5) Bei den Gemeinderatswahlen vom 24.4.1932 in Kärnten wurde in insgesamt 211 von 248 Gemeinden gewählt; davon kandidierte die NSDAP in 98 Gemeinden, wo sie von 15,7 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wurde. Auf alle 211 Gemeinden bezogen bedeutet dies einen Anteilswert von 9,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung war jeweils nur 2 bis 3 Prozent niedriger als bei der Nationalratswahl von 1930.

6) Die politischen Orientierungen der Heimwehren waren je nach Bundesland unterschiedlich, aber allesamt mehr oder weniger antiparlamentarisch und antidemokratisch. Als faschistischer Konkurrent zur NSDAP dürfte am ehesten die gut organisierte steiermärkische Heimwehr unter Führung von Pfrimer anzusehen sein. Die Heimwehren in Niederösterreich, Wien und Burgenland bildeten im Gegensatz zu jenen in Kärnten und Salzburg den eher klerikal orientierten Flügel.

7) Die Korrelationsanalyse untersucht den Zusammenhang zweier Merkmale und drückt Stärke und Richtung dieses Zusammenhangs mit einem Koeffizienten zwischen -1 und +1

mit Aggregatdaten. Die in diesem Zusammenhang berechneten Ergebnisse lassen nur Aussagen auf der Aggregat-, nicht aber auf der Individualebene zu. Rückschlüsse auf individuelles Wahlverhalten sollen und können nicht durch Korrelationen erfolgen (ökologische Fehlschlußproblematik, siehe dazu die einschlägige Literatur über diese Problematik).

Sämtlichen Berechnungen liegen zwei Datensätze zugrunde. Das ist zunächst ein Gemeindedatensatz aller österreichischen Gemeinden mit den Wahlergebnissen, Konfessionsdaten und der Gliederung der Bevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen (analog zum Deutschen Reich) laut Volkszählung 1934. Er stützt sich auf etwa 4.375 Gemeinden, größtenteils Einheiten unter 1.000 Einwohnern. Der zweite Datensatz enthält ebenfalls diese Informationen, jedoch auf politischer Bezirksebene (das entspricht etwa den Kreisen des Deutschen Reiches). Zusätzlich sind dort Daten zur beruflichen Gliederung der Bevölkerung laut Volkszählung vom 22.3.1934 und die Hauptergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 14.6.1930 enthalten, die leider nicht auf Gemeindeebene vorliegen. Insgesamt - einschließlich der Wiener Stadtbezirke - wurden 111 politische Bezirke und Städte Österreichs ausgewertet. Die durchschnittliche Populationszahl dieser Bezirke liegt bei etwa 60.000 Einwohnern, die der Gemeinden nur bei 1.530 8).

Für komparative Zwecke wurde ein Kreisdatensatz mit den wichtigsten Sozialstrukturdaten und den Wahlergebnissen zur Weimarer Republik herangezogen und Auswertungen in den genannten Teilpopulationen durchgeführt. Er enthält insgesamt 831 längsschnittlich stabile und über Zeit vergleichbare Kreiseinheiten.

3. Die Gegensätzlichkeit von Zentrum und Peripherie und der Einfluß auf das Wahlverhalten

Schon auf dem ersten Blick war für die erste österreichische Republik eine schroffe Gegensätzlichkeit von Zentrum und Peripherie charakteristisch, die durch die Auflösung der Donau-Monarchie noch an Schärfe gewann und sich sozialstrukturell und politisch äußerte. Im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum Wien konzentrierte sich laut Volkszählung 1934 knapp 28 Prozent der österreichischen Wohnbevölkerung (1,87 Mio. von 6,75 Mio. Österreichern); eine Ballung auf ein Zentrum, wie sie vergleichsweise im Deutschen Reich nicht vorzufinden war. Auch in ökonomischer Hinsicht wurde diese Zu-

aus. Je mehr der Korrelationskoeffizient in Richtung +1 oder -1 tendiert, desto stärker ist der Zusammenhang zwischen beiden Merkmalen, wobei ein positives Vorzeichen auf einen gleichartigen ("Je größer A, desto größer B"), ein negatives Vorzeichen auf einen gegensätzlichen Zusammenhang ("Je größer A, desto kleiner B" bzw. umgekehrt) deutet. Koeffizienten, die gegen Null tendieren, zeigen keinen linearen Zusammenhang an.

8) Ohne die 21 Stadtbezirke Wiens reduziert sich die durchschnittliche Population der Gemeinden auf etwa 1.100 Einwohner.

Tabelle 2:

Die wirtschaftliche und sozialstrukturelle Gliederung der österreichischen Bevölkerung bzw. der Erwerbspersonen in Wien, im übrigen Österreich und in Österreich insgesamt, in Prozenten

	Wien	Österreich ohne Wien	Österreich Insgesamt
Berufszugehörige in:			
Land- und Forstwirtschaft	0.9	37.5	27.4
Industrie und Gewerbe	38.8	28.6	31.4
Dienstleistungen	40.2	17.6	23.8
Berufslose	18.0	13.8	14.9
Ohne Angabe	2.2	2.5	2.4
Erwerbspersonen:			
Selbständige	15.9	22.1	20.4
- davon landwirtschaftliche	0.2	12.8	9.3
- davon nichtlandwirtschaftliche	15.7	9.3	11.1
Angestellte insgesamt	25.5	9.7	14.1
- davon beschäftigte Angestellte	19.8	8.4	11.6
- davon arbeitslose Angestellte	5.7	1.3	2.5
Arbeiter insgesamt	54.9	49.5	51.0
- davon beschäftigte insgesamt	33.3	36.0	35.2
- davon beschäftigte landwirtsch.	0.4	14.4	10.5
- davon besch. nichtlandwirtsch.	32.8	21.6	24.7
- arbeitslose Arbeiter	21.7	13.6	15.8
Mithelfende Familienangehörige	1.1	16.6	12.3

Anmerkungen:

Berufszugehörige sind Erwerbspersonen einschließlich Angehörige.

Erwerbspersonen sind Erwerbstätige plus Arbeitslose.

“Berufslose Selbständige” ist eine soziologisch außerordentlich amorphe Kategorie, unter die verschiedenste Gruppen subsumiert wurden: Insassen von Armenanstalten, Sozialrentner, Privatpensionisten, Hausbesitzer, Rentner u.a.

sammenballung und Konzentration auf Wien deutlich: Über ein Drittel der der Wirtschaftsabteilung "Industrie und Gewerbe" zuzurechnenden Wohnbevölkerung entfiel auf die Metropole, im öffentlichen Dienst war der Anteil knapp 38 Prozent, im Handel und Verkehr 46 Prozent und in den "Freien Berufen" fast 47 Prozent hoch. Ähnlich hohe Anteile zeigen sich bei der sozialstrukturellen Gliederung der Erwerbepersonen: 53 Prozent aller österreichischen Angestellten und 42 Prozent aller nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter lebten in diesem Kontext⁹⁾. Wie die Metropole Wien sich im Vergleich zur Peripherie, d.h. zum übrigen Österreich, im einzelnen sozialstrukturell und wirtschaftlich unterschied, darüber gibt Tabelle 2 weitere Auskunft.

Diese Sonderstellung Wiens in der österreichischen Gesellschaft kam auch und insbesondere auf der Ebene des Wahlverhaltens zum Ausdruck. In dieser "roten" Metropole oblag die politische Hegemonie dem Linksblock. Seiner absoluten Mehrheit stand ein in sich weitgehend zersplitterter Block bürgerlicher Parteien gegenüber, dessen stärkstes Lager die Christlichsozialen stellten. Wie die Tabelle 1 verdeutlicht, unterschied sich dagegen das Wahlverhalten außerhalb Wiens: außerhalb der Metropole dominierte der bürgerliche Block und die Linke konnte in keinem anderen Bundesland die absolute Mehrheit erreichen.

Das erstmalige Auftreten der NSDAP im November 1930 bei der Nationalratswahl veränderte zunächst nicht viel im gewohnten Kräfteverhältnis: in Wien betrug ihr Wähleranteil leicht über 2 Prozent, im übrigen Österreich lag er bei knapp 3 Prozent, bedingt durch das relativ gute Abschneiden in Kärnten (5,5 Prozent) und Niederösterreich (3,7 Prozent). Erst bei den im April 1932 durchgeführten Landtagswahlen wurde die NSDAP in dieser Metropole und in Teilen des übrigen Österreich zu einem politischen Faktor: Ihr Wähleranteil lag nun mit 15,5 Prozent noch über dem Anteil von 12,3 Prozent im übrigen (Teil-)Österreich.

Die vorangegangenen Bemerkungen über die Gegensätzlichkeit von Metropole und Provinz legen eine getrennte Analyse der Wählerbasis der Parteienlager nahe. Deshalb beziehen sich die folgenden statistischen Analysen und inhaltlichen Bemerkungen zunächst auf das Wiener Elektorat, bevor anschließend die übrige österreichische Wählerschaft in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt wird.

4. Wahlverhalten in der österreichischen Metropole Wien

Hinweise auf die sozialstrukturelle Verankerung der Parteienlager können durch die Berechnung von Korrelationskoeffizienten erfolgen. Obwohl Korrelationen strenggenommen keine quantitativen Hinweise auf Wähleranteile und auf individuelles Wahlverhalten zulassen, so geben sie dennoch wichtigen Aufschluß darüber, in welchen sozialstrukturell geprägten Stadtbezirken die poli-

9) Vgl.: Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Bearbeitet vom Bundesamt für Statistik, Heft 1 und 2 (Wien, 1935).

tischen Lager und die NSDAP stärker oder schwächer vertreten waren. Gleichzeitig zeigt das Muster der Koeffizienten (Vorzeichen und Höhe) an, ob eine starke Polarisierung des Elektorats nach sozialstrukturellen Merkmalen vorlag. Allerdings, und dies muß im Falle Wiens hinzugefügt werden, tritt das Dilemma auf, daß letztlich nicht eindeutig geklärt werden kann, ob Aggregationseffekte die Koeffizienten zusätzlich in die Höhe treiben. Dieses Dilemma muß in Kauf genommen werden, sofern man nicht grundsätzlich auf Aggregatdatenanalysen verzichten will. Immerhin läßt hier der Vergleich der Koeffizienten der Parteienlager miteinander und in verschiedenen Subpopulationen Folgerungen in der Art zu wie "In Gebieten mit hohen Anteilen von X sind die Anteile der Partei Y ebenfalls hoch". Keinesfalls aber sollen hier Rückschlüsse auf individuelles Wählerverhalten getroffen werden ("X-Personen wählten die Partei Y"), da in diesem Fall ökologische Fehlschlüsse eintreten können.

Für die 21 Stadtbezirke der Metropole Wien fallen die errechneten bivariaten Zusammenhänge durchweg hoch aus. Wie die Tabelle 3 ausweist, war der Linksblock in Stadtbezirken mit hohen Bevölkerungsanteilen des Industrie- und Gewerbesektors erfolgreicher als in Bezirken, in denen der Dienstleistungssektor 10) entwickelter war. Beim bürgerlichen Block und interessanterweise bei der NSDAP ist der umgekehrte Trend sichtbar.

Um die quantitativen Stärkeverhältnisse der Blöcke bzw. Lager und der NSDAP in dominant industrie-gewerblich geprägten Stadtbezirken bzw. in Dienstleistungszentren zu verdeutlichen, wurde zusätzlich in Tabelle 3 ein einfacher Mittelwertvergleich der Wähleranteile nach 9 bzw. 12 Stadtbezirken vorgenommen, in denen jeweils einer der beiden Wirtschaftssektoren die Mehrheit stellte.

Die Ergebnisse verweisen auf eine scharfe gegensätzliche Stellung und Verankerung der beiden großen politischen Blöcke (einschließlich der NSDAP), die sich entlang der Scheidelinie Arbeiterschaft/bürgerliche Mittelschichten orientierte. Dafür sprechen die bekannten Tatsachen, daß im Industrie- und Gewerbesektor die Arbeiter überdurchschnittlich stark vertreten waren, während dagegen im zusammengefaßten Dienstleistungsbereich der Selbständigen- und Angestelltenanteil relativ hoch war. Nach der Volkszählung 1934 liegen für die 21 Wiener Stadtbezirke auch die Anteile der Erwerbspersonen nach sozialer Stellung vor, so daß im folgenden die Beziehungen zwischen Arbeiteranteil bzw. Angestellten- und Selbständigenanteil mit den Wähleranteilen der Parteien(lager) verglichen werden können.

Die Ergebnisse dieser zusätzlichen bivariaten Analyse, vorgestellt in Tabelle 4, legen die Schlußfolgerung nahe, daß innerhalb der Metropole Wien "voting along

10) Unter Dienstleistungssektor werden hier und im folgenden die zusammengefaßten Anteile der Wirtschaftsabteilungen "Handel und Verkehr", "Geld-, Kredit- und Versicherungswesen", "Öffentlicher Dienst", "Freie Berufe" und "Häusliche Dienste" verstanden.

Tabelle 3:

Die Gliederung der Bevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen und die Wähleranteile der Parteien(lager) in Wien, Pearson'sche Korrelationskoeffizienten $\times 100$ (r), sowie Mittelwertvergleich der Wähleranteile nach dominanter Wirtschaftsabteilung in Wien (in Prozenten)

	Industrie und Gewerbe		Dienstleistungen	
	r	%	r	%
Linke 1930	+ 87	65,2	- 79	47,6
Linke 1932	+ 83	63,3	- 75	46,5
Bürgerliche 1930	- 84	28,1	+ 75	41,3
Bürgerliche 1932	- 66	15,8	+ 55	21,3
- Christlichsoziale 1930	- 77	18,7	+ 67	24,6
- Christlichsoziale 1932	- 66	15,8	+ 55	19,7
- Schober-Block 1930	- 84	6,8	+ 75	12,0
NSDAP 1930	- 66	1,6	+ 56	2,6
NSDAP 1932	- 75	11,3	+ 67	18,9

Abk.:

“r” = Korrelationskoeffizienten; “%” = durchschnittlicher Stimmenanteil nach dominierendem Wirtschaftssektor (9 vs. 12 Stadtbezirke).

Lesehilfe: Die Wähleranteile der Linken korrelieren mit den Anteilen der dem Dienstleistungssektor zugehörigen Bevölkerung in Wien mit - 79 bei der Nationalratswahl 1930. In den 12 Wiener Stadtbezirken, in denen der Dienstleistungssektor dominierte, erreichte die Linke bei der gleichen Wahl 47,6 Prozent der Wahlberechtigten.

the class lines” das Abschneiden der Parteien sichtlich beeinflusste. Zwischen der Linken (SDAP) einerseits und dem bürgerlichen Lager einschließlich der daraus zehrenden NSDAP andererseits verlief ein deutlicher Schnitt, wie auch die stark gegensätzlichen Korrelationskoeffizienten zeigen. Dies erscheint auf dem Hintergrund der Ergebnisse der sozialhistorischen Forschung über die gutorganisierte Wiener Arbeiterbewegung letztlich auch nur allzu plausibel.

Natürlich impliziert dieses Resultat keine Absage an die Annahme, daß auch (vermutlich großdeutsch-orientierte) Arbeiter unter den Wählern der NSDAP waren. Allerdings spielten diese, so scheinen zumindest die bivariaten Korrelate naheulegen, offensichtlich im Wiener NSDAP-Wählerpotential keine wesentli-

che, sondern nur eine marginale Rolle. Das Hauptreservoir der Wählerrekrutierung der Wiener NSDAP war in den bürgerlich geprägten Stadtbezirken, wo die bürgerlichen Parteien ihre Hochburgen hatten.

4.1 Wien und Berlin in vergleichender Absicht

Die österreichische NSDAP konnte mit ihrem Stimmenergebnis im katholisch dominanten Wien (76 Prozent der Wohnbevölkerung) sozusagen aus dem Stand ein beachtenswertes Ergebnis erzielen. War nun der NSDAP-Einfluß auf die Wiener Wähler im April 1932 auf einem vergleichbaren Niveau wie in ähnlich strukturierten Populationen im Deutschen Reich? Der statistische Vergleich zeigt, daß die NSDAP zumindest verspäteten Anschluß an die Wählerentwicklungen in deutschen katholischen Großstädten mit einem analog zu Wien überdurchschnittlichen Arbeiteranteil fand. Jedoch hinkten die Wähleranteile der österreichischen Nazis immer noch zeitlich hinterher, denn im September 1930 erreichte die deutsche NSDAP in dieser Teilpopulation "katholisch dominante Großstädte mit einem überdurchschnittlich hohen Arbeiteranteil" 11 Prozent, bei der Reichstagswahl im Juli 1932 bereits 20 Prozent 11). Das Wiener Ergebnis vom April 1932 mit 15,5 Prozent liegt somit größtenteils genau dazwischen.

Die zuvor geschilderten Zusammenhänge mit den sozialstrukturellen Daten in der österreichischen Metropole können mit Ergebnissen der Wahlforschung über die späte Weimarer Republik verglichen werden. Das deutsche Pendant zur Metropole Wien war am ehesten noch die 4,2 Mio. Einwohner zählende Stadt Berlin, obwohl sie mit großer Mehrheit protestantisch war. Andererseits scheinen aber die übrigen Strukturbedingungen ganz gut den Wiener Verhältnissen zu entsprechen: ein hoher Arbeiteranteil, ein starkes Dienstleistungszentrum mit entwickelter Angestelltenschaft, eine gut organisierte, wenn auch politisch gespaltene Arbeiterbewegung und eine entsprechende "Hauptstadtmentalität". Obwohl der Katholizismus als hemmender Faktor in Berlin fehlte, waren die NSDAP-Stimmenergebnisse hier nie sehr beeindruckend: Reichstagswahl 1930 11,9 Prozent, Juli 1932 23,4 Prozent, November 1932 21 Prozent und März 1933 30 Prozent. Im Gegenzug war die Linke (SPD und KPD) mit konstanten

11) Jürgen W. Falter und Dirk Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP 1928 - 1933, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, XXVI, 1986, S. 205, Tafel 4; ferner: Jürgen W. Falter, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik* (München, 1986), S. 178.

Als einzelne Vergleichsgemeinde könnte München herangezogen werden. Die NSDAP erreichte hier 1928 schon 8,0 Prozent, 1930 18,2 Prozent, womit sie über dem Reichsdurchschnitt lag. Im Juli 1932 erzielte sie dann nur noch 23,2 Prozent, im November 18,4 Prozent und schließlich 1933 33,8 Prozent der Wahlberechtigten, was jeweils unter dem Reichsdurchschnitt lag. Zur Erinnerung: Die reichsweiten Wähleranteile der NSDAP im Deutschen Reich waren 1928 2 Prozent, 1930 14,8 Prozent, Juli 1932 31 Prozent, November 1932 26,4 Prozent und März 1933 38,8 Prozent.

Tabelle 4:

Bivariate Korrelationen der Wähleranteile der Parteien(lager) mit den Sozialstrukturvariablen der Volkszählung 1934 in den 21 Wiener Stadtbezirken, Pearson'sche Korrelationskoeffizienten x 100

	1	2	3	4	5
Linke 1930	- 81	- 91	+ 90	+ 55	+ 94
Linke 1932	- 79	- 90	+ 88	+ 54	+ 92
Bürgerliche 1930	+ 79	+ 89	- 88	- 53	- 92
Bürgerliche 1932	+ 73	+ 68	- 70	- 28	- 78
- Christlichsoziale 1930	+ 74	+ 84	- 84	- 50	- 87
- Christlichsoziale 1932	+ 62	+ 65	- 68	- 25	- 77
- Schober-Block 1930	+ 75	+ 90	- 86	- 51	- 90
NSDAP 1930	+ 55	+ 83	- 74	- 61	- 71
NSDAP 1932	+ 70	+ 93	- 86	- 67	- 85
%	15,7	25,5	54,5	32,8	21,7

Abk.:

"%" = Mittelwerte der Sozialstrukturvariablen (Prozentuierungsbasis ist die Anzahl der Erwerbspersonen).

1 = Nichtlandwirtschaftliche Selbständige

2 = Angestellte insgesamt

3 = Arbeiter insgesamt

4 = davon: Beschäftigte Arbeiter

5 = davon: Arbeitslose Arbeiter

44 Prozent zwar im Vergleich zum Reich überdurchschnittlich stark, aber vergleichsweise noch schwächer als in der Wiener Wählerschaft vertreten. Günstig für den Vergleich ist letztlich die Möglichkeit, die Berliner Sozialstruktur- und Wahldaten auf der Ebene der 20 Berliner Verwaltungsbezirke statistisch auszuwerten, so daß auch hier einfache Korrelationsanalysen möglich sind.

Tabelle 5:

Bivariate Korrelationen der Wähleranteile ausgewählter Parteien(lager) mit den Sozialstrukturvariablen der deutschen Volkszählung 1933 der 20 Berliner Verwaltungsbezirke, Pearson'sche Korrelationskoeffizienten X 100

	1	2	3	4	5	6
Linke 1930	- 87	- 64	- 76	+ 91	+ 93	44,1
Linke 1932J	- 83	- 69	- 82	+ 89	+ 95	44,4
Linke 1932N	- 82	- 71	- 82	+ 88	+ 95	43,9
Linke 1933	- 83	- 69	- 79	+ 88	+ 94	40,1
Mitte 1928	+ 81	+ 78	+ 85	- 93	- 96	13,5
Mitte 1930	+ 75	+ 81	+ 85	- 88	- 95	9,4
DNVP 1930	+ 76	+ 73	+ 80	- 84	- 92	10,5
DNVP 1932J	+ 76	+ 80	+ 82	- 88	- 92	6,8
NSDAP 1930	+ 68	+ 79	+ 81	- 81	- 90	11,9
NSDAP 1932J	+ 50	+ 89	+ 83	- 68	- 86	23,4
NSDAP 1932N	+ 40	+ 89	+ 80	- 60	- 81	21,0
NSDAP 1933	+ 44	+ 86	+ 78	- 63	- 81	30,0
%	9,8	5,1	15,2	23,1	18,4	

Abk.:

“%” = Mittelwerte der Sozialstrukturvariablen nach der Volkszählung 1933 (Prozentuierungsbasis ist die Anzahl der Erwerbspersonen plus Berufslose).

1932J = Juliwahl, 1932N = Novemberwahl 1932.

1 = Selbständige

2 = Beamte

3 = Beschäftigte Angestellte

4 = Beschäftigte Arbeiter

5 = Arbeitslose Arbeiter

6 = Stimmenanteile der Parteien(lager)

Anm.:

Linke besteht aus KPD und SPD. Mitte besteht aus Deutsche Volkspartei (DVP), Deutsche Demokratische Partei (DDP) bzw. Deutsche Staatspartei (DStP) und Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).

Die Randsummen sind nicht gleich 100 bei den Sozialstrukturvariablen, da hier Hausangestellte, Mithelfende und Berufslose nicht aufgeführt wurden. Deshalb und durch die andere Prozentuierungsbasis können die Anteile nicht direkt mit den Wienern verglichen werden.

Höhe und Vorzeichen der Korrelationskoeffizienten deuten, wie Tabelle 5 zeigt, auch in Berlin auf eine erkennbare Tendenz hin zum "voting along the class lines". In den Arbeiterhochburgen, Domäne von SPD und KPD, die beide überwiegend im selben Milieu wirkten, waren die NSDAP-Stimmenanteile niedriger als in Verwaltungsbezirken mit hohen Anteilen bürgerlicher Mittelschichten (Angestellte und Beamte). Hier liegen also deutliche Parallelen zum klassen- und schichtorientierten Wählerverhalten des Wiener Elektors vor, wenn auch hier wieder warnend vermerkt werden muß, daß diese hohen Koeffizienten nicht zu Schlußfolgerungen auf der Individualebene verleiten dürfen. Tatsächlich entscheidend für die inhaltliche Bewertung ist der scharfe Kontrast der starken statistischen Beziehungen für beide konfessionell gegensätzlichen Metropolen, die, wie frühere Forschungen zeigten¹²⁾, im übrigen Reich nicht in dieser eindeutigen Ausprägung vorzufinden waren. Dort zeigte sich die NSDAP vor 1933 ähnlich wie die katholische Zentrumsparterie auf Kreisebene als die sozialstrukturell mit Abstand ausgeglichene Gruppierung¹³⁾.

Fazit dieses "Metropolenvergleiches" ist die Erkenntnis, daß auf der Ebene der Stadtbezirke ein ausgeprägtes Klassenwahlverhalten charakteristisch war. Desweiteren war die Tatsache, ob anteilmäßig viele oder wenige Arbeiter in einem Stadtbezirk wohnten, für das Abschneiden der NSDAP von wichtiger Bedeutung: Die Mobilisierungsbarrieren waren dort besonders hoch, wo der Anteil der Arbeiter ebenfalls höher lag und gleichzeitig die Anzahl der Angestellten und Beamten zurückging. Man kann in diesem Zusammenhang von einem Immunisierungseffekt des Arbeitermilieus ausgehen, der im katholischen Wien und im protestantischen Berlin ähnlich stark wirkte.

5. Wahlverhalten im übrigen Österreich

Österreich war im Vergleich zum Deutschen Reich ein städtearmes Land. Wie Robert *Danneberg*, ein zeitgenössischer SDAP-Politiker und meines Wissens der einzige (Wiener) Wahlanalytiker jener Tage, anmerkte, gab es nach der österreichischen Volkszählung 1923 nur 10 Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern (ohne Wien). Insgesamt waren nur 181 Orte mit mehr als 3.000 Einwohnern verzeichnet, und diese hatten zusammen eine geringere Bevölkerungszahl als Wien allein¹⁴⁾.

Es werden noch deutliche Unterschiede im Wahlverhalten der Österreicher evident, wenn trotz des niedrigen Niveaus der Verstädterung die Ortsgröße der Gemeinden in Beziehung gesetzt wird mit der Stärke der Parteienlager. Den Effekt der Verstädterung zeigt Tabelle 6, dort sind die Mittelwerte der Wähleranteile

12) Dirk Hänsch, Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik (Duisburg, 1983); Falter et al., Wahlen und Abstimmungen.

13) Siehe dazu beispielsweise Falter/Hänsch, op. cit., S. 195, Tabelle 4; Falter et al., op. cit., S. 170 analog zu S. 166.

14) Robert Danneberg, Die politischen Parteien in Deutschösterreich (Wien 1927), S. 15.

nach fünf verschiedenen Ortsgrößenklassen angegeben. Der generelle Trend wird dort erkennbar: die Linke nimmt mit wachsender Ortsgröße zu, der bürgerliche Block und das christlichsoziale Lager nehmen ab, während für das großdeutsche Lager (Schober-Block) 1930 aufgrund der unterschiedlichen bundeslandspezifischen Bündnispolitik kein eindeutiger Trend auszumachen ist. Auch für die österreichische Provinz gilt, daß die Linke generell mit zunehmender Kontextgröße einflußreicher wurde. In kleinen, überschaubaren sozialen Netzwerken, die traditionell starke landwirtschaftliche Züge trugen und konfessionell stark durchdrungen waren (wie in Österreich), erreichte der gesamte bürgerliche Block durchschnittlich einen Anteil von über 70 Prozent, die Linke dagegen magere 11 - 12 Prozent.

In unserem Fall ist die NSDAP wieder von vorrangigem Interesse. 1930 ist nach den Ergebnissen der Nationalratswahl kein deutlicher Effekt nach Ortsgrößenklasse auszumachen, was möglicherweise auch daran liegt, daß sie in etwa 40 Prozent aller 4.375 Gemeinden überhaupt keine einzige Stimme erhielt. 1932 deutet sich schließlich an, daß diese Partei ebenfalls mit wachsender Kontextgröße ihren Einfluß vergrößern konnte. Wie aber weitergehende Analysen nach einzelnen Bundesländern ergaben, die hier aus Platzgründen nicht vorgeführt werden können, trifft diese Aussage lediglich für Niederösterreich, nicht jedoch für die Bundesländer Salzburg und Vorarlberg zu. Der quantitative Einfluß Niederösterreichs (mit 1.718 von 1.965 Gemeinden) "überlagert" hier das Ergebnis.

Der Befund, daß die Linke in der "verstäderten" Peripherie stärker war als in der ländlichen, wo die Christlichsozialen bzw. der gesamte bürgerliche Block beherrschend war, hängt stark mit der dort vorherrschenden Wirtschaftsweise zusammen. In kleineren und kleinsten Gemeinden überwog meistens die Land- und Forstwirtschaft, in mittleren und größeren Kontexten hatte sich die Industrie und das Gewerbe und/oder der Dienstleistungssektor durchgesetzt.

Tatsächlich belegen weitere Analysen die zentrale Schlüsselposition von Landwirtschaft bzw. Industrie und Gewerbe für die Erklärung des Wahlverhaltens der österreichischen Bevölkerung außerhalb Wiens (und auch noch heute) 15). Der zuvor dargelegte Gegensatz des Wahlverhaltens in ländlicher bzw. verstädeter Peripherie basiert damit im wesentlichen auf dem Cleavage agrarische versus industrialisierte Peripherie.

Die entsprechenden Korrelationskoeffizienten in Tabelle 7 zeigen Symmetrien in Koeffizientenhöhe und -vorzeichen. Der Einfluß der Linken wuchs mit zunehmendem Durchsetzungsgrad des Industrie- und Gewerbesektors und nahm umgekehrt ab, je stärker die landwirtschaftliche Produktionsweise dominierte.

Bei den Christlichsozialen ist genau wieder das Gegenteil der Fall. Die ländliche, vom Agrarsektor lebende Bevölkerung war, wie die zu Tabelle 7 gehörende

15) Vgl. beispielsweise den Aufsatz von Hans P o i n t n e r, Praktische Wahlforschung in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2 (1986), S. 207.

Tabelle 6:
Der Zusammenhang zwischen Ortsgröße (kategorisiert) und Wahlverhalten in Österreich ohne Wien, in Prozenten

	bis 499	500 - 999	1.000 - 1.999	2.000 - 4.999	über 5.000 Einwohner
Linke 1930	11,9	17,0	23,5	33,9	43,1
Linke 1930 (Teil)	13,0	19,5	26,3	38,8	43,5
Linke 1932 (Teil)	11,7	17,6	24,4	36,8	40,9
Bürgerliche 1930	71,9	66,4	60,2	51,1	43,4
Bürgerliche 1930 (Teil)	69,8	63,7	58,1	46,9	43,1
Bürgerliche 1932 (Teil)	59,7	53,4	47,2	36,3	30,1
- Christlichsoziale 1930	53,7	47,0	41,1	31,4	20,6
- Christlichsoziale 1930 (Teil)	58,5	51,1	44,5	31,5	23,7
- Christlichsoziale 1932 (Teil)	55,3	49,3	42,5	31,7	24,6
- Schober-Block 1930	12,0	11,0	8,8	9,3	12,8
- Schober-Block 1930 (Teil)	6,5	6,5	6,7	8,6	13,7
NSDAP 1930	1,9	2,0	2,2	3,2	4,2
NSDAP 1930 (Teil)	3,0	3,3	2,7	3,7	4,0
NSDAP 1932 (Teil)	9,1	10,1	10,7	12,8	15,9
N 1930	1.812	1.245	863	370	85
N 1932	998	495	299	131	42

Abk.: "N" = Anzahl der zugrundeliegenden Gemeinden.

Anm.: Die Auswertungen für "1930 Teil" und "1932 Teil" erfolgten nur in den Bundesländern Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg.

Tabelle 7:

Der Zusammenhang zwischen der Gliederung der Bevölkerung nach Wirtschafts-
abteilungen und den Stimmenanteilen der Parteien(lager) in Österreich ohne
Wien, Pearson'sche Korrelationskoeffizienten $\times 100$, sowie durchschnittliche
Wähleranteile nach dominierender Wirtschaftsabteilung, in Prozenten.

	Korrelationen			Prozentuale Anteile		
	L	D	I	L	D	I
Linke 1930	- 74	+ 45	+ 73	15,9	37,2	43,3
Linke 1930 (Teil)	- 75	+ 38	+ 75	15,0	33,6	45,5
Linke 1932 (Teil)	- 73	+ 35	+ 75	13,3	30,3	43,6
Bürgerliche 1930	+ 66	- 42	- 61	67,2	47,0	44,0
Bürgerliche 1930 (Teil)	+ 72	- 41	- 66	67,8	48,8	42,2
Bürgerliche 1932 (Teil)	+ 72	- 47	- 61	57,3	34,6	31,5
- Christlichsoziale 1930	+ 62	- 47	- 50	47,8	22,0	25,4
- Christlichsoziale 1930 (Teil)	+ 77	- 55	- 61	55,2	27,1	27,2
- Christlichsoziale 1932 (Teil)	+ 73	- 51	- 59	52,6	28,3	27,3
- Schober-Block 1930	- 02	+ 17	- 14	10,2	14,7	9,3
- Schober-Block 1930 (Teil)	- 36	+ 49	+ 11	6,1	15,6	9,5
NSDAP 1930	- 31	+ 32	+ 15	1,8	4,9	3,5
NSDAP 1930 (Teil)	- 13	+ 19	- 01	2,8	5,2	3,4
NSDAP 1932 (Teil)	- 35	+ 46	+ 08	9,4	18,7	12,8
N 1930				3.566	122	657
N 1932 (Teil)				1.539	357	68

Abk.:

"N" = Anzahl der zugrundeliegenden Gemeinden.

"L" = Dominierender Sektor: Landwirtschaft

"D" = Dominierender Sektor: Dienstleistungen

"I" = Dominierender Sektor: Industrie und Gewerbe

Anm.:

Die Auswertungen für "1930 Teil" und "1932 Teil" erfolgten nur in den Bun-
desländern Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg.

Mittelwertberechnung nach der dominierenden Wirtschaftsabteilung zeigt, fest an der Seite des bürgerlichen Blockes, insbesondere des christlichsozialen Lagers. Die Christlichsozialen agierten anders als in der Metropole Wien hier als Partei der Landbevölkerung und der agrarischen Interessen; dagegen stützte sich die SDAP ähnlich wie in Wien auch in der Provinz auf solche Gemeinden, in denen die dem Industrie- und Gewerbesektor zuzurechnende Bevölkerung stärker vertreten war.

Im Unterschied dazu fallen die statistischen Beziehungen mit den Anteilen des Dienstleistungssektors, in dem Zahl und Umfang der sogenannten Mittelschichten am fortgeschrittensten waren, mit Ausnahme des großdeutschen Lagers (Schober-Block) in Teilösterreich eher moderat aus und leisten damit im Gegensatz zu den beiden erwähnten Sektoren weitaus weniger statistische Erklärungskraft zum Verständnis des Wahlverhaltens 16).

Die NSDAP-Stimmenanteile variieren nicht oder nur schwach mit der Wirtschaftsgliederung in der Provinz. Es überwog die Tendenz, daß die österreichischen Nazis erstens in solchen Gemeinden besser abschnitten, wo die Landwirtschaft eine untergeordnete Rolle spielte, und zweitens war sie im nichtlandwirtschaftlichen Bereich dort stärker, wo der angestelltenstarke Dienstleistungsbereich am ausgeprägtesten war. Die Hauptrekrutierungsquellen der NSDAP waren nicht primär entlang der Scheidelinie agrarische versus industriell/gewerbliche Peripherie angesiedelt, sondern sie lagen sozusagen übergreifend quer dazu 17). Deshalb zeigt hier die NSDAP keine stark polarisierenden Koeffizienten wie die beiden politischen Hauptkontrahenten. Einen spürbaren Einbruch in die Wählerschaft der Linksparteien oder des christlichsozialen Lagers gelang ihr bei den drei Landtagswahlen 1932 nicht, d.h. die soziale Wählerbasis von SDAP und CSP im agrarischen und gewerblich/industriell geprägten Österreich blieb weitgehend stabil.

Ähnlich deutliche Gegensätze sind dann auszumachen, wenn die Wähleranteile mit der Sozialstrukturgliederung auf politischer Bezirksebene korreliert werden. Erwartungsgemäß ist bei beiden Lagern, wie Tabelle 8 zeigt, eine starke Polarisierung in der Höhe und im Vorzeichen der Koeffizienten sichtbar: die CSP fand ihre politische Wählerbasis vorrangig in den ländlichen Gebieten mit hohen Bauernanteilen, während die SDAP in Regionen mit hohen Arbeiteranteilen erfolgreicher abschnitt. In dieses Grundschema fügen sich auch die übrigen Koeffizienten ein. Kontrastierend zu dieser deutlichen sozialstrukturellen Abstützung der politischen Hauptkontrahenten sind die statistischen Beziehungen der NSDAP wiederum nicht so polarisierend ausgeprägt, sondern auffällig moderat. Nur die Angestelltenanteile zeigen 1932 schwache Ansätze einer po-

16) Dies kommt auch deutlich bei multiplen Regressionen zum Ausdruck, die aus Platzgründen hier nicht dargestellt werden können.

17) Die NSDAP-Wahlerfolge waren übrigens vorwiegend in Provinzhauptstädten am höchsten, wo auch der Dienstleistungssektor am fortgeschrittensten war.

Tabelle 8:

Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und den Wähleranteilen ausgewählter Parteien(lager) bei der Nationalratswahl 1930 und der Landtagswahl 1932 in Österreich ohne Wien auf politischer Bezirksebene (N = 90 bzw. N = 34), Pearson'sche Korrelationskoeffizienten x 100

	1	2	3	4	5	6
Linke 1930	- 75	+ 57	- 50	+ 74	+ 89	- 80
Linke 1930 (Teil)	- 84	+ 47	- 54	+ 66	+ 95	- 81
Linke 1932 (Teil)	- 82	+ 43	- 53	+ 65	+ 94	- 79
Bürgerliche 1930	+ 66	- 44	+ 38	- 61	- 75	+ 68
Bürgerliche 1930 (Teil)	+ 76	- 40	+ 45	- 53	- 86	+ 68
Bürgerliche 1932 (Teil)	+ 79	- 57	+ 51	- 48	- 83	+ 67
- Christlichsoziale 1930	+ 69	- 51	+ 31	- 57	- 59	+ 62
- Christlichsoziale 1930 (Teil)	+ 82	- 64	+ 56	- 66	- 81	+ 80
- Christlichsoziale 1932 (Teil)	+ 79	- 57	+ 51	- 56	- 81	+ 71
- Schober-Block 1930	+ 13	+ 22	- 20	+ 00	- 26	+ 10
- Schober-Block 1930 (Teil)	+ 07	+ 61	- 54	+ 35	- 13	- 30
NSDAP 1930	- 20	+ 23	- 10	+ 26	+ 10	- 28
NSDAP 1930 (Teil)	+ 28	- 16	+ 09	- 20	- 28	+ 27
NSDAP 1932 (Teil)	- 02	+ 34	- 17	+ 00	- 06	- 04

Abk.:

“%” = Mittelwerte der Sozialstrukturkategorien, Prozentuierungsbasis ist die Anzahl der Erwerbspersonen.

1 = Selbständige insgesamt

2 = Angestellte insgesamt

3 = Beschäftigte landwirtschaftliche Arbeiter

4 = Beschäftigte nichtlandwirtschaftliche Arbeiter

5 = Arbeitslose Arbeiter

6 = Mithelfende insgesamt

Anm.:

Die Mittelwerte der Sozialstrukturvariablen sind in Tabelle 2 enthalten.

Die Auswertungen für “1930 (Teil)” und “1932 (Teil)” erfolgten nur in den Bundesländern Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg.

sitiven Assoziation. Doch die Schlußfolgerung liegt nahe, daß die soziale Wählerbasis der NSDAP im peripheren Österreich anders als in Wien offensichtlich stärker einen klassen- und schichtenübergreifenden Charakter besaß. Ihr Rekrutierungsmuster lag somit "quer" zu den traditionell gegensätzlichen Klassen- und Schichtgrenzen, d.h. sie speiste sich außerhalb Wiens nicht vorrangig aus einer oder wenigen, sondern aus mehreren Schichten. Den statistischen Befunden nach war allenfalls eine strukturelle Schwäche dieser Partei unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu erkennen: dort gab es stärkere Mobilisierungsbarrieren.

Für diese Erkenntnis sprechen auch die Resultate einer Wählerwanderungsanalyse der NSDAP-Wähler von 1932 in den drei genannten Bundesländern. Die aus multiplen ökologischen Regressionen gewonnenen Schätzwerte geben in etwa die Größenordnungen des Wählertransfers 1932 im Vergleich zur Nationalratswahl 1930 an 18). Demnach setzte sich die NSDAP-Wählerschaft 1932 außerhalb Wiens wie folgt zusammen: 17 Prozent ehemalige Nichtwähler, 23 Prozent ehemalige Linkswähler, 11 Prozent frühere CSP- und 13 Prozent ehemalige NSDAP-Wähler, 23 Prozent frühere Schober-Block-Wähler und 13 Prozent Wähler einer sonstigen (bürgerlichen) Partei. Nach diesen Schätzungen war das NSDAP-Wahlvolk mit seinen 12 Prozent Anteil am Gesamtelektorat zwar mehrheitlich bürgerlicher politischer Herkunft, aber anteilmäßig dennoch erstaunlich pluralistisch zusammengesetzt 19).

5.1 Österreich und Bayern in vergleichender Betrachtungsweise

Ein Blick über die Grenzen Österreichs und auf Vergleiche mit Ergebnissen der deutschen Reichstagswahlen sollen im folgenden die Ausführungen abrunden und abschließen. Es soll analog zum Städtevergleich zunächst das Entwicklungsniveau des Stimmenanteils der österreichischen NSDAP 1932 beurteilt werden, um anschließend die Frage zu klären, ob auch in der österreichischen Provinz der Wählereinfluß der NSDAP gleichauf zu den deutschen NS-Stimmenergebnissen lag, oder ob er wesentlich niedriger war. Anschließend werden die sozialstrukturellen Zusammenhänge verglichen.

Es ist sinnvoll, nicht das gesamte oder nur das ländliche Deutsche Reich heranzuziehen, sondern eine zum peripheren Österreich ähnlich strukturierte Teil- oder Subpopulation, die wesentliche Bedingungen (Konfession, Sozialstruktur, Urbanisierung) nahezu erfüllt. Am ehesten sind das die Land- und

18) Einzelheiten zum Verfahren der multiplen ökologischen Regressionen und den Voraussetzungen siehe Jan-Bernd L o h m ö l l e r und Jürgen W. F a l t e r, Some Further Aspects of Ecological Regression Analysis, in: *Quality and Quantity* 20 (1986), S. 109 - 125.

19) Von der Spenderseite her gesehen stellen sich die Größenordnungen wie folgt dar: 19 Prozent der Nichtwähler 1930 stimmten bei der Folgewahl für die NSDAP, 9 Prozent der Linkswähler, 3 Prozent der Christlichsozialen, 32 Prozent der Schober-Block-Wähler, 46 Prozent der NSDAP-Wähler und 22 Prozent des restlichen bürgerlichen Lagers 1930 wanderten bei der Folgewahl zur NSDAP ab.

Stadtkreise von Niederbayern und Oberbayern-Schwaben, die die Wahlkreise 24 und 25 des Deutschen Reiches bildeten. Sowohl geographisch, konfessionell (90,9 Prozent Katholiken), mentalitätsmäßig und sozialstrukturell kommt dieses Gebiet, in dem nur 36 Prozent der Einwohner in Orten über 5.000 Einwohner lebten und der Anteil der Berufszugehörigen in der Landwirtschaft 37,8 Prozent betrug, dem Teil Österreichs noch am nächsten, der hier im Vordergrund der Analyse steht.

In diesem Gebiet erzielte die NSDAP mit Ausnahme 1928 im Vergleich zum Reich nur unterdurchschnittliche Stimmenanteile. Das lag zum einen sicherlich an der bis Ende 1932 anhaltenden hohen chronischen Nichtwählerquote (23 bis 28 Prozent, damit 5 bis 7 Prozent über dem Reichsdurchschnitt), zum anderen aber in erster Linie an den Mobilisierungsbarrieren, die der NSDAP insbesondere in ländlich strukturierten katholischen Regionen vor 1933 sehr stark zu schaffen machten. Erst mit der Märzwahl 1933 gelang ihr in diesen Kreisen auch der Einbruch in die katholische Landbevölkerung auf breiter Front. Über die Höhe der NSDAP-Anteile und über die wichtigsten sozial-strukturellen Merkmale gibt Tabelle 9 einen Überblick 20).

Die Anteile der österreichischen NSDAP aus den drei Teilwahlen 1932 erreichten zusammengenommen gerade das Ergebnis vom September 1930 im katholischen Altbayern (siehe Tabelle 1 und Tabelle 9) 21). Eine Ausnahme ist die Salzburger Landtagwahl mit einer NS-Quote von 16,2 Prozent, das fast die bayerischen Nazianteile einholte. In den anderen beiden österreichischen Bundesländern Niederösterreich (11,9 Prozent) und Vorarlberg (9,5 Prozent), das erst Anfang November 1932 als letztes Bundesland wählte, erreichte die österreichische Nazi-Wählermobilisierung größtmäßig nicht das bayerische Niveau.

Mit Blick auf Tabelle 10, in der die sozialstrukturellen Korrelate mit der NSDAP aufgeführt sind, ist ein über Zeit allmählicher Hochburgen- und Cleavagewechsel in der Wählerbasis der NSDAP zu erkennen, der sich im Vorzeichenwechsel und in einer Abflachung der Koeffizienten statistisch manifestierte. Spät, aber für den Beobachter noch sichtbar, hat sich Anfang 1933 im katholischen Bayern ein Prozeß vollzogen, der im übrigen protestantischen Reich schon viel früher (1930) vonstatten ging: der Einbruch in die Landbevölkerung und die da-

20) Obwohl die Zuordnungskriterien zu den Volkszählungskategorien zwischen beiden Ländern nicht immer vollständig deckungsgleich waren, geben doch die in Tabelle 9 angeführten Ziffern ein annähernd vergleichbares Bild der ökonomischen Gliederung.

21) Auch wenn nur das katholischere Niederbayern, in dem sogar über 50 Prozent der Bevölkerung dem Landwirtschaftssektor zuzurechnen war, zum Vergleich herangezogen wird, reichen die Teilwahlergebnisse Österreichs nicht an die Reichspräsidenten- bzw. Reichstagswahlergebnisse von März, April und Juli 1932 heran: dort erzielte die NSDAP 1930 8,8 Prozent, im 1. Wahlgang Reichspräsidentenwahlen März 1932 17,8 Prozent, im 2. Wahlgang April 1932 18,6 Prozent, Reichstagswahl Juli 1932 15,0 Prozent und November 1932 12,8 Prozent.

Tabelle 9:

Die wirtschaftliche Gliederung und die konfessionelle Struktur der Bevölkerung in Nieder- und Oberbayern/Schwaben laut Volkszählungen im Vergleich zu Österreich ohne Wien bzw. Teillösterreich, sowie die Wähleranteile der wichtigsten Parteien(lager) in Bayern (untere Tabellenhälfte), in Prozenten

	Bayern		Österreich ohne Wien	Österreich (Teil)
Wirtschaftliche Gliederung:				
Berufszugehörige in:				
Land- und Forstwirtschaft	37,8	37,5	33,6	
Industrie und Gewerbe (Deutsches Reich:				
Industrie und Handwerk)	29,1	28,6	31,3	
Dienstleistungen	21,7	17,6	18,1	
Berufslose	10,6	13,8	14,3	
Konfessionelle Gliederung:				
Katholikenanteil an d. Wohnbevölkerung	90,9	94,9	96,3	
	1928	1930	1932J	1932N
Linke (SPD + KPD)	16,9	17,5	17,5	15,8
Bürgerliche	51,6	48,3	40,8	35,1
- davon BVP	26,2	28,7	31,5	27,5
NSDAP	3,7	11,4	19,1	34,6
Nichtwähler	28,2	22,9	22,7	14,5

Anm.:

Es liegen die Volkszählungsergebnisse von 1925 (Wirtschaftliche Gliederung) und von 1933 (Konfession) für Altbayern zugrunde.

Tabelle 10:

Bivariate Korrelationen der Sozialstrukturvariablen mit den NSDAP-Wähleranteilen in Nieder- und Oberbayern/Schwaben (auf Kreisebene, N = 106), Pearson'scher Korrelationskoeffizient x 100

	1928	1930	1932J	1932N	1933
Berufszugehörige in:					
Land- und Forstwirtschaft	- 87	- 81	- 39	- 26	+ 24
Industrie und Handwerk	+ 70	+ 63	+ 31	+ 23	- 31
Dienstleistungen	+ 88	+ 83	+ 40	+ 25	- 16

Anm.:

Prozentuierungsbasis bei den Berufszugehörigen (1925) ist die Wohnbevölkerung 1925.

Tabelle 11:

Die durchschnittlichen Wähleranteile der Bayerischen Volkspartei (BVP) und der NSDAP bei den Reichstagswahlen in Nieder- und Oberbayern/Schwaben (auf Kreisebene, N = 106) nach dominierender Wirtschaftsabteilung (einfache relative Mehrheit), in Prozenten

	Dominierende Wirtschaftsabteilung		
	Landwirtschaft	Industrie/ Handwerk	Dienst- leistungen
Bayerische Volkspartei:			
Reichstagswahl 1928	28,9	23,2	21,5
Reichstagswahl 1930	32,0	25,7	22,7
Reichstagswahl 1932, Juli	35,4	25,7	25,4
Reichstagswahl 1932, November	32,6	23,8	23,1
Reichstagswahl 1933	30,0	24,5	23,3
NSDAP:			
Reichstagswahl 1928	2,0	5,3	6,8
Reichstagswahl 1930	8,3	13,6	17,0
Reichstagswahl 1932, Juli	17,2	21,0	22,3
Reichstagswahl 1932, November	15,3	18,3	18,0
Reichstagswahl 1933	35,6	31,5	33,4

Tabelle 12
 Der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Gliederung der Bevölkerung und den Wähleranteilen der NSDAP in Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg bei der Nationalratswahl 1930 und Landtagswahl 1932, Pearson'scher Korrelationskoeffizient und Prozentauszählung

	Landwirtschaft		Industrie/ Handwerk		Dienst- leistungen	
	r	%	r	%	r	%
Niederösterreich 1930	- 12	3,2	- 02	3,6	+ 22	6,5
Niederösterreich 1932	- 34	9,2	+ 09	12,7	+ 46	19,2
Salzburg 1930	- 34	2,0	+ 22	3,8	+ 33	4,2
Salzburg 1932	- 48	11,7	+ 28	20,2	+ 48	20,4
Vorarlberg 1930	- 50	0,4	+ 49	1,3	+ 21	1,1
Vorarlberg 1932	- 52	6,0	+ 47	10,7	+ 34	11,2

Abk.:

“r” = Korrelationskoeffizient; “%” = Durchschnittlicher Stimmenanteil in Prozent

Lesehilfe: Bei der Nationalratswahl 1930 erreichte die NSDAP in Niederösterreich dort durchschnittlich 3,2 Prozent der Stimmberechtigten, wo der Landwirtschaftssektor die einfache Mehrheit stellte etc. Die bivariante Korrelation mit den Anteilen dieses Sektors liegen mit -12 in der Nähe von Null und deuten auf keinen linearen Zusammenhang hin.

mit verbundene Veränderung der Hauptrekrutierungsfelder. Dieser Wandel der Wählerrekrutierung kündigte sich bereits vor 1933 an, erhielt aber starke zusätzliche Schubkraft durch die Übernahme der Reichskanzlerschaft durch Adolf Hitler Ende Januar 1933. Tabelle 11 verdeutlicht diesen Befund durch einen Mittelwertvergleich der Stimmenergebnisse der katholischen Bayerischen Volkspartei (BVP) und der NSDAP nach dominierender Wirtschaftsabteilung.

Mit Rückblick auf Tabelle 7 wird deutlich, daß die österreichische NSDAP 1932 von diesem Durchbruch noch weit entfernt war. Wie schon erwähnt, lagen ihre Hauptrekrutierungsfelder und Hochburgen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich, insbesondere in Gemeinden mit starker Dienstleistungsstruktur. Dies lassen auch die Ergebnisse der Tabelle 12 erkennen, in der die Korrelate und die durchschnittlichen Stimmenanteile nach Bundesländern ausgewiesen sind. Koeffizientenhöhe und -vorzeichen bestätigen dort noch einmal die getroffenen Feststellungen.

6. Resümee

Die Analysen begannen mit einem Blick auf die evidente Gegensätzlichkeit von Zentrum und Peripherie. In der Metropole Wien dominierte die Linke, in der Provinz der bürgerliche Block mit seinen beiden Lagern, den Christlichsozialen und Großdeutschen. Innerhalb Wiens zeigten sich scharfe Gegensätze im Wahlverhalten, so daß die Annahme eines ausgeprägten Klassenwahlverhaltens der Wiener Bevölkerung nahelag. Schober-Block, Christlichsoziale und NSDAP fanden ihre Wählerbasis überwiegend in bürgerlich geprägten Stadtteilen. Die gutorganisierte Arbeiterbewegung und die Parteibindungen zur SDAP (oftmals auch schon im vopolitischen Raum) bildeten eine erkennbare Mobilisierungsbarriere für die Nazis. In vergleichender Perspektive ließen die Wiener Ergebnisse schließlich bei aller Unterschiedlichkeit starke Parallelen zu Berlin erkennen, was sowohl das "voting along the class lines" als auch die relative Immunität der großstädtischen Arbeiterschaft betrifft. Vom zeitlichen Entwicklungsniveau des NSDAP-Wählereinflusses her gesehen hinkten trotz der beachtlichen Stimmenanteile die österreichischen Nazis noch hinter ihren deutschen Glaubensgenossen in katholischen Arbeiterstädten hinterher, wenn als Vergleichsmaßstab die Juliwahl 1932 in Deutschland zugrundegelegt wird 22).

Außerhalb Wiens verhielt sich vieles anders. Die traditionelle Konfliktlinie zwischen dem linken und dem christlichsozialen Lager verlief entlang dem Cleavage "agrarische versus industriell-gewerbliche Struktur". Die Christlichsozialen saßen sattelfest in kleinen agrarischen Landgemeinden und Dörfern, während die

22) Das ändert sich übrigens auch dann kaum, wenn anstelle der Ergebnisse der Juli-Reichstagswahl die Ergebnisse des zweiten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl im April 1932 herangezogen werden: die NSDAP-Anteile liegen in beiden Fällen nur wenige Prozentpunkte auseinander.

Linke genau wie in Wien ihren Einfluß in dominant industriellen Regionen hielt. Je entwickelter und größer der industriell-gewerbliche Kontext und schließlich die damit verbundene Arbeiterschaft, desto besser schnitt die SDAP bei Wahlen ab. Die soziale Wählerbasis der NSDAP war dagegen einerseits von ihrer Herkunft her erstaunlich pluralistisch zusammengesetzt mit einem beachtenswerten Anteil ehemaliger Linkswähler, andererseits zeigte eine einfache Korrelationsanalyse und Prozentauszählung, daß die Mobilisierung der Naziwähler nicht primär entlang der oben genannten traditionellen Scheidelinie folgte. Am ehesten taten sich unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung Mobilisierungsbarrieren auf, so daß zumindest dieser Sektor zu den eher marginalen NS-Rekrutierungsfeldern zählte, wohingegen die Erfolge dort am größten ausfielen, wo ein entwickelter Dienstleistungssektor existierte. Hier waren offenkundig Parallelen zwischen der NSDAP 1932 und dem durch den Schober-Block repräsentierten Teil des großdeutschen Lagers unverkennbar, was hier einmal mehr die Sogwirkung der NSDAP auf die großdeutsch orientierte Wählerschaft dokumentiert.

Die Schlußfolgerung aus dem Vergleich der österreichischen Provinz mit dem katholischen Bayern könnte in der Erkenntnis liegen, daß die Wählermobilisierung der katholischen Landbevölkerung im peripheren Österreich eine der wesentlichen Voraussetzungen, wenn nicht sogar die Hauptbedingung für Übergang und Durchbruch zu einer einflußreichen politischen Massenpartei mit entsprechendem parlamentarischen Einfluß war. Von diesem Ziel aber war die NSDAP im April und erst recht im November 1932, das zeigten die Ergebnisse in Vorarlberg, noch weit entfernt. Im katholischen und ländlichen Bayern sind ihr größere Erfolge 1933 erst durch eine stärkere Mobilisierung im Landwirtschaftssektor, vor allem unter den früheren Nichtwählern, geglückt. Das geschah sicherlich in erster Linie unter dem Eindruck der beginnenden Reichskanzlerschaft Adolf Hitlers.

Andererseits, so muß einschränkend bemerkt werden, war in Österreich das Potential an chronischen Nichtwählern, von einigen Bundesländern wie Salzburg abgesehen, relativ niedrig, so daß hier eine analog zu Bayern vollzogene Ausschöpfung schnell ihre Grenzen gefunden hätte. Der Spielraum zur Rekrutierung neuer Wählerschichten war in Österreich deutlich enger gezogen, denn die beiden relativ resistenten Lager erreichten zusammen bereits zwischen 67 und 70 Prozent der Wahlberechtigten (in Bayern etwa 46 bis 49 Prozent BVP- und Linkswähleranteile).

Wie die Wahlentwicklung in Österreich verlaufen wäre, nachdem die NSDAP im Januar 1933 die Macht im Deutschen Reich übernahm, läßt zu allerlei Spekulationen ein 23). Gesichert scheint aber, daß unter halbwegs normalen parla-

23) So erreichte beispielsweise die NSDAP bei der Gemeindevahl vom 23.4.1933 in Innsbruck rund 41 Prozent der gültigen Stimmen, womit sie zur stärksten Partei des Gemeindeparlamentes wurde. Vgl. hierzu S i m o n Political Parties, S. 300. Vgl. ferner Bruce F. P a u l e y, Hitler and the Forgotten Nazis. A History of Austrian National Socialism (Chapel Hill, 1981) S. 86.

mentarischen und politischen Bedingungen die NSDAP nicht so ohne weiteres in der Lage gewesen wäre, aus eigener Kraft heraus durch Wahlen die politische Hegemonie im katholischen Österreich (und Bayern) zu gewinnen. Die Strukturbedingungen, nämlich einerseits Katholizismus und ländliche Siedlungs- und Wirtschaftsweise im peripheren Österreich bzw. andererseits eine starke urbane politische Arbeiterbewegung in Wien, waren ähnlich ungünstig für die österreichische NSDAP-Wählermobilisierung wie die Voraussetzungen in Berlin und im katholischen Bayern.

Social Structure and Voting Behaviour in Denmark since 1920

Soeren Risbjerg Thomsen

Introduction

This is a report from a part of The Danish Ecological Election Project at the Institute of Political Science concerning the relation between the Danish class structure and voting behaviour since proportional representation was introduced in 1920. In this same year Denmark found its current geographical shape, when the Danish speaking part of Schleswig was united with the kingdom.

The results presented is based on a controversial methodology called "ecological inference" that has been subject to much debate since Robinson in 1950 denounced it as an "ecological fallacy". Simply put the problem of ecological inference is to estimate individual behaviour from purely geographically aggregated statistics. For example within electoral research the aim of ecological inference is to estimate tables of individual voter mobility and class voting from official geographical election and census statistics.

Although the practice of ecological inference is daring and risky it is at the same time very tempting because it holds the promise of providing electoral research with information that under normal circumstances when the ballot is secret is only possible to get with personal interviews. Especially in historical research the need for ecological inference is great, simply because we do not have information about past individual behaviour. Unfortunately to this day electoral research has not been very successful in designing valid methods for ecological estimation of individual voting behaviour 1).

In this perspective the present article presents estimates of class voting with an uncertain scientific status, since they are based on ecological inference.

A latent structure method for ecological inference

The methodology for ecological inference applied in this paper was developed by the author 2). It differs from the contemporary very prominent regression approach by applying correlations instead of regression coefficients. This is an unusual procedure because even among researchers indulging in the practice of ecological inference the consensus is that there is no certain relation between individual and ecological correlations.

In my opinion this consensus is only justified when applying the Pearson correlation on the individual as well as on the ecological level. On basis of a la-

1) Soeren Risbjerg Thomsen, *Danish Elections 1920 - 79. A Logit Approach to Ecological Analysis and Inference* (Aarhus, 1987), pp. 38 - 45.

2) *Ibid.*

tent structure theory of voting behaviour it can be shown that under certain circumstances the individual tetrachoric correlation is approximating the ecological Pearson logit correlation within a homogenous political region 3).

The following results is produced by a computer program, which by an iteration procedure constructs individual tetrachoric (four-fold) tables that simultaneously satisfy the hypothesis of identical individual and ecological correlation within homogenous political regions 4). Comparison with interview results since 1957 shows quite good correspondence between ecological estimates of class voting and interview results 5).

The Danish social structure since 1920

In this context social structure is narrowly defined as class relations. In comparison with most European countries the development of class relations in this century was rather peaceful in Denmark. The damages from the two world wars were limited and at least the urban industries endured the crises in international trade during the 1920's and 1930's. However, the strong reliance on agricultural export made the farmers vulnerable, when international demand on agricultural products was weak. Especially in the 1930's and the 1960's this explained the "escape to the city" of the farming population. After the Second World War this was not a very great problem, because the urban industries could employ most of the vacant labour. The development of the relative size of the social classes among all voters appear in figure 1.

The decrease of the farming population is intensified in the 1930's and the 1960's and most pronounced for farm labourers. The same pattern, but less strong, also holds for self-employed in urban industries. However, the strong reliance on agricultural export and the fact that the Danish industrial production was mainly oriented towards the home market until the 1960's, meant that the urban working class remained relatively small compared to other European countries. As we shall see this produced a serious problem for the Social Democratic Party which originally identified with the urban working class.

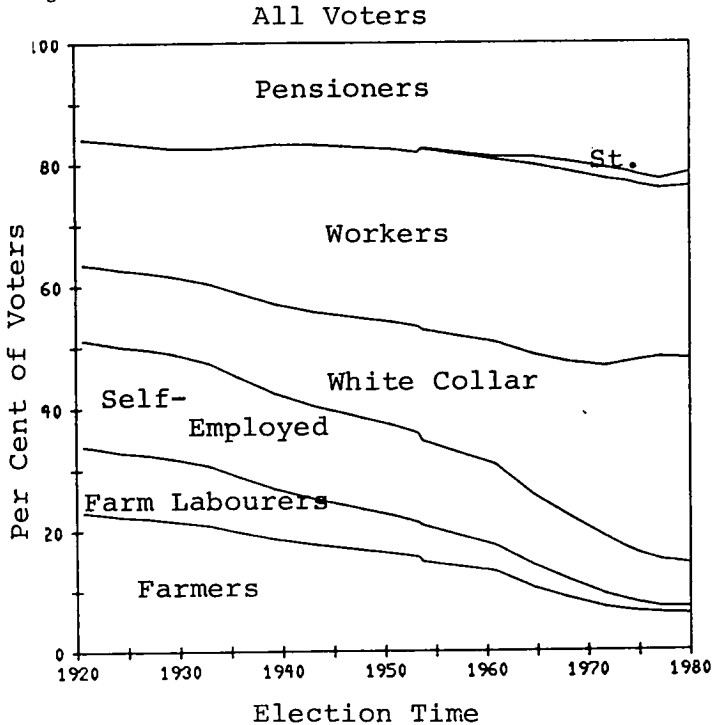
In the first few years after the Second World War intensified industrial production increased the urban working class. But in the 1960's growing industrial production, now also for export, mostly came about by increasing the productivity without increasing the relative size of the working class. Full employment was now sustained by vigorous growth in the public sector and witnessed by the growing number of people in white collar positions. This trend continued in the 1970's, but the size of the public sector was now threatening the national economy and employment.

3) *Ibid.*, pp. 48 - 63

4) Soeren Risbjerg Thomsen, *ECOL* version 1.1. A program for Ecological Inference, Reference Manual (Aarhus, 1987b).

5) S. R. Thomsen, *Elections*, pp. 92 - 97.

Figure 1: Development of the Danish Class Structure 1920 - 79



When considering the interaction between development of class relations and politics it is important to ask if the development of real income is parallel with a converging tendency among the different classes. The question is not finally answered by students of Danish social history, but the main impression is that this is what actually happened in Denmark - if one is prepared to overlook a few good and some bad years for the Danish farmers in comparison with the other social classes.

This main impression of relatively peaceful economic class relations in Denmark during this century is in the following text complemented by a main impression of relatively peaceful political relations - at least until it became difficult to handle the economic problems associated with the large public sector in the 1970's and 1980's.

The Danish party system since 1920

At the beginning of this century "the four old parties", Agrarian Liberals, Conservatives, Radical Liberals and Social Democrats, represented important social groupings in the Danish society. The rural part of the middle class (farmers) was represented by the Agrarian Liberals while the urban part of the

middle class (self-employed and white collar) was represented by Conservatives. The Social Democrats had very strong connections to the labour movement - particular within the urban industries - while the Radical Liberals spoke for the less well to do parts of the rural population (smallholders and farm labourers) but also for some segments of the urban middle-class (e.g. school-teachers and intellectuals). On basis of the cleavage between the working class and the middle class the left-right dimension was dominating Danish politics with the Social Democrats to the left, the Agrarian Liberals and Conservatives to the right, and the Radical Liberals in an intermediary position.

The introduction of proportional representation in 1920 can be considered as a compromise within the existing four party system. Against the opposition from the former dominating Agrarian Liberal Party, which benefited from the first-past-the-post system, the fast growing Social Democratic Party agreed with the two minor parties, Radical Liberals and Conservatives, to introduce proportional representation on the Social Democratic condition that the voting age was lowered from 30 to 25 years.

Proportional representation and the maximum 2 per cent threshold made it fairly easy for small parties to enter the Danish parliament (Folketinget), but until the Socialist People's Party was elected to the parliament in 1960 these small parties played only a minor role in Danish politics. In the 1970's three more parties, Christian People's Party, Center Democrats and the Progress Party became important political players.

The Danish multi-party system was in contrast to many other parliamentary democracies characterized by broad cooperation between most of the elected parties 6). This was not only a necessary deed to form majorities for legislation and government support - often more parties than necessary for gathering a majority participated in negotiations and compromises. Hence most legislation was supported by a very broad majority 7).

The typical Danish government since 1920 has been headed by a Social Democratic prime minister and has been supported by one or more of the small parties (very often the Radical Liberals) while the opposition has been headed by the two largest bourgeois parties, Agrarian Liberals and Conservatives. The opposition often termed themselves "the responsible opposition" because they participated in negotiations and compromises without being direct supporters of the government. When the Social Democrats were not in power, the government was usually based on cooperation between Agrarian Liberals and Conservatives,

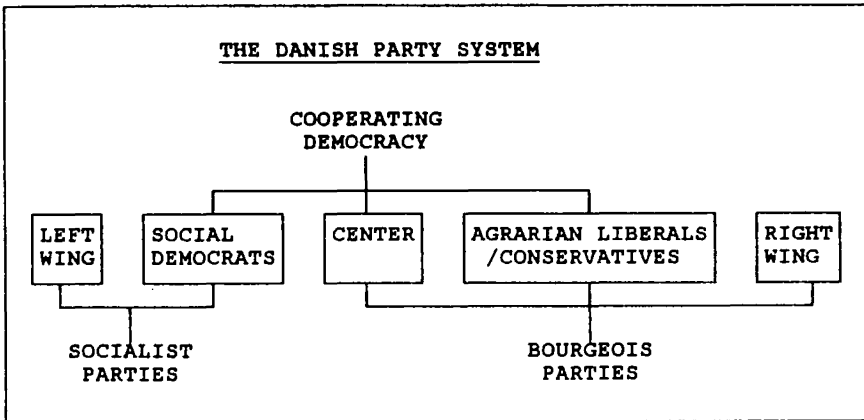
6) Erik D a m g a a r d , "Stability and Change in the Danish Party System over Half a Century", in: *Scandinavian Political Studies* 9 (1974), pp. 103 - 125; Mogens N. P e d e r s e n , "The Danish 'Working Multiparty System': Breakdown or Adaption?", in: H. D a l d e r (ed.), *Party Systems in Denmark, Austria, Switzerland, The Netherlands, and Belgium* (London, 1987), pp. 1 - 60.

7) Palle S v e n s s o n , *The Crisis of Democracy or the Democracy of the Crisis?* (Aarhus, 1983).

sometimes supported by one or more of the small parties - and now the Social Democratic Party was heading "the responsible opposition". It is the main impression, that until the beginning of the 1980's the Social Democrats were more skilled in "cooperation across the center" and thus most often acquired the government responsibility.

This dominating mode of cooperation in the Danish party system made room for three main groupings of small parties which shall be termed "the left wing", "the right wing" and "the center". The left and the right wing were the only groupings, which from each end of the left-right dimension criticized the cooperation across the center, while the center saw it as an important obligation to mediate between the Social Democrats on the one hand and the Agrarian Liberals and the Conservatives on the other hand.

Figure 2: The Danish Party System



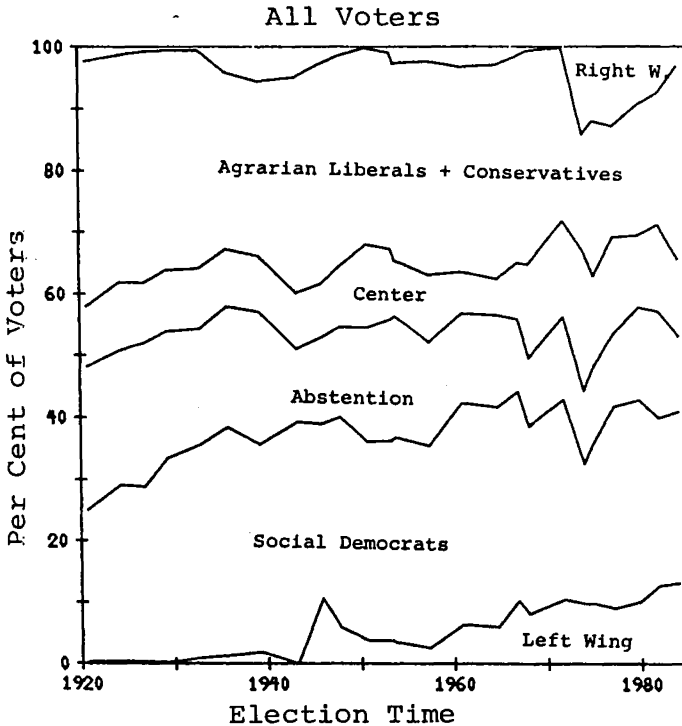
The "5 party-group-system" is pictured in figure 2. The three "responsible" groups of parties Social Democrats, center, and Agrarian Liberals/Conservatives are in Danish politics often called "the cooperating democracy" (det samarbejdende folkestyre) as indicated in the upper part of figure 2. Only on rare occasions did members of the cooperating democracy venture into parliamentary cooperation with members of the wings, and these attempts were usually rather unsuccessful regarding legislative results as well as subsequent voter support.

It is however important to stress, that the notion of cooperating democracy was much more important in the minds of the Danish politicians than in the minds of the Danish voters. From the point of view of the voters, the main distinction was between on the one hand "the socialist parties" (Social Democrats and left wing) and on the other hand "the bourgeois parties" (center, Agrarian Liberals, Conservatives and right wing) as indicated on the lower part of figure 2. So from the point of view of the politicians the opportunity of cooperation

across the center always entailed the risk of loosing votes to the wings conveyed by either the most socialist oriented or the most bourgeois oriented parts of the voters.

This is a well known dilemma in politics that in order to get practical political results by bargaining and compromising you face the risk of loosing votes at the next election. The extraordinary feature of the case of Denmark was that the extensive cooperation across the center for a very long period did not generate very much voter support for either the left or the right wing.

Figure 3: Support for Party Groups among all Voters 1920 - 84



The national election results since 1920 in percentages of valid votes are shown in table 1. The party groups are ordered according to the mentioned left-right dimension and within each group the parties are chronological ordered according to first time of appearance at general elections.

Figure 3 shows the development of the support for the five party groups together with abstention as percentages of all voters. The development shows a quite stable pattern in the relative strength of the different party groups. The steady growth of support for the Social Democratic Party since the 1890's continued until 1935 when a certain level of socialist support was set for many

Table 1: National Election Results 1920 - 87

Parties	Date: 09/21 Year: 1920	04/11 1924	12/02 1926	04/24 1929	11/16 1932	10/22 1935	04/03 1939	03/23 1943	10/30 1945	10/28 1947	09/05 1950	04/21 1953	09/22 1953	05/14 1957	11/11 1960	09/22 1964	11/22 1966	01/23 1968	09/21 1971	12/04 1973	01/09 1975	02/15 1977	10/23 1979	12/08 1981	01/10 1984	09/08 1987	
Left Wing	0.4	0.5	0.4	0.2	1.1	1.6	2.4	0.0	12.5	6.8	4.6	4.8	4.3	3.1	7.2	7.0	11.7	9.1	12.1	11.1	11.3	10.3	11.9	15.3	15.0	19.3	
Communists	0.4	0.5	0.4	0.2	1.1	1.6	2.4	.	12.5	6.8	4.6	4.8	4.3	3.1	1.1	1.2	0.8	1.0	1.4	3.6	4.2	3.7	1.9	1.1	0.7	0.9	
Socialist People's Party	6.1	5.8	10.9	6.1	9.1	6.0	5.0	3.9	5.9	11.3	11.5	14.6	
Left Socialists	2.0	1.6	1.5	2.1	2.7	3.7	2.7	2.7	1.4	
Communist Workers Party	0.4	0.1	.	.	
Socialist Workers Party	0.1	0.1	0.0	
Marxists-Leninists	0.0	0.0	
Humanistic Party	0.2	
Common Course	2.2	
Social Democrats	32.2	36.6	37.2	41.8	42.7	46.1	42.9	44.5	32.8	40.0	39.6	40.4	41.3	39.4	42.1	41.9	38.2	34.2	37.3	25.6	29.9	37.0	38.3	32.9	31.6	29.3	
Total socialist parties	32.6	37.1	37.6	42.0	43.8	47.7	45.3	44.5	45.3	46.8	44.2	45.2	45.6	42.5	49.3	48.9	49.9	43.3	49.4	36.7	41.2	47.3	50.2	48.2	46.6	48.6	
Center	12.6	14.0	12.6	12.5	12.1	11.7	11.5	10.3	10.0	11.4	16.4	14.2	11.3	13.1	8.0	6.9	10.5	17.0	18.1	25.9	16.4	17.6	13.8	17.1	14.3	15.2	
Radical Liberals	12.1	13.0	11.3	10.7	9.4	9.2	9.5	8.7	8.1	6.9	8.2	8.6	7.8	7.8	5.8	5.3	7.3	15.0	14.4	11.2	7.1	3.6	5.4	5.1	5.5	6.2	
Free Social Democrats	0.5
Justice Party	.	1.0	1.3	1.8	2.7	2.5	2.0	1.6	1.9	4.5	8.2	5.6	3.5	5.3	2.2	1.3	0.7	0.7	1.7	2.9	1.8	3.3	2.6	1.4	1.5	0.5	
People's Peace Party	0.3
Liberal Center	2.5	1.3
Christian People's Party	2.0	4.0	5.3	3.4	2.6	2.3	2.7	2.4	
Centre Democrats	7.8	2.2	6.4	3.2	8.3	4.6	4.8	
Pensioners Party	0.9
The Greens	1.3
Agrarian Liberals	34.0	28.3	28.3	28.3	24.7	17.8	18.2	18.7	23.4	27.6	21.3	22.1	23.1	25.1	21.1	20.8	19.3	18.6	15.6	12.3	23.3	12.0	12.5	11.3	12.1	10.5	
Conservatives	17.9	18.9	20.6	16.5	18.7	17.8	17.8	21.0	18.2	12.4	17.8	17.3	16.8	16.6	17.9	20.1	18.7	20.4	16.7	9.2	5.5	8.5	12.5	14.5	23.4	20.8	
Right Wing	2.3	1.1	0.1	0.0	0.1	4.2	6.3	5.5	3.1	1.2	0.0	0.8	2.7	2.3	3.3	2.9	1.6	0.5	0.0	15.9	13.6	14.6	11.0	8.9	3.6	4.8	
"Economic" Party	2.3	0.2
Farmer's Party	.	0.9
Self-Government Party	.	.	0.1
Nazi Party	0.1	1.0	1.8	2.1
Agrarians	3.2	3.0	1.2
National Union	1.0
Danish Union	0.5	2.2	3.1	1.2	.	0.8	.	.	.	0.4
Independent Party	2.7	2.3	3.3	2.5	1.6	0.5	
Progress Party	15.9	13.6	14.6	11.0	8.9	3.6	4.8	.	
German Minority Party	0.6	0.6	0.8	0.7	0.6	0.8	0.9	.	.	0.4	0.3	0.4	0.5	0.4	0.4	0.4	.	0.2	0.2	
Total valid votes	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	99.8	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	99.9	
Participation	77.0	78.6	77.0	79.7	81.5	80.7	79.2	89.5	86.3	85.8	81.9	80.8	80.6	83.7	85.8	85.5	88.6	89.3	87.2	88.7	88.2	88.7	85.6	83.2	88.4	86.7	
Invalid votes	0.2	0.3	0.3	0.2	0.3	0.3	0.6	1.5	0.3	0.2	0.3	0.3	0.3	0.5	0.3	0.4	0.3	0.4	0.7	0.6	0.6	0.6	0.7	0.6	0.6	0.8	
No. of voters/1000	1,577	1,638	1,743	1,786	1,903	2,045	2,159	2,281	2,382	2,435	2,516	2,571	2,696	2,772	2,842	3,088	3,162	3,209	3,332	3,461	3,478	3,523	3,731	3,775	3,830	3,907	

years to come. Until the 1960's the support for both wings was either modest or short-lived but since then the peaceful pattern of cooperation in Danish politics has been threatened by several good elections for the right wing represented by the populist Progress Party and also threatened by a steady increasing support for the left wing, mainly gained by Socialist People's Party.

The declining opportunities for the "cooperating democracy" to form lasting majorities of government support explains the very frequent elections especially in the 1970's where election were held every second year. In the 1980's the bourgeois government led by the conservative prime minister Schlüter managed to isolate the Social Democratic Party which was troubled by the electoral successful Socialist People's Party.

For the rest of this paper we shall investigate the development of the social basis for the Danish five party group system by analyzing the support in different social classes for the different party groups as estimated by ecological inference.

Support for the socialist parties

Figure 4 shows the support for the socialist parties as percentages of valid votes in 8 geographical regions 1920 - 84.

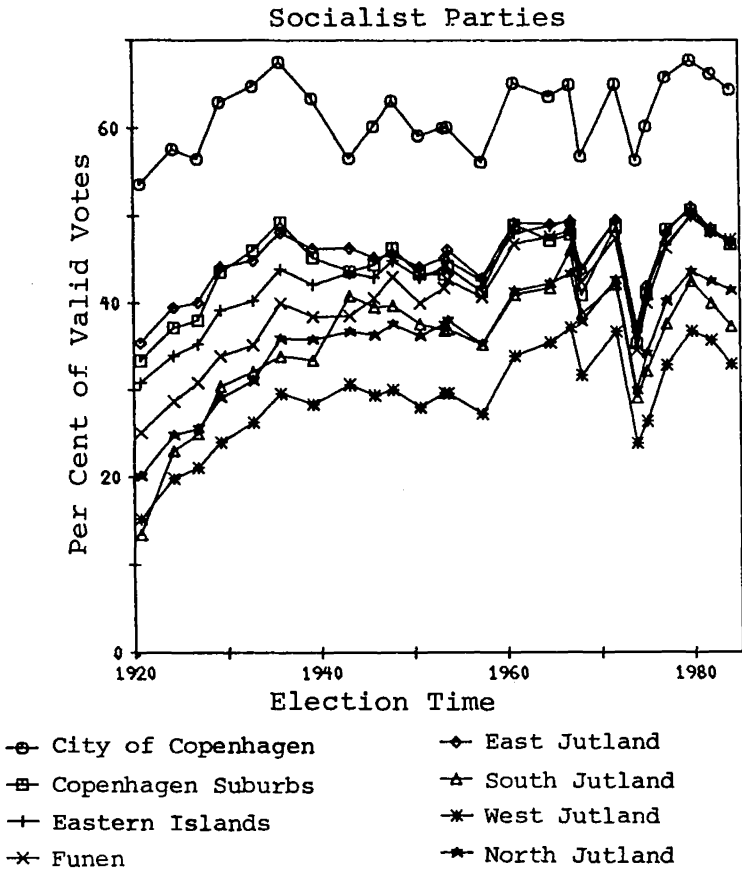
The pattern in figure 4 is similar to the pattern found in many other countries in that the change of support tends to be nearly parallel for all regions. The most important deviation from this tendency is presented by the region of South Jutland which after the unification with the kingdom in 1920 and until 1943 shows relatively steeper increase in the support for socialist parties than the other regions.

Apart from this deviation the parallel pattern suggests the interpretation made by other students of Danish political geography that major social factors, supposed to be uneven distributed across regions, only plays a minor role in explaining the outcome of the different elections 8). In other words: change of support seems rather determined by consensus between social groups than by antagonistic social interests.

This conclusion seem however to be a typical "ecological fallacy" when considering figure 5 which shows the development of the support for the socialist parties within different classes, estimated by the referred Latent Structure Method. As mentioned these ecological estimates is obtained by considering the variation between smaller areas within the different geographical regions indicated in figure 4.

8) Jan Stehouwer, "Long Term Ecological Analysis of Electoral Statistics in Denmark", in: *Scandinavian Political Studies* 2 (1967), pp. 94 - 116 ; Jan Stehouwer and Ole Børre, "Four General Elections in Denmark 1960 - 68", in: *Scandinavian Political Studies* 4 (1969), pp. 133 - 148.

Figure 4: Support for Socialist Parties in 8 Regions 1920 - 84

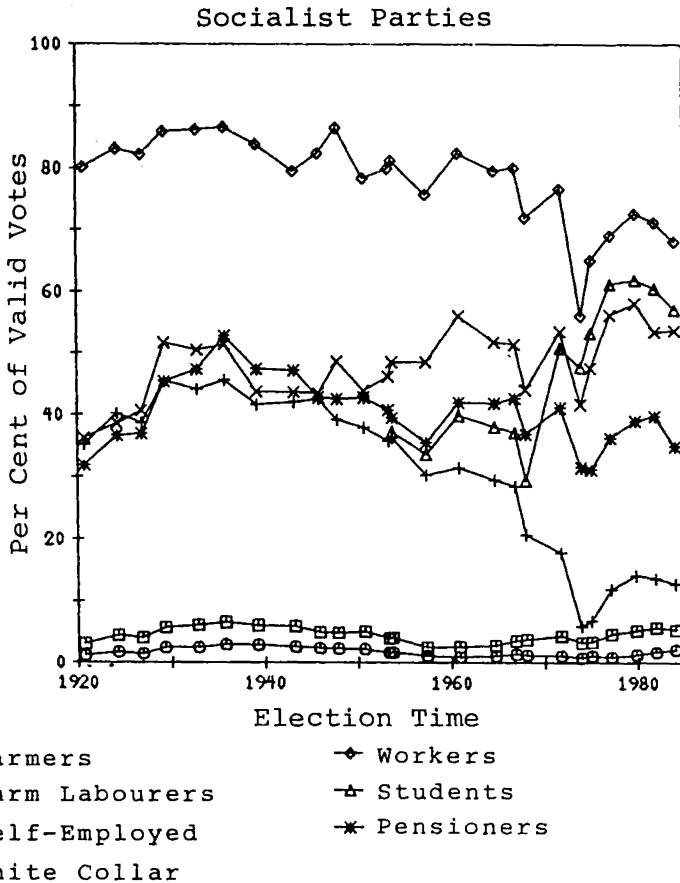


According to figure 5 the pattern of development of support for the socialist parties is very different from the parallel pattern found in figure 4, a finding which has been corroborated by results from interview research since 1957 9). The explanation of the parallel pattern in figure 4 is simply, that the most important variation between the different regions concerns the rural-urban dimension and that very few in the farming population ever voted for the socialist parties.

Apart from the low support for the socialist parties among farmers and farm labourers figure 5 shows decreasing socialist support among self-employed, workers and pensioners since the Second World War. The only classes with a trend

9) Goul A n d e r s e n, Reformismens krise og Socialdemokratiets diskursive potens (Aarhus, 1986); S. R. T h o m s e n, Elections, pp. 96 - 97.

Figure 5: Support for Socialist Parties within 7 Classes 1920 - 84
Ecological Estimates



of increasing socialist support since 1945 are white collar occupations and students.

Since the working class is the main identificatory basis for the socialist parties in Denmark it is especially interesting to analyze the percentage support for the socialist parties among workers in contrast to the percentage socialist support among all other social classes. Alford suggest the difference between these two percentages as an index of the amount of class-antagonism or "class-polarization" 10) but the present author suggests that logit transformations of these percentages should be computed before the difference is found 11). This is done

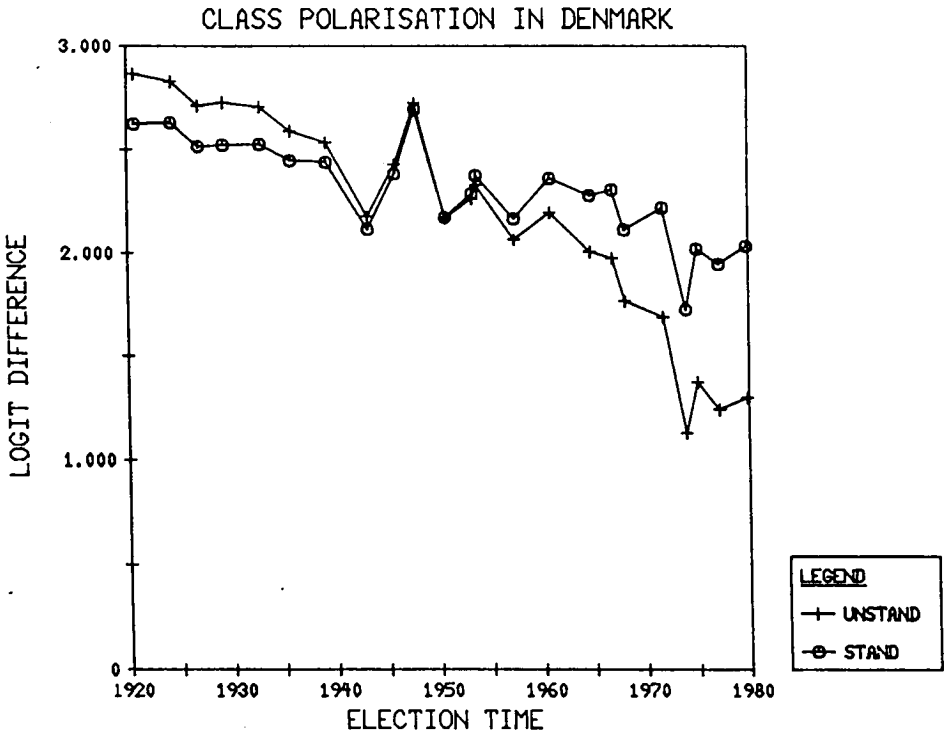
10) R. R. Alford, *Party and Society* (Chicago, 1963).

11) S. R. Thomsen, *Elections*, pp. 101 - 105.

to prevent unwanted "floor" and "ceiling" effects from percentages close to either 0 or 100.

Figure 6 shows class-polarization in Denmark 1920 - 79, measured as logit differences of socialist support between workers and non-workers (including farm labourers). The support among non-workers is computed as well unstandardized as standardized. The percentage unstandardized support among non-workers for the socialist parties is simply computed as the percentage support of all valid votes among non-workers regardless of the size of the different social classes, while the standardized support is computed by weighing the support from each class with the same weight throughout the whole period 1920 - 79. As weights for the different classes was chosen the relative size of each class in the middle of the period (1950). With this procedure the standardized socialist support is computed as if the internal relative class-composition among non-workers was unchanged (and the same as in 1950) for the whole period 1920 - 79 12).

Figure 6: Unstandardized and standardized Class Index 1920 - 79



12) Ibid. pp. 101 - 105.

In figure 6 the index for unstandardized class polarization is graphed together with the index for standardized class polarization. The curves shows that the decrease of class polarization in Denmark is much steeper when the unstandardized index is considered instead of the standardized. The interpretation of this result is that the decrease of class polarization is as well attributed to decreasing psychological antagonism between the working class and the middle class as to the changing class structure of the Danish society.

It is interesting to note that the standardized curve in the period 1920 - 79 is only (but not always) decreasing if the government was headed by the Social Democratic Party as was the case in 1924 - 26, 1932 - 35, 1935 - 39, 1939 - 43, 1947 - 50, 1953 - 57, 1960 - 64, 1966 - 68, 1971 - 73, and 1975 - 77, while the curve is never decreasing if the government was bourgeois as in 1920 - 34, 1926 - 29, 1945 - 47, 1950 - 53, 1968 - 71, and 1973 - 75.

This finding indicates that Social Democratic governments have played an important role in the decrease of class-antagonism in this century 13). The finding is also nicely in tune with the referred main impression, that the social democrats were more skilled in parliamentary cooperation across the center than the bourgeois opponents.

Because of still missing social and electoral data for the 1980's, the indices of class-polarization for the most recent elections has not yet been reliable computed, but some preliminary results suggests that the decrease of class-polarization for the first time since 1920 continued under the electoral periods with bourgeois government (since 1982). These preliminary results probably indicates that the general public opinion regarding public spending in the 1980's is more in line with the austere position of the bourgeois parties just as well as the general public opinion until the 1970's was more in line with the socially concerned position of the socialist parties.

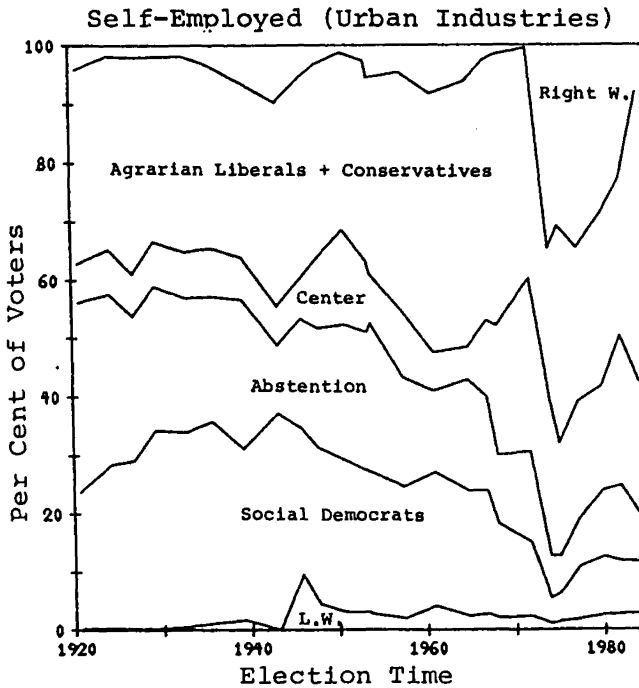
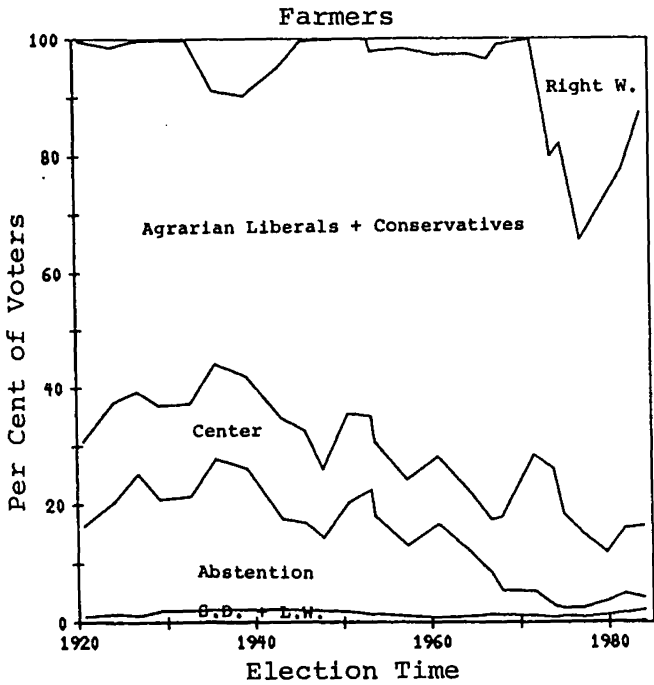
Support for the party groups

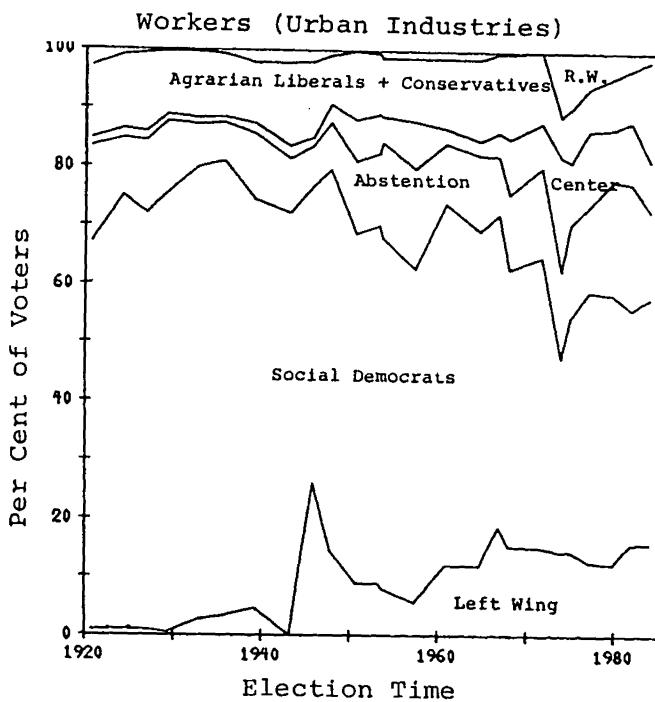
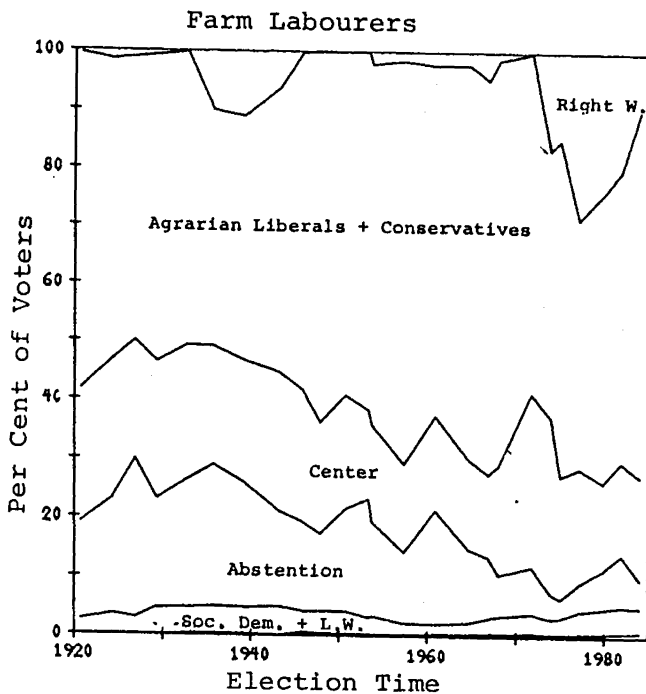
The general picture of decreasing class polarization is considerable modified and refined when looking at the development of support for the different party groups within each of the classes as shown in figure 7.

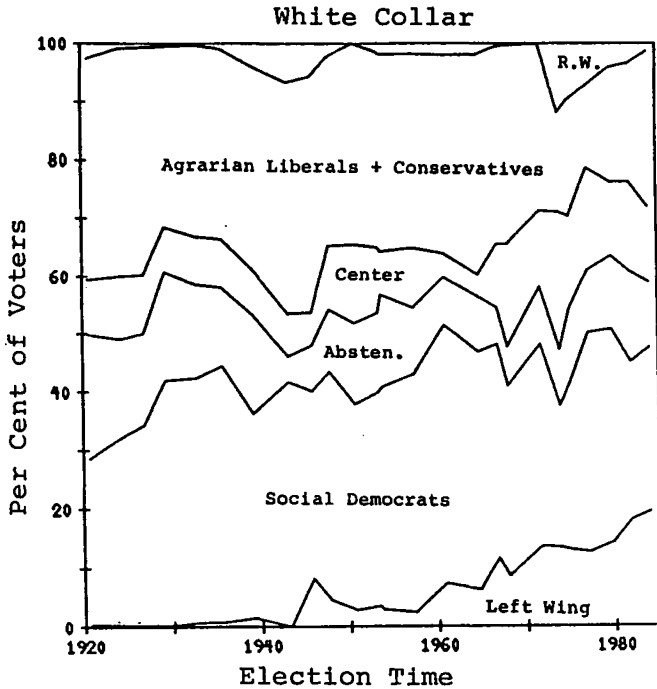
The two upper graphs in figure 7 show that the development for the farming population after 1935 was characterized by increasing participation (decreasing abstention) and by very little support for the socialist parties. The only difference between farmers and farm labourers was slightly more support for center parties and for the Social Democratic party among farm labourers than among farmers. Thus the development for the farming population can be described as

13) Soeren Risbjerg Thomsen, "Udviklingen under forholdstalsvalgmaaden (1920 - 84", in: J. Elklit and O. Tonsgaard (eds.), Valg og Vaelgeradfaerd 2 (Aarhus, 1986)

Figure 7: Support for Party Groups within 6 classes 1920 - 84. Ecological Estimates.





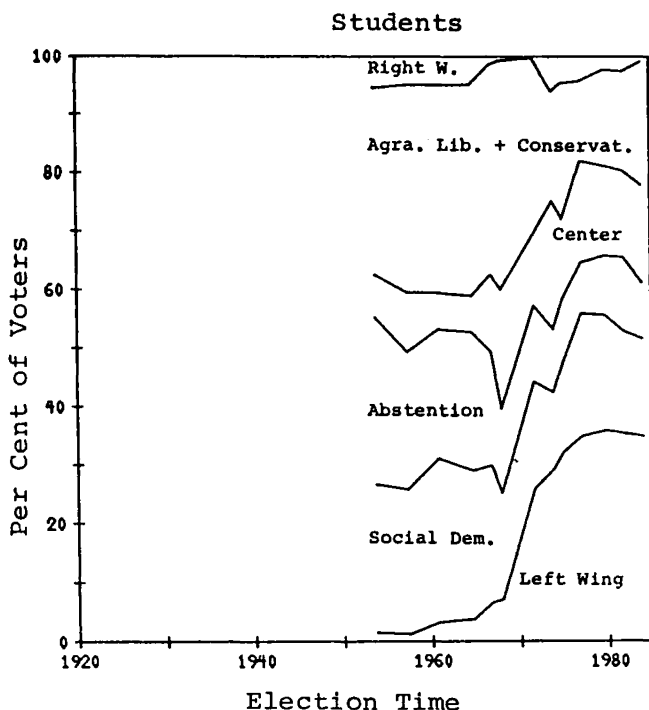


broad mobilization of the non-socialist vote with a potential for growing antagonism towards the working class.

A similar pattern holds for the self-employed (urban professions) in the middle-left graph in figure 7. The between-war years were marked by mobilization of Social Democratic support, but after the Second World War the socialist vote gradually disappeared among the urban self-employed. The most likely explanation is that many of the very small shops and factories with socialist owners simply disappeared during the industrial development towards growing capital concentration and larger firms. It is interesting to note that the self-employed class generally was more inclined to right wing support than all other classes.

While the development for the three mentioned classes is towards increasing distance to the socialist parties, the previous mentioned general decrease of class polarization must be explained by the development in the other three classes.

The working class (urban industries), pictured in the middle-right graph, had very high support for the socialist parties in the between war years, but contributed after the Second World War to declining class polarization by decreasing support for the socialist parties similar to the other "vanishing" classes. A common explanation of the weakening socialist support within the working class is the improved standard of living for the working class after the Second World



War, but other factors may also be important such as the geographical redistribution of the manufacturing industry from the urban centers to the smaller towns, and the growing scepticism regarding public spending in some parts of the working class such as workers in the geographical periphery. In the same period a stable left wing faction was formed within the working class which according to the graph did not contribute to the new working class support for the center and the right wing in the 1970's. Instead these movements seem to be transmitted by former Social Democratic voters.

Like the self-employed and the workers the white collar occupations, pictured in the lower left graph, had increasing socialist support until 1935, but it is extraordinary that the socialist support also increased after the Second World War, mainly by growing support for the left wing. Survey results and some preliminary ecological estimates indicates clearly that this increase in socialist and especially left wing support happened for certain kinds of educated public employed occupations such as teachers, doctors, nurses, social workers and civil servants 14). It is tempting to point out that these occupations had an interest in a growing public sector as a more or less hidden motive for socialist support.

14) Goul Andersen, "Klasseløse vælgere?", in J. Elklit and O. Tonsgaard (eds.), *Valg og Vælgeradfærd* (Aarhus, 1984), pp. 105 - 131.

The students, pictured in the lower-right graph, can be viewed as occupants of tomorrows educated white collar occupations, and the development shows strong increase in left wing support, to no surprise especially in connection with the student rebellion in 1968.

Conclusion

Ecological inference is a controversial methodology for inferring individual behaviour from purely geographically aggregated statistics, but in Denmark at least until the late 1950's it is the only methodology for assessing voter mobility and class voting. The method developed by the present author gives results that add up to the following story concerning class voting since 1920:

At the beginning of this century the important social cleavage between the working class and the rest of the society formed the social basis for the dominant left-right political dimension in Danish politics. This assumption is validated by the finding, that the ecologically estimated working class-support for the socialist parties highly differed from the estimated socialist support in the other classes.

Since 1920 an index of class polarization based on this difference shows a considerable decrease. This is explained by the peaceful development of economic class relations and by the dominating mode of cooperation across the center in the Danish party system. The impression that the Social Democrats were more skilled in parliamentary cooperation than the bourgeois opponent is substantiated by the finding that decrease of class polarization only occurred during Social Democratic governments, and never if the government was bourgeois. In the 1980's some preliminary results indicates that decrease of class polarization also happened under the bourgeois government. This might explain why the bourgeois parties managed to keep the Social Democrats out of office since 1982.

The general pattern of decreasing class polarization is modified by looking at the development of voting behaviour within the different classes. In fact the ecological estimates show that the development of the three "vanishing" classes, farmers, farm labourers, and urban self-employed, is towards increasing support for the non-socialist parties. Hence the decrease of class polarization is mainly explained by decrease of socialist support within the working class and the increasing socialist support among certain public white collar occupations.

It is possible that this development can be explained by the difficult problems for the Danish economy associated with the very large public sector since the 1960's, and it is conceivable that the cleavage between those who are benefitting from the public sector and those who don't will form the new social basis for the left-right dimension in Danish politics.

Social Cleavages and the Political System in Late 19th Century Italy

Franco Andreucci

Apart from rare exceptions, there are no studies in Italy on quantitative political history where the transformations of the political system, for a long or short period, have been documented and interpreted. Moreover, with the exception of the efforts of G. Sartori and P. Farneti, there are not even significant research projects on electoral history, on the structure of the political elite or an parliamentary behaviour between the 19th and the 20th centuries 1). The reasons for such a situation would open too wide of a discussion and this is not the right moment to give vent to complaints which would become real "jeremiads" 2). However, due to the fact that many historians have explained this lack of studies through objective reasons, by discussing some of these justifications, it might help us to clarify the general interpretation which I am about to present.

According to Ernesto Ragionieri, one of the best known historians of modern Italy, any attempt to study the structure of the political power in order to find the complexity and the contradictions of the Italian society would be illusory because of the strongly censitaire character of the Italian electoral law which excluded lower and middle classes from the right to vote. "An examination of the social composition of the electorate and parliamentary elite - I'm quoting Ragionieri - provides useful data only for an internal analysis of the nature and characteristics of the ruling classes, especially from the point of view of their regional peculiarity 3)."

Giorgio Galli, a scholar who is ideologically distant from Ragionieri, writes in his work on political parties in Italian history: "The Italian parties in the period preceding the industrial take off are merely electoral committees at the periphery of the political system, and varied and heterogeneous parliamentary conglomerates at the core of the system", and in a volume of 700 pages, only 30 pages deal with the period before the end of the century 4).

Moreover, many historians underline the problem of the so called lack of a

1) Giovanni Sartori, *Il Parlamento Italiano 1946 - 1963* (Napoli 1963); Paolo Farneti, *Sistema politico e società civile. Saggi di teoria e ricerca politica* (Torino, 1971).

2) Franco Andreucci et al., "I Parlamentari in Italia dall'Unità ad oggi. Orientamenti storiografici e problemi di ricerca", in: *Italia contemporanea* 154 (1984), pp. 145 - 164.

3) Ernesto Ragionieri, "La storia politica e sociale", in: *Storia d'Italia* 4 (Torino, 1976).

4) Giorgio Galli, *I Partiti politici* (Torino, 1974).

middle-class party, and this consideration is often related to the one which interprets the crisis of the representative system in the post war period up until the late and difficult birth of a middle-class party in the Partito nazionale fascista. They often maintain that the Parliament has never played a central role in the Italian political system and in all actuality political extraparlimentary crises are a constant factor in the Italian history.

These three considerations, are true to a great extent:

1) The Italian electoral law in its first version, between 1861 and 1882, actually gave the right to vote to less than 2,5 % of the population and even after the reform of 1882, which introduced significant corrections in a capacitaire sense, the electorate never went beyond 10 %, until 1913 (Figures 1 and 2);

2) If we consider a party as a voluntary association with a permanent character and an organizational structure geographically extending on a regional or national basis, characterized by the carrying out of a program, a constitution, formal membership, etc., it is true that a modern conservative party (Galli means this when he speaks of a middle-class party) never existed in Italy before fascism;

3) Finally, as Alfio Mastropaolo has recently maintained, if we consider Italy from the point of view of its political development, that is of the processes of State building and Nation building, there is no doubt that Italy is a truly anoma-

Figure 1

ELECTORS

Percentages 1861-1880

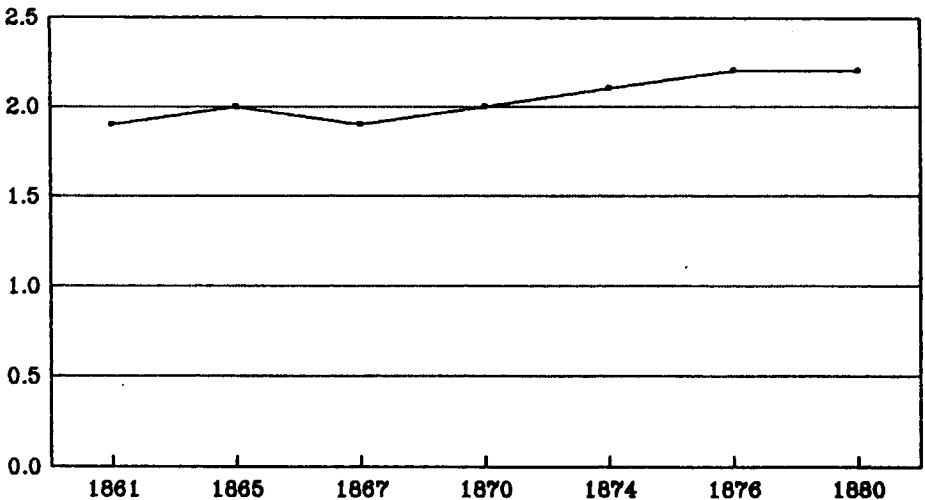
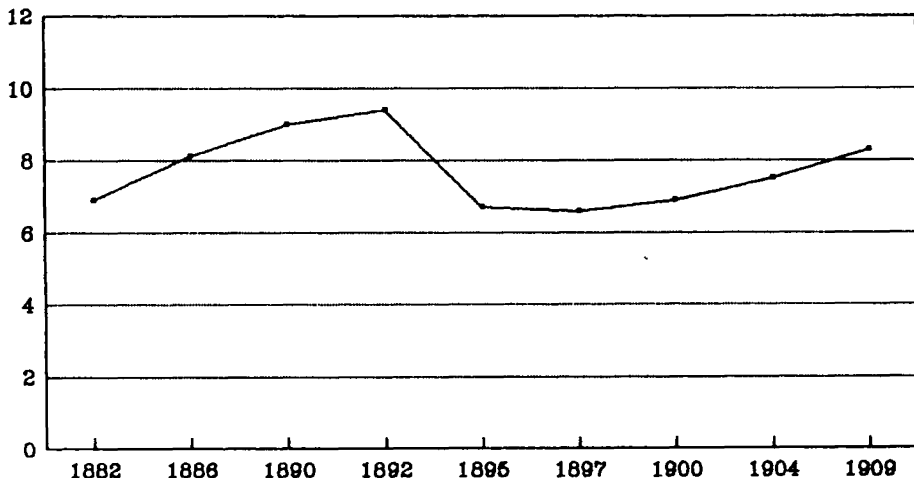


Figure 2

ELECTORS

Percentages 1882-1909



lous case, anyway, extremely different from other European models 5).

However, none of the above mentioned points actually prevents an analysis of the Italian political system in the last 40 years of the XIXth century. And the reason why a systematic research project on electoral history, on the history of political elites and on the role of Parliament is missing must be looked for elsewhere. For example in the particular ways of development of Italian historiography and in its lack of relationships with the social sciences in general. For the same reason, historians generally tend to avoid to apply any theory of political modernization to the reconstruction of Italian history at the end of the XIXth century. However, as often happens, empirical research has shown, from many points of view, a very different reality.

I would like to illustrate three points which in turn correspond to three groups of problems.

1) Through a more careful study of the participation, we can point out an electoral panorama which is more complex and extended than the one known until now, and which presents three essential aspects: a) electorate, no matter how limited, is differentiated and heterogeneous; b) there is a clear trend toward the rationalization of the electoral procedures; c) the differences in the parti-

5) *Alfio Mastroiolo*, "Sviluppo politico e Parlamento nell'Italia Liberale. Un'analisi a partire dai meccanismi della rappresentanza", in: *Passato e Presente* 12 (1986), pp. 29 - 92.

cipation between town and country show the large area covered by the patronage system.

2) Through a careful and wide analysis of the parliamentary elite it is possible to show the presence of an evident trend toward the professionalization of politics not necessarily expressed by the formation of mass political parties.

3) In the Italian political system it is possible and useful to point out the extraordinarily complex ways in which the cleavage between core and periphery is expressed.

The research project I am directing deals precisely with this set of problems; it is concerned with the collection and analysis of electoral data, data on parliamentary elite and parliamentary behaviour in Italy between 1861 and World war I.

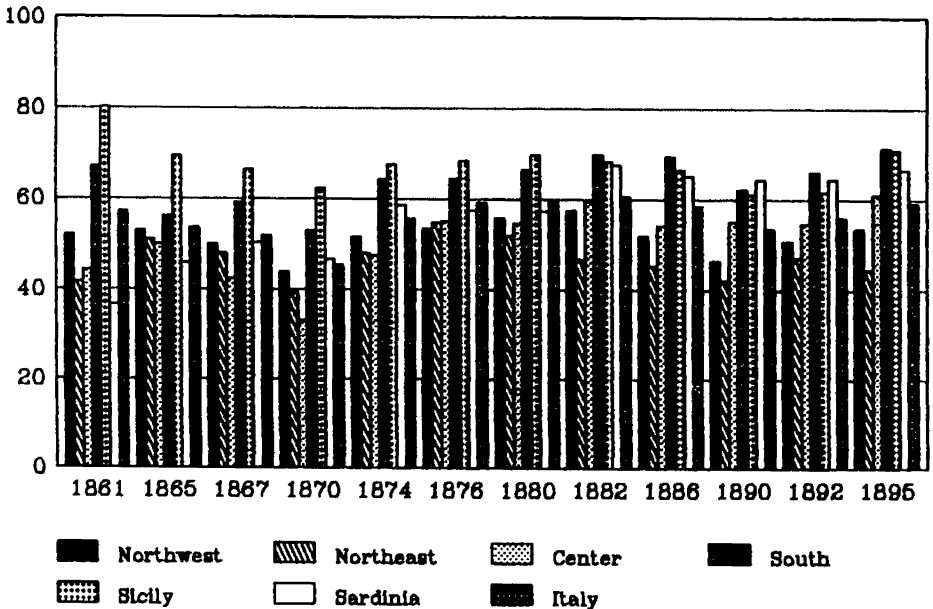
Let's begin from the first point.

1. The problem of participation is extremely complicated not only because of the difficulty in defining exactly the practical enforcement of the electoral law, but also because the ratio between the electorate and actual voters points out a very differentiated geography. The percentage of voters was always very low in Italy, fluctuating around 50 % in the first five legislatures - a situation which

Figure 3

VOTERS 1861-1895

Percentages per areas



today seems incredible, considering the typically high political participation in Italy after World War II. The regional division of the participation is particularly striking. It has its minimum in urban constituencies of Northern and Central Italy and its maximum in the rural constituencies of the South. The subcultural areas into which we usually divide modern Italy seem to be radically reversed by the statistics on the period between 1861 - 1895 (Figure 3).

In the first legislatures after 1861, in Sicily, for example in the constituencies of Comiso, Vizzini, Castelvetro of Augusta, over 90 % of the electorate voted, which was more or less the same as in Campania (for example, Afragola or Torre Annunziata), whereas in the same period in Bologna, Florence, Genoa and Milan the percentage of actual voters didn't go beyond 20 %.

The reason for such a trend is very clear and we can explain it by using a very large variety of sources. In fact, this trend reflects the phenomenology of the patronage system and the different ways of social control in town and country, North and South, core and periphery. Of course, in the constituencies where the network of the civil society was very closely woven, political independence and voting freedom were much greater than in the constituencies where the network of the civil society was loosely woven.

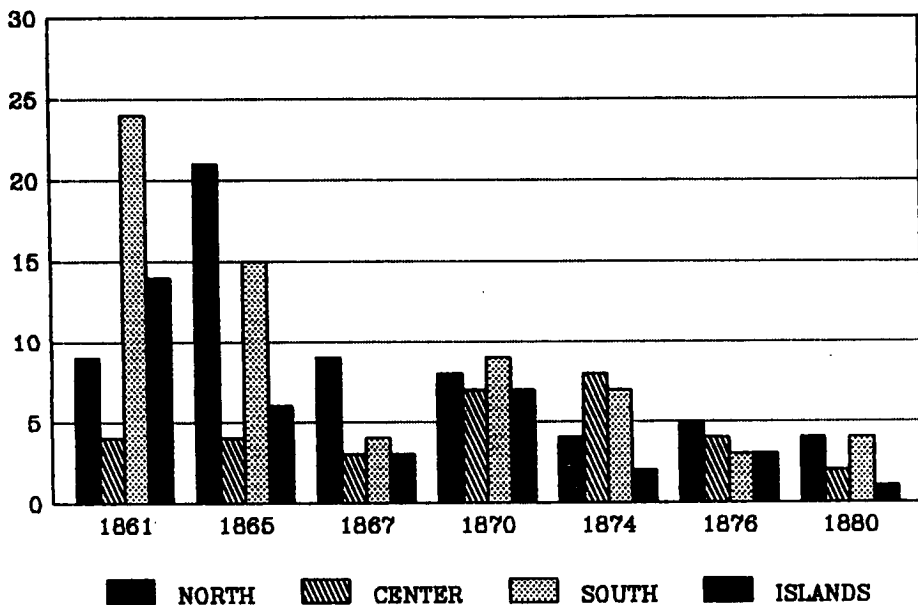
This raises immediately the other problem of the microphenomenology of the political exchange and of electoral procedures. From this point of view too, sources are very explicit. At the opening of every legislature, during the verification of electoral returns and the eligibility of the elected, parliamentary proceedings describe very clearly the principal methods of electoral corruption. The most common method was of course bribery, and large amounts of votes were literally bought through the payment of small sums of money and warm meals. Napoleone Colajanni wrote in 1898 that a vote cost half a litre of wine in the Northern countryside. This kind of typology shows very clearly a rather remarkable presence (though difficult to measure) of the lower classes in the electorate. In fact the censitaire character of the Italian electoral law was, as mentioned before, very selective; but it was based on property instead of income, which gave the right of voting to several groups of poor small landowners. In 1882 the new electoral law modified the role of the notables; especially with the introduction for a brief period of time of the list-voting system, the new law turned bribery into open forms of patronage. The increase of the participation, the decrease of rigging elections and a less remarkable difference between the electoral behaviour of urban and rural constituencies indicate, in any case, a tendency similar to those stressed in many models of political modernization (Figure 4).

2. The analysis of the political elite also points out a set of interesting problems. If we apply some of the most common indicators normally used to measure the mechanism of professionalization of politics and the correspondence of the cleavages of the society with parliamentary representation, we find a poli-

Figure 4

IRREGULAR ELECTIONS

Number per areas



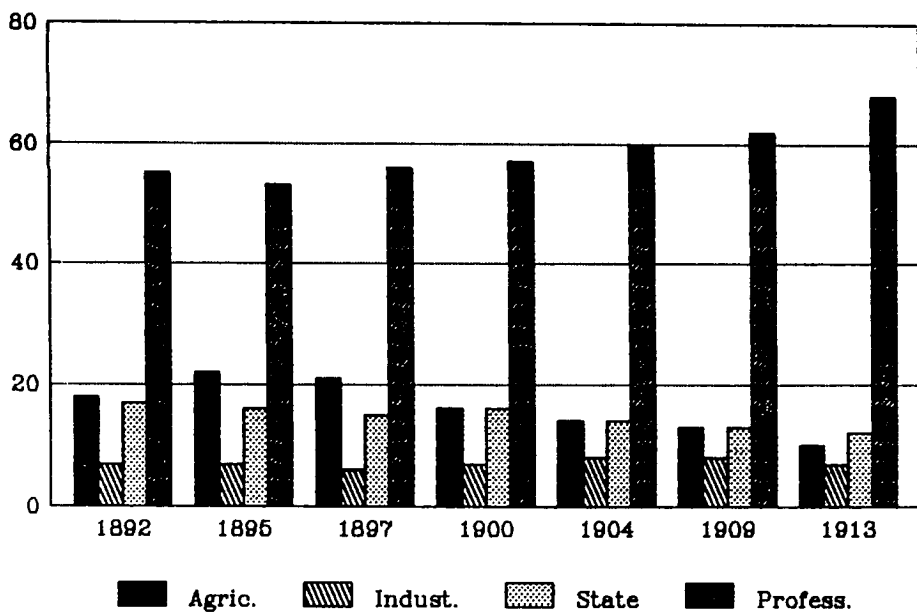
tical elite which is very different from that normally shown in scholarly research. From this point of view, as we shall see, the formation of a middle class party as a necessary phase in the democratization of the Italian political system is a much less serious problem: in fact it is very clear that the Italian political elite consolidated its own professionalization in many different ways, reaching - according to Paolo Farneti - "the functional alternatives to the political party" 6).

Let's reflect on certain points.

First of all, it is fairly evident that through the association of two facts, that of the high parliamentary continuity and the other concerning the larger representation of lawyers and journalists, a professional parliamentarianism which anticipates the professional politician was forming in Italy at the end of the nineteenth century. Such a panorama becomes more and more complex if we take into account the way in which the parliamentary elite reflects, in general, the cleavages of the Italian society and in particular the two basic cleavages, town and country, and core/periphery (Figures 5 and 6).

6) P. Farneti, *Sistema politico*, p. 115.

Figure 5
PROFESSIONS OF MPs
 Percentages per economic activities



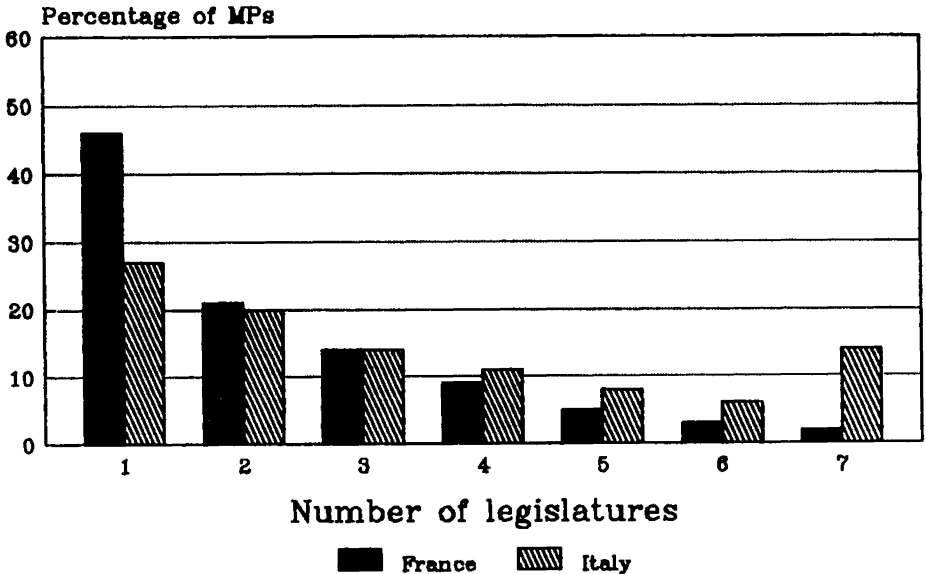
As it is known, the problem of the relationship between town and country might be seen from three points of view: that of the electorate, that of the political elite and that of the formation of political subcultures 7).

In the period between 1870 - 1880, the electors were subdivided according to the chart shown in the figure 7.

As one can see, a rural electorate, especially in the North of the country was evident in particularly relevant proportions. At the same time the political elite which was elected in the same period had a prevalently urban character, and was born and lived in the city. At the end of the century, according to the estimates of Farneti, eighty percent of the population which lived in a milieu with less than twenty thousand inhabitants produced little more than thirty percent of the political elite; on the contrary, the other two-thirds of the political elite was formed and came out of an urban milieu. It can probably be found in these characteristics one of the most peculiar features of the Italian political system: in a period characterized by such a relevant displacement of resources from the primary to the secondary sector, a political elite which was both urban

7) Cf. Mattei Dogan, "Political Ascent in a Class Society: French Deputies, 1870 - 1958", in: D. Marvick (ed.), *Political Decision Makers* (Glencoe, 1961), pp. 57 - 90.

Figure 6 **PARLIAMENTARY SENIORITY**
France (1870-1940) Italy (1892-1913)



Sources: Dogan 1961, p.58; Farnetti, p.187

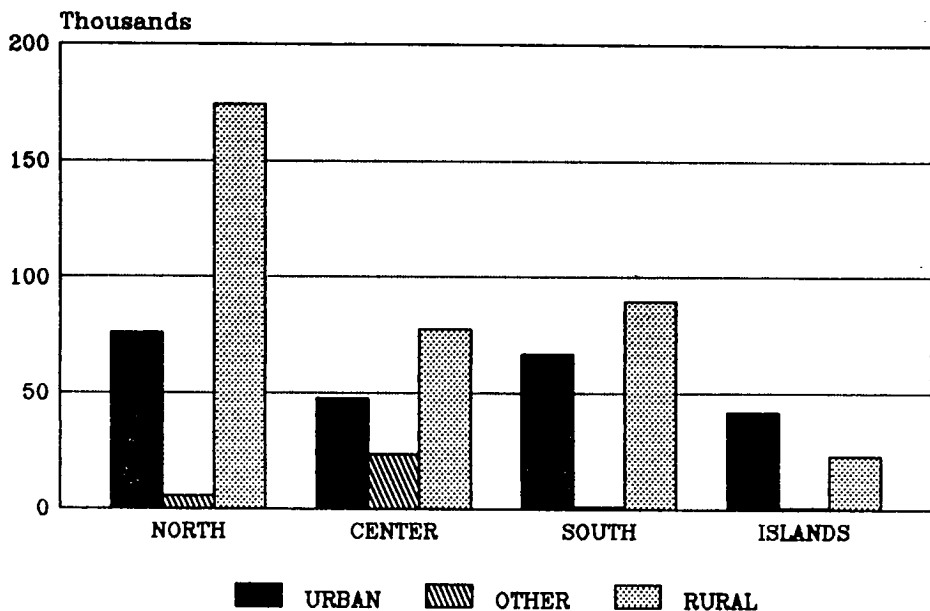
and made up of professionals drew the majority of its support from rural areas but it was not able to control the social conflicts between peasants and landowners as demonstrated by the frequent rural riots in late nineteenth century Italy. From this point of view the limited suffrage ended up by an incomplete democratization.

3. The last point that I would like to discuss regards the problem of the relationship between core and periphery which, in Italy between 1860 and the end of the century, can be expressed empirically as the "southern question".

The first contradictory point is represented by the fact that if we consider - on the basis of certain indicators of Stein Rokkan - the South as a social and economic periphery, we find ourselves in front of a situation where the electoral participation is extraordinarily high, higher than in the North. The well-known process of "meridionalizzazione della burocrazia" (the southernization of the bureaucracy) which developed, above all in the age of Giolitti and during fascism, hadn't really begun in the seventies and eighties, and in fact, for the upper southern social classes, a political career was the only way to enter into the leadership of the civil society. This would also explain the particular character of permanent support to the government majorities which the group of

Figure 7

NUMBER OF ELECTORS 1870-1880 per urban and rural communities



southern legislators had, and its strong parliamentary continuity. All of these elements when put together with the two other characteristics of southern representation, its strongly urban character and the fact that the majority of the southern legislators were elected and residents in the constituency where they were born, are part of what goes into explaining the fundamental characteristics of Southern patronage. In fact, recent studies vividly document this microphenomenology as well as the concrete content of the political exchange process. From this point of view, the problem of the failure of democratization of the Italian political system would become that of the failure of the emancipation from the factual power relationships in the civil society. I would like to underline, as in the research project which I am now directing, that this point constitutes an element of permanent continuity in the Italian political system.

British M. P. s, The Electorate and Parliamentary Voting 1861 - 1926

Valerie Cromwell

It is important to seize the opportunity to compare the difficulties associated with the study of the relationship of social structure with political behaviour in different western European countries in the modern period. This paper outlines my research project on House of Commons' voting. It should be set in the context of recent work on the British electorate and the elected.

The 1950's proved a launch pad in many ways: they saw a series of new approaches by both historians and political scientists, which initiated a wealth of valuable research. Since then the structure of the British electorate and the working of the political system have been steadily uncovered from very different angles.

The four chief areas of interest which came to prominence were:

1) Electoral Reform

It is perhaps important to emphasise here that articulate reforming groups in nineteenth-century British society, unlike similar groups in continental Europe, had little occasion to take issue with an abstract notion like 'the state': even rebels and radicals focussed their zeal on the reform of institutions, above all of Parliament. Parliamentary reform in the 1830's meant electoral reform to the Whigs within Parliament just as much as to the Political Unions outside. The same was to be true throughout the nineteenth century and into the twentieth. Two significant studies on the impact of different reform bills on the electorate and on political party development in response to those changes were that of Norman Gash (1832) and Harold Hanham (1867)¹).

2) General Elections

(i) *Contemporary*: Pioneered by R. B. McCallum and A. Readman (1945) and continued by H. G. Nicholas (1950), that series of 'on the spot' accounts of each general election which are now identified with his name were taken over for the 1951 election by David Butler, who had assisted both earlier studies. Based on a research group at Nuffield College, Oxford, these studies have become ever more sophisticated and spawned, what was described, originally as a joke, "the science of psephology". Covering election manifestos, party organisation, press coverage and extensive interviewing of candidates and the electorate, their material, now housed at the E.S.R.C. Data Archive, is enormously valuable²).

1) Norman Gash, *Politics in the Age of Peel: a Study in the Technique of Parliamentary Representation. 1830 - 1850* (1953); Harold J. Hanham, *Elections and Party Management: Politics in the Time of Disraeli and Gladstone* (1959).

(ii) *Historical*: Encouraged by the methodology and success of these contemporary investigations, historians attempted similar work on past elections e.g. Trevor Lloyd. (1880) 3). Perhaps one of the most significant studies from the point of view of this meeting was Henry Pelling's *Social Geography of British Elections, 1885 - 1910* (1967).

3) Members of Parliament

The History of Parliament Trust was set up to commission research on the biography of every member of Parliament. Its model was to be the work on the Commons (1439 - 1509), which had appeared in 1936 - 38, largely the responsibility of Col., later Lord, Wedgwood. A large team of researchers was recruited under the direction of eminent parliamentary historians initially including Sir John Neale and Sir Lewis Namier, but the first volumes did not appear until 1964. At present, the published volumes end in 1820. There seem to be no plans to continue the work nor, sadly, to computerise them 4).

4) Political parties

A new interest in the role of contemporary political parties provoked a range of research into British party development, reaching back into the seventeenth century. The work of Gash and Hanham on the efforts of the local political organisers to come to terms with a widening electorate inspired further work

2) R. B. M c C a l l u m and A. R e a d m a n, *The British General Election of 1945* (Oxford, 1947); H G. N i c h o l a s, *The British General Election of 1950* (1951); David B u t l e r, *The British General Election of 1951* (1952); *The British General Election of 1955* (1955); with Richard R o s e, *The British General Election 1959* (1960); with Anthony K i n g, *The British General Election of 1964* (1965); *The British General Election of 1966* (1966); with Michael P i n t o - D u s c h i n s k y, *The British General Election of 1970* (1971); with Dennis K a v a n a g h, *The British General Election of February 1974* (1974); *The British General Election of October 1974* (1975); *The British General Election of 1979* (1980); *The British General Election of 1983* (1984); A. J. P. T a y l o r, "Down with Psephology", in: *Daily Herald* (17 May 1951); William P i c k l e s, "Psephological Dyspepsia", in: *Twentieth Century* (July 1955), p. 30.

3) Trevor L l o y d, *The General Election of 1880* (Oxford, 1968); D. C. S a v a g e, *General Election of 1886 in Great Britain and Ireland* (Ph. D., London, 1958); Mary E. Y. E n s t a m, *The Khaki Election of 1900 in the United Kingdom* (Ph. D., Duke 1968); A. K. R u s s e l l, *Liberal Landslide* (Newton Abbot, 1973); M. Charlita B r a d y, *The British General Elections of 1910* (Ph. D., Fordham, 1947); Neal B l e w e t t, *The Peers, The Parties and the People: The General Elections of 1910* (1972).

4) *The House of Commons, 1439 - 1509* (2 vols., 1936 - 38); S. T. B i n d o f f (ed.), *The House of Commons, 1509 - 1558* (3 vols., 1982); P. H a s l e r (ed.), *The House of Commons 1558 - 1603* (3 vols., 1981); B. D. H e n n i n g (ed.), *The House of Commons, 1660 - 1690* (3 vols., 1983); R. S e d g w i c k (ed.), *The House of Commons, 1715 - 1754* (2 vols., 1970); Sir Lewis N a m i e r and J. B r o o k e (eds.), *The House of Commons 1754 - 1790* (3 vols., 1964); R. G. T h o r n e (ed.), *The House of Commons, 1790 - 1820* (1986).

particularly in the field of local politics e.g. John Vincent's work on the Liberal party and Edgar Feuchtwanger's on the Conservative party 5).

Resourceful work has continued in all these areas. It was however to be the fast developing capacity of computers together with ever-more sophisticated statistical techniques which offered ways into the study of both the electorate and voting in Parliament.

The Electorate

Two great sources are available for the study of the British electorate which are now being extensively exploited.

1. Pollbooks

Until the introduction of the secret ballot in 1872, a magnificent series of electoral pollbooks exist which list the names and votes of voters for the vast majority of constituencies since the late seventeenth century. Pollbooks have been analysed for the pre-1832 period by Geoffrey Holmes, William Speck and John Phillips 6). For "reformed" England, T. J. Nossiter, in his study of the north-east between 1832 and 1874, has shown with what sensitivity pollbook and other electoral data can be used to bring out the complexity of local political opinion 7). The most recent attempt to relate patterns of party voting and growth of party orientation to pressures on central government is that of Gary Cox 8). The continued existence of double-member constituencies till 1885 facilitates the study of cross-party voting and party loyalty based on the poll-books.

2. The Census

The other major source is that of the government population census. The first reliable census was taken in 1841: it has been repeated since then at ten-year intervals. Each census is different in format. There are, of course, enormous difficulties in linking electoral with census data since British electoral and census

5) John R. Vincent, *The Formation of the Liberal Party, 1857 - 1868* (1966); E. J. Feuchtwanger, *Disraeli, Democracy and the Tory Party*, (Oxford, 1968).

6) Geoffrey Holmes, *The Electorate and the National Will in the First Age of Party* (Lancaster, 1976); John A. Phillips, *Electoral Behaviour in Unreformed England: Plumpers, Splitters and Straights* (Princeton, 1982); William A. Speck, "The Electorate in the First Age of Party", in: Clyde Jones (ed.), *Britain in the First Age of Party, 1680 - 1750* (1987); *Tory and Whig: the Struggle in the Constituencies, 1701 - 1715* (1970); and W. A. Gray, "Computer Analysis of Pollbooks: an Initial Report", in: *Bulletin of the Institute of Historical Research* 43 (1970); and R. Hopkinson, "Computer Analysis of Pollbooks: a Further Report", *Ibid.* 48 (1975); John R. Vincent, *Pollbooks: How Victorians Voted* (Cambridge, 1967).

7) T. J. Nossiter, *Influence, Opinion and Political Idioms in Reformed England: Case Studies from the North East, 1832 - 1874* (Brighton, 1975).

8) Gary Cox *The Efficient Secret: the Cabinet and the Development of Political Parties in Victorian England* (New York, 1987).

districts, like those in Germany, were and are quite different. These difficulties have not discouraged attempts to link social data from the census with electoral data. Pelling's *Social Geography* (1967) was one of the first. A substantial and somewhat neglected study is that of W. L. Miller (1977) who has provided an ambitious relational model based on voting since 1918 9). Kenneth Wald has more recently (1983) provided a quantitative analysis of the relations between various social forces and the patterns of party support in general elections from 1885 to 1910: he used primarily regression analysis on the census data 10). John Turner is currently using census data to challenge the accepted view of Coalition and Liberal support in the electorate in the years after 1918 11). For the more recent period, a number of studies by social psychologists and political scientists have used wide scale interviewing as well as data provided by the Nuffield British Election Studies to focus on motivation for electoral choice, the social basis for voting and what has been described as "the decline of class voting in Britain 12)."

Voting in Parliament

Roll-call analysis is, of course, not new. It was indeed from Commons' division list analysis that, in 1901, A.L. Lowell provided ample evidence of the tightening of party organization in Parliament 13). The difficulty in analysing Commons' voting has always been that of scale. It was only in the 1960's, with the pioneering work of William Aydelotte, that computer analysis of Commons' voting was attempted in the hope of overcoming the obstacle of scale. The problem was simply that, as far as Britain was concerned, the methods of roll call analysis, which had been applied elsewhere, had been applied to groups with significantly fewer participants and to fewer votes than are to be found in any British peacetime parliamentary session since the early nineteenth century. Aydelotte applied well-tested statistical methods in his analysis of particular

9) W. L. Miller, *Electoral Dynamics in Britain Since 1918* (1977).

10) Kenneth D. Wald, *Crosses on the Ballot: Patterns of British Voter Alignment since 1885* (Princeton, 1983).

11) John Turner, "The Labour Vote and the Franchise after 1918: an Investigation of the English evidence", in: Peter Denley and Deian Hopkin (eds.), *History and Computing* (Manchester, 1987).

12) Hilde T. Himmler et al., *How Voters Decide* (1985); Mark N. Franklin, *The Decline of Class Voting in Britain: Changes in the Basis of Electoral Choice, 1964 - 1983* (Oxford, 1985); Patrick Dunleavy and Christopher Husbands, *British Democracy at the Crossroads* (1985); Anthony Heath, Roger Jewell and John Curtice, *How Britain Votes* (Oxford, 1985).

13) A. L. Lowell, "The Influence of Party upon Legislation in England and America", in: *Annual Report of the American Historical Association I* (1901). See also his chapter on "The Strength of Party Ties" in his *Government of England*, 2 vols. (New York, 1908) II pp. 71 - 88,

Commons' divisions and of selected groups of M.P.s in the 1840's 14). He was to be followed rapidly by others seizing on particular divisions or groups of M.P.s 15): John Fair has recently extensively reworked Lowell's data on 1886 - 1918. Davis and Huttenback have linked social data on M.P.s to Commons' votes on imperial issues 16).

There have also been attempts to link M.P.s' voting behaviour with political activity in the constituencies. Aydelotte had already also taken the lead here with work on the 1840's: in the event, he drew very guarded conclusions 17). Two political scientists, Gary Cox and Hugh Berrington, pursued the problem 18). Cox has attempted a much longer period, a heroic task, using evidence of voting in dual-member constituencies to great effect to clarify the relationship between party voting in the constituencies with that in the Commons. Berrington focussed more on dissident groups in the major parties and their experience in the constituencies, hoping to tease out the strength of identity of policy between the national party leadership and local caucuses. Both established that votes became more party orientated, but found it difficult to relate

14) William O. Aydelotte, "Voting Patterns in the British House of Commons in the 1840s, in: *Comparative Studies in Society and History*, 5 (1963) pp. 134 - 163; "Parties and Issues in Early Victorian England", in: *Journal of British Studies*, 5 (1966), pp. 95 - 114; "The Disintegration of the Conservative Party in the 1840's: a Study of Political Attitudes", in: *The Dimensions of Quantitative Research in History*, edited by W. O. Aydelotte, A. G. Bogue and R. W. Fogel, Oxford, 1972, pp. 319 - 346; "Constituency Influence in the British House of Commons, 1841 - 1847", in *The History of Parliament Behaviour*, edited by W. O. Aydelotte (Princeton, 1977), pp. 225 - 246.

15) Thomas W. Heyck, *The Dimensions of British Radicalism: the Case of Ireland, 1874 - 95* (London, 1974); Hugh Berrington, "Partisanship and Dissidence in the Nineteenth-Century House of Commons", in: *Parliamentary Affairs*, 21 (1968) pp. 338 - 74; James C. Hamilton, *Parties and Voting Patterns in the Parliament of 1874 - 1880* (unpublished Ph. D. thesis, University of Iowa, 1968); Derek E. D. Beales, "Parliamentary Parties and the 'Independent' Member, 1810 - 1860", in: *Ideas and Institutions of Victorian Britain*, edited by Robert Robson (London, 1967), pp. 1 - 19; Peter Fraser "Party Voting in the House of Commons, 1812 - 1827", in: *English Historical Review* xcvi (1983) pp. 763 - 784; John R. Bylsma, "Party Structure in the 1852 - 1857, House of Commons: a Scalogram Analysis", in: *Journal of Inter-disciplinary History*, vii (1977) pp. 617 - 635; P. M. Gurovich "The Continuation of War by Other Means: party and politics, 1855 - 65", in: *The Historical Journal* 27 (1984) pp. 603 - 31; W. C. Lubenow, *Parliamentary Politics and the Home Rule Crisis: the British House of Commons in 1886* (Oxford, 1988).

16) John D. Fair, "Party Voting Behaviour in the British House of Commons, 1886 - 1918", in: *Parliamentary History* 5 (1986) pp. 65 - 82; Lance Davis and Robert Huttenback with Susan G. Davis, *Mammon and the Pursuit of Empire: the Political Economy of British Imperialism, 1860 - 1912* (Cambridge, 1986), pp. 267 - 300.

17) William O. Aydelotte, "Constituency Influence", pp. 225 - 246.

18) Gary Cox, "The Development of a Party-Orientated Electorate in England, 1832 - 1918", in: *British Journal of Political Science*, 16 (1986) pp. 187 - 216; Hugh Berrington, *op cit.* pp. 338 - 74.

that party identification directly with greater party cohesion in the Commons. Their work suggests that, from the 1880's, it was to be national and parliamentary pressures that encouraged party conformity: it became less important for an M.P. to settle in a compatible constituency and there was less need to ensure that his Commons' votes indicated a sympathy with constituency opinion.

The aim of my research was to find a method which would permit the analysis of all divisions in a parliamentary session in a way which would distinguish similar and dissimilar patterns of voting behaviour 19). Only if suitably sensitive and flexible techniques of computer analysis were available would large scale analysis of Commons' voting be possible. A pilot project applied computer methods of multidimensional scaling and other techniques of multivariate data analysis to all divisions in one parliamentary session (1861) to test the suitability of those techniques. It was hoped to analyse the voting behaviour of all M.P.s in such a way that as full and as unbiased a picture of that voting behaviour as possible could be drawn. Coloured computer maps were prepared to demonstrate similarity and dissimilarity of voting behaviour. All divisions were analysed. Why? There is always interest in landmark divisions: even now they are printed in full in *The Times*. Major individual divisions have an obvious significance at moments of high political tension and at times of large or of hairsbreadth majorities. On the other hand, by looking at all divisions, it was hoped to provide an indicator of discrimination and resource.

Success in the pilot project resulted in substantial funding for a major research project. All Commons' divisions in each parliamentary session at five-early intervals between 1861 and 1926 are being analysed. The research should provide the basis for the most comprehensive analysis of British parliamentary voting so far attempted and make possible clear assessment of the changing patterns of parliamentary voting in the crucial period of modern British party development. Table A indicates the size of the task being undertaken. The five-year interval between parliamentary sessions studied was chosen as being close enough to

19) Research on House of Commons' voting, 1861 - 1926, has been funded by the Economic and Social Research Council (Research Grant E 00230051). A pilot project to test statistical methods for the analysis of all divisions in one parliamentary session (1861) was also funded by the E.S.R.C. (Research Grant HR 6801). Detailed descriptions of the methods and results of the pilot project are to be found in my End-of-Grnt Report HR 6801 Computer Analysis by Multidimensional Scaling of House of Commons' Division Lists (1861) available at the British Library in London, Clive O s m o n d, "Multidimensional scaling, cluster analysis and simulation study applied to dissimilarity data arising in politics, ethnology and taxonomy" (unpublished Ph. D., University of Bath, 1981) and my "Mapping of the political world of 1861: a multidimensional analysis of House of Commons Divisions Lists", in: *Legislative Studies Quarterly*, vii (1982), pp. 281 - 297. The computer maps developed in the pilot project together with all the associated data and computer programs have been deposited at and may be consulted via the Economic and Social Research Council's Data Archive at the University of Essex, Colchester, England.

assess the changing behaviour of individual M.P.s over time and yet distant enough to distinguish changed group behaviour over time. One of the major challenges for the statisticians associated with the project is the development of suitable statistical and computer techniques for handling the longitudinal aspects of the analysis.

Although that analysis remains to be done, patterns of behaviour can already be distinguished by straightforward statistical techniques. As in all roll call analysis it is the abstention from voting, the "missing values", which present a major analytical difficulty and where collaborative work can be extremely helpful. It must however be remembered that abstention has its political usefulness. For both leaders and backbenchers, it was, and is, often easier to avoid voting than to take an exposed political and personal position. Disraeli's poor voting record in 1861 (56 votes out of a total of 187) clearly demonstrate a desire to maintain a low profile while struggling to hold his party together. When Prime Minister in 1876, Disraeli still only voted 106 times in a total of 241 divisions. It must however be noted that such a low voting record on the part of a political leader must be seen against the general pattern of voting participation. Table A shows that pattern.

As might be expected, gradually many more M.P.s were voting. There were, of course, enormous fluctuations in the figures. To give an idea of what could happen - in 1891, the highest voter voted in virtually all divisions, 415 of 416, but, in that year, only 23 M.P.s voted more than 350 times. Table A's last two columns carry the most significant information i.e. the effect of using 50 % of a session's divisions as a benchmark. By 1911, a high voting year, just over half of the M.P.s voting still voted in less than half the total number of divisions. Only by 1926 had the figure dropped below a half. Thus, it must be emphasized that the steady increase of voting participation must be seen as very gradual from a very low base - whatever the level of party cohesion in the votes. It is against this gradual steady increase of voting that the voting of leading politicians must be matched. Disraeli's apparently poor voting record can be set against other party leaders' voting profiles. In 1886, a difficult parliamentary year, ending with a split in the Liberal party, Gladstone voted in only 28 of a total of 143 divisions; in 1911, a high voting and tense year, Asquith voted only 150 times in a total of 451; in 1926, the year of the General Strike, Stanley Baldwin voted in 312 divisions out of a total of 563. Thus, although the Commons in general were voting more, their party leaders show a very different pattern of voting, which is being pursued. This variable participation pattern suggests that multidimensional scaling techniques are particularly appropriate.

Computer maps are to be produced for all categories of divisions and sub-groups of M.P.s. The methods of analysis and the resulting maps distinguish similarity and dissimilarity of behaviour: it is however necessary to compare the map positions of an M.P. with his cumulative voting performance. For example,

TABLE A

Table of voting participation by M.P.s in individual sessions

Total given in brackets includes M.P.s eligible to vote, who did not vote.

Session	Total no. divisions	Highest no. of votes by an M.P.	Total no. of individual M.P.s voting	M.P.s voting over 50 % of total no. of divisions	% of M.P.s voting who vote in 50 % of total no. of divisions
1861	187	182	654(662)	71	89.14
1871	270	269	648(655)	127	80.40
1876	242	241	652(660)	125	80.82
1881	411	408	647(649)	153	76.35
1886	143	139	676(677)	155	75.44
1891	416	415	675(685)	136	79.85
1896	419	418	670(675)	205	69.40
1901	482	481	671(673)	246	63.34
1906	501(2)*	500	680(683)	421	38.09
1911	451	443	688(692)	335	51.31
1916	67	65	609(678)	121	80.13
1921	370	356	641(650)	180	71.92
1926	563	560	615(620)	363	40.98

(Table derived from research funded by the Economic and Social Research Council, Research Grant E 00230051)

* One unnumbered division included.

in 1876, Mitchell Henry, a Liberal, voted in nearly 43 % of his votes against his party. However, he only voted 59 times. Of his 25 "dissident" votes, 16 were on the issue of slavery. This pattern of voting will affect his map position on the 1876 map for all divisions and, amongst the category maps, only that for slavery. In interpreting the results of the analysis, it is important therefore to take account of low or skewed voting performance.

The data assembled in the project in machine-readable form is threefold:

1. The votes - that is the House of Commons' division lists. These are lists of names of those voting "Aye" or "Noe" with Tellers.

2. Biographical material on all M.P.s (4146), sitting 1861 - 1926. This data

is in a INGRESS database on a VAX computer system. The database includes constituency information.

3. The subjects of the votes categorised in a complex and refined format.

The main thrust of the research is the tracing of party groupings and the triggers of political change. The organization of the database also makes possible the drawing out of the voting profiles of particular groups of M.P.s and of the significance of particular categories of divisions. It offers an excellent opportunity for comparative research on political élites and legislative voting elsewhere. It is ready for the application of whatever future methodological advances may emerge.

The Social Composition of Dutch Political Elites: Ministers and Deputies (1848 - 1986)

Ineke Secker

1. Introduction

The image of Dutch society as divided in various segments, particularly along religious lines, may be considered a matter of common knowledge. The Netherlands represents an outstanding example of Arend Lijphart's famous analysis of the characteristics of some small European plural democracies. Lijphart's explanations of the cooperative attitudes and behavior of the leaders of the different segments of the population as one of the main features counteracting the centrifugal tendencies inherent in a plural society, have found widespread adherence, although it has not remained uncontested¹⁾. Referring to elite cooperation as one essential distinguishing feature of consociational democracy, Lijphart does not ignore distinctions between different political institutions. Cabinets hold a special position, different from that of Parliament, the battlefield of rival parties par excellence:

"Dutch Cabinets provide - because of their broad composition, although never perfectly grand coalitions - sites within which elite cooperation takes place²⁾".

As a consequence of the special position of ministers - their appointment by the sovereign, and the absence of a requirement that ministers are recruited from Parliament -, Dutch Cabinet ministers

"can act as impartial mediators among the rival groups³⁾".

Some years earlier his colleague Hans Daalder had come to the same conclusion:

"The strong division into which the successive waves of emancipationist action by Calvinists, Catholics, and Socialists split Dutch society never extended to all government institutions. The electorate and Parliament came to be divided much more than the Cabinet, the judiciary, and the bureaucracy⁴⁾".

In this distinction between both political institutions, Cabinet and Parliament, I found reason to look more closely at their members with regard to some back-

1) H. Daalder and J. Th. J. Van den Berg, "Members of the Dutch Lower House. Pluralism and Democratization, 1848 - 1967", in: M. M. Czudnowski (ed.), *Does Who Governs Matter?* (1982), p. 214.

2) A. Lijphart, *Democracy in Plural Societies. A comparative exploration* (New Haven 1977), pp. 80 - 81.

3) A. Lijphart, *The politics of Accommodation: Pluralism and Democracy in the Netherlands* (Berkeley, 1968) pp. 134 - 137.

4) H. Daalder, "The Netherlands: Opposition in a Segmented Society", in R. A. Dahl (ed.), *Political Opposition in Western Democracies* (New Haven, 1966), p. 217. Partly reprinted as "Political Elites and Democratization: Pluralism and Segmentation in the Netherlands (1848 - 1940)", in: C. B. Wells a.o. (eds.), *Vaderlands Verleden in Veelvoud II* (Den Haag 1980), pp. 162 - 187.

ground characteristics. Has this different character of the institutions consequences for the recruitment of their members? In other words, do Cabinets require other types of personnel than Parliament? This article only refers to a few background characteristics of members of Cabinets and Parliament. As such this report is part of "a more general attempt as to analyze processes of political modernization by means of systematic study of political elite groups of several kinds"5). This study covers the period from 1848, when full ministerial responsibility was constitutionally introduced, to the present time (1986). In order to facilitate understanding of developments over time these 138 years have been divided into six periods, each being of substantial significance in Dutch parliamentary history 6).

2. Outline of this paper

In the following comparison of some background characteristics of Dutch ministers and Dutch members of Parliament three variables will be examined:

1. religion, generally considered to be one of the most striking aspects of cleavages in Dutch politics;
2. social origin, measured in terms of class differences, according to the occu-

5) H. Daalder and J. Th. J. Van den Berg, *Members*, p. 215. Like the data on members of Parliament, the data on Cabinet ministers have been stored in an automatic file resting with the Parliamentary Documentation Centre of the University of Leiden. Based on data from this Centre, Van den Berg wrote his dissertation on the social background of members of the Lower House.

J. Th. J. Van den Berg *De Toegang tot het Binnenhof. De maatschappelijke herkomst van de Tweede Kamerleden 1849 - 1979* (Weesp, 1983).

In English the main results of this analysis were published as a contribution to Czudnowski's 'Does who governs matter?'. H. Daalder and J. Th. J. Van den Berg, *Members*. As to Dutch ministers a first analysis was made some thirty years ago by the French political scientist Mattei Dogan and a Dutch collaborator.

M. Dogan and M. Scheffer-Van der Veen, "Le Personnel Ministeriel Hollandais (1848 - 1958)", in: *L'Annee Sociologique* 7 (Paris, 1958), pp. 95 - 125.

Since then their data collection has been completed and considerably extended. Coding has deliberately followed the coding of the parliamentary study to enable a comparable analysis of both parliamentary and Cabinet elites. In cooperation with drs. W. E. Bakema (Department of Political Science) a research project on ministerial recruitment and nomination structure is carried out at the University of Leiden.

6) When comparing these periods with those used in Van den Berg's study of parliamentary deputies one should notice three points. First, in the case of the members of Parliament the analysis does not go beyond 1970. Second, Van den Berg could exclude the years of the Second World War: Parliament was dissolved at an early moment, while the Cabinet continued governing as a Cabinet-in-exile residing in London. Recruitment of new members in these years took place in a situation totally different from practice in normal times of parliamentary democracy. Third, in Van den Berg's study background variables have been analysed not only by time periods as mentioned above, but also in time series graphs. The small number of ministers in Cabinets - about eight in the 19th. Century and about fourteen at present - does not allow a similar presentation of results.

pations of fathers as registered at the moment of birth of their sons, who later became minister;

3. educational level, in particular university-training.

In the overall analysis of both political elites attention will be paid - besides to 'inter-elite' distinctions - to 'intra-elite' differences, i.e., between members of the political parties, representing the main so-called 'pillars' in Lijphart's model of consociational democracy. Finally, to clarify the inter-elite distinctions those members will be excluded from the ministers, who made their entry into the Cabinet through the parliamentary channel. Thus, comparison of the remaining non-parliamentary 'outsiders' to the parliamentary deputies might reveal whether both elites, seen as different actors on the political scene, show different features.

3. Religion and political party

The religious fragmentation of Dutch society - one of the main themes in Lijphart's concept of Dutch political life - was politically translated into party cleavages since the last decades of the 19th century. Calvinists and Catholics joined forces to obtain state support for private schools when the predominantly Liberal governing elites did not respond to their repeated appeals for such assistance. From that moment on political life became more and more dominated by rival views on the relation between state and religion. On one side 'secular' parties developed, the Liberals and (later) the Socialists. On the other 'confessional' parties were about to organize themselves, the Orthodox-protestants (soon split up into two parties: Antirevolutionaires and Christian Historicals) and the Catholic party. Up to the 1960's these five parties dominated the political scene.

In what way did religious differences present themselves on the Cabinet level? Until the end of the 19th. century most Cabinet members continued to be recruited from families belonging to the Dutch Reformed Church. At the same time at least one Catholic minister was present in almost every Cabinet. This presence can partly be explained by the fact that up to 1868 two special departments were maintained for the care of religious affairs, one Catholic, the other Dutch Reformed and the remaining religions. Obviously the Catholic Department was headed by a Catholic minister. The allocation of other departments to Catholics remained a source of debate. With one exception: the Foreign Office, which - it has been said - was for long not being held in great respect 7). Though in general Catholic ministers did not take another stand than the prevailing political elites - either of a Liberal or a Conservative nature - the appointment of a second Catholic minister in Cabinets of seven to eight per-

7) J. C. B o o g m a n, "Achtergronden, tendenties en tradities van het buitenlands beleid van Nederland (eind zestiende eeuw - 1940)", in *Nederlands buitenlandse politiek. Heden en verleden* (Baarn 1978), p. 23

sons was not easily agreed upon.

Protestant 'dissenters' on the contrary from the very start made their entry into Cabinets without any noticeable difficulty. Their share in Cabinet membership even went far beyond their 'proportional rate'. Their moderate attitude in politics fitted well in the dominant Liberal opinion.

Orthodox protestants, mostly fundamentalists who walked out of the Dutch Reformed Church on two major occasions (1834; 1886), were occasionally present in Cabinets from 1888, and together with Catholics, almost without interruptions since 1918. A considerable decline of the religious parties, which fell from one half to one third of Parliament in a few elections, was eventually arrested by their joining forces - in 1977 - in a combined Christian Democratic Party (CDA). All CDA ministers belong to the Catholic or one or other of the Orthodox-protestant churches.

On ministerial level religious cleavages in the period 1888 - 1967 also coincided fully with political division. Only after the end of the hey-day of pillarization a few ministers with an explicit religious background can be found among ministers for 'secular' parties.

Are there any differences in terms of religious background between Cabinet members and members of the Lower House? (See Table 1)

Table 1: Religion of Ministers and Deputies, in percentages*)

	Dutch Reform		Calvinist		Catholic		Other protest.		None	
	Min.	Dep.	Min.	Dep.	Min.	Dep.	Min.	Dep.	Min.	Dep.
1848-1888	71	67	1	1	14	22	10	6	2	
1888-1918	53	52	11	8	14	25	17	3	4	3
1918-1940	44	37	15	12	31	22	7	2	2	14
1940-1946	34		7		34		3		21	
1946-1967	22	24	13	10	35	36	13	3	15	25
1967-1986	25		15		25		4		21	

*) For percentages of Deputies: Van den Berg, 1938, p. 100, Table 32.

All in all, both political elites do not differ strongly in religious background. The percentage of ministers belonging to the established Dutch Reformed Church is until at least 1940 somewhat, although not substantially, higher than that of the deputies. The same is apparent for ministers of the Calvinist religion.

As to other religions however, some variations of interest in terms of Lijphart can be discovered. Most striking is the underrepresentation of Catholic ministers as compared to their counterparts in the House up to 1918. This fact may partly

be due to the less militant spirit of Catholics who also showed a relatively late party organization. Only in the next decades the number of Catholic ministers rose in accordance with their share in the population. After World War II the proportion of Catholic and Calvinist ministers resembled their parliamentary counterparts.

The more liberal protestant 'dissenters' - firmly overrepresented in the House as well as in the Cabinet - have found a surprisingly high number of ministers of their persuasion in government, especially in the 19th. century Cabinets, but - surprisingly - also after the second World War.

An increase of non-religious members of both elites can be noticed after 1940, slightly less so in Cabinets as compared to Parliament, mainly due to the late and occasional presence of Socialists in government.

4. Social origin

Lijphart stipulated that party-system cleavages follow partly religious cleavages and partly class cleavages 8). As we noticed before, coincidence of party cleavages with religious cleavages occurs in the case of the Catholic and the Protestant parties. With respect to social background it is interesting to see, not only to what degree ministers differ from deputies, but also to what extent class differences are reflected between the various parties.

In the time preceding our period of investigation, public administration had been the privilege of members of the nobility and of prominent local families. Especially those latter 'regent' families had developed oligarchical tendencies, so public offices were kept to rather narrow circles of the "wisest, richest and most excellent people". Efforts to alter recruitment patterns during the period 1795 - 1813 had not been really successful, status differences retaining their influence also after 1813.

Since 1848 no special criteria of eligibility or written qualifications for appointment were required (except a certain age for members of Parliament). We already saw that members of the former State Church (the Dutch Reformed) continued their privileged position in public offices for a long time. Can a similar trend be found for members of the upper classes generally?

Social origin of the politicians has been measured in terms of occupational prestige of the fathers, according to a well known Dutch empirical prestige stratification survey, that ranked occupations into six groups 9). Because of the historical dimension of this longitudinal study those six categories have been re-grouped into three.

8) A. Lijphart, *Democracy*, p. 85.

9) Partly based on earlier studies: J. J. M. van T u l d e r, *De beroepsmobiliteit in Nederland van 1919 tot 1954* (Leiden, 1962) carried out this survey. See also Van den Berg for comment concerning the results of this survey, and the list of occupations as divided in the six social strata. J. Th. J. V a n d e n B e r g, *De Toegang*, p. 270.

Table 2: Social origin of Ministers and Deputies (ranked by occupational prestige of fathers), in percentages *)

	High Min.	Dep.	Middle Min.	Dep.	Low Min.	Dep.
1848 - 1888	76	88	10	5	0.5	-
1888 - 1918	82	69	12	21	1	4
1918 - 1940	52	45	41	38	5	13
1940 - 1946	38		55		3	
1946 - 1967	47	50	50	38	3	9
1967 - 1986	40		47		9	

*) For percentages of Deputies: Van den Berg, 1983, p. 54, Table 2.3.

Table 2 shows to what degree politicians in Cabinet and Parliament respectively belonged to the upper, middle or lower classes¹⁰).

Recruitment patterns certainly have changed since 1848. In the 19th. century ministers were almost automatically recruited from the highest milieus. About eighty percent belonged to more or less well-to-do families, while some ten percent succeeded to enter the government from lesser levels. This situation changed radically after World War I. The number of ministers of upper class-level dropped substantially, while an equal number of politicians of intermediate strata found the door to Cabinet opened. Ministers of the lowest social strata remained exceptional in that period.

Since the 1940's ministers of middle class background outnumber - to a modest degree - their colleagues of the higher circles. A few persons of the lowest strata were appointed. Cabinets in the most recent period included some 9 % of ministers of modest social origin.

Compared with the ministerial elite, members of Parliament followed a more customary trend of 'democratization'. The percentage of deputies from higher families dropped almost 20 % since new franchise criteria in 1887 enlarged the electorate from 11 to 26 % of the male adult population, and from 26 % to almost 50 % in 1896. Since 1918 developments concerning the social background of both elites are more or less comparable.

Regarding the recruitment of deputies, however, a special effect of democratization can be noticed when the proportion of members of the lowest social strata is considered. In the years after 1918, when universal suffrage had been introduced, fully 13 % of all deputies came from very modest families. Such a

10) Van den Berg mentions some problems in comparing these categories internationally. Professions in the civil service, the judiciary and other free professions are ranked very highly in the Netherlands. In many countries however, these are typical middle class occupations; social stratification in such countries is primarily dominated by criteria of wealth.

high degree of social 'representativeness of the people' has not been matched in later periods 11).

Obviously differences in social origin between the two political elites must be controlled for party composition of both groups in successive periods. Parties differ in the degree they held Cabinet office. Socialists for instance got in Parliament since 1888, but only obtained Cabinet posts in 1939.

Tables 3 and 4 indicate the social origin of the members of Cabinets and Parliament, of each political party. The timefactor appears to be of outstanding importance. In all parties politicians of the higher classes dominated in the nineteenth century. Only one, but significant exception to this rule can be discovered: Socialist deputies from the very beginning differ from their colleagues as to social origin. In contrast, members of the religious emancipationist parties resembled their far more numerous Liberal colleagues. Only in the Catholic group ministers of middle class origin were less of an exception than in other parties.

After 1918 only the Liberal elite - ministers as well as deputies - continued to be recruited from the higher strata. Curiously the Liberal members of Parliament kept this special position, while their party members in Cabinet from the 1940's on did not differ socially from their fellow-ministers of the religious parties. Most striking is the social composition of the Socialist elite. Within this group middle-class origin is prevalent of ministers. Deputies of the same party on the contrary are recruited evenly from the higher and middle classes. Even within these circles persons of the lowest social strata stand little chance of entering into the political elite.

5. Education

Criteria to distinguish social classes have changed over time. Since the 19th. century society when family and wealth dominated, in modern times occupational prestige was more and more emphasized, related to knowledge and professional skill, and symbolized by duration of education. Social inequality, in former days primarily a matter of inheritance, diminished; qualification and competition became the main prerequisites to occupy important posts. As early as the 1920's social scientists like Weber and Sorokin found that class-society had been substituted by a society marked by individual capacity and endeavour. To speak with Weber 12):

"The role played in former days by the 'proof of ancestry' for equality of birth, access to noble prebends and endowments and (...) to state offices, is nowadays taken by the patent of education. The elaboration of the diploma's from

11) J. Th J. Van den Berg, *De Toegang*, p. 56.

12) Max Weber, *Economy and Society* (New York) cited by R. Collins, *The Credential Society. An Historical Sociology of Education and Stratification* (New York 1979), Preface.

Table 3: Social origin of Ministers by political party, in percentages

	Conservative			Liberal		
	H *)	M *)	L *)	H	M	L
1848 - 1888	70	10	-	77	12	-
1888 - 1918	100	-	-	89	8	3
1918 - 1940				71	21	7
1940 - 1946				33	67	-
1946 - 1967				57	43	-
1967 - 1986				44	38	6
	(N = 32)			(N = 134)		

*) H = highest strata M = middle strata L = lower strata

Table 4: Social origin of Deputies by political party, in percentages *)

	Conservative			Liberal		
	H	M	L	H	M	L
1848 - 1888	91	1	7	87	6	1
1888 - 1918				75	14	5
1918 - 1940				60	25	8
-				-	-	-
1946 - 1970				72	27	1

*) For percentages of Deputies: Van den Berg, 1983, Table 2.4.

universities, business and engineering colleges (...) serves the formation of the privileged stratum in bureaus and in offices."

And Sorokin described the educational system as

"primarily a testing, selecting and distributing agency (...). In this way, in certain societies the school does the work of selection, and bars the social promotion of individuals who have not been barred and selected by the family 13)."'

In the Netherlands during the last century education could not be seen apart from social class. The level of education was directly related to one's position in society. As late as 1863 - when introducing a new school bill - the great Liberal statesman Thorbecke - who was himself a professor - emphasized that university-training had to be reserved to those destined for high offices. Did mem-

13) P. A. S o r o k i n, *Social Mobility* (London, 1964), pp. 188 - 189.

H	Catholic		Protestant			Socialist		
	M	L	H	M	L	H	M	L
67	33	-	100	-	-			
60	40	-	87	13	-			
50	44	6	47	47	5	-	100	-
40	40	10	100	-	-	14	86	-
46	54	-	47	53	-	31	54	15
47	53	-	40	40	5	10	60	30
	(N = 84)		(N = 81)			(N = 32)		

H	Catholic		Protestant			Socialist		
	M	L	H	M	L	H	M	L
90	8	-	81	1	-			
66	25	3	70	23	1	43	50	6
50	31	14	40	44	11	36	45	17
-	-	-	-	-	-	-	-	-
49	36	11	56	33	8	44	44	10

bers of both parliamentary and governmental elites indeed fulfil this condition alike?

In Table 5 the educational level of ministers and members of the Lower House is indicated. As one can see, not every minister in Thorbecke's days possessed an academic degree. Slightly 58 percent had been university-trained; in the Lower House the number of graduates was more in accordance with the wish expressed by Thorbecke. The lower percentage of university-trained ministers in the first time period may be explained by the simple fact of the appointment of two service ministers in each Cabinet (for War and Naval Affairs respectively). Those persons for a long time were recruited from military circles and had received their formal or practical training in non-university military schools and academies.

Table 5: Educational level of Ministers and Deputies *), in percentages

	Acad	Ministers other higher education **)	other
1848 - 1888	58	15	27
1888 - 1918	58	35	7
1918 - 1940	69	31	-
1940 - 1946	83	14	3
1946 - 1967	84	12	4
1967 - 1986	87	7	6

	Acad.	Deputies other higher education **)	other
1848 - 1888	82	8	10
1888 - 1918	62	14	24
1918 - 1940	42	15	43
1940 - 1946			
1946 - 1967	51	18	31
1967 - 1986			

*) For percentages of Deputies: Van den Berg, 1983, p. 121, Table 4.1.

**) Other higher education: non-academic kinds of education in the military, administrative, financial field etc.

The number of ministers with an academic degree increased in the present century, but already from the 1880's onwards, practically nobody entered the Cabinet without an advanced post-secondary education (of a military, administrative or financial nature). Since the mid-20th century more than 80 percent of all ministers have been university-trained.

Compared with this high percentage of higher educated ministers, the educational level of deputies differs considerably.

In the first decades of the period after 1848 many more university graduates were found in the Lower House than in the Cabinet. The presence of so many, nearly exclusively legally trained, academic was explained by Van den Berg, following Weber, as a consequence of the professional convergence of the legal and parliamentary jobs. In time however, the academic degree in the House obviously lost importance in contrast to Cabinet members. After 1918 less than half of the deputies was academically trained. Though this number rose again

after 1945 to more than 60 percent at the end of the sixties - it never again matched up to the percentage of academics in Cabinet.

Besides, another difference attracts attention: the relatively high number of deputies with primary or secondary education only. The highest percentage of modestly trained deputies can be observed in the interwar period, 43 %. From that part even more than 10 % only was primary school-trained.

6. Education versus milieu

Comparison of the educational level and social origin (Tables 5 and 2) reveals some interesting facts. The strong increase of academically trained ministers since the first decades of this century coincides with a decrease of the number of ministers from the upper classes. Without high level training it practically was and is impossible to be appointed a minister. Without high standing training only a few individuals got into the Cabinet in former days. They fell into two categories: on the one hand military men, trained in practice in the years before military academics were established, on the other hand some civil servants, who had risen in the civil service at home or in the colonial administration abroad. This latter category always belonged to prominent families.

Only a few persons without a university 'passport' succeeded in entering the Cabinet without a similar favourable family background. This was notably the case of some ministers of Social Affairs after World War II. Their way into Cabinet had been paved by a preceding career in the unions or political parties.

The decline of the percentage of members of Parliament with an academic degree took place in the period of organizational pillarization. Among deputies with primary and secondary education only, members of the three emancipationist parties are represented equally. Of the Liberal deputies graduates always outnumbered the non-university-trained, but even that party never knew exclusively academic politicians. Until recently Socialist circles did not have a majority of academically trained deputies.

So investigation of social origin as well as of educational background of the members of Cabinet and Parliament shows the effect of these cleavages between and within political parties. In as far as distinctions between the two different elites exist, they reflect not so much social origin, as education.

7. Ministers and parliamentary experience

Dutch ministers are usually described as non-political specialists, who do not arrive at Cabinet through Parliament ¹⁴). In the first systematic analysis of ministerial background by Dogan, mentioned before, attention was paid to both the specialist and the political aspects of the career of Dutch ministers, but the overall view remained rather vague. Sixteen years ago Daalder calculated that one

14) B. H e a d e y, *British Cabinet Ministers: The Roles of Politicians in Executive Office* (London 1974), pp. 267 - 268; A K i n g, "Executives", in F. I. G r e e n s t e i n and N. W. P o l s b y (eds.), *Handbook of Political Science* 5 (1975), p. 199.

Table 6: Parliamentary experience of ministers before first appointment in Cabinet, in percentages

	Upper House	Lower House	Upper + Lower House	All parl. exp.	no parl. exp.
1848 - 1888	-	30	2	32	68
1888 - 1918	4	39	7	50	50
1918 - 1940	5	28	3	36	64
1940 - 1946	-	7	-	7	93
1946 - 1967	13	31	3	47	53
1967 - 1986	7	55	5	67	33
total	5	34	4	43	57

third of all ministers between 1848 and 1967 had been member of Parliament before first appointment in the Cabinet 15). Analysing data on parliamentary experience of ministers to the present time, we found that the number of ministers recruited from Parliament has risen considerably since then. Investigating the degree of parliamentary experience over time reveals some interesting facts (See Table 6).

The number of parliamentary deputies appointed minister, differs from one period to another. For obvious reasons, it was lowest in the War Cabinets, when open seats had to be filled with candidates, who found themselves outside the occupied Netherlands.

15) H. Daalder and S. Hubée-Boonzaaijer, *Kamers en Kamerleden* (Leiden 1971), p. 16.

Table 7: Parliamentary experience of ministers by political party, in percentages

	conservative		liberals	
	parl.	non-parl.	parl.	non parl.
1848 - 1888	27	73	34	66
1888 - 1918	50	50	42	58
1918 - 1940			21	79
1940 - 1946			-	100
1946 - 1967			71	29
1967 - 1986			56	44
total	28	72	39	61

In the years after 1888, the number of ministers appointed from Parliament showed a marked increase. This increase can be mainly ascribed to ministers of the Protestant and Catholic parties, who had formed a coalition Cabinet for the first time in 1888. These emancipationist parties, lacking a tradition of governing elites from which to draw ministerial candidates, brought a notably higher proportion of ex-members of Parliament into the Cabinet than the Conservative and Liberal parties used to do (See Table 7).

The same phenomenon occurred when Socialists first took part in the Cabinet in 1939. While in the interwar period most ministers at first appointment lacked any political experience, the two Socialist ministers had already served many years in the Lower House.

After World War II the number of parliamentary ministers started rising again. In the Cabinets from 1967 onwards two third of all ministers came from Parliament. The image of the non-political Dutch minister nowadays no longer holds.

To reveal whether background differences exist between the parliamentary and governmental elites, one should exclude those ministers who got their post through the parliamentary channel. Tables 8 and 9 summarize some of the results of this backgroundstudy for non-parliamentary ministers and their parliamentary colleagues, as well as for deputies.

In the first period after 1848 the elites were of the same social composition. From 1888 on the first signals of democratization can be observed in the recruitment pattern of members of Parliament. Democratization did not apply to members of Cabinets. From 1918 deputies as well as ministers, whether recruited from Parliament or not, increasingly belonged to middle class families. Some difference can be noticed in social origin of ministers with or without parliamentary experience in the postwar period. Recruitment of the parliamentary ministers reflects democratic trends in society to a higher degree. In general however, such differences remained rather marginal.

orth. protest.		catholics		socialists	
parl.	non-parl.	parl.	non-parl.	parl.	non-parl.
33	67	-	100		
80	20	70	30		
37	63	56	44	100	-
-	100	-	100	29	71
21	79	58	42	69	31
70	30	63	37	80	20
48	52	51	49	66	34

Table 8:

Social origin of ministers (with and without previous parliamentary experience) and deputies, in percentages

	ministers						all deputies		
	non-parl.			parl.			H	M	L
	H	M	L	H	M	L	H	M	L
1848 - 1888	75	9	-	85	10	5	88	5	-
1888 - 1918	83	14	-	87	11	2	69	21	4
1918 - 1940	54	41	2	54	41	4	45	38	13
1940 - 1946	40	52	4	-	100	-			
1946 - 1967	52	48	-	40	53	6	50	38	9
1967 - 1986	52	36	4	34	52	10			
total	63	28	2	58	34	5			

Table 9:

Educational level of ministers (with and without previous parliamentary experience) and deputies, in percentages

	ministers						all deputies		
	non parl.			parl.			Acad.	Other high	Oth.
	Acad.	Other high	Oth.	Acad.	Other high	Oth.	Acad.	Other high	Oth.
1848 - 1888	47	20	33	79	5	16	82	8	10
1888 - 1918	39	59	2	78	11	11	62	14	24
1918 - 1940	59	41	-	86	14	-	42	15	43
1940 - 1946	85	11	4	50	50	-			
1946 - 1967	83	11	6	84	12	4	51	18	31
1967 - 1986	92	8	-	84	16	10			
total	62	25	12	82	9	9			

Differences between the elites are more clear-cut for education. The lower degree of academic ministers can for the greater part be ascribed to the non-parliamentary part (See Table 9). Within this group non-academic kinds of advanced post-secondary education predominated, representing typically specialist ministers, mostly officers or technical specialists. From 1940 on ministers usually are academic graduates, whether they are specialist or not. This has partly to do with developments of education itself (the Delft Engineering School for instance only got academic status in 1905); on the other hand fewer military men were appointed minister. In recent times the two types of ministers hardly differ at all with respect to educational level.

8. Some results

In general it can be said that religion lost much in influence in more recent times. In order to turn the tide, the three confessional parties joined forces and continued united in one big Christian-Democratic party. By doing so they survived. Religious cleavages between the political parties, however, continued to exist. Only a handful of ministers of definite religious background adheres to non-religion bound parties.

Social origin for a long time did matter. From 1888 on the social composition of the Lower House showed a beginning democratic tendency. A clear turning of the tide in this respect occurred when universal suffrage was introduced (1917). From that moment on to the present time politicians in Cabinet and Parliament alike have come partly from the upper classes, partly from the middle classes. However, on ministerial level recruitment from the lower strata hardly occurs at all, while the Lower House - very modestly - socially reflects at least some aspects of its representative character.

Education: Traditionally Dutch ministers are highly educated. In fact the door of the Cabinet was open to persons without a high formal education only in the 19th. century. Specialists trained in practical life, mostly military men, could be appointed minister as well. Nowadays this has become practically improbable indeed. In this respect the level of education of ministers differs of that of the members of Parliament. As long as university schooling remains to a certain degree linked to social background, however, it hardly can be expected that representatives of the lower strata will enter the Cabinet. In this regard differences between members of Cabinets and Parliaments will continue to exist.

Diskussion: 20 Jahre nach "Party Systems and Voter Alignments". Begriffe, Konzepte und Perspektiven der historisch- sozialwissen- schaftlichen Wahl- und Elitenforschung

(Der nachstehende Text ist das von den Beteiligten überarbeitete Transkript einer Diskussion, mit der am 2. Dezember 1987 die Arbeitstagung "Sozialstruktur und politische Konflikte in Deutschland 1867 - 1987. Perspektiven einer Analyse von Massendaten der Historischen Eliten- und Wahlforschung" ihren Abschluß fand.)

Best:

Meine Damen und Herren, vor 20 Jahren erschien das Buch "Party Systems and Voter Alignments", in dem Seymour Lipset und Stein Rokkan die Grundlinien einer historisch fundierten makrosoziologischen Theorie entwickelten, die den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteiensystem, zwischen Gruppenzugehörigkeiten und dauerhaften politischen Loyalitäten aufzuklären versprach. Rainer Lepsius hatte schon ein Jahr zuvor seinen berühmten Aufsatz über Parteiensystem und Sozialstruktur in Deutschland veröffentlicht, in dem er die Fixierung der deutschen Parteien auf geschlossene und verfeindete "sozial-moralische Milieus" für die Verzögerung und den späteren katastrophalen Abbruch des Demokratisierungsprozesses in Deutschland verantwortlich machte. Beide Veröffentlichungen haben dann den paradigmatischen Rahmen für eine sozialwissenschaftlich orientierte - zumindest inspirierte - Beschäftigung mit der politischen Geschichte Deutschlands abgesteckt. Die Begriffe "Cleavage" und "Milieu" sind Teil unserer wissenschaftlichen Alltagssprache geworden. Doch ich frage mich - und wir sollten das gleich diskutieren - ob wir sie wirklich so selbstverständlich gebrauchen dürfen, ob sie nicht nach mehr als 20-jährigem Gebrauch eine neuerliche begriffliche Zuschärfung vertragen, vor allem aber: in welchem Verhältnis diese Begriffe und die mit ihnen bezeichneten Sachverhalte stehen. Hier scheint mir nach wie vor vieles klärungsbedürftig zu sein - sowohl was die systematisch-theoretische Ebene angeht, wie auch im Hinblick auf die empirischen Befunde.

Wieso wurde etwa aus einer Vielzahl von möglichen Kandidaten nur eine kleine Anzahl gesellschaftlicher Disparitäten tatsächlich zu Ansatzpunkten für politische Mobilisierung, Konflikt und Organisation? Wieso überdauern die politischen Loyalitäten gesellschaftlicher Gruppen so hartnäckig über lange Zeit und in historisch fundamental gewandelten Situationen?

Als besonders eindrucksvoll empfand ich die hier vorgetragenen Befunde zum Konfessionskonflikt, der ja nicht zufällig zum geheimen Star dieser Arbeitstagung aufgerückt ist. Mit einem grobschlächtigen und an intuitive Plausibilität anknüpfenden Begriff des Interesses kommt man bei seiner Analyse nicht weiter. Was ja am meisten erstaunte, ist, daß Konfessionsunterschiede, die zu gar nicht so

provozierenden und nachhaltigen Benachteiligungen geführt haben, dann als Cleavages auf allen Ebenen des politischen Systems eine enorme Präge- und Überlebenskraft hatten. Eine mögliche Erklärung ist, daß es sich hier um einen spirituellen Konflikt handelt, der eher im Wertesystem als in der Sozialstruktur verankert ist. Das bewirkte dann trotz des Wandels der Strukturen seine Überlebensfähigkeit: ein Sonderfall des Cultural Lag. Doch möchte ich mit diesen Bemerkungen nicht zu einem weiteren Referat ansetzen, sondern nur Anregungen für die Diskussion geben, die sich hoffentlich lebhaft entwickeln wird.

Hennig:

Ich halte es vor allem für wichtig, daß man, so wie Sie das vorgeschlagen haben, Herr Best, die Form der Konfliktaustragung berücksichtigt. Ich glaube, für den Erhalt des katholischen Milieus spielt die Form der Konfliktaustragung eine große Rolle. Es gelingt eben doch, diesen religiösen/kulturellen Konflikt relativ abgemildert einzugrenzen. Er wird nicht in den Formen unkonventioneller Politik oder gar aggressiver politischer Partizipation ausgetragen. Ich meine, fast könnte man die These wagen, Konflikte, die ein- und ausgegrenzt werden können, wenn sich die Gesellschaft sozusagen in einzelne Segmente vervielfacht, haben eine Chance, daß sie zeitlich sehr lange bestehen, während solche Konflikte, deren Austragungsform nach eher eruptiv kurzfristigen Lösungen drängt (wie etwa die sozialen Konflikte in der Weltwirtschaftskrise), auf totale Lösungen und Rigorismus hinarbeiten. Ich erachte es deshalb als sehr wichtig, auf die Form der Konfliktaustragung, auf die Wahrnehmung des Konfliktstoffes und auf die Präsentationsformen der politischen Konflikte zu achten.

Schmitt:

Um die Möglichkeiten dieser zusammenfassenden Sitzung sinnvoll auszuschöpfen, ist es - so glaube ich - weniger dringlich, jetzt Detailfragen zu klären. Es erscheint mir dagegen lohnender, einige der Grundsatzfragen, die in den einzelnen Referaten gestellt wurden, noch einmal aufzunehmen und zu versuchen, soweit Konsens hergestellt werden kann, die Positionen etwas besser zu fixieren. Drei Fragen scheinen mir vordringlich zu sein. Die erste Frage ist, welche Ebenen der uns hier interessierenden sozialen Wirklichkeit wir überhaupt unterscheiden wollen. Das konventionelle Schema, das ich auch in meinem eigenen Beitrag benutzt habe, unterscheidet zwischen Konflikten als erster Ebene, Formen der Vergemeinschaftung oder sozialen Milieus als zweiter Ebene und Parteien bzw. politischem Verhalten als dritter Ebene. Wir sollten zunächst einmal versuchen, uns darüber zu verständigen, ob wir dieses Schema oder aber ein anderes für eine angemessene Vermessung der Landschaft brauchen können.

Zweitens: Falls wir uns auf das genannte Schema einlassen, müssen wir uns klarwerden, wie wir jede dieser Ebenen verstehen wollen. Wenn wir beispielsweise von Konflikten oder Konfliktlinien reden, müssen wir uns fragen, worin

diese Konfliktlinien bestehen. Ist das Schema, das Rokkan und Lipset für den gesamteuropäischen Vergleich entwickelt haben, verwertbar oder nicht, und in welchem Maße und wann und wo. Wir müssen uns dasselbe für die Milieus bzw. die Vergemeinschaftungen fragen. Gibt es unterschiedliche Typen von Milieus? Es liegt ja auf der Hand, daß die vier Milieus, die Lepsius uns präsentiert, sehr unterschiedliche Binnenstrukturen aufweisen und aufgrund der in ihnen "geronnenen" Spannungslinien ja auch unterschiedliche Fundamente haben. Es wären Kriterien zu bestimmen, nach denen man diese Vergemeinschaftungen klassifizieren könnte. Und schließlich wäre es notwendig, sich auch die Parteien genauer anzusehen. Die einfache Unterscheidung von Milieuparteien/Volksparteien ist sicherlich differenzierungsbedürftig.

Und schließlich müssen wir uns drittens die Frage stellen, in welcher Beziehung die einzelnen Untersuchungsebenen zueinander stehen. Wenn wir auch hier drei Ebenen der konventionellen Denkweise akzeptieren, haben wir ja im Grunde zwei alternative Konzeptionen. Wir haben als erste die elitistische Denkweise, wie sie u.a. von Herrn Steinbach hier artikuliert wurde. Sie besagt - jetzt auf einen sehr einfachen Nenner gebracht: Am Anfang sind irgendwelche politisch motivierten Aktivisten (politische Eliten, also der dritten Ebene zuzuordnen), diese definieren und produzieren Konflikte und diese produzieren Milieus oder Vergemeinschaftungen.

Best:

Das heißt, Disparitäten werden durch die Eliten in Konflikte verwandelt?

Schmitt:

Ja, die Gesellschaft besteht aus Disparitäten, das gehört zur Definition von Gesellschaft. Disparitäten sind ohnehin da und sind unendlich in ihrer Zahl. Und diese Denkrichtung sagt, es gibt Eliten, die die Disparitäten thematisieren und aus Konflikten Vergemeinschaftungen produzieren. Das wäre die eine mögliche Art und Weise, die Verknüpfung zwischen den drei Ebenen theoretisch zu vollziehen. Zu dieser Sichtweise gibt es eine Reihe von mehr oder weniger extremen Gegenpositionen, die die Bedeutung von Eliten gering(er) veranschlagen, die Existenz gesellschaftlich vorgegebener Konfliktlinien stärker betonen und demgemäß Vergesellschaftungen und Parteien vor allem als Reflex bereits vorhandener Konfliktlinien verstehen. Welcher dieser Sichtweisen man den Vorzug geben möchte, das wäre der dritte Punkt, der mir diskussionswürdig erscheint.

Best:

Man könnte diese Sichtweisen zu Interdependenzmodellen verbinden, deren Elemente Cleavages und Verhaltensweisen von Eliten sind. Durch das Verhalten und durch die Entscheidungen der Eliten formieren sich Cleavages oder werden alte modifiziert. Die veränderte Situation wirkt dann wieder auf das Verhalten

der Eliten zurück. Die historische Entwicklung vollzieht sich dann als kontingenter Prozeß: es findet eine wechselseitige Anpassung von Systemebenen statt.

Alber:

Ich möchte gar nichts zum Katholizismus sagen, sondern die Diskussion auf der begrifflichen Ebene aufgreifen und etwas über den Milieubegriff sprechen. Der Milieubegriff wird ja nicht nur von Herrn Lepsius verwendet, sondern auch von INFAS mit seinen fünf Wählermilieus und von den Münchner Soziologen um Bolte mit der Vorstellung von Lebensstilen als neuem Strukturierungsprinzip. Das Problem ist, daß man in den letztgenannten beiden Versionen nicht mehr zwischen unabhängigen und abhängigen Variablen trennt und die Milieus eigentlich über die abhängigen Variablen definiert, nämlich durch die politischen Einstellungen im Falle von INFAS und die Lebensstile im Falle der Münchner. Ich möchte nun dafür plädieren, beide Dimensionen klar voneinander zu unterscheiden und die Milieus ausschließlich über die unabhängigen Variablen zu definieren. Milieus wären dann durch beobachtbare soziale Merkmale zu kennzeichnen und als Rekrutierungsfelder für angebbare soziale Trägergruppen bestimmter Einstellungen zu verstehen, wobei die Trägergruppen unabhängig von den in Befragungen eruierten Werthaltungen oder politischen Präferenzen identifiziert werden müßten.

Ich denke dabei auch an Dahrendorfs Unterscheidung von manifesten und latenten Gruppen, die vielleicht zur Verdeutlichung dient. Mein Vorschlag wäre, "Cleavages" auf der Ebene latenter Gruppen anzusiedeln, d.h. sie als durch soziale Merkmale definierte Spannungslinien zu begreifen, die Rekrutierungsfelder für soziale Gruppen abgeben. "Cleavages" in diesem Sinne müssen nicht unbedingt übersetzt werden in manifeste Gruppenbildungen, die diese Spannungslinien zum Ausdruck bringen, sich ihrer bewußt werden und in den am anderen Pol der Spannungslinie angesiedelten Gruppen den zu attackierenden Gegner sehen. Den Milieubegriff würde ich dagegen auf der Ebene manifester Gruppen ansiedeln. "Milieus" sind dann nicht nur Verdichtungen sozialer Merkmale, sondern Verkehrskreise mit Kommunikationsbeziehungen und sozialen Kontrollmechanismen. Cleavages sind also latente, Milieus manifeste Gruppen.

Spannend wird es dann, zu analysieren, wie die durchaus durch objektive Merkmale wie etwa Heiratsbeziehungen zu kennzeichnenden Milieus mit Hilfe kultureller Deutungen seitens der Eliten Bindungen an spezifische Parteien entwickeln. Ich will das einmal mit einem Beispiel von Lepsius verdeutlichen: Man geht aus von Berufskategorien in Mittelschichtlage als latenten Gruppen und versucht, Bedingungen zu spezifizieren, unter denen die Träger solcher Berufe sich als zum "Bürgertum" gehörend interpretieren. Bei diesem ersten Schritt von den latenten zu den manifesten Gruppen - von den cleavages zu den Milieus - spielen kulturelle Deutungsleistungen sinnstiftender Eliten eine große Rolle. Die zweite

Frage ist dann, unter welchen Bedingungen die nun kulturell homogenisierten Fraktionen des Bürgertums in der politischen Sphäre stabile Bindungen an liberale Parteien ausbilden. Dies nur zur Illustration. Als Fazit ist mir wichtig: Es müssen zwei unabhängige Konzepte miteinander verknüpft werden, nämlich die Milieus als sozial strukturierende, an Trägergruppen festzumachende Einheiten auf der einen und die politischen Einstellungen oder Präferenzen auf der anderen Seite.

Falter:

Ich bin von dem, was Herr Alber sagte, so tief beeindruckt und fühle mich auf einer derart höheren Ebene der Erkenntnis, daß ich noch etwas grundsätzlicher fragen möchte: Was will ich eigentlich erklären? Für mich ist das ziemlich klar, aber für andere hier im Raum ist es wohl nicht ganz so klar. Es heißt Eliten und Massen in meine Begrifflichkeit übersetzt, d.h. wir erklären hier mindestens zwei Dinge.

Fragen wir erst einmal: was wollen wir erklären? Ich möchte gerne Massenverhalten erklären. Andere möchten möglicherweise die Spanne von Elitenverhalten und Massenverhalten erklären. Für mich ist Elitenverhalten eine unabhängige Variable, für andere ist es möglicherweise eine intervenierende oder sogar eine abhängige Variable. Wir brauchen vielleicht unterschiedliche Konzeptionen zur Erklärung dieser abhängigen Variablen. Und diese unterschiedlichen Konzeptionen erklären möglicherweise dann auch, warum wir den Milieubegriff in so unterschiedlicher Weise benutzen, oder auch den Cleavagebegriff. D. h., wir müssen tatsächlich ansetzen, wo Herr Alber eben vorgeschlagen hat: an der Begrifflichkeit. Die Begrifflichkeit ist aber abhängig von den Theorien, die wir als Deutungsangebote, als Hypothesen in den Raum stellen. Da offenbart sich bei dem Begriff Milieu - den ich gestern ganz anders definiert habe als Herr Schmitt - das Problem, daß wir zwei durchaus plausible Definitionen verwenden. Einmal im Sinne von lokalen Verdichtungen und in einem anderen Sinne entweder als lokal oder überlokal organisierte Vergemeinschaftungen. Und ich glaube, wir müssen uns darüber klar werden, was der eine bzw. der andere bedeutet, um ihn in sozusagen intern komparatistischer Perspektive, d.h. über die Zeiten hinweg vom Kaiserreich bis heute und in dem was wir ebenfalls anzielen, nämlich in international vergleichender Perspektive, einsetzen können. Wir sind ja nicht die "Pächter" des Milieus, das gibt es auch anderswo, in Holland z.B..

Alber:

Darf ich eine Zwischenfrage stellen? Ich wollte eigentlich gestern schon fragen, ob da wirklich ein Gegensatz besteht zwischen Ihnen und Herrn Schmitt. Der Gegensatz zwischen "lokal" und "überlokal" ist klar. Aber gibt es auch einen Gegensatz in dem Sinne, daß Sie mit lokalen Verdichtungen nur meinen: "Verdichtungen von sozialen Merkmalen", so daß Sie sich in der Dahrendorf-

schen Terminologie immer noch bewußt auf der Ebene latenter Gruppen bewegen, oder arbeiten auch Sie mit der Vorstellung, Milieus seien über Merkmalsverdichtungen hinaus auch Vergemeinschaftungen bzw. Netzwerke mit Instanzen der Sozialisation und sozialen Kontrollen, was für mich das wesentliche Unterscheidungskriterium gegenüber den latenten Gruppen darstellt?

Falter:

Ich finde es reizend, daß Sie hier in die Deutung gehen, aber ich schließe mich dem nicht an. Denn ich habe als notwendige zusätzliche Bedingung gesagt, daß ich dann erst von Milieu spreche, wenn auf der politischen Seite, d. h. also bei der abhängigen Variablen, ebenfalls ein besonderer Zustand gegeben ist, der entweder darin besteht, daß ein Mitglied des Milieus mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für die Milieupartei stimmt als möglicherweise zu erwarten wäre oder - das ist wichtig -, daß zumindest eine höhere Persistenz gegenüber Veränderungen dieses Verhaltens gegeben ist. Das spricht nicht gegen den Vergemeinschaftungsbegriff. Ich würde sagen, Milieu in der lokalen Perspektive müßte m. E. so gedeutet werden, wenn die abhängige Variable eine sinnvolle Größe sein soll.

Schmitt:

Ich möchte noch einmal auf die Grundsatzfrage zurückkommen, die Herr Falter soeben aufgeworfen hat. Was soll die abhängige und was soll die unabhängige Variable sein? In der herrschenden Denktradition ist diese Frage beantwortet. Warum haben sich Rokkan und Lipset mit den Cleavages beschäftigt und warum ist Lepsius auf die Milieus gestoßen? Sie alle haben versucht zu erklären, warum das Parteiensystem bzw. das Wahlverhalten, d.h. für sie: die abhängige Variable, so aussieht wie sie aussieht. Sie alle versuchen, den sozialen Unterbau in irgendeiner Weise als unabhängige Variable konzeptuell zu fassen. Und da haben wir im Grunde zwei Möglichkeiten. Wir können zum einen Parteiensystem und Wahlverhalten direkt auf die durch Spannungslinien formierten sozialen Kategorien beziehen - das ist der individualistische Ansatz. Zum anderen können wir aber auch zusätzlich noch eine Zwischenebene annehmen, die Vergemeinschaftungen oder Milieus, wie sie Lepsius in Ergänzung zum Cleavage-Konzept von Rokkan eingebracht hat. Wie auch immer: in beiden Fällen ist klar, was die abhängigen und was die unabhängigen Variablen sind.

Es ist nun eine empirische Frage, ob dieses traditionelle Verständnis von Ursache und Wirkung die Wirklichkeit trifft. Ist es nicht so, daß das politische Verhalten zurückwirkt auf die Formierung der Vergemeinschaftungen und auch auf die Definition der Cleavages? Für diese empirische Fragestellung, Herr Alber, hilft Dahrendorfs Unterscheidung von latenten und manifesten Gruppen, so sehr sie konzeptuell von Nutzen ist, für sich genommen nicht viel weiter. Denn latente Konflikte gibt es so viele, wie es gesellschaftliche Beziehungen gibt, näm-

lich unendlich viele. Das heißt, es gibt kein Merkmal, was Menschen innerhalb einer Gesellschaft auszeichnet, das nicht potentieller Ansatzpunkt für manifeste Konflikte sein könnte. Die empirische Frage ist ja nun gerade: Auf welche Weise und unter welchen Bedingungen wird eine bestimmte latente Gruppe (und nicht eine andere) zur manifesten Gruppe?

Best:

Erklärungsbedürftig bleibt auch die Persistenz der Cleavages: Die provozierende Disparität, die offene Konfrontation der Gruppen ist vorbei, aber die politischen Loyalitäten, die sich einmal ausgebildet haben, überdauern. Die "Klassiker" haben uns dafür, wenn ich dies richtig sehe, zwei Erklärungsangebote gemacht: Zum einen verweisen sie auf die regionalen und lokalen Eliten, die die Milieus zusammenhalten und Bindungen tradieren. Das scheint mir aber nur in einer intakten ländlichen Lebenswelt wirklich funktionieren zu können. Dann gibt es das Argument einer geringen Elastizität der "support-markets" für politische Bewegungen: Sind sie einmal verteilt, haben es Neulinge schwer, sich zu etablieren. Ich frage mich aber, ob nicht auch Werten, Ideologien und Weltbildern der Status einer unabhängigen, zumindest aber intervenierenden Variablen im Prozeß der Milieubildung und Milieutradierung zuzuordnen ist. Daß wir hier von einem Eigenleben ausgehen müssen, ergibt sich ja auch aus dem Konzept der Gesinnungsgemeinschaft, das besagt, daß Vergemeinschaftungen nicht nur Beziehungsgeflechte sind, sondern auch über Gesinnungen erzeugt werden und überdauern können.

Schmitt:

Für den konfessionellen Konflikt trifft es zu. In Deutschland hatte er von Anfang an die Dimension eines Konflikts zwischen Trägern unterschiedlicher Lebensstile und Weltanschauungen. Dieser Umstand hat ja auch viele zu der Meinung geführt, beim Konfessionskonflikt handele es sich um einen unechten Konflikt, denn er habe ja gar keine Grundlage auf der materiellen Ebene. Dazu würde ich generell sagen: Alles, was zu Konflikten führt, ist gleichberechtigt. Und es ist das große Verdienst von Lipset/Rokkan, daß sie sagen, wir richten uns nach den Ergebnissen, und daß sie nicht damit anfangen, daß sie unechte und echte Konflikte unterscheiden.

Alber:

Die richten sich nicht nach den Ergebnissen, die richten sich nach der Historie mit den drei Revolutionen.

Schmitt:

Und wie kommen sie auf die Revolutionen? Sie haben sich zunächst die Cleavages betrachtet und haben dann gefragt: Auf welche historischen Entwicklungen können wir die Dinge zurückführen?

Best:

Mir ist noch nicht ganz klar geworden, was Disparitäten dazu prädestiniert, Cleavages zu werden. Es wurde ja in verschiedenen Beiträgen herausgestellt, daß eine Disparität alleine nicht genügt, sondern daß noch anderes dazu kommen muß, um den Übergang zum manifesten Konflikt zu bewirken. Territoriale Segmentationen und lokale Verdichtungen scheinen hier eine große Bedeutung zu haben. Sie fördern in bestimmten historischen Situationen die Organisationsbildung. Man kann dies wieder einmal bei den Grünen beobachten, in deren Gründungsphase der Rückhalt aus lokalen Subkulturen ja sehr wichtig war.

Der zweite Punkt, auf den einzugehen wäre, ist die Sequenz, d.h. die Frage: unter welchen spezifischen historischen Bedingungen kann sich so etwas entwickeln? Es ist ja wohl kein Zufall, daß es der Moment der Reichsgründung war, in dem die Zentrumsparterie zu einer politisch machtvollen Bewegung wurde.

Schmitt:

Bei der Reichsgründung sind zwei Aspekte zu unterscheiden. Der eine ist spezifisch für die Zentrumsparterie: Die kleindeutsche Reichsgründung wiederholt auf nationalstaatlicher Ebene, was der Wiener Kongreß auf territorial-staatlicher Ebene bereits vollzogen hatte: die Zerstörung des konfessionellen Gleichgewichts, die politische Marginalisierung des katholischen Deutschlands. Der andere Aspekt der Reichsgründung ist genereller Natur. Er betrifft die Zentrumsparterie und alle übrigen politischen Formationen gleichermaßen. Parlamentarisierung und allgemeines Wahlrecht schufen nach 1871 Bedingungen, ohne die Massenmobilisierung, Milieubildung und die Entwicklung des Parteiwesens kaum vorstellbar wären.

Territoriale Segmentation war damals sehr bedeutsam für die Kommunikationsstruktur. Hier hat in den letzten Jahrzehnten ein starker Wandel stattgefunden. Die Kommunikationsstrukturen sind heute so überlokal organisiert, daß man die lokale Verdichtung als Voraussetzung für große Organisationsleistungen in diesem Ausmaß nicht mehr braucht, weil - wie das Beispiel der "Grünen" zeigt - man über Medien kommunizieren kann.

Immerfall:

Wenn ich die Diskussion richtig deute, sind wir einem einheitlichen und operablen Modell des Bedingungsgefüges von Spannungslinien - Konflikten - sozialen Akteuren (nebst Interpretatoren) - Milieus - politischen Bezugsgruppen doch ein Stück näher gekommen. Alle stehen wir auf dem Fundament des Rokkanschen Cleavagemodells. Ich denke, das ist ein solches Fundament, zumal es keineswegs neue Konstellationen und politische Koalitionen zwischen sozialen Gruppen und Parteien ausgeschlossen hat, sondern vielmehr an derartige Erklärungsversuche - das läßt sich bei Alber nachlesen - anschließbar ist. Allerdings scheint ein gewisses Mißverständnis zu bestehen. Vor allem Schmitt hat öfters umstands-

los von "Cleavages" und "Konflikten" gesprochen. "Cleavages" sind aber keineswegs manifeste Konfliktlinien und sollten daher auch eher mit "Spannungslinien" übersetzt werden. Das Cleavagemodell ist vielmehr ein theoretisch - in Anlehnung an das Parsonssche AGIL-Schema - und historisch - den drei bzw. vier "Revolutionen" - gewonnenes Ordnungsraster, das aus den prinzipiell unendlich vielen sozialen Disparitäten diejenigen auswählt, die politisch virulent und damit sozialwissenschaftlich bedeutsam sein können. Sein können! D.h., das gerade Spannende ist, daß es uns anleitet nach Gründen zu suchen, warum welche modellogisch möglichen Spannungslinien in politische Fronten übersetzt werden und welche nicht. Und genau hier sind die verschiedenen Variablen einzuordnen, die in der Diskussion benannt worden sind.

Einigkeit, glaube ich, ließe sich auch in der Konzeptualisierung des Milieubegriffs erzielen. Ich möchte hier die Präzisierungen von Alber und Falter nochmals aufgreifen. Sind Milieus lokale Verdichtungen benachbarter Soziallagen oder kommunikativ strukturierte Vergemeinschaftungen? Wenn der Milieubegriff trennscharf sein soll, also über interessengeleitete Verbindungen hinausgehen soll, wie es beispielsweise auch ein Mieterverein darstellen kann, wäre nur die zweite Definition sinnvoll. D.h., Milieus sind immer auch - vielleicht sogar in erster Linie - affektiv konstituierte und motivierte Beziehungen. Für ihren Nachweis bedarf es demnach über statistisch quantifizierbare Kontexteffekte hinaus, das Vorhandensein mentalitätsgeschichtlicher Prägwirkungen.

Das führt mich zu einem Punkt, den ich in der Diskussion bislang vermißt habe: Wie kann die historische Sozialforschung die Erfassung "objektiver" und damit für uns eher objektivierbarer Prozesse mit der ihrer Wahrnehmung und ihrer Bearbeitung durch die betroffenen Gruppen verbinden? Bislang haben wir nur eine Seite betont, nämlich, das es so etwas wie einen "religiösen" Faktor gibt, dessen Verhaltensrelevanz unbestritten ist. Wie können wir diesen Faktor aber in Bedürfnisse, Erwartungen, Wünsche und Hoffnungen "übersetzen"? Denn, daß objektive Benachteiligung für Entstehung und Persistenz der religiösen Konfliktlinie nur in beschränktem Umfang erklärungskräftig ist, hat Best hervorgehoben. Für die regionalistischen Bewegungen der Gegenwart, die für die meisten Soziologen ziemlich überraschend waren, gilt ähnliches. Soweit ich sehe, ist an der Schnittstelle zwischen quantitativer Sozialforschung und Mentalitätsgeschichte, Volkskunde usw. noch viel zu tun, zumal ein gegenseitiges Mißtrauen wohl nicht zu leugnen ist. Wie könnten hier innovative Meßinstrumente aussehen? Als Beispiel wie die Interaktion von "Handlung" und "Bedingung" eingefangen werden könnte, stelle ich mir etwa Analogien zu Matrixmodellen vor, wie sie in der Mobilitätsforschung verwendet werden, die die "objektiven" Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen verschiedenen Soziallagen und den "subjektiven" sozialen Status angestrebter Soziallagen beschreiben. Oder müssen wir hier resignieren und sagen, daß das als unmeßbar Erscheinende einfach nicht quantifizierbar ist?

Hennig:

Auch für mich stellt sich die Frage, wie konstituiert sich überhaupt das Soziale, wie spiegelt sich dieser Prozeß in unseren Untersuchungsinstrumenten ab. Wir ergreifen einen Krückstock, wenn wir auf die Eliten und deren strukturierende Funktion verweisen. Was aber passiert mit solchen Räumen, wo das Konzept der Eliten und der intermediären Instanzen nicht greift, weil es in dieser Region keine Eliten gibt. Ich bin der Ansicht, ein rundes Drittel der Weimarer Republik kommuniziert noch nach dem vormodernen Modus der persönlichen Kommunikation, der Anbindung an die Familie und der Einbindung in die Parochie. Das Soziale konstituiert sich dort sehr stark noch aus der Primärerfahrung der Reproduktion in einer Familienwirtschaft, die Eigenschaften der Selbstversorgung, Selbstausschöpfung und der Lohnarbeit wie des Tauschs beinhaltet. Aus dieser Ökonomie und Kultur ergibt sich ein Politikbegriff, der nicht völlig in den Normen des Verfassungssystems und der mediatisierenden Organisationen aufgeht, der Anteile eines expressiven und direkten Sozialstils konserviert. Dieser Politikbegriff muß ausdifferenziert werden. Ich glaube, daß aus dieser Konfiguration von Sozialem und Primärerfahrungsbereichen die Akzeptanz für politische Formen und Stile nicht-rationaler Art herrührt. Dies wiederum führt zu der Frage nach den Akzeptanzmustern für Politik:

Warum hat in der Endphase der Weimarer Republik rund ein Fünftel der Wähler - und das sind (aus unterschiedlichen Gründen) "die" Katholiken und "die" Sozialdemokraten - aggressive Politik nicht akzeptiert? Warum aber ist solche expressive politische Militanz, obwohl sie selber nicht partizipiert, von einer größeren Mehrheit der deutschen Bevölkerung honoriert oder zumindest toleriert worden?

Die Betonung der Funktion von Eliten und Massenmedien kann solche Fragen für die Weimarer Republik nicht zufriedenstellend beantworten. Deshalb frage ich nach der Konstitution des Sozialen aus den sozialstrukturellen Daten, die den sozioökonomischen (Re)Produktionsprozeß "abspiegeln". Vor diesem Hintergrund stellt sich zunächst einmal das Problem der Akzeptanz überhaupt von Gewalt jenseits des staatlicherseits behaupteten Gewaltmonopols; dann erst kommt die Frage, inwieweit ist politische Gewalt auch parteipolitisch zu organisieren und zu veranstalten.

Best:

Herr Hennig hat jetzt eine neue unabhängige Variable und eine neue abhängige Variable eingeführt. Nämlich einmal als unabhängige Variable die Mikroprozesse, die auch den Sozialisationsprozessen vorausgehen, und als neue abhängige Variable, die Gewalt, die Systemstabilität, die Frage nach den Bedingungen, unter denen Demokratie möglich ist.

Hennig:

Wobei für mich das eine wichtig ist für das Soziale und das andere wichtig ist für die Politik.

Best:

Ich meine, daß wir damit einen Diskussionskreis abgeschlossen haben. Wir sollten jetzt zu einem anderen Thema kommen, und zwar zu der Frage, welche Forschungsstrategien es gibt, um das, was uns noch unklar erscheint, zu klären. Wobei ich mir nach wie vor empirisch gehaltvollere Antworten zu unseren beiden Ausgangsfragen wünschen würde: Wie konstituieren sich Milieus und wie überdauern sie?

Alber:

Mir ist unklar, was eigentlich unklar ist. Für mich ist die Diskussion wirklich etwas zerbröselst. Ich habe bemerkt, daß Herr Schmitt immer mit Verve diskutiert, aber wofür oder wogegen er anrennt, ist mir nicht klar geworden. Was mobilisiert Sie so? Worin ich Herrn Falter zustimme, ist, daß politisches Verhalten - genauer: Wahlverhalten - eine abhängige Variable ist, für die sich wahrscheinlich alle interessieren. Allerdings finde ich, es wäre sinnvoll und auch empirisch handhabbar, dann in komparativen Analysen immer drei Aspekte zu unterscheiden und getrennt zu untersuchen, nämlich: 1. die soziale Lagerung - Beispiel: die soziale Lage der Arbeiter; 2. dann die Organisation und Sinnstiftung in Vermittlungsinstanzen - Beispiel: die Gewerkschaften, wobei dann etwa im Vergleich Deutschlands und Italiens natürlich unterschiedliche Gewerkschaftsstrukturen interessant werden; und 3. die politischen Bezugsgruppen, die sich bei ihrer Wahl aufdrängen - hier ginge es also um Parteiensysteme und die von den Parteien gemachten politischen Angebote - im Beispiel: revisionistische oder orthodoxe, zersplitterte oder vereinte Arbeiterparteien. Mein Vorschlag ist dabei, den Milieubegriff nicht über die dritte Ebene der Politik zu definieren, sondern unabhängig davon über die Sozialstruktur zu erfassen. Sie, Herr Schmitt, sehe ich nach dem, was Sie eben über die dritte Ebene erzählt haben, in der Gefahr den Begriff gleich über die Bindung an politische Konfliktgruppen zu definieren und dadurch die meines Erachtens notwendige Analyse der Beziehungen zwischen den drei Ebenen begrifflich zu erschweren. Aber ich erkenne eigentlich nur, daß Sie irgend etwas dauernd zu engagierten Stellungnahmen treibt, ohne genau zu verstehen, wofür Sie eigentlich plädieren.

Schmitt:

Was einen für unseren Zusammenhang brauchbaren Milieubegriff angeht, so bin ich der Meinung, daß wir nicht umhinkönnen, den Bezug zum Parteiensystem in die Liste der konstitutiven Merkmale aufzunehmen. Als "Milieu" würde ich somit nur solche gesellschaftliche Großgruppen bezeichnen, die als Unterbau

für eine oder mehrere politische Partei(en) fungieren. Diese definitivische Entscheidung heißt nicht, daß die analytische Unterscheidung von Parteien und Milieus aufgegeben werden müßte. Meine Auffassung über ein Gesamtkonzept möchte ich so resümieren: Zunächst halte ich die traditionelle Unterscheidung von drei Ebenen (Konflikte, Vergemeinschaftungen, politische Parteien/politisches Verhalten) nach wie vor für brauchbar. Wie man die Ebenen in einem Erklärungsmodell miteinander verknüpft, ist dann - abgesehen vom möglichen empirischen Ertrag - eine Frage des Forschungsinteresses. Die Mehrzahl der Personen hier im Raum möchte erklären, warum sich die Masse der Bevölkerung politisch so und nicht anders verhält. Das heißt, sie interessiert sich für die dritte Ebene und zieht die beiden ersten für die Erklärung der dritten heran. Es gibt andere, die sich etwa dafür interessieren, wie sich die gesellschaftlichen Formationen bilden oder warum manche Cleavages sich verfestigen und andere nicht. Beide Interessen kann man m. E. in ein rekursives Gesamtmodell integrieren. Das heißt, ich höre nicht auf, wenn ich Wahlverhalten erklärt habe, sondern frage jetzt, wie wirkt das weiter zurück auf Elitenverhalten, wie wirkt es zurück auf Milieuformierung, Milieuveränderung, neue und andere Cleavages etc. Sobald ich also die Zeitvariable einführe, längere Zeiträume übergreifende Untersuchungen mache - Lebenszweck einer Einrichtung, die "Quantitative historische Sozialforschung" im Namen führt -, muß ich das umfassendere Modell zugrundelegen. Das ist der gemeinsame Rahmen, in dem die Interessen aller Platz finden können, die in diesem Raum sind.

Best:

Ich meine auch, daß sich diese Zusammenhänge ganz gut im Rahmen eines dynamischen Interdependenzmodells darstellen lassen, das den Vorgang der Milieuformierung und Cleavagebildung als einen fortwährenden Vorgang der Veränderung von Handlungsbedingungen durch soziales Handeln beschreibt. In dieses Modell ließen sich auch die institutionellen Ergebnisse politischer Prozesse als eine Variable einfügen, etwa die von Herrn Hennig angesprochene Frage nach der Stabilität oder Nichtstabilität einer Demokratie.

Der Punkt, auf den wir jetzt zu sprechen kommen sollten, ist der weitere Gang der Forschung. Was soll eigentlich in Zukunft geschehen, um die weißen Flecken auf der Landkarte auszufüllen? Wo sollen wir jetzt empirisch ansetzen? Wir wissen viel über bestimmte Prozesse auf der Elitenebene, wir wissen auch relativ viel über Einflüsse demographischer Variablen auf das Wahlverhalten. Doch über die Beziehungen zwischen den Systemebenen wissen wir wenig oder nichts. Damit hängt das Persistenzproblem zusammen, die Frage, warum politische Orientierungen überdauern, obwohl die Konflikte, die sie einmal hervorgerufen haben, längst obsolet geworden sind. Ich habe die Hoffnung, daß Untersuchungen auf der Mikroebene hier einen Zugang eröffnen. Daraus folgt: wenn wir eines Tages über die Datenbasen verfügen, die die nationale Ebene abdecken,

dann müßte so etwas wie ein Mastersample von bestimmten Regionen gezogen werden, um dort mikroanalytische Verfahren einzusetzen, die flächendeckend nicht möglich sind. Das wäre mein Vorschlag, Herr Falter nickt schon zustimmend. Die Frage ist nun: wenn wir flächendeckende Datenbanken aufbauen, ob dann etwa lokale Vereins- und Verbandstrukturen in einer systematischen Weise in formalisierten Analyseinsätzen berücksichtigt werden könnten? Dies könnte natürlich nur als Abschluß eines kumulativen Prozesses geschehen, als Gemeinschaftswerk.

Schmitt:

Da den von Herrn Best angesprochenen Mikrostudien enge finanzielle und organisatorische Grenzen gesetzt sind, sind sie auch für die Zukunft nur arbeits- teilig, dezentral vorstellbar. Um dennoch eine gewisse Vergleichbarkeit von Datensätzen und einzelnen Forschungsergebnissen zu erreichen, ist eine Koordinationsinstanz unerlässlich. Daher ist es eine wichtige Aufgabe Ihres Zentrums, daß es Standardisierungsimpulse gibt. Andernfalls brauchen wir eines Tages ein "Super-SIR", um völlig disparate Datensätze zusammenzubringen.

Best:

Vieles läßt sich nicht durch Technologie lösen. Das ist sicherlich richtig. Ich meine, daß wir bei der Standardisierung und bei der Vereinbarung von Strategien in zwei Richtungen gehen sollten. Zunächst: welche regionalen Einheiten sollten gewählt werden? Wir haben wenig davon, wenn zehnmal der gleiche Typ von Region erforscht wird. Was wir brauchen, sind Untersuchungen, die die Variabilität der Phänomene abdecken. Das zweite Anliegen ist die Verständigung auf einen Satz von Kernindikatoren, die uns als bedeutsam erscheinen. Nur so werden wir Forschung als einen kumulativen Prozeß betreiben können. Deshalb sollten auch von den Personen, die auf diesem Feld bislang prominent tätig waren, die Hinweise darauf kommen, was wir vordringlich brauchen. Ich möchte hier nur an unser großes Vorbild Stein Rokkan erinnern, der durch seine Forschungsdesigns bleibende Maßstäbe gesetzt hat.

Falter:

Wenn ich nicht so sehr dem nächsten Tagungspunkt entgegenfiebern würde, der da lautet: "Mittagessen, Ende der Tagung", würde ich gern ein Wort des Optimismus und ein Wort des Pessimismus sagen. Zuerst ein Wort des Optimismus. Wir sind heute tatsächlich in der Lage, lokale und regionale Einheiten herauszusehen, die wir in Form einer systematischen Typologie ordnen können, wo wir Vergleiche starten können, und wir sind auch in der Lage zu sagen, welche Variablen sinnvoll sind oder nicht. Das war das Wort des Optimismus. Nun das Wort des Pessimismus. So etwas haben wir schon versucht, im Rahmen eines Projektseminars, das an der FU Berlin vor über zwei Semestern gelaufen ist. Und da

zeigte sich, daß die lokale und regionale Überlieferung derart unterschiedlich ist, daß die schönste Typologie in sich zusammenfällt, wenn das Material nicht da ist. So daß man da doch wieder zu den Zufälligkeiten des Normalhistorikers kommen mußte, dort zu forschen, wo die Überlieferung gut ist und nicht dort, wo die systematische Typologie es erfordern würde. Diese beiden Dinge stehen sich entgegen, ansonsten stimme ich Ihnen voll und ganz zu.

Best:

Das möchte ich aufgreifen und zur Schlußbemerkung übergehen: Wir haben als Primärforscher immerhin den Vorteil, daß wir unabhängig in der Wahl unserer Indikatoren sind und selbst den kleinsten gemeinsamen Nenner bestimmen können, an dem die Kooperation ansetzen kann. Diese Unabhängigkeit wächst ja auch mit der Entwicklung der Technologie, etwa mit der Möglichkeit, Texte und numerische Daten in eine Datenbank zu integrieren. Infrastruktureinrichtungen, wie das Zentrum für Historische Sozialforschung, fördern ebenfalls die Absicht zu vergleichender Forschung zu kommen. Um einen Anfang zu machen, hat sich schon vor einigen Monaten eine internationale Arbeitsgruppe gebildet, bestehend aus Valerie Cromwell, Franco Andreucci und meiner Person, die nun versuchen will, kompatible Datenbestände auch auf europäischer Ebene aufzubauen. Den Kern bilden Daten zur Elitenstruktur, zum Elitenverhalten - operationalisiert und erfaßt durch Abstimmungsverhalten in Parlamenten - und zum Wahlverhalten. Das ließe sich dann erweitern, etwa durch Datenbestände, die Vereins- und Verbandsstrukturen auf lokaler Ebene zu erfassen. Meine Einladung geht an alle Interessierten, sich an dieser Initiative zu beteiligen.

Im übrigen möchte ich Ihnen herzlich für Ihre Teilnahme an dieser Tagung, ihre Referate und die stimulierende Schlußdiskussion danken.